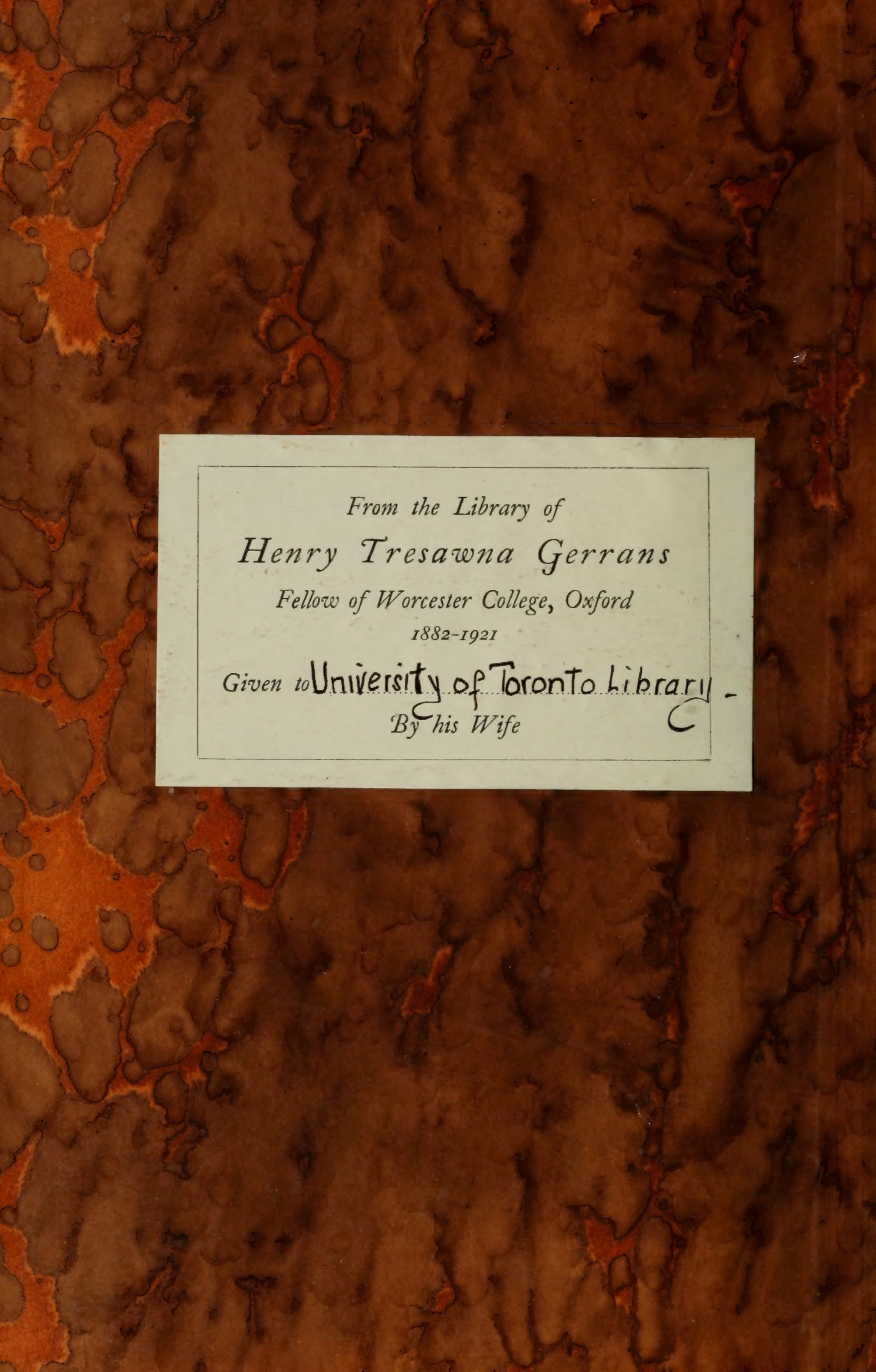
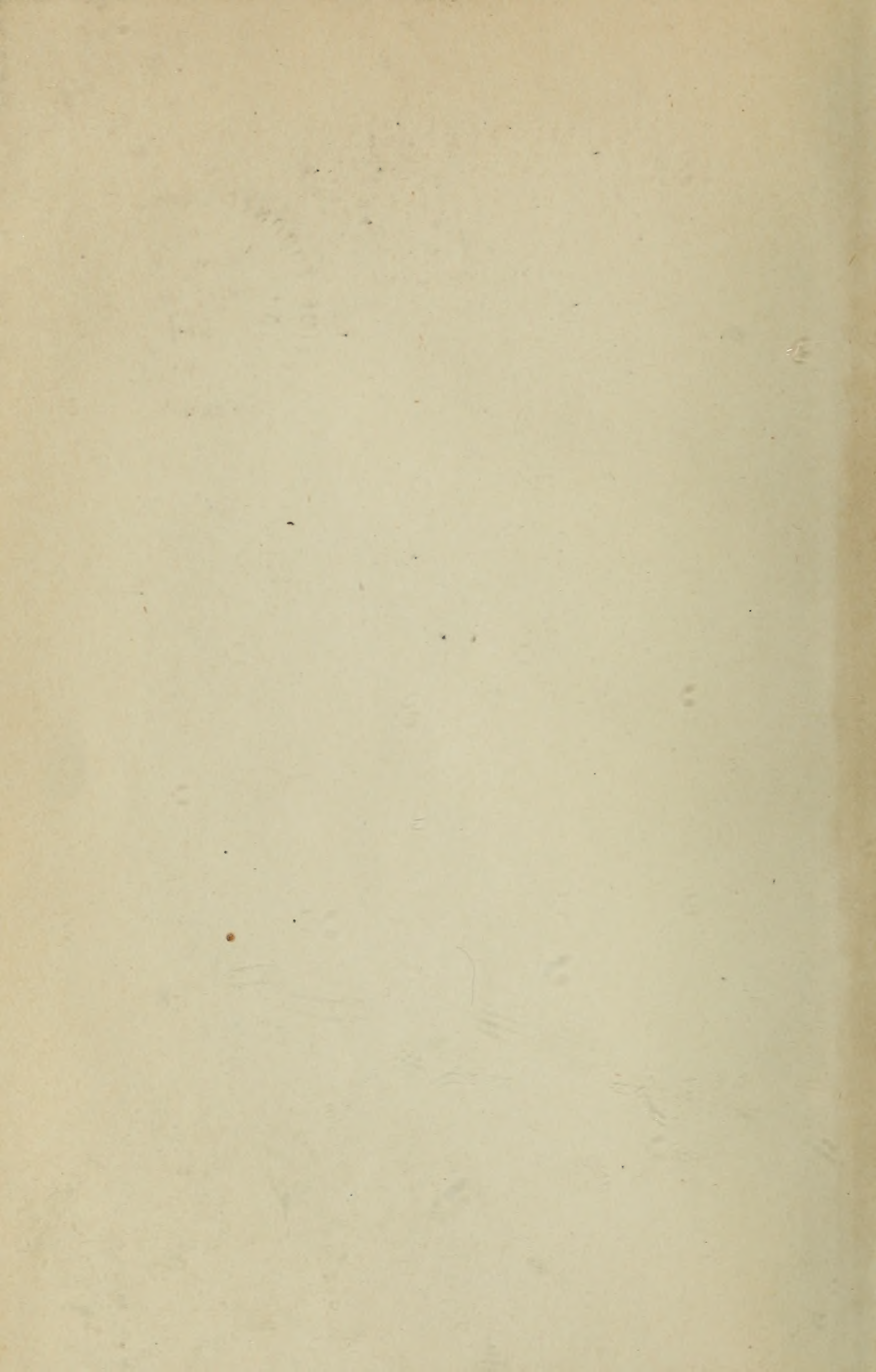


3 1761 07884366 1







Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie

Von Franz Mehring

Dritter Band

Bis zum deutsch-französischen Kriege

Fünfte Auflage

Stuttgart 1913
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichnis.

Drittes Buch

Die Agitation Lassalles



Erstes Kapitel.

Lassalle und das Leipziger Zentralkomitee.

---

1. Das deutsche Proletariat um 1863.

Unter dem raschen Vormarsche, den die deutsche Industrie seit der Märzrevolution gemacht hatte, waren große Veränderungen in den arbeitenden Klassen vor sich gegangen.

Zwar überwog immer noch das ländliche weitaus das industrielle Proletariat. Auf $3^1/_2$ Millionen selbsttätiger Personen in der preußischen Landwirtschaft kamen erst $^3/_4$ Millionen selbsttätiger Personen in der preußischen Fabrikindustrie. Innerhalb der gewerbetreibenden Bevölkerung aber war der handwerksmäßige Betrieb stärker als der fabrikmäßige; in Preußen wurden über 1 Million im Handwerke selbsttätiger Personen gezählt. In den deutschen Staaten Preußen, Sachsen, Kurhessen, Bayern, Württemberg und Baden wies die Handwerkertabelle über 2 Millionen, die Fabriktabelle noch nicht $1^1/_2$ Millionen Köpfe auf. Wobei man nicht übersehen darf, daß wie diese Ziffern im allgemeinen nur einen ungefähren Wert haben, so im besonderen eine Masse angeblicher Handwerker in der ökonomischen Wirklichkeit kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrielle waren.

Immerhin war soviel sicher, daß der handwerksmäßige noch den fabrikmäßigen, und der landwirtschaftliche Betrieb beide zusammen in dem weitaus größten Teile Deutschlands überwog. Das umgekehrte Verhältnis fand sich nur in einem deutschen Staate, in dem Königreiche Sachsen, das sich mit schnellen Schritten zu einer großen, weitläufig gebauten Stadt mit einer mäßigen, ackerbautreibenden Gemarkung auswuchs. Auf einer ähnlichen Stufe industrieller Entwicklung befand sich der preußische Regierungsbezirk Düsseldorf. Sonst konnte die Statistik im Anfange der sechziger Jahre, bei all ihrer damaligen Unvollkommenheit, den Anhängern der alten guten Zeit den Trost spenden, daß es mit dem großen Industrielande Deutschland seine guten Wege habe.

Aber tatsächlich bedeutete dieser Trost nicht mehr, als wenn ein weiser Thebaner am Tage nach der Schlacht bei Jena behauptet hätte, das friderizianische Preußen stehe auf festen Füßen, da noch kein französischer Soldat das rechte Ufer der Elbe betreten habe. Die entscheidenden Würfel waren gefallen. Keine Macht der Welt konnte die schnelle Entwicklung der großen Industrie mehr aufhalten. Hekatomben über Hekatomben von Menschenopfern bezeichneten ihren Siegespfad. Die 84286 Handspinner, die es 1849 als kleinen Rest der ehemals nach Hunderttausenden zählenden Spinner noch gegeben hatte, waren 1861 auf 14557 zusammengeschmolzen. Wo die große Industrie einmal festen Fuß gefaßt hatte, da machte alsbald die Akkumulation und Konzentration des Kapitals, indem sie die Intensität der Arbeit erhöhte, ihre verheerenden Wirkungen geltend. In der preußischen Baumwollweberei allein senkte die Einbürgerung der mechanischen Webstühle von 1846 bis 1861 die Zahl der Handwebstühle von 75666 auf 4777 und die Zahl der Arbeiter von 82193 auf 12541. Und das sind nur ein paar Ziffern aus den Schlachtenbulletins der großen Industrie.

Wie Tod und Verderben hinter ihr, so ging der bleiche Schrecken vor ihr her. Das Handwerk zitterte in allen Fugen. Auch wo es noch nicht unmittelbar von der großen Industrie bedroht war, fühlte es mit dumpfer Angst, daß seine Stunde geschlagen hatte, daß die große Industrie ihm durch die Umwälzung aller Produktions- und Verkehrsverhältnisse den Boden unter den Füßen wegzog. Eine Anzahl landrätlicher Berichte, die von 1858 bis 1866 in einem amtlichen preußischen Blatte veröffentlicht wurden, ist voller Klagen über den unaufhaltsamen Niedergang des Handwerks, selbst in solchen Gegenden, die, wie etwa die Provinz Posen, vorläufig weit vom Schusse lagen.

In den Reihen des Kleinbürgertums siedelte sich der Bankrott als ständiger Gast an. Unfähig, sich vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft loszureißen, deren konvulsivische Zuckungen ihr doch keine ruhige Stunde ließen, trieb diese Klasse eine Politik, die so widerspruchsvoll war wie ihre soziale Lage. Die Pfahlbürger von altem Schrot und Korn ließen sich nach wie vor von mittelalterlichen Luftspiegelungen betören. Sie gründeten 1862 in Weimar einen Handwerkerbund mit zünftlerischem Programm, zur selben Zeit, wo die ökonomische Entwicklung die letzten Reste der Zunftverfassung in Baden, Württemberg, Sachsen unwiderstehlich sprengte und die schwere Schädigung des

preußischen Handwerks durch die Rückwärtsrevidierung der preußischen Gewerbeordnung mit Händen zu greifen war. Diese Richtung der deutschen Kleinbürgerei hatte ihren Führer im Schuhmachermeister Panse und ihre Patronin in der ostelbischen Reaktion. Bruder Junker umhalste zärtlich den Bruder Handwerker, und Bruder Pfaff erklärte salbungsvoll, das Handwerk sei ein Gnadenstand, der in einem besonders wohlgefälligen Verhältnis zu Gott stehe. Achselzuckend kennzeichnete Huber das gespensterhafte Treiben mit dem Bibelworte: Mag auch ein Blinder einem Blinden den Weg zeigen?

Huber selbst befürwortete lebhaft das Genossenschaftswesen, ohne den politischen Beigeschmack, aber auch ohne die überschwenglichen Illusionen, die Schulze-Delitzsch in seine genossenschaftliche Agitation legte. Sie breitete sich im Anfange der sechziger Jahre schnell aus, besonders im Kleinhandel und jenem Kleinbürgertum, das, solange die große Industrie sich nur erst entwickelt, in ihrem Schatten als schnell wuchernde und schnell welkende Pflanze gedeiht. In einzelnen Ausnahmefällen haben die Kredit- und Rohstoffvereine, die Schulze-Delitzsch gründete, wohl kleinen Gewerbetreibenden ermöglicht, ihren Betrieb fabrikmäßig zu erweitern; der Klasse selbst konnten sie nicht mehr bieten, als eine Verlangsamung ihres Todeskampfes. Am wenigsten ließ sich in diesen Genossenschaften ein reformatorisches soziales Prinzip entdecken. Sie waren rein kapitalistische Palliativmittel, die sich nur auszuwachsen brauchten, um dem kapitalistischen Spekulationsgeiste zu verfallen, trotz aller Warnungen Schulzes. Mehr als einmal hat ihr Zusammenbruch den Wohlstand ganzer Städtchen begraben. Aber einstweilen glaubte ein großer Teil des Kleinbürgertums an dieses Heilmittel und schwor zur Fahne der Fortschrittspartei, worauf es obenan geschrieben stand.

Wie die Handwerksmeister, so standen die Handwerksgesellen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, jedoch diesem um so näher, je mehr ihre Aussichten auf wirtschaftliche Selbständigkeit zusammenschrumpften. Für das entschwindende weltliche Heil spendete ihnen die Reaktion reichlich geistlichen Trost. Zwar in den evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereinen mit ihren muckerischen Tendenzen, so zahlreich sie verhältnismäßig waren, sammelten die Hirten nur kleine und wie Flugsand wechselnde Herden, aber die katholischen Gesellenvereine, die der Priester Kolping, ein ehemaliger Schustergeselle, seit dem Jahre 1849 ins Leben gerufen hatte, konnten sich schon eher sehen lassen. Sie

waren namentlich im südlichen und westlichen Deutschland weit verbreitet. Die katholische Geistlichkeit hütete sich wohlweislich, religiöse Propaganda in diese Vereine zu tragen. Vielmehr amüsierten und unterhielten sich junge Kapläne vortrefflich mit den Gesellen, unbekümmert um deren Konfession, so daß auch viele protestantische Handwerksburschen den katholischen Gesellenvereinen zugeführt wurden, um in der sonst totenstillen Zeit ihr reges Bedürfnis nach geistigem Verkehr zu befriedigen.

Den aufgeweckten Köpfen der Gesellenschaft konnten diese Vereine freilich nur eine Birne für den Durst sein. Was den deutschen Handwerksburschen in den dreißiger und vierziger Jahren zur Ehre gereicht hatte, das trat in den sechziger Jahren noch ungleich stärker hervor: sie begriffen die Hoffnungslosigkeit ihrer Klassenlage und brauchten nicht erst ins Proletariat hinabzustürzen, um zu erkennen, daß im proletarischen Klassenkampf ihre einzige Rettung liege. Der Wanderzwang wurde immer mehr die hohe Schule, die sie reichlich zu benutzen wußten, und sie brachten in ihren Köpfen viel reellere Schätze heim, als den „Fabrikantenstab", den sie nach der wohlwollenden Versicherung ihrer hochmögenden Gönner von der Fortschrittspartei in ihren Ranzen tragen sollten.

Noch viel weniger verfing diese gemütliche Verheißung bei dem industriellen Proletariat, das sich in zu dichten Massen zusammenhäufte, um nicht endlich zu begreifen, woran es war. Seine Leiden wurden immer unerträglicher. Aus dem Leben, das die englischen Arbeiter in den großindustriellen Sturm- und Drangjahren führten, ist keine Tatsache überliefert, die nicht ihr Gegenbild in der rheinischen Industrie der sechziger Jahre gefunden hätte. Die Aachener Handelskammer, die offizielle Vertretung der Fabrikanten, nannte die Lage der Arbeiter im Aachener Bezirk einfach trostlos. Ein hoher Staatsbeamter bezeugt, daß in Elberfelder Spinnereien, in engen, ungelüfteten, von einem wahren Höllenlärme durchtobten Räumen den graubleichen muskellosen Arbeitern bei fünfzehnstündiger Arbeitszeit nicht einmal die kleinste Pause zur Einnahme von Nahrung gelassen, sondern eine Blechvorrichtung um den Hals gebunden wurde, woraus sie während der paar Sekunden, wo ein Faden riß, einige Bissen herunterlöffeln konnten. Frauen- und Kinderarbeit nahmen in riesigem Umfange zu. Mit zynischer Offenheit erhoben die Berichte der rheinischen Handelskammern ihre „begründeten"

Klagen über den Schulzwang, der ihnen in der Ausbeutung des heranwachsenden Geschlechts hinderlich war.

Dabei stand der dreistündige Schulunterricht, den das Fabrikgesetz von 1853 für die in den Fabriken beschäftigten Kinder verordnet hatte, wesentlich nur auf dem Papier, und selbst dies Papier war von der Rechtsprechung des Obertribunals mannigfach durchlöchert worden. So hatte der oberste preußische Gerichtshof ausgetüftelt, daß die Dampfschleifereien in Solingen als angebliches Handwerk nicht unter dem Fabrikgesetze ständen. In ihnen mußten die Mädchen, um die Kosten für Schutzvorrichtungen zu ersparen, ihre flatternden Gewänder ablegen und in Knabentracht arbeiten, was die peinlichsten Zustände veranlaßte. Als der Fabrikinspektor einen leisen Einspruch dagegen wagte, war der Landrat und die ganze bürgerliche Bevölkerung über eine so rückständige Sentimentalität tief empört, und es kostete einen jahrelangen Kampf, bis der Unfug beseitigt wurde. Im übrigen beeilte sich das Ministerium Bismarck, der kapitalistischen Ausbeutung alle Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Es begann seine sozialreformatorische und staatsretterische Tätigkeit damit, die schwachen Spuren von staatlicher Fabrikaufsicht zu beseitigen, die unter seinem Vorgänger noch bestanden hatten.

Bei aller Gleichheit des Elends stand das deutsche Proletariat der sechziger Jahre dem englischen Proletariat der vierziger Jahre doch darin nach, daß ihm fast jede Möglichkeit freier Bewegung fehlte. Nicht nur politische Zwangsgesetze schnürten es ein: auch auf ökonomischem Gebiete wurde es durch die Überreste der feudal-zünftigen Gesellschaft auf Schritt und Tritt gehemmt. Die wirtschaftliche Gesetzgebung Deutschlands war noch buntscheckiger als seine Landkarte: ein weites Gebiet voller Trümmer, nur an wenigen Stellen eingeebnet zu dem Blachfelde, worauf das Proletariat seinen Riesenkampf mit der Bourgeoisie beginnen konnte, fast überall mit großen und kleinen Felsblöcken besät, die der Arbeiterklasse den Weg zum selbständigen Kampfe versperrten. Wohl begann das industrielle Proletariat seine Reihen zu schließen, aber innerhalb dieser Reihen gab es sehr verschiedene Stufen des erwachenden Klassenbewußtseins. War es selbst gewissermaßen die Vorhut des gesamtdeutschen Proletariats, so entfalteten sich zwar schon die ersten Rotten dieser Vorhut auf dem entscheidenden Kampfplatze, aber ihre Masse würgte sich erst langsamer oder schneller aus den feudalzünftigen Engpässen heraus.

Sogar innerhalb des rheinischen Proletariats gab es sehr merkbare Abstufungen. Im Aachener Bezirke standen die Arbeiter, mit der Mütze in der Hand, vor dem gestrengen Herrn Fabrikanten, der sie durch den Hunger, und vor dem gestrengen Herrn Kaplan, der sie durch die Hölle zähmte. Allmählich und langsam, ohne jähe Sprünge, unter bigottem Drucke war dies Proletariat entstanden; ihm fehlte jedes Verständnis der modernen Zeit; gehudelt von einem protzenhaften Unternehmertum, zerschmiß es seinen Quälgeistern im Augenblicke höchster Verzweiflung die Fenster oder zertrümmerte ihnen die Maschinen, um dann wieder in die alte Lethargie zu versinken. Die Krefelder Weber hatte die Handelskrise von 1857 und die große Seidenraupenkrankheit von 1859 aus ihren patriarchalischen Meisterträumen aufgeschreckt; in die „goldene Kette" eines drückenden Vorschußwesens verstrickt, waren sie allen Zumutungen ihrer Brotherren preisgegeben und standen in einem Abhängigkeitsverhältnis, das nach den eigenen Worten der Staatsregierung der Leibeigenschaft früherer Jahrhunderte glich. Aber immer noch konnten sie nicht begreifen, daß sie hausindustrielle Lohnarbeiter seien, und blieben eine zusammenhangslose Masse, unfähig für jeden zähen Widerstand. Am stärksten war das Klassenbewußtsein im Proletariat des bergisch-märkischen Industriebezirks entwickelt, wo auch die Überlieferungen der Märzrevolution am kräftigsten fortlebten. Manche Führer der Maiaufstände von 1849 wirkten hier unter den Arbeitern: so Hugo Hillmann in Elberfeld, der, aus elfjährigem Exile zurückgekehrt, eine Schankwirtschaft betrieb, und Karl Wilhelm Tölcke in Iserlohn, der, in vormärzlicher Zeit ein kleiner Gerichtsbeamter, wegen seiner Beteiligung am Iserlohner Barrikadenkampfe von den Geschworenen freigesprochen, aber von einem gelehrten Gerichte zu einer Geldstrafe und zum Verluste der Nationalkokarde verurteilt worden war — unter dem Vorwande eines angeblichen „Defekts", der während seiner Untersuchungshaft in einer von ihm verwalteten Kasse gefunden worden sein sollte. Er führte jetzt als gefürchteter „Winkelkonsulent", will sagen als wirklicher Anwalt der Massen, einen ebenso ergötzlichen wie wirksamen Kleinkrieg mit den schikanösen Behörden.

Im östlichen Deutschland hatte das weiße Schreckensregiment alle revolutionären Uberlieferungen zu ersticken gewußt. Höchstens in einzelnen großen Handels- und Industrieplätzen brannten einige kleine Flammen. In Hamburg dauerten schwache Spuren einer Arbeiterorganisation unter

der schützenden Decke des harmlosen Bildungs- und Genossenschaftswesens fort; hier hielt Jakob Audorf im härtesten Kampf ums Dasein an der alten Fahne mit unverbrüchlicher Treue fest und erzog seine Söhne in gleichem Geiste. Wie Audorf einst durch Weitling zum Kommunismus bekehrt worden war, so nährten sich auch Leipziger Arbeiter und Handwerksburschen an Weitlings Schriften: der Tabakarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche, der Schuhmacher Julius Vahlteich und andere. Es war immerhin eine geringe Anzahl; unter der Masse der Arbeiter herrschte in Hamburg und Leipzig dieselbe Unklarheit wie anderwärts.

Zudem konnten nicht die Erinnerungen der Märzrevolution und noch viel weniger der Weitlingsche Kommunismus unter den gänzlich veränderten Verhältnissen die Losungsworte einer proletarischen Massenbewegung werden. Andere Hebel waren nötig, um die Arbeiter in die politische Bewegung zu werfen, und diese Hebel lieferte die Bourgeoisie.

---

2. Die Arbeiterpolitik der Fortschrittspartei.

Immer drillt die Bourgeoisie die Arbeiter ein für den politischen Kampf, worin sie ihnen schließlich erliegen muß. Ohne die Hilfe der Massen kann sie den Absolutismus und Feudalismus nicht überwinden, und es hängt von ihrer Klugheit ab, wie lange sie das Proletariat als Verbündeten neben sich oder wie bald sie es als Gegner sich gegenüber sehen will.

Für die deutsche Bourgeoisie lag die Sache im Anfange der sechziger Jahre außerordentlich günstig. In Deutschland war so unendlich viel alten Schuttes wegzuräumen, daß sie sich auf lange hinaus die zuverlässige Bundesgenossenschaft der Arbeiter hätte sichern können. Eine mannhafte Durchkämpfung des preußischen Verfassungskonflikts, ein ehrliches Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrechte, zur Preß- und Vereinsfreiheit, kurzum die rückhaltlose Herstellung der modernen bürgerlichen Gesellschaft hätten sie davor gesichert, so bald von dem Schatten irgend eines „Zukunftsstaats" in den Träumen ihres bösen Gewissens geängstigt zu werden. Die absolutistisch-feudale Reaktion stieß sie förmlich auf die richtige Taktik, indem sie schon in den frühesten Stadien des preußischen Verfassungsstreits mit den Arbeitern zu liebäugeln begann. Nicht als ob irgendeine Gefahr bestanden hätte, daß sich die Arbeiter von diesen sanften Liebesblicken betören lassen würden, sondern um-

gekehrt: weil die Arbeiter nicht entfernt daran dachten, die Bourgeoisie im Kampfe mit der Reaktion im Stiche zu lassen, mußte die Fortschrittspartei sich entschließen, ihre historische Pflicht in halbwegs großem Stile zu tun und damit den Preis zu zahlen, für den sowohl der Sieg über die Reaktion, als auch für absehbare Zeit das Bündnis mit dem Proletariat zu haben war.

Indessen sie wollte diesen Preis nicht zahlen, und was sie den Arbeitern bot, beschleunigte den Scheidungsprozeß zwischen Bourgeoisie und Proletariat, statt ihn zu verzögern. Der Nationalverein wachte eifersüchtig darüber, eine ungetrübte Organisation der Bourgeoisie zu bleiben. Er schloß die Arbeiter in verletzender Weise aus, indem er keine Teilzahlungen für die Jahresbeiträge gestattete; die Bennigsen und Genossen wollten ihr diplomatisches Werk nicht durch unberechenbare Mehrheiten gestört sehen, die sich auf Grund von Monatsbeiträgen in den Generalversammlungen hätten zusammenfinden können. Dafür übernahm der Nationalverein eine wohlwollende Patronage über die Arbeiter, die, eben weil sie wohlwollende Patronage war, aufrechte Proletarier sehr bald vor den Kopf stoßen mußte.

In wirtschaftlicher Beziehung pries die Bourgeoisie nach Schulze das Genossenschaftswesen als das Allheilmittel aller proletarischen Leiden an. Sie predigte die Selbsthilfe in dem privaten Sinne, daß jeder Arbeiter durch Sparen sich selbst helfen müsse, während die Selbsthilfe in dem politischen Sinne, daß die Arbeiterklasse sich selbst helfen müsse, mit hochgezogenen Brauen als ein verhängnisvoller Irrweg verdächtigt wurde. Jeder praktische Versuch auf die Probehaltigkeit dieser Theorie mußte die Arbeiter von ihrer Haltlosigkeit überzeugen, und trotz alles Lärms, den die Bourgeoisie von ihrem Allheilmittel machte, haben Schulzes Genossenschaften nie besondere Gegenliebe unter den Arbeitern gefunden. Bei den Kredit- und Rohstoffvereinen verbot ihnen die Leere ihrer Taschen von selbst jede Beteiligung, und die Konsumvereine, die in erster Reihe auf sie berechnet waren, blieben immer weit hinter jenen anderen Vereinen zurück. Schulze selbst kannte im Jahre 1863 neben 500 Kredit-, sowie 200 Rohstoffvereinen nicht mehr als 100 Konsumvereine; im Jahre 1864 gab es ihrer nur 96, von denen 38 an Schulze berichtet hatten. Diese 38 Vereine zählten 7709 Mitglieder, so daß auf jeden Verein 202 Köpfe kamen. Da nun längst nicht alle Mitglieder der Konsumvereine Arbeiter waren, so ergibt sich, daß Schulzes

Genossenschaften eine verhältnismäßig sehr geringe Verbreitung im damaligen Proletariat gefunden haben. Gegen die von Fabrikanten geleiteten Konsumvereine hegten die Arbeiter ein instinktives Mißtrauen, während die von Arbeitern gebildeten Konsumvereine von den „gebildeten" Führern des Genossenschaftswesens scheel angesehen wurden.

Ungleich tiefere Wurzeln, als die Konsumvereine, schlugen im Proletariat die Arbeiterbildungsvereine, die etwa seit dem Jahre 1860 von dem Nationalverein ins Leben gerufen wurden. Ziffermäßig gab es ihrer im Jahre 1863 freilich erst 104, während die Reaktion an evangelischen Jünglingsvereinen noch über 368 und an katholischen Gesellenvereinen noch über 188 kommandierte. Immerhin verbreiteten sie sich verhältnismäßig schnell über Deutschland und wurden den regeren Arbeiterschichten lieb, trotz alles Unfugs, den die Bourgeoisie in ihnen getrieben hat. Um sie als echte Kinder des Kapitalismus zu beglaubigen, wurden sie als „Genossenschaften zur Erwerbung und Vermehrung des geistigen Kapitals ihrer Mitglieder" getauft. Es gibt ein von kundiger Seite für eine statistische Aufnahme dieser Vereine entworfenes Formular, das alle möglichen Fragen stellt: ob die Vereine Unterricht erteilen, ob sie Bibliotheken besitzen, ob sie Familienversammlungen, Turnfahrten, Konzerte, Theatervorstellungen, Weihnachtsbescherungen veranstalten, aber auch nicht eine einzige Frage, die nur von fern an eine Beschäftigung mit den politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse rührt. Die „Bildung", die von den bürgerlichen Patronen dieser Vereine verzapft wurde, war oft genug nicht weit her; eben weil die deutsche Volksschule, die in den zwanziger und dreißiger Jahren auf einer gewissen Höhe gestanden hatte, von der Reaktion der vierziger und fünfziger Jahre verwüstet worden war, hieß es reinen Hohn mit den Arbeitern treiben, wenn sie mit oberflächlichem Gerede über Uhland und die deutsche Romantik, über Shakespeare und Lessing oder gar „über Samuel Johnson und seinen Biographen Macaulay" zum richtigen Gebrauche des allgemeinen Wahlrechts „gebildet" werden sollten. Zuletzt erhob sich in der Wochenschrift des Nationalvereins selbst ein Fabrikant gegen dies Treiben. Er sagte, die Arbeiter kännten vor lauter Gelehrsamkeit ihren eigenen Vater nicht mehr und sich selbst gar nicht; ihr Gedächtnis würde so vollgestopft, daß sie immer dümmer würden und über die gewöhnlichsten Dinge nichts zu sagen wüßten oder reinen Unsinn sprächen.

Das drastische Urteil war doch nach zwei Seiten hin übertrieben. Es kam der Bourgeoisie bei den Arbeiterbildungsvereinen zwar auf die politisch-soziale Versimpelung der Arbeiter, aber nicht oder doch nicht ausschließlich auf ihre allgemeine Verdummung an, und soweit es ihr darauf ankam, waren die Arbeiter weit entfernt, sich verdummen zu lassen.

Die Bourgeoisie braucht — unbeschadet der nach Kinderblut lüsternen Fabrikanten, denen freilich jeder Schulunterricht verhaßt ist — einen zahlreichen Stab intelligenter Arbeiter, den ihr die Volksschule unter der Herrschaft der orthodoxen Kirche nicht mehr lieferte. Sie war deshalb darauf bedacht, mit den Arbeiterbildungsvereinen nach Möglichkeit Fach- und Fortbildungsschulen zu verbinden, die den Arbeitern nützen konnten und wirklich genützt haben. Konnte sie auf diesem Wege eine Elite von Arbeitern mit ihrem Geiste durchtränken, den diese Feldwebel der Bourgeoisie dann in die Arbeitermassen überleiteten, so war ihr doppelt geholfen, und gewiß spielte auch dieser Zweck mit. Der Bürgermeister von Leipzig sprach es einmal in einer offiziellen Rede ehrlich aus, Zweck der Arbeiterbildungsvereine sei, eine Aristokratie von Arbeitern zu züchten, und die städtischen Behörden dieser berühmten Seestadt unterstützten den dortigen Arbeiterbildungsverein mit einem namhaften Jahreszuschuß, bis er dankend auf jeden „aristokratischen" Charakter verzichtete. Daneben aber gab es auch eine nicht unbeträchtliche Zahl bürgerlicher Ideologen, die den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht begriffen oder doch dahin mißverstanden, daß er durch die Bildung der Arbeiter ausgeglichen werden könne, und die somit redlich daran arbeiteten, die Arbeiterbildungsvereine auf einer gewissen Höhe zu erhalten, sie nicht zu bloßen Spielereien oder noch Schlimmerem entarten zu lassen.

Namentlich tüchtige Naturforscher haben sich anerkennenswerte Verdienste um diese Vereine erworben: Theodor Müller in Frankfurt a. M., Ludwig Büchner in Darmstadt, Roßmäßler in Leipzig. Sie waren mehr oder minder auch demokratische Politiker, aber die einseitig naturwissenschaftliche Auffassung der Dinge versperrte ihnen die scharfe Auffassung der gesellschaftlichen Zustände. Roßmäßler pflegte den Arbeitern zu sagen: Die Bildungsvereine gestatten euch tiefe Einblicke in die Natur, so könnt ihr allesamt Erfinder werden und habt dann des Brotes die Fülle. Nur einer dieser Männer verband die gründliche naturwissen-

schaftliche mit einer gründlichen sozialwissenschaftlichen Bildung: er hieß Friedrich Albert Lange.

Lange stammte aus westfälischem Bauernblute. Sein Vater hatte sich mit zäher Energie vom Acker- und Fuhrknechte zum orthodoxen Pastor und Professor der Theologie emporgearbeitet. Er lehrte zeitweise an der Züricher Universität, und in der Schweiz empfing Albert Lange die entscheidenden Eindrücke seiner Jugend. Mit freiem und unbefangenem Blicke sah er ins deutsche Leben, als er in rheinischen Städten, in Köln, Bonn, Duisburg, abwechselnd an Gymnasium und Universität, seinem pädagogischen Berufe oblag: ein gerader stracker Jüngling und Mann, dem die Ehrlichkeit und Offenheit auf der Stirne geschrieben stand, von jener echten Liebenswürdigkeit, die nicht allen alles gibt, aber jedem, was jedem gebührt. Ein geborener Erzieher, voll anspannender geistiger Kraft und dabei ein Meister aller Leibesübungen, ein gelehrter Forscher und doch nichts weniger als ein Stubenhocker, so vielseitig in der wissenschaftlichen Theorie wie in der praktischen Betätigung, war er das Bild eines Mannes von schönem Ebenmaß, berufen, jede Aufgabe zu lösen, die ihm das Leben stellen mochte.

Er hat sie alle männlich und tapfer gelöst. Er warf sein Amt als Gymnasiallehrer in Duisburg den Bureaukraten des Koblenzer Provinzialschulkollegiums vor die Füße, als sie ihn „nachdrücklichst verweisen" wollten, weil er sich den unwürdigen Wahlerlassen des Ministers v. Mühler nicht gefügt hatte. Er brach dann ebenso rücksichtslos mit der Bourgeoisie, als er sah, daß ihr die Förderung ihrer materiellen Interessen hoch über dem politischen Kampf um die Volksrechte stand. Er scheute sich nicht, für die Sache der Arbeiter einzutreten, als solch ehrliches Bekenntnis einem Mitgliede der bürgerlichen Klasse noch peinlich schwere Opfer auferlegte. Aber dem Verhängnis jenes tiefsinnigen Wortes, das auf dem Denkmal des letzten deutschen Papstes in Rom geschrieben steht: Wie viel trägt es aus, in welche Zeiten auch der beste Mann fällt! ist Albert Lange nicht ganz entgangen.

Seinem harmonischen Wesen fehlte jene harte Einseitigkeit, die das entscheidende Wort hat in Tagen, wo ein Hüben ein Drüben nur gilt. In seiner Geschichte des Materialismus kritisierte Lange scharf den naturwissenschaftlichen Materialismus der fünfziger Jahre, den er nur als „brauchbare Maxime für die Naturforschung" anerkannte, dagegen als „flache Philosophie" verwarf. Aber er ging nicht vorwärts zum

historischen Materialismus, sondern zurück auf Kant, und alle Erkenntnis löste sich ihm auf in einen „obersten und letzten Zweifel". Reich an gedankenvollen Untersuchungen, trifft sein Hauptwerk doch im Endziele daneben. Wie aber dem Philosophen ein letzter Zweifel blieb, so auch dem Sozialpolitiker Lange. Früher als irgend ein anderer Vertreter der deutschen Gelehrsamkeit hat er die Bedeutung von Lassalle, Marx und Engels begriffen; er hat ihr Lebenswerk manchmal ungemein fein und sicher beurteilt, um es dann doch wieder in schwer begreiflicher Weise mißzuverstehen. Lange war ganz frei von den eigennützigen Vorurteilen der Bourgeoisie, aber die idealistische Bildung und Erziehung eines evangelischen Pfarrhauses hat sein Denken immer etwas beengt. Nichts weniger als ein fauler Vermittler des landläufigen Schlages, ist er dem Lose solcher Vermittler, der schnellen Vergessenheit, doch bis zu einem gewissen Grade verfallen, weil er sich noch mit Zweifeln plagte, als eine große Wende der Geschichte ein schlichtes Ja oder Nein forderte.

Wenn Roßmäßler, Lange und ähnliche Männer in den Arbeiterbildungsvereinen wirkten, so trieb sie ihre bürgerlich-ideale Gesinnung, die als solche für die Fortschrittspartei schon mit dem Verdachte des Verdachts behaftet war. Zwischen beiden Teilen bestand durchaus kein zärtliches Verhältnis. Was die Fortschrittspartei den Arbeitern an Führern bot, war denn auch ganz anderen Schlages. Trotz des in gewissem Sinne ernsthaften Interesses, das sie den Arbeiterbildungsvereinen widmete, konnte sie ihren Bourgeoisdünkel doch nicht so weit überwinden, um ihre besten Leute gerade für gut genug zur Erziehung der Arbeiter zu halten. Mit Ausnahme von Schulze-Delitzsch, dem die soziale Frage in Generalpacht übergeben worden war, und etwa noch von Franz Duncker, der sich um das Unterrichtswesen des großen Berliner Handwerkervereins verdient gemacht hat, erachteten die Führer der Partei es unter ihrer Würde, sich mit den Arbeitern abzugeben. Dieser Teil ihrer Geschäftspolitik wurde Agitatoren dritten oder vierten Ranges überlassen, und das war eine recht gemischte Gesellschaft.

In Frankfurt a. M. machte Sonnemann in Volksbildung, ein Bankier und Besitzer einer Zeitung, die namentlich im südlichen Deutschland großen und wachsenden Einfluß besaß. Ebenda seifte Max Wirth die Arbeiter mit dem dünnflüssigen Schaume der Manchesterei ein, ein Nachplapperer Bastiats, der in seiner Weise die Bonapartisierung der deutschen Bourgeoisie vorbereitete, indem er die blutigen Eroberungen eines Abenteurers

als eine besonders schwierige und deshalb besonders lohnbringende Arbeit feierte. In Magdeburg belehrte die Arbeiter der freigemeindliche Prediger Uhlich, ein ehrenwerter Charakter, aber ein politischer Konfusionsrat, ihm zur Seite Max Hirsch, ein junger Mann aus einem großen Produktengeschäfte, guter Kerl und schlechter Musikant, nicht ohne eine Art schwächlichen Interesses für das Proletariat, und deshalb für die Bourgeoisie stets mit einem leichten Makel befleckt, aber viel zu eitel, um sich der Arbeiterklasse in Reih und Glied anzuschließen, und lange nicht selbstbewußt genug, um nicht vor jedem Stirnrunzeln der Fortschrittspartei zusammenzuknicken. Selbst der Vorstädtische Handwerkerverein in Berlin, dem Lassalle sein Arbeiterprogramm vorgetragen hatte, besaß in Friedrich Stephany einen Vorsitzenden, mit dem kein Staat zu machen war. Gescheitert in einem gelehrten Berufe, kokettierte er einige Jahre mit den Arbeitern, um dann ebensoviele Jahrzehnte im Dienste der kapitalistischen Presse die Arbeiterbewegung zu beschimpfen.

Wie gut aber oder wie schlecht es die Fortschrittspartei mit den Arbeiterbildungsvereinen meinte, den Arbeitern selbst boten sie den ersten Tummelplatz, sich über ihre Interessen zu verständigen. Die reaktionäre Gesetzgebung des deutschen Bundes, wie fast aller Einzelstaaten, erschwerte ihre politische Organisation außerordentlich und machte ihre gewerkschaftliche Organisation so gut wie unmöglich. So übten sie sich denn auf dem Exerzierplatze, den ihnen die Fortschrittspartei öffnete. Die guten wie die schlechten Seiten der Arbeiterbildungsvereine dienten gleichermaßen dazu, sie aufzuklären. Der Fachunterricht schürte den Wissenstrieb, der in den modernen Proletariern steckt, während ihre wachsende Erkenntnis sich sehr bald angeekelt fühlte von dem Dreschen leeren Strohs, das so vielfach in den Arbeiterbildungsvereinen betrieben wurde. Ihr Klassenbewußtsein erwachte langsam, aber unaufhaltsam, und in seinem dunkeln Drange war es sich des rechten Weges wohl bewußt. Die Arbeiter nahmen aus den Gaben der Fortschrittspartei, was ihnen paßte, und was ihnen nicht paßte, das machte sie um so argwöhnischer gegen die wohlwollenden Spender. Die Fortschrittspartei scheiterte an der unmöglichen Aufgabe, das Proletariat als eine politisch zugleich tatkräftige und willenlose Hilfstruppe zu organisieren; die Enten gehen immer aufs Wasser, auch wenn das Huhn, das sie ausgebrütet hat, sie nur am Ufer spazieren führen will.

---

3. Selbständige Regungen des Proletariats.

Im Jahre 1862 entfesselten einige, an sich mehr zufällige Vorkommnisse eine selbständige Bewegung der deutschen Arbeiter.

Einmal hatte der Nationalverein, mit dem sehr bescheidenen Kostenaufwande von 1200 Talern, aber mit einem desto größeren Aufgebot von Reklame, zwölf Arbeiter auf die Londoner Weltausstellung gesandt, die nach ihrer Rückkehr ihren Kameraden über ihre Beobachtungen berichten sollten und wollten. Dann hatte der Zünftlerkongreß in Weimar die entwickelteren Arbeiter rebellisch gemacht, indem er sich in ökonomisch reaktionären Forderungen überschlug und namentlich die Wiederherstellung der Zunftverfassung verlangte, die für den größten Teil Deutschlands wenigstens in ihren gröbsten Formen beseitigt war. In Bayern, wo sie noch in all ihrer mittelalterlichen Herrlichkeit existierte, wurde ein Arbeitertag zum 1. November nach Nürnberg ausgeschrieben, um gegen den Zünftlertag zu protestieren.

Die Berliner Arbeiter kamen am 25. August zum erstenmal zusammen, um den Bericht der nach der Londoner Weltausstellung gesandten Arbeiter entgegenzunehmen. Bereits in dieser Versammlung tauchte der Vorschlag auf, einen allgemeinen deutschen Arbeitertag einzuberufen. Eine Reihe von Arbeiterversammlungen, die in den verschiedenen Stadtteilen Berlins stattfanden, befreundete sich mit diesem Gedanken, und in einer Schlußversammlung vom 7. Oktober wurde ein Komitee von 25 Personen niedergesetzt, um den Arbeitertag vorzubereiten. Vorsitzender dieses Komitees war der Maler Eichler, der als Arbeiter in der, von dem Liberalen v. Unruh geleiteten, Aktiengesellschaft für Eisenbahnbedarf angestellt war, mit der speziellen Beschäftigung, die Nummern an die Türen der Eisenbahnwagen zu malen. Am 9. Oktober richtete Eichler im Namen des Komitees an das sächsische Ministerium das Ersuchen, im Monat November den Kongreß in Leipzig abhalten zu dürfen, und erhielt am 28. Oktober zusagenden Bescheid, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß, gemäß der Vorschriften des sächsischen Vereinsgesetzes, die Einberufung und Abhaltung des Kongresses sächsischen Staatsangehörigen überlassen werde.

Ehe dieser Bescheid erging, hatte das Berliner Komitee bereits den Kongreß zum 18. November nach Leipzig berufen, durch einen Aufruf, der am 22. Oktober in der Berliner Volkszeitung erschien. Der Kongreß

sollte sechs Tage dauern; auf seine Tagesordnung waren gesetzt: Gewerbefreiheit und Freizügigkeit durch ganz Deutschland, Assoziationen und Invalidenkassen für alle Arbeiter, eine Berliner Weltausstellung, endlich gewerbliche Mitteilungen der Arbeiter, die auf der Londoner Weltausstellung gewesen waren. Eben diese Mitteilungen und der Zünftlertag in Weimar wurden in dem Aufruf als die Triebfedern des Kongresses angegeben; sonst hieß es nur, daß die Sonne eines neuen Lebens, unter deren erwärmenden Strahlen alle Klassen der Bevölkerung zu neuem Handeln aufgewacht seien, auch die Arbeiter erwecken müsse, die in dem erschlaffenden Bewußtsein geruht hätten, daß für sie schon gesorgt werden und daß es doch nichts helfen würde, wenn sie sich an den Fragen, die für sie von höchstem Interesse seien, beteiligen wollten. Irgendwelche Spitzen gegen die Bourgeoisie enthielt der Aufruf nicht; im Gegenteil ordnete er an, daß die Meldungen zum Kongreß an die Redaktionen der Berliner liberalen Zeitungen zu richten seien. Nach Einlauf dieser Meldungen werde das Kongreßlokal in Leipzig bekannt gegeben werden, in das nur legitimierte Deputierte eingelassen werden sollten. Doch wurde über die Art dieser Legitimation, über die Wahl der Deputierten usw. keinerlei Bestimmung getroffen.

Obgleich dieser Aufruf der bürgerlichen Opposition gar keinen Anstoß bieten konnte, veröffentlichte ihn die Volkszeitung doch nur in ihrem Inseratenteile, während sie im redaktionellen Teile derselben Nummer einen den Arbeiterkongreß bekämpfenden Artikel von Streckfuß brachte. Streckfuß meinte, daß die Arbeiterbewegung, mitten in dem geistigen Kampf um die preußische Verfassung, durchaus verfehlt sei; sie leiste der Reaktion zwar keinen bewußten, aber doch einen unbewußten Dienst, indem sie ihr die günstigste Gelegenheit biete, die schwankenden Anhänger der verfassungstreuen Partei mit dem Gespenste der roten Republik in ihr, der Reaktion, Lager hineinzuscheuchen. Was solle überhaupt mit dieser ganzen unzeitgemäßen Bewegung bezweckt werden? Die Fragen, die auf dem Programme des geplanten Arbeiterkongresses ständen, würden von den bedeutendsten Männern der Wissenschaft und der Praxis auf den Volkswirtschaftlichen Kongressen und in den Abgeordnetenhäusern der verschiedensten deutschen Staaten vertreten; unterstützt vom Volke, würden diese Männer gewiß zum Siege gelangen, aber ein „bedeutungsloser Arbeiterkongreß" könne dazu nichts helfen. Dieser Artikel verstimmte begreiflicherweise in den Kreisen der Berliner wie auch der Leipziger Arbeiter.

Denn auch in Leipzig hatte sich inzwischen eine selbständige Arbeiterbewegung geregt. Im Februar 1861 war hier ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden, und zwar in der Form, daß er sich als „Gewerblicher Bildungsverein" an die Polytechnische Gesellschaft schloß, die aus selbständigen Gewerbetreibenden bestand. Als Grund oder als Vorwand für diese Form hatten die bürgerlichen Gründer des Vereins sich auf das reaktionäre Bundesgesetz von 1854 bezogen, das sich gegen Arbeitervereine richtete, doch hatten sie damit sofort den kräftigen Protest Fritzsches und Vahlteichs hervorgerufen. Wenn dieser Protest auch zunächst wirkungslos blieb, so hatte er doch großen Eindruck auf die anwesenden Arbeiter gemacht und namentlich dem jungen Drechsler Bebel imponiert, der zum erstenmale einer Volksversammlung beiwohnte.

Bebel ist ein preußisches Soldatenkind. Sein Vater war aus Ostrowo als preußischer Soldat in die Bundesfestung Mainz gekommen und hatte hier als Unteroffizier ein Mädchen aus Wetzlar geheiratet. Er ließ sich dann nach Köln versetzen, wo August Bebel geboren wurde und sein Vater zwei Jahre später starb. Die Mutter heiratete darauf des Vaters Bruder, der Gefangenwärter war, und kehrte, als auch dieser früh starb, in ihre Heimatstadt Wetzlar zurück. Seinen Unterricht erhielt Bebel in der Armenschule der kleinen Stadt, und zwar, nachdem ihm die Mutter noch vor seinem zwölften Lebensjahre gestorben war, als Stipendiat des Waisenfonds. Mit vierzehn Jahren kam er zu einem Drechslermeister in die Lehre. Regen Geistes und lebhaften Temperaments, suchte er sich geistig fortzubilden, aber dazu fehlte ihm in dem traurigen Philisterneste jede Möglichkeit, selbst wenn ihm die durchschnittlich zwanzig Groschen Wochenlohn, außer Kost und Wohnung beim Meister, besondere Sprünge gestattet hätten.

Vom Februar 1858 bis zum März 1860 wanderte Bebel als Handwerksbursche durch Süddeutschland, sowie einen Teil Österreichs und der Schweiz. Er arbeitete längere Zeit in Freiburg i. Br., Regensburg und Salzburg, wo ihm überall die katholischen Gesellenvereine geistige und gesellschaftliche Anregung boten. Seine patriotische Gesinnung war noch durchaus nicht angekränkelt. Als während seines Aufenthalts in Salzburg der Krieg von 1859 ausbrach, meldete er sich zum Eintritt in ein Freiwilligenkorps von Tiroler Jägern, wurde aber abgewiesen, weil er kein geborener Tiroler war. Sobald Preußen mobil zu machen begann, eilte Bebel in die Heimat zurück, um sich als Freiwilliger zu

melden, indessen der schnelle Friedensschluß vereitelte auch diese Absicht. Als er dann im nächsten Jahre gestellungspflichtig wurde, machte seine Zurückstellung wegen „allgemeiner Körperschwäche“ seinen militärischen Plänen für immer ein Ende. Er ging nun nach Leipzig, um Arbeit zu suchen und zu finden.

Im Gewerblichen Bildungsverein entwickelten sich seine Fähigkeiten schnell. Ebenso die geistigen Eindrücke, die er von Kindesbeinen an empfangen hatte, als auch sein unersättlicher Wissensdurst machten es erklärlich, daß er sich mit besonderem Eifer den Unterrichtszwecken des Vereins widmete und der Agitation fern blieb, die Fritzsche und Vahlteich unausgesetzt gegen das sanft lebende Fleisch der bürgerlichen Opposition unterhielten. Die Stiftungsfestrede Vahlteichs im Frühjahre 1862 führte zum offenen Ausbruche der vorhandenen Gegensätze, und in dem neu gewählten Vorstande, worin nun auch schon Bebel saß, standen sich beide Parteien gleich stark gegenüber. Aber auf einer außerordentlichen Generalversammlung wurden Fritzsche und Vahlteich mit großer Mehrheit geschlagen und gründeten nun den Verein Vorwärts, der auf Unterrichtszwecke verzichtete und sich ganz auf die Propaganda warf, namentlich auch allgemeine Arbeiterversammlungen einberief, um die politischen und sozialen Tagesfragen zu beraten. Aus diesen Versammlungen erwuchs dann, ähnlich wie in Berlin, ein Komitee mit dem speziellen Auftrage, einen allgemeinen Arbeitertag einzuberufen.

An dies Komitee wandte sich Eichler am 23. Oktober, am Tage nachdem das Berliner Komitee seinen Aufruf zur Beschickung eines Arbeiterkongresses veröffentlicht hatte. Er kam persönlich nach Leipzig hinüber, um den dortigen Arbeitern seine „Grundsätze“ zu entwickeln, die in der wundersamen Enthüllung bestanden, das eben ans Ruder gekommene Ministerium Bismarck habe ein Herz für die Arbeiter und werde sich ihrer Sache annehmen, sobald sie nur erst der Fortschrittspartei den Rücken gekehrt hätten; Bismarck sei bereit, zunächst den Maschinenbauarbeitern bedeutende Geldmittel zur Gründung einer Produktivassoziation zu gewähren. Erläutert wurden diese eigentümlichen Eröffnungen durch eine Generalversammlung, die der Preußische Volksverein, das feudale Gegenstück zum bürgerlichen Nationalverein, zur selben Zeit in Berlin abhielt. Von zwei vertrauten Freunden Bismarcks erklärte hier der eine, Blanckenburg: die Arbeiterbewegung werde der Fortschrittspartei durch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts

ein scharfes Examen auferlegen, und der andere, Wagener: nicht der Geldsack dürfe vorwiegen gegen die Blutsteuer, das allgemeine Wahlrecht müsse eingeführt werden, um eine wahrhafte, nach Ständen geordnete Volksvertretung zu schaffen.

Den Leipziger Arbeitern mißfielen Eichlers „Grundsätze" aber durchaus, und nachdem sie durch eine allgemeine Versammlung am 30. Oktober ihre Absicht bekräftigt hatten, einen Arbeitertag einzuberufen, sandten sie Fritzsche und Vahlteich nach Berlin, um das hinterhaltige Spiel Eichlers zu durchkreuzen und sich ehrlich mit der bürgerlichen Opposition zu verständigen.

Diese hatte inzwischen aus der Wirkung, die der plumpe Vorstoß von Streckfuß auf die Arbeiter gemacht hatte, so viel gelernt, daß sie die Arbeiterbewegung subtiler anfassen müsse, wenn sie ihr, was nach wie vor ihre Absicht blieb, jeden Stachel ausziehen wollte. Sie mußte darin um so mehr bestärkt werden, als die Leipziger Arbeiter durch die Enthüllung Eichlers praktisch bewiesen, wie fern es ihnen lag, der Fortschrittspartei in ihrem Kampfe mit Bismarck in den Rücken zu fallen. Allerdings fanden Fritzsche und Vahlteich die fortschrittlichen Führer bei einer Vorberatung in Unruhs Hause noch sehr zugeknöpft, aber es kam doch zu einem Kompromiß, dessen Art und Weise aus der großen Arbeiterversammlung hervorging, die am 2. November stattfand. Fritzsche und Vahlteich erklärten, daß sie die bürgerliche Opposition im Kampfe gegen die absolutistisch-feudale Reaktion unterstützen würden. Sie machten auch in dieser Versammlung großen Eindruck und erwiesen sich den Berliner Arbeitern überlegen, die, soweit sie zum Worte kamen, entweder überhaupt nichts von Politik wissen oder einfach im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwimmen wollten. Dagegen erklärte Schulze-Delitzsch jede Demokratie für eine hohle Phrase, die nicht die materiellen Grundlagen der Arbeiterexistenz so zu heben verstände, daß die große Masse der Arbeiterbevölkerung in die politische Bewegung als Träger mit eintreten könne. Freilich mahnte er zu bedachtsamem Vorgehen, wobei er, wie Streckfuß, an die zaghaften Gemüter innerhalb der Bourgeoisie erinnerte, die nun einmal eine zwar gänzlich grundlose, aber vorläufig doch unüberwindliche Abneigung gegen eine Arbeiterbewegung hegten. Immerhin brachte Schulze noch einen anderen Grund gegen jede Überstürzung vor, der auch den Arbeitern einleuchten mußte. Offenbar hatte das Berliner Komitee die Einberufung des Kongresses sehr

aufs Geratewohl betrieben; Schulze meinte nun, wenn ein paar hundert Arbeiter zusammenkämen und sich ohne Vorbereitung in so großen Fragen ergingen, so würde das eine wunderliche Geschichte werden, die auf den babylonischen Turmbau hinausliefe; ein Arbeiterkongreß bedürfe gründlicher Vorbereitung, und die Arbeiter brauchten sich nicht zu schämen, von befähigten Leuten Belehrungen darüber entgegenzunehmen; er selbst erbot sich, den Arbeitern Vorträge über Kapital und Arbeit zu halten. So beschloß denn die Versammlung vom 2. November, an dem Kongreß zwar festzuhalten, mit dem Berliner Programm, von dem nur die Berliner Weltausstellung in gegenseitigem Einvernehmen gestrichen wurde, ihn jedoch auf eine spätere Zeit zu vertagen und dem Leipziger Komitee die vorbereitenden Maßregeln zu überlassen, was schon durch den Bescheid des sächsischen Ministeriums geboten war und übrigens der Berliner Reaktion erschwerte, neues Unkraut zu säen.

Den Bericht über diese Versammlung schloß die Volkszeitung mit dem Stoßseufzer, die Mühe der Reaktion, den Arbeiterstand in ihre Netze zu ziehen, sei also vergeblich. Der gleichen Ansicht war anscheinend auch die Reaktion, und es hing wohl mit ihrer Enttäuschung zusammen, daß zwei Tage darauf, am 4. November, gegen das Arbeiterprogramm Lassalles, über vier Monate nach seiner Beschlagnahme, die tatsächliche Anklage erhoben wurde. Begreiflich genug war auch der Ärger Bismarcks und seiner Leute: von ihrem Faktotum wollten die Arbeiter nichts mehr wissen. Zwar hatte Eichler noch der Arbeiterversammlung am 2. November präsidiert, allein schon am 7. November mußte er eine gewundene Erklärung veröffentlichen, worin er den auf ihm lastenden Verdacht bestritt und den „Leipziger Herren Deputierten" vorwarf, Beschuldigungen ausgesprochen zu haben, für die ihnen jeder Beweis fehle. Nicht einmal Eichlers Berufung auf die überflüssige Grausamkeit, womit ihn der biedere Unruh aufs Pflaster geworfen hatte, vermochte ihn bei den Arbeitern zu rehabilitieren.

---

4. Das Leipziger Zentralkomitee.

Derweil beeilte sich das Leipziger Zentralkomitee, den Arbeiterkongreß vorzubereiten. Es bestand aus zehn oder zwölf Personen, deren Namen sich nicht mehr vollständig feststellen lassen. Außer Fritzsche und Vahlteich gehörten ihm Otto Dammer an, ein junger Naturforscher aus Pommern,

der im Gewerblichen Bildungsverein Vorträge über Chemie gehalten hatte, und der Pianofortefabrikant Dolge, ein Achtundvierziger, der wegen Beteiligung an dem Dresdener Maiaufstande zum Tode verurteilt und dann, unter charakterfester Ablehnung jedes Gnadengesuchs, zu langwieriger Zuchthausstrafe verurteilt worden war, wovon er in Waldheim sechs schreckliche Jahre verbüßt hatte. Auch der Eisengießereibesitzer Götz, der später nationalliberaler Reichstagsabgeordneter wurde, wird unter den Mitgliedern des Komitees genannt. Dazu traten dann noch die Vertrauensmänner, durch die sich das Komitee im Geiste des Berliner Kompromisses ergänzte: der Oberlehrer Albrecht, der Advokat Winter und namentlich der alte Roßmäßler, der im Jahre 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments gewesen war und in den Reaktionsjahren sich zu den verfolgten Arbeitern gehalten hatte. Er war eine durch und durch treue Seele, hatte viel echtere und tiefere Begriffe von Volksbildung als die sogenannte gebildete Bourgeoisie, war auch politisch radikaler als das banale Fortschrittlertum, blieb aber bei alledem in bürgerlichen Anschauungen befangen.

Mitte November erließ das Zentralkomitee seinen Aufruf an die deutschen Arbeiter. Gestützt auf die Beschlüsse der Leipziger Arbeiter vom 30. Oktober und der Berliner Arbeiter vom 2. November, sowie des Nürnberger Arbeitertags vom 1. November, forderte es zur Beschickung eines Arbeitertages mit dem Berliner Programm auf und befürwortete für diesen Zweck die Bildung von Lokalkomitees, die Veranstaltung belehrender Vorträge und endlich auch die Einrichtung von Kassen, um die umfangreichen Vorarbeiten „genügend und nach englischem Muster ohne persönliche Opfer für die damit Beauftragten" bewältigen zu können. Die Lokalkomitees sollten sich mit dem Zentralkomitee in Verbindung setzen und bis Mitte Februar das Ergebnis ihrer Vorarbeiten nach Leipzig melden; dann sollte der Arbeitertag sobald wie möglich einberufen werden. Ferner richtete das Zentralkomitee am 22. November an das sächsische Ministerium das Ersuchen, die für den gescheiterten Novemberkongreß erteilte Erlaubnis auf einen im März einzuberufenden Kongreß zu erstrecken und die im Jahre 1855 erlassene Verordnung aufzuheben, wodurch dem Kreisrichter a. D. Schulze, damals in Delitzsch, jetzt in Potsdam, verboten wurde, in Leipzig öffentlich zu sprechen.

Gleichzeitig verbreitete das Zentralkomitee eine Art Programmschrift, eine Rede, die Roßmäßler am 18. November im Odeon vor einer

Arbeiterversammlung gehalten und dann als Broschüre herausgegeben hatte. Sie begann damit, „ausdrücklich" festzustellen, daß die königlich sächsische Staatsregierung durch den Bescheid vom 28. Oktober den Arbeiterkongreß „im Prinzip" gutgeheißen habe, was zwar eigentlich nicht nötig, aber doch von größter Bedeutung sei. Er empfahl dann den Arbeitern, sich Bildung und Wissen zu erwerben, die ihnen von der, unter der Leitung der orthodoxen Kirche stehenden, Volksschule vorenthalten würden, betonte aber zugleich nachdrücklich, daß die Arbeiter ihre Sache auch in ihrer Hand behalten und die damit verbundenen Kosten nicht scheuen sollten. „Die Leitung der Arbeiterbewegung muß in eurer eigenen Hand bleiben, woran nur in einzelnen Fällen der unbedingte Mangel einer Persönlichkeit aus eurer Mitte eine Ausnahme bilden darf. Selber ist der Mann! Wenn euch die ganze Arbeiterbewegung etwas wert ist, so scheuet nicht die damit verbundenen Ausgaben. Sonst laßt sie lieber ganz bleiben." Es entsprach dieser freien Auffassung, daß Roßmäßler den Schwerpunkt der Bewegung in die Arbeiter*versammlungen*, nicht in die Arbeiter*vereine* verlegt haben wollte, die schon wegen der reaktionären Vereinsgesetze nicht miteinander verkehren durften.

Allein zugleich warnte Roßmäßler die Arbeiter vor „politischen Ausschreitungen" und fiel so ziemlich in die Litanei von Streckfuß zurück, auf dessen „bekannten, aber arg verkannten" Artikel er sich ausdrücklich berief. Namentlich wollte er von einem Unterschiede zwischen Arbeitern und Unternehmern nichts wissen. Rechtlich sei dieser Unterschied durch die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz von 1849 beseitigt worden; mit dem Kampfe um die Wiederherstellung dieser Verfassung und dieses Wahlgesetzes sei alles getan, was die Arbeiter politisch zu tun hätten, es sei denn, daß sie das allgemeine Wahlrecht auch in den Einzelstaaten durchsetzen müßten. Sonst bestände kein Unterschied zwischen Meister und Gehilfe, zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit; bei den Arbeitern sei die finanzielle Selbständigkeit und freiere Lebensstellung sogar viel größer als bei sehr vielen Meistern. Aber auch die größten Meister würden, wie zu ihrer Ehre zu hoffen sei, nicht auf den Ehrennamen Arbeiter verzichten, sei es auch nicht in dem Sinne, worin jetzt die Arbeiterbewegung angebahnt werde.

So verlief diese Schrift, bei allem guten Willen des Verfassers, zuletzt doch in die größte Konfusion. Zugleich aber verbreitete das

Leipziger Zentralkomitee eine andere Schrift ganz anderen Inhalts, nämlich Lassalles Arbeiterprogramm, das nach seiner Beschlagnahme in Berlin von neuem in Zürich erschienen war. Dammer war durch den ihm befreundeten Ludwig Löwe, den späteren fortschrittlichen Abgeordneten, auf Lassalles Schrift aufmerksam gemacht worden, doch hatte noch keine persönliche Berufung zwischen Lassalle und dem Zentralkomitee stattgefunden; als Fritzsche und Vahlteich nach Berlin kamen, war Lassalle gerade abwesend. Seine Schrift begegnete auch jetzt noch, wo sie von einer Arbeiterorganisation vertrieben wurde, sehr geteilten Empfindungen unter den Arbeitern. In Hamburg wurde sie zwar mit großem Interesse gelesen und für „bei weitem erfolgreicher" erklärt als die Schrift Roßmäßlers, die wegen ihres billigeren Preises mehr gekauft werde. Aber am 25. Februar 1863 schrieb der Tischler Theodor York in Harburg, der zu den aufgewecktesten Proletariern der damaligen Zeit gehörte, nach Leipzig: „Was die Broschüren anbelangt, so muß ich gestehen, daß Roßmäßlers weit populärer ist und einen weit sichereren Erfolg für unsere Bestrebungen bietet als die andere, die von vielen gar nicht verstanden wird und die man nun einmal jetzt noch nicht der großen Masse mitteilen kann." Dabei war York, der zu den Arbeiterdelegierten für die Londoner Weltausstellung gehört hatte, hier schon in den Kommunistischen Arbeiterbildungsverein geraten. Doch kann man ihm aus seinem Schwanken keinen Vorwurf machen, wenn man erwägt, daß selbst das Leipziger Zentralkomitee die Schriften Lassalles und Roßmäßlers zugleich verbreitete, obgleich beide in ihren Voraussetzungen wie in ihren Schlußfolgerungen himmelweit voneinander verschieden waren.

Die Praxis rüttelte bald an der theoretischen Unklarheit. Aus Rücksicht auf die reaktionäre Vereinsgesetzgebung hatte Roßmäßler nach dem Vorgange des Zentralkomitees empfohlen, den Schwerpunkt der Bewegung nicht in die Arbeiter*vereine*, sondern in die Arbeiter*versammlungen*, mit anderen Worten, in die Arbeitermassen zu legen. Aber damit entstand sofort die Frage, wer Arbeiter sei, und auf diese Frage hatte Roßmäßler nur mit leerem Gerede zu antworten gewußt, mit einem Gerede, unter dessen nebelhaft zerfließender Hülle sich der zünftlerische Handwerker und selbst der kapitalistische Bourgeois zum modernen Proletarier gesellen konnte.

Namentlich in Hamburg entstanden daraus scharfe Gegensätze. Dort hatte sich von dem Arbeiterbildungsverein, der unter der Leitung des

freigemeindlichen Predigers Balzer ganz im Fahrwasser des National-vereins schwamm, schon früher eine kleine radikale Fraktion abgesplittert; ihre namhaftesten Mitglieder waren August Perl, Buchhalter an einem der beiden Hamburger Konsumvereine, der größten, die es damals in Deutschland gab, und der Mechaniker Jakob Audorf, dessen gleichnamiger Vater bereits im Bunde der Kommunisten mitgetan hatte. Diese Fraktion begrüßte lebhaft den Aufruf des Leipziger Zentralkomitees, in dessen Sinne sie sofort freie Arbeiterversammlungen zur Wahl eines Lokal-komitees berief. Dagegen setzte der Hamburger Arbeiterbildungsverein eine Kommission nieder, die in Verbindung mit den Hamburger Konsum-vereinen, einer Altersversorgungskasse, einer Volksbank, dem Altonaer Arbeiterverein die Beschickung des Arbeitertages rüsten sollte. Im Interesse der Einigkeit versuchten Perl und Genossen eine Annäherung an diese Kommission, doch ihre Bedingung, daß nur solche Deputierte nach Leipzig geschickt werden sollten, die in Lohn und Brot eines anderen ständen, wurde sehr entschieden zurückgewiesen, und aus der geplanten Einigkeit entstand eine leidenschaftliche Fehde. Da sich die Fraktion Perl auf ein Schreiben Dammers berufen hatte, der im Namen des Zentralkomitees ihre Auffassung gebilligt haben sollte, so beschwerte sich Balzer bei Roßmäßler, der auch sofort gegen Dammer mobil machte. Er verlangte, daß dessen Auffassung zur rein persön-lichen Sache erklärt werden sollte; das Zentralkomitee als solches habe die Frage, wer Arbeiter sei, anders entschieden, indem es Roßmäßlers Schrift gebilligt habe. Damit war das Zentralkomitee vor eine ent-scheidende Frage gestellt, die es zu zersprengen drohte. Einstweilen ver-klebte ein Kompromiß mühsam den Riß im Bau. Nach einem von Roßmäßlers Hand entworfenen Konzept antwortete Vahlteich auf Balzers Brief, Dammer habe keine prinzipielle Frage aufwerfen, sondern nur praktisch dafür wirken wollen, daß die unselbständigen Arbeiter als die gedrückteste Volksklasse genügend auf dem Arbeitertage vertreten seien, was den Ansichten Roßmäßlers keineswegs widerstreite. Es müsse den Arbeitern jeder Stadt überlassen bleiben, wen sie zum Kongreß entsenden wollten, darüber habe das Zentralkomitee keine entscheidende Stimme. Wenn aber Dammer das taktische Vorgehen der Perl und Genossen gebilligt habe, so sei das vollkommen richtig; Balzer solle sich möglichst schnell mit Perl einigen zur Einberufung einer allgemeinen Arbeiter-versammlung, die ein allseitig anerkanntes Lokalkomitee zu wählen habe.

So scharf wie in Hamburg klang die proletarische Note allerdings sonst noch nirgends aus der latenten Unklarheit der damaligen Arbeiterbewegung hervor, allein diese Unklarheit selbst lähmte die Bemühungen des Leipziger Zentralkomitees. Sein Aufruf fand wohl an vielen Orten einen Widerhall, doch blieb dieser Widerhall mehr oder minder platonische Sympathie. Fast am herzlichsten antwortete der alte Demokrat Demmler in Schwerin, aber wie konnte er die mecklenburgischen Arbeiter aufbieten? Selbst Nürnberg, von wo neben Berlin und Leipzig die Bewegung ausgegangen war, erklärte sich für leistungsunfähig, teils wegen polizeilicher Schwierigkeiten, teils weil die Nürnberger Arbeiter durch ihren Arbeitertag entkräftet seien, der 120 Taler gekostet habe. Vielleicht spielte hier schon bürgerlicher Einfluß mit; jedenfalls berief sich der Breslauer Handwerkerverein auf Schulze-Delitzsch, als er am 5. Dezember spöttisch nach Leipzig schrieb, man scheine es dort noch immer sehr eilig zu haben; was denn eigentlich die Lokalkomitees sollten, Statistika sammeln oder was sonst? Die Bourgeoisie übersah schnell genug die Sachlage und zögerte nicht zu handeln. Sie hatte von Anfang an nur gute Miene zum bösen Spiel gemacht; sie war auf den Arbeiterkongreß nur eingegangen, um ihn desto gründlicher zu vereiteln. Sie hatte den Vorteil, über ihre Klasseninteressen klar zu sein, und sie nutzte diesen Vorteil gründlich aus.

Schon im Anfang Dezember empfahl sich der Bock mit naiver Dreistigkeit als Gärtner; Schulze-Delitzsch schrieb an seinen „besten Herrn Vahlteich“: „Je nachdem Sie die Zeit des Kongresses ansetzen, ist es mir vielleicht möglich, Ihnen in dieser unendlich wichtigen und schwierigen Sache selbst Vortrag zu halten, gewissermaßen als Ihr Berichterstatter aufzutreten.“ In Berlin begann Schulze bereits mit jenen Vorträgen, die durch Lassalles spätere Streitschrift eine traurige Berühmtheit erlangt haben; sie suchten durch windige Trugschlüsse die Arbeiter über ihre Klasseninteressen hinwegzutäuschen. Dann tat sich in Koburg, dem Hauptquartier des Nationalvereins, ein neuer Arbeiterbildungsverein auf, und ebenda erschien zur Jahreswende die Probenummer einer wöchentlich erscheinenden Allgemeinen Deutschen Arbeiterzeitung, die von dem Rechtsanwalt Streit, dem Geschäftsführer des Nationalvereins, herausgegeben und redigiert wurde. Streit war ein Achtundvierziger, etwa von Struves Richtung, also radikaler als die Berliner Fortschrittler; er schlug in seinem neuen Blatte einen hitzigeren Ton gegen Junker

und Pfaffen an, als sonst in der bürgerlichen Opposition üblich war, stellte sich auch wohlwollend zu dem Leipziger Zentralkomitee und korrespondierte selbst in „freundschaftlicher Ergebenheit“ mit Lassalle, alles das aber nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter im politischen Schlepptau der Bourgeoisie blieben und sich mit den sozialen Rezepten begnügten, die ihnen Schulze-Delitzsch verschrieb. Das neue Blatt war kaum acht Tage alt, als der Koburger Arbeiterbildungsverein am 8. Januar 1863 nach Leipzig meldete, in verschiedenen Korrespondenzen, namentlich aus Süddeutschland, machten sich Bedenken gegen den Arbeiterkongreß geltend, Bedenken, die jedenfalls der ernstesten Erwägung und des sorgfältigsten Gedankenaustausches wert seien. Dann aber meldete am 30. Januar das Zentralkomitee der im Maingau zu einem Verbande zusammengeschlossenen Arbeiterbildungsvereine von Frankfurt a. M., Offenbach, Bockenheim, Flörsheim, Bornheim, zugleich auch im Namen der Vereine von Mainz und Mannheim, daß auf einer Zusammenkunft in Offenbach beschlossen worden sei: 1. das Leipziger Zentralkomitee solle den Arbeiterkongreß vertagen; 2. es solle sich mit den Arbeiterbildungsvereinen zu einer Vorbesprechung verbinden, die etwa im August 1863 in einem zentral gelegenen Orte wie Eisenach oder Gotha oder Weimar stattfinden könne, um einen allgemeinen großen deutschen Arbeitertag vorzubereiten. Dies Stichwort wurde sofort lebhaft in Koburg aufgegriffen, von dem dortigen Vereine wie von der dortigen Zeitung.

Mit alledem war die Karte der Bourgeoisie vollständig aufgedeckt. Sie wollte dem Leipziger Zentralkomitee den Hebel entwinden und ihn in die Hände der von ihr noch völlig abhängigen Arbeiterbildungsvereine spielen. Wurde der Arbeiterkongreß durch die Offenbacher Beschlüsse ohnehin schon auf die lange Bank geschoben, so war auch von der geplanten Vorbesprechung in Eisenach oder Gotha oder Weimar nichts für die Bourgeoisie zu befürchten. Im Gegenteil! Verbanden sich die Arbeiterbildungsvereine untereinander, so war ihre Lage gegenüber den deutschen Vereinsgesetzen noch weit schwieriger, so waren sie in ihrer ganzen Existenz noch weit mehr von der Gnade der Regierungen abhängig, und die Bourgeoisie hatte es dann um so leichter, unter schmerzlichen Klagen über die verdammte Reaktion die Arbeiter vor „politischen Ausschreitungen“ zu bewahren.

Die Nachricht von den Offenbacher Beschlüssen traf in Leipzig just zur selben Zeit ein, wo der Hamburger Streit einen aufkeimenden

Zwiespalt im Zentralkomitee selbst aufgedeckt hatte. In dieser bedenklichen Lage entwarf Vahlteich einen Aufruf, um die „vielerlei Unklarheit und Zweifel" zu zerstreuen, die der erste Aufruf des Komitees hervorgerufen habe. Er begann mit der kategorischen Erklärung, daß die Arbeiterbildungsvereine nicht Knotenpunkte der Arbeiterbewegung werden dürften; „die Organe der Arbeiterbewegung sind einzig und allein die von freien Arbeiterversammlungen gewählten Komitees". Sehr viel weniger entschieden beantwortete der Aufruf die Frage, wer Arbeiter sei, mit den wesentlich doch ausweichenden Worten: „Die Mitglieder des Zentralkomitees sind zum größten Teil unselbständige Arbeiter, das heißt solche, welche sich mit ihrer Arbeitsleistung nicht an das große Publikum, sondern an den einzelnen Arbeitgeber wenden, und zum kleinen Teil solche, welche den ersteren in vieler Beziehung nahe stehen." Deshalb hätte sich das Zentralkomitee zunächst an seine Genossen gewandt.

Dann ging der Aufruf auf den Einwurf ein, was ein Arbeitertag mit einem Programm solle, dessen Forderungen auch von der Bourgeoisie vertreten würden und in manchen Ländern längst durchgeführt seien. Hierauf antwortete Vahlteich, daß die Arbeiter in solchen, für sie hochwichtigen Fragen doch mitreden wollten. Sie wollten es umsomehr, als sie bisher nach ihrem Urteil gar nicht gefragt worden seien; sie wollten ihre Mündigkeit um so kräftiger beweisen, je weniger die Welt daran glaube. Bei diesem großen Unternehmen würden sie von keinen kleinlichen Rücksichten geleitet. Der Kongreß solle keineswegs eine Demonstration gegen den Zünftlertag in Weimar sein; mit diesem halbtoten Gegner hätten die Arbeiter nichts zu schaffen, sie verlangten die Hebung ihres Standes nach innen und außen. Sie wollten ihre Meinung darüber sagen, ob die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit, die schon gewährt sei, wirklich genüge; sie wollten erfahren, wie weit die Arbeiter für das Genossenschaftswesen reif seien und diese Reife beschleunigen. „Wir kennen das geistige und materielle Elend unserer Genossen und wir haben ein Herz für sie; wir wollen, Freunde, daß ihr endlich einmal erklärt, wie sehr euch dieses Elend drückt, und der Kongreß soll euer Mund sein. Er soll beweisen, daß der deutsche Arbeiterstand mündig geworden ist, und daß er sich berufen fühlt, die Lösung der hochwichtigen sozialen Frage, wenn auch nicht zu vollenden, so doch anzuregen und zu befördern, weil er Klarheit des Verstandes, Reichtum des Gefühls, Besonnenheit und Beharrlichkeit des Handelns

in sich vereinigt, weil er dem geldmachenden Materialismus des Engländers ebenso fremd ist, wie dem systemschaffenden Idealismus des Franzosen, weil er geeignet und willens ist, auf den gegebenen Verhältnissen ruhig fortbauend, die geistige und materielle Emanzipation seiner selbst mühsam zu erringen." In diesen Sätzen lag der Schwerpunkt des Aufrufs, der im übrigen nochmals anfeuerte, die Vorbereitung des Kongresses kräftig zu betreiben, Lokalkomitees zu wählen und namentlich Geldsammlungen zu veranstalten. Auch gab er den — unter den obwaltenden Umständen sehr zweischneidigen — Rat, Vertrauensmänner zuzuziehen; ein Glück wenigstens, daß die Ratgeber an diesem Rat die richtige Schneide zu finden wußten.

Veröffentlicht ist der Aufruf nicht worden, und sicherlich hätte seine Veröffentlichung das Zentralkomitee auch nicht aus der bedrängten Lage befreit, in die es durch die treulose Politik der Bourgeoisie geraten war. Der Aufruf atmete schon jenes kräftige Klassenbewußtsein des modernen Proletariats, das die Bourgeoisie mit Recht fürchtete, aber noch nicht jenes klare Klassenbewußtsein des modernen Proletariats, das allen Kniffen und Pfiffen der Bourgeoisie überlegen ist. Der Axt fehlte noch der Stiel. Die Arbeiter empfanden so bitter wie richtig, daß jene Mündigkeitserklärung, die sie beanspruchten, ihnen von der Bourgeoisie verweigert wurde, aber sie wußten noch nicht, ihren Anspruch in einem politisch-sozialen Programm zu entwickeln. Es ist nicht mehr genau festzustellen, ob erst in dieser oder schon in einer früheren Zeit das formelle Ersuchen an den Nationalverein gerichtet wurde, die Zahlung seiner Jahresbeiträge in monatlichen Raten zu gestatten, um den Arbeitern den Eintritt zu ermöglichen. Bekannt ist die abschlägige Antwort, die damit begründet wurde, daß die Arbeiter sich als „geistige Ehrenmitglieder" betrachten könnten, oder im günstigsten Falle, daß die Arbeitervereine die Jahresbeiträge für ihre Vorsitzenden zahlen möchten, durch die sie dann ja im Nationalverein vertreten sein würden.

In ähnlicher Weise drückte sich die Bourgeoisie um die Forderung des allgemeinen Stimmrechts herum. Der Nationalverein berief sich darauf, daß er dies Recht vertrete, indem er die Reichsverfassung von 1849 verlange, die es enthalte; daneben noch besonders das allgemeine Stimmrecht zu fordern, sei sinnlos, wie Roßmäßler schon in seiner Schrift ausgeführt hatte. Die preußische Fortschrittspartei hatte nun allerdings das allgemeine Stimmrecht grundsätzlich von ihrem Programm

ausgeschlossen, jedoch machte sie den Arbeitern gegenüber allerlei ausweichende Redensarten; so meinte Schulze-Delitzsch, „füglich" könne es ja wohl als Forderung der Rechtsgleichheit gewährt werden, nur müßten die Arbeitermassen sich erst bilden, um es richtig zu gebrauchen. Der Hinweis auf die Erfahrungen, die unter dem zweiten Kaiserreiche mit dem allgemeinen Stimmrechte gemacht worden waren, leistete den Fortschrittlern dabei treffliche Dienste, gerade auch unter den aufgeklärtesten Arbeitern. Wie sich Bebel im Februar 1863 gegen das allgemeine Stimmrecht erklärte, so schrieb York zu gleicher Zeit an das Leipziger Zentralkomitee: „Unter den obwaltenden Verhältnissen für das allgemeine Stimmrecht wirken zu wollen, wäre mehr als bedenklich, einmal: weil dadurch vorderhand nichts gewonnen würde, das anderemal aber: scheint es mir doch eine zu zweischneidige Waffe zu sein, die nur zu leicht gegen die Freiheit gebraucht werden kann, solange eben, wie es jetzt noch der Fall ist, die Bildung in der Minorität sich befindet." So schlechthin das Banner des allgemeinen Stimmrechts aufzupflanzen, hätte die Lage des Zentralkomitees eher erschwert als erleichtert, und Vahlteich erwähnte es gar nicht einmal in dem Entwurfe des neuen Aufrufs.

Statt diesen Aufruf zu erlassen, wandte sich das Zentralkomitee vielmehr an den richtigen Vertrauensmann, an den einzigen Mann in ganz Deutschland, der ihm helfen konnte. Das Arbeiterprogramm Lassalles hatte nun doch allmählich seine Wirkung getan. In den ersten Februartagen 1863 reisten Vahlteich und Dammer, die beiden Vorsitzenden des Zentralkomitees, nach Berlin, um sich mit Lassalle zu beraten. Es geschah in der Wohnung Lassalles, im Beisein Ludwig Löwes. Die Einigung war bald erzielt: ihr Resultat ergibt sich aus den Beschlüssen, die das Zentralkomitee am 10. Februar faßte. Es erließ einen Aufruf in der Koburger Arbeiterzeitung, der zwar an dem Kongreß festhielt, aber vor Übereilung warnte; an seine Zusammenberufung sei erst zu denken, wenn die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter damit einverstanden sei und selbst dazu auffordere. „Wir wünschen einen wohlvorbereiteten Kongreß und Vertreter des deutschen Arbeiterstandes, welche sich über alles vollkommen klar sind." Auf irgend welche prinzipielle Fragen ging der Aufruf nicht ein, wohl aber richtete das Zentralkomitee gleichzeitig die offizielle Aufforderung an Lassalle, in irgend einer ihm passend erscheinenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung

und die Mittel, deren sie sich zu bedienen habe, sowie besonders über den Wert der Assoziationen für die ganz unbemittelte Volksklasse auszusprechen.

Lassalle antwortete mit dem Offenen Antwortschreiben, das vom 1. März datiert ist und etwa um die Mitte dieses Monats in die Welt hinausflog.

5. Lassalles Offenes Antwortschreiben.

Das Offene Antwortschreiben geht davon aus, daß es gleich falsch sei zu meinen: sowohl daß die Arbeiter sich überhaupt nicht um die Politik zu kümmern, als auch daß sie den selbstlosen Chor und Resonanzboden für die Fortschrittspartei abzugeben hätten. Der Arbeiter könne die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten, aber die Fortschrittspartei habe durch ihre Haltung in dem preußischen Verfassungsstreite gezeigt, daß sie vollkommen unfähig sei, auch nur die geringste reelle Entwicklung der Freiheitsinteressen herbeizuführen. Der Arbeiterstand müsse sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands könne in politischer Hinsicht allein seine legitimen Interessen befriedigen. Hierfür eine friedliche und gesetzliche Agitation mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, sei das politische Programm der Arbeiterpartei. Die Taktik dieser Partei gegenüber der Fortschrittspartei erhelle von selbst; sie müsse sich überall als eine selbständige Partei auftun, gleichwohl die Fortschrittspartei in Fragen eines gemeinschaftlichen Interesses unterstützen, ihr entschieden den Rücken kehren und gegen sie auftreten, sobald sie sich davon entferne, eben dadurch die Fortschrittspartei zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, worin sie bereits knietief angelangt sei.

Lassalle geht dann zur Beantwortung der sozialen Fragen über, die ihm das Leipziger Komitee vorgelegt hatte. Er führt aus, daß Debatten über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nicht auf die Tagesordnung eines Arbeiterkongresses gehörten. Sie hätten mindestens den

einen Fehler, um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit dekretiere man stumm und lautlos in einem gesetzgebenden Körper, aber man debattiere sie nicht mehr. Spar-, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen seien wohl geeignet, das Elend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen, aber sie seien ganz und gar ohnmächtige Mittel, um die normale Lage des Arbeiterstandes selbst zu verbessern. Lassalle beruft sich auf die gleiche Ansicht Hubers, um durch das Zeugnis dieses Mannes, der in politischer Hinsicht auf durchaus entgegengesetztem und in ökonomischer Hinsicht auf durchaus verschiedenem Boden mit ihm stehe, am kürzesten den Verdacht zu beseitigen, als sei der geringe Wert, den er auf solche Kassen lege, nur die Folge vorgefaßter politischer Tendenzen.

Und nun die Assoziationen von Schulze-Delitzsch! Lassalle geht an dem Politiker und theoretischen Nationalökonomen Schulze schonend vorüber, um dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens" mit Wärme die Hand zu schütteln. Aber auf die Frage, ob Schulzes Assoziationen die Lage des Arbeiterstandes verbessern könnten, antwortet er mit dem entschiedensten Nein. Die Kredit- und Rohstoffvereine könnten höchstens den unbemittelten Handwerksmeister gleichsetzen mit dem bemittelten Handwerksmeister, der seinerseits die Konkurrenz des großen Kapitals und der fabrikmäßigen Massenproduktion nicht mehr aushalten könne. Sie könnten den Todeskampf des kleinen Handwerkers verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren und die Entwicklung unserer Kultur unnütz aufhalten: den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand berührten sie überhaupt nicht.

Dagegen würden Schulzes Konsumvereine allerdings den gesamten Arbeiterstand umfassen können. Gleichwohl seien auch sie völlig unfähig, seine Lage zu verbessern. Es sei schon ganz falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo ihn wirklich der Schuh drücke: als Produzenten. Zwar leide auch der Arbeiter als Konsument unter dem Nachteile, seine Bedürfnisse im kleinen einkaufen zu müssen und so dem Wucher des Kramladens zu verfallen, und hiergegen hülfen die Konsumvereine bis zu einem gewissen Grade und bis auf eine gewisse Dauer. Dieser Nebenschaden habe aber nichts mit dem Haupt- und Krebsschaden zu tun, der den Arbeiter bedrücke.

Lassalle entwickelt nun das „eherne ökonomische Gesetz“, das unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimme, das den durchschnittlichen Arbeitslohn auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft beschränke. „Der Lohn kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, denn sonst entstünde durch die leichtere bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über ihm (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Notstandes und der Krisen).“

Lassalle sagt, die liberale ökonomische Schule habe selbst dies Gesetz entdeckt und nachgewiesen, er könne dafür ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gebe. Er rät den Arbeitern, jeden, der ihre Lage verbessern wolle, zu fragen, ob er dies Gesetz anerkenne oder nicht, und wenn er es nicht anerkenne oder nicht wisse, wie es zu beseitigen sei, ihm als einem leeren Schwätzer den Rücken zu kehren. Und die Wirkung dieses Gesetzes faßt er dahin zusammen: „Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst so viel abgezogen und unter die Arbeiter verteilt, als zu ihrer Lebensfristung notwendig ist (Arbeitslohn). Der ganze Überschuß der Produktion — des Arbeitsertrags — fällt auf den Unternehmeranteil.“ Die Arbeiter seien die Klasse der Enterbten, weil sie sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, das heißt von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit ihrer eigenen Arbeit notwendig ausgeschlossen

seien. Für sie immer die Lebensnotdurft, für den Unternehmeranteil immer alles, was über die Lebensnotdurft hinaus von der Arbeit produziert werde.

Lassalle gibt zu, daß wenn bei sehr großen Fortschritten der Produktivität viele Industrieprodukte zu äußerster Billigkeit herabsänken und gleichzeitig eine länger dauernde Periode steigender Nachfrage nach Arbeiterhänden einträte, der Umfang dessen, was gewohnheitsmäßig in einem Volke zum notwendigen Lebensunterhalte gehöre, erweitert werden, daß, wenn man verschiedene Zeiten miteinander vergleiche, die Lage des Arbeiterstandes in der späteren Zeit etwas besser sein könne als in der früheren. Er macht diese kleine Abschweifung, weil diese etwaige geringfügige Verbesserung im Laufe der Jahrhunderte immer der Punkt sei, auf den diejenigen, die den Arbeitern Sand in die Augen streuen wollten, nach dem Vorgange Bastiats mit ebenso billigen wie hohlen Deklamationen zurückkämen. Ob sich wirklich die Gesamtlage des Arbeiterstandes fortlaufend in den verschiedenen Jahrhunderten gebessert habe, das sei eine sehr schwierige, sehr verwickelte, eine viel zu gelehrte Untersuchung, als daß diejenigen auch nur annähernd ihrer fähig wären, welche die Arbeiter ohne Unterlaß damit amüsierten, wie teuer der Kattun im vorigen Jahrhundert gewesen sei und wie viel Kattunkleider sie jetzt verbrauchen könnten. Er könne diese Untersuchung auch nicht anstellen, da er den Arbeitern nicht nur absolut Feststehendes, sondern auch ganz leicht zu Begründendes geben müsse, aber angenommen, eine solche Verbesserung habe stattgefunden, so verkehre man dadurch jedenfalls die Frage, um die es sich handle. Man täusche, man hintergehe die Arbeiter.

Wenn die Arbeiter von der Verbesserung ihrer Lage sprächen, so seien die Lebensgewohnheiten derselben Zeit ihr Maßstab. Und man amüsiere sie mit angeblichen Vergleichen ihrer Lage mit der Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten! Freilich sei es eine ausgemachte Tatsache, daß die Arbeiter sich heute besser ständen als die Botokuden und die menschenfressenden Wilden. Aber jede menschliche Befriedigung hänge immer nur ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, und ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gebe auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten nicht gekannt hätten. „Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er keine Seife

kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrte der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrte der Arbeiter vor der Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?" Wenn also noch so fest stände, daß sich das Niveau der notwendigen Lebensbedingungen in den verschiedenen Zeiten gehoben hätte, die menschliche Lage der Arbeiter sei in diesen verschiedenen Zeiten immer dieselbe geblieben, immer diese: auf dem untersten Stande der in jeder Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensnotdurft herumzutanzen, bald ein wenig über ihm, bald ein wenig unter ihm zu stehen.

Und nun faßt Lassalle sein Urteil über die Konsumvereine dahin zusammen: Solange nur einzelne Kreise von Arbeitern zu Konsumvereinen zusammentreten, solange wird der allgemeine Arbeitslohn nicht durch sie berührt, solange können sie also den Arbeitern, die zu ihnen zusammentreten, in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, durch die billigere Konsumtion, eine untergeordnete Erleichterung ihrer gedrückten Lage gewähren. Sobald sie aber den gesamten Arbeiterstand zu umfassen beginnen, führt das eherne Lohngesetz dazu, daß der Arbeitslohn infolge des durch die Konsumvereine um so viel billiger gewordenen Lebensunterhaltes um ebenso viel fallen muß, womit denn auch jene geringfügige Erleichterung, welche die Konsumvereine bis dahin einzelnen Arbeiterkreisen gewährt haben, auf Null sinkt.

Somit könnten Schulzes sämtliche Organisationen dem Arbeiterstande als solchem nicht helfen. „Wie also? Sollte das Prinzip der freien individuellen Assoziation der Arbeiter nicht vermögen, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?" Darauf antwortet Lassalle: „Allerdings vermag es das — aber nur durch seine Anwendung und Ausdehnung auf die fabrikmäßige Großproduktion. Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt! Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer wird, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!" Die Aufhebung des Unternehmergewinnes in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem

sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, das sei die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? wirft Lassalle sich selbst wieder ein. Ein Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Kattunfabriken u. s. w. und ein Blick auf die leeren Taschen der Arbeiter zeige, daß die Arbeiter niemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen würden, wenn sie ausschließlich und lediglich und allein auf ihre isolierten Anstrengungen als Individuen beschränkt blieben. „Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staats, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten."

Lassalle weist nun nach, daß es ein irreführendes Geschrei sei, zu sagen, jede solche Intervention des Staats hebe die soziale Selbsthilfe auf. Der Staat hindere die Jugend nicht daran, sich durch eigene Kraft zu bilden, wenn er ihr Lehrer, Schulen und Bibliotheken halte. Mögen sich einzelne gebildet haben ohne Lehrer, Schulen und Bibliotheken, mögen unter gewissen besonderen Verhältnissen einzelne Kreise von Arbeitern namentlich in England durch eine lediglich aus ihren eigenen Bemühungen hervorgegangene Assoziation auch in gewissen kleineren Zweigen der großen Produktion und in einem gewissen kleinen Umfang ihre Lage etwas verbessert haben, so bestätigen diese Ausnahmen nur die Regel, daß für den allgemeinen Arbeiterstand eine wirkliche Besserung seiner Lage nur durch die Hilfeleistung des Staats herbeigeführt werden könne.

Ebensowenig möchten sich die Arbeiter durch billige Redensarten über Sozialismus und Kommunismus täuschen lassen. „Nichts ist weiter entfernt von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus, als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heut ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital oder der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird. Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staats, die großen Kultur-

fortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf, dazu existiert er, hat immer dazu gedient und dienen müssen." Dies beweist Lassalle — statt der Hunderte von Beispielen, die er geben könnte, der Kanäle, Chausseen, Posten, Paketbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirtschaftlichen Verbesserungen, Einführung von neuen Fabrikationszweigen u. s. w. — eingehend an der staatlichen Zinsgarantie für Eisenbahnbauten. Sie sei eine äußerst starke Intervention des Staats gewesen und zwar zugunsten der reichen und begüterten Klassen, die ohnehin über alles Kapital und allen Kredit verfügten und sich der Staatsintervention weit leichter hätten begeben können als die Arbeiter, aber sie gleichwohl gefordert hätten. Da sei sie ganz zulässig gewesen, aber wenn es sich um eine Intervention des Staats zugunsten der notleidenden Klassen, zugunsten der unendlichen Mehrheit handle, da sei sie „reiner Sozialismus und Kommunismus". Und was bedeute der durch die Eisenbahnen bewirkte Kulturfortschritt, so groß er sei, gegenüber jenem gewaltigsten Kulturfortschritte, der durch die Assoziation der arbeitenden Klasse vollbracht würde!

In einer Note hierzu bemerkt Lassalle: wie leicht das zu einer, allmählich im Laufe der Zeit über den gesamten Arbeiterstand sich erstreckenden, Assoziation erforderliche Kapital oder vielmehr der dazu erforderliche Kredit beschafft werden könnte, ließe sich erst nach einer finanztheoretischen Erörterung der sozialen Funktionen des Geldes und Kredits darlegen. Jede solche den Exekutionsmodus betreffende Erörterung würde überdies völlig überflüssig und wirkungslos sein; einen praktischen Wert werde sie erst haben, wenn an die Verwirklichung der Forderung gedacht werden könne. Einstweilen begnügt sich Lassalle mit folgenden Andeutungen: „Diese Assoziationen würden natürlich erst allmählich und im Laufe der Zeit den gesamten Arbeiterstand umfassen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Industriezweigen, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnismäßig die stärkste Arbeiterzahl beschäftigen, am meisten zur Assoziation eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Distrikten und Lokalitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbstätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung, sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Assoziation — alles drei in der Regel zusammenfallende Momente — vor den anderen sich zur Assoziation eigneten. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Assoziationen bestehen, immer spielender und leichter für alle anderen

Gewerbszweige und Lokalitäten einzuführen sein, da natürlich alle mit Hilfe des Staats sich bildenden Assoziationen in einen Kreditverband untereinander zu treten hätten und treten würden. Außer dem Kreditverband könnte ein Assekuranzverband die verschiedenen Vereine umfassen, welcher etwaige eintretende Geschäftsverluste durch ihre Verteilung bis zur Unmerklichkeit ausgliche. Der Staat würde endlich keineswegs den Diktator bei diesen Gesellschaften zu spielen haben, sondern ihm nur die Feststellung oder Genehmigung der Statuten und eine zur Sicherung seiner Interessen ausreichende Kontrolle bei der Geschäftsführung zustehen. Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu verteilen sein." Um die praktische Ausführbarkeit und höchst lukrative Existenzfähigkeit solcher Assoziationen zu erhärten, weist Lassalle auf die englischen und französischen Arbeiterassoziationen hin, die, obwohl unter den schwierigsten Umständen und ohne jede Hilfe und Unterstützung entstanden, rein auf die Anstrengungen der isolierten Arbeiter angewiesen, dennoch zu hoher Blüte gelangt seien. Alle diese Gesellschaften seien recht eigentlich Pioniere der Zukunft gewesen, die mit harter Hand den Weg gebrochen und durch die schlagenden praktischen Resultate, die sie trotz der ihnen entgegenstehenden Unmöglichkeiten erreichten, gezeigt hätten, welche ganz andere Resultate zu erreichen seien, wenn der Staat die Hand zur Überwindung dieser Unmöglichkeiten biete.

Endlich aber: was sei der Staat? Das amtliche statistische Bureau des Königreichs Preußen habe 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung veröffentlicht, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteile. Die Resultate dieser Berechnung gibt Lassalle mit wörtlicher und ziffermäßiger Treue wieder und faßt sie dann zusammen: „72³/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 100 Talern, also in der elendesten Lage! Andere 16³/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 100 bis 200 Talern, also in einer kaum besseren, immer noch elenden Lage, andere 7¹/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200 bis 400 Talern, also noch immer in einer gedrückten Lage, 3¹/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 400 bis 1000 Talern, also teils in einer eben erträglichen, teils in einer behäbigen Lage, und ¹/₂ Prozent der Bevölkerung endlich in allen möglichen Abstufungen des Reichtums. Die

beiden untersten, in der allergedrücktesten Lage befindlichen Klassen bilden also allein 89 Prozent der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die $7^{1}/_{4}$ Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie $96^{1}/_{4}$ Prozent der Bevölkerung in gedrückter dürftiger Lage. Ihnen also, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er. Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation — das ist der Staat!" Und warum solle nun nicht diese große Assoziation der Arbeiter befördernd und befruchtend auf ihre kleineren Assoziationskreise einwirken?

Lassalle gibt dann noch einen speziellen Beleg für die Unmöglichkeit, anders als mit der fördernden Unterstützung des Staats durch die freie Assoziation die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern, indem er einen Blick auf die Pioniere von Rochdale wirft, die berühmteste der englischen Arbeiterassoziationen. Er hebt hervor, daß unter ihnen eine Agitation entstanden sei, um diejenigen Arbeiter, die nicht gleichzeitig Aktionäre seien, vom Geschäftsgewinn auszuschließen: Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen, das sei die widrige Karikatur, in die sich die Pioniere von Rochdale verwandelten. Ferner seien in ihrer Fabrik bei 1600 Arbeiteraktionären nur 500 Arbeiter beschäftigt; wenn man sich die Arbeiter nicht gleich geradezu als reiche Leute denken wolle, womit dann freilich alle Fragen in der Illusion gelöst seien, so werde die in einer Fabrik beschäftigte Anzahl von Arbeitern nie ausreichen, um auch das für die Fabrik erforderliche Anlagekapital aus ihrer eigenen Tasche aufzubringen; dazu würde vielmehr immer eine weit größere Anzahl von anderen, nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiteraktionären nötig sein. Das Verhältnis 1:3, wie es bei den Pionieren von Rochdale bestehe, sei sogar erstaunlich günstig und nur aus ganz besonderen Ausnahmeverhältnissen zu erklären. Zudem müsse dies Verhältnis mit der Entwicklung der Industrie noch gewaltig wachsen; denn die Fortschritte der Zivilisation beständen gerade darin, daß täglich mehr tote Naturkraft, also mehr Maschinen, an die Stelle der menschlichen Arbeit gesetzt werde, daß also täglich das Verhältnis der Größe des Anlagekapitals zur Menge der menschlichen Arbeit wachse. Solle sich die Assoziation auf den gesamten Arbeiterstand ausdehnen, woher dann die drei- und noch weit mehrfache Anzahl von Arbeiter-

aktionären nehmen, die nun noch hinter den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern stehen müßten, um diese Fabriken anzulegen?

So sei es geradezu eine mathematische Unmöglichkeit, den Arbeiterstand auf diesem Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder als bloß isolierter Individuen zu befreien; sein einziger Weg aus der Wüste sei die freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die fördernde und unterstützende Hand des Staats. Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Hier stehe nun sofort die Antwort sonnenklar vor aller Augen: dies werde nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus diesem Wahlrecht hervorgingen, dann und nur dann würden die Arbeiter den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen. „Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, dann werden — verlassen Sie sich darauf! — die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahle der Wissenschaft bewaffnet, zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben." Das allgemeine Wahlrecht sei nicht nur das politische, sondern auch das soziale Grundprinzip des Arbeiterstandes, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe.

Und wie nun die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bewirken? Lassalle verweist auf die mehr als fünfjährige Agitation gegen die englischen Kornzölle, die schließlich durch ein Toryministerium beseitigt werden mußten. „Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zwecke einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblick an, wo dieser Verein auch nur 100000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß." Die Arbeiter müßten diesen Ruf fortpflanzen in jede Werkstatt, jedes Dorf, jede Hütte. Die städtischen Arbeiter müßten ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen, überall die Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts debattieren und diskutieren,

täglich, unabläſſig, unaufhörlich. Die Arbeiter müßten Kaſſen ſtiften, die trotz der Kleinheit der Beiträge eine für Agitationszwecke gewaltige finanzielle Macht bilden würden, mit dieſen Kaſſen öffentliche Blätter gründen, Flugſchriften verbreiten, Agenten ausſenden. Sie müßten täglich, unermüdlich dasſelbe wiederholen, wieder dasſelbe, immer dasſelbe. „Alle Kunſt praktiſcher Erfolge beſteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigſten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu ſehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, ſeien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zuſammenhang ſteht oder dazu führen kann." Werde dieſer Ruf, was binnen weniger Jahre gelingen könne, wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung fortgepflanzt, welche die armen und unbemittelten Klaſſen der Geſellſchaft bildeten, ſo werde man ihm nicht lange widerſtehen können.

Die Regierungen könnten mit der Bourgeoiſie über politiſche Rechte ſchmollen und habern. Sie könnten ſelbſt den Arbeitern politiſche Rechte und ſomit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Lauheit, mit der politiſche Rechte aufgefaßt würden. „Aber das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hinverbreitet — ſeien Sie ganz unbeſorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die ſich dem lange widerſetzen würde. Dies iſt das Zeichen, das Sie aufpflanzen müſſen. Dies iſt das Zeichen, in dem Sie ſiegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!" So ſchließt das Offene Antwortſchreiben.

---

6. Laſſalles Schlachtplan.

Wie die Taktik zur Strategie, wie der Schlacht- zum Feldzugsplan, ſo verhält ſich das Offene Antwortſchreiben zu Laſſalles Arbeiterprogramm. Es iſt die Ordre de Bataille für die erſte Schlacht in dem großen Emanzipationskampfe des deutſchen Proletariats. Als Arbeiteragitator ſprach Laſſalle in ihm nicht ſein letztes, ſondern ſein erſtes Wort. Er wußte, daß die Maſſen, die er ins Feld führen wollte, aus ſehr ungeübten Rekruten beſtanden, die erſt im Feuer exerziert werden mußten, deren Anſchauungsweiſe und Faſſungskraft beſchränkt genug war. Laſſalle mußte auch ſorgſam auf das Gelände achten, worauf er marſchierte,

auf den Bau und die Lage der Schanzen, die er stürmte, auf das Kaliber der Geschütze, womit die Feinde feuerten. Er hatte jetzt praktisch jenen dialektischen Widerspruch alles revolutionären Handelns zu überwinden, den er zur tragischen Idee seines Trauerspiels gemacht hatte. Es kam darauf an, die erschöpfende Konsequenz des Prinzips mit der notwendigen Einseitigkeit der Politik zu verbinden.

Lassalle konnte nicht den „natürlichen Zusammenhang mit der früheren Arbeiterbewegung" wahren, wenigstens nicht so, wie Marx von ihm verlangt hatte. Verschiedenere Zeiten, als die Tage des Kommunistischen Manifestes und die Tage des Offenen Antwortschreibens, lassen sich kaum denken. Marx und Engels sprachen zu einer kleinen Elite des internationalen Proletariats, die seit Jahren und selbst Jahrzehnten in den Hauptzentren des europäischen Verkehrs gelebt und sich mit den schwierigsten Problemen der deutschen Philosophie wie des englisch-französischen Sozialismus vertraut gemacht hatte, die in einer geheimen Propagandagesellschaft vereinigt war und sich am Vorabend einer Revolution rüstete, unter den gärenden Massen der europäischen Welt für den Kommunismus zu werben. Dagegen sprach Lassalle zu der Arbeiterklasse eines ökonomisch und politisch noch sehr rückständigen Landes, zu einer Klasse, die noch längst nicht den Alp einer drückenden Reaktion abgeschüttelt hatte und in absehbarer Zeit nicht auf die schnelle Entwicklung rechnen durfte, welche die Feuertaufe der Revolution dem proletarischen Klassenbewußtsein zu geben pflegt: zu einer Klasse, die als Massenpartei auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft kämpfen sollte, von deren Wesen doch selbst ihre vorgeschrittensten Mitglieder kaum erst eine Ahnung hatten. Hätte irgend ein Zweifel daran bestanden, daß die damaligen deutschen Arbeiter nur an ihren nächstliegenden Interessen gepackt werden konnten, so mußte er für Lassalle gehoben sein durch die Aufnahme, die sein Arbeiterprogramm gefunden hatte. Es hatte kein Echo in der Arbeiterklasse erweckt, obgleich es doch auch schon die Gedankengänge des Kommunistischen Manifestes den deutschen Zuständen angepaßt hatte.

Lassalle wollte der deutschen Arbeiterbewegung nicht nach einem doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben, sondern nahm, ganz im Sinne von Marx, zur reellen Basis seiner Agitation die wirkliche Klassenbewegung, soweit sie in Deutschland vorhanden war. Er knüpfte an das allgemeine Wahlrecht und die Assoziationsbestrebungen an, die beiden

Gedanken, die das deutsche Proletariat zu bewegen begannen. Er gab der Forderung des allgemeinen Wahlrechts sofort die erschöpfende Konsequenz des Prinzips, indem er den deutschen Arbeitern darlegte, daß es für sie das einzige Mittel sei, die politische Macht zu erobern, ohne deren Besitz sie ihre Klasseninteressen niemals befriedigen könnten. Wie richtig Lassalle in dieser Beziehung die deutschen Zustände beurteilt hat, das haben ihm vierzig Jahre deutscher Geschichte bestätigt. Sein Verdienst ist um so höher anzuschlagen, als das allgemeine Wahlrecht zur Zeit, da er es zum Schibboleth der deutschen Arbeiterbewegung machte, nicht des besten Rufs genoß. Verwarf es die Masse der Bourgeoisie aus argwöhnischem Klasseninstinkt, so standen ihm doch auch ganz andere Leute mißtrauisch gegenüber nach den Erfahrungen, die mit dem allgemeinen Wahlrecht unter dem zweiten Kaiserreiche gemacht worden waren: nicht nur Lange und Rodbertus, sondern auch Marx und Engels.

Wohl hat Lassalle das allgemeine Wahlrecht überschätzt. Wenn er auch von vornherein erklärte, daß es keine Wünschelrute sei, wenn er ihm auch nicht augenblicklich, sondern erst auf die Dauer eine durchschlagende Wirkung zuschrieb, so hat er doch diese Dauer nicht so lang bemessen, wie sie sich tatsächlich erwiesen hat. Darin unterlag Lassalle jener optischen Täuschung kühn und weit vorausschauender Denker, der auch Marx und Engels manches Mal unterlegen sind. Aber das ändert nichts an der Tatsache selbst, daß Lassalle richtig erkannte, unter den gegebenen historischen Verhältnissen sei das allgemeine Wahlrecht diejenige Waffe, durch die sich das deutsche Proletariat zu einer unüberwindlichen Macht emporkämpfen müsse und werde. So heftig und von so einflußreicher Seite her diese Ansicht mitunter bestritten worden ist, die Gewalt der Tatsachen hat die deutsche Sozialdemokratie immer wieder auf den Weg gedrängt, den Lassalle ihr vorgezeichnet hatte. Wie sehr sie gerade durch das allgemeine Wahlrecht als ihre passendste und wirksamste Waffe groß geworden ist, das hat niemand beredter dargelegt, als Engels in seiner letzten Schrift.

Dann knüpfte Lassalle an das Genossenschaftswesen an. Alle Illusionen über dies angebliche Allheilmittel der Arbeiterklasse zerstäubte er durch das Lohngesetz der bürgerlichen Ökonomie. Mit ihren eigenen Waffen schlug er die Unterdrücker des Proletariats. Lassalle hat die Tatsache, daß alle namhaften Vertreter der bürgerlichen Ökonomie das von ihm entwickelte Lohngesetz der kapitalistischen Gesellschaft anerkannt haben,

in späteren Reden und Schriften bis zur Evidenz bewiesen. Aber gerade der „eherne“ Charakter dieses Gesetzes, auf den er den schwersten Ton legte, ist von der sozialistischen Ökonomie als unhaltbar nachgewiesen worden, und es ist deshalb von Wichtigkeit, zu untersuchen, ob Lassalle daran geglaubt hat und mit welchem historischen Rechte.

Zunächst ist unrichtig, was Marx später einmal in einer Stunde heftigen Unmutes geschrieben hat: „Nehme ich das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinne, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tode zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomisten bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne.“ In diesem Widerspruch hat sich Lassalle aber nie verfangen. Er stand zur Malthusschen Theorie nicht wie Lange und die bürgerlichen Ökonomisten, sondern wie Marx und Engels, und fast noch drastischer, als diese beiden, hat er sie gekennzeichnet. Ihren eigentlichen Kern, die Behauptung, daß die Menschen die Tendenz hätten, sich schneller zu vermehren, als die Nahrungsmittel sich vermehren könnten, verwarf er als einen „lange widerlegten Irrtum“, und die aus diesem Irrtum gezogene Theorie von den „weisen Beschränkungen“ der Kinderzeugung verhöhnte er als kindisch, unsittlich, unmenschlich, unnatürlich, als die „reine Schweinerei“. Umgekehrt wie Malthus, sagte Lassalle: Je mehr Arbeitshände, umsomehr Reichtum; wenn dem heute noch nicht so sei, so liege der Fehler in dem „ökonomischen Antagonismus“ der kapitalistischen Gesellschaft. Demgemäß hebt Lassalle im Offenen Antwortschreiben hervor, das Lohngesetz der bürgerlichen Ökonomie gelte „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit“. Er faßt es nicht wie die Malthusianer als ein natürliches, sondern als ein gesellschaftliches Gesetz auf, und deshalb konnte er sehr wohl ohne irgend einen Widerspruch sagen, daß es durch eine andere Organisation der Gesellschaft beseitigt werden könne.

Ohnehin stand diese Auffassung in vollkommenem Einklange mit der Auffassung des Lohngesetzes, die Marx und Engels in ihren früheren Schriften bis einschließlich des Kommunistischen Manifestes kundgegeben hatten. Engels hatte schon in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern ausgeführt, die Bevölkerungsmenge drücke nicht in der Natur auf die Nahrungs-, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Beschäftigungsmittel; in dieser Gesellschaft werde die Erzeugung der Arbeitskraft durch das Gesetz der Konkurrenz reguliert. In seiner Schrift über die Lage der englischen Arbeiter erläutert Engels das Lohngesetz mit nahezu denselben Worten, wie Lassalle im Offenen Antwortschreiben, und Engels hat denn auch anerkannt, daß Lassalle es so übernommen habe, wie er selbst und Marx es in den vierziger Jahren aufgefaßt hätten: als ein ökonomisches Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft, nicht als ein natürliches Gesetz im Sinne der Malthusianer. Beiläufig hat auch Lange nicht gesagt, Lassalle begründe das Lohngesetz durch die Malthussche Theorie, sondern er tadelt umgekehrt, daß Lassalle diese Theorie übersehe und sein Gesetz wie Marx aus der kapitalistischen Produktionsweise ableite.

Aber auch in dieser Beschränkung ist der „eherne" Charakter des Lohngesetzes von Marx bestritten oder vielmehr in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise für die entwickelte kapitalistische Gesellschaft als unhaltbar nachgewiesen worden. Marx zeigt im ersten Bande des Kapitals auf, daß die moderne Industrie mit ihrem regelmäßigen Periodenwechsel ihr Bedürfnis nach Arbeitskräften nicht durch die absolute Bewegung der Bevölkerung reguliere, sondern durch die relative Überbevölkerung, durch die industrielle Reservearmee, die das Kapital je nach seiner Expansion und Kontraktion anziehe oder zurückstoße. „Bevor infolge der Lohnerhöhung irgend ein positives Wachstum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber und abermal abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß." Das eherne Lohngesetz, das in den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise geherrscht hat, ist auf ihrem Höhepunkt zu einem elastischen Lohngesetze geworden. Nach oben hin findet es seine Grenze in dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals, nach unten hin in dem Maße von Elend, das der Arbeiter ertragen kann, ohne den augenblicklichen Hungertod zu sterben. Innerhalb dieser Schranken wird die Lohnhöhe nicht durch die natürliche Bewegung der

Bevölkerung bestimmt, sondern durch den Widerstand, den die Arbeiter der steten Tendenz des Kapitals, möglichst viel unbezahlte Arbeit aus ihrer Arbeitskraft zu quetschen, entgegensetzen können. Findet diese Tendenz keinen Widerstand, so wächst sie sich zu Hungerlöhnen aus, die kein Spiel eines ehernen Gesetzes wieder steigert. Findet sie einen Widerstand, so wird sie je nach Kraft und Maß dieses Widerstandes aufgehoben, und deshalb sind Fabrikgesetze, Gewerkvereine und was sonst die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken vermag, keineswegs jenes hoffnungslose Löcken wider den Stachel, das sie nach der Theorie des ehernen Lohngesetzes sein sollen. Was aller Widerstand der Arbeiter aber nicht zu hindern vermag, das ist die fortdauernde Akkumulation des Kapitals, das fortdauernde Anwachsen der industriellen Reservearmee und damit auch die fortdauernde Verschlechterung der proletarischen Klassenlage. „Das Gesetz, das die industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, das heißt auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“ Dies ist das wirkliche Lohngesetz der großkapitalistischen Gesellschaft, wie es Marx entwickelt hat im ersten Bande des Kapitals, das heißt drei Jahre nach Lassalles Tode.

Konnte Lassalle also zur Zeit, als er das eherne Lohngesetz aufstellte, mit Recht sagen, es sei ein wissenschaftlich unbestrittenes Gesetz, und unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß er an seine Richtigkeit geglaubt hat, so ist allerdings noch hinzuzufügen, daß Marx und Engels schon in den vierziger Jahren auf die industrielle Reservearmee und den von ihr auf die Löhne ausgeübten Druck hingewiesen, daß sie das unaufhaltsame Herabsinken des Proletariats in den Pauperismus vorhergesagt, daß sie gerade daraus im Kommunistischen Manifeste gefolgert haben, die Bourgeoisie sei unfähig zu herrschen, weil sie unfähig sei, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern. Diese Unsicherheit der Existenz, welche die Lage des modernen Proletariats von der Lage aller früheren unterdrückten Klassen zu ihrem

Nachteil unterscheidet, hat Lassalle denn auch in späteren Schriften, namentlich im Bastiat-Schulze, seiner ökonomischen Hauptarbeit, rückhaltlos erörtert. Wenn er sie nicht schon im Offenen Antwortschreiben hervorhob, so aus dem Grunde, weil er hier nur „absolut Feststehendes und leicht zu Begründendes" geben wollte. Deshalb ließ er die Frage, ob sich die Lage der Arbeiter in der modernen bürgerlichen Gesellschaft dauernd verbessere oder verschlechtere, ganz aus dem Spiele und beschränkte sich auf die Tatsache, daß die Lage der Arbeiter auch dann noch unerträglich sei, wenn man die für die kapitalistische Produktionsweise günstigere Annahme unterstelle.

Und an dieser Tatsache wird natürlich auch nichts durch das von Marx entwickelte Lohngesetz geändert. Im Gegenteile! Um die Sache an einem ziffernmäßigen Beispiele zu erläutern, so sagt das eherne Lohngesetz Lassalles: Die kapitalistische Gesellschaft schuldet dem Proletariat 100, während das elastische Lohngesetz von Marx sagt: Nein, sie schuldet ihm 1000. Die bürgerlichen Klagen darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie das eherne Lohngesetz aufgegeben habe, ohne in Sack und Asche über das „Unrecht" zu trauern, das sie so lange Zeit hindurch auf die „irreführende" Autorität Lassalles der kapitalistischen Gesellschaft zugefügt habe, entbehren jeder Berechtigung. Ernsthafter wäre die Beschwerde, daß Lassalle, befangen von den Konsequenzen des ehernen Lohngesetzes, die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetze und der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterklasse unterschätzt hat, wenn sie nur nicht praktisch gegenstandslos wäre. Eine gewerkschaftliche Bewegung war in Deutschland vorläufig unmöglich, nicht wegen der theoretischen Irrtümer Lassalles, sondern weil sich fast alle deutschen Regierungen und Volksvertretungen hartnäckig an die Koalitionsverbote klammerten. Diese erhabenen Instanzen um Fabrikgesetze anzuflehen, statt sie ihnen durch eine drohende Massenbewegung abzutrotzen, wäre eine Spielerei gewesen, deren Lassalle selbst dann unfähig gewesen sein würde, wenn er wirklich nicht die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes unterschätzt hätte.

Für die damalige Praxis konnten erst die Konsequenzen ins Gewicht fallen, die Lassalle für die Konsumvereine aus dem ehernen Lohngesetz zog. Darin hatte er vollkommen recht, daß den Arbeitern als Konsumenten helfen wollen, die Pferde hinter den Wagen spannen hieß, aber beschränkt wie diese Hilfe sein mag, ist sie doch nicht so illusorisch, wie

Lassalle nach dem ehernen Lohngesetz behauptete. Jedoch riet er den Arbeitern auch keineswegs von Schulzes Assoziationen ab; er sagte ihnen vielmehr, sie möchten sich dieser Mittel nur immer bedienen, soweit sie einzelnen Arbeitern oder Arbeiterkreisen eine gewisse Hilfe zu gewähren vermöchten. Nicht gegen die Assoziation, nicht gegen die genossenschaftliche Produktion und Konsumtion, die seit Saint-Simon im Mittelpunkt des Sozialismus gestanden hatte, wandte sich Lassalle, sondern nur gegen die bürgerliche Verkrüppelung, die der Assoziationsgedanke in der Reaktion der fünfziger Jahre erlitten hatte. In der Schätzung dessen, was dieser Gedanke trotzdem noch zu leisten gewußt hatte, ging Lassalle eher zu weit, als nicht weit genug, wie sein Urteil über die englischen und französischen Arbeiterassoziationen und die Wärme zeigt, womit er dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens" die Hand schüttelte.

Jene Verkrüppelung bestand darin, daß dem Assoziationsgedanken die politische Seite entfremdet, daß den Arbeitern, in gutem oder bösem Glauben, eingeredet worden war, sie brauchten nicht die politische Gewalt für ihre Emanzipation, sondern könnten sich als private Individuen selbst helfen. Dieser „Selbsthilfe" setzte Lassalle die „Staatshilfe" entgegen. Er schärfte den Arbeitern ein, daß sie sich nur als politisch organisierte Partei den Weg aus der Wüste erkämpfen könnten. Das war gewiß keine originelle Wendung, sondern nur eine Wiederbelebung des proletarischen Klassenkampfes, wie er sich in den vierziger Jahren unbewußt entwickelt hatte und dann im Kommunistischen Manifest nach allen Seiten seiner weltgeschichtlichen Bedeutung hin beleuchtet worden war. Aber eben deshalb war es auch kein Plagiat an Buchez oder Louis Blanc oder sonst einem Vertreter des „sogenannten Sozialismus und Kommunismus", der nach irgend einem künstlichen Bauplan eine neue Gesellschaft errichten wollte, statt einzusehen, daß die menschliche Gesellschaft ein lebendiger Organismus sei, dessen jeweilige Bewegungsgesetze begriffen werden müßten, um beherrscht werden zu können. Wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, meinte Lassalle mit dem „sogenannten Sozialismus und Kommunismus" dergleichen Utopistereien.

In der Assoziationsfrage stand Lassalle mit Marx und Engels auf demselben Boden. Marx schrieb nach Lassalles Tode 1864 in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation: „Die Erfahrungen der Periode von 1848 bis 1864 haben über allen Zweifel festgestellt, daß Kooperativarbeit, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie

nützlich in der Praxis sie auch immer sein möge, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt, niemals imstande sein wird, das Wachstum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien oder auch nur die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern.... Um die gewerbstätigen Massen zu retten, müßte Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und, folgerichtig, durch Staatsmittel gefördert werden." Im gleichen Sinne beschloß der Genfer Kongreß der Internationalen im Jahre 1866 auf einen vermutlich von Marx verfaßten Antrag: „Die Kooperativbewegung, beschränkt auf die zwerghaften Formen der Entwicklung, die ihr individuelle Lohnarbeiter geben können durch ihre Verbindungen, ist nicht imstande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die soziale Produktion in ein großes und harmonisches System der freien und kooperativen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, die nie verwirklicht werden können ohne die organisierten Gewalten der Gesellschaft: die Staatsgewalt muß aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer genommen und von den Arbeitern selbst geübt werden." Und die Produktivassoziationen mit Staatskredit stehen schon im Kommunistischen Manifest, wo unter den mancherlei Maßregeln, die das organisierte Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht zu ergreifen hat, auch die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats und die Einrichtung von Nationalfabriken genannt werden.

Dennoch gab es in dieser Frage einen Punkt, wo Lassalle von der Auffassung des modernen wissenschaftlichen Kommunismus in die Vorstellungen des kleinbürgerlichen Sozialismus zurückfiel. Nur nicht so, daß der Agitator dem Theoretiker, der, wie Rodbertus sich ausdrückte, „exoterische" Lassalle dem „esoterischen" Lassalle das Konzept verschob, sondern genau umgekehrt. Hätte Lassalle allein aus agitatorischen Rücksichten unter den mannigfachen Aufgaben, die der Diktatur des Proletariats historisch obliegen, gerade die Produktivassoziationen in den Vordergrund geschoben, so wäre dagegen an und für sich nichts einzuwenden gewesen. Da Schulze-Delitzsch selbst die Produktivassoziation für den „Gipfelpunkt" aller Arbeiterassoziation erklärte, so wurde er am bündigsten widerlegt durch den einfachen Hinweis darauf, daß er trotz zehnjähriger Bemühungen keine oder doch keine irgend nennenswerte

Produktionsassoziation hatte schaffen können. Geistiger Zwerg, wie Schulze sein mochte, galt er in Deutschland als „König im sozialen Reiche" und mußte entthront werden, wenn eine selbständige Klassenbewegung des deutschen Proletariats ins Leben gerufen werden sollte. Es kennzeichnet die damaligen Zustände, daß Schulze in der Hauptstadt der Rheinprovinz zu jener königlichen Würde ausgerufen wurde und obendrein durch zwei alte Genossen von Marx: durch Georg Jung, der an der Rheinischen Zeitung, und durch Heinrich Bürgers, der selbst noch an der Neuen Rheinischen Zeitung mitgearbeitet hatte und im Kommunistenprozeß zu mehrjähriger Festungsstrafe verurteilt worden war.

Aber Lassalle lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter nicht, oder doch nicht allein, aus agitatorischen Gründen zunächst auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Er wollte den Arbeitern etwas Praktisch-Greifbares bieten und konnte sein Endziel, die Ablösung des Grund- und Kapitaleigentums, nicht auf seine Fahne schreiben, ohne daß der „Mob" seiner fortschrittlich-manchesterlichen Gegner die ersehnte Möglichkeit gewann, ihn den noch gänzlich unaufgeklärten Massen gegenüber als kopflosen Schwärmer mit leichter Hand abzutun. Da er seinen Zweck noch nicht offenbaren konnte, so wählte Lassalle die Produktivassoziationen mit Staatskredit als ein Mittel, das ganz und gar von der eigenen Natur des Zwecks durchdrungen war. Mittelbar schon im Offenen Antwortschreiben und unmittelbar im Bastiat-Schulze spricht er sich dahin aus, es sei erforderlich, die gemeinsame Arbeit der Gesellschaft mit ihren gemeinsamen Vorschüssen zu betreiben und den Ertrag der Produktion an alle, die zu ihr beigetragen haben, nach Maßgabe dieser ihrer Leistung zu verteilen. „Das Übergangsmittel hierzu, das leichteste und mildeste Übergangsmittel, sind die Produktivassoziationen der Arbeiter mit Staatskredit. . . . Es ist noch keineswegs die ‚Lösung der sozialen Frage', welche Generationen in Anspruch nehmen wird, aber es ist das organische, unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus sich entfaltende Senfkorn hierzu." Und in einer Anmerkung zu diesen Sätzen sagt Lassalle, gerade weil sein Übergangsmittel so milde und so praktisch ausführbar sei, und dennoch den organischen Keim aller weiteren Entwicklung in sich enthalte, habe es jenes namenlose Wutgeheul der Bourgeoisie erregt, die ihn ruhig als ungefährlichen Sektierer totgeschwiegen haben würde, wenn er irgendeine weitergehende abstrakte Forderung aufgestellt hätte. Eine theoretische Leistung und eine praktische

Agitation, wie er sie durch sein Offenes Antwortschreiben eingeleitet habe, hätten in einer Hinsicht ein ganz entgegengesetztes Gesetz. Eine theoretische Leistung sei um so besser, je vollständiger sie alle, auch die letzten und entferntesten Konsequenzen des in ihr entwickelten Prinzips ziehe. Eine praktische Agitation sei umgekehrt um so mächtiger, je mehr sie sich auf den ersten Punkt konzentriere, aus dem dann alles weitere folge. Nur müsse es eben ein solcher Punkt sein, der bereits alle weiteren Konsequenzen in sich trüge und aus welchem sie sich mit organischer Notwendigkeit entwickeln müßten.

Genau ebenso sprach sich Lassalle in seinen Briefen an Rodbertus aus. Er sagt hier ausdrücklich, daß ihm die Produktivassoziationen mit Staatskredit nur Mittel zum Zwecke, zur Vergesellschaftung der Produktion seien, und daß er sich gern eines Besseren belehren lassen würde, wenn Rodbertus ein besseres Mittel für den gleichen Zweck wisse. Aber er selbst kenne kein besseres Mittel, er sei überzeugt, daß der Staatskredit für die Arbeiterassoziationen der kleine Finger sei, der, mit der Konsequenz des sich selbst entwickelnden Lebens, allmählich, freilich erst in 100 bis 200 Jahren, zur Ablösung des Grund- und Kapitaleigentums führen müsse.

Über die Gewissenhaftigkeit und Reinheit der Motive, die Lassalle bei der Forderung der Produktivassoziationen mit Staatskredit leiteten, ist somit kein Wort weiter zu verlieren. In dem Lichte, worin er diese Forderung sah, war es sein gutes Recht, zunächst nur sie zu plädieren. Aber er verfiel dabei einem theoretischen Irrtum, er verfiel in den Fehler des kleinbürgerlichen Sozialismus, anzunehmen, daß sich die Gesetze der Warenproduktion auf dem Boden der Warenproduktion aufheben ließen. Setzt man die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraus, so gehören die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wie das Kommunistische Manifest sagt, zu den „Maßregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“ Das heißt, sie können nicht von sich aus die kapitalistische in die sozialistische Produktionsweise überleiten. Sie produzieren Waren, und den Konsequenzen des sich selbst entwickelnden Lebens überlassen, müssen sie den Gesetzen der Warenproduktion unterliegen. Hatte Bucher gesagt, sie schüfen nur neue Eigentümer, so sagte Rodbertus, dies neue Korporativeigentum

werde für die Vergesellschaftung der Produktion sogar noch ein viel schwerer zu überwindendes Hindernis sein, als das individuelle Eigentum der Kapitalisten. Freilich wandte Lassalle ein, er wolle ja gar nicht, daß Boden und Kapital und Arbeitsprodukt den Arbeitern gehören solle, er wolle die gesellschaftliche Produktion in dem Sinne, daß der „Arbeitsertrag" des einzelnen der Anteil an der gesamten gesellschaftlichen Produktivität sei, der bestimmt werde durch das Verhältnis, worin das Arbeitsquantum des einzelnen zum Arbeitsquantum der gesamten Gesellschaft stehe. Aber so sehr dies sein letzter Zweck war, so übersah er, daß sein Mittel für diesen letzten Zweck nicht taugte. Der „Arbeitsertrag" der Arbeiter, die in den ihrer eigenen Entwicklung überlassenen Produktivassoziationen mit Staatskredit zu „ihren eigenen Unternehmern" gemacht worden wären, würde, wie Rodbertus sagte, Bodenrente + Kapitalgewinn + Arbeitslohn sein und somit, wie Bucher sagte, an den chemischen Eigenschaften des Besitzes nichts ändern.

Man könnte nun meinen, dieser theoretische Irrtum Lassalles laufe schließlich auf einen Streit um des Kaisers Bart hinaus. Hätten die Arbeiter erst, wie das Kommunistische Manifest und das Offene Antwortschreiben gleichermaßen voraussetzen, die politische Macht erobert, so würden sie längst so viel Logik gelernt haben oder durch die Logik der Tatsachen sehr bald darauf hingestoßen werden, daß die Produktivassoziationen mit Staatskredit ein Mittel für die Emanzipation ihrer Klasse nur im Sinne des Kommunistischen Manifestes, aber nicht im Sinne des Offenen Antwortschreibens seien. Indessen hatte Lassalles Irrtum doch auch praktische Folgen. Waren die Produktivassoziationen mit Staatskredit der „organische Keim aller weiteren Entwicklung", so war es schließlich gleichgültig, welcher Staat diesen Keim pflanzte, und damit wurde allen möglichen reaktionären Treibereien das Tor geöffnet. Auf der anderen Seite kannten die bürgerlichen Gegner Lassalles die Ränke und Schwänke der kapitalistischen Gesellschaft viel zu genau, um nicht sofort den schwachen Punkt seiner Rüstung zu erkennen. In diesem Punkte hätten sie ihm sogar weit ärger zusetzen können, als sie wirklich getan haben, wenn sie nur nicht einen Knüppel an ihren langen Fortschrittsbeinen gehabt hätten. Um Lassalles Irrtum so gründlich aufzudecken, wie es auch für sie und gerade für sie möglich gewesen wäre, hätten sie die Schönheiten der „besten aller Welten" offenherziger ent-

hüllen müssen, als ihnen rätlich erschien, und so begnügten sie sich mit Einwänden, die den Kern der Sache gar nicht oder so obenhin trafen, daß Lassalle mit ihrer Abfertigung verhältnismäßig leichtes Spiel hatte, was ihn dann freilich wieder in seiner irrigen Auffassung bestärkte.

Zudem aber war Lassalle ein viel zu klarer und scharfer Denker, als daß seine Idee der Produktivassoziationen mit Staatskredit ihm so von außen angeflogen wäre und so ohne weiteres von ihm abgelöst werden könnte. Sie verflocht sich vielmehr mit seinem ganzen ökonomischen Denken. Lassalle hatte die Bodenrente und den Kapitalprofit richtig erkannt als Abzüge vom Arbeitsprodukt, aber er sah darin nur eine „Übervorteilung" der Arbeiterklasse; er faßte die Mehrwertbildung als eine rechtsphilosophische Frage auf, nicht aber, wie Marx, als eine ökonomische Tatsache, die den Schlüssel zum Verständnis der gesamten kapitalistischen Produktionsweise bietet und berufen ist, die ganze Ökonomie umzuwälzen. Wie sehr immer Lassalle auf dem Boden des Kommunistischen Manifestes stand, so hatte er doch nicht völlig das Band zerschnitten, das ihn mit dem vormärzlichen Sozialismus verknüpfte. Eine gewisse Anlehnung an den französischen Sozialismus läßt sich, wie schon im Arbeiterprogramm, so auch in Lassalles späteren Agitationsschriften nicht verkennen.

Eine gewisse Anlehnung, die deshalb nicht übersehen werden darf, weil sie oft in der ungeheuerlichsten Weise übertrieben worden ist. Lassalle hatte alles Recht zu der Vermutung, daß seine und Louis Blancs „nationalökonomische Ansichten sehr erheblich auseinanderlaufen" dürften; seine Produktivassoziationen mit Staatskredit unterscheiden sich von Louis Blancs sozialen Ateliers so sehr, daß nur deutsche Professoren, die einmal dazu verurteilt sind, vor den Bäumen den Wald nicht zu sehen, beide Gebilde in einen Topf werfen konnten, wovor schon Albert Lange im Jahre 1865 gewarnt hat. Lassalle schloß sich an die französische Sozialdemokratie der vierziger Jahre an, ohne, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, das Recht aufzugeben, sich kritisch zu ihren Illusionen zu verhalten. Er hat ihre Illusionen auch kritisch überwunden bis auf den Rest, der ihm ökonomische Zusammenhänge doch noch juristisch und philosophisch und überhaupt ideologisch verkleidete. Der Mehrwert wälzt als ökonomischer Hebel die kapitalistische Gesellschaft um, aber als „Übervorteilung" der Arbeiter läßt er sich durch den noch so ideal verklärten Staat nicht aus der Welt schaffen. Auch

in seinen juristischen und philosophischen Vorstellungen ging Lassalle von ganz anderen Gesichtspunkten aus und gelangte zu ganz anderen Ergebnissen, als die französischen Sozialisten; er kam von Fichte und Hegel, wie Buchez von Saint-Simon und Blanc von Fourier. Aber in der Verteidigung der Produktivassoziationen mit Staatskredit hat sich Lassalle in eine Reihe von Widersprüchen verwickelt, die bald an Buchez und bald an Blanc anklingen, nicht weil er den einen oder den anderen ausgeschrieben hat, sondern weil alle Versuche, denselben unlösbaren Widerspruch zu lösen, notgedrungen eine gewisse Ähnlichkeit haben müssen.

Mit der ideologisch-schematischen Auffassung von Gesellschaft und Staat hingen auch die falschen Schlußfolgerungen zusammen, die Lassalle aus der preußischen Einkommenstatistik zog. Zwar was er an und für sich damit beweisen wollte, das hat er bewiesen, trotz der unzähligen Ausstellungen, die mit Recht oder Unrecht, sei es gegen seine subjektive Auslegung, sei es gegen die objektive Richtigkeit der von ihm mitgeteilten Ziffern erhoben worden sind. Alle ehrlichen und unehrlichen Rechenkünste haben die Tatsache nicht umzustürzen vermocht, daß in Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die große Mehrheit in mehr oder minder elenden, eine verhältnismäßig geringe Minderzahl in mehr oder weniger erträglichen, ein absolut und relativ verschwindend kleiner Prozentsatz der Bevölkerung in mehr oder minder reichen Verhältnissen lebt. Alle Statistik spiegelt, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagt, das dunkle Los der unendlichen Mehrheit wieder, „aus deren nachtbedeckten Fluten die Besitzenden nur hervorragen wie einzelne Pfeiler, gleichsam um zu zeigen, wie dunkel jene Flut, wie tief ihr Abgrund sei". Aber es war völlig falsch, wenn Lassalle aus seinen Ziffern folgerte, binnen weniger Jahre könnten die 89 bis 96 Prozent der Gesamtbevölkerung, die arm und unbemittelt seien, um das Banner des proletarischen Emanzipationskampfs geschart werden, und dieser Irrtum hat ihm selbst die herbsten Enttäuschungen bereitet.

Es sind zwei ganz verschiedene Dinge: das Volk, das der französische Sozialismus der vierziger Jahre, und die moderne Arbeiterklasse, die das Kommunistische Manifest der Bourgeoisie gegenüberstellte. Lassalle übersah den komplizierten Bau der kapitalistischen Gesellschaft. Er übersah, daß die Lohnarbeiter der modernen Industrie erst einen verhältnismäßig geringen Teil der unbemittelten Klassen bildeten und von diesem verhältnismäßig geringen Teile wieder nur ein verhältnismäßig geringer

Teil zum proletarischen Klassenbewußtsein erwacht war, daß die große Mehrheit der Klassen, aus denen die arme Masse der Bevölkerung bestand, das ländliche Proletariat, das Gesinde, die kleinen Bauern, die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker bis auf einen Bruchteil der Gesellen, dem Befreiungskampfe der industriellen Lohnarbeiter feindselig oder mindestens gleichgültig gegenüberstanden, daß die Anschauungs- und Denkweise dieser verschiedenen Klassen von ihrer besonderen Klassenlage bestimmt wurde und daß noch ganz andere Umwälzungen der kapitalistischen Produktionsweise nötig waren, um ihnen die ökonomische Dialektik einzupauken, die ihnen zunächst durch die überzeugendste Beredsamkeit nicht eingeflößt werden konnte. Lassalle wollte durch ideologische Triebkräfte erreichen, was nur ökonomische Triebkräfte vollbringen konnten.

So ist das Offene Antwortschreiben an Einseitigkeiten und Schwächen nicht arm, und doch haben gerade diese Einseitigkeiten und Schwächen seine nächsten Wirkungen eher gestärkt als geschwächt. Das eherne Lohngesetz, die moralisch-rechtliche Verurteilung des Mehrwerts, die Einkommenstatistik mit ihren packenden Ziffern haben Hunderttausende treuer Herzen entflammt und Hunderttausende starker Arme gestählt. Das soll nicht in irgend einem entschuldigenden, sondern nur in einem erklärenden Sinne gesagt sein. Hätte Lassalle anfechtbare Sätze in die Massen geschleudert, nicht weil er sie für richtig, sondern nur weil er sie für wirksam hielt, so wäre er nicht zu entschuldigen, und da er sie für richtig hielt, so braucht er nicht entschuldigt zu werden. Aber wie die Einseitigkeiten und Schwächen des Offenen Antwortschreibens schließlich alle aus der einen Quelle fließen, daß Lassalle die entwickelte kapitalistische Gesellschaft noch nicht in dem vollen Spiel ihrer immanenten Gesetze erkannte, so erklärt sich ihre starke Wirkung daraus, daß die entwickelte kapitalistische Gesellschaft damals in Deutschland überhaupt noch nicht bestand. Der praktische Maßstab fehlte, woran gemessen werden konnte, was in Lassalles Sätzen irrig war, und gegenüber den täuschenden Spinneweben, womit die Bourgeoisie das Proletariat umspann, hatte er noch immer dreimal recht, auch da, wo er nach dem heutigen Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis einmal unrecht hatte. Er war genau der Bahnbrecher, den die deutsche Arbeiterklasse unter den damaligen historischen Zuständen gebrauchte, und deshalb war er stark auch in seinen Schwächen.

Dann aber — wie weit traten die schwachen Seiten des Offenen Antwortschreibens gegen seine starken Seiten zurück! Lassalle gab gleich

im ersten Schlachtplane der Arbeiterbewegung eine so breite und tiefe Aufstellung, daß alle sektiererischen Abwege von vornherein verlegt waren. Er organisierte sie als politischen Klassenkampf in so geschlossener Phalanx, daß sie immer nur auf der ebenen Erde der modernen bürgerlichen Gesellschaft marschieren und schlagen konnte. Die Stunde mußte kommen, wo seine theoretischen Einseitigkeiten sich dem Vormarsche des klassenbewußten Proletariats hemmend in den Weg legten, aber diese Hindernisse wurden auf die Dauer zermalmt von dem Massenschritte der Bataillone, die der große Denker und Kämpfer organisiert hatte.

Lassalle tat seiner Agitation nicht zu viel, sondern zu wenig, als er das Offene Antwortschreiben mit Luthers Thesen gegen den Ablaß verglich. Die Thesen zündeten schneller und unmittelbarer, jedoch nur wie ein Funke, der in ein offenes Pulverfaß fiel, durch eine heftige Explosion die deutschen Massen des sechzehnten Jahrhunderts in eine wirre Bewegung schleudernd. Verglichen mit ihnen war Lassalles Antwortschreiben eine Fackel, die der deutschen Massenbewegung des neunzehnten Jahrhunderts auf Jahrzehnte hinaus Wege und Ziele wies. Luther wurde von den Wirkungen seiner Tat überrascht, Lassalle wußte mit vollkommener Klarheit, was er tat. Er hoffte, durch sein Manifest die Arbeiter von innen heraus zum Verständnis ihrer ökonomischen Lage gebracht und sie gegen alle Lügen, Illusionen und Täuschungen befestigt zu haben. „Das Ganze liest sich mit solcher Leichtigkeit, daß es dem Arbeiter sofort sein muß, als wüßte er das schon lange, daß niemand es ihm mehr rauben und mit Trugschlüssen und Sophismen beseitigen kann“, schrieb Lassalle an den ihm befreundeten Kaufmann Levy in Düsseldorf. Aber er fügte auch hinzu: „Der Arbeiterstand im allgemeinen ist vielleicht noch nicht reif zur Klarheit, und ist dies der Fall, so bin ich allerdings ein toter Mann, und die Fortschrittspartei kann jubeln, daß ich mich gestürzt habe.“ Lassalle wagte, aber er wagte nicht leichtsinnig und nicht unbedacht, sondern im Banne einer großen historischen Pflicht.

Als Bucher und Ziegler ihm noch im letzten Augenblick in den Arm fallen wollten, antwortete er ihnen: „Eine Arbeiteragitation ist da, es ist nötig, ihr das theoretische Verständnis und das praktische Losungswort zu geben, und wenn es dreiunddreißigmal den Kopf kostete.“ Mit diesen Worten sicherte Lassalle sein Recht in der Mitwelt und seinen Ruhm in der Nachwelt.

---

7. Die ersten Erfolge und Misserfolge.

Das Leipziger Zentralkomitee beriet am 17. März die programmatische Schrift Lassalles und nahm sie mit sechs gegen vier Stimmen als Manifest der deutschen Arbeiterbewegung an, trotz des heftigen Widerspruchs, den Roßmäßler, Dolge und der als Gast anwesende Streckfuß dagegen erhoben. Von der Minderheit wollten zwei Mitglieder nur eine bedingte Zustimmung geben und zwei andere die Schrift einfach den Arbeitern empfehlen. Diese beiden schieden aus, unter ihnen Dolge; ebenso legten Roßmäßler und Winter ihre Ämter als Vertrauensmänner nieder. Indem sich die Mehrheit des Zentralkomitees für Lassalles Manifest entschied, verzichtete sie auf den Arbeiterkongreß mit dem Berliner Programm und erklärte sich für die Gründung eines großen Arbeitervereins mit dem Programm, das Lassalle entwickelt hatte. Damit löste sich das Zentralkomitee auf. Gerade um einen Tag hinkte die sächsische Regierung mit der vom 18. März datierten Verfügung hinterher, daß sich die von Arbeiterversammlungen gewählten Komitees als Vereine zu betrachten und die Bestimmung des Vereinsgesetzes zu beachten hätten, wonach sie nicht mit anderen Vereinen geschäftlich verkehren dürften.

Am 24. März legte das Zentralkomitee sein Mandat in die Hände einer allgemeinen Arbeiterversammlung nieder, die im Odeon stattfand. Wiederum warnten Dolge und Roßmäßler, noch heftiger als sie sprach der Fortschrittler Schildbach. Allein die Versammlung entschied sich mit 1350 gegen 2 Stimmen für Lassalle und setzte ein neues Komitee nieder, um den großen Arbeiterverein vorzubereiten.

Sonst schlug das Offene Antwortschreiben gleich einer Bombe ein, aber die Zustimmung war weit geringer als der Widerspruch. Ein Schwall von Vorwürfen ergoß sich wie über Lassalle, so auch über das Leipziger Zentralkomitee. Die erste Unterstützung erhielten beide von den wackern Hamburgern, die schon am 28. März in einer allgemeinen Arbeiterversammlung die Leipziger Beschlüsse billigten. Im Namen dieser Versammlung sandten Perl und Audorf an die Koburger Arbeiterzeitung eine prächtige Erklärung, worin sie schonungslos das hinterhaltige Spiel aufdeckten, das die Bourgeoisie mit der Arbeiterklasse getrieben hatte. „Mit dieser Erklärung", so schlossen sie, „reichen wir euch, ihr Braven von Leipzig, die Hand zum Bunde, die auch ihr das allgemeine

und direkte Wahlrecht auf euer Programm gesetzt habt, und ihr, die ihr euch, wenn auch vielleicht vergebens, für das Zustandekommen eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses bemühtet, nehmt unsern herzlichsten Dank. Möge diese unsere Anerkennung euch entschädigen für den Undank, welcher euch von anderer Seite zu teil ward. Wenn vorläufig auch nicht das erreicht wird, was ihr und auch wir wünschen, ihr habt den Ruhm, zuerst mit Anstoß zu der Bewegung gegeben zu haben, die hoffentlich nicht wieder ersterben, sondern, wenn auch vielleicht erst in späteren Tagen, Großes gebären wird." Die Koburger Zeitung öffnete der zwei Spalten langen Erklärung wenigstens ihren „Sprechsaal", freilich nur, um sie in neun Spalten redaktioneller Glossen zu begraben, die, ein wirres Durcheinander von scheinbarem Wohlwollen und verhaltener Wut, zum Schluß mit dem Zaunpfahl winkten, mit dem wörtlichen Abdruck des Bundestagsgesetzes von 1854.

Dann erklärte sich am 11. April eine Arbeiterversammlung in Düsseldorf für Lassalle; den zustimmenden Beschluß, den sie nach Leipzig sandten, haben die sechzig Teilnehmer eigenhändig unterzeichnet. An demselben Tage entschied sich in gleichem Sinne der Solinger Arbeiterbildungsverein. Am folgenden Tage, am 12. April, fand in Köln ein Provinzialhandwerker- und Arbeitertag statt, auf dessen Tagesordnung die Leipziger Beschlüsse gestellt waren; er wurde von Köln, Düsseldorf, Solingen, Elberfeld und vier kleineren Ortschaften beschickt; die Solinger hatten Brieftauben mitgebracht, um das mit höchster Spannung erwartete Ergebnis sofort in die Heimat melden zu können. Auf diesem Tage kämpften fast nur Männer miteinander, die schon in der Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre tätig gewesen waren: Bürgers, Rittinghausen, der Kaufmann Levy aus Düsseldorf, der seit fünfzehn Jahren mit Lassalle befreundet war, und Hugo Hillmann. Bürgers hatte sich inzwischen zum sanften Fortschrittler zurückentwickelt und fuhr gegen Lassalle los, den Rittinghausen von oben herab behandelte, als einen Mann, der es recht gut meine, aber abgetane Rezepte wieder aufwärme und noch nicht begriffen habe, daß die direkte Gesetzgebung durch das Volk das Allheilmittel sei. Nur Levy und Hillmann traten energisch für Lassalle ein und errangen endlich den Sieg, freilich nur mit 64 gegen 57 Stimmen. Am 19. April trat dann noch der Wuppertaler Arbeiterverein in Elberfeld unter Hillmanns Vorsitz den Leipziger Beschlüssen bei.

Das war nun aber auch alles, und die Gegenkundgebungen erfolgten weit zahlreicher. Am 20. März meldete Ludwig Löwe an die Leipziger, Schulze-Delitzsch sei durch Streckfuß von dem Beschluß des 17. März unterrichtet worden, und fuhr fort: „Schulze ist wütend auf Sie, möchte gern das Zentralkomitee von Leipzig fort haben, hofft auf Zwiespalt dort und selbst im Komitee und wird nach Offenbach, Pforzheim und Nürnberg Parole geben gegen die Lassallesche Broschüre.“ Der Nürnberger Arbeiterverein ging auch gleich ins Zeug und erklärte am 12. April, Lassalle sei „ein gedungenes Werkzeug der Reaktion“, was denn freilich den pfiffigeren Köpfen der Bourgeoisie zu plump war. Sie stimmten vielmehr die Entrüstungsresolutionen der Arbeiterbildungsvereine, die im April 1863 dutzendfach von Stettin bis Karlsruhe niederhagelten, auf den Ton, Lassalles Broschüre sei ein „unvernünftiges Machwerk“, das man gar nicht würde zu beachten brauchen, wenn nicht der unbesonnene Zutritt des sogenannten Leipziger Zentralkomitees Bestrebungen in die Arbeiterbewegung gebracht hätte, die, „wissentlich oder unwissentlich, ein unvergleichlicher, den Feinden jeder freiheitlichen Entwicklung geleisteter Dienst“ seien.

Die Bourgeoisie war sich ihrer Klasseninteressen viel zu bewußt, um nicht sofort zu erkennen, was für sie auf dem Spiele stand, und sie zögerte keinen Augenblick, auf der ganzen Linie gegen Lassalle mobil zu machen. Eine Hetze begann, derengleichen Deutschland noch nicht gesehen hatte, und die bürgerliche Presse bewies mit großem Erfolge, daß sie die unwürdige Kampfweise zu übertreffen wisse, womit ihre eigenen Helden zehn Jahre früher von den Denunzianten der feudalen Presse verfolgt worden waren.

Verhältnismäßig am anständigsten und würdigsten fand sich Schulze-Delitzsch mit Lassalle ab, so großes Recht dieser auch hatte, von Schulzes „Jammerantwort“ zu sprechen. Schulze antwortete auf Lassalles ritterliche Absage in sehr unritterlicher Weise; er schalt auf den „Marktschreier“ mit seinen „Aufschneidereien“ und „Wunderpillen“ und meinte in seiner Selbstüberhebung, „die ganze Dreistigkeit, das ganze Halbwissen des Herrn Lassalle“ gehöre dazu, um zu behaupten, alle Autoritäten der nationalökonomischen Wissenschaft hätten das eherne Lohngesetz anerkannt. Aber Schulze war noch so gnädig, die Möglichkeit zuzulassen, daß Lassalle der Reaktion als unbewußtes Werkzeug diene, und er gab Lassalles Ansichten wenigstens in dem Punkte richtig wieder,

daß die Arbeiterklasse erst die politische Macht erobert haben müsse, ehe große soziale Reformen möglich seien. Das hinderte ihn freilich nicht, sich anzustellen, als wolle Lassalle die Arbeiter Hals über Kopf in die Produktivassoziationen mit Staatskredit schleudern und ihre männliche Würde durch eine erniedrigende Staatsknechtschaft vernichten. Möglich, daß Schulze, der nun einmal nicht aus seiner kleinbürgerlichen Haut heraus konnte, dabei nicht absichtlich entstellte; jedenfalls brach er dann durch ein grobes Mißverständnis seiner Polemik gerade da die Spitze ab, wo sie den Gegner noch am ehesten hätte verwunden können. Er schätzte die praktischen Schwierigkeiten, die bei dem damaligen Entwicklungszustande der deutschen Arbeiterklasse ihrer genossenschaftlichen Organisation entgegenstanden, richtiger ein als Lassalle, und auf diesen Punkt hätte er sich beschränken sollen, wenn er überhaupt irgend etwas beweisen wollte. Aber seine grundsätzliche Behauptung, daß die kleinbürgerliche Geschäftemacherei der Arbeiterindividuen ein besseres Erziehungsmittel der Arbeiterklasse sei als ihre politische Aktion, war einfach komisch. Sie wurde auch dadurch nicht ernsthaft, daß Schulze so tat, als rate Lassalle den Arbeitern, die Hände in den Schoß zu legen und nur von Zeit zu Zeit einen Beitrag in die Wahlkasse oder einen Stimmzettel in die Urne zu werfen, worauf ihnen die gebratenen Tauben von selbst in den Mund fliegen würden.

In ähnlicher Weise stumpfte Schulze die eigenen Waffen bei seinen Angriffen auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit ab. Als praktischer Kenner der kapitalistischen Gesellschaft sah er ein, daß solche Assoziationen auf dem Boden dieser Gesellschaft auch den Gesetzen der Konkurrenz unterliegen müßten, daß sie das Risiko der planlosen Produktionsweise tragen würden und somit Eigenschaften ihrer Mitglieder voraussetzten, die sich eher an geriebenen Börsenwölfen als an revolutionären Proletariern finden ließen. Da er aber nicht zugeben konnte, daß Lassalles Fehler darin bestand, das Übel nicht tief genug an der Wurzel gefaßt zu haben, so verfiel er auf den glorreichen Gedanken, das kapitalistische Risiko für den Inbegriff aller menschlichen Freiheit und alles menschlichen Heils zu erklären. Er meinte: weil den Produktivassoziationen, die Lassalle vorschlug, das Risiko durch den Staat abgenommen würde, müßten sie zur völligen Demoralisation der in ihnen assoziierten Arbeiter und zum völligen Herunterkommen der Gesamtgüterproduktion führen. Seiner besseren Vergangenheit ins Gesicht

schlagend, erklärte Schulze, „ein solches Ding, wie Unternehmergewinn, kenne die Wissenschaft nicht“. Was man so nenne, sei erstens Unternehmerlohn und zweitens Risikoprämie. Der Unternehmer sei derjenige Arbeiter, der das Meiste und Schwerste leiste und also auch höheren Lohn haben müsse, während ihm zugleich eine Prämie dafür gebühre, daß er sein Kapital, die Frucht früherer Arbeit, auf die Gefahr des Verlustes hin in ein neues Unternehmen stecke. Mit diesen erhebenden Gedanken schlug der „König im sozialen Reiche“ den sozialen „Marktschreier“ Lassalle.

Nicht minder erhebend war Schulzes Polemik gegen Lassalles politisches Programm. Niemand wußte besser als er, in welcher Weise eben erst die Arbeiter von der Fortschrittspartei und vom Nationalverein als politische Heloten untergeduckt worden waren, und nun wagte er zu sagen, Lassalle beleidige durch seine Kritik der Fortschrittspartei die Arbeiter, die ja „kein Anhängsel, sondern ein großer und wesentlicher Teil“ dieser Partei seien. Ferner aber wies er darauf hin, daß die selbständigen Regungen des Proletariats im Jahre 1848 „die besitzenden und gebildeten Klassen mit und ohne Grund“ ins Lager der Reaktion getrieben hätten. Dies feine Argument war damals überhaupt der politische Haupttrumpf der Fortschrittspartei gegen Lassalle, gleichviel ob es als mehr oder weniger verblümte Drohung oder als tränenselige Jeremiade vorgebracht wurde. So jammerte Roßmäßler: jetzt sei endlich einmal die preußische Bourgeoisie gegen König- und Junkertum auf die Beine gebracht worden, aber sowie die Arbeiter eine selbständige Politik begännen, würde sie sofort wieder umfallen. Die guten Leute bestätigten damit, was Lassalle bei der Veröffentlichung des Offenen Antwortschreibens an Levy geschrieben hatte: „Glauben Sie mir, ich habe die Fortschrittspartei hier aufs genaueste studiert, ihr erster Hauptsatz ist: Nur keine Revolution von unten, lieber noch Despotismus von oben.“ Soweit waren beide Teile einig. Es fragte sich nur, ob Deutschland sich, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagte, jahrzehntelang in schweren Konvulsionen gewunden haben sollte, bloß damit die Herren v. Unruh und v. Vincke mit dem Könige und den Ministern keifen und sich einbilden könnten, Männer von Wichtigkeit zu sein. Diese Frage wurde von Lassalle ebenso entschieden verneint, wie von der Bourgeoisie bejaht.

Nach solchen Leistungen Schulzes klingt es seltsam, zu sagen, daß er sich unter Lassalles Gegnern noch durch Anstand und Haltung aus-

gezeichnet habe. Gleichwohl war dem so. Die fortschrittlichen Blätter erklärten Lassalle einfach für einen hergelaufenen Stümper, der statistische Zahlen nicht zu lesen vermöge, der in den umgewandten Hosen des Schneiders Weitling die doch schon im Jahre 1848 gescheiterten sozialen Ateliers Louis Blancs wieder aufwärmen wolle, der das faule und längst widerlegte Gesetz Ricardos vom Arbeitslohne breittrete und keine Ahnung von Nationalökonomie habe. Oder sie denunzierten ihn noch summarischer als einen Renegaten, als einen Überläufer, der die Arbeiterklasse an das Ministerium Bismarck verraten wolle, als ein erkauftes Werkzeug der Reaktion. Indem sie Lassalles „Staatshilfe" zu einem Linsengericht entstellten, für das sich die Arbeiter an König- und Junkertum verkaufen sollten, versuchten sie, den demokratischen Nerv des modernen Proletariats, vor dem sie selbst die heiligste Scheu hatten, gegen Lassalle aufzureizen und dadurch von sich abzulenken. Es war der Ausdruck einer durchaus berechtigten Empörung, wenn Lassalle sagte, daß hundert Kloaken jeden Tag die unerhörtesten Lügen, Entstellungen und Gemeinheiten gegen ihn anschwemmten.

Glücklicherweise war weder Lassalle noch das Leipziger Komitee danach angetan, sich von dem Spektakel verblüffen zu lassen. Sie arbeiteten mit aller Kraft gegen den Strom, aber bei dem noch ungebrochenen Einfluß der liberalen Presse auf die Arbeiterbevölkerung kamen sie schwer vorwärts. Die Fäden, die sie nach allen Himmelsrichtungen spannen, blieben fast nirgends haften, abgesehen von dem halben Dutzend Städte, in deren Arbeiterschaft das Offene Antwortschreiben sofort gezündet hatte. Ein Offener Brief, den Rodbertus an das Leipziger Komitee richtete, war der einzige nennenswerte Erfolg der ersten Wochen. Und Rodbertus bestätigte zwar alles, was Lassalle zur Kritik der bürgerlichen Ökonomie gesagt hatte, aber er verwarf nicht nur die Produktivassoziationen mit Staatskredit, sondern warnte namentlich dringend vor dem, was für Lassalle die entscheidende Hauptfrage war: vor der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Er hatte gegen das allgemeine Wahlrecht an und für sich nichts einzuwenden, aber als „unumgängliche Vorbedingung zur Lösung der sozialen Frage", wie er sich ausdrückte, wollte er es nicht anerkennen. Rodbertus riet den Arbeitern, keinen politischen Umweg zu machen, sondern sich geradeaus als soziale Partei zu konstituieren, mit dürren Worten eine bessere Stellung in der Gesellschaft zu verlangen und in ihrem neuen Vereine zu diskutieren,

wie sie zu dieser besseren Stellung gelangen könnten. Wenn den Arbeitern nur ein allgemeines Gesetz der Staatsgewalt helfen könne, so müsse dies Gesetz doch im tiefsten Frieden mit der Zustimmung aller übrigen Klassen gegeben werden.

Kein Zweifel, daß Rodbertus es ehrlich meinte, daß sein Rat aus den Überzeugungen floß, die er seit zwanzig Jahren bekannt hatte. Auch war sein Offener Brief, der den manchesterlichen Humbug, den Fortschrittlern ins Gesicht hinein, schlagend als das nachwies, was er war, unter allen Umständen eine brave Tat. Jedoch der Agitation Lassalles gab dieser Helfer nur mit der einen Hand, was er mit der anderen Hand nahm. Der eifrige Briefwechsel, den beide Männer einige Monate lang führten, brachte sie keinen Schritt näher zusammen, trotz aller Sympathien, die sie füreinander hegten. Da Rodbertus mit seiner staatssozialistischen Utopie vorsichtig zurückhielt, so hat Lassalle nie völlig erkannt, wie tiefe Gegensätze sie trennten, wie unüberwindlich die Abneigung des Utopisten Rodbertus gegen den politischen Klassenkampf des Proletariats war. Er glaubte lange, mit seiner stürmischen Beredsamkeit und Liebenswürdigkeit den „stillen Kompagnon" ganz gewinnen zu können, und brach dann ziemlich verstimmt die Verbindung ab, als all seiner Liebe Müh' umsonst war. Hatte Rodbertus aber wenigstens in seinem Sinne ehrliches und klares Zeugnis abgelegt, so erzielten andere Anfragen des Leipziger Komitees noch geringeren Erfolg: Bucher schwieg sich vorläufig ganz aus und Wuttke antwortete mit einer allgemeinen Sympathieerklärung, die zwar frei war von den Vorbehalten, die Rodbertus gemacht hatte, aber auch frei von der einschneidenden Kritik, womit Rodbertus der freihändlerisch-fortschrittlichen Politik hart zusetzte.

Lassalle selbst entsprach dem Wunsche des Komitees, die Statuten des neu zu bildenden Vereins zu entwerfen und den Leipziger Arbeitern persönlich zu überbringen. In einer großen Versammlung, die am 16. April stattfand, widerlegte er die Einwände, die von den Gegnern gegen sein Offenes Antwortschreiben erhoben worden waren. Er bewies durch unanfechtbare Zitate aus Adam Smith, Ricardo, Stuart Mill, Say, Roscher, daß die bürgerliche Ökonomie in ihren hervorragendsten Vertretern das eherne Lohngesetz anerkannt habe. Er deckte die Lüge auf, daß die Nationalwerkstätten, welche die provisorische Regierung der französischen Republik im Jahre 1848 in arbeiterfeindlichem Sinne ein-

gerichtet hatte, mit Louis Blancs sozialen Ateliers oder seinen eigenen Produktivassoziationen gleichartig gewesen sein sollten. Er zerfetzte die Doktrin, wonach sich der Staat nicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse mischen dürfe, und wies ihre Hohlheit gerade an der englischen Geschichte nach, auf deren angebliches Vorbild sich die deutschen Freihändler besonders gerne beriefen. Damals brachte die Baumwollenkrisis, die durch den amerikanischen Bürgerkrieg entstanden war, große Not über die englischen und auch die deutschen Weberdistrikte, und Lassalle konnte darauf hinweisen, daß gerade die englischen Manchestermänner mit ohrzerreißendem Geschrei nach Staatsintervention riefen, um die brotlos gewordenen Arbeiter von der Auswanderung abzuhalten. Anknüpfend an Rodbertus, betonte er den hohen zivilisatorischen Charakter seiner Agitation, die den Arbeitern in vollem Frieden die Fessel vom Fuße nehmen wollte, warnte er vor Haß und Verachtung gegen die Bourgeoisie, die selbst ein willenloses Produkt der herrschenden ökonomischen Zustände sei, aber anders als Rodbertus, bekannte er sich als radikalen Demokraten, der die Fortschrittspartei nur angreife, weil sie sich unfähig erwiesen habe, mit der Reaktion aufzuräumen, der die Fortschrittspartei unterstütze, soweit sie der Reaktion gegenübertrete, der sie über ihre unentschlossene Stellung hinaus vorwärts drängen wolle. Die Rede hatte eine durchschlagende Wirkung, 1300 gegen 7 Stimmen erklärten sich für Lassalle. Sein Statutenentwurf wurde gedruckt und ebenso eifrig wie das Offene Antwortschreiben verbreitet, als Termin für die konstituierende Versammlung des neuen Vereins erst der Monat Juni ins Auge gefaßt, dann der 23. Mai festgestellt.

Aber schon drei Tage nach der Leipziger Versammlung, am 19. April, erfolgte ein starker Rückschlag. Eine Arbeiterversammlung in Berlin entschied gegen Lassalle. Sie war von den fortschrittlichen Führern einberufen worden, nach deren, von anderer Seite bestrittener Angabe ihr 1200 Arbeiter beigewohnt haben sollen. Den Vorsitz führte der Schriftsetzer Dittmann, während ein Beamter Borsigs, namens Haase, den Bericht über den Streit zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch erstattete. Es scheint, daß die bekannteren Vertreter der Fortschrittspartei sich doch geschämt haben, persönlich die Rolle zu übernehmen, die dieser sonst unbekannte Haase in ihrem Interesse durchführen mußte. Er behandelte den „Herrn Lassalle“ als einen beiläufigen Toren, erklärte die Staatshilfe als ein Attentat auf die individuelle Freiheit und die allgemeine

Sittlichkeit, was sich besonders schön ausnahm an einem Beamten des Borsigschen Werkes, das durch die ausgiebigste Staatshilfe emporgekommen war, und widerlegte das eherne Lohngesetz durch den Ruf der Entrüstung: ein treuer deutscher Mann, der ein treues deutsches Mädchen heiraten wolle, werde sich wohl darum bekümmern, ob sein Tageslohn einen Silbergroschen höher oder niedriger sei. Dann meinte dieser angenehme Vorkämpfer der Fortschrittspartei, Lassalle sei zwar durch rheinische Geschworene von der Anklage des Kassettendiebstahls freigesprochen worden, aber man wisse ja, daß selbst die gescheitesten Juristen mit dem „Herrn Lassalle" nicht fertig würden, und übrigens sei auch noch nicht aufgeklärt, inwieweit Lassalle in das Schicksal einer Frau verwickelt gewesen sei, an der kürzlich in seiner Nachbarschaft ein Raubmord um 25 Taler willen begangen worden war. Zu alledem rief die fanatisierte Menge Hurra hoch. Zwar ließ sich verstehen, daß Eichler, der nochmals die Gelegenheit ergreifen wollte, sich zu rehabilitieren, von der Tribüne geschrieen wurde, aber auch der Demokrat Ludwig Löwe, der nicht einmal die Theorien Lassalles verteidigen, sondern nur dessen persönlichen Charakter vor den Verdächtigungen des Berichterstatters wahren wollte, wurde mit den triftigen Argumenten: Haut ihn! und Schmeißt ihn raus! zum Schweigen gebracht. Eine von dem Arzte Eisner, einem wirklichen Anhänger Lassalles, eingebrachte Resolution, die Versammlung solle vorläufig ein Urteil über die soziale Frage ablehnen, aber sich wenigstens für das allgemeine Wahlrecht erklären, flog einfach unter den Tisch. Das sogenannte Volksgericht verurteilte vielmehr den Volksverführer Lassalle, und die Berliner Blätter bliesen die erhebende Kulturtat mit schmetternden Posaunenstößen in die Welt hinaus.

Die häßliche Komödie jagte Bucher aus seiner furchtsamen Zurückhaltung heraus. Unter Berufung auf sie schrieb er am nächsten Tage dem Leipziger Komitee, das von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisieren und die Abwesenden zu täuschen, mache es doppelt geboten, Farbe zu zeigen. Er versprach einen Vortrag in Leipzig, um nachzuweisen, daß die Lehre der Manchesterschule: der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles andere gehen zu lassen, vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht bestehe. Kaum aber war dieser Brief in der Öffentlichkeit erschienen, als die Bourgeoisie den Strick zuzog, den sie um Buchers Hals

gelegt hatte. Am 26. April schrieb Bucher schon an Lassalle, der Brief an das Leipziger Komitee habe ihm „sehr ernste Verwicklungen“ zugezogen. Er müsse den freundschaftlichen Umgang mit Lassalle aufgeben, da er sonst in Verwicklungen geraten könnte, die ihn zwängen, sich selbst in Verwicklungen zu stürzen. Er versprach, wo es nötig sei, einfach zu bekennen, er habe sich im Bewußtsein seiner Schwäche zurückgezogen. Dem Leipziger Komitee gegenüber fand sich Bucher mit dem Versprechen ab, statt des Vortrags, der die Frage nicht erschöpfen könne, eine kleine Schrift zu liefern, die er bereits unter der Feder haben wollte, aber niemals veröffentlicht hat. Damit zog sich Bucher völlig aus der Bewegung zurück. Den persönlichen Verkehr mit Lassalle hat er später wieder angeknüpft, aber niemals mehr, wie aus manchem urkundlichen Beweise hervorgeht, einen Einfluß auf Lassalles politische Entschlüsse gewonnen.

Vom rein menschlichen Standpunkt aus scheint Lassalle angenommen zu haben, daß der schwerere Teil von Buchers Schuld auf die Foltertalente der Bourgeoisie falle. Immer ein treuester Freund seiner Freunde und ein viel zu großer Idealist, um ein guter Menschenkenner zu sein, hat er dem schwachen Manne bis zuletzt ein großes persönliches und leider übel genug gelohntes Vertrauen geschenkt.

---

8. Der Frankfurter Tag.

Am Tage nach der Berliner Versammlung richtete Lassalle eine Zuschrift an die Volkszeitung, worin er feststellte, daß zwei seiner Bekannten, die in seinem Auftrage erklären sollten, daß er bereit sei, den Berliner Arbeitern seine Vorschläge auseinanderzusetzen, wenn sie ihn dazu aufforderten, mit anderen Worten, wenn sie ihn ruhig anhören wollten, gar nicht zum Worte gekommen seien. Zugleich wiederholte Lassalle sein Anerbieten, in Berlin zu sprechen, wenn die Arbeiter ihn eben nur hören wollten, doch die fortschrittlichen Führer fürchteten diese gefährliche Probe zu sehr, als daß sie es darauf hätten ankommen lassen.

Indessen was ihnen in Berlin glückte, das mißlang ihnen zur gleichen Zeit in Frankfurt a. M. An demselben 19. April, wo die Berliner Arbeiterversammlung Lassalles Agitation für das östliche Deutschland mausetot schlug, sollte ein Arbeitertag in Rödelheim dieselbe Aufgabe für das westliche Deutschland lösen. Zwar hatten sich die Arbeiter=

bildungsvereine des Maingauverbandes in ihrer Mehrzahl schon gegen Lassalle erklärt, aber Sonnemann und Max Wirth hielten es für angezeigt, den Verband als solchen noch einen Bannstrahl gegen Lassalle schleudern zu lassen. Zugleich sollte nach dem von ihnen eingebrachten Antrage das Komitee des Maingaues das Leipziger Komitee lahmlegen, indem es den früheren, in Offenbach gefaßten Beschluß ausführte und die Arbeiterbildungsvereine im fortschrittlich-manchesterlichen Sinne zentralisierte. Für diesen Zweck war der Arbeitertag nach Rödelheim einberufen worden; und er war zahlreich genug besucht; die Arbeiterbildungsvereine von Hanau, Mainz, Offenbach, Frankfurt, Bockenheim, Rüsselsheim, Darmstadt und Osthofen waren durch etwa 200 Delegierte vertreten.

Die pfiffig ausgeheckte Rechnung hatte aber ein Loch oder sogar deren zwei. Erstens einmal tanzten nicht alle Vorsitzende der in Rödelheim vereinigten Arbeiterbildungsvereine so, wie die Macher pfiffen. Ludwig Büchner, der den Darmstädter, und Theodor Müller, der den Frankfurter Arbeiterbildungsverein leitete, waren nicht geneigt, unbesehen auf Sonnemann und Max Wirth zu schwören. Beide Männer hatten nur ein sehr unzureichendes Verständnis für den Ökonomen und Politiker Lassalle, von dessen Persönlichkeit sie sich sogar eher abgestoßen als angezogen fühlten. Aber sie waren viel zu gebildet und meinten es mit den Bildungsbestrebungen der Arbeiter viel zu ehrlich, um nicht die Hetze der Fortschrittspartei gegen Lassalle zu verurteilen. Theodor Müller, der schon zwei Jahre später an der Auszehrung starb, war kein Mann des Kampfes, vielmehr eine milde und sanfte, aber dabei im Ehrenpunkte feste Natur; er hatte den von ihm geleiteten Verein gehindert, gegen Lassalle loszulegen, und rücksichtslos die traurigen Manöver gemißbilligt, durch die Lassalle abgemeuchelt werden sollte. In ähnlicher Weise verhielt sich Ludwig Büchner als Berichterstatter auf dem Rödelheimer Tage. Der metallene Klang von Lassalles Kampfschrei scheuchte ihn zurück, er sah die Bildungsbestrebungen der Arbeiter durch den Bruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat arg gefährdet, und er hatte eine lange Reihe meist sehr laienhafter Einwände gegen Lassalles Vorschläge vorzubringen. Aber er gab diese Vorschläge doch sachlich wieder, er warnte die Arbeiter, sich durch die Schlagworte vom Sozialismus und Kommunismus ins Bockshorn jagen zu lassen, und empfahl ihnen, das Offene Antwortschreiben sehr ernsthaft zu prüfen.

Lassalle habe jedenfalls ein Herz fürs Volk gezeigt und verdiene um so größere Anerkennung, als er sich im Interesse einer guten Sache allen möglichen Gefahren und Unannehmlichkeiten ausgesetzt habe. Er fehle vielleicht nur darin, daß er mit einem Schlage erreichen wolle, wozu es jahrhundertelanger und gewiß jahrzehntelanger Vorbereitung bedürfe.

Zweitens aber herrschte unter den in Rödelheim versammelten Arbeitern eine gegen den Nationalverein sehr aufsässige Stimmung. Es handelte sich dabei noch um einen viel schärferen Gegensatz, als der Gegensatz war, worin die großdeutschen Strömungen des südlichen Deutschlands überhaupt zu dem kleindeutschen Programm des Nationalvereins standen. Die moderne Industrie des Maingaues war lange nicht entwickelt genug, um in den Arbeitermassen schon ein proletarisches Klassenbewußtsein zu erwecken, wie denn Frankfurt selbst eine Geld-, aber keine Fabrikstadt war. Doch galt die Stadt von 1848 her als ideelle Hauptstadt Deutschlands; sie war der Lieblingstummelplatz für alle möglichen Feste und Tage; hier pulsierte das damalige politische Leben am kräftigsten oder lärmte wenigstens am lautesten. Wie in den Gegenden, wo 1848 die Arbeiterbewegung eine gewisse Höhe erreicht hatte, am Rhein, in Hamburg, in Leipzig, die sozialistischen Überlieferungen wieder auflebten, so im südwestlichen Deutschland die kleinbürgerlichen Überlieferungen des badisch-pfälzischen Aufstandes. Der Nationalverein hatte sich zunächst eingebildet, mit diesem Feuer spielen zu können; auf der Generalversammlung, die er 1861 in Heidelberg abhielt, hatte er die Einrichtung von Wehrvereinen unter Heranziehung „geeigneter Fachmänner" und gleichzeitig Sammlungen für den Bau einer deutschen Kriegsflotte beschlossen, deren Ertrag der preußischen Regierung überwiesen werden sollte, um die preußische Krone gern oder ungern an die Sache der deutschen Einheit zu fesseln. Die todesmutige Bourgeoisie feierte diese Beschlüsse als „deutsche Ballhausszene", natürlich mit dem stillschweigenden Vorbehalte, daß Herr v. Bennigsen als Mirabeau der Lüneburger Heide nie in die Lage kommen werde, den Trotz seines französischen Vorbildes nachzuahmen.

Aber es war wieder einmal die Geschichte von dem Huhne, das die Enteneier ausbrütet. Der Beschluß des Nationalvereins rief in der kleinbürgerlichen Jugend des südwestlichen Deutschlands eine große Zahl von Schützen-, Turn- und Wehrvereinen hervor, die viel zu viel von

dem „Kartätschenprinzen“ wußten, um sich einzubilden, daß die preußische Regierung durch Trinkgelder zur Vorkämpferin der deutschen Einheit aufgepäppelt werden könne, aber die sonst das Gute nahmen, wo sie es fanden, und gern den Rat des Nationalvereins befolgten, „geeignete Fachmänner“ zu ihrer Ausbildung und Ausrüstung heranzuziehen. Einen solchen Fachmann sahen sie in Rüstow, der ihnen den praktischen Wink gab, daß Wehrvereine vor allen Dingen Waffen haben müßten. Das leuchtete den Wehrvereinen ein; sie wurden immer munterer, und auf dem Frankfurter Schützenfeste von 1862 leisteten einige von ihnen den Schwur, im nächsten Jahre das umflorte Banner des „verlassenen Bruderstammes“ gegen den dänischen Unterdrücker zu tragen. So kindlich dieser Schwur, und so irrig Rüstows Meinung war, die verrottete Bundestagswirtschaft in Deutschland könne und müsse mit denselben Mitteln gestürzt werden, wie die verrottete Bourbonenwirtschaft in Süditalien, so zeugte die ganze Bewegung doch von dem guten Willen, endlich einmal aus dem Sumpfe leerer Schwatzhaftigkeit herauszukommen. Ein flüchtiges Interesse hat ihr auch Lassalle geschenkt, als er im Sommer 1862 dem Hauptmann Schweigert, der unter Garibaldi und Rüstow gedient hatte und nun in England Gelder auftreiben sollte, um ein paar tausend Gewehre für die Wehrvereine zu beschaffen, eine Empfehlungskarte an Marx mitgab.

Jedoch was ernsthafte Leute etwa an den Wehrvereinen interessieren konnte, das schlug die Führer des Nationalvereins mit panischem Schrecken. Sämtliche Preßorgane, die unter ihrem Kommando standen, erhielten die Ordre, dagegen zu eifern, daß sich die „unreife Jugend“ in den Schützen-, Turn- und Wehrvereinen mit Politik beschäftige; was ihr gestattet werden sollte, waren körperliche Übungen und etwa jener alberne Saufkomment, der die „gebildete Jugend“ der Hochschulen verblödet. Zum offenen Bruche kam es im Herbste 1862 auf einem Delegiertentage der Wehrvereine in Heidelberg, dem Rüstow und einige Haupthähne des Nationalvereins beiwohnten. Rüstow verlangte, daß die für den Bau einer deutschen Kriegsflotte gesammelten Gelder zur Beschaffung von Waffen verwandt werden sollten; sie an die preußische Regierung auszuliefern, sei ein „Verrat an der Vernunft“. Die anwesenden Staatsmänner des Nationalvereins beanspruchten die Zurücknahme des „beleidigenden“ Wortes, und als Rüstow sich dessen weigerte, machten sie sich schleunig aus dem Staube. Gleich darauf spendete der National-

gerein auf seiner Koburger Generalversammlung den „patriotischen Bestrebungen" der Schützen-, Turn- und Wehrvereine zwar noch eine platonische Teilnahme, lehnte aber „alle weitergehenden Anträge" ab mit jener Vorsicht, die für ihn allemal der bessere Teil der Tapferkeit war.

Diese und ähnliche Vorgänge hatten in der „unreifen Jugend" der südwestdeutschen Bevölkerung eine Stimmung erzeugt, die auf dem Arbeitertage in Rödelheim zu sehr deutlichem Ausdrucke kam. Der Vortrag Büchners wurde mit großem Beifall aufgenommen, und als dann Sonnemann, Max Wirth und andere Kämpen des Nationalvereins auf Lassalle losgepaukt hatten, meinten die Arbeiter sehr kaltblütig, überrumpeln ließen sie sich schon lange nicht. Der Tischler Heymann aus Frankfurt sagte, die Herren möchten sich nur mäßigen, denn wie klug sie immer zu sein glaubten, so könnten sie doch noch manches von Lassalle lernen, und der Uhrmacher Scheppler aus Mainz fügte hinzu, Lassalle habe wenigstens das Verdienst, die Deutschen aus dem ewigen Nationalvereinsdusel aufzurütteln. Eine heftige Debatte belehrte die Regisseure des geplanten Volksgerichts, daß sie diesmal den Vorhang zu früh aufgezogen hätten. Sie beeilten sich, gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Sonnemann zog seine auf Vernichtung Lassalles gerichteten Anträge zurück und fragte mit gut gespielter Entrüstung, ob so tadellosen Biedermännern, wie ihm und seinesgleichen, wohl eine Überrumpelung zuzutrauen sei. Ohne diese heikle Frage zu entscheiden, beschloß der Arbeitertag, Lassalle und Schulze-Delitzsch zu einem neuen Arbeitertage einzuladen, der zum 17. Mai nach Frankfurt a. M. einberufen werden sollte.

Schulze lehnte die Einladung unter dem Vorwande parlamentarischer Geschäfte ab: schwerlich weil er es nicht der Mühe für wert hielt, mit Lassalle zu debattieren, sondern viel wahrscheinlicher, weil er sich mit Recht scheute, in allzu große Nähe von Lassalles Klinge zu kommen. Lassalle dagegen sagte sofort zu, obgleich ihm alle seine Freunde abrieten, den Kampf auf einem Terrain anzunehmen, wo er von vornherein Sonne und Wind gegen sich haben werde. Er übersah mit richtigem Blicke die Sachlage. Er wisse sehr gut, schrieb er an Rodbertus, daß solche rednerischen Zweikämpfe nichts entschieden, aber nach der Art und Weise, wie die Berliner Arbeiterkomödie gegen ihn ausgebeutet werde, brauche er einen großen Eklat. Er wolle seine alte

revolutionäre Mähne schütteln und alles daransetzen, um zu siegen. Die Ungunst des Terrains werde seinen Triumph erhöhen oder im anderen Falle der Niederlage ihren Stachel rauben.

Nicht zum wenigsten deshalb nahm Lassalle die Einladung an, weil die halbe Wendung zu seinen Gunsten, die in Rödelheim erfolgt war, nicht sowohl ökonomische als politische Beweggründe hatte. Das Gerede von seinen reaktionären Hintergedanken war diejenige fortschrittliche Verleumdung, die ihm am meisten bei den Arbeitern schadete. Sie wurde um so gefährlicher, als die reaktionäre Presse jetzt ein sehr verdächtiges Interesse an seiner Agitation zu bekunden begann. Ein Kampf, worin ihm die demokratischen Arbeiter des Maingaues den Siegerpreis erteilten, konnte der stockenden Bewegung einen mächtigen Anstoß geben.

Aber auch sonst brauchte Lassalle in jeder Beziehung einen großen Eklat. Seine Verfassungsreden, das Offene Antwortschreiben, die Leipziger Rede, die Gerichtsreden in dem wegen des Arbeiterprogramms anhängigen Prozesse enthielten eine Fülle des lehrreichsten und packendsten Agitationsmaterials; die kleinste dieser Kundgebungen eröffnete noch immer tiefere Einblicke in das Wesen von Gesellschaft und Staat, als die gesamte Weisheit der Fortschrittspartei zu eröffnen vermochte. Indessen so meisterhaft Lassalle die schwierigsten Fragen leicht faßlich zu behandeln verstand, so war sein Broschüren- und Redekampf doch der Kampf eines Schwerbewaffneten mit den ungezählten Schwärmen eines leichten Panburengesindels, das jeden Tag mit neuen Angriffen auf ihn eindrang. Bei aller Unerschöpflichkeit seiner Arbeitskraft donnerten seine Kanonenschläge nur in gemessenen Zwischenräumen und verhallten so unter dem knatternden Kleingewehrfeuer, das die fortschrittliche Presse täglich gegen ihn richtete.

Für diesen Guerillakrieg war Lassalle nicht gerüstet. In einem oder zwei Fällen gelang es ihm, der gegnerischen Presse die Aufnahme von Erwiderungen auf ihre Angriffe abzutrotzen: in der Vossischen Zeitung nagelte er den alten Rau auf den Wenn und Aber fest, womit diese professorale Autorität das eherne Lohngesetz angeblich bestreiten wollte, aber tatsächlich bekräftigte. Das einzige liberale Blatt, das Lassalles Einsendungen mit einiger Bereitwilligkeit aufnahm, war die Deutsche Allgemeine Zeitung in Leipzig, deren Herausgeber Brockhaus das System der erworbenen Rechte verlegt hatte. Lassalle benützte diesen ihm nicht aus politischer Sympathie, sondern aus persönlicher Gefälligkeit er-

öffneten und deshalb ganz ungenügenden Sprechsaal namentlich dazu, die urkundliche Wahrheit über die französischen Nationalwerkstätten von 1848 festzustellen, die ihm fort und fort in grober Unwissenheit oder perfider Entstellung als abschreckende Vorbilder seiner Produktivassoziationen mit Staatskredit vorgehalten wurden. Sonst konnte Lassalle noch über einige kleine und wenig gelesene Lokalblättchen verfügen, die entweder wie der Nordstern in Hamburg, der Zeitgeist in Leipzig und die Fränkische Volkszeitung in Nürnberg schon in den letzten Zügen lagen, oder wie der Volksfreund in Frankfurt, die Schwäbische Volkszeitung in Stuttgart und der Gradaus in Eßlingen eine kümmerliche Existenz durch eine halbe Arbeiterfreundschaft fortzuschleppen suchten. Mit diesen schwachen publizistischen Hilfsmitteln war gegen die liberale Preßrotte nicht aufzukommen, die sich wenig daraus machte, wenn Lassalle diesen oder jenen aus ihrer Mitte moralisch abtat. Der Bourgeoisie fehlt es nie an neuen Soldschreibern, die ihre leichte Ehre gern für schweres Gold opfern. Umsomehr mußte Lassalle an einem durchschlagenden Erfolge gelegen sein, der, mitten im Lager der Gegner erfochten, mit allen Lügen nicht aus der Welt geschafft werden konnte.

So waren denn, wie Büchner ohne besondere Übertreibung sagte, die Augen von halb Deutschland auf den Arbeitertag gerichtet, der am 17. Mai in Frankfurt a. M. stattfand. Das Komitee des Maingaues hatte alle Maßregeln getroffen, um Lassalles Niederlage von vornherein zu sichern. Der Frankfurter Arbeiterbildungsverein war immer schwieriger geworden; sein Vorsitzender Theodor Müller ließ sich nicht fangen, und unter den Mitgliedern agitierte Bernhard Becker, ein eben aus dem englischen Exile heimgekehrter Flüchtling von 1848, mit Schrift und Wort für Lassalle. So hatte man denn als Gegengewicht schnell einige neue Vereine von abhängigen Arbeitern gebildet, die am entscheidenden Tage durch reichliche Trankspenden zum Kampfe für die heilige Sache des Kapitals angefeuert wurden. Der untere Raum des Saales, wo verhandelt werden sollte, wurde für die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine abgesperrt, die zum großen Teile schon gegen Lassalle abgestimmt hatten, und einer von Sonnemanns Redakteuren sorgte als bestallter Ordner dafür, daß sich keine Böcke unter die Schafe mischten. Alle Arbeiter, die keinem Verein angehörten, mußten auf die Galerien wandern, ohne das Recht mitzustimmen, aber mit der Pflicht, sechs

Kreuzer für die Person zur Deckung der Tageskosten zu zahlen. Dann ließen sich fünfzehn Redner „schon vorher“, wie Büchner sagt, in die Rednerliste eintragen, um Lassalle, sobald er geendigt hatte, mit den bewährten Tiraden der Fortschrittspartei in sein Nichts zurückzuschleudern. Gewiß hatte das Komitee des Maingaues das formelle Recht, die von ihm einberufene Versammlung so einzurichten, wie ihm beliebte, aber Lassalle war sachlich im Rechte, wenn er meinte, die Sonnemann und Wirth hätten von ihrem formellen Rechte nicht wohl einen illoyaleren Gebrauch machen können.

Natürlich war er nicht so leicht zu übertölpeln. Er sicherte sich, soweit er es für nötig hielt, und ließ sich von Büchner das Versprechen geben, daß er sprechen dürfe, so lange er wolle, ohne unterbrochen zu werden. Auf Büchners Wort konnte er sich verlassen, und mehr brauchte er nicht, um seiner Sache und seinem Sterne zu vertrauen. Seine große Rede war vortrefflich der Gelegenheit angepaßt. Arm an neuen Gedanken, zum großen Teile nur eine weitere Ausführung und Begründung dessen, was Lassalle im Offenen Antwortschreiben und in der Leipziger Rede gesagt hatte, war sie reich an schlagenden Wendungen, die mißleitete Hörer gewinnen und hinterlistige Feinde entwaffnen mußten.

Gleich im Anfange verblüffte Lassalle die Versammlung durch den Nachweis, daß Max Wirth das eherne Lohngesetz, das dieser Biedermann seit Wochen als ein nichtswürdiges Blendwerk verfluchte, in einem sozusagen „wissenschaftlichen“ Werke selbst als unanfechtbare Wahrheit verkündet hatte. „Sie sehen, meine Herren, ein Lohnarbeiter ist für mich etwas sehr Ehrenwertes, aber ein Lohnschreiber, das ist eine ganz andere Sache.“ Mit beißendem Hohne fügte Lassalle hinzu, er habe jenes Werk Max Wirths nicht gelesen, sondern unwillig beiseite geworfen, als er es bei seinem Erscheinen angeblättert und sofort den „gedankenlosen Zusammenstoppler“ erkannt habe. Aber ein Freund habe ihn auf die Stelle aufmerksam gemacht, wo Max Wirth das eherne Lohngesetz anerkenne. Dieser Freund war Rodbertus, dem Lassalle so seinen Dank abstattete in einer Form, die den unglücklichen Max Wirth um so tiefer demütigte. Vergebens suchten die Drahtzieher des Komitees ihren anwesenden Kumpan durch tumultuarische Schlußrufe zu rächen. Aus der Versammlung erhob sich energischer Protest gegen die Spektakelmacher; sie wollte diesen interessanten Redner weiter hören.

Lassalle verteidigte dann die statistischen Ziffern des Offenen Antwortschreibens, gegen die sich ein „Meer von Zweifeln und ein Sturm von Wut“ erhoben habe, weil man den unbemittelten Klassen ihre Zahl verschweigen wolle, um ihnen ihre Macht zu verschweigen. Er zerzauste namentlich einen gewissen Wackernagel, einen kleinen Literaten in Elberfeld, der weder vorher noch nachher etwas geleistet hat, aber damals als große Leuchte der Statistik gefeiert wurde, weil er die Ziffern Lassalles neben ein paar, mehr in der Form als in der Sache, zutreffenden Einwänden durch dreiste Schönfärberei aus der Welt zu schaffen gesucht hatte. Lassalle wies dann durch andere und genauere Ziffern der amtlichen Statistik nach, daß es im wesentlichen immer bei dem Resultate bleibe, das er im Offenen Antwortschreiben festgestellt hatte, und beleuchtete durch die furchtbaren Sterblichkeitsziffern des Proletariats den Einwand Büchners, es sei nicht zu begreifen, daß die Hälfte der preußischen Bevölkerung nicht lange vor Hunger gestorben sei, wenn die Ziffern der amtlichen Statistik richtig sein sollten. Daran knüpfte Lassalle den Stoßseufzer: „Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Solange ihr noch ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt aber von eurer verdammten Bedürfnislosigkeit.“ Unter nun schon ungestörtem Beifalle der Versammlung entwickelte Lassalle, daß die Bedürfnislosigkeit eine Tugend sei für den indischen Säulenheiligen und den christlichen Mönch, aber nicht für den Geschichtsforscher und den Nationalökonomen, die in den wachsenden Bedürfnissen eines Volkes den Stachel seiner Entwicklung und Kultur erblickten.

Über das Prinzip der Staatshilfe verbreitete sich Lassalle ähnlich wie in Leipzig, mit noch eingehenderem und schlagenderem Nachweise der Geistesarmut, woraus die manchesterlichen Gemeinplätze flossen. Die Frage, woher der Staat das Kapital oder den Kredit für die Produktivassoziationen der Arbeiter nehmen solle, beantwortete er mit der Ausführung, daß dazu nicht „Tausende von Millionen“ notwendig sein würden, wie Schulze behauptet hatte, sondern daß für die erste Zeit hundert Millionen Taler, mit denen sich 400000 Arbeiter assoziieren könnten, noch viel zu viel sein würden. Er setzte diese Zahl ausdrück-

lich nur als Beispiel, was die Gegner nicht gehindert hat, von nun an dies Beispiel zu mißbrauchen, um den Gedanken selbst lächerlich zu machen. Ein hoffnungsvoller Jüngling, der damals als getreuer Knecht des Kapitalismus zu schreiben begann, er hieß Eugen Richter, schrieb bald darauf als vermummter Arbeiter: „Also kriegt jeder der 400000 Arbeiter, welche sich die künftigen Minister aussuchen, dermaleinst von den 100 Millionen Talern 200 Taler gegen Zinsen gepumpt, mit denen er in der Produktivgenossenschaft unter Polizeiaufsicht zu arbeiten hat? Weiter nichts? Danke schön!" Der angebliche Arbeiter berechnete, daß er sich in einem Schulzeschen Konsumvereine die 200 Taler in sieben Jahren und vier Monaten sparen könne, und dann habe er sie zu freiem Eigentum, während er sie als Staatshilfe von einem sozialdemokratischen Minister geborgt bekommen solle, falls er Glück und gute Vettern habe. „Und darum soll man noch seine Freiheit dahingeben und unter Polizeiaufsicht arbeiten? Das ist zu dumm!" Richters Polemik gegen Lassalle war allerdings zu dumm; hätten diese Klopffechter bei all ihrer Gewissenlosigkeit einen Funken von Verstand gehabt, so hätten sie vielmehr gegen Lassalles Kreditoperation polemisiert, die an einem ähnlichen Fehler litt wie seine Produktivassoziation überhaupt: an dem Fehler, wie eine neue Eisenbahn, so auch eine neue Gesellschaft mit Staatsanlehen ins Leben rufen zu wollen. Aber es war nun einmal das Unglück dieser genialen Denker, selbst dann noch immer dreimal unrecht zu haben, wenn Lassalle einmal unrecht hatte, und so konnte er ihr irres Phantasieren von der Unmöglichkeit, der Arbeiterklasse durch den Staat zu helfen, siegreich mit den Worten niederschlagen: „Stellen Sie sich die Sache einmal ganz roh und ganz falsch vor, stellen Sie sich vor, der Staat müsse die hundert Millionen auf den Tisch zahlen. Nun, meine Herren, noch ist kein Krieg geführt worden, der nicht über das Doppelte dieser Summe gekostet hätte, und wofür sind nicht schon Kriege geführt worden? Im vorigen Jahrhundert noch für jede Mätressenliebhaberei, in diesem Jahrhundert noch für jede Eroberungssucht der Fürsten oder für irgend ein beschränktes Absatzinteresse der Bourgeoisie. Der Opiumkrieg, den England in den vierziger Jahren mit China geführt, hat gewiß mindestens das Doppelte gekostet, und er ist nur geführt worden, um den Chinesen Opium in den Leib zu jagen, also für ein ganz spezielles Absatzinteresse der Bourgeoisie. Für alles in der Welt also sind diese hundert Millionen doppelt

so viel dagewesen, für jedes beschränkte Absatzinteresse der besitzenden Klasse, wie für jede Fürstenlaune; nur wenn es sich um die Erlösung der Menschheit handelt, wären plötzlich diese Gelder nicht zu beschaffen?"

Soweit war Lassalle unter steigendem Beifalle gekommen, als die Gegner erkannten, daß höchste Gefahr im Verzuge sei. Die Versammlung erwärmte sich mehr und mehr für Lassalle, während die Aussicht schwand, daß nach seinen nun schon vierstündigen Ausführungen noch andere Redner zum Worte kommen würden. Zwar hatte Lassalle sich bereit erklärt, für diesen Fall in einer neuen Versammlung zu erscheinen und seinen Widersachern Rede zu stehen, aber sie mochten nicht ohne Grund fürchten, daß sie erst recht den kürzeren ziehen würden, wenn die Rede Lassalles eine ungestörte Wirkung ausüben könnte. So provozierten sie einen Skandal, durch den Lassalle veranlaßt wurde, abzubrechen. Nach kurzer Rücksprache mit ihm erklärte Heymann von der Tribüne, daß Lassalle zwei Tage später seine Rede im Saale des Arbeiterbildungsvereins beenden würde.

Am nächsten Tage behaupteten die Organe der Frankfurter Bourgeoisie, die „große Masse" der Arbeiter hätte mit einem Hoch auf Schulze-Delitzsch den Saal verlassen, doch war diese Rechnung ohne den ehrlichen Theodor Müller gemacht. In einer öffentlichen Erklärung deckte er „einige Zahlenlügen" auf. Danach hatte das Komitee des Maingaues 1300 Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine ins Protokoll eingetragen, während nach einer genauen Zählung nur 527 anwesend gewesen waren. Davon waren bei Schluß der Versammlung noch 250 bis 300 zugegen gewesen, von denen höchstens 60 mit einem Hoch auf Schulze den Saal verlassen hatten. Lassalle durfte mit Recht an Rodbertus schreiben, dieser möge sich durch die unwahren Berichte der liberalen Presse nicht beirren lassen, kein Wort davon sei wahr. Es sei vielmehr ein entschiedener Sieg gewesen, der, wenn nicht die Intriguen der Gegner alle Grenzen mutmaßlichen Erfolges überschritten, seiner Krönung entgegengehe.

In der Tat entschied die zweite Versammlung am 19. Mai mit 400 gegen 40 Stimmen für Lassalle. In dem Reste seiner Rede erörterte er hauptsächlich die politische Seite der Frage, und es ist glaubhaft genug, was ein Augen- und Ohrenzeuge berichtet, daß nämlich Frankfurter Turner, weniger von proletarischem Klassenbewußtsein, als von jugendlichem Enthusiasmus geleitet, den Erfolg gesichert haben.

Mit zündenden Worten führte Lassalle aus, daß gerade die politische Seite seiner Erhebung die Arbeiter nötigen müsse, ihr zuzujauchzen. „Sind Sie keine Demokraten — wozu rede ich zu Ihnen? Ich habe keine Lust und keinen Beruf, zu anderen zu sprechen, als zu Demokraten!" Die fortschrittliche Philisterbewegung könne keine Resultate haben, und wenn man Jahrhunderte, wenn man ganze geologische Erdperioden darauf warten wolle. Seitdem die Regierungen schlau genug gewesen seien, die materiellen Interessen der Bourgeoisie zu befriedigen, sei diese Klasse für die politische Freiheit nicht mehr ins Feuer zu bringen. Hinter der Reaktion ständen Klassen mit der höchsten Energie, die Nägel und Zähne daran setzten; hinter der politischen Freiheit stehe keine Klasse, stehe niemand als eine Handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen. Es sei das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt. Wer ihn beschuldige, der Reaktion zu dienen, der lüge bewußt und schmählich ins Gegenteil hinein! Nicht Reaktion befürchte die liberale Bourgeoisie von ihm, wie sie behaupte, sondern umgekehrt, sie fürchte, daß sich aus dieser Agitation im Laufe einiger Jahre das allerernsthafteste Gegenteil von Reaktion entwickeln werde. „Geben Sie mir 500000 deutsche Arbeiter, die in meinen Verein eintreten — und unsere Reaktion ist nicht mehr!" In diesem Zeichen gewann Lassalle den Frankfurter Tag.

In demselben Zeichen siegte er den Tag darauf in Mainz, wo sich eine Versammlung von 700 Arbeitern einstimmig für ihn erklärte.

---

9. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

Nun eilte Lassalle nach Leipzig, wo am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde. Lassalle soll gesagt haben, daß er ohne die Erfolge in Frankfurt und Mainz von seinem Unternehmen zurückgetreten sein würde, was immerhin nur mit dem bekannten Körnlein Salzes verstanden sein will. In Lassalles Art lag es nicht, so bald eine Fahne fallen zu lassen, die er einmal erhoben hatte, und gegenüber dem revolutionären Trotze, der sein ganzes Wesen durchdrang, fällt nicht eben schwer ins Gewicht, was er früher oder später in seiner leidenschaftlichen Weise und unter dem Drucke auf-

reibender Kämpfe, über die einzelnen antreibenden oder widerstrebenden Empfindungen gesagt haben mag, die ihn bei der entscheidenden Tat seines Lebens nicht sowohl geleitet als begleitet haben. Er wäre wohl auch ohne den Frankfurter Sieg auf der einmal betretenen Bahn vorwärts geschritten, und wie sehr ihn dieser Erfolg gehoben hat, so verkannte er deshalb nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die seiner noch harrten.

Die öffentliche Gründung des Vereins erfolgte im Pantheon. Vertreten waren elf Städte durch zwölf Delegierte: Leipzig durch Vahlteich, Dammer und Fritzsche, Hamburg durch Audorf und Perl, Harburg durch York, Köln und Düsseldorf durch Levy, Elberfeld, Barmen und Solingen durch Hillmann, Frankfurt a. M. durch Bernhard Becker und Heymann, Mainz durch den Uhrmacher Scheppler, und endlich traf während der Verhandlungen der Schuhmacher Lässig aus Dresden ein, wo die Sache erst wenige Anhänger hatte. Sonst waren noch einige hundert Leipziger Arbeiter zugegen, viel weniger, als zu den Arbeiterversammlungen im Odeon zusammengeströmt waren, die im Winter stattgefunden hatten. Darüber rissen die bürgerlichen Blätter wohlfeile Witze, ebenso über die Wahl des Lokals, das sie als „Pandämonium“ tauften. Doch erklärte sich die verhältnismäßig geringe Beteiligung der Leipziger Arbeiter hinlänglich dadurch, daß die Verhandlungen nicht am Abend, sondern am Nachmittage stattfanden.

Als Zweck des Vereins gab der erste Paragraph der Statuten an, auf friedlichem und gesetzlichem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zu wirken, als des einzigen Mittels, das eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeiführen könne.

Größere Schwierigkeit, als die Erklärung des Prinzips, machten die organisatorischen Bestimmungen der Statuten. Lassalle hatte mit Ziegler, auf dessen Organisationstalent er große Stücke hielt, den Plan einer allgemeinen Arbeiterversicherungsgesellschaft beraten, und auch, nachdem dieser Plan fallen gelassen worden war, für seinen politisch-sozialen Agitationsverein an den Grundgedanken des von Ziegler entworfenen Statuts festgehalten. So namentlich daran, den Verein nicht von vornherein in allzu enge Paragraphen zu schnüren, vielmehr seiner

Leitung möglichst freie Hand zu lassen und mindestens dem Vorsitzenden für eine längere Reihe von Jahren eine feste Stellung zu sichern. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß möglichst diktatorische Vollmachten für den ersten Präsidenten in der Natur der Sache lagen, gleichviel ob sie Lassalles persönlichen Neigungen entsprachen oder nicht. Selbst die Rücksicht auf die reaktionären Vereinsgesetze, die fast in allen deutschen Staaten bestanden und darin übereinstimmten, den Verkehr politischer Vereine untereinander zu verbieten, stand hierbei nicht einmal in erster Reihe, so sehr sie dadurch auf eine straffe Zentralisation hindrängte, daß keine Zweigvereine gebildet werden durften, sondern alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz dem in Leipzig domizilierten Verein unmittelbar angehören mußten.

Sieht man von alledem ab, so handelte es sich nicht darum, eine sozialistische Propagandagesellschaft, wie weiland den Bund der Kommunisten, sondern eine sozialistische Partei zu gründen, die einheitlich denken und schlagen, die so schnell wie möglich die Massen der Arbeiterklasse als geschlossene Scharen auf den politischen Kampfplatz werfen sollte. Das war, so wie die Dinge damals lagen, nicht anders zu erreichen, als durch die diktatorische Leitung eines Mannes, der die proletarischen Interessen mit überlegenem Blicke zu erkennen und zu vertreten verstand. Das beste Rekrutenmaterial, womit die neue Bewegung rechnen konnte, waren noch die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine, das heißt Arbeiter, die, seit Jahren an die leerste Vereinsspielerei gewöhnt, überhaupt erst zum Handeln und Schlagen erzogen werden mußten. Lassalle war gezwungen, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken, und es kam auch hier darauf an, in den besonderen Umständen zugleich dem bleibenden Kerne der Dinge gerecht zu werden, jenem demokratischen Geiste, der zu jeder proletarischen Bewegung gehört, wie die Lunge zum Atmen. So wie Lassalle den proletarischen Klassenkampf organisierte, gab er ihm die Kraft, verhältnismäßig leicht und schnell die vergängliche Form zu zerbrechen, worin er zuerst nur organisiert werden konnte. Niemand hat beredter als Lassalle die im modernen Proletariat schlummernde Kraft, sich selbst zu disziplinieren, zu erwecken gewußt. Es ist in erster Reihe sein Erbe, daß die Notwendigkeit einer festen Organisation in Fleisch und Blut der deutschen Arbeiterklasse übergegangen ist, daß eine solche Organisation in schwersten Zeiten ohne äußere Stütze zu funktionieren vermocht hat, und ein so

kostbares Erbe ist gewiß nicht zu teuer erkauft worden durch die zeitweiligen und alles in allem sehr vorübergehenden Wirren, die das allzu sklavische Kleben am Wortlaute von Lassalles Statuten hervorgerufen hat.

Diese Statuten bestimmten etwa folgendes: Jeder Arbeiter kann durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem gleichem Stimmrecht werden und zu jeder Zeit wieder austreten. In zweifelhaften Fällen entscheidet der Vorstand, ob jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei; auch hat der Vorstand das Recht, Nichtarbeiter in den Verein aufzunehmen oder anstößige Mitglieder auszuschließen, vorbehaltlich ihres Rekurses an die Generalversammlung. Beim Eintritte hat jedes Mitglied zwei Silbergroschen Eintrittsgeld zu entrichten, von da ab einen halben Silbergroschen wöchentlich. Der Vorstand besteht aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, darunter einem Kassierer und einem mit 400 Talern besoldeten Sekretär. Ihre Wahl erfolgt in der Generalversammlung; für den Präsidenten das erstemal auf fünf Jahre, sonst auf ein Jahr nach absoluter Majorität. Der Vorstand verwaltet die Angelegenheiten des Vereins und entscheidet mit einfacher Mehrheit, doch kann der Präsident dringliche Anordnungen sofort treffen mit dem Vorbehalte, innerhalb dreier Monate die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Eine Generalversammlung muß jährlich einmal stattfinden. Ort und Zeit bestimmt der Präsident, doch muß er jederzeit innerhalb sechs Wochen eine Generalversammlung einberufen, wenn die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämtlicher Vereinsmitglieder schriftlich darauf bei ihm anträgt. Ebenso setzt er Ort und Zeit der Vorstandssitzungen fest, muß sie aber innerhalb vier Wochen einberufen, wenn es die Majorität des Vorstandes verlangt. Der Kassierer ist verpflichtet, alle Ausgaben zu leisten, die der Präsident anweist, der seinerseits von jeder Kontrolle des Rechnungswesens ausgeschlossen ist. Die laufende Verwaltung führt der Sekretär des Vereins. An der Spitze der örtlichen Mitgliedschaften stehen Bevollmächtigte, die vom Vorstand ernannt werden. Der Vorstand ist befugt, sie jederzeit abzusetzen, der Präsident, sie vorläufig zu suspendieren. Ihre Obliegenheiten bestehen darin, Mitglieder aufzunehmen, Einschreibgelder und Beiträge an die Kasse abzuführen, an den Sekretär zu berichten, öffentliche Versammlungen der örtlichen Vereinsmitglieder einzuberufen und zu leiten. Die Dauer des Vereins wird auf dreißig

Jahre festgesetzt, Änderungen der Statuten sind erst nach dreijährigem Bestehen des Vereins zulässig und müssen dann mit mindestens Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung beschlossen werden.

Es ist klar, wie große Machtvollkommenheiten diese Bestimmungen in die Hand des Präsidenten legten. Die etwaige Einschränkung seiner Macht durch die 24 anderen Mitglieder des Vorstandes hatte wenig auf sich. Sie waren über ganz Deutschland verstreut und dadurch in ihrer Aktionsfähigkeit stark behindert. So ging von vornherein, als verstände es sich von selbst, die wichtige Befugnis, die Bevollmächtigten zu ernennen, vom Vorstande auf den Präsidenten über. Es ist aber bemerkenswert, daß sich bereits in der konstituierenden Versammlung eine demokratische Opposition gegen die allzu schrankenlose Präsidialgewalt erhob. Sie wurde besonders durch die Delegierten von Hamburg und Harburg vertreten, die Lassalle noch nicht persönlich kannten. Audorf beantragte, die erstmalige Wahl des Präsidenten nicht auf fünf, sondern nur auf drei Jahre zu erstrecken, und als dieser Antrag abgeworfen worden war, demonstrierte York durch einen unbeschriebenen Stimmzettel gegen die Wahl Lassalles zum Präsidenten, nicht aus persönlichem Mißtrauen gegen Lassalle, aber gereizt durch die taktlose Bemerkung Bernhard Beckers, es sei ja selbstverständlich, daß Lassalle das Präsidium erhalten müsse.

Lassalle nahm die Wahl unter zwei Bedingungen an: erstens sollte sie in den bei der Gründung vertretenen Städten durch Urabstimmung bestätigt werden, und zweitens sollte ihm das Recht zustehen, so oft und so lange er wolle, sich durch einen Vizepräsidenten vertreten zu lassen. Zum Kassierer wurde Levy, zum Schriftführer Vahlteich gewählt. Außer ihnen bildeten den Vorstand Dammer und Nieberley in Leipzig, Läßig in Dresden, Perl und Audorf in Hamburg, York in Harburg, der Zigarrenhändler Strauß in Frankfurt a. M., Scheppler in Mainz, der Schriftsetzer Kichniawy, ein alter Freund Lassalles, in Düsseldorf, Hillmann in Elberfeld und endlich Klings und Willms, zwei Schwertarbeiter in Solingen, die mit an der Spitze eines Arbeiterbildungs-, sowie eines Konsumvereins standen und beide Vereine zum Anschluß an Lassalles Agitation bewogen hatten. Die übrigen Stellen des Vorstandes wurden für neu hinzutretende Städte offen gehalten und dem Vorstande das Recht erteilt, sich aus solchen Städten durch einfache Mehrheit bis zur Zahl von 25 zu ergänzen. Auf diese Weise traten

dann noch der Rechtsanwalt Martiny in Kaukehmen und der Schuhmachergeselle Metzner in Berlin dem Vorstande bei.

Nachdem so der Verein gegründet worden war, entfalteten Lassalle in Berlin und Vahlteich in Leipzig eine lebhafte Tätigkeit für seine Ausbreitung. Zunächst wieder mit einem äußerlich sehr geringen Erfolge. Vahlteich versandte das Offene Antwortschreiben überallhin, wo sich die geringste Aussicht zu bieten schien, aber die mit vollen Händen ausgestreute Saat fiel fast überall auf einen spröden Boden. Die Unreife der Arbeitermasse und der Hochdruck, womit die Unternehmer sie der Agitation Lassalles fernhielten, bewirkten eine große Zurückhaltung des Proletariats. Am 19. Juni ernannte Lassalle 16 Bevollmächtigte: den 11 bei der Gründung vertretenen Städten, von denen Dresden kaum ein halbes Dutzend Mitglieder zählte und Mainz schon abzufallen begann, waren erst 5 neue hinzugetreten: Altena, Berlin, Breslau, Hildburghausen und Nürnberg. In Altena und Nürnberg gab es nur einen Bevollmächtigten, aber keine Mitglieder, ebenso in Breslau, wo der durch lange Festungshaft gebrochene Rothjung das Amt als Bevollmächtigter übernommen hatte. Hildburghausen mochte ein Dutzend Mitglieder zählen, und in Berlin bekundeten fast allein die Schuhmacher einige Sympathien. Wie das Vorstandsmitglied Metzner, so war auch der Berliner Bevollmächtigte Arndt ein Schuhmacher.

Mit der publizistischen Rüstung des Vereins sah es gleichfalls sehr windig aus. Unter den kleinen, im Todeskampfe ringenden Blättern, die sich zur Unterstützung anboten, war der Hamburger Nordstern als vorläufiges Vereinsorgan ausersehen und von Lassalle durch eine Geldspende gekräftigt worden. Das kleine Wochenblatt hatte bisher unter dem geistigen Einflusse Heinzens, Kinkels, Blinds und anderer, dem Sozialismus feindlicher Emigranten gestanden; es wurde, und zwar sehr schlecht, von Bruhn redigiert, jenem Verschwörer der dreißiger und vierziger Jahre, der seinerzeit aus dem Bunde der Kommunisten ausgestoßen worden war. Der Nordstern wurde nicht besser durch seinen Übergang zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, und das lärmende Orchester der Bourgeoispresse übertönte völlig dies dünne Flötchen, das nicht einmal in richtigem Takte geblasen wurde.

Lassalle selbst richtete sein Hauptaugenmerk darauf, möglichst viele bekannte und gebildete Männer für seine Agitation zu gewinnen. Er hat damit geringes Glück gehabt, und ohne Zweifel überschätzte er

einigermaßen den Wert solcher Rekruten. Schon vor dem Frankfurter Tage hatte er einen in die Öffentlichkeit gelangten Brief Hubers über die Krisis der Arbeiterbewegung in etwas krampfhafter Weise für seine Tendenzen auszulegen gesucht; er hatte damit dem Votum Hubers eine Bedeutung gegeben, die sich jetzt gegen ihn selbst kehrte, als Huber ein Schriftchen über die Arbeiter und ihre Ratgeber veröffentlichte, das sich ungleich schärfer gegen Lassalle als gegen Schulze wandte. Übrigens war Hubers Polemik gegen Lassalle sehr oberflächlich und zum Teile mit einer Leichtfertigkeit begründet, die ebenso groß war, wie die Anmaßung, womit sich Huber als Schiedsrichter über Lassalle und Schulze auftat. Er hätte im Grunde eine nicht viel gelindere Züchtigung verdient, als der armselige Wackernagel, den Lassalle eben jetzt für eine erneute Anzapfung mit derben Streichen heimtrieb.

Jedoch an Huber schrieb Lassalle, er müßte eigentlich „mit Härte" antworten, aber der Himmel möge ihn davor bewahren, wegen einer augenblicklichen, ihm zugefügten Ungerechtigkeit hart gegen jemanden zu verfahren, den er seit so manchen Jahren und aus so vielen Schriften achte und liebe, der so voll von Liebe und ehrlichem Wohlwollen für die Arbeiter, so uneigennützig und aufopferungsfähig sei, wie Huber. Lassalle versuchte, sich mit Huber zu verständigen, ihm das Phantom des sozialen Königtums als eine in der Theorie herrliche, aber in der Praxis unmögliche Sache darzulegen, Ausführungen, die später von Bismarcks Oberoffiziösem Hahn, einem alten Schulkameraden Lassalles, dahin verdreht worden sind, daß Lassalle ein Schwärmer für das soziale Königtum gewesen sei. Aber Huber war in seiner konservativen Gesinnung viel zu befangen, um sich von Lassalles Beredsamkeit überzeugen zu lassen, und wenn diese Befangenheit in ihrer Weise wenigstens ehrlich war, so hat Huber nach Lassalles Tode abermals ein Übriges getan und der „katilinarischen Natur", dem „mammonistischen Emporkömmling" einen unschönen Nachruf gewidmet. Persönlich schließt Lassalle in seinen Beziehungen zu Huber mit seiner Liebenswürdigkeit und Offenheit durchaus vorteilhaft ab, aber politisch war es ein vergebliches Bemühen, den christlich-sozialen Mohren weißzuwaschen.

Logischer konnte Lassalles Werben um die alten Demokraten von 1848 erscheinen. Wenn es von ihnen nur nicht geheißen hätte: Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben! Die wenigen, die Lassalle gewann, haben seine Erwartungen obendrein getäuscht. Martinys

Beitritt erschien ihm als ein „äußerst wichtiges Faktum“; er ließ den neuen Bekenner nicht nur in den Vorstand wählen, sondern ernannte ihn auch zum Generalbevollmächtigten für die Provinz Ostpreußen. Aber Martiny blieb ein General ohne Truppen. Ebenso Herwegh, den Lassalle zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz ernannte, wenn er ihn auch nicht in den Vorstand aufnahm. Mit Mühe und Not, nach halbjährigem Drängen, eiste Lassalle von Herwegh ein Bundeslied los, das bekannte Bet' und arbeit', eine keineswegs talentlose, aber allzu sklavische Nachahmung eines bekannten Gedichts von Shelley, die niemals recht populär in deutschen Arbeiterkreisen geworden ist, trotz einzelner, sehr packender Strophen. Einige Schuld daran mochte auch die schwer sangbare Melodie haben, die der Zukunftsmusiker Hans v. Bülow, ein persönlicher Freund Lassalles, dem Gedichte Herweghs gab.

Trotz alledem hatte Lassalles Bestreben, die gebildeten Elemente der Bourgeoisie an seine Agitation zu fesseln, eine sehr beachtenswerte Seite. Als Moses Heß mit einem Vortrage über die Rechte der Arbeit für die neue Bewegung eintrat und das Amt des Bevollmächtigten für Köln annahm, schrieb Lassalle: „Es ist gerade sehr gut und nötig, daß nicht alles allein von mir gesagt wird. Die Bewegung nimmt sonst vor Schafsköpfen die Gestalt einer bloßen Person an.“ Und bei allen Absagen hat Lassalle doch auch den Mann gefunden, der nach seinem plötzlichen Tode sein Werk fortsetzen konnte, glücklicher vielleicht, als er selbst es hätte fortführen können. Es war ein Advokat in Frankfurt a. M., Jean Baptist v. Schweitzer, ein junger Mann noch, der etwa dreißig Jahre zählte.

Schweitzer stammte aus einem alten Patriziergeschlechte Frankfurts. Er war im geistigen Banne Schopenhauers aufgewachsen, hatte aber bereits im Jahre 1861 eine umfangreiche Studie über den Zeitgeist und das Christentum veröffentlicht, worin er sich von Schopenhauers unhistorischem Quietismus lossagte und den großen Fragen der historischen Entwicklung zuwandte, noch nicht in irgend einem sozialistischen, aber doch in dem ideologisch-revolutionären Sinne eines Danton und Robespierre. Das Buch ist das Werk eines Jünglings und als solches in seiner Art bedeutend, in seinen Zielen noch unklar und deshalb nicht frei von einer gewissen Phrasenhaftigkeit, aber reich an treffenden Beobachtungen, die ebenso den Scharfsinn wie die Kenntnisse des Verfassers bezeugen. Gleichzeitig hatte sich Schweitzer der Agitation des

Nationalvereins zugewandt, beim Frankfurter Schützenfeste im Jahre 1862 die offizielle Festzeitung redigiert und sich auch sonst hervorgetan als Adjutant des Herzogs von Koburg, der damals mit reklamehaftem Gebaren die komische Rolle eines künftigen Kaisers von Deutschland spielte.

Bereits an diese Tätigkeit Schweitzers knüpfte sich das dunkle Gerücht, daß er Festgelder unterschlagen habe. Erwiesen worden ist es niemals und nicht einmal zu einer Zeit zu erweisen versucht worden, als die Bourgeoisie es sich viel hätte kosten lassen, Schweitzer moralisch tot zu machen, wenn es nur irgend möglich gewesen wäre. Man darf also annehmen, daß jenes Gerücht nur eine Quittung gewesen ist darüber, daß Schweitzer sich sehr bald über das hohle Treiben des Nationalvereins klar wurde. Einen härteren Stoß erhielt sein Ruf, als er bald nach dem Frankfurter Schützenfeste in Mannheim zu einer zweiwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses durch Verleitung eines jungen Menschen zu einer unzüchtigen Handlung. Die großbürgerliche Gesellschaft stieß ihn aus, wobei wieder die Annahme gerechtfertigt ist, daß Schweitzer mehr für seine demokratischen Gesinnungen als für seine geschlechtlichen Verirrungen hat büßen müssen: für solche Verirrungen pflegt gerade die großbürgerliche Gesellschaft bei sonst guter Gesinnung der Sünder einen sehr weiten Mantel der Liebe zu haben. Indessen aus idealeren Beweggründen wollten nun auch die demokratischen Turn- und Wehrvereine, in denen Schweitzer bisher großen Einfluß besessen hatte, nichts mehr von ihm wissen, und so war es sehr begreiflich, daß die Frankfurter Arbeiter ihn keineswegs willkommen hießen, als er sich an Lassalle anschloß und dessen Patenschaft für einen sozialen Roman erbat.

Lassalle zögerte keinen Augenblick, sich für Schweitzer und gegen die Frankfurter Arbeiter zu erklären. So offen er sich gegen Schweitzer über dessen „bedauerliche und für seinen Geschmack nicht begreifliche Liebhaberei" ausließ, so unumwunden er den Frankfurter Arbeitern die geschlechtliche Neigung Schweitzers als eine „unnatürliche Verirrung" zugab, so meinte er doch, daß sie mit der Überzeugungstreue und Redlichkeit, mit dem politischen Charakter eines Menschen nichts zu tun habe. Das griechische Altertum habe an der Knabenliebe nicht den geringsten Anstoß genommen, und die großen griechischen Denker hätten doch auch gewußt, was Sittlichkeit sei. Er sah in dem Widerstande

der Frankfurter Arbeiter gegen die politische Gemeinschaft mit Schweitzer einen schlagenden und sehr verdrießlichen Beweis dafür, wie tief der Deutsche noch in der Philisternachtmütze stecke und wie wenig er das Politische von dem Privaten zu trennen wisse. Lassalle nahm unbedenklich die Widmung von Schweitzers Roman: Luzinde oder Kapital und Arbeit an und war sehr entzückt, als der erste Band noch im Sommer 1863 erschien. Eine unbefangene Kritik wird sein begeistertes Urteil freilich nicht unterschreiben. Ästhetisch ist Schweitzers Roman ein formloses Ungetüm, eine ungeheuerliche Vermischung abenteuerlicher Romantik mit sozialpolitischen Erörterungen der Arbeiterfrage, breiten Auszügen aus Lassalles Agitationsschriften und historischen Schilderungen aus den französischen Revolutionskämpfen. Das Beste daran sind die satirischen Schilderungen des Lebens und Treibens im Nationalvereine, wie sie denn auch wohl in erster Reihe Lassalles günstiges Urteil hervorgerufen haben. Einzelne Bilder nach lebenden Vorlagen sind trefflich gelungen, so der liberale Bankier Itzinger, zu dem Sonnemann gesessen hat, doch als dichterische Komposition ist der Roman mißraten.

Inzwischen kam die Zeit für Lassalles Sommerreise heran. Am 27. Juni ernannte er durch eine öffentliche Bekanntmachung Dammer zum Vizepräsidenten und übertrug ihm für die Zeit seiner Abwesenheit die Leitung des Vereins. Die Ankündigung erregte den Spott der Gegner und verursachte auch manches Kopfschütteln unter den Anhängern Lassalles. Immerhin lag der Fehler mehr in der Form des Tagesbefehls, durch den Lassalle den „Arbeitern" seine „Abreise in die Bäder der Schweiz" ankündigte, als in der Reise selbst. Lassalles Gesundheit, schon seit Jahren wankend, war durch die schweren Arbeiten und Kämpfe des verflossenen Jahres tief erschüttert worden, und er bedurfte einer gründlichen Erfrischung für die schwereren Arbeiten und Kämpfe des kommenden Jahres. Zudem dachte Lassalle nicht daran, während der Muße die Hände in den Schoß zu legen; er nahm die Vorträge, die Schulze den Berliner Arbeitern gehalten und nunmehr als Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus durch den Druck veröffentlicht hatte, mit auf die Reise, um in ihrer kritischen Widerlegung einen theoretischen Kodex seiner Agitation zu schaffen.

Zunächst ging Lassalle in die Schweiz, wo ihn eine nicht unempfindliche Niederlage erwartete. Die Fortschrittspartei hatte den Plan ausgeführt, die ihr treugebliebenen Arbeiterbildungsvereine enger zusammen-

zufassen; im Juni 1863 war in Frankfurt a. M. der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet worden, unter Mitwirkung Bebels, Roßmäßlers, Eugen Richters und Hermann Beckers, der sich wie Bürgers vom Kommunisten zum harmlosen Selbsthilfler abgewandelt hatte. Es zeigte sich auf diesem Arbeitertage, daß die große Mehrzahl der deutschen Arbeitervereine noch im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwamm; in den Ausschuß des neuen Verbandes wurden nicht einmal Männer wie Bebel und Roßmäßler gewählt. Sonnemann und Max Hirsch spielten darin die erste Geige, und der Nationalverein spendete aus seiner Kasse einen klingenden Jahresbeitrag für die Verbandszwecke. Nun feierten 36 deutsche Arbeitervereine der Schweiz am 19. und 20. Juli ein Zentralfest in Zürich, auf dem auch die deutsche Arbeiterbewegung besprochen werden sollte. Einladungen waren sowohl an den Verband der deutschen Arbeitervereine als auch an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ergangen. Zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz war eben Herwegh ernannt worden, und es gehörte zu seinen Obliegenheiten, den Verein auf dem Züricher Zentralfeste zu vertreten, zumal da er in Zürich wohnte. Aber weder die freiwillig übernommene Pflicht, noch Lassalles dringende Bitten vermochten den trägen Mann, zu tun, was seines Amtes war. Er verschanzte sich hinter irgendwelche krähwinkelhaften Bedenken und ließ es lieber auf eine schwere Schädigung der Sache ankommen, als daß er seine heilige Person einem vielleicht rauhen Luftzuge ausgesetzt hätte. „Wir beide passen für diese kleinen Skandalgeschichten nicht, auf welche die ganze Arbeitersache hinausläuft", sagte sein Freund Rüstow, so erhaben wie heiter.

Flinker war Sonnemann, den der Verband der deutschen Arbeitervereine nach Zürich entsandte. Durch einen gehässigen Vortrag wußte er den schweizerischen Arbeitertag, der beiläufig unter dem Vorsitze des nun vollends zur Mumie vertrockneten Georg Fein tagte, zu einer scharfen Erklärung gegen Lassalles ökonomische Theorien zu veranlassen, und diese Erklärung wurde dann wieder von der deutschen Bourgeoispresse in gehässiger Weise gegen den angeblichen Reaktionär Lassalle ausgebeutet. Es war mit dem Züricher Tage ähnlich wie mit dem Frankfurter Tage: den schweizerischen Arbeitern standen die großindustriellen Verhältnisse noch zu fern, als daß sie sich für Lassalles soziale Ziele hätten erwärmen können, aber Lassalles politische Opposition gegen die Schläfrigkeit der bürgerlichen Opposition war ihnen durchaus sympathisch. Der

ehrliche Augen- und Ohrenzeuge Ladendorf schildert Sonnemanns Auftreten als „entschieden komisch", und das Komitee des Züricher Zentralfestes erließ in schweizerischen Blättern eine Erklärung, worin Herweghs Unterstellung, als sei von den schweizerischen Arbeitervereinen kein unparteiisches Urteil zu erwarten gewesen, ebenso scharf zurückgewiesen wurde wie die angebliche Übereinstimmung dieser Vereine mit Sonnemann. Die Vereine hätten sich nur gegen Lassalles volkswirtschaftliche Ansichten erklärt; ein Antrag zugunsten der Fortschrittspartei sei nicht einmal gestellt, geschweige denn angenommen worden. Die Gegner Lassalles seien für das, was sie an ihm verbrochen hätten, keineswegs geschont worden; die unerhörte Anmaßung, womit sie jede abweichende Meinung niederschrieen, sei nur geeignet, auch bei denen, die in der Sache selbst noch unentschieden seien, den letzten Rest von Sympathie zu zerstören. Aber von dieser Erklärung wurde in Deutschland nichts bekannt, und so blieb der üble Eindruck, daß die deutschen Arbeiter in der Schweiz von Lassalle nichts wissen wollten. Er selbst bewies dem Urheber des Unheils jene Nachsicht, die er für seine Freunde zu haben pflegte; in einem herzlichen Schreiben suchte er nur nochmals Herwegh aus dem träumerisch-tatlosen Nichtstun aufzurütteln, wenn auch ohne jeden Erfolg.

Vielleicht kam Lassalle leichter über die fatale Sache fort, weil die Entscheidung doch allein bei der Frage lag, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Deutschland selbst schnell zu einer großen Macht entwickeln werde. Er hatte schon vor seiner Abreise aus Deutschland an Vahlteich geschrieben: „Wir können nur durch große Massen marschieren. Eine Massenbewegung mit Nationalvereinszahlen wäre lächerlich. Wir müssen also siebenmal mehr haben als die Nationalvereinler. Sonst haben wir einen lächerlichen Schiffbruch erlitten." Er schrieb ihm dann wieder aus dem Engadin, als Vahlteich meldete, die Angelegenheiten gingen nach außen vortrefflich: „Darin scheint mir die Beschränkung zu liegen, daß sie nach innen — also in bezug auf die Mitgliederzahl — weniger gut gehen. Das wäre das Schlimmste! ... Wenn die Agitation nicht die Massen, den Arbeiterstand ergreift, so ist sie trotz alledem verloren. Wenn wir nicht spätestens nach Ablauf eines Jahres große Zahlen auflegen können, so sind wir ganz ohnmächtig, wie viel ideelle Siege wir auch noch erfechten möchten." Da die Gegner die Erfolge der Agitation noch überschätzten und von

zehntausend Mitgliedern sprachen, so wollte Vahlteich den Bevollmächtigten aufgeben, diese Zahl der Öffentlichkeit gegenüber festzuhalten, worauf Lassalle erwiderte: „Wenn die Arbeiter so sind, wie Sie sie schildern, so werden wir uns trotz aller meiner Anstrengungen blamieren. Das steht fest. Wir können unsere Bevollmächtigten keine Unwahrheiten sagen lassen. Wir dürfen nicht von zehntausend Mann sprechen, während wir vielleicht tausend haben. Man kann schweigen über diesen Punkt, aber lügen schickt sich für uns nicht". Dann aber schrieb Vahlteich Ende August, ein Vierteljahr nach der Gründung des Vereins, ganz entmutigt an Lassalle, der inzwischen nach Ostende übergesiedelt war; da der Verein nur etwa tausend Mitglieder zähle, so schlug Vahlteich vor, ihn aufzulösen oder auf andere Grundlagen zu stellen.

Diese Mitgliederzahl wäre ganz stattlich gewesen, wenn es sich um eine sozialistische Propagandagesellschaft gehandelt hätte; der Bund der Kommunisten hatte niemals so viele Mitglieder gehabt. Aber für eine politische Partei war sie sehr winzig; die Mitgliederzahl des National-vereins war nicht um das Siebenfache übertroffen, sondern nur etwa zum zwanzigsten Teile erreicht worden. Bitter genug antwortete Lassalle am 29. August: „Also zirka tausend Mitglieder in unserem ganzen Vereine! Das sind vorläufig die Früchte unserer Tätigkeit! Das die Erfolge davon, daß ich mir die Finger abgeschrieben und die Lunge herausgeredet habe! Nicht wahr, lieber Vahlteich, diese Apathie der Massen ist zum Verzweifeln! Solche Apathie bei einer Bewegung, die rein für sie, rein in ihrem Interesse stattfindet, und bei den in geistiger Beziehung immensen Agitationsmitteln, die schon aufgewendet worden sind und die bei einem Volke, wie dem französischen, schon Riesenresultate gehabt haben würden! Wann wird dies stumpfe Volk endlich seine Lethargie abschütteln!" Aber entmutigt war Lassalle dennoch nicht. „Den Verein auflösen, wie Sie sagen? Ganz un-möglich! Dazu ist die Zeit, die verflossen, viel zu kurz. Noch ist nicht einmal der Winter vorübergegangen. Dann wäre die Schande für unsere Nation und Partei viel zu groß. Man müßte sich ja die Augen aus dem Kopfe schämen! Endlich wäre es bei den gegen-wärtigen politischen Zuständen ein immenser Fehler! Während die Dinge stehen, wie sie jetzt stehen, werde ich das Schwert nicht weg-werfen. Zwar kann man sagen, daß bei nur tausend Mitgliedern das Schwert von Holz sei. Allein gleichviel, solange das Schwert in der

Scheide ist, sieht es infolge seines Griffes aus wie ein Schwert, und man hat schon mit weniger seine Gegner eingeschüchtert. Vor nächstem Frühjahr oder Sommer werde ich also keinenfalls, es gehe nun, wie es wolle, den Verein auflösen.“ Lassalle erwägt dann die Mittel, dem Verein aufzuhelfen, so namentlich eine persönliche Agitation am Rhein, und weist den Gedanken, sich gefangen zu geben, mit den Worten ab: „Da will ich mich noch dreimal in die Länge und in die Breite legen. Nur Mut!“

Was ihm selber den Mut aufrecht erhielt, war neben dem Vertrauen auf neue Mittel der Agitation die Entwicklung, welche die deutsche Politik im Sommer 1863 genommen hatte.

Zweites Kapitel.

Lassalles taktische Wendung.

Der Streit zwischen Bismarck und der Fortschrittspartei hatte sich von Januar bis Mai im preußischen Abgeordnetenhause mit ermüdender Langweiligkeit fortgesponnen. Je wirkungsloser sich das parlamentarische Reden erwies, um so mehr suchten sich die liberalen Kammerhelden mit großen Worten darüber hinwegzutäuschen. Die zahmsten Gothaer, wie Gneist, Simson, Sybel, erklärten Bismarck für einen Don Quixote, für einen Seiltänzer, für das Zerrbild eines wirklichen Staatsmannes, was alles nicht hinderte, daß der reaktionäre Minister in der äußeren und inneren Politik tat, was ihm beliebte. Schließlich verrannte man sich in einen parlamentarischen Etikettenstreit über die Frage, ob die Minister der Disziplinargewalt des Präsidenten unterständen, einen Streit, dem die Regierung durch die vorzeitige Schließung des Hauses am 27. Mai ein Ziel setzte.

Nun organisierte die Opposition große Feste, um ihren in uferloser Beredsamkeit erprobten Heldenmut abermals in uferloser Beredsamkeit zu feiern. Bismarck dagegen führte einen schweren Schlag gegen ihre Presse, indem er am 1. Juni eine Preßordonnanz erließ, die den Verwaltungsbehörden die Befugnis erteilte, das fernere Erscheinen inländischer Zeitungen wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung nach zweimaliger vorheriger Verwarnung zeitweise oder dauernd zu verbieten. Eine Ministerialinstruktion erläuterte diese Befugnis dahin, daß die Zeitungen über Regierungsmaßregeln nichts veröffentlichen dürften, was solche Maßregeln als ungesetzlich und verfassungswidrig kennzeichne. Überhaupt sollten Angriffe auf die innere oder äußere Politik der Regierung nicht geduldet werden, und nicht einmal eine Besprechung auswärtiger Zustände, sofern sich eine Kritik der preußischen Politik dahinter verberge. In solchen Fällen hätten die Verwaltungsbehörden ohne Zögern und rücksichtslos vorzugehen, und in der Tat erhielten sechs Berliner Zeitungen, die gegen die

Preßordonnanz als eine verfassungswidrige Maßregel protestierten, sofort die erste Verwarnung.

Damit war die Fortschrittspartei abermals vor die Wahl gestellt, ob sie der absolutistisch-feudalen Reaktion einen wirklichen Krieg machen oder es bei dem bisherigen wesenlosen Scheinkriege bewenden lassen wollte. In jenem Falle standen die Aussichten für sie günstig genug. Zwang sie ihren Gegner, mit der Preßordonnanz bitteren Ernst zu machen, so konnte sie ihn in unerträgliche Verlegenheiten stürzen. Es gab gar kein besseres Mittel, eine ungeheure Aufregung ins Land zu werfen und die materiellen Interessen der Bourgeoisie, die in hundertfacher Weise mit der bürgerlichen Presse verknotet sind, ins Feuer zu bringen. Die Zeitungen, die heute erschlagen wurden, konnten morgen unter neuem Namen wieder auferstehen und den Krieg mit verdoppelter Kraft fortführen. Bismarck mochte mit der Ordonnanz einzelne Kapitalisten verwunden, aber er mußte schließlich dem Kapital erliegen, das die frevle Antastung des heiligen Eigentums zu rächen entschlossen war. Gerade die Voraussicht, daß Bismarck nach dem Wiederzusammentritte des Landtags die verfassungswidrige Ordonnanz gegen den Widerspruch des Abgeordnetenhauses doch nicht aufrechterhalten könne und werde, trieb um so eher dazu an, die zweischneidige Waffe gegen die Brust ihres Urhebers zu kehren; um so geringeres Risiko lief das in den liberalen Zeitungen angelegte Kapital bei hartnäckigem Widerstande gegen die Ordonnanz. Alles das war vollkommen klar, vorausgesetzt, daß die Fortschrittspartei einen wirklichen Krieg wollte.

Sollte dagegen der Verfassungsstreit, wie bisher, so auch fortan nicht über die Grenzen einer parlamentarisch-publizistischen Katzbalgerei hinausgehen, dann freilich lag es im fortschrittlichen Interesse, dem Schlage auszuweichen, den Bismarck gegen die oppositionelle Presse führte. Dann galt es, sich zu ducken und auf die publizistische Opposition verzichten, bis der Landtag wieder zusammentrat und die Preßordonnanz vom Abgeordnetenhause beseitigt wurde. Indem die Fortschrittspartei sich für diesen Weg entschied, blieb sie in ihrer Weise konsequent, wie nicht bestritten werden kann, nur daß diese Weise niemals zum Siege führen konnte. Daneben gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß sie ihrer Kraft in diesem Falle mit noch größerem Rechte mißtraute als in anderen Fällen. Die bürgerliche Presse ist überhaupt unfähig, von einem gewissen Grade ihrer Entwicklung an

politische Kämpfe mit scharfen Waffen durchzufechten. Auf dem Boden der entwickelten kapitalistischen Konkurrenz kann keine Zeitung einen Krieg wagen, worin es Verwundete gibt, sicher wie sie sein darf, im Fall ihrer Verwundung sofort von den eigenen Kampfgenossen aufgefressen zu werden. Als die Volkszeitung es einige Jahrzehnte später auf ein zeitweiliges Verbot durch das Sozialistengesetz ankommen ließ, schälten die freisinnigen Konkurrenzblätter, allen voran der freisinnige Parteipapst Eugen Richter, der augenblicklich betäubten Kollegin gierig das Fleisch von den Knochen, natürlich unter fließenden Krokodilstränen über die an ihr verübte Gewalttat. Eben dies wäre das Schicksal jedes fortschrittlichen Blattes gewesen, das im Sommer 1863 gewagt hätte, der Preßordonnanz rücksichtslos die Zähne zu weisen.

Aus so berechtigter Sorge heraus erklärt sich denn auch, daß sich damals die Presse der Fortschrittspartei noch würdeloser benahm, als man es von ihrer parlamentarischen Vertretung gewöhnt war. Die Rheinische Zeitung fragte empört, wie man einem Zeitungsverleger zumuten könne, sein Kapital zu riskieren, während die Volkszeitung alle die königstreuen und vertrauensseligen Artikel, die sie seit Beginn der neuen Ära veröffentlicht hatte, in einem besonderen Bande herausgab, um ihre politische Harmlosigkeit schwarz auf weiß zu beweisen. Die Schrift erschien allerdings „als Manuskript gedruckt“, aber sie wurde dadurch nicht schöner, daß dies Übermaß loyaler Gesinnung dem profanen Leserkreise verborgen bleiben sollte. Sie war besonders für den Kronprinzen und die Kronprinzessin bestimmt, die zu den eifrigsten Lesern der Volkszeitung gehörten. Der Kronprinz hatte sich öffentlich gegen die Preßordonnanz erklärt, und die treuen Monarchisten der Bourgeoisie stürmten in die Harfen über die „so vielfach von Gott gesegnete Dynastie“, die nun einen Sproß nach ihrem Herzen zu treiben verspreche. Zu allem, woran die Fortschrittspartei schon krankte, begann damals der Krebsgang vor dem Kronprinzenliberalismus, der ein volles Vierteljahrhundert währte, bis der Krebs wirklich erschien und den Narrentanz, just da er an sein Ziel gelangt zu sein glaubte, zu einem Totentanz machte.

Während die fortschrittlichen Abgeordneten auf ihren Festen spektakelten und die fortschrittlichen Zeitungen unter der Fuchtel der Preßordonnanz schwiegen, tauchte plötzlich die deutsche Frage auf. Die österreichische Regierung hielt den preußischen Verfassungsstreit für einen geeigneten

Anlaß, sich die preußische Nebenbuhlerschaft in der Leitung der deutschen Dinge vom Halse zu schaffen. Der Kaiser von Österreich berief einen Kongreß der deutschen Fürsten nach Frankfurt a. M., um eine Bundesreform auf Grundlage des mit vollen Backen angepriesenen Föderativprinzips zu beraten, eines Prinzips, das tatsächlich auf die Verewigung des dynastischen Partikularismus und der habsburgischen Oberherrschaft hinauslief. Ein mit einfacher Mehrheit entscheidendes Bundesdirektorium sollte aus dem Kaiser von Österreich, dem Könige von Preußen und drei Mittel- oder Kleinfürsten, die Österreich von vornherein in der Tasche hatte, zusammengesetzt, eine Bundesversammlung von den parlamentarischen Vertretungen der Einzelstaaten gewählt werden. Es erübrigt, in die Einzelheiten der plumpen Intrigue einzugehen; ihr Zweck war einerseits die Majorisierung des preußischen Staates und andererseits die Mediatisierung der deutschen Nation.

Bismarck hatte es nicht schwer, den ungeschickten Schlag zu parieren. Er hielt den König dem Frankfurter Fürstenkongresse fern und erklärte trocken, bei den österreichischen Vorschlägen handle es sich um partikularistische Bestrebungen und nicht um die wahren Interessen der Nation. Eine Bürgschaft dieser Interessen könne nur eine wahre, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung geben. Nur eine solche Vertretung werde für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern habe, was nicht dem ganzen Deutschland zugute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Mechanismus von Bundesbehörden könne das Spiel und Widerspiel dynastisch-partikularistischer Interessen ausschließen, das sein Gegengewicht in der Nationalvertretung finden müsse. Die österreichische Regierung machte zu dieser Sprache des preußischen Kabinetts zwar die boshafte Bemerkung, nach den Erfahrungen der Revolutionsjahre sei es eine „gewagte Voraussetzung", daß sich der spezifisch preußische Standpunkt in einer aus direkten Wahlen hervorgegangenen Versammlung mit dem allgemeinen deutschen Standpunkte identifizieren würde, aber dieser Partherpfeil wurde auf der Flucht abgeschossen; mit aller „Gewagtheit" seiner Beweisführung hatte Bismarck die österreichische Diplomatie gründlich mattgesetzt und den Fürstenkongreß mitsamt der föderativen Bundesreform auf den historischen Kehrichthaufen spediert, wohin sie gehörten.

Viel ratloser als Bismarck stellte sich der Frankfurter Abgeordnetentag, eine von mehr als dreihundert Mitgliedern der deutschen Einzel-

landtage besuchte Versammlung, zu den österreichischen Plänen. Er biß zwar nicht unmittelbar darauf an, sondern erklärte, daß nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 rechtlichen Ausdruck gefunden habe, die volle Befriedigung der Nation zu hoffen sei. Aber er fügte hinzu, daß er der inneren Krisis und den äußeren Fragen gegenüber nicht in der Lage sei, zu Österreichs Entwurfe sich lediglich verneinend zu verhalten. Obendrein beging der Abgeordnetentag die Sottise, diese Resolution dem Fürstenkongresse zu überreichen; die deutschen Volksvertreter spielten die aufdringlichen Bittsteller bei jenem dynastischen Zwergdespotismus, der, seit Jahrhunderten der Fluch des deutschen Volkes, von Bismarck vor aller Welt gezaust wurde. Gewiß meinten sie es nicht ernsthaft mit dieser verschämten Huldigung, und nicht lange darauf verleugneten sie mit all ihrem Pathos den österreichischen Bundesreformplan. Aber um so kurzsichtiger war eine Diplomatie, welche die eigenen Grundsätze in den Schornstein hing, um Bismarck durch das Antichambrieren vor mittel- und kleinstaatlichen Potentaten zu ärgern. Bismarck war am wenigsten der Mann, sich um solche Nadelstiche viel zu kümmern. Er spielte vielmehr zum erstenmal die nationale gegen die konstitutionelle Frage aus und löste am 3. September das Abgeordnetenhaus auf, um die Wähler ihr Urteil fällen zu lassen über das Attentat des Frankfurter Fürstenkongresses auf die Machtstellung, die Unabhängigkeit und die Würde des preußischen Staats.

So hatten sich die deutschen Angelegenheiten im Sommer 1863 entwickelt. Der preußische Verfassungsstreit war vollständig versumpft, und die Unfähigkeit der Fortschrittspartei, irgend eine ernsthafte Frage zu ernsthaftem Austrage zu bringen, lag klar vor aller Welt Augen. Dagegen kam die nationale Frage ins Rollen, und ihr erstes Auftauchen hatte genügt, das reaktionäre Ministerium Bismarck auf einen sozusagen demokratischen Standpunkt zu drängen. Nicht zwar, als ob Lassalle den diplomatischen Schachzug Bismarcks höher eingeschätzt hätte, als er verdiente! Wohl aber glaubte er an die unwiderstehliche Logik der Tatsachen und seine eigene Kraft, dieser Logik zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Er hatte schon bei dem Erlaß seines Offenen Antwortschreibens die nationale Revolution mit in seine Rechnung gezogen. Damals schrieb er an Levy: „Es kann vorkommen, daß durch auswärtige Konstellationen,

zum Beispiel durch Krieg, eine nationalpolitische Revolution eintritt, und ich hoffe gar sehr auf diesen Fall und glaube an ihn: er wird eintreten, sei es etwas früher oder etwas später. Aber diese Revolution wird nur dann eine wirkliche, energische und vernünftige werden, wenn der Kern einer bewußten Arbeiterpartei schiebend hinter ihr steht. Wenn nicht, wird sie auch in politischer Beziehung in Schwachheit und Reaktion verlaufen. . . . Ein fester Kern einer Arbeiterpartei, einer bewußten, aus sozialen Gründen revolutionären Partei, vorwärts schiebend und drängend — das kann allein einer Revolution, die durch Krieg u. s. w. eintritt, auch in politisch=nationaler Hinsicht einen energischen fruchtbaren Verlauf sichern. Sonst wieder Verschwommenheit, Unklarheit und Reaktion." Den Kern einer Arbeiterpartei hatte Lassalle trotz alledem geschaffen. Lohnte es nun nicht, nachdem Bismarck gern oder ungern auf das Programm eines aus direkten Volkswahlen hervorgehenden Parlaments gedrängt worden war, ihn vorwärts zu schieben, ihm das allgemeine Wahlrecht zu entreißen, das von der Fortschrittspartei nimmermehr zu haben war, um so dem Proletariat die Waffe zu erobern, die seine Klasseninteressen befriedigen konnte?

Diese taktische Wendung vollzog Lassalle im Herbste 1863. Ihre moralisch=politische Berechtigung unterliegt an und für sich keinem Zweifel. In den Tagen ihrer Kindheit sind revolutionäre Arbeiterparteien oft darauf angewiesen, die inneren Spaltungen der herrschenden Klassen für ihre Zwecke auszunützen; wie häufig hatten die Chartisten die Tories gegen die Whigs, und die Whigs gegen die Tories ausgespielt! Ja, die Politik der Fortschrittspartei machte Lassalles taktische Wendung ganz unabweisbar. Diese Partei hatte die Bundesgenossenschaft Lassalles und der Arbeiter wieder und wieder verschmäht: sie schlug mit geballten Fäusten auf die bescheidensten Forderungen des Proletariats ein; sie setzte den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter jenen trotzigen und zähen Widerstand entgegen, den sie den ausschweifendsten Zumutungen der Reaktion langmütig versagte. Es stand jeden Augenblick bei der Fortschrittspartei, durch eine kräftige und umsichtige Politik, auch nur von ihrem bürgerlichen Standpunkte aus, die Sympathie der Arbeiter wieder zu gewinnen. Zog sie es dagegen vor, immer tiefer in dem Sumpfe politischer Bedeutungslosigkeit zu versinken, dann hatte sie kein Recht, zu verlangen, daß sich die Arbeiter mit in diesen Sumpf reißen lassen sollten.

Gewiß ist das Recht einer Taktik, wie sie Lassalle einschlug, daran gebunden, daß eine revolutionäre Arbeiterpartei die inneren Zwiste der herrschenden Klassen mit überlegener Kraft für sich ausnützt, daß sie mit anderen Worten ihre Unterdrücker foppt, aber sich nicht von ihnen foppen läßt. So schrieb die Gräfin Hatzfeldt in Lassalles Sinne: „Es liegt ein förmlicher Abgrund zwischen folgenden zwei Sachen: für seine Gegner zu arbeiten, verdeckt oder unverdeckt, oder wie ein großer Politiker den Augenblick zu erfassen, um von den Fehlern der Gegner zu profitieren, einen Feind durch den anderen aufreiben zu lassen, sie auf eine abschüssige Bahn zu drängen, und die dem Zwecke günstige Konjunktur, sie möge hervorgebracht werden von wem sie wolle, zu benützen." Ähnlich schrieb Johann Philipp Becker, der in Lassalles letzten Lebenstagen viel mit ihm verkehrt hat und sich in Prinzipienfragen nicht leicht ein X für ein U machen ließ: „Lassalle war in seiner Taktik ein kecker, kühner Akrobat, der bei der festen Zuversicht auf eigene Kraft und Gewandtheit ganz gefahrlos einen Sprung bis an den äußersten Rand eines Abgrundes wagen durfte, denn mit einem Satze stand er stets wieder mitten in seinem befestigten Lager. Er wußte zu überraschen und zu imponieren, er warf der Reaktion zuweilen einen alten Knochen hin, um ihr, während sie sich die Zähne daran ausbiß, desto gründlicher das Fell zu gerben." Lassalle hat stets darauf gehalten, die revolutionäre Arbeiterklasse als dritte selbständige und überlegene Macht neben und über das Junkertum wie die Bourgeoisie zu stellen; für ihre Prinzipien will er die Könige und Bischöfe zwingen, Zeugnis abzulegen; als er in seinem späteren Hochverratsprozesse darzulegen beabsichtigte, er werde der intellektuelle Urheber sein, wenn Bismarck das allgemeine Wahlrecht oktroyiere, verschmähte er Buchers vorsichtigen Rat, statt des „intellektuellen Urhebers" einen „Herold" oder „Propheten" zu setzen, um Bismarck nicht kopfscheu zu machen.

Nicht gegen Lassalles taktische Wendung und auch nicht gegen den Geist, worin er sie vollzog, wohl aber gegen seine persönliche Befähigung für die praktische Handhabung dieser Taktik läßt sich manches einwenden. Lassalle stand am reinsten und schönsten da, wenn er sich kühn in seines eigenen Banners Farben hüllte. Dann traten seine Vorzüge hell hervor und seine Fehler verblaßten. Er kennzeichnete sein innerstes Wesen, als er am Vorabend seines Todes schrieb: „Ohne höchste Macht läßt sich nichts machen, zum Kinderspiele aber bin ich zu alt und zu

groß. . . . Die Ereignisse werden sich, fürchte ich, langsam, langsam entwickeln, und meine glühende Seele hat an diesen Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen keinen Spaß." Vom Herbste 1863 an rechnete Lassalle mit der Langsamkeit, mit den Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen der historischen Entwicklung, und er konnte seine glühende Seele, seine tiefen Leidenschaften nicht immer zu der kühlen und ruhigen Überlegung bändigen, die seine Taktik in erster Reihe erforderte. Dazu kamen die nervöse Überreizung, die körperliche Ermattung, die ihn im währenden und immer wachsenden Kampf ergriffen.

So traten seine Fehler stärker, seine Vorzüge schwächer hervor. Das Ende seiner Agitation besaß nicht mehr die ursprüngliche Frische und Kraft ihrer Anfänge. Wohl flammte das Feuer seines Geistes noch manchmal auf, strahlender fast als in den besten Tagen seiner Vergangenheit, aber es kamen dann auch wieder Zeiten, in denen es mehr qualmte und rauchte, als leuchtete und wärmte.

---

1. Die rheinische Heerschau und der Sturm auf Berlin.

Am 20. September hielt Lassalle in Barmen, am 27. in Solingen und am 28. in Düsseldorf die geplante Heerschau über die rheinischen Arbeiter. Er hatte die Rede, die er an sie richtete, auf einsamen Spaziergängen am Meeresstrande entworfen. Sie beschäftigte sich mit den Festen, der Presse und dem Frankfurter Abgeordnetentage, als drei Symptomen des öffentlichen Geistes.

Lassalle knüpfte darin an den politischen Ursprung seiner Agitation an, an die Erhebung gegen die bürgerliche Kopflosigkeit, die in jenen drei Symptomen eine neue Bestätigung erhalten hatte. Was die Feste der Fortschrittspartei und ihre Presse anbetraf, so war es ganz richtig, daß wenn die Bourgeoisie den Bären waschen wollte, ohne den Pelz naß zu machen, die Art, wie sie ihre Feste feierte, und die Art, wie sich ihre Presse unter die Preßordonnanz duckte, in vollkommenem Einklange mit ihrer ganzen Politik standen. Verwarf aber Lassalle diese Politik als feige und hilflos, so war er auch in seinem logischen Rechte, wenn er seinen ätzenden Spott über die fortschrittlichen Feste und die fortschrittliche Presse ergoß.

Die Berechtigung politischer Oppositionsfeste hängt ganz von dem Wesen der Opposition ab, die sie feiert. Sind sie Begleiterscheinungen

einer Politik, die zu handeln und zu schlagen weiß — im Sinne des Goetheschen Wortes: Tages Arbeit, Abends Gäste, Saure Wochen, Frohe Feste —, so sind sie wirksame Agitationsmittel, deren Berechtigung außer Zweifel steht. Sollen sie aber die politische Arbeit ersetzen, sollen sie durch lärmende Toaste über den gänzlichen Mangel an Tatkraft hinwegtäuschen, so sind sie Depravationsmittel, die nicht scharf genug verurteilt werden können. Das Kölner Abgeordnetenfest von 1865 sollte bestätigen, daß Lassalle dem Kölner Abgeordnetenfeste von 1863 mit keiner Silbe zu viel getan hatte.

Anfechtbarer war in gewisser Beziehung Lassalles Polemik gegen die fortschrittliche und überhaupt die bürgerliche Presse. Zwar hieße es Mücken seigen und Kameele verschlucken, wenn man ein großes Gewicht auf das sozusagen konkrete Unrecht legen wollte, das Lassalle dieser Presse in seiner Heerschaurede antat, so etwa auf das allzu harte Urteil, das er über einen in mancher Beziehung verdienten Mann, wie Bernstein von der Volkszeitung fällte. Nimmt man all dies Unrecht zusammen, so erreicht es noch nicht den zehnten Teil des Unrechts, das Lassalle von der bürgerlichen Presse und namentlich auch von Bernstein zu befahren gehabt hatte. Er beanspruchte durchaus nicht, zu den christlichen Duldern zu gehören, die auch noch die linke Wange hinhalten, wenn sie auf die rechte Wange geschlagen worden sind, und er hätte kein Mensch von Fleisch und Blut sein müssen, wenn er in der Abwehr unglaublicher Beschimpfungen immer die objektiv richtige Grenze hätte einhalten sollen. Zudem konnte er sich darauf berufen, daß sein abfälliges Urteil über die bürgerliche Presse nicht erst durch die ihm zugefügten Kränkungen hervorgerufen worden sei, sondern daß er ihre Krebsschäden schon in seiner Schrift gegen Julian Schmidt gegeißelt habe.

Wohl aber faßte er diese Schäden zu einseitig auf, indem er die Presse als die ausschließliche Trägerin der geistigen Korruption brandmarkte, die von der kapitalistischen Gesellschaft unzertrennlich ist. Gewiß ist die bürgerliche Presse eine „industrielle Kapitalanlage und Spekulation", aber als Werkzeug zur Verwüstung des Volksgeistes steht sie nicht allein und unter Umständen nicht einmal in erster Reihe. Die Bourgeoisie hat nicht nur den Zeitungsschreiber, sondern auch, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, „den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt". Die Gelehrten, die Lassalle in der Heerschau-

rede und auch sonst gegen die Presse ausspielt, sind als Klasse in derselben oder auch in einer noch ärgeren Verdammnis, als das „geistige Proletariat" der Zeitungspresse. Die Zeiten sollten kommen, wo bezopfte Professoren, im Lande umherhausierend mit Bismarcks Massenplünderungsplänen, den verhältnismäßig berechtigten Widerstand der industriell-kapitalistischen Zeitungen mit Lassalles Scheltworten über die liberale Presse niederschlagen wollten.

Auch war es zu einseitig geurteilt, wenn Lassalle hauptsächlich im Inseratenwesen den Ursprung der bürgerlichen Preßkorruption fand. Eine Presse, die im Boden der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt, muß kapitalistisch verseuchen, gleichviel ob sie Inserate bringt oder nicht. Doch handelte es sich hierbei mehr um eine theoretische Einseitigkeit. Für die deutsche Presse, auf die es zunächst ankam, ist allerdings das Inseratenwesen der Weg in den Abgrund gewesen. Es waren Inseratenbureaus, die bald nach Lassalles Tode jene völlig gesinnungslose Geschäftspresse zu gründen begannen, die wie ein Ölfleck um sich fraß und noch tief unter der von Lassalle gegeißelten Presse der sechziger Jahre stand. Ferner aber ist Lassalles Vorschlag, das Inseratenwesen von Staats wegen abzulösen und dadurch die Presse ihrem wirklichen Beruf zurückzugeben, ein durchaus räsonabler Gedanke, gewiß nicht für den heutigen Staat, aber wohl für den sozialdemokratischen Staat, auf den sich Lassalle allein bezog, für die Zeit, wo das Proletariat die politische Herrschaft erobert hat und die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft überleitet.

Das Schwergewicht der Heerschaurede lag in ihrem dritten Abschnitt, in der Kritik des Frankfurter Abgeordnetentages. Lassalle kennzeichnete die Reichsverfassung von 1849 als eine reaktionäre Utopie, die niemals zum Banner des Proletariats werden könne. Aber er fügte hinzu, daß die Fortschrittler und Nationalvereinler, wenn sie einmal dies Banner erwählt hätten, sich nicht lächerlich machen dürften durch die Inkonsequenz, den österreichischen Bundesreformplan „nicht lediglich verneinend" zu behandeln. „Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um — Herrn v. Bismarck bange zu machen. Sie hoffen ihn einzuschüchtern durch Kokettieren mit den deutschen Fürsten. Das sind die Mittel dieser Ärmsten! Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind — alte Weiber! Und noch

niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert, wenn sie nach anderen Seiten hin liebäugelten.“ So habe Bismarck den Fortschrittlern denn auch bereits durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses geantwortet.

Die Stellung der Arbeiter zu den bevorstehenden Wahlen präzisierte Lassalle dahin, daß die Arbeiter kein prinzipielles Interesse an ihrem Ausfalle hätten. Das allgemeine Wahlrecht bestehe noch nicht oder nicht mehr, und die preußische Verfassung habe noch keinen Tag rechtlichen Daseins gehabt. Sie beruhe auf einer Reihe von Rechtsbrüchen, wodurch die Krone die Aprilgesetze von 1848 beseitigt habe. Die auf sie geleisteten Eide seien nichtig, wie ein am Altar geleisteter Eid nichtig sei, wenn irgend ein Rechtsgrund die beschworene Ehe vernichte. Seit der Revisionskammer von 1849 habe es noch keine gesetzliche Vertretung in Preußen gegeben; die preußischen Kammern seien illegale Usurpatorenhaufen. Freilich hätten die liberalen Kammerhelden auch in ungesetzlichen Kammern zusammentreten können, um das, was dem Volke nun einmal an Rechten geblieben war, als eine Waffe zur Wiedererlangung weiterer Volksrechte zu verwenden. Aber dann hätten sie jede Kammersession damit eröffnen müssen, zuvörderst ihre eigene illegale Existenz zu konstatieren und den noch ungesühnten Schatten des Volksrechtes heraufzubeschwören.

Somit hätten die Arbeiter weder am Gegenstande des Kampfes, der preußischen Verfassung, ein prinzipielles Interesse, noch auch hätten sie ein solches Interesse an den Kämpfenden, die ihnen, Reaktionäre wie Fortschrittler, gleich fremd seien. Wohl aber hätten sie ein sehr großes taktisches Interesse daran, daß der Kampf zwischen Fortschrittspartei und Reaktion fortdauere, und deshalb sollten sie überall, wo der Sieg der Fortschrittspartei nicht unbedingt feststehe, ihre Stimme zugunsten dieser Partei als des schwächeren Teils abgeben. Die Fortdauer des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschrittspartei liege im Interesse der Arbeiter, nicht damit einer den anderen, sondern, wie Hutten gesagt habe, als Luther sich gegen den Papst erhob, damit sie sich gegenseitig untereinander auffräßen und verschlängen.

An den Reden, die Bennigsen und Schulze-Delitzsch auf dem Frankfurter Abgeordnetentag gehalten hatten, legte Lassalle dann noch dar, daß die Bourgeoisie feierlich erkläre, keine Revolution zu wollen, daß sie unaufhörlich damit drohe, sich vom Kampfplatze zurückzuziehen, wenn die Arbeiter eine selbständige Klassenpolitik zu treiben wagten, daß sie

niemals darein willigen werde, die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und daß sie lieber noch auf die eigene politische Freiheit verzichten, als den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht gönnen werde. Er verpflichtete die Arbeiter, wenn jemals der Umschwung käme, „sei es auf diesem oder jenem Wege“, es den Fortschrittlern und Nationalvereinlern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblick erklärt hätten, sie wollten keine Revolution.

Mit diesen Worten sagte Lassalle den Arbeitern, daß sich die Bourgeoisie ihnen ebenso feindlich gegenüberstelle wie die Reaktion, daß ihr Interesse die gegenseitige Aufreibung dieser Parteien und die Ausnutzung aller Vorteile sei, die sich ihnen aus dem Streite zwischen den herrschenden Klassen ergeben könnten. Käme der Umschwung „auf diesem oder jenem Wege“: eroberten sich die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht aus eigener Kraft oder oktroyierte es Bismarck durch einen Staatsstreich, in keinem Falle hätten sich die Arbeiter um die Cliqueninteressen einer Bourgeoisie zu kümmern, die ein für allemal nichts vom allgemeinen Wahlrecht wissen wolle.

Irgend einen prinzipiellen Standpunkt seiner Vergangenheit verleugnete Lassalle nicht mit den Ausführungen, durch die er seine taktische Wendung begründete. Die Reichsverfassung von 1849 hatte er bereits in seiner Schrift über den italienischen Krieg als eine reaktionäre Utopie gekennzeichnet. Und bereits in seinem Aufsatze über Fichtes politisches Testament hatte er gesagt: „Neben dem großen Gegensatz von Föderation und Volkseinheit sinkt sogar der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik zu einem relativ unbedeutenden herab, und wir glauben ganz ernsthaft, daß selbst diejenigen, welche ein erbliches, monarchisches, einiges deutsches Kaisertum mit gänzlicher Kassierung der 35 Untersouveränetäten wollen, und sei es auch mit allen Schnörkeln, Quasten und Sentimentalitäten der Burschenschaftszeit, doch immer noch auf einer viel höheren Stufe der Intelligenz und politischen Wahrheit stehen als unsere Föderativrepublikaner.“ Im Anschluß an Fichte faßte Lassalle den Föderalismus zwar als ideologisches Prinzip auf; er spielte in der Heerschaurede den amerikanischen Bürgerkrieg gegen den Föderalismus aus und übersah dabei, daß politische Staatsformen im letzten Grunde durch die ökonomischen Zustände bestimmt werden, woraus sie erwachsen, daß also der Föderalismus je nach der Lage dieser Zustände ebenso gut eine vernünftige wie eine unvernünftige Staatsform sein kann.

Aber das war wieder eine rein theoretische Einseitigkeit; gerade in Deutschland sperrten sich die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung gegen den Föderalismus, wie schon Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung nachgewiesen hatte, und Lassalle blieb durchaus sich selbst getreu, wenn er das Liebäugeln der Nationalvereinler mit der österreichisch-partikularistischen Bundesreform geißelte, als ein Liebäugeln mit dem denkbar reaktionärsten und verrottetsten Standpunkte, den es in der nationalen Frage überhaupt geben konnte.

Es war nun einmal eine Tatsache, daß Bismarck die „föderalistische Intrigue" des Frankfurter Fürstenkongresses geschickter und logischer abgeschlagen hatte als die Fortschrittspartei, und der drastische Vergleich, den Lassalle zwischen dem Manne und den alten Weibern zog, war sachlich ganz zutreffend. Taktisch wäre er nur dann unpassend gewesen, wenn die Fortschrittspartei sonst einen ernsthaften Krieg mit Bismarck geführt hätte. Aber das tat sie eben nicht. Mit seinen Ausführungen über den Wert der preußischen Verfassung blieb Lassalle vollständig auf dem Boden seiner früheren Verfassungsreden. Er nahm auch jetzt kein Blatt vor den Mund, um die Rechtsbrüche der preußischen Krone beim richtigen Namen zu nennen, und was er der Fortschrittspartei sagte, hätte sie sich selbst sagen müssen, wenn sie den Kampf um das Budgetrecht siegreich durchführen wollte.

Hielt sich also die Heerschaurede in den Grenzen einer taktischen Wendung, so führte sie doch zu einem Zwischenfalle, bei dem Lassalle die Grenzen des politischen Taktes überschritt. Die rheinischen Arbeiter enttäuschten seine Hoffnungen nicht; sie empfingen den alten Genossen der Revolutions- und den treuen Freund der Reaktionsjahre mit hellem Jubel. In Barmen sprach Lassalle vor zwei- bis dreitausend Arbeitern. Der Versuch liberaler Fabrikanten und ihrer Helfershelfer, die Versammlung durch Tumult zu stören, mißlang vollständig. Die Störenfriede wurden blitzschnell an die Luft gesetzt, wobei, wie es in Vahlteichs Berichte heißt, mehrere geschwungene Stühle und geworfene Bierseidel ihren Rückzug beschleunigten.

Die Versammlung machte einen tiefen Eindruck auf Albert Lange, der darüber an die Süddeutsche Zeitung in Frankfurt berichtete. In dem anonym veröffentlichten, aber unzweifelhaft von Lange verfaßten Schreiben heißt es, die fade Behauptung, daß Lassalle ein Werkzeug und nun gar ein blindes Werkzeug der Reaktion sei, brauche nicht erst

widerlegt zu werden. Die Reaktion arbeite ihm in die Hände, aber er nicht ihr. Die Zahl seiner Anhänger sei in beständigem Wachstum und ebenso ihr Fanatismus. Die Art und Weise dieser Jüngerschaft sei ein ganz anderes Wesen, als die stille und harmlose Anhänglichkeit der Genossenschaftsmitglieder an Schulze-Delitzsch. Die in Barmen auf die abziehenden Fortschrittsleute geworfenen Bierseidel seien nicht die Waffen gewöhnlicher Roheit gewesen, und in Solingen, dessen Arbeiterbevölkerung von jeher einen aufbrausenden Charakter gehabt habe, mache man sich auf ganz ähnliche Dinge gefaßt. Es sei keine eitle Überhebung, wenn Lassalle sein Auftreten als eine Heerschau bezeichnet habe. Ob jemals ein Heer von Schützen und Turnern für die Verfassung ins Feld rücken werde, möge fraglich sein, aber sicher sei, daß ein Lassallesches Arbeiterheer, wenn man die Dinge so weit kommen lasse, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim alten lassen werde, am wenigsten Szepter, Krone, Stern und andere Spielsachen.

Vorläufig bestätigte sich Langes Vorhersage, daß sich die Barmer Vorgänge in Solingen wiederholen und noch verstärken würden. Tausende von rheinischen Arbeitern strömten nach Solingen, um Lassalle zu hören. Der riesige Saal der Schützenburg war zum Ersticken gefüllt, und vor seinen Türen drängten sich noch dichte Massen. Versuche von Fortschrittlern, Lassalle zu unterbrechen, nachdem er kaum zu sprechen begonnen, wurden wieder im Keime erstickt, jedoch ließen sich einige empörte Arbeiter dazu hinreißen, einzelne der hinausexpedierten Tumultuanten mit Messerstichen zu verletzen. Als Lassalle eine halbe Stunde gesprochen hatte, erschien der Bürgermeister von Solingen mit einem Dutzend bewaffneter Polizisten und löste die Versammlung auf, unter Berufung auf die Verwundungen der fortschrittlichen Spektakelmacher. Lassalle eilte nun, umdrängt von Gendarmen und umgeben von einer nach Tausenden zählenden Arbeitermasse, die ein jubelndes Hoch nach dem andern auf ihn ausbrachte, auf das Telegraphenamt, wo er eine Depesche an Bismarck aufgab, die den Ministerpräsidenten um „strengste, schleunigste, gesetzliche Genugtuung" bat gegenüber dem „fortschrittlichen Bürgermeister", der die Versammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst habe.

Dies Telegramm war ein schwerer Fehler Lassalles. Man verklagt den Teufel nicht bei seiner Großmutter. Am wenigsten durfte ein

Revolutionär einen Träger der feudalen Reaktion, die seit einem halben Menschenalter das Vereins- und Versammlungsrecht aufs schmählichste mißhandelt hatte und noch immer mißhandelte, um Sühne für eine Verletzung dieses Rechtes angehen, mochte sie ein Fortschrittler oder sonst wer verschuldet haben. Bismarck gab natürlich die erbetene Genugtuung nicht; weit entfernt, einen liberalen Bureaukraten zu verleugnen, der eine polizeiliche Willkür begeht, wird ihn die feudale Bureaukratie vielmehr stets als bekehrten Sünder dreimal willkommen heißen. Wenn es den Menschen Lassalle bis zu einem gewissen Grade entschuldigt, daß er, bis aufs Blut gereizt durch die Fortschrittspartei, die unbesonnene Handlung beging, so durfte der Politiker Lassalle um so weniger die Geschäfte seiner Todfeinde besorgen. Die Fortschrittspartei besaß endlich ein Blatt Papier, womit sie einen scheinbaren Beweis für Lassalles Bündnis mit Bismarck führen konnte.

Lassalle selbst sollte bald genug die peinlichen Folgen seines Fehlers empfinden. Nach der Solinger Versammlung sprach er noch ungestört in Düsseldorf, mußte dann aber wegen gänzlicher Erschöpfung seiner Stimmmittel die Absicht aufgeben, auch seine Hamburger Anhänger zu begrüßen. Am 7. Oktober traf er wieder in Berlin ein und sah nun mit Recht seine wichtigste Aufgabe darin, diese Stadt zu erobern. Er begann den Sturm auf Berlin mit einer Ansprache an die Berliner Arbeiter, die er in 16 000 Exemplaren verbreiten ließ.

Die Fortschrittspartei hatte zunächst beabsichtigt, Lassalles rheinische Erfolge totzuschweigen; der ehemalige Kommunist Becker bearbeitete in diesem Sinne Wilhelm Hasenclever, einen Lohgerbergesellen, der sich zum Redakteur eines bürgerlich-demokratischen Blättchens in Hagen emporgearbeitet hatte. Als es dann doch mit dem Totschweigen nicht ging, hatten fortschrittliche Blätter, gleichsam als wollten sie bestätigen, daß ihnen in der Heerschaurede nicht zu viel getan sei, das Märlein verbreitet, Lassalle habe in Solingen durch die Polizisten vor der Wut der über seine Demagogie entrüsteten Arbeiter geschützt werden müssen. Besonders die Volkszeitung und die Berliner Reform, die in den Berliner Arbeiterkreisen gelesensten Blätter, gefielen sich in diesem Humbug. Hiervon ging Lassalle aus, um den Berliner Arbeitern zu zeigen, in wie beispielloser Weise sie von der fortschrittlichen Presse getäuscht würden. Er benutzte Langes Brief an die Süddeutsche Zeitung zum Beweise dafür, daß die Fortschrittler, wo sie unter sich seien, die

Wahrheit aussprächen und den revolutionären Charakter seiner Agitation hervorhöben. Er führte abermals aus, daß die Fortschrittler ihn haßten, nicht weil sie Reaktion, sondern weil sie Revolution von ihm erwarteten. Er nannte das Eintreten für die preußische Verfassung reaktionär, dagegen das Eintreten für das allgemeine Wahlrecht revolutionär. Er verhöhnte die fortschrittlichen Windfahnen, die inzwischen den auf dem Frankfurter Abgeordnetentage begangenen Fehler erkannt hatten und die österreichisch-partikularistische Bundesreform fanatisch verleugneten. Lassalle fragte, was die Arbeiter mit Männern anfangen wollten, die im August schwarzgelb und im Oktober schwarzweiß einhergingen, die in den wichtigsten nationalen Fragen nicht wüßten, was sie wollten und also noch viel weniger den Arbeitern sagen könnten, was diese wollen sollten?

Mit besonderer Schärfe protestierte Lassalle dagegen, daß er eine Staatshilfe vom Staate verlange. Er brach im voraus den Stab über Bismarcks spätere „Sozialreform", indem er den Gedanken weit von sich wies, daß die Arbeiter vom Staate pensioniert werden und um eines Almosens willen ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit preisgeben sollten. Er verlange nicht mehr und nicht weniger, als daß der zukünftige, der durch die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts wiedergeborene demokratische Staat durch eine ihm sehr leicht fallende Kreditoperation den Arbeitern die Kapitalvorschüsse verschaffe, die sie für die Bildung von Produktivgenossenschaften gebrauchten. Diese Staatshilfe sei kein Gegensatz zur Selbsthilfe, sie sei vielmehr die großartigste „soziale Selbsthilfe", sie gewähre den Arbeitern überhaupt erst die Möglichkeit zur Selbsthilfe. Lassalle mahnte die Berliner Arbeiter an ihre großen Toten vom März 1848 und warnte sie vor der Verantwortlichkeit, die sie durch fortgesetztes Zaudern vor sich selbst, vor ihren Brüdern, vor der gesamten Geschichte auf sich laden würden. Die wichtigsten Zentren Deutschlands seien gewonnen, das preußische Rheinland marschiere im Sturmschritt voran, mit Berlin werde die Bewegung unwiderstehlich werden.

Die Ansprache war sehr geschickt abgefaßt, hatte aber so gut wie gar keine Wirkung. Das Berliner Proletariat befand sich damals in einer chaotischen Gärung, die es schon im Vorjahre nicht zu seinem Vorteile von dem Leipziger Proletariat unterschieden hatte. Die preußische Hauptstadt entwickelte sich mit einer Art fieberhaften Tempos zu einem

großen Industrie- und Handelsplatze, namentlich auch durch die immer dichtere Verknotung des Eisenbahnnetzes, das von ihr ausstrahlte. Sie zog massenhafte Arbeitskräfte aus den preußischen Hinterwäldern an; in den Jahren 1860 bis 1867 vermehrte sich die Einwohnerzahl von nahe 500 000 bis über 700 000 Personen. Hastig flutete die Arbeitermasse hin und her unter einem so starken Einflusse neuer Elemente, die bis dahin von Politik so wenig wußten wie vom Manne im Monde und nun in der großen Stadt zunächst ein Goldland gefunden zu haben glaubten, die den ersten Enttäuschungen nur erlagen, um sich desto krampfhafter an die letzten Hoffnungen zu klammern. Dabei fehlten fast alle Organisationen, um die wirre Masse zu gliedern.

Neben dem großen Handwerkervereine, der sich ausschließlich oder vorwiegend Unterrichtszwecken widmete, und dem Berliner Arbeitervereine, der politischen Hochburg Schulzes, gab es nur drei Arbeitervereine im eigentlichen Sinne des Worts: den Altgesellenverein, an dessen Spitze ein Schuhmacher stand, den Buchdruckergehilfenverein und jenen Verein von Maschinenbauern in der Oranienburger Vorstadt, der sich Vorstädtischer Handwerkerverein nannte. Die Teilnahme dieser Vereine an Lassalles Agitation stellte sich in einer zunächst sehr auffallenden Form dar. Unter den fünf oder, Vahlteich eingerechnet, sechs Arbeitern, die sich am Schlusse der Ansprache bereit erklärten, Einzeichnungen in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entgegenzunehmen, befanden sich vier oder fünf Schuhmacher, ein Schriftsetzer und kein Maschinenbauer. Erwägt man nun, daß die Schuhmacherei dem untergehenden Handwerke, die Buchdruckerei der Manufaktur und der Maschinenbau der modernen Großindustrie angehörte, so scheinen sich die Berliner Arbeiter um so ablehnender verhalten zu haben, je höher die industrielle Entwicklungsstufe war, auf der sie standen.

Jedoch erklärte sich der innere Zusammenhang dieser seltsamen Erscheinung einfach genug. Die Schuhmacherei, von jeher ein übersetztes, weil leicht und mit geringen Mitteln zu ergreifendes Handwerk, war schon seit den vierziger Jahren zu einem großen Teile eine kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie geworden; in der Armenpflege Berlins und anderer Großstädte spielte seitdem der hungernde Schuhmacher mit zahlreicher Kinderschar eine hervorragende Rolle. In den sechziger Jahren brach nun der Maschinenbetrieb über dies Handwerk herein. Der Pariser

Ausstellungsbericht von 1867 triumphierte: Mehr als drei Jahrtausende, seit der Zeit der Pharaonen, hat man die Schuhe in gleicher Weise mit der Hand gearbeitet, jetzt ist die rein mechanische Anfertigung gelungen. In den preußischen Militärschuhmachereien wurde mit Maschinen gearbeitet, die eine Berliner Fabrik das Stück zu 200 Talern lieferte. In diesem Handwerke hieß es: Rette sich wer kann! Der Führer der zünftlerischen Bewegung war ein Schuhmachermeister; von Schulzes 200 Rohstoffgenossenschaften bestanden nicht weniger als 80 aus Schuhmachermeistern; zu Lassalles ersten und eifrigsten Anhängern gehörten intelligente Schuhmachergesellen, wie Vahlteich, Metzner, Arndt, Heuts, Voigt.

In einer anderen Lage befanden sich die Buchdruckergehilfen. Eine Reihe von Umständen — das rasche Aufblühen des Zeitungswesens und seine örtliche Gebundenheit, die reaktionäre Zerstörung der Schule, welche die Konkurrenz von Arbeitskräften für diesen der Schulbildung in so hohem Maße bedürftigen Beruf einschränkte, die vorläufige Sicherung vor maschinellem Betriebe und anderes mehr — machten die Buchdruckergehilfen besonders geneigt zu einer gewerkschaftlichen Organisation, die ihnen nach ihrer richtigen Annahme einen gewissen Einfluß auf die Lohnhöhe gestatten würde. Der Berliner Buchdruckergehilfenverein, der 600 Mitglieder und damit etwa die Hälfte aller mit Drucken und Setzen beschäftigten Arbeiter Berlins umfaßte, hatte bereits an die Berliner Buchdruckereibesitzer das Ersuchen gerichtet, einen den Gehilfen in der Reaktionszeit aufgenötigten Tarif zu revidieren, der zu den inzwischen sehr gestiegenen Lebensmittelpreisen in unerträglichem Mißverhältnis stand. Der Verein war natürlich kurzerhand abgewiesen worden und bekehrte sich jetzt zu Lassalles Grundsätzen, soweit sie ihm paßten. Er beanspruchte die Staatshilfe, indem er eine Petition um Aufhebung der Koalitionsverbote an das Staatsministerium richtete. In der Begründung dieser Petition berief er sich auf das eherne Lohngesetz, aber mit der Einschränkung, daß durch Koalition der Arbeiter eine „annäherungsweise Ausgleichung des Übergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter" erreicht werden könne. Es war nur eine halbe Anhängerschaft, die Lassalle in dem Buchdruckergehilfenvereine gewann.

Ganz ablehnend stellten sich dann die Maschinenbauarbeiter zu seiner Agitation. Bei der damaligen hohen Blüte der Maschinenfabrikation

gut gelohnt, eine kräftige, rege, echt moderne Arbeiterschicht, waren die Maschinenbauer aller politischen und wirtschaftlichen Reaktion in tiefster Seele abhold. Sie sahen die preußischen Bureaukraten und Zünftler aus nächster Nähe am Werke, und sie waren dadurch sehr argwöhnisch geworden, daß sich der Führer der vorjährigen Arbeiterbewegung, noch dazu einer aus ihrer eigenen Mitte, als ein Werkzeug der Regierung entpuppt hatte. So konnte ihnen die Volkszeitung, mit der sie seit den fünfziger Jahren eng verwachsen waren, die „Staatshilfe" verhältnismäßig leicht verekeln. Zudem petitionierten die fortschrittlichen Maschinenfabrikanten bei der Regierung um Aufhebung der Koalitionsverbote, was zwar nur, wie die Haltung der Fortschrittspartei sehr bald zeigen sollte, ein Fechterstreich war, um den wichtigsten Teil des Berliner Proletariats warm zu halten, aber für den Augenblick seines Eindrucks nicht verfehlte. Zu alledem kam nun noch Lassalles unglückliches Telegramm an Bismarck. Die Maschinenbauarbeiter blieben der Fortschrittspartei treu, und ihre Haltung entschied für die Masse des Berliner Proletariats.

Einige Anhänger hatte Lassalle in der bürgerlichen Bevölkerung Berlins gewonnen, die Ärzte Eisner und Neumann, den Buchhändler Reinhold Schlingmann, den Kandidaten Alexi. Auch Liebknecht, der seit einem Jahre aus dem englischen Exile heimgekehrt war, schloß sich ihm um diese Zeit an. Liebknecht war kurze Zeit in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung tätig gewesen, die von August Braß, einem blutroten Republikaner von 1848 her, als großdeutsch-demokratisches Organ begründet worden war, aber sehr schnell in Bismarcks Lager überging. Sobald Liebknecht dahinter gekommen war, schied er aus, um auf dem Berliner Pflaster wieder den harten Kampf ums Dasein zu beginnen, den er ein Dutzend Jahre auf dem Londoner Pflaster geführt hatte. Was ihn zum Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bewog, war nach seiner eigenen Angabe die Erfüllung einer Ehrenpflicht, eine Kundgebung der Sympathie gegenüber den Angriffen der fortschrittlichen Presse. Er dachte sonst wie Marx über Lassalles Agitation, und es war begreiflich genug, daß ihm nach den bösen Erfahrungen, die er eben mit Braß gemacht hatte, Lassalles taktische Wendung wider den Strich ging und selbst sein Mißtrauen erweckte. Auf der anderen Seite waren ihm die deutschen Verhältnisse fremd geworden, und er hegte die irrige Ansicht, daß Lassalle als alter Kommunist sich dennoch in fortschrittlich-demokratisches Fahrwasser und in die großpreußische

Napoleonschwärmerei des Jahres 1859 habe verlocken lassen. So war die Antipathie gegenseitig, wie Liebknecht wohl mit Recht annahm.

Die schwachen Kräfte, womit Lassalle den Sturm auf Berlin versuchte, stießen auf einen weit überlegenen Widerstand. Die Fortschrittspartei erklärte, in Berlin habe der Sozialismus sein Haupt erhoben, in Berlin müsse er nun auch aufs Haupt geschlagen werden. Um einen so edlen Lorbeer zu erringen, verschmähte sie nicht die Hilfe der Polizei; sie legte wieder Wert darauf, dreimal unrecht zu haben, nachdem Lassalle mit seiner Depesche an Bismarck einmal unrecht gehabt hatte. Lokalabtreibereien, bei denen die Polizei hilfreiche Hand leistete, waren ihr erstes, und tumultuarische Störungsversuche, bei denen die Polizei abermals hilfreiche Hand leistete, ihr zweites Mittel. Eingedenk seiner rheinischen Erfahrungen, hielt Lassalle zunächst geschlossene Mitgliedersitzungen ab, um einen festen Kern seiner Anhänger zu schulen. Aber schon in der ersten dieser Sitzungen am 22. Oktober mußten elf Fortschrittler hinausexpediert werden, die sich unter betrügerischer Einzeichnung in die Vereinslisten eingeschlichen hatten, um spektakeln zu können. In der zweiten Sitzung am 2. November drang ein lärmender Menschenhaufe in den Saal ein, worauf sich der überwachende Polizeibeamte beeilte, die Versammlung aufzulösen. Eine dritte Sitzung am 10. November verlief verhältnismäßig ruhig; es brauchten nur zwei fortschrittliche Radaugesellen hinausgetan zu werden, und die Polizei versagte ihnen sogar den erbetenen Beistand. Nun wollte Lassalle den Stier bei den Hörnern packen und berief eine öffentliche Versammlung in den großen Saal des Eldorado. Jedoch hinderte ihn eine heftige Halsentzündung am Erscheinen, und die Fortschrittler verbreiteten triumphierend, er habe sich aus Angst gedrückt. Als dann aber Lassalle am 22. November in einer neuen öffentlichen Versammlung erschien, die er wieder ins Eldorado berufen hatte, drang ein Haufe Polizeibeamter ein, trieb die Versammelten gewaltsam auseinander und verhaftete Lassalle unter der Anklage, in seiner Ansprache an die Arbeiter Berlins ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet zu haben. Dazu schrieen die anwesenden Fortschrittler, und leider auch fortschrittlich betörte Arbeiter, wie besessen Bravo!

Lassalle wurde nach drei Tagen gegen Stellung einer Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen, doch sah er ein, daß sein Sturm auf Berlin mißlungen sei. Der Beifall der Arbeiter zu seiner Verhaftung

bewies ihm, daß er noch keine Kraft erwecken könne, stark genug, den gemeinsamen Widerstand der Fortschrittspartei und der Polizei zu brechen. Ehrenhalber hielt er noch eine oder ein paar Versammlungen ab, die nicht mehr gestört wurden, sei es, daß ein Rest von Scham in der Fortschrittspartei erwacht war, sei es, daß sie sich der Arbeiter jetzt versichert hielt. Dann gab Lassalle die Agitation in Berlin auf. Die Zahl der Berliner Vereinsmitglieder war in diesen heftigen Kämpfen auf 200 gestiegen, sie sank schnell wieder auf 30 bis 40 herab, und höher hat sie sich nicht mehr erhoben, solange Lassalle lebte.

---

2. Lassalle und Bismarck.

Derweil hatten die neuen Wahlen zum Abgeordnetenhause, trotz Bismarcks krampfhaftester Anstrengungen, Beeinflussungen und Maßregelungen, der Fortschrittspartei einen neuen Sieg gebracht. Zwar war auch die Zahl der konservativen Abgeordneten von einem Dutzend auf drei Dutzend gestiegen, aber nicht auf Kosten der Fortschrittspartei, sondern der altliberalen und anderer kleiner Mittelgruppen. Das neue Abgeordnetenhaus hob sofort die Preßordonnanz auf, und Bismarck gab sie preis. Seine Spekulation auf den nationalen Nerv war vorläufig mißglückt, doch fügte es sich, daß er sie sofort mit größerer Aussicht auf Erfolg wiederholen konnte.

Am 15. November starb der König von Dänemarck ohne männliche Leibeserben, und am 18. November wurde die dänische Gesamtverfassung erlassen, die entgegen dem Londoner Protokolle das Herzogtum Schleswig dem Königreiche Dänemark einverleibte. Damit war die schleswig-holsteinische Frage, in der sich seit einem halben Menschenalter die deutsche Schande gewissermaßen verkörperte, wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Eine unzweifelhaft starke Bewegung ging durch die Nation. In Hunderten von Volksversammlungen wurde Gut und Blut für die Befreiung der Herzogtümer vom dänischen Joche versprochen, wurde beschlossen, für diesen Zweck Geld zu sammeln und Freiwilligenscharen zu werben. Dieser Bewegung traten die deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, schroff entgegen, indem sie am Londoner Protokolle festhielten, das die schleswig-holsteinische Erbfolgeordnung durch einen Gewaltstreich zugunsten des dänischen Thronfolgers beseitigt hatte. Sie erklärten, gegen Dänemark nur einschreiten zu wollen, weil es die im

Londoner Protokolle gegen Schleswig-Holstein übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, erkannten damit aber gerade die Rechtsbeständigkeit dieser Urkunde an, deren Zerreißung die nationale Bewegung ungestüm verlangte. Soweit waren die Voraussetzungen zu dem revolutionären Volkskriege um Schleswig-Holstein gegeben, den Marx 1848 und Lassalle 1859 verlangt hatten.

Jedoch gelang es der deutschen Bourgeoisie, in holdem Einklange mit der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie, die nationale Bewegung sofort in eine Sackgasse zu verrennen: in das Erbrecht der Augustenburger, ein Fürstenrecht, dessen Legitimität auf irgend einer mittelalterlichen Schafshaut, dessen moralische Unversehrtheit und politische Berechtigung auf einem ganz anderen Blatte geschrieben stand. Der augustenburgische Prätendent selbst gehörte zu den nach Charakter und Geist gleich nichtigen Dutzendprinzen, die Deutschland überschwemmten; er begann den Kampf um sein sogenanntes Recht mit einem Bettelbriefe an Louis Bonaparte. In Deutschland waren seine eifrigsten Vorkämpfer der Herzog von Koburg-Gotha, jener Hans in allen Gassen, der sich einer europäischen Lächerlichkeit erfreute, und der sächsische Minister v. Beust, dessen an den Dresdener Maikämpfern verübten Schandtaten zum europäischen Skandal geworden waren.

Trotz dieser mißlichen Bundesbrüderschaft beeilte sich die deutsche Bourgeoisie, allen Einfluß, den sie auf die deutschen Massen besaß, der augustenburgischen Agitation dienstbar zu machen. Groß- und Kleindeutsche vereinten sich für diese erhabene Aufgabe, und ein neuer Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. setzte einen Sechsunddreißiger-Ausschuß nieder, der mit laut schallenden Null- und Nichtigkeitserklärungen die österreichischen und preußischen Bajonette aus der Welt zu dividieren unternahm. Es kam bald soweit, daß sich die radikalen Elemente der Bourgeoisie gegen den abstoßenden Lärm empörten. Als dem „rein deutschen" Minister Beust für seine Verdienste um die schleswig-holsteinische Sache ein Nationalgeschenk überreicht werden sollte, wandte die Wochenschrift des Nationalvereins dies Übermaß der Entehrung dadurch ab, daß sie in einigen Aufsätzen die schauerlichen Geheimnisse des Zuchthauses in Waldheim enthüllte. Und als sich die preußische Fortschrittspartei beeilte, in die Augustenburgerei hineinzutaumeln, ging ihr linker Flügel nicht darauf ein. Vielmehr erklärte Waldeck, das preußische Abgeordnetenhaus habe durchaus keinen Anlaß, sich für einen Prätendenten

dieses Schlages zu begeistern; vernünftiger noch, als die Etablierung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den schleswig-holsteinischen Grenzmarken, sei ihre Annexion an Preußen. Eben dies war der vorläufig geheime Endzweck, den Bismarck auf den verschlungenen Wegen einer durch und durch reaktionären Kabinettspolitik, aber immerhin mit einer Geschicklichkeit verfolgte, die den gemeinsamen staatsmännischen Talenten der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie, wie der groß- und kleindeutschen Bourgeoisie überlegen war.

Dem „schleswig-holsteinischen Dusel" stand Lassalle ebenso ablehnend gegenüber wie Marx seinerzeit dem meerumschlungenen Schoppenenthusiasmus. Soweit die nationale Bewegung von echtem Gehalt war, ergriff sie auch die Arbeiter; namentlich die Hamburger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die den umstrittenen Ländern so nahe wohnten, erließen einen Aufruf, der zu Geldsammlungen und Truppenwerbungen für das „gute deutsche Recht" aufforderte, wobei es übrigens auf keine fortschrittliche Schwanzpolitik, sondern auf eine selbständige Aktion der Arbeiterklasse abgesehen war. Es lag auf der Hand, daß eine solche Aktion unter den obwaltenden Verhältnissen den herrschenden Klassen nur einen willkommenen Anlaß bieten konnte, die junge Arbeiterbewegung zu ersticken, und so beeilte sich Lassalle, die drohende Gefahr rechtzeitig zu beschwören. Er verfaßte eine Resolution, die das Londoner Protokoll als einen Gewaltstreich und das legitime Fürstenrecht als ein Phantom kennzeichnete. Es sei die Pflicht aller deutschen Regierungen, die Herzogtümer aus der Gewalt der dänischen Krone zu reißen, aber vor der Entsendung von Freiwilligen und von Turnern nach Schleswig-Holstein müsse mit äußerstem Nachdrucke gewarnt werden. Das Volk würde dadurch seine opferwilligsten Vorkämpfer verlieren, deren Zusammenhaltung dringender als je erforderlich sei. Den gewaltigen zentralen Aufgaben gegenüber, die in Deutschland selbst gelöst werden müßten, sei es von verhältnismäßig sehr untergeordnetem Interesse, ob, solange in Deutschland einige dreißig Fürsten herrschten, einer davon ein ausländischer Fürst sei. Die sich für das legitime Fürstenrecht begeisternden Anhänger der Fortschrittspartei und des Nationalvereins schienen Schleswig-Holstein als eine Gelegenheit benützen zu wollen, um die Aufmerksamkeit von der inneren Lage abzulenken und der Lösung eines Konflikts, dem sie nicht gewachsen seien, unter dem Scheine des Patriotismus zu entfliehen. Das

Volk aber solle nicht vergessen, daß sich durch die Einheit und Freiheit Deutschlands die schleswig-holsteinische Frage von selbst löse, während kein Erfolg in Schleswig-Holstein die deutsche Einheit und Freiheit zu sichern vermöge.

Die Resolution gelangte überall im Vereine zur Annahme. Auch die Hamburger Mitglieder, deren erstes Feuer Lassalle als ganz ehrenvoll anerkannte, beruhigten sich allmählich. Von den beiden Vorstandsmitgliedern, die in Hamburg wohnten, hatte Audorf von vornherein den Kopf oben behalten, während Perl noch ein besonderes Schreiben Lassalles erhielt, mit der dringenden Warnung, nichts für die Aufstellung von Freiwilligen zu tun. Ohne Zweifel entsprach Lassalles Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage unter den damaligen Verhältnissen durchaus den Interessen des Proletariats, und das galt ebenso von der Resolution, die Lassalle etwa gleichzeitig in der polnischen Frage fassen ließ.

Diese Resolution erkannte dem polnischen Aufstande von 1863 das europäische Verdienst zu, die Illusion des Panslavismus zu zerstören und zugleich die früher von vielen deutschen Patrioten gehegte Befürchtung eines zwischen Napoleon und dem Zaren unter dem Mantel des Nationalitätsprinzips geschlossenen Bündnisses unmöglich zu machen. Damit sei die wichtigste Vorarbeit für eine solidarische Politik der europäischen Demokratie geschaffen. Um Deutschland habe sich der polnische Aufstand das spezielle Verdienst erworben, eines der mächtigsten äußeren Hindernisse für die Herstellung der deutschen Einheit zu beseitigen, wenn Deutschland die polnische Erhebung zu seiner Neugestaltung benütze. Die Wiederherstellung eines selbständigen Polens unter dem Schutze Deutschlands sei dessen glorreichste und legitimste auswärtige Aufgabe, der Krieg zu diesem Zwecke das direkteste Interesse Deutschlands, die einzige Sühnung des durch die Teilung Polens mitbegangenen Unrechts und zugleich seine wahrhafte Emanzipation von dem, von Osten wie von Westen her, auf ihm lastenden Drucke. Die einzige Einschränkung, die Lassalle machte, bezog sich auf die friedliche Germanisierung polnischer Landstriche, die er höher einschätzte, als Marx sie in der Neuen Rheinischen Zeitung, und etwa so, wie Marx sie in der New York Tribune eingeschätzt hatte. Lassalle sah darin eine von speziellen Untersuchungen abhängige faktische Frage. Der prinzipielle Inhalt sowohl seiner polnischen wie seiner schleswig-holsteinischen Resolution

ließ sich vom kommunistisch-revolutionären Standpunkt aus nicht anfechten, wie denn auch beide Resolutionen vom kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London bestätigt wurden.

Die politische Entwicklung im Winter von 1863 auf 1864 war nun in großen Zügen diese. Das preußische Abgeordnetenhaus verweigerte eine Anleihe von 12 Millionen Talern, die Bismarck für die Exekution gegen Dänemark gefordert hatte, und strich im Etat für 1864 abermals die Kosten der Heeresreorganisation. Da Bismarck von vornherein erklärt hatte, er werde sich an diese Beschlüsse nicht kehren, so schlug Jacoby vor, der Regierung das ganze Budget zu verweigern; einem Ministerium, das absichtlich und grundsätzlich die Verfassung verletze, dürfe überhaupt keine Verfügung über Staatsgelder anvertraut werden. Das war in seiner Art konsequent. Aber die Mehrheit der Fortschrittspartei war in ihrer Art auch konsequent, wenn sie meinte, eine Verweigerung des ganzen Budgets sei rein illusorisch und würde im völligen Verpuffen der beabsichtigten Wirkung die Lage der Opposition noch verschlechtern, es sei denn, daß die Steuerzahler die Steuern zu zahlen verweigerten, und daran sei nicht zu denken. So begnügte man sich, dem Budget von rund 135 Millionen Talern noch nicht ganz 6 Millionen Taler abzustreichen, womit Bismarck nun aber auch gewonnenes Spiel hatte. Er schickte den Landtag am 25. Januar 1864 mit einer sehr ungnädigen Strafpredigt an das Abgeordnetenhaus nach Hause und nahm, wie er verheißen hatte, das Geld, wo er es fand. Für die verhältnismäßig geringe Höhe der Summen, um die es sich handelte, hatte er vorläufig finanzielle Hilfsquellen genug, und die Staatsgläubiger beruhigte er durch einen, am 12. Februar veröffentlichten Beschluß des Staatsministeriums, der die Finanzverwaltung an bestimmte, fest umgrenzte Normen band. Diese Vorgänge bestätigten aufs neue Lassalles Ansicht, daß die gänzliche Stillesetzung der konstitutionellen Maschinerie das einzige Mittel der Opposition gewesen sein würde, die Regierung lahm zu legen. Mit seinem Fortparlamentieren hatte das Abgeordnetenhaus nur erreicht, daß es als politische Macht überhaupt nicht mehr mitzählte.

Ja noch mehr: es wurde geradezu eine Stütze seines Gegners. Mit dem Frankfurter Fürstentage und der schleswig-holsteinischen Krisis geriet Bismarck in ein Kreuzfeuer feudaler und höfischer „Friktionen“, von denen er sehr wohl wußte, daß sie sich immer mehr komplizieren würden

je mehr sich seine deutsche Politik enthüllte. Die Königin Augusta, die als Schülerin Goethes eine gebildete Frau war, hatte den ostelbischen Junker nie gern gesehen; das kronprinzliche Paar war liberal und noch weit mehr augustenburgisch gesinnt; die einflußreiche Königin-Witwe scheute jedes Zerwürfnis mit Österreich, und die gleiche Scheu empfand ein sehr großer Teil des Junkertums. Alle diese Einflüsse stürmten auf das zaghafte Gemüt des Königs ein. Damals wurde ein angebliches Wort Bismarcks viel kolportiert: kaum sei der alte Schimmel an den Rand des Grabens gespornt, so scheue er immer mit einem mächtigen Satze zurück. Was Bismarck trotzdem in der Gunst des Königs erhielt, war die Dreistigkeit, womit er das rebellische Abgeordnetenhaus abtrumpfte. Er wußte sehr wohl, was er tat, wenn er die Schatten des 18. März vor dem Könige beschwor, wenn er nach seiner eigenen Erzählung den König mit Karl I. von England, sich selbst mit Strafford und die harmlosen Manchestermänner, die bloß ein wenig mit der Couponschere an den „unproduktiven" Heeresausgaben schnipfeln wollten, mit lauter blutdürstigen Cromwells verglich.

In der schleswig-holsteinischen Sache ging Bismarck auf Grund des Londoner Protokolls vor, gemeinsam mit Österreich, das sich jetzt gern von ihm finden ließ, aus Sorge um die nationale Bewegung und daneben, nach einigen parlamentarischen Andeutungen österreichischer Minister, auch wohl aus geheimem Argwohne gegen ihn selbst. Um die bundestägliche Mehrheit und die vernichtenden Resolutionen der Sechsunddreißiger kümmerte sich Bismarck nicht weiter. Er sagte, politische Fragen seien Machtfragen; die deutschen Großmächte seien das Glashaus, das den deutschen Bund vor europäischem Zugwinde schütze; Preußen könne sich nicht von einer Mehrheit majorisieren lassen, die etwa ein paar Millionen repräsentiere. Höchstens benutzte er die pomphaften Resolutionen der Sechsunddreißiger vor den auswärtigen Mächten ähnlich, wie die pomphaften Reden der preußischen Abgeordneten vor dem Könige; er tat so, als könnten jene Proklamationen die Revolution in Deutschland entfachen, wenn die deutschen Großmächte nicht wenigstens auf Grund des Londoner Protokolls gegen Dänemark einschritten. Die Komik dieser Mystifikation überboten die Sechsunddreißiger dann freilich noch, indem sie eine neue Proklamation vom Stapel ließen, worin sie sich über ihre sonstigen Mißerfolge damit trösteten, daß sie „Österreich und Preußen, diese der nationalen Ehrensache feindlichen,

auf ihren prinzipiellen Gegensatz gegen die nationale Strömung pochenden Mächte dennoch nach Schleswig getrieben" hätten.

Im Januar 1864 richteten Österreich und Preußen die Aufforderung an Dänemark, die neue Gesamtverfassung zurückzunehmen, widrigenfalls sie einschreiten müßten; setze Dänemark ihrem Einschreiten bewaffneten Widerstand entgegen, so löse der Krieg alle Verträge, und das Londoner Protokoll stehe dann überhaupt zur Diskussion. Dänemark blieb hartnäckig, und es kam zum Kriege. Am 18. April stürmten preußische Regimenter die Düppeler Schanzen. Auf Betreiben Englands wurden dann auf einer internationalen Konferenz in London neue Ausgleichsversuche gemacht. Nunmehr sagte sich Bismarck von dem Londoner Protokolle los, und zugleich tauchten im preußischen Staate, wie in den Herzogtümern selbst, Adressen auf, die mit der einstweilen verschämten und verschleierten Forderung der preußischen Annexion an den König herantraten und von ihm freundlich aufgenommen wurden. Bismarck schrieb darüber an einen Vertrauten, es scheine ihm zweckdienlich, „alle Hunde loszulassen, welche bellen wollten"; das „gesamte Geläut der Meute" wirke dahin zusammen, daß den Ausländern die Unterwerfung der Herzogtümer unter die Dänen unmöglich erscheine. Der Augustenburger und „alle ewig Ungedeelten bis zur Königsau" müßten daran gewöhnt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen könne. Die Adressen sollten den Herzogtümern den „Schwindel" abgewöhnen, sich als Geburtstagskind in der deutschen Familie anzusehen, für dessen Partikularinteressen Preußen mit seiner Existenz einzutreten habe. Und zur „Beleuchtung der Situation" fügte Bismarck „schließlich" hinzu, daß für ihn die preußische Annexion zwar nicht der oberste und notwendige Zweck, wohl aber das angenehmste Resultat sei.

Während dieser politischen Entwicklung haben persönliche Verhandlungen zwischen Lassalle und Bismarck stattgefunden. Was darüber bekannt geworden ist, beruht auf Mitteilungen, welche die Gräfin Hatzfeldt einer- und Bismarck andererseits im Jahre 1878 gemacht haben. Sie gehen in manchen Punkten auseinander. So ist gleich streitig, wer die Verhandlungen begonnen hat: nach der Gräfin Hatzfeldt ist es Bismarck gewesen, nach Bismarck selbst aber Lassalle. Über diesen Punkt läßt sich nichts Sicheres feststellen, und es kommt auch nicht viel darauf an, da Bismarck zugibt, daß er sich leicht habe finden lassen, und Lassalle,

wenn er es für nötig oder wünschenswert hielt, überhaupt mit Bismarck zu verhandeln, auf eine formelle Etikettenfrage schwerlich so großen Wert gelegt hat, wie die Gräfin Hatzfeldt später behauptete. Ob die Verhandlungen drei- oder viermal stattgefunden haben, wie Bismarck, oder viel häufiger, wie die Gräfin Hatzfeldt sagt, läßt sich ebenfalls nicht entscheiden und ist auch ziemlich gleichgültig. In einem dritten Punkte hat die Angabe Bismarcks die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Nach der Gräfin Hatzfeldt hat Lassalle die Beziehungen abgebrochen, weil Bismarck sich geweigert habe, das allgemeine Wahlrecht sofort zu oktroyieren, während nach Bismarck irgend ein Bruch nicht erfolgt ist, was dadurch glaubwürdig wird, daß Lassalle bis an sein Lebensende für die Übersendung seiner Kundgebungen an Bismarck sorgte. In der ungleich wichtigeren Frage aber, um was es sich bei diesen Unterredungen gehandelt habe, hat die Gräfin Hatzfeldt unzweifelhaft recht mit der Antwort: um politische Geschäfte. Bismarcks Versicherung, er habe mit Lassalle gemütlich geplaudert, wie mit einem geistreichen Gutsnachbarn, kann nur den Rang einer lustigen Ausflucht beanspruchen.

Nichts ergötzlicher denn auch, als der Versuch Bismarcks, seine Versicherung zu begründen. Er sagte darüber im Jahre 1878: „Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können! Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.“ Diese Sätze zeigen, daß, Person gegen Person gerechnet, bei diesen Unterredungen Bismarck der arme Teufel gewesen ist, und sein Versuch,

mit dem Sozialismus Kirschen zu essen, hat denn auch damit geendet, daß er die Steine bekam, wie Lassalle vorausgesagt haben soll.

Ihre Verhandlungen bewegten sich, wie die Gräfin Hatzfeldt angibt und Bismarck anerkennt, um das allgemeine Wahlrecht und die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Man darf hinzufügen, daß es für Lassalle auf jenes und für Bismarck auf diese angekommen sei. Ein strebsamer Professor hat neuerdings Disraeli, Louis Bonaparte und Bismarck als die drei klassischen Vertreter des Imperialsozialismus gefeiert, wobei Disraeli und selbst Bonaparte unverdient schlecht fortkommen. Will man überhaupt von einem Sozialismus Bismarcks sprechen, so muß man ihn als Almosen- oder Lakaiensozialismus taufen. Die unbelehrbare Hartnäckigkeit, womit Bismarck nicht nur, wie selbstverständlich, dem revolutionären Emanzipationskampfe des Proletariats, sondern auch allen Sozialreformen entgegengetreten ist, welche die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu heben geeignet sind, ist hinlänglich bekannt; das vorige Jahrhundert hat keinen kapitalistischen Ausbeuter gesehen, der offener als Bismarck die Sonntagsruhe der Arbeiter für ein Danaergeschenk erklärt oder die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit in den Fabriken als einen verwerflichen Eingriff in das innere Heiligtum der Familie gebrandmarkt hat. Bismarcks sogenannter Sozialismus erschöpfte sich in den Worten, die er einmal einem seiner Leute als Leitmotiv für die offiziöse Abschlachtung der Arbeiterfrage angab: „Wer Aussicht auf Pension für das Alter oder die Invalidität hat, sei sie auch noch so klein, der fühlt sich wohler und zufriedener mit seinem Schicksal, der ist viel williger und leichter zu behandeln als der, welcher in eine ungewisse Zukunft blickt. Betrachten Sie zum Beispiel den Unterschied zwischen einem Privatdiener und Kanzleidiener oder Hofbedienten, diese werden sich weit mehr bieten lassen, weil sie weit mehr Anhänglichkeit an ihren Dienst haben als jener, denn sie haben Pension zu erwarten.“ Bismarcks Sozialismus, wenn man denn einmal dies Wort mißbrauchen will, hat immer darin bestanden, die Arbeiter durch Almosen zu verblenden, damit sie wie höfische Lakaien sich leichter behandeln und sich mehr bieten ließen.

Von diesem genialen Gesichtspunkt aus faßte Bismarck auch die Produktivassoziationen mit Staatskredit auf. Seine bonapartistischen Manöver waren im Staatsministerium auf einen gewissen Widerstand

gestoßen; die alten bureaukratischen Zöpfe verstanden sich noch nicht auf diese neue Mode. Um so mehr sah sich Bismarck anderweitig nach gutem Rate um. Seine eigene ökonomische Weisheit bestand in einem trüben Mischmasch feudal-mittelalterlicher Reste und vulgär-ökonomischer Anfänge, entsprechend der Stellung eines Junkers, dem die kapitalistische Profitmacherei einzuleuchten beginnt. Natürlich täuschte sich Lassalle keinen Augenblick so über Bismarcks sozialistische Gesinnung, wie sich Bismarck über Lassalles monarchische Gesinnung täuschte. Das Entsetzen, womit Lassalle hinter den Almosen- und Lakaiensozialismus gekommen ist, spiegelt sich deutlich genug wieder in den energischen Protesten, die er von nun an wiederholt gegen alles Experimentieren mit seinem Vorschlage der Produktivassoziationen richtete. Er nutzte höchstens Bismarcks Torheit für seine Zwecke aus, wie im Frühjahr 1864, als eine Deputation von drei schlesischen Webern in Berlin erschien, um die Hilfe des Königs gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter anzurufen.

Die chronische Not der schlesischen Weber war damals durch die Baumwollenkrisis in eine akute Katastrophe umgeschlagen. Bereits im August 1862 hatten die Fabrikanten des Kreises Reichenbach den Landrat Olearius auf die „bedenkliche Situation" aufmerksam gemacht und für den Winter um Vorkehrungen gegen die unter den Webern herrschende Not ersucht. Olearius hatte ihnen geantwortet, daß sämtliche Fabrikanten gewiß selbst alles aufbieten würden, um aus eigenen Mitteln dem drohenden Notstande zu begegnen; ihre Lage habe sich im allgemeinen gebessert, während die Lage der Arbeiter in derselben traurigen Beschaffenheit geblieben sei. Als die Fabrikanten dann die Errichtung eines Arbeitshauses für die beschäftigungslosen Weber beantragten, hatte Olearius sie höhnisch beschieden, dieser Vorschlag werde seinen Urhebern „nicht mit Unrecht" den Haß der Arbeiterbevölkerung zuziehen. Ein Arbeitshaus solle eine ohne Verschuldung in Not geratene zahlreiche Bevölkerung, die kaum je in der Lage gewesen sei, sich einen Notpfennig zu erübrigen, und mit deren Tätigkeit andere reich geworden seien, vor Hunger schützen? Dieser Landrat war ein kleinster Bonaparte und deshalb ein Mann nach dem Herzen des kleinen Bonaparte, der gleich darauf, im September 1862, preußischer Ministerpräsident wurde. Die Sache hatte ziemliches Aufsehen gemacht und auch eine parlamentarische Debatte veranlaßt. Der Kreis Reichenbach, worin die großen Weberdörfer Langenbielau und Peterswaldau lagen, war ein heißer Boden,

und unter den dortigen Fabrikanten befand sich ein Führer der Fortschrittspartei, Leonor Reichenheim, der in Wüste-Giersdorf eine große Spinnerei und Weberei besaß, eine jener Fabriken, welche die Seehandlung in den vierziger Jahren gegründet und Hansemann im Jahre 1848 um jeden Spottpreis verschleudert hatte. Reichenheim war ein kapitalistischer Fabrikant des gewöhnlichen Schlages; er verhöhnte die von ihm ausgebeuteten Arbeiter nicht in der Art der Gebrüder Zwanziger, aber er tröstete sie mit Schulzes Sparrezepten, was die undankbaren Weber auch als bitteren Hohn auffaßten. Sie antworteten wahr genug: Wovon sollen wir sparen, sollen wir unseren Magen in den Rauchfang hängen?

Aus Wüste-Giersdorf kam nun im Frühjahr 1864 der Weber Florian Paul mit zwei Genossen nach Berlin, um ihre Klagen an den Stufen des Thrones niederzulegen; sie waren beauftragt von 300 Webern, die zumeist von Reichenheim beschäftigt wurden. Wahrscheinlich ist den Webern dieser Schritt von feudaler Seite zugeflüstert worden; es ist nicht abzusehen, woher sie sonst ihr Vertrauen zum Königtum geschöpft haben sollten, das zwanzig Jahre früher ihren Widerstand gegen die beispielloseste Ausbeutung mit blauen Bohnen, mit Peitschenhieben, mit Karren und Ketten gestraft hatte. Amtlich erklärte der Landrat Olearius allerdings, er könne die Absicht der Weber nicht fördern und nicht hindern. Das Herz dieses Braven war geteilt, da sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Minister des Innern, und ebenso der Handelsminister, dem die Gewerbepolitik unterstand, von bonapartistischen Künsten nichts wissen wollten. Es dauerte denn auch vier Wochen, bis Bismarck seinen Willen durchsetzte und der Weberdeputation eine Audienz beim Könige verschaffte.

In der Zwischenzeit sahen sich die Weber in Berliner Arbeiterkreisen um und gerieten an den damals vielgenannten Arbeiter Karl Preuße, der sowohl dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine Lassalles als dem Berliner Arbeitervereine Schulzes angehörte. Die Fortschrittler behaupteten, Preuße sei ein Agent Wageners und suchten auch daraus einen Strick für Lassalle zu drehen, in dessen Hause Preuße gesehen worden war. Soweit sich die Behauptung heute noch nachprüfen läßt, war sie eine grundlose Verdächtigung. Die sehr zahlreichen Reden Preußes, die in den Berichten der damaligen Presse über die Berliner Arbeiterbewegung vorliegen, lassen in ihm einen jener schwatzhaften,

aber wohlmeinenden Vereinsmeier erkennen, die sich überall vordrängen und schließlich überall mit einer Art heiteren Wohlwollens geduldet werden; als die Fortschrittler ihn, zur besseren Bekräftigung ihrer Behauptung, aus dem Berliner Arbeiterverein ausschließen lassen wollten, hinderte die große Mehrheit der Mitglieder das Femgericht, indem sie erklärte, Preuße sei zwar ein wunderlicher Kauz, aber ein ehrlicher Kerl. Den schlesischen Webern, die ihn um Hilfe und Rat angingen, sagte Preuße, er sei selbst kein Schriftgelehrter, aber sie möchten sich nur an Lassalle, Schulze-Delitzsch und Wagener wenden, die eigentlichen Schriftgelehrten der Arbeiterfrage, und als die Weber meinten, an Schulzes Rezepten hätten sie vorläufig genug, empfahl er ihnen statt des Sparapostels den Schriftsetzer Dittmann, den Vorsitzenden des Berliner Arbeitervereins.

Die Weber fanden an Lassalle weit größeren Geschmack, als an Dittmann und Wagener. Florian Paul wurde Bevollmächtigter für Wüste-Giersdorf, und der Kreis Reichenbach gehörte bald zu den stärksten Stützen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dagegen spielte Bismarck durchaus den armen Teufel, als er die Weberdeputation beim Könige einführte. Das „soziale Königtum“ blamierte sich gründlich, indem der König den Webern das nie eingelöste Versprechen „einer baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhilfe ihrer Not“ spendete; eine bureaukratische Kommission, die zur Untersuchung der von den Webern erhobenen Beschwerden niedergesetzt wurde, fand alles in schönster Ordnung, und Leonor Reichenheim trug eine Art Märtyrerkrone aus dem Handel davon. Er hatte inzwischen unter den ansässigen Webern fürchterliche Musterung gehalten, und Bismarck streckte den ausgesperrten Arbeitern aus der königlichen Schatulle ein kleines Kapital vor, um eine Produktivassoziation zu gründen. Jedoch hatte er auch damit kein Glück, denn dies Musterinstitut, in dessen Leitung der Landrat Olearius seine staatsmännischen Talente bewähren sollte, machte binnen Jahr und Tag eine glorreiche Pleite. Die Höhe des Almosens, durch das Bismarck die schlesischen Weber zu höfischen Lakaien schmeidigen wollte, wird verschieden angegeben, im Mindestbetrage zu 6000, und im Höchstbetrage zu 12000 Talern.

Nahm Bismarck ein demagogisches Interesse an den Produktivassoziationen mit Staatskredit, so nahm Lassalle ein demokratisches Interesse an dem allgemeinen Wahlrechte. Um diese Waffe, womit er sich getraute,

sowohl die Fortschrittspartei wie die Reaktion zu schlagen, war es ihm in seinen Verhandlungen mit Bismarck zu tun. Er sah richtig voraus, daß Bismarck über kurz oder lang auf das allgemeine Wahlrecht zurückgreifen müsse, aber er irrte darin, daß er durch seine persönliche Beredsamkeit diesen Zeitpunkt beschleunigen zu können hoffte. Täuschte sich Bismarck in Lassalle nach der Art eines beschränkt-pfiffigen Geschäftsmannes, so täuschte sich Lassalle in Bismarck nach der Art eines groß und weit blickenden Idealisten, der bei dem Gegner Gesichtspunkte voraussetzte, die diesem so fremd waren, wie einem Südseeinsulaner die Hegelsche Philosophie.

Was Lassalle gesagt hat, um Bismarck zur Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts zu veranlassen, läßt sich aus seinen späteren Reden mit ziemlicher Sicherheit schließen. Von der Auffassung aus, daß die preußische Verfassung noch nicht einen Tag rechtlichen Daseins gehabt habe, sah Lassalle in der Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts nicht einen Bruch, sondern eine Wiederherstellung des Rechts, und das war auch ganz plausibel, falls man überhaupt so gutmütig sein wollte, vor einem Rechte in Preußen zu sprechen, nach den unzähligen Rechtsbrüchen, auf denen dieser gesegnete „Rechtsstaat“ beruhte. Jedoch war diese ganze Beweisführung verschwendete Mühe, soweit sie auf Bismarck und dessen König wirken sollte. Beide hatten an so vielen Rechtsbrüchen teilgenommen, daß es ihnen auf einen Rechtsbruch mehr oder weniger nicht anzukommen brauchte und, wie eine nahe Zukunft zeigen sollte, auch wirklich nicht ankam. Ebensowenig waren sie zugänglich für Lassalles Appell an die „Allergebildetsten und Allerintelligentesten“, die in ihrem Hader mit der Bourgeoisie die Berufung auf das Volk als einen „Ausweg von der höchsten historischen Weihe“ erkennen würden, oder für Lassalles Appell an das Königtum, das noch „aus seinem ursprünglichen Teige geknetet“ dastehe, auf den Knauf des Schwerts gestützt. Das war ihnen abermals unverfälschtes Sanskrit. Sie kannten jetzt das Volk, das Friedrich Wilhelm IV. in seinen Anfängen noch nicht gekannt hatte, den puer robustus sed malitiosus, den rüstigen und bösartigen Knaben, der am 18. März 1848 den „ursprünglichen Teig“ des legitimen Königtums mit derben Fäusten geknetet und das Schwert des Prinzen von Preußen zerbrochen hatte. Sie hüteten sich wohlweislich, ihn vorzeitig auf die Bühne zu rufen. In der Tat vergaß Lassalle bei diesem Räsonnement zwei seiner eigenen Sätze, sowohl den

Satz: Individuen lassen sich täuschen, Klassen nie, als auch den Satz: Lieber noch als die Revolution von unten will die Fortschrittspartei den Despotismus von oben. Bismarck war nicht nur eine Person, sondern auch eine Klasse, und er wußte sehr gut, daß er im Notfalle die Bourgeoisie viel billiger haben könne, als um ein großes Zugeständnis an das Proletariat.

Er liebte die Dreiklassenwahl durchaus nicht, die in den letzten Jahren neben ihrem antidemokratischen auch ihren antifeudalen Charakter so scharf hervorgekehrt hatte, und er sollte sie bald als das „elendeste und widersinnigste“ Wahlsystem kennzeichnen. Er verkannte auch nicht die einladenden Seiten, die das allgemeine Wahlrecht für die Junker hat, solange das ländliche Proletariat unter ihrer Botmäßigkeit steht. Aber sein Klassenbewußtsein war viel zu stark ausgeprägt, um die zweischneidige Art vorzeitig zu probieren. Vorderhand paßte die gemütlich-schläfrige Art, in der die Fortschrittspartei den Verfassungsstreit führte, durchaus in seinen Kram; er hatte nicht nur keinen dringenden, sondern für absehbare Zeit überhaupt keinen Anlaß, in Preußen das allgemeine Wahlrecht zu oktroyieren. Niemand bewies ja schärfer, als Lassalle, die Hoffnungslosigkeit der fortschrittlichen Opposition.

Nur in der deutschen Frage hatte Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts ausgespielt, und diese Frage steckte noch tief in den wirrenreichen Anfängen seiner reaktionären Kabinettspolitik, der Lassalle keinen fortreißenden Atem einhauchen konnte. Bismarck war durchaus ein Diplomat der alten Schule, der nicht daran dachte und nicht einmal daran denken durfte, jenes starke Spiel mit den Karten auf dem Tische zu spielen, das Lassalle ihm zumutete. Die Offenherzigkeit, die er zeitweise heraushing, um seine Verschlagenheit desto besser zu verdecken, glich jener „stärksten Diplomatie, welche ihre Berechnungen mit keiner Heimlichkeit zu umgeben braucht, weil sie auf erzene Notwendigkeit gegründet sind“, doch nur so, wie ein Kamel dem Pferde oder wie die Revolution von oben der Revolution von unten gleicht. Das Großpreußen, das Bismarck erstrebte, konnte alles eher brauchen, als jenes „erhöhte Seelenleben“ und jene „immense Expansivkraft“ der Nation, die Lassalle vom allgemeinen Wahlrechte verhieß.

In seinen Verhandlungen mit Bismarck betrat Lassalle einen falschen Weg, auf den ihn ein Übermaß persönlichen Selbstvertrauens und eine ideologische Unterschätzung des Gewichts verlockte, das moderne Klassen-

kämpfe in sich selber tragen. Gewiß wußte Lassalle gegenüber der Reaktion vollkommen freie Hand zu behalten, und immer durfte er sich sagen, daß er mit ihr spiele und sie nicht mit ihm. Aber der Versuch, mit List in eine Festung zu dringen, die mit Gewalt noch nicht zu erobern war, hat ihn doch zu manchem mißverständlichen Worte verleitet.

---

3. Lassalles Kämpfe mit Justiz und Polizei.

Wie wenig der altpreußische Staat zu überlisten war, hätte Lassalle schon aus der Wut entnehmen können, womit die preußischen Behörden über ihn und seine Agitation herfielen. Bismarck schützte ihn dagegen nicht; er hätte es auch schwerlich gekonnt, selbst wenn er es gewollt hätte. Der Polizeistaat hat seinen Kopf für sich; er reagiert instinktiv auf jeden Versuch, die Massen seiner Fuchtel zu entreißen, und die biederen Polizisten, die das Proletariat von Lassalle weg zu Schulze-Delitzsch drangsalieren wollten, blieben ganz in ihrer Rolle.

Die Art aber, wie Lassalle den Kampf mit Justiz und Polizei führte, gereicht ihm zur höchsten Ehre. Um einen Strohhalm groß sich regen, steht Ehre auf dem Spiel: das war seine Parole in diesem Kampfe, und er sprach oft aus, was der deutsche Liberalismus nie begriffen hat, daß der Polizeistaat nur dann zu einem Rechtsstaat umgewandelt werden könne, wenn jeder einzelne jede ihm widerfahrene widerrechtliche Gewalt aus allen Kräften, über jede Rücksicht hinaus und bis in die vollste Öffentlichkeit hinein verfolge und jedesmal von neuem an das öffentliche Rechtsgewissen des Landes appelliere. Ideologisch wie dieser Gedanke ausgedrückt sein mag, ist er unendlich viel praktischer, als das Verfahren jener praktischen Leute, die sich jeder polizeilichen Willkür fügen, weil ja doch nicht dagegen aufzukommen sei. Hätte die bürgerliche Opposition sich von je zu Lassalles Grundsatze bekannt, so wäre die preußische Preß- und Vereinsfreiheit längst etwas Besseres gewesen, als ein papierener Paragraph der Verfassung. Statt dessen spendete der Liberalismus seinen lauten oder stillen Beifall allen polizeilichen Schikanen, mit denen die junge Arbeiterbewegung zu unterdrücken gesucht wurde. Um so höher ist es zu achten, daß Lassalle bis zur Erschöpfung seiner geistigen und körperlichen Kraft die Freiheit zu schützen suchte, mochte er dadurch auch einen Haß gegen sich erwecken, dem er als einzelner auf die Dauer erliegen mußte.

Der Krieg Lassalles mit der rechtlosen Willkür ist vorbildlich bis auf den heutigen Tag. Trotzdem ist es unmöglich, oder eben deswegen lohnt es sich nicht, ihn in seinen Einzelheiten zu verfolgen. Die polizeilichen Scherereien, womit Lassalle und seine Anhänger verfolgt wurden, sind heute noch viel zu bekannt, als daß sie einer ausführlichen Schilderung bedürften; wer jemals im proletarischen Klassenkampfe mitgestritten hat, der hat sie auch schon am eigenen Leibe erprobt. Haussuchungen und Verhaftungen, Beschlagnahmen und Konzessionsentziehungen, Auflösungen und Verbote, alles auf Grund von Gesetzen, die der polizeilichen Willkür schon einen weiten Spielraum ließen, aber wo sie ihr eine Grenze setzten, ohne Bedenken von ihr übertreten wurden: das waren die erhebenden Mittel, wodurch die heilige Hermandad ihren gesellschafts- und staatserhaltenden Beruf betätigte, gegenüber einer friedlichen und gesetzlichen Agitation für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes im Interesse der arbeitenden Klassen.

Durchaus auf der Höhe der Polizei stand die Justiz. Der Staatsanwälte zu geschweigen, die nur willenlose Werkzeuge des Polizeistaats waren, so hingen auch die Richter in hohem Grade von diesem Staate ab. Sie rekrutierten sich aus den herrschenden Klassen, standen unter harten Disziplinargesetzen, und selbst die besseren von ihnen wurden durch die Kautschukparagraphen des preußischen Strafgesetzbuchs gezwungen, ihre Klassenvorurteile zur Grundlage der Rechtsprechung zu machen. Die Klassenjustiz brauchte weder sich noch andere mit dem Märchen zu täuschen, daß Lassalle ein Reaktionär sei. Sie bestätigte ihm gern, daß er ein anderer Mann sei als die Männerchen der liberalen Opposition. Nachdem sich die Gegenrevolution durch eine Reihe schändlicher Justizmorde befestigt hatte, war sie, gemäß dem verschlafenen Tempo des bürgerlichen Klassenkampfes, mit der Handhabung der von ihr korrumpierten Justiz nicht über eine gewisse Grenze hinausgegangen. In den fünfziger Jahren wurden auf Grund der strafgesetzlichen Kautschukparagraphen verhältnismäßig seltene Anklagen erhoben und verhältnismäßig geringe Strafen verhängt. Eine Gefängnisstrafe wegen Beleidigung, wegen Erregung von Haß und Verachtung, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen u. s. w. war damals schon ein Ereignis, und wenn auf sie erkannt wurde, bemaß sie sich nach Tagen oder höchstens nach wenigen Wochen. Das änderte sich mit einem Schlage, als der Arbeiteragitator Lassalle auf dem öffentlichen Schau-

platze erschien. Die Staatsanwälte überstürzten sich mit Anklagen gegen ihn, die es schwer machten, zu sagen, was an ihnen staunenswerter war: die kindische Logik der Begründung oder die kannibalische Höhe der beantragten Strafen. Neun Monate Gefängnis, zwei Jahre Gefängnis, drei Jahre Zuchthaus: so ging es in rascher Stufenfolge innerhalb eines Jahres, und die Richter waren nicht viel langsamer, die Justiz zum Racheschwerte bedrohter Klassenvorrechte zu machen.

In dem ersten und auch bedeutsamsten Prozesse, den Lassalle zu führen hatte, handelte es sich um das Arbeiterprogramm, das die besitzlosen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die besitzenden Klassen angereizt haben sollte. Die Reden, durch die sich Lassalle erst vor dem Stadtgericht und dann vor dem Kammergericht verteidigte, waren nicht nur Meisterstücke gerichtlicher Beredsamkeit, sondern auch wert- und wirkungsvolle Waffen für das Rüsthaus seiner sozialpolitischen Agitation. Wie seine Assisenrede von 1849, hatte Lassalle sie schon, ehe er sie hielt, im Drucke herausgegeben. Sie büßten dadurch nichts von ihrer kampffreudigen Frische ein, und ebensowenig beeinträchtigte die sorgfältige Vorbereitung das bewundernswerte Maß von Schlagfertigkeit, womit sich Lassalle in allen Wechselfällen der Verhandlungen zurechtfand. In der ersten Instanz vor dem Stadtgericht ging es sehr stürmisch zu, und die Art, wie Lassalle als meisterhafter Debatter trotz aller Unterbrechungen des Präsidenten das Wort immer wieder zu behaupten wußte, war ebenso klassisch, wie die Strafe, die er über den Staatsanwalt v. Schelling verhängte, indem er ihn moralische Spießruten laufen ließ zwischen den Zitaten aus den Werken seines Vaters, des Philosophen v. Schelling.

Die wissenschaftliche Höhe des Arbeiterprogramms vermochten natürlich weder der Staatsanwalt noch die Richter zu erklimmen. Sie halfen sich mit einem Kauderwelsch, von dem Lassalle in seiner beißend scharfen Appellationsrechtfertigung sagte, daß ein Wort das andere aufesse. Wie die Fliegen am Leime, klebten sie am Worte Revolution, das sie nur im „Heugabelsinne“ zu deuten, nur als Mord und Totschlag aufzufassen verstanden. Im Geiste des preußischen „Rechtsstaats“ machten sie kein Hehl daraus, daß vor Arbeitern nicht gesagt werden dürfe, was sonst zu sagen straflos sei. Der einzige Punkt, bei dem sie einen sozusagen sachlichen Anlauf nahmen, war die Bestreitung der Tatsache, daß die indirekten Steuern mit unverhältnismäßiger Wucht auf den arbeitenden

Klassen lasteten. Wohl durfte Lassalle später vor dem Kammergerichte sagen: „Es ist hart, es ist erbitternd, gerade für einen Punkt bestraft zu werden, der sich bereits seit drei Jahrhunderten in der Wissenschaft von Buch zu Buch bis in jeden Leitfaden geschleppt hat, bloß deshalb bestraft zu werden, weil ein Staatsanwalt und ein Gerichtshof niemals ein Kompendium der Staatswirtschaft zur Hand genommen haben.“ Auf das Konto dieser Unwissenheit hin wurde Lassalle zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem der Staatsanwalt neun Monate beantragt hatte. Vergebens beschwor Lassalle die Richter, ihn freizusprechen, um des Andenkens willen, das die Geschichte ihren Namen bewahren werde; sie zogen es vor, ihre Namen — Pielchen, Kolk, v. Wulffen — auf das schwarze Blatt der ungerechten Richter zu schreiben. Den Staatsanwalt v. Schelling aber tröstete eine glänzende Karriere über seine moralische Vernichtung; er hat es bis zum Minister der preußischen und zum Staatssekretär der deutschen Justiz gebracht.

Seiner Verteidigungsrede erster Instanz hat Lassalle den Titel gegeben: Die Wissenschaft und die Arbeiter. Sie gipfelt in dem Bekenntnis: „Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfalle, der für den tieferen Kenner der Geschichte alle Zustände des öffentlichen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzeugend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter! Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, so lange ich atme, mein Leben zu weihen beschlossen habe.“ Die Rede ist durchaus würdig des Arbeiterprogramms, zu dessen Verteidigung sie gehalten wurde, kurz ehe Lassalle das Offene Antwortschreiben erließ: nicht frei von ideologischem Überschwange und eben auch darin echt Lassallisch, aber noch frei von trübender Erbitterung, das Bild eines Kriegers, in dessen blanken Waffen noch einmal heller Sonnenschein blinkt, ehe denn der Staub des Schlachtfeldes aufwirbelt.

Etwas von diesem Staube liegt schon auf der großen Rede, womit Lassalle das Urteil des Stadtgerichts vor dem Kammergericht anfocht.

Sie handelt über die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse, und sie führt den Nachweis, daß die indirekten Steuern das Mittel seien, die Steuerlast von den besitzenden auf die besitzlosen Klassen abzuwälzen, so gründlich und unwidersprechlich, wie er weder vorher noch nachher geführt worden ist. In dieser Beziehung ist sie von bleibendem Wert und genügt für sich allein schon, um die törichte Behauptung zu widerlegen, daß Lassalle ein Dilettant auf ökonomischem Gebiete gewesen sei. Nicht minder schlagend wandte sich Lassalle gegen die Mißhandlung des Wortes Revolution. Er definierte die Revolution nochmals als ein neues Prinzip, das an die Stelle eines bestehenden Zustandes trete, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt, und fügte die berühmt gewordenen Worte hinzu: „In diesem Sinne kann ich sagen, daß ich jedenfalls von dem künftigen Eintreten einer Revolution überzeugt bin. Sie wird entweder eintreten in voller Gesetzlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen beizeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgend eines Zeitraumes hereinbrechen unter allen Konvulsionen der Gewalt, mit wild wehendem Lockenhaar, erzene Sandalen an ihren Sohlen. In der einen oder anderen Weise wird sie kommen, jedenfalls, und wenn ich, mich dem Tageslärme verschließend, in die Geschichte mich vertiefe, so höre ich ihr Schreiten." Mit beißendem Hohne geißelte Lassalle die Klassenjustiz, die nicht verurteile das, was gesagt worden sei, sondern die Person, die es gesagt habe, und den Ort, wo es gesagt wurde. Er durfte sich darauf berufen, daß der Leiter des preußischen statistischen Bureaus, der Geheime Rat Engel, gleichzeitig mit dem Arbeiterprogramm einen Vortrag ganz ähnlichen Inhalts vor dem bürgerlichen Publikum der Singakademie gehalten habe, ohne angeklagt zu werden, und er konnte einen Brief verlesen, worin Engel tapfer genug war, ihm diese Übereinstimmung zu bestätigen und mit leicht verständlichem Winke hinzuzufügen, daß in allen Prozessen fachwissenschaftlichen Ursprungs der Schwerpunkt ebenso in das Gutachten der Sachverständigen gelegt werden müsse, wie bei Prozessen technischen oder kommerziellen Ursprungs. So wiegen in dieser Rede Lassalles die bedeutenden und großen Seiten weitaus vor, aber an einzelnen Stellen spürt man doch, daß er sie im Frühling 1863 abgefaßt hat, unter dem ersten frischen Eindrucke der Verleumdungen, mit denen ihn die Fortschrittspartei überhäufte.

Namentlich spitzte er den sehr richtigen Gedanken, daß die ungeheure Zunahme der indirekten Steuern ein unterscheidendes Merkmal der bürgerlichen Geschichtsperiode sei — einer Periode, die den modernen Absolutismus ebenso umfaßt wie die Bourgeoisrepublik —, dahin zu, daß er der manchesterlichen Bourgeoisie den Staat gegenüberstellte, vor dessen Richtern er plädierte. Er sagte ihnen, sie gehörten ja nicht zu den Manchestermännern, zu jenen modernen Barbaren, die den Staat haßten, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt, und die, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden hätten, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein sittlicher Punkt sei, von wo aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte. „Wie breite Unterschiede Sie und mich auch trennen, meine Herren, — dieser Auflösung alles Sittlichen gegenüber stehen wir Hand in Hand. Das uralte Vestafeuer aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich mit Ihnen gegen jene modernen Barbaren!" Das war eine sehr gefährliche Beweisführung, die von einer reaktionären Demagogie leicht mißbraucht werden konnte und wirklich mißbraucht worden ist; nämlich fünfzehn Jahre später, als der Staat, dem das Kammergericht diente, über die von ihm gewaltsam geknebelte Arbeiterklasse eine neue furchtbare Last indirekter Steuern stürzte, und die „modernen Barbaren" allein, gleichviel aus welchen Beweggründen, sich dieser Auspowerung der Massen widersetzten. Wie wenig Staat mit diesem Staate zu machen war, erfuhr Lassalle selbst gleich durch das Urteil des Kammergerichts. Der höhere Gerichtshof trug zwar gerechte Scheu, sich ebenso bloßzustellen wie der niedere, und er milderte deshalb die Strafe auf hundert Taler herab, aber die juristische Ungeheuerlichkeit des ersten Urteils stieß er nicht um und erkannte ebenso auf die Vernichtung des Arbeiterprogramms.

Der Staatsanwalt v. Schelling rächte sich, indem er wegen der Verteidigungsrede erster Instanz einen Injurienprozeß gegen Lassalle anstrengte, der mit dessen Verurteilung zu einem Monate Gefängnis schloß, und obendrein gegen die Ansprache an die Arbeiter Berlins eine Hochverratsanklage anhängig machte. Diese Anklage nahm Lassalle sehr kaltblütig auf; „sie ist ein reiner Blödsinn und hat ihren Quell bloß

in persönlicher Rachsucht des Staatsanwalts v. Schelling", schrieb er an Dammer. Der Prozeß wurde am 12. April 1864 vor dem Staatsgerichtshofe verhandelt und endete in der Tat damit, daß Lassalle von der Anklage freigesprochen wurde, ein auf gewaltsame Änderung der preußischen Verfassung gerichtetes Unternehmen vorbereitet zu haben. Dagegen wurden zwei andere, damit verbundene Anklagen wegen Schmähung von Staatseinrichtungen und Beleidigung des Staatsministeriums von dem Ausnahmegerichtshofe dem ordentlichen Gerichte überwiesen und zugleich wieder gegen Lassalles Verteidigungsrede eine neue Anklage auf Grund irgend welcher Kautschukparagraphen erhoben. So blieb es bei dem schönen Prinzip: aus jeder vernichteten Anklage wuchsen zwei oder drei neue empor. Die Verteidigungsrede, die Lassalle in dem Hochverratsprozesse hielt, räumte in ihrem ersten Teile mit dem juristischen Widersinn des Oberstaatsanwalts Adelung spielend auf, während der zweite Teil die politische Seite der Anklage beleuchtete und dabei alles das ausführte, was nach Lassalles Ansicht den König und Bismarck veranlassen konnte, die preußische Staatsverfassung durch Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts gewaltsam zu ändern.

Darüber ist das gleiche zu sagen, wie über Lassalles Verhandlungen mit Bismarck überhaupt. Der Fortschrittspartei spielt Lassalle in der Rede härter mit als jemals vorher. Er nennt sie eine Clique, die das Königtum mit einem Halsbande erwürgen wolle, das sie aus seiner Gunst winde. Jedenfalls darf nicht übersehen werden, daß diese Auffassung selbst durchaus der historischen Wahrheit entsprach und stets von Lassalle vertreten worden ist, was immer sich dagegen einwenden läßt, daß Lassalle sie gerade bei dieser Gelegenheit in dieser Form aussprach. In höflicherer Wendung sagte der liberale Publizist H. B. Oppenheim dasselbe, wenn er schrieb: „Die preußische Verfassung war nicht bewaffnet zur Welt gekommen, die Zeichen ihres revolutionären Ursprungs waren längst verwischt, der Stempel der Bewilligung aus der Machtfülle des Königtums war ihr in den Reaktionsjahren aufgeprägt worden." Daraus gerade, daß die Fortschrittspartei ihren angeblichen Kampf um die Freiheit und das Recht des Volkes auf diese Mißgeburt von Verfassung beschränkte, war das Zerwürfnis zwischen ihr und Lassalle entstanden. Auch betonte Lassalle in der Rede vor dem Staatsgerichtshofe immer wieder: Ich bin der Treiber, die Männer an der Regierung aber sind die Getriebenen; er sprach sehr ungeniert von ihrer „Un-

fähigkeit", wenn sie nicht täten, was er verlangte. Wie er Buchers Bitte um eine vorsichtigere Ausdrucksweise abgelehnt hatte, so antwortete er kühl: Das schickt sich nicht, als Bucher ihn bat, sich während der Beratung des Gerichtshofes zu entfernen, um fliehen zu können, falls dennoch auf die dreijährige Zuchthausstrafe erkannt würde, die der Oberstaatsanwalt beantragt hatte.

Ein dritter großer Prozeß entstand aus Lassalles Heerschaurede, die in Düsseldorf mit Beschlag belegt worden war. Er war deshalb besonders bemerkenswert, weil er vor einem Gerichtshofe des liberalen Rheinlandes sich abspielte und der Staatsprokurator seine Tiraden aus der fortschrittlichen Presse schöpfte. Das Verfahren unterschied sich aber sonst nicht von den Prozessen, die Lassalle vor ostelbischen Gerichtshöfen zu bestehen hatte, weder in der Ungerechtigkeit der Anklage und des Urteils, noch in der Schwere der beantragten und verhängten Strafe. Es führte für Lassalle fast noch größere Scherereï mit sich, als irgend ein anderer seiner Prozesse. Die Kontumazialverhandlung erster Instanz hatte mit Lassalles Verurteilung zu einem Jahre Gefängnis geschlossen, durch seine persönliche Verteidigung vor der Berufungsinstanz brachte er die Strafe auf die Hälfte herunter, doch blieb auch hier das Nachspiel nicht aus: eine neue Anklage auf Grund der Verteidigungsrede. Gegenüber Lassalle waren sie wirklich eine „reaktionäre Masse", die liberale wie die konservative Juristerei.

Lassalles Tod kassierte dann den ganzen kläglichen Aktenberg. Aber als sein sterbliches Teil der Klassenjustiz entronnen war, verfolgte sie noch unermüdlich sein unsterbliches Teil. So erkannte das Berliner Stadtgericht am 15. Februar 1865 auf Vernichtung der Rede über die Wissenschaft und die Arbeiter, auf Grund des Haß- und Verachtungsparagraphen. Justiz und Polizei schlugen noch immer mit Spießen und Stangen nach Lassalles Geiste, derweil sich an ihm und an ihnen schon das Dichterwort erfüllte: Dann wird er mitten durch die Schergen Wie ein erhabnes Wesen gehn.

---

4. Bastiat-Schulze.

Inmitten solcher Bedrängnisse hatte Lassalle Kraft und Zeit, seine Streitschrift gegen Schulze-Delitzsch zu schreiben, ein theoretisches Werk, worin er als Arbeiteragitator sein letztes Wort sprach.

Soweit diese Schrift, die im Januar 1864 erschien, gegen Schulze polemisiert, gilt von ihr dasselbe, wie von der Streitschrift gegen Julian Schmidt: sie tut der Person Schulzes manchmal zu viel, weil sie eine ganze faule Sache in dieser Person verkörpert. Freilich hatte Schulze die ihm übertragene Rolle des „Königs im sozialen Reiche" mit großer Selbstgefälligkeit übernommen und war bereit, mit seinem Namen alle kapitalistische Korruption zu decken, wie denn überhaupt jeder polemischen Ausschreitung Lassalles in dieser Zeit die Entschuldigung zur Seite steht, daß sie gegenüber den Sünden der Gegner ein Kinderspiel war. Aber um seiner selbst und um seiner Sache willen hätte Lassalle besser daran getan, von seinen persönlichen Angriffen gegen Schulze die Hälfte zu streichen und die andere Hälfte von der leidenschaftlich-ungestümen auf eine herablassend-verächtliche Klangfarbe zu dämpfen. Diejenigen Abschnitte seiner Schrift — und sie überwiegen durchaus —, in denen sich die ganze sieghafte Kraft seiner Dialektik noch einmal entfaltet und manchmal hinreißender als jemals zuvor, würden dadurch noch gewonnen haben.

Diese Abschnitte sind in ihrer Art wahre Muster positiver Kritik. Es war eine nahezu unmögliche Aufgabe, aus Schulzes Kapiteln zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, die Bastiats verwaschenes Gerede abermals verwuschen, die richtigen Gesichtspunkte zur Erkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft zu gewinnen. Aber Lassalle hat das nahezu Unmögliche möglich zu machen gewußt, und die Hoffnung, die er in der Vorrede aussprach, mag schon richtig gewesen sein: seine Sterne führten ihn günstiger, indem sie ihn zwangen, die wichtigsten Fundamentalsätze der wissenschaftlichen Nationalökonomie in der weit höheren Eindringlichkeit und Lebendigkeit der polemischen Form darzustellen, als wenn sie ihm gestattet hätten, die Grundlinien der wissenschaftlichen Nationalökonomie in einem systematischen Werke schrittweise zu entwickeln. Für die erschöpfende Lösung dieser Aufgabe war Lassalle zu sehr Jurist und Philosoph, und sein ökonomisches Werk würde neben dem ökonomischen Werke von Marx bestanden haben, wie ein hölzernes Linienschiff neben einem Hochseepanzer, während der Bastiat-Schulze diesem Hochseepanzer voranlief wie ein flinkes Torpedoboot, das einstweilen eine furchtbare Verheerung unter den alten wurmstichigen Kästen der feindlichen Flotte anrichtete.

Im Bastiat-Schulze zerriß Lassalle alle Schleier, die das Manchestertum und in anderer Weise auch die historische Schule über das Wesen

der kapitalistischen Gesellschaft verbreitet hatten: die beschränkte Vorstellung, als ob die Zustände dieser Gesellschaft die ewigen Naturzustände der Menschheit seien, die trügerische Vorspiegelung von der Selbsthilfe, die den einzelnen, auf sich selbst angewiesenen Menschen zu seines Glückes Schmied machte, die systematische Fälschung der ökonomischen Kategorien zur höheren Ehre der Bourgeoisie, die Behauptung, daß Kapitalien nur durch Sparen entstehen könnten, daß der Unternehmergewinn ein Lohn für geistige Arbeit oder moralische Entsagung sei und ein Dutzend ähnlicher Tendenzmären, die damals als reinste Früchte der Wissenschaft auf Markt und Gassen feilgeboten wurden. Aus ihrer kritischen Auflösung entwickelte Lassalle die tatsächliche Wahrheit; er wies nach, daß die kapitalistische Produktionsweise eine historische Kategorie, eine bestimmte Geschichtsperiode sei, deren Entstehung und deren Auflösung er in gleich einleuchtender Weise zu schildern wußte. Er legte den historischen Prozeß dar, durch den das Kapital mit dem Arbeiter die Rollen vertauscht, den lebendigen Arbeiter zum toten Arbeitsinstrument herabgesetzt und sich selbst, das tote Arbeitsinstrument, zum lebendigen Zeugungsorgane entwickelt habe, und er zeigte, wie die schreienden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft darauf hindrängten und nur dadurch gelöst werden könnten, daß die große Produktion der gesamten Gesellschaft das Kapital wieder zum toten dienenden Arbeitsinstrument degradiere und damit zugleich neue Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums eröffne. Gerade das bürgerliche Eigentum sei ein anarchischer Sozialismus, eine Verteilung des Eigentums von Gesellschafts wegen, eine Verkennung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die sich für diese Verkennung als rohe Naturmächte rächten und die kapitalistische Produktionsweise zu einem Ball- und Glücksspiele machten, wobei der Rücken der arbeitenden Klassen der grüne Tisch sei, auf dem die Spekulanten und Unternehmer ihre Gewinn- und Verlustchancen auskämpften. Es sei das eigentümliche Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaft, auf ökonomischem Gebiete die Selbstverantwortlichkeit der einzelnen aufzuheben, und gerade der Sozialismus wolle durch die vernünftige Berücksichtigung des Gemeinsamen und Solidarischen in der menschlichen Gesellschaft die Freiheit und Zurechnungsfähigkeit der Menschen herstellen.

Im einzelnen enthält der Bastiat-Schulze manches, was vom Standpunkte der heutigen wissenschaftlichen Erkenntnis aus anfechtbar oder

unhaltbar erscheint, im ganzen war er zur Zeit seines Erscheinens, historisch und theoretisch, eine Leistung, die, mit der einzigen Ausnahme von Marx und Engels, kein Lebender hätte besser oder gleich gut machen können. Nichts haltloser, als wenn Roscher mit seinem ängstlich-langweiligen Wuste von verschwommenen Begriffen und kahlen Notizen auf den „Feuilletonisten“ Lassalle herabzusehen versuchte. Der Bastiat-Schulze schlug dreimal die ganze bürgerliche Gelehrsamkeit. Sie hat dafür eine ihrer würdige Revanche genommen, indem sie seit dreißig Jahren nachzuweisen versucht, daß die Geschichte der politischen Ökonomie noch keinen so merkwürdigen und vielseitigen Plagiator gesehen habe, wie Lassalle gewesen sei.

Leider haben Lassalles nächste Freunde mit diesem unholden Spuk begonnen. Ziegler behauptete, Lassalle habe seine ganze Theorie aus dem Fourieristen Toussenel entnommen, Bucher aber vernichtete angeblich und verheimlichte tatsächlich einen Agitationsplan aus Lassalles Nachlaß, weil dieser Plan nach einem Gutachten von Rodbertus aus Proudhon abgeschrieben sein sollte. Daß Rodbertus selbst von Lassalle nachgeahmt worden sei, ist von den verschiedensten Seiten in die Welt posaunt worden. Andere sagten, Lassalle sei der reine Buchez, und wieder andere, er sei der reine Bazard, ein halbes Schock noch anderer aber, er sei der reine Louis Blanc. Daß er zu alledem auch noch Marx geplündert hat, gehört zur alltäglichen Weisheit hoffnungsvoller Privatdozenten. Die kühneren Geister unter ihnen sehen denn auch ein, daß es nachgerade an der Zeit sei, der alten Leier einen neuen Ton einzufügen, und so wissen sie zu erzählen, daß Lassalle einen Aufsatz geplündert habe, den Marx erst mehrere Monate nach Lassalles Tode veröffentlicht hat. Mit der genialen Wendung, daß Lassalle die Schriften anderer Sozialisten zu plagiieren verstanden haben soll, nicht nur soweit sie vor seinem Tode erschienen waren, sondern auch soweit sie nach seinem Tode erschienen sind oder noch erscheinen werden, wird dem Ehrgeize bürgerlicher Forschung allerdings ein unabsehbares Feld geistreicher Entdeckungen eröffnet.

Die Methode dieser Forschung ist ebenso lieblich wie ihr Ergebnis. Da der Sozialismus seit Saint-Simon und selbst schon seit Thomas More aus den Übelständen der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen ist und diese Übelstände beseitigen will, so gibt die Gemeinsamkeit des Ursprungs und des Ziels allen Sozialisten der neueren Zeit eine ge-

wisse gemeinsame Denkrichtung. Innerhalb dieser Gemeinsamkeit wird das Wesen, Wirken und Wollen des einzelnen Sozialisten durch seine natürlichen Anlagen, durch seine Bildung und Erziehung, durch die jeweilige Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassenkämpfe, durch die schon erreichte Höhe sozialistischer Erkenntnis, kurz, durch das ganze historische Milieu bestimmt, worin er denkt, handelt und spricht. Alles das ist zu untersuchen, wenn man feststellen will, welche Stellung einem einzelnen Sozialisten in der Geschichte des Sozialismus gebührt. Ihn bloß nach den allgemeinen Zügen zu beurteilen, die dem modernen Sozialismus gemeinsam sind, ist so gescheit, als wenn ein Naturforscher behaupten wollte, Löwe und Schaf oder Maus und Walfisch seien dieselben Tiere, weil sie die Eigenschaften der Säugetiere gemeinsam haben. Zuzugeben ist immerhin, daß diese unsinnige Methode historischer Kritik ihren sinnigen Grund hat. Je greifbarer und schärfer ein einzelner Sozialist einer bestimmten Gesellschaft auf den Leib gerückt ist, um so mehr bemühen sich die Schönfärber dieser Gesellschaft, ihn als einen abstrakten Schemen darzustellen, der sich allerlei allgemeine Schlagworte aus allen möglichen Winkeln zusammengeklaubt habe. Den theoretisch-wissenschaftlichen Werken Lassalles, die nicht in die Massen gedrungen sind, hat noch kein deutscher Professor oder Privatdozent die Originalität abgestritten; umgekehrt, je mehr das große theoretische Werk von Marx Gemeingut der Massen wird, um so häufiger erscheinen Universitätsschriften mit dem tröstlichen Nachweise, daß Marx auch solch elender Plagiarius gewesen sei wie Lassalle.

Lassalle selbst hat sich nie als einen bahnbrechenden sozialistischen Theoretiker ausgegeben; er hat nicht einmal als sozialistischer Agitator behauptet, neue Gedanken in die Massen zu werfen. Im Gegenteile! Er wird nicht müde zu wiederholen, daß er den Arbeitern nur absolut Feststehendes und leicht zu Begründendes geben wolle, daß er ihnen nichts sage, was nicht längst in der Wissenschaft festgestellt sei, was sich die Männer der Wissenschaft nicht längst an den Schuhsohlen abgelaufen hätten. Wenn Lassalle sich dabei auf bürgerliche Autoritäten zu berufen liebte, so nicht, weil er damit irgend welchen Diebstahl an sozialistischen Vorgängern verdecken wollte, sondern aus dem von ihm selbst ganz offen angegebenen Grunde, weil er mit solchen Autoritäten seine bürgerlichen Gegner desto nachdrücklicher schlagen konnte. Der historische Schwerpunkt seiner Agitation liegt nicht darin, ob seine

einzelnen Forderungen und Gedanken schon von anderen mehr oder weniger ähnlich ausgesprochen worden seien, sondern darin, ob er den historischen Augenblick, wo der politische Klassenkampf des deutschen Proletariats organisiert werden mußte, richtig erkannt und ob er diesen Kampf richtig zu organisieren verstanden habe. Nur in dieser Beschränkung kann es sich überhaupt darum handeln, ob Lassalle den Vertretern der sozialistischen Theorie und Praxis, von denen er gelernt hat, in seinen Agitationsschriften immer gerecht geworden ist.

Tatsächlich schuldet Lassalle dem Utopismus gar nichts, dem kleinbürgerlichen Sozialismus einiges, um so viel mehr aber dem modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Ob er in den einzelnen Gedanken oder auch Redewendungen, womit er sich an die französische Sozialdemokratie der vormärzlichen Zeit anlehnte, jedesmal seine Quelle hätte angeben sollen, das ist eine Frage, die sich nur von Fall zu Fall entscheiden ließe. Soll sie ehrlich entschieden werden, so würde sie weit mehr Arbeit und Mühe kosten, als sie schließlich wert ist. Im Wesen der Sache war die deutsche Sozialdemokratie, die Lassalle begründete, grundverschieden von der französischen Sozialdemokratie der Louis Blanc und Genossen; so hatte Lassalle, der sich auf Schritt und Tritt hüten mußte, perfiden Gegnern neuen Anlaß zu Verdrehungen zu geben, triftigen Anlaß genug, sich nicht auf den französischen Sozialismus zu berufen, was er eben nur in sehr äußerlichem und sehr verklausuliertem Maße hätte tun können, und was nicht zu tun im schlimmsten Falle mehr eine Unhöflichkeit, als eine Ungerechtigkeit war.

Ganz anders steht es um Lassalles Verhältnis zum modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Seine Agitation und namentlich der Bastiat-Schulze ist nicht denkbar ohne die geistige Vorarbeit von Marx. Nun zitiert Lassalle in seiner ökonomischen Hauptarbeit einmal die Schrift, die Marx im Jahre 1859 zur Kritik der politischen Ökonomie veröffentlicht hatte, und er zitiert sie nicht nur, sondern überhäuft sie mit den lebhaftesten Lobsprüchen, indem er sie in einem Atemzuge äußerst bedeutend, meisterhaft, vortrefflich, epochemachend, ausgezeichnet nennt. Gegenüber diesem nicht übertriebenen, aber überladenen Lobe sieht es wie rauhe Unfreundlichkeit aus, wenn Marx in der Vorrede zum ersten Bande des Kapitals sagt, Lassalle habe in der Wiedergabe dessen, was er in der Schrift von 1859 über Wertgröße und Wertsubstanz entnommen habe, „bedeutende Mißverständnisse“ begangen. Noch unfreund-

licher klingt der Zusatz, den Marx „en passant“ macht: „Wenn F. Lassalle die sämtlichen allgemeinen theoretischen Sätze seiner ökonomischen Arbeiten, zum Beispiel über den historischen Charakter des Kapitals, über den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsweise u. s. w. u. s. w. fast wörtlich, bis auf die von mir geschaffene Terminologie hinab, aus meinen Schriften entlehnt hat, und zwar ohne Quellenangabe, so war dieses Verfahren wohl durch Propagandarücksichten bestimmt. Ich spreche natürlich nicht von seinen Detailausführungen und Nutzanwendungen, mit denen ich nichts zu tun habe.“ Im Hinblick wohl auf diese Stelle sagt ein bürgerlicher Biograph Lassalles, Marx habe sich persönlich so weit von Lassalle entfernt, wie sich ein schwerfälliger und verbissener Geist von einem gewandten und beredten Geiste zu entfernen pflege. Aber das ist ein grundloser Ausfall gegen Marx, und man braucht nur die Tatsachen selbst sprechen zu lassen, um eine Erklärung zu finden, die jedem der beiden Männer das Seine gibt, ohne gegen einen oder auch gegen beide ungerecht zu sein.

Wie weit Lassalle davon entfernt war, sich heimlich mit den Federn von Marx zu schmücken, geht schon aus dem hohen Werte hervor, den er stets darauf legte, mit Marx zusammenzuarbeiten, zeigt sein bis in den Sommer 1862 hinein bekundetes Bestreben, gemeinsam mit Marx die Arbeiteragitation in Deutschland zu beginnen. Wenn aber Marx mit Lassalles „Detailausführungen und Nutzanwendungen nichts zu tun“ haben wollte, wenn er mit anderen Worten die besondere Form verwarf, die Lassalle der deutschen Arbeiterbewegung geben zu müssen glaubte, so befand sich Lassalle offenbar in einer Zwangslage. Er konnte weder seine wissenschaftliche Überzeugung in dem verleugnen, was er von Marx gelernt hatte, noch auch konnte er sich auf Marx berufen, ohne eine öffentliche Auseinandersetzung über das hervorzurufen, worin sie nicht übereinstimmten. Insoweit, aber auch nur insoweit, sind es gewiß „Propagandarücksichten“ gewesen, die Lassalles Verfahren bestimmten, und fast scheint es, als habe er das eine Mal, wo er sich in völliger Übereinstimmung auf Marx berufen zu können glaubte, durch die Fülle des Lobes ausgleichen wollen, was er an anderen Orten widerwillig genug unterlassen mußte. Diese „Propagandarücksichten“ hat Marx nun aber auch geachtet, nicht nur solange Lassalle lebte, sondern auch über seinen Tod hinaus, und das fällt um so schwerer

ins Gewicht, als Lassalle an der einen Stelle, wo er sich auf Marx beruft, den Auffassungen von Marx großen Eintrag tut. Marx hat das Verhältnis erst klargestellt, als er im ersten Kapitel des Kapitals seine früheren Ausführungen über Ware und Geld nochmals zusammenfaßte und möglichst popularisierte, gerade mit Rücksicht auf die „bedeutenden Mißverständnisse“, die Lassalle hineingebracht hatte.

Diese Mißverständnisse liefen im Grunde auf den tiefsten Unterschied hinaus, der zwischen Lassalle und Marx bestand, auf den Unterschied zwischen rechtsphilosophischer und ökonomisch-materialistischer Auffassung. Lassalle zerpflückte im Bastiat-Schulze die Kategorie des Dienstes, die von Bastiat und anderen Sophisten des Kapitalprofits der Werttheorie der englischen Ökonomie untergeschoben worden war. Er stellte diese Theorie wieder in ihrer Reinheit her, im Sinne Ricardos, wonach sich alle Werte in Arbeitsquanta und diese in Arbeitszeit auflösen. Er entwickelte dann an der Hand von Marx, daß in einer Gesellschaft, wo der einzelne nicht Gebrauchs-, sondern Tauschwerte produziert, wo der einzelne nicht für seine, sondern für aller anderen Leute Bedürfnisse arbeitet, nicht die individuelle Arbeitszeit als solche den Wert der Waren bildet und mißt, sondern nur soweit sie allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit verkörpert, die im Gelde ihr selbständiges Dasein gewinnt. Jedoch enthielt Lassalles Annahme, mit dieser Darlegung über das Geld und die gesellschaftliche Arbeitszeit als Maßeinheit des Wertes den „gedrängten Gedankenextrakt“ aus dem gegeben zu haben, was Marx über Wertgröße und Wertsubstanz ausgeführt hatte, allerdings „bedeutende Mißverständnisse“. Er nahm aus der Werttheorie, die Marx entwickelt hatte, nur das, was seiner rechtsphilosophischen Weltanschauung zusagte: den Nachweis, daß die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit, die den Wert bilde, die gemeinsame Produktion der Gesellschaft notwendig mache, um dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern. Für Marx aber war die von ihm entwickelte Werttheorie die Lösung aller Rätsel, welche die kapitalistische Produktionsweise einschließt, ein Faden, woran sich die Wert- und Mehrwertbildung verfolgen ließ als ein weltgeschichtlicher Prozeß, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzen muß. So übersah Lassalle den Unterschied zwischen der Arbeit, sofern sie in Gebrauchswerten, und der Arbeit, sofern sie in Tauschwerten resultiert, jene zwieschlächtige Natur der in den Waren enthaltenen Arbeit, die Marx dann im ersten Bande des Kapitals nochmals aus-

führlich nachwies als den Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht. Auf dem neuen Wege, den Marx gebahnt hatte, ging Lassalle eine Strecke mit, um diesen Weg dann durch seine moralisch-rechtliche Auffassung der Werttheorie wieder zu versperren, und es ist ganz selbstverständlich, daß Marx dies Hindernis wegräumen mußte, als er seine Arbeit von 1859 fortzuführen unternahm.

Die wehleidigen Gemüter, die heute über das Unrecht klagen, das Lassalle von Marx zu befahren gehabt hat, verstehen sich sicherlich nicht auf Marx, aber noch viel weniger auf Lassalle. Er war ein viel zu aufrichtiger und ernster Jünger der Wissenschaft, um nicht die Aufklärung eines fundamentalen Irrtums willkommen zu heißen, selbst wenn sie auf seine Kosten erfolgte. Er hätte die Befreiung von einem unwillkommenen Zwange darin gesehen, daß Marx sein geistiges Eigentum wieder einforderte. Und erst recht könnte er es sich gefallen lassen, daß Max mit seinen „Detailausführungen und Nutzanwendungen nichts zu tun" haben wollte. Sie waren die Waffen, mit denen Lassalle das deutsche Proletariat ausrüstete, und die deutsche Arbeiterbewegung aus fünfzehnjährigem Schlummer wieder erweckt zu haben, das ist, wie Marx ein anderes Mal sagt, Lassalles unsterbliches Verdienst.

---

5. Lassalle und die Arbeiter.

Die gewaltige Arbeitslast, die Lassalle im Winter von 1863 auf 64 zu bewältigen hatte, gipfelte in der Sorge um den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Entwickelte sich dieser zu einer großen politischen Macht, so war das Hauptziel erreicht, und was sonst gelang oder mißlang, konnte als Nebensache gelten. Blieb diese Entwicklung aus, so hatte Lassalle nach seiner eigenen Auffassung doch den großen Einsatz verloren, an den er eine schier übermenschliche Tatkraft setzte. Und in seinem Sinne erfüllten sich die Hoffnungen nicht, mit denen er seine Agitation begonnen hatte.

An und für sich zwar wuchs der Verein in ganz achtungswertem Umfange. Die tausend Mitglieder, die er im Herbst 1863 gezählt hatte, verfünffachten sich nahezu binnen Jahresfrist. Aber damit blieb der Verein doch nur in den spielerischen Grenzen, die Lassalle verabscheute, und zudem vollzog sich dieses Wachstum so aufreibend und qualvoll, daß Lassalle in trüben Stunden „des Ekels voll, sehr voll" wurde.

Die Dinge sahen in Wirklichkeit ganz anders aus, als Lassalle sie sich auf dem Papier ausgemalt hatte. Es war unmöglich, ein geschlossenes Arbeiterheer von heute auf morgen aus dem Boden zu stampfen.

Wenn es falsch ist, zu sagen, daß Lassalles Agitation aus persönlichem Ehrgeiz entsprungen sei, so ist es mindestens übertrieben, zu sagen, daß Lassalle nur ein historisch-wissenschaftliches Interesse am Emanzipationskampfe des Proletariats genommen habe. Es liegen beweiskräftige Zeugnisse genug für die Tatsache vor, daß ihn eine tiefe Sympathie zur Arbeiterklasse zog, daß er mit ihr zu empfinden und zu fühlen wußte. Was ihm aber doch im wesentlichen fremd blieb, das war ihr inneres Leben als Masse, der mühsame Kampf mit dem Elend und der Not, mit dem Alltäglichen und Kleinen, durch den sie sich auf den sicheren Boden ihres modernen Klassenbewußtseins emporarbeiten muß, die vergeblichen Anläufe und die peinlichen Rückfälle, die davon unzertrennlich sind. Niemals und nirgends kann die moderne proletarische Revolution wie Pallas Athene aus dem Haupte eines kühnen Denkers geboren werden, und für die „Halbheiten, Erbärmlichkeiten und Schwächen ihrer ersten Versuche" hatte Lassalle kein rechtes Verständnis, wenigstens kein so scharfes Verständnis, wie Marx und Engels dafür hatten.

Das deutsche Proletariat begann zu erwachen, und mit ihm der Geist der freiwilligen Disziplin und Solidaritiät, der seinen Emanzipationskampf beseelen muß. Lassalles zündende Beredsamkeit verstand, diesen Geist im Sturme mit sich fortzureißen, aber dem schnellen Aufschäumen folgte ein ebenso schnelles Abschäumen. Von den Tausenden, die atemlos an Lassalles Lippen gehangen hatten, schrieben sich höchstens Hunderte in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein, und von diesen Hunderten erfüllten kaum Dutzende die Pflichten, die sie damit übernahmen. Das war für Lassalle die bitterste Enttäuschung, während es in Wirklichkeit ein ganz unvermeidlicher und in seinen Folgen heilsamer Prozeß war. Die moderne Arbeiterklasse muß sich selbst ihr Schicksal schmieden, um es für immer in starken Händen zu halten; der Zwischenraum, der zwischen ihrer ersten mächtigen Aufrüttelung und ihrer dauernden Organisation in kampffähigen Bataillonen liegt, muß durchschritten, kann nicht überflogen werden.

So kam es, daß Lassalle selbst die Wirkungen seiner Agitation beträchtlich unterschätzte. Es war noch feuchtes Holz, in das die von ihm

gestreuten Funken fielen, und sehr mit Unrecht hielt er sie für erloschen, weil sie nicht gleich in helle Flammen aufschlugen. Was er in die Massen warf, das wirkte weit über die Stunde, den Tag und das Jahr hinaus. Und die Hauptsache gelang ihm doch: er schuf das feste Knochengerüst für ein mächtiges Arbeiterheer. Eine Kerntruppe, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, ließ sich nicht mehr werfen und ist im ärgsten Sturm und Drang nicht mehr geworfen worden. Fast zur selben Zeit, nur wenige Monate später, als Lassalle „über die tiefe, schmerzliche Enttäuschung, den fressenden inneren Ärger" klagte, den ihm die Gleichgültigkeit und Apathie der Arbeitermasse einflöße, als er das métier de dupe verfluchte, bei dem er sich innerlich zu Tode ärgere, um so mehr als er diesem Ärger nicht Luft machen könne und ihn nach innen würgen, oft noch das Gegenteil behaupten müsse, zu dieser selben Zeit schrieb ein kluger und unbefangener Beobachter, wie Albert Lange, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sei eine „außerordentlich wirksame Pflanzschule leitender Köpfe im Arbeiterstande", und fügte hinzu, daß wer wirklich mit den Arbeitern umgehe, leicht einsehen müsse, daß der Einfluß dieses Vereins viel weiter reiche als seine Mitgliederlisten; unter den rheinischen Arbeitern gebe es Anhänger Schulzes überhaupt nicht mehr in nennenswerter Anzahl.

Allerdings war der Verein unter diesen Arbeitern auch stärker vertreten als irgendwo sonst. Von den 4610 Mitgliedern, die im Herbste 1864 gezählt wurden, entfiel mehr als die Hälfte auf das Rheinland, und von dieser Hälfte wieder mehr als die Hälfte auf Elberfeld-Barmen und die ländlichen Vorposten der im Wuppertale altheimischen, durch die Fortschritte der Technik und die Konjunkturen des Weltmarkts unausgesetzt revolutionierten Textilindustrie, namentlich auf Ronsdorf und Wermelskirchen. Hugo Hillmann, der Bevollmächtigte für Elberfeld, bestrich unermüdlich die ganze Gegend, ein geborener Agitator und politisch nichts weniger als ein unsicherer Kantonist, wofür er in seiner Londoner Exilszeit einmal ohne Grund gegolten hatte, aber persönlich bei zerrütteten Vermögensverhältnissen durchaus nicht peinlich in der Wahl seiner Hilfsmittel und deshalb viel angefochten. Auf die Klagen des Vereinskassierers über Hillmann antwortete Lassalle wohl ärgerlich, es gehe ihm mit Hillmann wie dem ersten Napoleon mit Davoust, hätte er zwei solche, so müßte er einen davon erschießen lassen, aber da er nur den einen habe, so brauche er ihn.

Neben Elberfeld-Barmen war Solingen mit 500 Mitgliedern ein Mittelpunkt der rheinischen Bewegung. Hier hatte Lassalle in Karl Klings und Eduard Willms eifrige Anhänger gewonnen. Der Solinger Arbeiterbildungsverein löste sich vollständig in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf, und der Solinger Konsumverein erklärte öffentlich, er sei seit seinem anderthalbjährigen Bestehen immer weit entfernt gewesen von der „geradezu lächerlichen und prahlerischen Ansicht", als könne durch Konsumvereine die Klassenlage der Arbeiter gehoben werden; er habe immer nur die Absicht gehabt, seine Mitglieder gegen den Wucher des Kramladens und die immer mehr um sich greifende Verfälschung aller Lebensmittel zu sichern. Die Schleifer und Scherenarbeiter, die Schwertfeger und Schwertschmiede Solingens hatten seit Jahrzehnten die Rutenstreiche des Kapitals so schwer empfunden, daß sie den proletarischen Klassenkampf leicht und schnell begriffen. In Remscheid, Hagen, Iserlohn legten handwerksmäßige Vorstellungen der Propaganda noch starke Hindernisse in den Weg, ähnlich in Krefeld auf dem linken Ufer des Rheins. Dagegen ging es in Duisburg mit seiner starken Fabrikbevölkerung rüstig vorwärts, ebenso in Düsseldorf, wo persönliche Erinnerungen an Lassalles Leben am Rheine mitwirkten; jede der beiden Städte zählte etwa 250 Mitglieder. Langsamer entwickelte sich Köln, wo die rheinische Bourgeoisie den stärksten Gegendruck ausübte. Moses Heß war im Dezember 1863 nach Paris zurückgekehrt, und sein Nachfolger im Amte des Bevollmächtigten vermochte die Ungunst des Terrains nicht durch persönliche Geschicklichkeit auszugleichen.

Nächst den Rheinlanden war Hamburg und das benachbarte Harburg die Hauptburg des Vereins. Beide Städte musterten etwa 700 Mitglieder. Der klassische Platz des deutschen Großhandels bot dem proletarischen Klassenkampfe ähnlich günstige Bedingungen wie die klassische Stätte der deutschen Großindustrie. Der Hamburger Arbeiterbildungsverein stammte noch aus dem Jahre 1848 und hatte unter der Asche der Reaktionsjahre fortglimmende revolutionäre Funken genährt; daneben waren in den fünfziger Jahren in Hamburg die beiden größten Konsumvereine Deutschlands entstanden. Als dann die nationalvereinliche Strömung in den Bildungsverein überschlug, entwickelte sich sofort aus seiner Mitte eine energische Opposition. Ihr Führer war Jürgen Lüders, der Ökonom des Bildungsvereins, und ihr Hauptredner August

Perl, seines ursprünglichen Berufes ein Advokatenschreiber, der von einem jener Konsumvereine als Buchhalter angestellt worden war. Er wurde wegen seiner Opposition aus dem Bildungsverein ausgeschlossen und Jürgen Lüders als Ökonom abgesetzt, worauf dieser eine kleine Wirtschaft auftat, in der Perl mit seinem Anhange verkehrte. Zu ihnen gesellte sich im November 1862 der junge Jakob Audorf, der als Schlosser am Schraubstock und in der Schmiede fünf schwere Lehrjahre durchgemacht, dann auf fünf Wanderjahren in Deutschland, der Schweiz, Paris, London viel erlebt und erlernt hatte. Echtes Proletarierblut, stand er den Massen näher als Perl, der nicht unbegabt war und es später sogar noch zum Doktor und Rechtsanwalt gebracht hat, aber damit auch der Arbeiterbewegung verloren gegangen ist. In Harburg war Bevollmächtigter des Vereins Theodor York, ein kühner trotziger Proletarier, dem es auf den Vorwurf der Widerhaarigkeit wenig ankam, wenn es galt, die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung zu sichern. Von Hamburg übertrug Gustav Deckwitz, ein junger Tischlergeselle, die Bewegung nach Bremen, doch ließ er sich von dem Senat einschüchtern, der die Tatsache, daß in Bremen kein Vereinsgesetz bestand, dahin auslegte, daß in Bremen kein politischer Verein geduldet werden brauche. So beschränkte sich Deckwitz auf eine stille Agitation, die nur einige Dutzend Mitglieder eintrug.

Das Königreich Sachsen war nicht seiner industriellen Bedeutung entsprechend im Verein vertreten. Es stellte ungefähr ebensoviel Mitglieder wie Hamburg und Harburg zusammen, wovon die Hälfte auf Leipzig mit seinen industriellen Vororten Konnewitz, Stötteritz, Thonberg entfiel. Ehe Vahlteich im Herbst 1863 nach Berlin übersiedelte, hatte er die Agitation nach Großenhain, Großburgk, Neugersdorf, Roßwein getragen, mit anfänglich nicht unbedeutendem, aber schnell zusammenschrumpfendem Erfolge. Ein Bericht aus Neugersdorf spricht sich darüber aus wie folgt: „Die Mitglieder wagen nicht, sich öffentlich für Lassalle zu bekennen wegen der Verfolgungen. Ein Weber verdient schon lange täglich nicht mehr als höchstens 3 Silbergroschen 6 Pfennig. Aus diesem Grunde war auch der Beifall erklärlich, den Herr Vahlteich erntete. Allgemein glaubten die Arbeiter, es ginge an ein Losschlagen, die Zustände zu verbessern.“ Drastischer, als in diesen schlichten Worten eines Arbeiters, lassen sich die scheußlichen Wirkungen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie nicht schildern: Hungerlöhne

im furchtbarsten Sinne des Wortes, die das Seelenleben des ausgebeuteten Proletariats zwischen sklavischer Furcht und wilder Rachsucht hin- und herschleudern.

In den entwickelteren Arbeiterschichten des Königreichs Sachsen besaß der bürgerliche Radikalismus, der sich hier nicht so abgewirtschaftet hatte, wie am Rheine, noch immer großen Einfluß; das dichte Netz von Arbeiterbildungsvereinen, das Sachsen links der Elbe bedeckte, konnte nicht mit einem Schlage zerrissen werden. In Dresden stieg die Mitgliederzahl kaum auf ein Dutzend, unter denen der Kupferschmied Försterling weniger durch Talent als durch Eifer hervorragte. In Leipzig blieb Wuttke dem Vereine treu und hielt den Mitgliedern Vorträge über den französischen Sozialismus. Es wird berichtet, daß er nicht großen Beifall fand, was sich daraus erklären würde, daß seine Fähigkeit der Darstellung nicht auf gleicher Höhe mit seiner Gelehrsamkeit stand. Bevollmächtigter für Leipzig war Dammer, der, ein junger Gelehrter mit einem Einkommen von 300 Talern und einer schnell anwachsenden Familie, durch den persönlichen Kampf ums Dasein schwer bedrängt wurde; so ruhte die Agitation vornehmlich in den rüstigen Händen Fritzsches, der zur alten Garde der Dresdener Maikämpfer gehörte.

In den schlesischen Weberbezirken nahmen die Dinge einen besseren Fortgang als in den sächsischen, doch erst nach Lassalles Tode. Was ihm selbst noch viele Freude ohne rechten Grund und viele Plage ohne rechten Erfolg gemacht hat, war ein kleiner Anhang, den er in dem böhmischen Orte Asch gewann. Er bestand aus etwa hundert Strumpfwirkern und Webern, braven und ehrlichen Leuten, die durch die Maschine aufs Pflaster geworfen waren und den „Hungertod als Ausgang solcher Weltkomödie“ vor Augen sahen. Aber nur in ihrer frommen, nicht in ihrer revolutionären Gesinnung mochten sie „Abkömmlinge der alten Hussiten“ sein, wie Lassalle sie nannte. „Nach der Bibel muß sich hoch und niedrig richten, und das gerade ist die Tendenz des Präsidenten Herrn Lassalle und seiner helldenkenden Anhänger“, schrieb der Strumpfwirker Martin, den Lassalle zum Bevollmächtigten für Asch ernannt hatte. Diese völlige Unklarheit zeigte zur Genüge, daß es sich bei den Mitgliedern in Asch um einen wilden Schößling, nicht um eine echte Wurzel der Agitation handelte, wodurch Lassalles Bemühungen, seine dortigen Anhänger vor den Bedrückungen

der Behörden und Fabrikanten zu schützen, natürlich nicht schlechter wurden.

In Süddeutschland fand die Agitation nur geringen Boden, was teils durch ihren preußischen Ursprung, teils durch das noch immer starke Übergewicht des süddeutschen Kleinbürgertums verursacht sein mochte. In Frankfurt a. M. waren Heymann und Theodor Müller nicht zu bewegen gewesen, ein Amt des Vereins anzunehmen, obgleich ihre Sympathien bei der Sache blieben. Auch der Frankfurter Arbeiterbildungsverein bestand fort, weil Müller in erster Reihe die Bildungsbestrebungen der Arbeiter fördern wollte und Lassalle aus Rücksicht auf die ihm von Müller geleisteten Dienste diesen Willen respektierte; sein Versuch, Sonnemann wegen dessen Umtriebe auf dem Züricher Arbeitstage aus dem Verein stoßen zu lassen, scheiterte an zwei Stimmen Mehrheit. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begann in Frankfurt mit 67 Mitgliedern, die in langsamem, aber stetigem Wachstum blieben. Es waren zur Hälfte Schneider, daneben andere Handwerker, wie der Gürtler Fritz Ellner und der Portefeuillearbeiter Welcker, auch einzelne Literaten, wie Bernhard Becker und der junge Heinrich Oberwinder. Mit Schweitzer hatte Lassalle seinen Willen doch nicht durchgesetzt; durch seine Vermittlung wurde Schweitzer dann Mitglied in Leipzig. Nachdem sich der anfängliche Bevollmächtigte in Frankfurt, der Zigarrenhändler Strauß, als unzuverlässig erwiesen hatte, trat Bernhard Becker an seine Stelle. Viel schlimmer als in Frankfurt sah es in Mainz aus, wo der Uhrmacher Scheppler sehr schnell in die mütterlichen Arme der Fortschrittspartei zurückkehrte. Die Vorgänge in Mainz waren ein besonders schlagender Beweis für den schnellen Wechsel von Ebbe und Flut, der die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung so oft kennzeichnet. Lassalles Beredsamkeit schien die Mainzer Arbeiter auf einen Schlag gewonnen zu haben; dann trat ein so völliger Rückschlag ein, daß in den anderthalb Jahren bis zu Lassalles Tode sich erst etwa wieder zehn bis zwölf Mitglieder gesammelt hatten; als dann aber Lassalles Leiche die Stadt passierte, bereiteten ihr die Mainzer Arbeiter ein Totenfest wie einem Könige.

In der Rheinpfalz, in Baden, in Württemberg, den klassischen Stätten der Kleinbürgerei, vermochte die Agitation noch nirgends festen Fuß zu fassen. Vielmehr schlossen sich die württembergischen Arbeiterbildungsvereine, deren es eine ganze Anzahl in Stuttgart, Eßlingen, Ulm,

Heilbronn, Göppingen, Reutlingen, Gmünd, Cannstatt und anderen Orten gab, im Juni 1863 zu einem besonderen Landesverbande zusammen und hielten ein Jahr später ihre erste Landesversammlung in Göppingen ab. In den Vorständen dieser Vereine saßen Fabrikanten, Professoren, Lehrer, Apotheker und andere gelehrte Häuser, aber höchst selten Arbeiter. Etwas anders lagen die Dinge in Bayern. In der Hauptsache ein ackerbautreibendes Land und in seiner gewerblichen Gesetzgebung außerordentlich rückständig, besaß es doch in Augsburg, München und Nürnberg einzelne Mittelpunkte der Metall- und Textilindustrie, die Tausende von Industriearbeitern zählten. Besonders hatte Augsburg mit seinen großartigen Spinnereien, Webereien und Kattundruckereien ein ganzes Arbeiterheer angezogen. Die Augsburger Arbeiter machten keine schlechte Schule durch, da die Textilbarone im Anfang ihrer Fabrikgründungen fremde Arbeiter aus dem Elsaß und der Schweiz heranzogen, um die heimischen Arbeiter anzulernen; auch gab es in Augsburg eine Anzahl Arbeiter, die in der badisch-pfälzischen Erhebung mitgetan hatten und noch tief in der Rebellenhaut steckten. Am meisten tat aber auch hier die bayerische Bourgeoisie, um die Arbeitermassen in das politische Leben zu werfen. Sie begann sich zu fühlen und band mit dem Ultramontanismus an, mit dem unter diesem Namen segelnden Junker- und Pfaffentum; sie wollte namentlich die Schranken der Gewerbe- und Zollgesetzgebung niederbrechen, die ihr die Beteiligung am Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erschwerten. Die Augsburger Spinnerkönige, heute Schutzzöllner, waren damals eifrige Manchesterleute und verhießen den von ihnen ausgebeuteten Arbeitern alle Wonnen des Paradieses vom tausendjährigen Reiche des Freihandels. Einstweilen konnten sie damit das Proletariat betören, nicht jedoch, ohne daß sich in den vorgeschrittensten Arbeitern eine bessere Einsicht regte. Als ein Augsburger Arbeiter, der Mechaniker Friedrich Dürr, der in Hamburg sich der Agitation Lassalles angeschlossen hatte, in seine Vaterstadt zurückkehrte, gewann er einige Dutzend Kameraden. Doch wollte es noch nicht recht vorwärts gehen, da es an Rednerkräften fehlte und die Verketzerung Lassalles durch die liberale Presse noch viel zu großen Glauben bei den Arbeitern fand.

Im ganzen war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bei Lassalles Tode über etwa 50 deutsche Orte verbreitet, in mehr als einem Drittel davon stand er freilich nur so gut wie auf dem Papier, in einem anderen

Drittel zählte er über 100 Mitglieder. Außerhalb Deutschlands erklärte sich der kommunistische Arbeiterbildungsverein in London zum Anschlusse bereit, doch empfing ihn Lassalle sehr zurückhaltend, indem er meinte, nichts sei schwieriger und verwickelter als das Londoner Terrain. Wahrscheinlich wollte er jedem möglichen Zusammenstoße mit Marx ausweichen. In der Schweiz trat Johann Philipp Becker mit einem Offenen Briefe für Lassalle ein, klagte aber über mangelhaften Erfolg, da die Arbeiter des Handwerks noch ganz in Schulzes Illusionen verbissen seien und jeder sich schon als künftiges Mitglied einer einträglichen Genossenschaft betrachte.

Blieb nun die räumliche Ausdehnung des Vereins weit hinter Lassalles Erwartungen zurück, so nicht minder oder eher noch mehr seine innere Entwicklung. Lassalle wollte auch hier ernten, nachdem er kaum gesäet hatte. Er verging vor Ungeduld über die unregelmäßige Berichterstattung der Bevollmächtigten, über die unpünktliche Zahlung und oft gänzliche Stockung der Mitgliederbeiträge, über die „Reibungen, Kleinlichkeiten, Intriguen, Streitigkeiten in Fortschrittlerweise", woran das junge Vereinsleben nicht arm war. Die „Vereinsspielerei" erpreßte ihm unzählige Flüche. Ein regelmäßiges Funktionieren des von ihm geschaffenen Organismus hat er nicht mehr erlebt, so unermüdlich er war, durch Bitten, Mahnungen und im äußersten Falle selbst Drohungen die Bevollmächtigten anzutreiben. Die Vereinskasse war von vornherein mit einem starken und immer wachsenden Defizit behaftet, das durch Geschenke Lassalles, durch die Erträgnisse seiner Agitationsschriften, durch freiwillige Anleihen bei den paar wohlhabenden Mitgliedern des Vereins, durch Vorschüsse des Kassierers und andere Finanzoperationen gemildert, aber keineswegs behoben wurde. Wenn selbst Hillmann in Elberfeld, Perl in Hamburg und Dammer in Leipzig mit ihren Abrechnungen und Berichten im Rückstande blieben, was war dann groß von den Bevollmächtigten zu erwarten, die verhältnismäßig wenige Mitglieder hinter sich hatten, als einfache Arbeiter nach des Tages Last und Hitze agitieren und dann noch rechnen oder schreiben sollten, ungeübt, wie sie waren, mit der Feder umzugehen?

Um die innere Lebensfähigkeit des Vereins zu erhöhen, griff Lassalle zu einigen Maßregeln, die auf eine größere Selbständigkeit der Mitglieder abzielten. Zunächst ordnete er für Elberfeld, Barmen und Ronsdorf je eine besondere, von den örtlichen Mitgliedern zu wählende

Kassenverwaltung an. Sie sollte aus zwei Kassierern und zwei Kontrolleuren bestehen; neben ihnen hatten zwei Zensoren die Aufgabe, säumige Mitglieder zur Zahlung ihrer Beiträge anzuhalten. Doch blieb der Bevollmächtigte allein berechtigt, über die örtlichen Ausgaben zu verfügen, mit der Maßgabe, daß sie ohne besondere Genehmigung des Präsidenten niemals in einem Monat die Hälfte der Monatseinnahmen übersteigen dürften. Etwas später verfügte Lassalle dann für jene drei Orte und dazu für Düsseldorf, Solingen und Wermelskirchen, daß die örtlichen Mitgliedschaften für den Posten des Bevollmächtigten drei Kandidaten wählen sollten, aus denen der Präsident die endgültige Auswahl zu treffen habe. Beide Einrichtungen, deren Ausdehnung über den ganzen Verein von vornherein vorgesehen wurde, waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Sie scheinen aber keine große Verbesserung herbeigeführt zu haben, da der Fehler mehr darin lag, daß sich die Organisation überhaupt noch nicht eingelebt hatte, als daß sich ihre Mängel bereits fühlbar machten.

In allen diesen Kinderkrankheiten zeigte der Verein doch, daß er ein sehr gesundes Kind war. Dafür sprachen schon die zahlreichen Beweise treuer Anhänglichkeit und raschen Verständnisses, die Lassalle von den Mitgliedern erhielt. Sie beschwichtigten immer wieder seine Ungeduld und durften ihn wohl mit großer Genugtuung erfüllen. Es war doch die Elite des deutschen Proletariats, die ihn in freiwilliger Disziplin als ihren Führer anerkannte. Zugleich aber zeigte sich schon früh, daß der Verein bei alledem keine Sekte war, die sklavisch auf die Worte des Meisters schwor, sondern eine sich schnell entwickelnde Partei, die sehr bald an dem Gängelbande der diktatorischen Leitung zu zerren begann. Es ist zwar nur ein unbeglaubigtes Erzählchen, daß Lassalle auf den entschiedenen Widerspruch seiner Berliner Anhänger gestoßen sein soll, als er ihnen habe das Versprechen abnehmen wollen, bei einem Kampfe zwischen dem Königtum von Gottes Gnaden und der liberalen Bourgeoisie für das Königtum und gegen die Bourgeoisie einzutreten. Diese Aufforderung steht mit allen beglaubigten Äußerungen Lassalles in so unversöhnlichem Gegensatze, daß sie, ohnehin nur durch dritte Hand überliefert, ins Reich der Fabeln verwiesen werden muß. Aber in einem anderen Falle ließ sich Lassalle leider dazu hinreißen, an die revolutionäre Gesinnung der rheinischen Arbeiter eine sehr unbillige Zumutung zu stellen. Zwei Solinger Schleifer, namens Moll, und ein Elberfelder

Arbeiter, namens Lotz, wurden im Frühjahr 1864 zu viermonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt, weil angeblich sie die Messerstiche ausgeteilt haben sollten, durch die einige fortschrittliche Spektakelmacher bei Lassalles Heerschaurede in Solingen verwundet worden waren. Lassalle schlug nun vor, die Verurteilten sollten ein durch eine große Arbeiteradresse unterstütztes Gnadengesuch an den König richten. Indessen die wackeren Männer weigerten sich entschieden. Sie meinten, selbst wenn sie vier Jahre sitzen sollten, würde es doch ihren Gesinnungen widerstreiten, dem Könige verpflichtet zu werden, und ihre Kameraden stimmten ihnen bei. Lassalle mußte sich mit einem rückhaltlosen Nein bescheiden, und er nahm es wenigstens mit dem ehrlichen Bekenntnis hin, daß es ihn mit Stolz erfüllen müsse, an der Spitze solcher Männer zu stehen. Kuriert war er freilich noch immer nicht ganz und holte sich einen zweiten Korb mit dem Vorschlage, eine Beschwerdeadresse ohne Gnadengesuch ins Werk zu setzen.

Sehr viel unberechtigter, als dieser Protest der Solinger Arbeiter, war an und für sich die Opposition Vahlteichs gegen Lassalle. Vahlteich hatte am 1. Februar 1864 sein Amt als Vereinssekretär niedergelegt, da er sich mit Lassalle nicht persönlich zu stellen vermochte; an seine Stelle trat Eduard Willms aus Solingen, der vortrefflich mit Lassalle ausgekommen ist. Vahlteich siedelte nach Dresden über, wo er das Amt des Bevollmächtigten übernahm. Sein Bestreben ging jetzt auf eine Dezentralisation des Vereins, auf engeren Anschluß an die entschiedeneren Richtungen der Bourgeoisie, und er ließ es dabei an Bemerkungen über die Scheinexistenz des Vereins, über den sehr gefährlichen Humbug des Präsidiums und ähnlichen Äußerungen nicht fehlen, die eine unverkennbare persönliche Schärfe gegen Lassalle enthielten. Sachlich war Vahlteich mit seinen Bestrebungen jedenfalls auf dem Holzwege; was bei einem Anschlusse der Arbeiter an die Fortschrittspartei herauskam, hatte er ja am eigenen Leibe erprobt. Scheiterte die Zentralisation des Vereins daran, daß sich die Arbeiter noch nicht in eine politische Parteiorganisation zu finden wußten, so war seine Dezentralisation einfach ein Todesurteil für die ganze Agitation. Lassalle sah darin mit Recht nicht den Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst, einen schicklichen Vorwand, den Verein aufzulösen, wenn er denn wirklich aufgelöst werden mußte. Glaubte Vahlteich an keinen Erfolg mehr, so hätte es gerade für ihn nach seiner Vergangenheit näher

gelegen, aus dem Verein auszuscheiden, statt ihn zu zerrütten, und es war durchaus begreiflich, daß Lassalle über Vahlteichs Opposition eine steigende Erbitterung empfand.

Trotz alledem lag in dieser Opposition ein sehr bedeutsames Moment. Es sind von jeher viele ungerechte oder wenigstens stark übertriebene Vorwürfe gegen die Organisation laut geworden, die Lassalle der Arbeiterbewegung gab; wenn er zum Beispiel in seinen Erlassen die örtlichen Mitgliedschaften kurzweg Gemeinden zu nennen begann, so ist diese einfache und sinngemäße Abkürzung eines schwerfälligen Ausdrucks als religiöser Sektengeist angesprochen worden, während sie tatsächlich die Wiederbelebung einer Bezeichnung war, die schon der Bund der Kommunisten für seine örtlichen Mitgliedschaften gebraucht hatte. Aber bestreiten läßt sich nicht, daß die Gefahr der Sektenbildung in Lassalles Organisation lag, und deshalb war die Opposition, die sich schon frühzeitig gegen Lassalle innerhalb des Vereins erhob, ein Zeichen innerer Kraft, mochte sie zunächst, wie im Falle der Solinger Arbeiter, eine berechtigte oder, wie in Vahlteichs Falle, eine unberechtigte Form annehmen. Sie ist niemals wieder völlig verstummt, solange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bestand, und erst mit der Gefahr erloschen, gegen die sie gerichtet war, mit der Gefahr, die sich an jede persönliche Diktatur knüpft.

Lassalle meinte es in großem Sinne, wenn er im proletarischen Klassenkampf Autorität und Freiheit vereinigt, wenn er darin ein Vorbild der künftigen Gesellschaftsform sah. Unzweifelhaft war seine persönliche Diktatur auch heilsam und nützlich, solange es darauf ankam, ein starkes Klassenbewußtsein des Proletariats zu erwecken und die kopflose Zerfahrenheit zu beseitigen, die von der Fortschrittspartei in seine Reihen getragen worden war. Aber nach der Erreichung dieses Ziels wurde die persönliche Diktatur aus einem Hebel zu einer Hemmung und mußte ihrerseits beseitigt werden. Eine historisch aufsteigende Klasse, die sich ihres revolutionären Willens bewußt geworden ist, vereinigt Autorität und Freiheit in sich selber und braucht ihren Willen nicht wie einen Hammer in die Hand eines einzelnen zu legen. Die wahre Berechtigung einer persönlichen Diktatur, wie Lassalle sie handhabte, besteht darin, sich selbst überflüssig zu machen, und in diesem Sinne zeugte es von der selbständigen Triebkraft der Bewegung, daß vorgeschrittene Arbeiter, wie York, Vahlteich und die Solinger Schleifer, schon früh ihren Willen geltend machten gegen Lassalles diktatorische Leitung.

Ehe die persönliche Diktatur sich selbst überflüssig machte, sollte noch manches Jahr vergehen, und ihr Auflösungsprozeß führte mehr als einmal zu heftigen Erschütterungen. Aber darin spiegelte sich nur jener unscheinbare Gang der proletarischen Revolution wieder, der den Gegnern willkommenen Anlaß zu spottwohlfeilen Triumphen gibt, bis sich herausstellt, daß er eine Bedingung ihres unaufhaltsamen Erfolges ist.

Drittes Kapitel.

Lassalles Ende.

Am 8. Mai 1864 trat Lassalle seine Sommerreise an, von der ihm keine Rückkehr mehr beschieden sein sollte. Einer entschuldigenden Erklärung bedurfte er diesmal nicht, um den Berliner Staub von seinen Schuhen zu schütteln. Die beispiellosen Anstrengungen des Winters hatten seine Gesundheit völlig zerrüttet. An die Bevollmächtigten des Vereins schrieb er schon im Februar: „Ich bin todmüde, und so stark meine Organisation ist, so wankt sie doch bis in ihr Mark hinein. Meine Aufregung ist so groß, daß ich keine Nacht mehr schlafen kann. Ich wälze mich bis fünf Uhr auf dem Lager und stehe mit Kopfschmerz und tief erschöpft auf. Ich bin überarbeitet, überangestrengt, übermüdet im furchtbarsten Grade", und ähnlich an Rodbertus zur selben Zeit: „Ich bin von übermäßiger Anstrengung und übertriebener Nervenaufregung durch die Arbeit so herunter, daß meine Nerven mir wie Stricke um den Körper schlottern." Lassalles Tage waren gezählt; ein Halsleiden, das ihm schon bei seinen Agitationsreden im Vorjahre arge Schmerzen bereitet hatte, ließ ihm nach dem Urteil seines Düsseldorfer Arztes nur noch eine kurze Lebensfrist.

Gleichwohl wollte er nicht weichen, solange noch irgend ein Hoffnungsflämmchen am Horizonte blinkte. Er rechnete immer noch darauf, der Regierung das allgemeine Wahlrecht entreißen zu können, und dieser Gedanke wurde mehr und mehr die treibende Kraft dessen, was er in den letzten Monaten seines Lebens gedacht und gesprochen hat. Da er einem Irrlichte nachjagte, so geriet er immer weiter vom richtigen Wege ab, obgleich nie so weit, daß ihm nicht die Rückkehr in jedem Augenblicke freigestanden hätte. Die Kundgebungen dieser Zeit tragen die Spuren geistiger und körperlicher Abspannung in allzu reichem Maße, niemals aber verlor Lassalle in ihnen sich selbst, und seiner Sache ist er mit keinem Hauche untreu geworden. Sein Prinzip blieb stets dasselbe, so eigentümliche Sprünge auch mitunter seine Taktik machte.

Lassalle verwandte den Monat Mai auf eine neue Heerschau über seine Truppen. Sie begann in Leipzig und erstreckte sich dann namentlich wieder über die rheinischen Gemeinden, um in dem Stiftungsfeste des Vereins zu gipfeln, das am 22. Mai 1864 in Ronsdorf gefeiert wurde. Nach Ronsdorf wird denn auch gewöhnlich die Rede benannt, die Lassalle vorher schon, meist wohl in kürzerer Zusammenfassung, am 9. Mai in Leipzig, am 14. in Solingen, am 15. in Barmen, am 18. in Wermelskirchen gehalten hatte, überall von jubelnden Zurufen der Arbeitermassen empfangen, schwelgend in Triumphen, die ihn wohl für unendliche Plage entschädigen durften. In tiefen Zügen trank sein durstiges Herz diesen vollen Sonnenblick des Erfolges, dem so bald die ewige Nacht folgen sollte. In dem namenlosen Jubel der rheinischen Massen dünkte er sich ein Faust, der am Ziele seiner Erdenlaufbahn befriedigt stille steht, und er hatte beständig den Eindruck, so müsse es bei der Stiftung neuer Religionen ausgesehen haben. Wer mag heute mit diesen Worten eines Sterbenden rechten?

Die Ronsdorfer Rede gilt allgemein als die schwächste aller Agitationsreden, die Lassalle gehalten hat. Zum Teil liegt ihre Schwäche wohl darin, daß sie nicht aus einem Guß entworfen ist. Ursprünglich sollte sie eine „Revue nach innen" werden, wie die vorjährige Heerschaurede eine „Revue nach außen" gewesen war. Sie sollte den rechten Eifer und Geist unter den Mitgliedern wecken und daran eine kurze pralle Schilderung der politischen Lage schließen. Dann verschob sich ihr Konzept nicht unwesentlich dadurch, daß die schlesische Weberdeputation, kurz ehe Lassalle seine Reise antrat, vom Könige empfangen wurde und dieser Zwischenfall eine vortreffliche Ausfallspforte für Lassalles taktische Wendung zu bieten schien. Die Rede wurde nun doch eine „Revue nach außen", wie schon ihr eigentlicher Titel sagt: Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Über die Köpfe der Arbeiter weg sprach Lassalle zu den „paar Leuten in Berlin", auf die er schon mit seiner vorjährigen Heerschaurede einzuwirken versucht hatte.

Aber je stärker die Trümpfe seiner Taktik wurden, um so klarer enthüllte sich auch ihr Grundfehler. Auf der einen Seite wollte Lassalle den König auf den nichtssagenden Redensarten festnageln, womit die Weber abgespeist worden waren; „wir wollen doch sehen, ob das Königtum dieses Versprechen nicht halten, ob es dieses sein den arbeitenden

Klassen verpfändetes Wort nicht einlösen wird." Lassalle machte den König zum Schwurzeugen für die sozialdemokratischen Grundsätze, indem er ausführte, daß mit dem Versprechen einer gesetzlichen Regelung der Arbeiterfrage auch schon das allgemeine Wahlrecht versprochen worden sei; eine aus der Klassenwahl hervorgegangene Volksvertretung werde ja niemals die zur Abhilfe der Arbeiternot erforderlichen Gelder bewilligen. Nimmt man hinzu, daß Lassalle das Exemplar der königlichen Antwort, das der Weberdeputation von der offiziösen Preßstelle übergeben worden war, mit einer sehr unzeremoniösen Geste behandelte, so mochte sich vielleicht dieser oder jener zurückgebliebene Arbeiter über den Hohn täuschen, womit Lassalle dem Königtum begegnete, aber die Masse der Arbeiter wußte jedenfalls, woran sie war. Auf der anderen Seite pflegt aber niemand eine höhnische Behandlung schneller zu verstehen, als ihre Opfer, und wie konnte Lassalle hoffen, daß die Ronsdorfer Rede, deren sorgsame Übermittlung an Bismarck er dem Vereinssekretär auf die Seele band, einen mit allen Hunden gehetzten Diplomaten aufs Glatteis locken würde!

Auch die Schilderungen, die Lassalle in dieser Rede von seinen agitatorischen Erfolgen gab, waren wohl mehr auf Berliner Adressen als auf die rheinischen Arbeiter berechnet. Sie litten an argen Übertreibungen. Da die tatsächlich großen Wirkungen seiner Propaganda zwar vorhanden, aber vorerst nicht zu greifen und zu sehen waren, so suchte Lassalle ihre greif- und sichtbaren Früchte, wo sie nicht, oder doch lange nicht in dem von ihm behaupteten Maße vorhanden waren. Er entwarf ein Zerrbild, mit dem er sich selbst das bitterste Unrecht tat; wie tief stand diese manchmal fast romanhafte Legende unter dem großen historischen Anstoße, den er wirklich gegeben hatte! Mit gutem Fug ist ihm namentlich von jeher zum Vorwurfe gemacht worden, daß er den Bischof von Mainz zu einem Paradegaule gegen die fortschrittlichen Manchesterleute aufzäumte, den „Fürsten der Kirche", der „am Rheine fast für einen Heiligen" gelte, der sich „seit langen Jahren mit gelehrten Forschungen abgegeben" habe und der sich nun „in seinem Gewissen gedrungen" fühle, das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen. Wenn der Bischof Ketteler in einem unbedeutenden Schriftchen das eherne Lohngesetz anerkannte, um die liberale Bourgeoisie zu ärgern, und den göttlichen Ursprung des Eigentums behauptete, um den Emanzipationskampf des Proletariats niederzuschlagen, so trieb er eine pfäffische

Demagogie, die einen Schulze-Delitzsch „fast als Heiligen" erscheinen lassen konnte. Gerade vor rheinischen Arbeitern, deren so viele noch im Geisteszwange des Ultramontanismus lebten, hätte Lassalle besser daran getan, diesem Wolfe den Schafspelz abzuziehen, statt ihn als eine fragwürdige Autorität gegen den Kapitalismus auszuspielen.

Erst am Schlusse der Ronsdorfer Rede erhob sich Lassalle auf die alte Höhe seiner Beredsamkeit. Als letztes Zeichen des Erfolges nannte er die Verfolgung, die ihn betroffen habe. Er gedachte triumphierend der Prozesse, die er mit der Schärfe des Schwertes vernichtet habe, aber er fügte als guter Kenner proletarischer Klassenkämpfe hinzu, einer gewissen Erbitterung gegenüber sei der einzelne verloren, wie stark er auch sei. Die Fittiche des Todes rauschten über ihm, als er sein Exoriare sprach, und mit begeisterten Zurufen schworen seine Hörer in seine Hand, daß mit seiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht untergehen, daß die Feuersbrunst, die er entzündet habe, weiter und weiter fressen solle, solange einer von ihnen noch atme.

Von Ende Mai bis Ende Juni hielt sich Lassalle in Ems auf, wo er Heilung für sein Halsleiden suchte. Hier schrieb er eine Erwiderung auf die Rezension, welche die Kreuzzeitung aus der Feder Wageners über den Bastiat-Schulze gebracht hatte. Unter den feudalen Parteigängern krebste Wagener am eifrigsten mit dem allgemeinen Wahlrechte; er nahm den Mund sehr voll mit der feigen Bourgeoisie, die ihre politischen Güter und Freiheiten in die Kabuse geworfen habe, um ihren Geldsack zu retten. Jedoch was er selbst retten wollte, das waren die „politischen Güter und Freiheiten" der „christlichen Gesellschafts- und Staatsordnung", und die ständische Verkrüppelung, die er dem allgemeinen Wahlrecht antun wollte, lief auf nichts anderes hinaus, als auf eine feudale Auflage der plutokratischen Dreiklassenwahl, deren Oktroyierung ja auch damit beschönigt worden war, daß sie das „allgemeine Wahlrecht" am Leben erhalte.

Wagener war ein zu guter Hasser des Kapitalismus, um ihn nicht genau zu kennen. Er wußte, daß die Wiederherstellung der feudal-zünftigen Gesellschaftsorganisation ein Unding sei, und geriet dadurch in einen ausgesprochenen Gegensatz zu dem alten Romantiker v. Gerlach, der ihn einst in die Geheimnisse des feudalen Sozialismus eingeweiht hatte, und der jetzt, da die Dinge brennend zu werden begannen, lieber noch mit Schulze-Delitzsch kramen wollte als mit Lassalle. Auch täuschte

sich Wagener nicht, wie Bismarck, über Lassalles „monarchische Gesinnung"; er sah sehr wohl ein, daß der konkrete preußische Staat mit der abstrakten Staatsidee Lassalles verzweifelt wenig zu tun habe. Aber gegenüber einer konsequenten Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie der Bastiat-Schulze enthielt, wußte Wagener nicht mehr aus noch ein, und seine Rezension dieser Schrift erschöpfte sich in ganz alltäglichen Phrasen über die Fundamente des christlichen Staats, über die Erhaltung des Mittelstandes als der einzig richtigen Verbindung von Kapital und Arbeit, über ähnliche Schlagworte mehr. Wagener machte sogar eine verschämte Anleihe bei dem landläufigsten Manchestertum, indem er meinte, es käme mindestens ebensosehr auf die Steigerung, als auf die anderweite Verteilung des Gesamteinkommens an, und sein Trumpf, daß die Arbeiter auch nicht alle Tugendhelden, die Kapitalisten auch nicht alle Sünder seien, hätte ebensogut in den Spalten der Volkszeitung paradieren können wie in den Spalten der Kreuzzeitung.

Lassalle hatte in Berlin persönlich mit Wagener verkehrt und soll ihm, wie Wagener in seinen Denkwürdigkeiten schmunzelnd erzählt, das Kompliment gemacht haben, die drei klügsten Leute im Preußischen seien — in dieser Reihenfolge — Lassalle, Bismarck und Wagener. Hat sich Lassalle diesen Scherz wirklich gestattet, so muß er nicht übermäßig hoch von Wageners geistigen Fähigkeiten gedacht haben, und Wageners Rezension seines Bastiat-Schulze war gewiß nicht geeignet, ihm einen höheren Begriff von diesem feudalen Vorkämpfer beizubringen. Dennoch entschloß er sich, ihm ausführlich zu antworten; wie der Inhalt der Erwiderung zeigt, wollte er einen neuen Anstoß zur Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts geben. Er widerlegte mit leichter Mühe die plumpen Mißverständnisse Wageners; er führte aus, daß es ganz auf die Träger der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung ankomme, ob das gebieterische politisch-soziale Bedürfnis der Gegenwart sich auf reformatorischem oder revolutionärem Wege durchsetzen solle; er protestierte energisch gegen alle kleine Experimentiererei mit Produktivassoziationen und begründete das allgemeine Wahlrecht damit, daß es nichts Organisationsfähigeres gebe, als die großen Massen, und nichts Intelligenteres, als ihren gesunden Verstand. Das war gewiß sehr richtig, nur daß es die Leute stutzig machen mußte, die es gewinnen sollte. Denn wie es immer mit der „Klugheit" Bismarcks und Wageners stehen mochte, so fürchteten sie als gewitzte Vertreter der

herrschenden Klassen die Masseninteligenz und die Massenorganisation wie die Pest.

Ende Juni ging Lassalle nach Düsseldorf, um sich persönlich vor der Berufungsinstanz zu verteidigen gegen die Anklage, die ihm wegen seiner vorjährigen Heerschaurede angehängt worden war. Soweit sich seine Verteidigung in politischen Geleisen bewegte, war sie ein Nachklang der Ronsdorfer Rede. Lassalle hielt sich dann ein paar Wochen in Frankfurt und in der Pfalz auf, namentlich beschäftigt mit den Vorbereitungen für eine regelmäßig erscheinende Vereinszeitung. Die oft aufgeworfene Frage, weshalb er sich nicht früher daran gemacht habe, diese empfindliche Lücke seiner Rüstung auszufüllen, zumal da der Nordstern immer schlechter wurde, beantwortet sich sehr einfach dadurch, daß er bis dahin eine dreifache Manneskraft hatte aufbieten müssen, um noch dringlicheren Aufgaben gerecht zu werden. Beschäftigt hatte er sich schon seit dem Winter mit dem Plan eines Vereinsorgans; zum endgültigen Abschlusse gediehen die Vorarbeiten im Sommer 1864. Die Redaktion des Blattes sollte Schweitzer und neben ihm Jean Baptist v. Hofstetten übernehmen, ein bayerischer Exleutnant, der einiges Vermögen besaß, ein gutmütiger und liebenswürdiger, aber nicht eben begabter und etwas phantastischer Mann, der ganz unter Schweitzers geistigem Einflusse stand. Als Erscheinungsort des neuen Blattes wurde Berlin bestimmt.

Mitte Juli siedelte Lassalle zu einer Molkenkur nach Rigi-Kaltbad über, wo zunächst die Vereinsangelegenheiten fortfuhren, ihn lebhaft zu beschäftigen. In seinem Drange, einen „Druck auf die Ereignisse" auszuüben, hat er damals den Gedanken erwogen, im Herbste von den Hamburger Arbeitern eine Resolution beschließen zu lassen, durch die Bismarck aufgefordert werden sollte, Schleswig-Holstein gegen den Willen Österreichs zu annektieren. Der schleswig-holsteinische Krieg war jetzt beendet. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenzen hatten preußische Truppen am 29. Juni die Insel Alsen erobert, am 10. Juli war ganz Jütland in österreichisch-preußischem Besitze, und am 20. Juli erklärte sich die dänische Regierung zu Friedensunterhandlungen bereit. Lassalle erwies sich als guter Prophet, indem er voraussah, daß Österreich und Preußen sich um die gemeinsame Beute in die Haare geraten würden, indem er hierin die auswärtige Verwicklung erkannte, in deren Verlaufe Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts

ausspielen müßte. Aber freilich war damit die Resolution nicht gerechtfertigt, die er den Hamburger Arbeitern vorzuschlagen gedachte. Sie wäre vielmehr von allen verkehrten Schritten, zu denen Lassalle durch seine taktische Wendung verleitet wurde, der weitaus verkehrteste gewesen; sie hätte durchaus keinen „Druck auf die Ereignisse“ ausgeübt, sondern nur die Arbeiterbewegung zugunsten der preußischen Eroberungspolitik bloßgestellt. Im übrigen ist sehr fraglich, ob sie bei Lassalle eine beschlossene Sache gewesen ist, wie die Gräfin Hatzfeldt und andere später behauptet haben. So wie er sie in seinen Briefen erwähnt, an einem Tage mit überschwenglichen Erwartungen als „einen großen, sehr großen, vielleicht tatsächlich wichtigen Coup“ und am nächsten Tage schon als eine Sache, wovon er sich selbst nicht viel verspreche, erscheint sie eher als Ausfluß einer nervös überreizten Stimmung, wie sie sich wohl in vertraulichen Briefen oder Gesprächen auslöst, ohne daß deshalb schon eine Brücke vom Gedanken zur Tat geschlagen wäre.

Weit mehr als durch diesen noch ganz im Blauen schwebenden Plan wurde Lassalle auf Rigi-Kaltbad durch seinen Streit mit Vahlteich beansprucht. Die gegenseitige Mißstimmung entlud sich an den Vorbereitungen für die erste Generalversammlung des Vereins, die nach den Statuten noch vor Ende des Jahres 1864 stattfinden mußte. Über die Zusammensetzung der Generalversammlung verfügten die Statuten, daß an dem Orte, wo sie stattfinde, sämtliche erschienenen Mitglieder nach Köpfen, die anderen Orte aber durch gewählte Delegierte abstimmen sollten, die so viele Stimmen abzugeben hätten, als die Gesamtzahl der Mitglieder in den von ihnen vertretenen Orten betrüge. Eine Bestimmung über die Reisekosten der Delegierten enthielten die Statuten nicht. Es war deshalb ganz sachgemäß und in keiner Weise statutenwidrig, daß Lassalle im Einverständnis mit Dammer, den er für die Zeit seiner Abwesenheit von Deutschland wieder zum Vizepräsidenten ernannt hatte, aus der Not eine Tugend zu machen versuchte. Sie schlugen vor, daß diejenigen Gemeinden, welche die Reisekosten für besondere Delegierte nicht aufbringen könnten oder wollten, sich durch Mitglieder vertreten lassen sollten, die am Orte der Generalversammlung oder in dessen Nähe wohnten. Allerdings mußte eine allgemeine Befolgung dieses Vorschlags die Bedeutung der Generalversammlung sehr herabdrücken, aber bei der Armut und der ziffernmäßigen Schwäche vieler Gemeinden gab es keine andere Möglichkeit, eine General-

versammlung herzustellen und der entsprechenden Vorschrift der Statuten zu genügen. Jedenfalls beschränkte der Vorschlag kein Recht der Mitglieder, denn es blieb jeder Gemeinde unbenommen, Delegierte aus ihrer Mitte zu senden, vorausgesetzt, daß sie deren Reisekosten aufbringen konnte und wollte.

Nun protestierte Vahlteich als Mitglied des Vorstandes gegen den Vorschlag Lassalles und Dammers. Er behauptete, daß die Gemeinden dadurch in der Wahl ihrer Delegierten beschränkt würden. Vahlteich wollte eine „ordnungsgemäße Abhaltung" der Generalversammlung erst dann anerkennen, wenn die Reisekosten der Delegierten, sei es aus der Vereinskasse, sei es durch eine den Vereinsmitgliedern aufzuerlegende Extrasteuer gedeckt würden. Aber abgesehen davon, daß die Vereinskasse mit schweren Schulden behaftet war und eine Extrasteuer bei der Unpünktlichkeit, womit die Mitglieder schon ihre regelmäßigen Beiträge zahlten, ein Schlag ins Wasser gewesen sein würde, hatte Vahlteich nicht einmal die Statuten für sich, die nirgends vorschrieben, daß die Reisekosten der Delegierten zur Generalversammlung von Vereins wegen bestritten werden müßten. Formell und materiell war Vahlteich mit seinem Antrage ebenso im Unrecht, wie Lassalle und Dammer mit ihrem Vorschlage im Rechte waren. Obendrein schlug Vahlteich in den Gründen, die er seinem Antrage mitgab, einen wenn nicht gehässigen, so doch feindseligen Ton an, der an sich durchaus geeignet war, Lassalle zu erbittern, um so mehr, als auf der Hand lag, daß Vahlteichs Vorgehen ein Glied mehr in seinen Dezentralisationsbestrebungen war.

Dennoch läßt es sich nur aus Lassalles körperlich leidendem und seelisch erregtem Zustande erklären, daß er in einem langen, vom 27. Juli datierten und an alle Vorstandsmitglieder gerichteten Rundschreiben die Kabinettsfrage zwischen sich und Vahlteich stellte, daß er in kaum noch verblümten Worten drohte, er werde das Präsidium niederlegen, wenn der Vorstand nicht Vahlteich aus dem Vereine stoße. Diese sehr undemokratische Handlungsweise wurde durch einige Begleiterscheinungen noch unschöner: der Vorstand, der bisher so gut wie gar nicht funktioniert hatte, sollte zum erstenmale in einer Art Büttelrolle auftreten, ferner nahm Lassalle gleichzeitig Bernhard Becker und Schweitzer, von denen er wußte, daß sie seine Ansichten teilten, in den Vorstand auf, und endlich wies er den Vereinssekretär an, das Rundschreiben an alle übrigen Vorstandsmitglieder zwar sofort, an Vahlteich aber erst dann

zu senden, wenn Willms vorher nach Dresden gereist sei und Försterling gehörig instruiert habe, um den „Intriguen“ Vahlteichs in Dresden und den sächsischen Gemeinden überhaupt vorbeugen zu können. Und zu allem Unglück schloß Lassalles Tätigkeit für den Verein mit diesem schrillen Mißklange.

Denn am Tage vorher war Helene v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad erschienen, und in rascher Entwicklung spann sich nun das Drama ab, das Lassalles Tod am 31. August herbeiführte. Die Vorgänge selbst hängen nicht unmittelbar mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zusammen, und sie sind auch so oft erzählt worden, daß sie nicht noch einmal dargestellt zu werden brauchen. Nur soweit sich auf Lassalles Kosten ein sentimentales Mitgefühl für jene Dame geltend gemacht hat, verdienen sie eine kurze Beleuchtung.

Aus freiem Antriebe erschien Fräulein v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad, und Pharisäer mögen es tadeln, daß Lassalle, krank, seit langen Tagen in unwirtliches Gebirgswetter eingesponnen, von Arbeit und Sorgen aufgerieben, sich einem so weiten Entgegenkommen nicht entzog. Die Dame zerriß dann launenhaft den klug ersonnenen Werbungsplan Lassalles, indem sie ihn in einem Genfer Hotel vor die Wahl stellte, sie entweder wie ein dummer Junge bei Nacht und Nebel zu entführen, oder sie wie ein ehrbarer Philister in ihr elterliches Haus zurückzuleiten. Lassalle hat später bitter bereut, daß er sich, statt zur Flucht, zu der „Großmuts- und bürgerlichen Anstandskomödie“ entschlossen habe, aber damit ist noch lange nicht widerlegt, daß er in einer drückenden Zwangslage das getan hat, was noch am ehesten der Würde seiner Person und seiner Stellung entsprach. Die Redewendung, daß er dadurch ein sich rückhaltlos hingebendes Frauenherz tödlich verletzt habe, würde erst dann diskutierbar sein, wenn Fräulein v. Dönniges im weiteren Verlaufe der Dinge irgend etwas von einem verletzten Frauenherzen verraten hätte. Es ist wirklich nichts davon zum Vorschein gekommen. Die Art, wie sich das angebliche Opfer Lassalles nach dem übereinstimmenden Zeugnis Rüstows und des Advokaten Haenle in der entscheidenden Szene des Dramas benahm, begründete vielmehr die subjektive Berechtigung des Wortes, mit dem Lassalle die Dame qualifizierte, um ihren Vater und ihren erst abgelegten und nun wieder angelegten Bräutigam zum Zweikampfe zu zwingen.

Gewiß hat Lassalle sich schwer kompromittiert, um seinen Willen durchzusetzen, um den Fluch einer lächerlichen Niederlage abzuwenden, die

für ihn, der schon jede ernste Niederlage haßte wie den Tod, völlig unerträglich war. Die Schritte, die er bei dem bayerischen Minister des Auswärtigen tat, und durch die Gräfin Hatzfeldt beim Bischofe von Mainz tun ließ, der Zweikampf selbst, zu dem sich Lassalle herbeiließ, obgleich er ein prinzipieller Gegner des Duells war, manche Äußerungen, die er in diesen stürmischen Tagen mündlich und schriftlich getan hat, lassen sich nicht rechtfertigen. Es bleibt immer ein peinlicher Eindruck, mag man auch alle Entschuldigungsgründe aufzählen: Lassalles Pflicht, ein um seinetwillen mißhandeltes Weib zu schützen, solange er glauben mußte, daß es geschützt sein wollte, die berechnete Verletzung seines berechtigten Selbstbewußtseins durch das protzige Gebaren der Familie Dönniges, die hoffnungslose Auflösung seiner Körper- und Seelenkräfte, die mit erschütternder Wahrheit aus jeder Zeile seiner damaligen Briefe spricht. Lassalle hätte einen schöneren Tod sterben können und doch — wenn es gestattet ist, aus dem Inhalt eines reichen Lebens auf die stillen Gedanken der Sterbestunde zu schließen, so mag er auch diesen Tod als einen Erlöser begrüßt haben.

Er hing nicht am Leben um des Lebens willen; ihm graute vor dem abstumpfenden Alter, das er schon mit dem vierzigsten Lebensjahre heranziehen sah, auf dessen Schwelle er stand. Ungewiß und unklar lag seine nächste Zukunft vor ihm. Die da meinen, daß er jemals Bismärckische Livree angezogen hätte, wie sein Freund Bucher, sprechen wie der Blinde von der Farbe. Soweit Lassalle überhaupt bestimmte Pläne für die Zukunft gefaßt hatte, gehen sie aus den Äußerungen hervor, die er in seinen letzten Wochen zu Johann Philipp Becker gemacht hat. Nach dem Berichte des alten Freiheitskämpfers hat Lassalle erklärt, seine Kraft sei aufgerieben, und er müsse Einhalt tun. Er habe geglaubt, die sozialistische Bewegung in etwa einem Jahre zum Durchbruche bringen zu können, aber er sehe ein, daß es Jahrzehnte erheische, und dazu reiche seine leibliche Kraft nicht aus, namentlich werde er die bevorstehenden Freiheitsstrafen nicht überdauern können. Diese Worte tragen den Stempel der Wahrheit. Auf Beckers Rat beabsichtigte Lassalle, sich durch zweijährigen Aufenthalt in Genf das dortige Bürgerrecht zu erwerben, und diese Absicht hätte er bei längerer Lebensdauer wahrscheinlich ausgeführt. Ein Vogel mit gebrochenen Schwingen wäre er dann aber doch gewesen, und er dachte wohl groß genug von sich, um einen raschen Tod einem langen Siechtum vorzuziehen.

Deshalb ist nicht weniger haltlos, was eine neuere Legende wissen will, daß nämlich Lassalle in dem tödlichen Zweikampfe einen „indirekten Selbstmord“ begangen habe, aus Furcht vor einer Konferenz mit Marx und Engels, die im Herbste stattfinden sollte und ihn vor die Alternative gestellt haben würde: Widerruf und Rückzug oder Kampf auf Leben und Tod mit den alten Freunden. In allen vorhandenen Urkunden findet sich nicht die leiseste Hindeutung auf diese Konferenz; vielmehr geht aus einem Briefe, den Lassalle noch am 29. Juni an Willms richtete, unzweideutig hervor, daß er damals völlig im unklaren darüber war, wie Marx über seine Agitation denken mochte. Es lohnt nicht erst, alle die psychologischen und sonstigen Unmöglichkeiten dieser Legende aufzuzählen; will man aber einmal die für Marx und Engels nicht weniger als für Lassalle kränkende Voraussetzung machen, daß ein solches Femgericht verabredet worden sei, so hatte Lassalle jedenfalls nicht den geringsten Anlaß, sich davor in einen „indirekten Selbstmord“ zu flüchten. Er konnte seine Agitation mit freier Stirne vor jedem vertreten, auch vor Marx und Engels. Für ihn zeugten die deutschen Arbeiter, die er zum Klassenbewußtsein erweckt, denen er die Bahn zu gewaltigen Kämpfen und Siegen gebrochen hatte. Sie traten denn auch in ihrer Masse für ihren toten Führer ein, als ein halbes Jahr später die Meinungsverschiedenheiten offenbar wurden, die zwischen Lassalle und seinen alten Freunden bestanden hatten, allen voran die rheinisch-westfälischen Arbeiter und unter ihnen auch ehemalige Mitglieder des Kommunistenbundes.

Mag man doch den bürgerlichen Romanfabrikanten überlassen, sich ihren Lassalle zurechtzuknechten, bald als einen frommen Knecht Fridolin, der andächtig am Throne der Hohenzollern kniet, bald als ein wildes Ungeheuer, mit dem man patriotische Kindsköpfe unter die Betten scheucht: der historische Lassalle fordert oft den rauhen Atem der historischen Wahrheit heraus, aber sein ehernes Standbild wird davon nicht umgeweht. Er war ein kranker und sterbender Mann, als er in der Schweiz ein dennoch vorzeitiges Ende fand. Die Kugel des wallachischen Junkers schien so sinnlos ein so großes Leben zu schließen, doch sie tötete nur, was noch sterblich war an dem Denker und Kämpfer Lassalle. So wie die Dinge damals lagen und so wie Lassalle nun einmal war, hatte er seine historische Mission vollbracht; seine glühende Seele hatte ausgeatmet, und der Rest war allzu menschliche Leidenschaft.

Ein triftiger Sinn lag gleichwohl in der so völlig irrigen Ansicht seiner treuer Anhänger, daß er für die Arbeitersache gefallen sei. So auch schrieb Marx tröstend an die Gräfin Hatzfeldt: „Er starb jung — im Triumphe — als Achilles.“

Immer hat die deutsche Arbeiterklasse mit gutem Takte abgelehnt, am Grabe Lassalles die Totenrichterin zu spielen; sie bewahrt ihm eine tiefe und unverwüstliche Anhänglichkeit, die ihn ebenso ehrt, wie sie.

Viertes Buch

Der Streit der Fraktionen



Erstes Kapitel.

Die Internationale Arbeiterassoziation.

Dieselben Ursachen, die in Deutschland eine neue Arbeiterbewegung erweckt hatten, drängten in allen industriell entwickelten Ländern auf die gleiche Wirkung hin. Wo es ein europäisches Proletariat gab, da begann es sich im Anfange der sechziger Jahre zu organisieren, um zunächst auf nationalem Boden um seine Emanzipation zu kämpfen. In den vorgeschrittensten Ländern aber enthüllte sich auch schon der internationale Charakter dieses Kampfes.

In England hatte die Niederlage der festländischen Revolution von 1848 zum völligen Erlöschen des Chartismus geführt. Dazu brachte der gesetzliche Zehnstundentag der Arbeiterklasse eine geistige, sittliche und körperliche Erfrischung, die von ihr als eine Art Wiedergeburt empfunden werden mußte, und die Entwicklung der Trade Unions nahm einen großartigen Aufschwung in der fieberhaften Industrietätigkeit der fünfziger Jahre. Mit der Handelskrise von 1857 häuften sich dann aber die Ereignisse, welche die englischen Arbeiter darüber belehrten, daß auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft für sie keine bleibende Stätte bereitet sei. Epochemachend wirkte namentlich der amerikanische Bürgerkrieg, von dem Marx sagte, daß er die Sturmglocke für die europäische Arbeiterklasse läute, wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des achtzehnten Jahrhunderts die Sturmglocke für die europäische Mittelklasse geläutet habe. Die Baumwollenkrisis stürzte die Arbeiter der englischen Textilindustrie in das furchtbarste Elend, und dennoch erwies sich das englische Proletariat den herrschenden Klassen überlegen, deren Sympathien für die amerikanischen Sklavenbarone an seinem heldenmütigen Widerstande zerschellten. Den Trade Unions aber wurde jeder Versuch, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, sehr bald verleidet durch die bei jedem Streitfalle wiederkehrende Drohung der Kapitalisten, sie durch die Einfuhr billigerer Arbeitskräfte vom Fest=

lande lahmzulegen. Die Aristokratie der englischen Arbeiterklasse, die in gefährlicher Selbsttäuschung sich auf den Kampf um Arbeitslohn und Arbeitszeit zu beschränken begonnen hatte, mußte gern oder ungern das internationale Gebiet des proletarischen Klassenkampfes betreten.

In Frankreich hatte der italienische Krieg dem bonapartistischen Staatsstreiche nur eine Galgenfrist verschafft. Die Kugel, die der Dezembermann ins Rollen gebracht hatte, rollte wider seinen Willen weiter. Er mußte sich zum Werkzeug der italienischen Demokratie hergeben, und die französische Demokratie machte ihm eine heftigere Opposition denn jemals früher. Umsomehr sann Bonaparte darauf, sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen. Die Gelegenheit konnte ihm günstig genug erscheinen. Das französische Proletariat war sektiererisch zerklüftet; neben alten Resten der geheimen Gesellschaften und der utopistischen Schulen gab es namentlich Blanquisten und Proudhonisten, von denen jene im Barrikadenkampfe und diese in kleinbürgerlichen Spielereien ihre Rettung sahen. Ein Versuch von sechzig Pariser Arbeitern, sich an den Wahlen für den gesetzgebenden Körper zu beteiligen, wurde von Proudhon herbe getadelt, weil die Arbeiter politisch sich an die radikale Bourgeoisie anschlossen, und von der radikalen Bourgeoisie schnöde verhöhnt, weil die Arbeiter auf eigenen Füßen stehen wollten. Überhaupt wurden die französischen Arbeiter von der französischen Bourgeoisie in derselben Weise gehänselt, wie die deutschen Arbeiter von der deutschen Bourgeoisie. Das war Wasser auf Bonapartes Mühle, und er ließ ihre Räder lustig klappern, geschickter als sein Nachahmer Bismarck, aber mit demselben Mißerfolge. Gleich mit seinem ersten Schachzuge hatte er Unglück; indem er den französischen Arbeitern gestattete, Delegierte zu wählen, die mit offizieller Unterstützung auf die Londoner Weltausstellung von 1862 gesandt werden sollten, förderte er alles andere eher als seine Hintergedanken.

Die französischen Arbeiter wählten natürlich ihre klarsten Köpfe, die sich in London schnell mit den englischen Arbeiterführern befreundeten. Am 5. August 1862 fand in London ein „Fest der internationalen Verbrüderung" statt, auf dem der Austausch der Meinungen den Wunsch nach einer dauernden Verbindung zwischen den Proletariern diesseits und jenseits des Kanals erweckte. Zunächst stellte sich diese Verbindung ganz zwanglos dadurch her, daß einige französische Delegierte in London blieben, wo sie Arbeit gefunden hatten. Enger geschürzt wurden die

angeknüpften Fäden durch den polnischen Aufstand von 1863. Die alten polenfreundlichen Überlieferungen der westeuropäischen Kulturvölker erwachten am mächtigsten im westeuropäischen Proletariat. Es kann dahingestellt bleiben, ob Bonaparte wieder, wie von mancher Seite behauptet worden ist, die Fraternisierung der englischen und französischen Arbeiter in der polnischen Sache begünstigte, zur Förderung seines angeblich volkstümlichen Despotismus: jedenfalls waren einige französische Arbeiter, die am 22. Juli 1863 auf einem großen Polenmeeting in London erschienen, nicht auf seine Kosten, sondern auf Kosten französischer Werkstätten abgeordnet worden. Sie wollten gemeinsam mit den englischen Arbeitern für den polnischen Aufstand wirken, wobei wieder der Gedanke eines internationalen Arbeiterbundes wie von selbst hervortrat. Ein Ausschuß, dem der Schuhmacher Odger und andere englische Gewerkschaftsleiter angehörten, erließ einen Aufruf an die Pariser Arbeiter, der zunächst für ihre Unterstützung in der polnischen Frage dankte, dann aber fortfuhr, daß eine Verbrüderung der Völker für die Sache der Arbeit höchst notwendig sei. Denn jedesmal, wenn die englischen Arbeiter ihre soziale Stellung durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung des Arbeitslohns verbessern wollten, drohten die Kapitalisten mit der Einfuhr französischer, belgischer, deutscher oder anderer ausländischer Arbeiter, und eine solche Schmutzkonkurrenz sei nur möglich, weil es an einer systematischen Verbindung zwischen den arbeitenden Klassen aller Völker fehle.

Diese von Professor Beesly ins Französische übersetzte Adresse zündete in den Pariser Werkstätten. Eine eifrige Agitation für den in ihr niedergelegten Gedanken begann, und neue Geldsammlungen unter den Pariser Arbeitern ermöglichten es, ihre Antwort auf die Londoner Adresse durch eine Deputation zu übersenden. Zum Empfange dieser Deputation berief der englische Ausschuß für den 28. September 1864 Arbeiter aller Länder nach St. Martins Hall zu einem großen Meeting, dem Professor Beesly präsidierte. Tolain verlas die französische Antwortadresse, die vom polnischen Aufstande anhob: „Wiederum ist Polen im Blute seiner Kinder erstickt worden, und wir sind machtlose Zuschauer geblieben", um dann zu fordern, daß die Stimme des Volkes in allen großen sozialen und politischen Fragen gehört werden müsse. Die despotische Macht des Kapitals müsse gebrochen werden. Durch die Teilung der Arbeit sei der Mensch zum mechanischen Werkzeuge ge-

worden, und der Freihandel ohne Solidarität der Arbeiter müsse eine industrielle Leibeigenschaft herbeiführen, die unbarmherziger und verhängnisvoller sei, als die in den Tagen der großen Revolution zerbrochene Leibeigenschaft. Die Arbeiter aller Länder müßten sich vereinigen, um einem verhängnisvollen System eine unübersteigliche Schranke entgegenzusetzen, einem System, das die Menschheit in einen Haufen fettbäuchiger Mandarinen und eine Masse hungernder unwissender Wesen scheide.

Nach einer lebhaften Debatte setzte das Meeting ein Komitee von Arbeitern verschiedener Länder nieder, mit dem Auftrage, Programm und Statuten einer internationalen Arbeitergesellschaft zu entwerfen, die provisorisch gelten sollten, bis im nächsten Jahre ein internationaler Kongreß in Brüssel endgültig darüber entschiede. Das Komitee bestand ganz überwiegend aus englischen Arbeitern. Doch verstärkte es sich in seiner ersten Sitzung am 5. Oktober aus verschiedenen Nationalitäten. Es umfaßte nunmehr etwa 50 Mitglieder. Von ihnen bestand immer noch etwa die Hälfte aus englischen Arbeitern, denen auch die Stellen des Präsidenten, des Schatzmeisters und des Schriftführers vorbehalten wurden. Darnach war am stärksten Deutschland durch 10 Mitglieder vertreten, die wie Marx, Eccarius, Ferdinand Wolff, Leßner, Lochner, Pfänder meist schon dem Bunde der Kommunisten angehört hatten. Frankreich hatte 9, Italien 6, Polen 2 und die Schweiz auch 2 Vertreter. Zu korrespondierenden Sekretären wurden Marx für Deutschland, Le Lubez für Frankreich, Wolff, der Privatsekretär Mazzinis, für Italien, Holthorp für Polen und Jung für die Schweiz ernannt. Das Komitee tagte im Bureau des allgemeinen Rates der Trade Unions, seine Finanzwirtschaft begann mit 3 Pfund Sterling (60 Mark), die in der ersten Sitzung gesammelt wurden.

Seine wichtigste Aufgabe bestand zunächst darin, sich über Wesen und Zweck des geplanten Bundes klar zu werden. Von vornherein ergab sich, daß nicht daran gedacht werden konnte, zerstörend in die bereits vorhandenen nationalen Arbeiterorganisationen einzugreifen, und ebenso wenig konnte es sich darum handeln, neben ihnen eine neue Organisation zu schaffen, die ihre nationale Entwicklung zu hindern geeignet war. Die Fragen des allgemeinen Wahlrechts, der Republik und ähnliche, wie wichtig sie sein mochten, mußten den nationalen Arbeiterorganisationen überlassen bleiben; sie hatten eine ganz verschiedene Bedeutung für die

deutschen und die englischen, für die französischen und die italienischen Arbeiter. Worauf es ankam, war die Aufrichtung einer Standarte, welche die kämpfenden Arbeiterheere der einzelnen Länder nie aus den Augen verlieren durften, wenn sie nicht auf trügerische Irrwege geraten, wenn sie die große gemeinsame Siegesstraße des modernen Proletariats erreichen wollten. Es galt, einen Boden für die internationale Aktion der Arbeiterklasse, einen Rahmen zu schaffen, worin deutsche Lassalleaner, französische Proudhonisten und englische Gewerkschafter einmütig zusammenwirken konnten zur Beseitigung der Hindernisse, die der Befreiung der Arbeiter auf internationalem Gebiete entgegenstanden. Nachdem sich das Komitee hierüber klar geworden war, wurde ein Subkomitee niedergesetzt, um Programm und Statuten zu entwerfen.

In einer neuen Sitzung am 1. November unterbreitete dies Subkomitee seine Vorschläge. Hauptsächlich handelte es sich um die Entscheidung zwischen zwei Entwürfen, deren einen Mazzini selbst ausgearbeitet hatte und durch Wolff vertreten ließ, und deren anderen Marx vorlegte. Mazzini war damals unter den englischen Arbeitern sehr populär, doch verstand er sich nicht auf die moderne Arbeiterbewegung. Ihr eigentlicher Herzschlag, der proletarische Klassenkampf, war ihm unverständlich und deshalb verhaßt. Sein Programm verstieg sich höchstens zu einiger sozialistischer Phraseologie, über die das Proletariat im Anfange der sechziger Jahre längst hinaus war. Ebenso waren seine Statuten aus dem Geiste einer vergangenen Zeit geboren; in der streng zentralistischen Weise politischer Verschwörungsgesellschaften abgefaßt, verstießen sie, wie gegen die Lebensbedingungen der Trade Unions im besonderen, so im allgemeinen gegen die Lebensbedingungen eines internationalen Arbeiterbundes, der keine neue Bewegung schaffen, sondern nur die in verschiedenen Ländern schon vorhandene, aber verzettelte Klassenbewegung des Proletariats verbinden sollte. Was Mazzini nicht begriff, das verstand Marx um so besser. Seine Inauguraladresse und seine Statuten wurden einstimmig angenommen und sind maßgebend geblieben für die Internationale Arbeiterassoziation, wie sie selbst den neuen Bund tauften.

Von der Inauguraladresse hat Professor Beesly später einmal gesagt, sie sei wahrscheinlich die gewaltigste und schlagendste Darlegung der Sache der Arbeiter gegen die Mittelklasse, die je in ein Dutzend kleiner

Seiten zusammengepreßt worden sei. Die Adresse beginnt damit, die große Tatsache festzustellen, daß sich die Not der Arbeiterklasse in den Jahren von 1848 bis 1864 nicht gemindert habe, obgleich gerade diese Periode in den Jahrbüchern der Geschichte beispiellos dastehe durch die Entwicklung ihrer Industrie und das Wachstum ihres Handels. Sie führt den Beweis dadurch, daß sie urkundlich gegenüberstellt einerseits die fürchterliche Statistik der Blaubücher über das Elend des englischen Proletariats, andererseits die Ziffern, die der Schatzkanzler Gladstone in seinen Budgetreden beigebracht hatte für die berauschende, aber ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichtum und Macht, die in jener Periode vor sich gegangen sei. Die Adresse deckt diesen schreienden Gegensatz an den englischen Zuständen auf, weil England an der Spitze der europäischen Industrie und des europäischen Handels stehe, aber sie fügt hinzu, daß er mit anderer Lokalfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter in allen Ländern des Festlandes bestehe, wo die große Industrie sich entwickele.

Überall beschränke sich die berauschende Vermehrung von Macht und Reichtum auf die besitzenden Klassen, es sei denn, daß eine kleine Anzahl von Arbeitern, wie in England, einen etwas erhöhten, aber durch die allgemeine Preissteigerung wieder ausgeglichenen Arbeitslohn erhalten hätte. „Allüberall sank die große Masse der arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, wie die oberen Klassen auf der sozialen Leiter stiegen. In allen Ländern Europas steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unleugbar für jeden unbefangenen Forscher, und bestritten nur von denen, die ein Interesse daran haben, anderen trügerische Hoffnungen zu erwecken, daß weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Verwertung der Wissenschaft für die Industrie und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und die Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen das Elend der gewerbtätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu verschärfen. Hungertod erhob sich in der Hauptstadt des britischen Königreichs beinahe auf den Rang einer sozialen Institution während dieser berauschenden Periode ökonomischen Fort=

schritts. Diese Periode ist in den Jahrbüchern der Welt gekennzeichnet durch die beschleunigte Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödlicheren Wirkungen der sozialen Pest, die man Handels- und Industriekrisen nennt."

Die Adresse wirft einen Blick auf die Niederlage der Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren und findet, daß diese Zeit auch ihre entschädigenden Charakterzüge habe. Besonders zwei große Tatsachen werden hervorgehoben. Zuerst der gesetzliche Zehnstundentag mit seinen für das englische Proletariat so heilsamen Folgen. Der Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit war ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze über Angebot und Nachfrage, welche die politische Ökonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten Produktion, den Inbegriff der politischen Ökonomie, welche die Arbeiterklasse vertritt. „Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht bloß ein großer praktischer Erfolg, sondern auch der Sieg eines Prinzips: zum erstenmal am hellen lichten Tag erlag die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse."

Die zweite große Tatsache, in der die politische Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Besitzes einen noch größeren Sieg erfochten hat, ist die Kooperativbewegung, sind die auf dem Prinzip der Kooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte Hände ins Leben gerufenen Fabriken. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. „Durch die Tat, statt der Gründe, haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und in Übereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Unternehmern, die einer Klasse von Arbeitern zu tun gibt, daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als Werkzeuge der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen die Arbeitenden selbst monopolisiert zu werden brauchen, und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der assoziierten Arbeit, die ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt." Die Adresse führt dann aus, daß Kooperativarbeit, auf gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter beschränkt, gleichwohl das kapitalistische Monopol nicht zu brechen vermöge. „Vielleicht

haben gerade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkungsart, philanthropische Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluge Nationalökonomen ganz urplötzlich mit widerlichen Komplimenten eben dem Kooperativarbeitssystem gehuldigt, das sie vergebens im Keime zu ersticken versucht, als die Utopie des Träumers verhöhnt oder als Verruchtheit des Sozialisten gebrandmarkt hatten." Erst die Ausdehnung der Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen und ihre Förderung durch Staatsmittel könne die Massen retten. Dagegen würden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Privilegien aufbieten, um ihre ökonomischen Monopole zu verteidigen und zu verewigen. Deshalb sei es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern. Dieser Abschnitt der Adresse stimmt dem Sinne nach vollkommen mit dem überein, was Lassalle im Offenen Antwortschreiben über die Bedeutung der genossenschaftlichen Arbeit für das Proletariat ausgeführt hatte.

Indem die Adresse die Pflicht der arbeitenden Klassen betont, sich die politische Macht zu erobern, sagt sie, die Arbeiter schienen diese Pflicht begriffen zu haben, wie ihr gleichzeitiges Wiederaufleben in England, Deutschland, Frankreich und Italien, wie ihr gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei beweise. „Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen; aber Zahlen wiegen nur dann schwer in der Wage, wenn sie durch ein Bündnis vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden." Die Erfahrung der Vergangenheit lehre, daß Mißachtung der Brüderlichkeit, die zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder bestehen und sie anspornen sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinander zu stehen, sich durch eine allgemeine Vereitelung ihrer unzusammenhängenden Anstrengungen räche. Diese Erwägung habe das Meeting in St. Martins Hall zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation veranlaßt.

Und noch eine andere Überzeugung habe dies Meeting beherrscht. Erheische die Emanzipation der arbeitenden Klassen ihren gegenseitigen brüderlichen Beistand, wie könnten sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolge, nationale Vorurteile hervorrufe und in Raubzügen das Blut wie den Schatz des Volkes vergeude? Die Adresse weist auf den amerikanischen Bürgerkrieg und den polnischen Aufstand hin. „Die auf keinen Widerstand stoßenden Übergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in

St. Petersburg, deren Hände in allen europäischen Kabinetten tätig sind, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gezeigt, den Mysterien der internationalen Staatskunst nachzuspüren, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller Macht entgegenzuarbeiten, und wenn außer stande, den Streich zu hindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu verkünden, die ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch für den Verkehr der Nationen die obersten Gesetze sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen." Und so schließt die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, wie weiland das Kommunistische Manifest: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Statuten beginnen mit Erwägungsgründen, die sich in folgende Sätze zusammenfassen lassen: Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden; der Kampf für sie ist kein Kampf für neue Klassenvorrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu grunde: dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziele strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jedes Landes und unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe; sie umfaßt alle Länder, in denen die moderne Gesellschaft besteht; sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken aller dieser Länder. Aus diesem Grunde erklären die Statuten, daß die Internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen. Es ist die Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann zu fordern, der seine Pflicht tut. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Die Organisation des Bundes gipfelte in einem Generalrat, der zusammengesetzt sein sollte aus Arbeitern der verschiedenen, in der Assoziation vertretenen Länder. Bis zum ersten Kongreß übernahm das in St. Martins Hall gewählte Komitee die Befugnisse des Generalrats. Sie bestanden darin, die internationale Vermittlung zwischen den Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder zu übernehmen, die Arbeiter jedes Landes fortdauernd über die Bewegungen ihrer Klasse in anderen Ländern zu unterrichten, statistische Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Klassen anzustellen, Fragen von allgemeinem Interesse in allen Arbeitergesellschaften erörtern zu lassen, im Falle internationaler Streitigkeiten eine gleichmäßige und gleichzeitige Aktion der assoziierten Gesellschaften zu veranlassen, periodische Berichte zu veröffentlichen und in ähnlichen Aufgaben. Der Generalrat wurde vom Kongreß gewählt, der jährlich einmal zusammentrat. Der Kongreß bestimmte den Sitz des Generalrats, sowie Ort und Zeit des nächsten Kongresses. Doch war der Generalrat befugt, die Zahl seiner Mitglieder zu vervollständigen, und im Notfalle den Ort des Kongresses zu verlegen, nicht aber die Zeit seines Zusammentritts hinauszuschieben. Die Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder, die sich den Internationalen anschlossen, behielten ihre gesonderte Organisation unangetastet bei. Keiner unabhängigen Lokalgesellschaft war verwehrt, unmittelbar mit dem Generalrat zu verkehren, doch wurde es als eine für die wirksame Tätigkeit des Generalrats notwendige Vorbedingung bezeichnet, daß die gesonderten Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder sich soweit möglich zu nationalen, in Zentralorganen vertretenen Körperschaften vereinigten.

Die Inauguraladresse und die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation waren mit einer Meisterschaft entworfen, die auch von dem Manne anerkannt worden ist, der später am eifrigsten daran gearbeitet hat, den Bund zu zerrütten: von Bakunin. Marx hat die Internationale nicht geschaffen, so wenig wie Lassalle die deutsche Sozialdemokratie geschaffen hat, aber wie dieser der deutschen, so hat jener der internationalen Arbeiterbewegung die Form gegeben, in der sie eine mächtige Wirksamkeit entfalten konnte. Die Internationale war die Erbin des Kommunistenbundes, in dessen Manifeste schon ausgesprochen worden war, daß vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Befreiung des modernen

Proletariats sei. Aber wie sehr unterschied sich die Internationale von dem Bunde der Kommunisten! Aus der geheimen Propagandagesellschaft, die der bürgerlichen Gesellschaft den rücksichtslosesten Krieg ansagte, war ein auf die weiteste Öffentlichkeit begründeter Bund geworden, der Arbeitergesellschaften von den verschiedensten Tendenzen umfaßte, vorausgesetzt, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse auf ihre Fahne geschrieben hatten. Dennoch war es derselbe Geist, der beide Körper beseelte, jener schöpferische Geist, der gleichmäßig seine großen Zwecke verfolgte in allem Wechsel der Mittel, den der Wandel der Zeiten erheischte.

Solange die Internationale bestand, ist Marx ihr Dolmetsch gewesen, und auch schon, ehe ihn das Meeting von St. Martins Hall in das Gründungskomitee wählte, hat er sich an den vorbereitenden Schritten beteiligt. Es war sein langgehegter Wunsch, wie Engels einmal sagt, mit dem Wiederaufleben des europäischen Proletariats „eine die fortgeschrittensten Länder Europas und Amerikas umfassende Arbeiterassoziation zu gründen, die den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung sowohl den Arbeitern selbst, wie der Bourgeoisie und den Regierungen sozusagen leiblich vorführen sollte — dem Proletariat zur Ermutigung und Stärkung, seinen Feinden zum Schrecken". In diesen Worten ist zugleich das innere Wesen der Internationalen treffend gekennzeichnet. Sie ist nie der mit ungeheuren Mitteln wirkende Geheimbund gewesen, der die Bedrücker des Proletariats geängstigt und dessen Schatten sie noch geschreckt hat. Sie war immer nur eine moralische Macht, welche die Arbeiter ermutigte, stärkte, vorwärts führte, und als solche bildet sie einen ragenden Markstein in der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts.

Der Gedanke einer internationalen Verbrüderung war seit den Tagen des römischen Weltreichs niemals völlig erloschen. In ihrer Weise verkörperte ihn die römische Kirche des Mittelalters. Er schien dann gänzlich verdunkelt zu werden durch die aufkommende kapitalistische Produktionsweise, welche die einzelnen Nationen sowohl schuf, als auch in den erbarmungslosen Krieg um den Weltmarkt warf. Aber er wurde doch immer wieder wach in den Köpfen bürgerlicher Ideologen, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer Nation im Rausche höchster Triumphe über die nationalen Schranken hinweggehoben zu werden schien, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer anderen Nation daran verzweifelte, je zu

nationaler Selbständigkeit zu gelangen. Das Weltbürgertum der französischen Revolutionäre und der deutschen Klassiker, wie ähnlich es sich sah, hatte einen ganz entgegengesetzten Ursprung. Immer zerfloß die bürgerliche Internationalität wie ein blutloser Schemen im Sturm und Drang der nationalen Kämpfe, um dann doch immer wieder daraus emporzutauchen. Es gehört zum antagonistischen Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, je länger je mehr die Völker des Erdballs sowohl enger zu verbinden, als auch tiefer zu zerreißen.

Dieser Antagonismus erlischt erst völlig im modernen Proletariat, das überall dieselben Interessen hat. So tritt denn auch schon bei den großen Utopisten die internationale Verbrüderung viel entschiedener und klarer hervor, als bei den weltbürgerlichen Denkern und Träumern der Bourgeoisie. Saint-Simon setzte der Allianz des Feudalismus einen Bund der entwickeltsten Nationen, der Deutschen, Franzosen und Engländer, zur Sicherung des Friedens und der Kultur entgegen, Fourier wollte durch eine große Föderation seiner Phalansteren das alte Staatensystem zerstören, Owen gründete einen Verein aller Klassen und Nationen zur Propaganda für die weltbefreienden Gedanken des Sozialismus. Je klarer sich das moderne Proletariat über seine Interessen wurde, um so entschiedener mußte es das Ideal einer allgemeinen Völkerverbrüderung von allen Nebeln phantastischer Vorstellung befreien. Wie sich die Internationale aus der Sympathie für einen nationalen Aufstand entwickelte und wie sie immer die treue Freundin nationaler Freiheitskämpfe geblieben ist, so packte sie den internationalen Gedanken da an, wo er in der Gestalt nüchterner, praktischer, reeller Tatsachen in die Wirklichkeit zu treten begann. Zu ihren Hauptwurzeln gehörte das Bemühen der Trade Unions, sich vor der Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus dem Auslande zu schützen.

Überhaupt bildeten die englischen Arbeitergesellschaften das Rückgrat des Bundes, eine Tatsache, die an und für sich schon genügt, um die Fabeln, als sei er eine Gesellschaft von Schwärmern oder Verschwörern gewesen, gebührend zu kennzeichnen. Als vier Jahre später die deutsche Fortschrittspartei auf den feinen Gedanken geriet, die frommen Musterknaben von englischen Arbeitern gegen die Propaganda der Internationalen auszuspielen, konnte Marx darauf hinweisen, daß alle irgend bedeutenden Bewegungsparteien des britischen Proletariats durch ihre Führer im Generalrate des Bundes vertreten seien: der allgemeine Rat

der Trade Unions durch Odger, Applegarth und Howell, die übrigen affiliierten Trade Unions durch Shaw, Buckley, Cohn, Hales und Maurice, die englischen Kooperativgesellschaften durch Weston und Williams, die Reformligue durch Dell, Cowell Stepney und Lucraft, die National Reform Assoziation durch Walton und Milner, die atheistische Volksagitation durch Copeland und Mrs. Harriet Law, daß der Beehive, das offizielle Organ der Trade Unions, zugleich dem Generalrate der Internationalen als offizielles Organ diene.

Wurzelnd in der rauhen Wirklichkeit, hatte die Internationale sich langsam durchzuringen, bis sie festen Boden unter den Füßen bekam, ganz ähnlich dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine, nur daß Marx viel geduldiger und zäher arbeitete als Lassalle. Erst zwei Jahre nach ihrer Gründung war die Internationale so weit, ihren ersten Kongreß abhalten zu können. Aber wie bei Lassalles Verein wäre es sehr verkehrt, ihre historische Wirksamkeit nur unter dem materiellen Gesichtspunkte zu betrachten. Die Finanzen des Generalrats, der Nerv aller modernen Kriegführung, waren nach einem Worte von Marx stets wachsende negative Größen, während umgekehrt ihr geistiger und moralischer Einfluß eine stets wachsende positive Größe war. Ihre Arbeit hat tausendfältige Frucht getragen, und ihre Verdienste um den proletarischen Emanzipationskampf sind unvergänglich.

Das gilt in erster Reihe von ihrer Rückwirkung auf Deutschland. Die Zahl der deutschen Arbeiter, die sich der Internationalen unmittelbar angeschlossen haben, war immer sehr gering, mehr als tausend werden es schwerlich zu irgend einer Zeit gewesen sein. Aber auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie hat der Bund mit bleibendem Erfolge eingewirkt.

Zweites Kapitel.

Lassalles Erben.

Dem Unsterne, der über Lassalles letzten Tagen gewaltet hatte, unterlag auch sein Testament. Die namhaften Renten, die Lassalle einzelnen Freunden vermachte, waren wohl dazu bestimmt, diese Männer unabhängig zu stellen und ihnen die Förderung der Agitation zu ermöglichen, aber sie erreichten diesen Zweck nicht. Bucher wurde ein Beamter Bismarcks, der Kandidat Alexi ein pietistischer Reaktionär, und Rüstow hat nichts für die Propaganda getan, wenn er auch ein ehrlicher Demokrat blieb.

Damit allein war noch nicht viel verloren. Verhängnisvoller erwiesen sich die Bestimmungen des Testaments, die sich unmittelbar auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bezogen. Lassalle empfahl dem Vereine, den Frankfurter Bevollmächtigten Bernhard Becker zu seinem Nachfolger zu wählen, und diesem band er auf die Seele, an der Organisation festzuhalten, die den Verein zum Siege führen werde, Verfügungen, die sich als Reflexe der Vahlteichschen Opposition erklären, aber, statt alte Verwirrung zu schlichten, nur neue Verwirrung angerichtet haben. Ähnlich stand es um den Paragraphen des Testaments, der dem Vereinssekretär Willms — neben einer persönlichen Jahresrente von 150 Talern „zum Lohne für seine Bravheit“ — auf die Dauer von 5 Jahren jährlich 500 Taler vermachte, damit er sie nach seinem Belieben zur Agitation für den Verein gewissenhaft verwende.

Noch ehe Lassalles Sarg geschlossen war, entbrannte der erste Streit zwischen seiner Mutter und der Gräfin Hatzfeldt. Sein Vater war nicht lange vorher gestorben, und seine übrige Familie, Mutter, Schwester und deren Mann, ein Kommerzienrat Friedland, den Lassalle tödlich gehaßt hatte, bekundeten bei seinem Tode, wie tief sie noch im Sumpfe des Geldjudentums steckten. Nach weitläufigen Verhandlungen wurde das Übereinkommen getroffen, daß die Gräfin Hatzfeldt die Leiche Lassalles

zur Beerdigung in Berlin ausgeantwortet erhielt, gegen Übernahme von 10000 Francs Unkosten, und die Verpflichtung, das Begräbnis nach jüdischem Ritus auszurichten. Die Gräfin beabsichtigte, den Sarg durch die großen Gemeinden des Vereins zu führen und überall feierliche Totenfeste zu veranstalten. Doch gelang ihr nur in Mainz die imposante Ausführung ihres Vorhabens. Als der Sarg auf einem Dampfer in Köln anlangte, beschlagnahmte ihn die Polizei im Auftrage der Familie und führte ihn nach Breslau, wo er sofort mit würdeloser Eile auf dem jüdischen Friedhofe bestattet wurde. Als die letzte Scholle Erde auf ihn fiel, meinte Friedland schmunzelnd: Nun ist der große Kampf begraben.

Diese Ansicht traf aber gewaltig daneben. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zeigte nun doch, daß er tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse geschlagen hatte. Die Totenfeiern Lassalles verliefen in allen Gemeinden ernst und erhebend. Der plötzliche Tod des geliebten Führers entmutigte nirgends, sondern stärkte überall die trotzige Zuversicht des Sieges. Der Kultus, der dabei mit der Person Lassalles getrieben wurde, ging manchmal etwas weit, aber im allgemeinen nicht weiter, als unter den obwaltenden Umständen begreiflich und verzeihlich war. Am ausgeprägtesten erschien er in einigen Liedern Ludwig Würkerts, die „der Bibel, der Kirche, dem Herrn" Treue schworen oder noch schärfer ans Zerrbildliche streiften. In alldem steckte aber doch ein tüchtiger Kern.

Ludwig Würkert war ein Veteran der vormärzlichen Demokratie, ein schon bejahrter Mann, der ein Vierteljahrhundert zu den ausgezeichnetsten Kanzelrednern des Königreichs Sachsen gehört, dann wegen hervorragender Beteiligung am Maiaufstande vier Jahre Zuchthaus verbüßt hatte und nun das Hotel de Saxe verwaltete, die „Herberge der Gerechtigkeit", wie das Haus bald von den Leipziger Arbeitern genannt wurde. Eine gefeierte Größe des bürgerlichen Radikalismus, hatte Würkert an das Märchen vom Reaktionär Lassalle geglaubt, bis ihn der Nachruf eines demokratischen Blattes stutzig machte, worin es hieß, Lassalle sei doch einer der Unseren gewesen. Nun las Würkert die Schriften Lassalles, und dem alten Revolutionär fiel es wie Schuppen von den Augen: im Saale seines Hotels pflegte er jetzt vor einer dichtgedrängten Schaar von Hörern über Lassalle zu sprechen und den toten Genius in Gedichten zu feiern, deren fromme Vergleiche der Sprache

des alten Theologen und nicht einer religiösen Empfindung der Massen entsprangen. Was sonst in Prosa und Versen bei Lassalles Totenfeiern laut wurde, das war von einer durchaus weltlichen Kampflust beseelt; bei der Totenfeier in Hamburg erklang zum erstenmale die Arbeitermarseillaise des jungen Jakob Audorf, deren schlichte schmucklose Worte seitdem auf unzähligen Arbeiterversammlungen erklungen sind und das zierlich geschliffene Bundeslied Herweghs ganz in den Hintergrund gedrängt haben.

In die Zeit gleich nach Lassalles Tode fielen auch einige Erfolge, die ihm selbst, wenn er sie noch erlebt hätte, die größte Freude gemacht haben würden. Im Oktober 1864 sollte der zweite Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Leipzig stattfinden, und am 2. dieses Monats trat ein Arbeitertag des Maingaues in Offenbach zusammen, um über die in Leipzig zu verhandelnden Gegenstände zu beraten. Als Berichterstatter des Komitees entwickelte Sonnemann alle die schönen Dinge, die den Arbeitern blühen sollten, falls sie nur die gehorsamen Diener der Bourgeoisie blieben, wurde aber für die altgewohnten Schlagworte nicht mehr mit dem altgewohnten Beifall belohnt. Vielmehr bemerkten die Arbeiter trocken, daß sie alle die verheißenen Herrlichkeiten um das allgemeine Wahlrecht daran geben würden. Sonnemann wandte ein, das allgemeine Wahlrecht könne den Arbeitern nicht vorwärts helfen, wie das Beispiel Frankreichs zeige, dafür sei er bereit, sobald die Stunde schlage, mit den Arbeitern auf die Barrikaden zu steigen. Allein dieser aufopfernde Heldenmut wurde unter erquickender Heiterkeit begraben, und das Komitee des Maingaues zog mit der schmerzlichen Erfahrung heim, daß die Tage sich neigten, in denen die Arbeiter so mir nichts dir nichts angeführt werden konnten.

Auf dem Leipziger Vereinstage fing es dann auch an, Abend zu werden für die Bourgeoisie. Ein übles Vorzeichen empfing ihn schon an der Schwelle. In dem Berichte über den vorjährigen Vereinstag, der angeblich 17000 Arbeiter vertreten haben sollte, war auch ein Solinger Arbeiterverein mit angeblich 1500 Mitgliedern als Teilnehmer aufgeführt worden; an den Leipziger Vereinstag richteten nun die beiden einzigen Arbeitervereine in Solingen einen scharfen Protest, worin sie erklärten, es sei eine „infame Lüge“, daß sie „je mit den ehrenwerten Herren Sonnemann und Wirth in einem Briefwechsel gestanden haben sollten“, die Solinger Arbeiter ständen zu Lassalle, und die 1500 An-

hänger, die Schulze-Delitzsch dort haben solle, seien Geschöpfe der Phantasie. Der Leipziger Vereinstag, der am 22. und 23. Oktober tagte, war von 40 Arbeiterbildungsvereinen beschickt, unter deren Vertretern nur verhältnismäßig wenige Arbeiter waren.

Am ersten Tage wurde über Freizügigkeit verhandelt, und die üblichen Redensarten über dieses angebliche Heilmittel der Arbeiterbeschwerden spannen sich in der üblichen Weise ab. Dann aber erhob sich Fritzsche, der einen Leipziger Zigarrenarbeiterverein vertrat, und wies nach, daß die Freizügigkeit zwar als ein natürliches, allen Menschen angeborenes Recht durchgesetzt werden müsse, aber mit sozialen Reformen nicht das Geringste zu tun habe. Was den Arbeitern allein helfen könne, sei das allgemeine Wahlrecht. Fritzsches beredte Ausführungen entfesselten den Beifall der anwesenden Arbeiterdelegierten und der Zuhörer auf den Tribünen. Es mußte schon mit Hilfe der Geschäftsordnung künstliche Vorsorge getroffen werden, um Fritzsche nicht zum zweitenmale zum Worte kommen zu lassen. Am nächsten Tage sprach Albert Lange über Konsumvereine. Er führte aus, daß sie durchaus kein Universalmittel, aber doch ganz nützliche Einrichtungen seien, vorausgesetzt, daß sie von Arbeitern begründet und verwaltet würden, und nicht von den gelehrten Männern der Bourgeoisie, die überhaupt gut daran tun würden, sich nicht so viel in Arbeiterangelegenheiten zu mischen, in denen die Arbeiter selbst viel besser Bescheid wüßten. Den Drahtziehern des Vereinstags wurde immer schwüler zu Mute, und als Fritzsche in einer Verhandlung über Produktivgenossenschaften sprechen wollte, schnitten sie ihm durch einen rechtzeitig eingebrachten Schlußantrag das Wort vom Munde ab. Darüber entstand ein heftiger Streit, den der auf beiden Seiten gleich angesehene Albert Lange nur mühsam beschwichtigen konnte. Zu einer wirklichen Versöhnung vermochte er es freilich auch nicht zu bringen; vielmehr verließ Fritzsche den Vereinstag, unter schriftlichem Proteste gegen den „unwürdigen Terrorismus“, der an der Redefreiheit verübt worden sei. Erfolglos war sein Vorstoß nicht gewesen. In den Ausschuß des Vereinstages wurde zwar wieder Sonnemann und Max Hirsch, aber neben ihnen Albert Lange und Bebel gewählt. Der gegen die revolutionäre Flut aufgeworfene Damm zeigte die ersten Risse.

Nun platzte auch die Bombe im Maingau. Auf einem Arbeitertage, der zum 27. November nach Frankfurt a. M. berufen wurde, um den Bericht über den Leipziger Vereinstag entgegenzunehmen, waren die

Anhänger Lassalles in entschiedener Mehrheit. Sie setzten das alte Komitee des Maingaues ab und wählten erst vorläufig, dann auf einem neuen, stark besuchten Arbeitertage am 18. Dezember endgültig ein neues Komitee, dessen neun Mitglieder zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehörten. Welcker wurde zum Vorsitzenden, Ellner und Oberwinder zu Schriftführern dieses Komitees ernannt. Zugleich erklärte der Arbeitertag Schulze-Delitzsch, Faucher, Sonnemann und Max Wirth für unfähig, Führer der Arbeiter zu sein, weil sie nicht die wahren Interessen des Proletariats verfolgt hätten, sondern mit Lügen umgegangen seien.

Während so die Prinzipien Lassalles immer tiefer in die Arbeiterklasse eindrangen und sich unaufhörlich neue Gemeinden bildeten, stand es anders um die Frage, ob die Organisation der Arbeiterpartei in derselben Weise aufrecht erhalten und ihre Taktik in derselben Weise fortgeführt werden könne, wie zu Lassalles Lebzeiten. Die eine wie die andere war je länger je mehr auf seine Person zugeschnitten gewesen, und diese Person konnte durch niemanden ersetzt werden, am wenigsten durch den Mann, den Lassalle als seinen Nachfolger empfohlen hatte. Bernhard Becker ragte weder durch Bildung noch durch Talent über das bescheidenste Mittelmaß empor, und das einzige, was ihn empfahl, war der Ruf der Ehrlichkeit, den er damals genoß.

Es läßt sich wohl erklären, weshalb Lassalle auf ihn verfallen war. Seine Hoffnungen auf die schnelle Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse zu einer großen politischen Partei waren arg herabgestimmt worden, und so mochte er es noch nicht an der Zeit halten, einen Arbeiter an die Spitze des Vereins zu stellen. Verzichtete er aber darauf, so war seine Auswahl sehr beschränkt. Mit Liebknecht stand er auf gespanntem Fuße, und an Schweitzer, den er sonst wohl gewählt haben würde, durfte er nicht denken bei der großen Unbeliebtheit Schweitzers in den Kreisen der Arbeiter. Dammer hatte sich als Leipziger Bevollmächtigter nur mäßig bewährt. Es blieb kaum ein anderer als Becker, der die Frankfurter Gemeinde in guter Ordnung gehalten und Vahlteichs Opposition entschieden verworfen hatte. Soweit Lassalle die Dinge vor seinem Tode übersehen konnte, durfte er glauben, die verhältnismäßig beste Wahl getroffen zu haben, aber die Folge lehrte, daß es dennoch eine sehr unglückliche Wahl war.

Zunächst achtete der Verein die letzten Willensmeinungen seines Stifters. Vahlteich wurde vom Vorstande gegen die Stimmen Metzners und Yorks

ausgestoßen. War Vahlteichs Opposition nicht frei gewesen von einem gewissen faktiösen Eigenwillen, so ehrte es ihn jetzt, daß er sich schweigend in sein trotzdem unverdientes Schicksal fügte und keine feindselige Handlung gegen den Verein unternahm. Die Präsidentenwahl machte noch einige formale Schwierigkeiten, doch war sie bis zum 1. November in den meisten Gemeinden vollzogen. Alle abgegebenen Stimmen fielen auf Bernhard Becker, und zwar für die Zeit, für die Lassalles Präsidium noch gedauert haben würde. Am 2. November legte der Vizepräsident Dammer, der sich von nun an aus der Agitation zurückzog, die Leitung des Vereins in Beckers Hände.

Aber damit begannen erst die eigentlichen Schwierigkeiten. Der Streit um Organisation und Taktik brach aus, als um die Jahreswende von 1864 auf 1865 die erste Generalversammlung in Düsseldorf stattfand und die ersten Nummern des neuen Vereinsorgans erschienen.

---

1. Die vorhandenen Gegensätze.

Nach der bürgerlichen Auffassung ist die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den nächsten Jahren nach Lassalles Tode ein wildes Gewirr persönlichen Haders und kleinlichen Gezänks gewesen. Wenn man an der Oberfläche der Dinge haften bleibt, so scheint diese Auffassung auch ganz zutreffend zu sein. Es ist nicht leicht, sich in den gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen zurechtzufinden. Lebt man sich aber in die Dinge selbst ein, und anders wird der Historiker nie zu einem richtigen Urteile gelangen, so erkennt man bald das vernünftige Gesetz der Entwicklung, das sie beherrschte.

Die Frage, wie Lassalles politische Erbschaft liquidiert werden sollte, ließ eine verschiedene Beantwortung zu. Die nächstliegende Ansicht war, die Agitation genau in den Geleisen fortzuführen, in denen sie sich bei Lassalles Tode befand. Diese Ansicht hatte in der Gräfin Hatzfeldt ihre eifrigste Befürworterin. Für sie war die Bewegung Lassalle und Lassalle die Bewegung. In ihrer Trauer um den toten Freund lag eine wilde Größe der Leidenschaft, die menschlich tief ergriff, aber politisch schlecht beriet. Die Gräfin machte jedes Wort Lassalles zu einem Evangelium, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, und dieser Buchstabenglaube mußte sie um so eher irreleiten, als sie nicht durch die Sozialdemokratie zu Lassalle, sondern durch Lassalle zur Sozialdemokratie gekommen war.

Sie hätte nicht eine geborene Aristokratin sein müssen, wenn die taktische Wendung Lassalles in ihr nicht Neigungen und Sympathien erweckt hätte, von denen Lassalle selbst sehr weit entfernt gewesen war. Der „große Minister", den Lassalle als Schachfigur betrachtet hatte, wurde ihr zum Ideal.

Als „der beste und einzige Freund" Lassalles hielt die Gräfin sich für seinen berufenen Nachfolger. Deshalb war ihr die Wahl Beckers gerade recht. Sie hoffte, den beschränkten Mann leiten zu können, wie sie wollte, und aus diesem Grunde hielt sie ebenso streng an Lassalles Organisation fest, wie an seiner Taktik. Der Verein sollte das Werkzeug Beckers bleiben, wie Becker ihr Werkzeug war. Becker selbst verherrlichte die Gräfin „in tiefster Ehrfurcht und Dankbarkeit" als die Retterin des Vereins, der ohne ihre Hilfe aus den Fugen gegangen sein würde. Daran war so viel wahr, daß die Gräfin sich eifrig bemühte und auch ihre reichen Geldmittel nicht schonte, um die Schöpfung Lassalles am Leben zu erhalten. Aber es war ebenso richtig, daß wenn ihre Absichten durchgingen, aus der Arbeiterpartei, die Lassalle hatte schaffen wollen, eine fanatisch-religiöse Sekte werden mußte.

Dagegen wollte Schweitzer den Verein als sozialdemokratische Partei erhalten, und er war klug genug, einzusehen, daß mit dem Herzog auch der Mantel des Herzogs gefallen sei. Schweitzer hatte sich mit überraschender Schnelligkeit in den sozialistischen Theorien zurechtgefunden; ohne ein selbständiger Theoretiker zu sein, hat er doch, solange er in der revolutionären Arbeiterbewegung wirkte, den wissenschaftlichen Kommunismus richtiger und schärfer vertreten, als irgend wer sonst in den deutschen Grenzen. Worin er aber selbst den großen sozialistischen Theoretikern überlegen war, das war seine genaue Kenntnis der damaligen deutschen Zustände und der klare politische Blick, womit er sie zu würdigen verstand. Ein geborener Süddeutscher, fand er sich sofort in der altpreußischen Kaserne mit einer Umsicht zurecht, um die ihn die altpreußischen Demokraten hätten beneiden können. Schweitzer besaß nicht die mächtigen Leidenschaften Lassalles, aber so konnte er sich von ihnen auch nicht hinreißen lassen. Selten hat ein Politiker so gut wie er begriffen, daß der Groll in der Politik nichts zu suchen habe. Er hatte wenig vom Feuer des Agitators, und in seinen agitatorischen Kundgebungen klingt manchmal ein gequälter Ton durch, aber er war unübertroffen in der Fähigkeit, den Arbeitermassen eine politische Situation

oder ein soziales Problem in faßlicher, lichtvoller und dabei doch niemals flacher Weise auseinanderzulegen.

Vor den Illusionen, denen Lassalle sich in den letzten Monaten seines Lebens hingegeben hatte, war Schweitzer hinlänglich geschützt. Er hielt daran fest, daß die politische Organisation der Arbeiterklasse eine unbedingte Notwendigkeit sei, ebenso daran, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen nur auf dem Wege möglich sei, den Lassalle beschritten hatte. Er ging noch weiter und erkannte an, daß Lassalles taktische Wendung durch die Gewalt der Umstände erzwungen worden sei. Er gab sie nicht völlig auf, beschränkte sie aber in einer Weise, die alle Mißverständnisse ausschloß. Trotz des Drängens der Gräfin Hatzfeldt ließ sich Schweitzer nicht dazu herbei, die schleswig-holsteinische Resolution zu befürworten, die Lassalle in seiner letzten Zeit erwogen hatte. Er betonte mit aller Schärfe, daß die Arbeiter der Fortschrittspartei die unbedingteste Heeresfolge zu leisten hätten, sobald diese Partei irgend welche ernsthafte Anstalten mache, die bürgerlichen Freiheiten durchzusetzen. Aber solange die Fortschrittspartei die bürgerlichen Klasseninteressen einfach verriet und in ihrer Verblendung heftiger auf das Proletariat losschlug, als auf die Regierung, solange vertrat Schweitzer den Standpunkt, daß die Arbeiterpartei sich in völliger Unabhängigkeit zu halten habe, sowohl gegenüber der Bourgeoisie als auch gegenüber dem Junkertum, daß sie mit wachsamem Auge spähen solle, was sie für sich aus dem Zwiste der unterdrückenden Klassen herausschlagen könne.

In seiner kaltblütigen Weise bildete Schweitzer sich keinen Augenblick ein, der feudalen Reaktion bürgerliche Freiheiten ablisten oder abschmeicheln zu können. Aber er rechnete darauf, daß Bismarck gezwungen werden würde, das allgemeine Wahlrecht und vielleicht auch das Koalitionsrecht durchzudrücken, und er sah darin einen wesentlichen Vorteil für die Arbeiterklasse, der die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation noch so gut wie ganz fehlten. Dem Wahlrechte, das sie besaß, brach die Dreiklassenwahl jede Spitze ab, ein Koalitionsrecht bestand fast nirgends, Preß- und Vereinsrecht waren der schrankenlosesten Polizeiwillkür preisgegeben. Sollte die Arbeiterbewegung ein politisches Gewicht in die Wagschale werfen, so mußte sie vor allen Dingen erstarken, so mußte sie sich einen gesetzlich anerkannten Boden schaffen, worauf sie sich bewegen konnte, und das war, solange die bürgerliche Opposition versagte,

nach Schweitzers Ansicht nur dadurch möglich, daß sie prinzipiell sich ihre volle Unabhängigkeit wahrte und taktisch den Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Junkertum ausnützte, unbekümmert um die Klage der Fortschrittspartei, daß sie der Reaktion diene, und unbekümmert um die Klage der Reaktion, daß sie sich von der Fortschrittspartei nasführen lasse. So wollte Schweitzer fortbauen auf der Grundlage, die Lassalle gelegt hatte, zunächst den Boden behauptend, der einmal gewonnen war, und kühl rechnend mit den praktischen Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Agitation, aber gern bereit, die Worte Lassalles preiszugeben, um im Geiste Lassalles die proletarische Bewegung immer fester und tiefer zu begründen.

In diesem Bestreben suchte er sich mit Marx, Engels und Liebknecht zu verständigen. Um das neue Vereinsorgan herauszugeben, waren Schweitzer und Hofstetten nach der preußischen Hauptstadt übergesiedelt, wo sie das preußische Bürger- und das Berliner Heimatsrecht erwarben. Noch zu Lassalles Lebzeiten ging Schweitzer zu Liebknecht und brachte sofort das Gespräch auf die reservierte Haltung der „alten Sozialisten“ gegenüber der Agitation Lassalles. Liebknecht setzte ihm die Bedenken auseinander, die Lassalles alte Freunde hegten, und so sagt Liebknecht in einer späteren Erklärung: „Herrn v. Schweitzer schien das einzuleuchten.“ Unmittelbar nach Lassalles Tode schlug Schweitzer vor, daß Marx das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übernehmen solle. Indessen Marx lehnte ab, weil er sich mit der Lassalleschen Bewegung nicht identifizieren und unter den herrschenden politischen Zuständen überhaupt nicht nach Deutschland zurückkehren wollte. Auf die dringenden Bitten Schweitzers erklärten sich Marx und Engels aber bereit, an dem neuen Vereinsorgane mitzuarbeiten, freilich nur mit dem größten Widerstreben und erst auf die ausdrückliche Versicherung Liebknechts hin, daß auf Schweitzers Loyalität zu bauen sei. Liebknecht selbst trat in die Redaktion ein.

Es war ein sehr ungleiches Paar, das da zusammengeriet, und es bedurfte keines großen Scharfsinns, um dieser Ehe ein unfriedliches Ende vorherzusagen. Liebknecht, der Revolutionär von 1848, der die Gegenrevolution mit der Waffe in der Faust bekämpft und in schwerem Exile den alten gerechten Haß genährt hatte, ein leidenschaftlicher Agitator, dem ein großes Ziel unwandelbar voranleuchtete: Schweitzer dagegen, um reichlich zehn Jahre jünger, das Kind einer ganz anderen

Generation, als in der Liebknecht aufgewachsen war, ein Organisator und Politiker, der mit prüfendem Blick alle die Hindernisse maß, die dem Vormarsche der Arbeiterklasse im Wege standen. Beide mochten sich wohl in einer akademischen Erörterung über allgemeine Gesichtspunkte verständigen, aber es war unmöglich, daß sie im praktischen Handeln des Tages gleichen Schritt und Tritt halten sollten. Liebknecht wollte doch am liebsten Lassalles Werk über den Haufen stürzen und ohne jede Rücksicht auf die konkreten politischen Zustände, wie sie nun einmal in Deutschland bestanden, die sozialistische Agitation frisch aus radikaler Wurzel entwickeln. Er wollte, wie er später seine damaligen Absichten erläutert hat, als Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung die Internationale an die Stelle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins setzen, und das hieß, die politische Arbeiterpartei Lassalles und Schweitzers in eine sozialistische Propagandagesellschaft auflösen.

Schweitzer stellte sich keineswegs feindlich zur Internationalen; gleich in den ersten Nummern des neuen Vereinsorgans druckte er ihre Inauguraladresse ab. Auf eine Anfrage Fritzsches, der an dem neuen Bunde kein klares Programm, kein einheitliches Ziel und kein bestimmtes Mittel entdecken konnte, antwortete er vollkommen sachgemäß, die Internationale sei ein Band, das durch alle europäischen Kulturstaaten geschlungen werden solle — durch eine Anzahl von Ländern, in denen die Verhältnisse zwar der Hauptsache nach gleichartig, nicht aber gleich seien. Welcher nächste Zweck aufzustellen und welche Mittel zu dessen Verwirklichung anzustreben seien, das richte sich nach den speziellen Verhältnissen eines gegebenen Landes, während die Internationale unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Eigentümlichkeit der sozialdemokratischen Arbeiterveine in den verschiedenen Ländern nur den Zweck verfolge, ein Zusammenwirken der sozialdemokratischen Elemente durch alle europäischen Kulturstaaten im allgemeinen herzustellen: einen Zweck, der seine Begründung in der Gemeinschaftlichkeit der Volksinteressen in allen Kulturstaaten finde. An dieser Auffassung Schweitzers war in keiner Weise etwas auszusetzen. Der Anschluß an die Internationale, der für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Korporation durch die deutschen Vereinsgesetze verhindert wurde, entschied noch nichts über die politische Organisation und Taktik einer nationalen Arbeiterpartei. Sobald sich die deutschen Arbeiter darauf beschränkten, als einzelne Personen — und anders konnten sie es nicht — der

Internationalen beizutreten und für deren Prinzipien zu wirken, hörten sie eben auf, eine politische Partei zu sein, die auf nationalem Boden zu kämpfen bereit und fähig war.

Irgend ein politisches Aktionsprogramm für die deutschen Zustände stellte Liebknecht nicht auf. Später hat er wohl den „Kultus des allgemeinen Wahlrechts“ verworfen und sein Bedauern ausgesprochen, daß Lassalle nicht die Steuerverweigerung verkündet habe, die das einzige Mittel gewesen sein würde, die feudale Reaktion zu Paaren zu treiben. Indessen hatte Lassalle bereits in seinen Verfassungsreden mit den schlagendsten Gründen nachgewiesen, daß mit der Steuerverweigerung unter den besonderen deutschen Verhältnissen nichts auszurichten sei. Dieser Nachweis ist auch niemals widerlegt, vielmehr von allen Kennern der deutschen Zustände als unwiderleglich anerkannt worden. Zu allem Überflusse hatte Johann Jacoby im Herbste 1863 den Versuch gemacht, in einer Wahlrede, die bedeutendes Aufsehen machte, zur Steuerverweigerung aufzufordern; die ganze Wirkung war gewesen, daß Jacoby selbst zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde und gerade zwei Steuerzahler, John Reitenbach-Plicken in Ostpreußen und Albert Lange am Rhein, die Zahlung der Steuern verweigerten, worauf sie ihnen abgepfändet wurden. Ebensowenig traf Liebknechts Vorschlag, den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch ein Direktorium von drei Männern zu ersetzen, den Punkt, auf den es ankam. Die ganze Organisation des Vereins war auf die diktatorische Leitung zugeschnitten; wenn diese beseitigt werden sollte, so mußte jene von Grund aus umgewälzt werden; die dreiköpfige Diktatur war unter Umständen noch verfehlter, als die einköpfige. Doch hat Liebknecht mit diesen hingeworfenen Gedanken schwerlich einen durchdachten Organisationsplan geben wollen, und an sich war seine Auffassung durchaus konsequent.

Lassalles Erwartung, das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats werde sich im Sturme als eine unwiderstehliche Macht erwecken lassen, hatte sich als trügerisch erwiesen. Eine gemeinsame Aktion zwischen Bourgeoisie und Proletariat war unmöglich, das sprach auch Marx zu dieser Zeit mit dürren Worten aus. Beim Stiftungsfeste des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London sagte er, die deutsche Bourgeoisie sei zu feige, ihr eigenes Programm durchzuführen, und er habe allerdings erwartet, daß sie wenigstens so viel durchsetzen werde,

wie die englische Bourgeoisie, als er im Kommunistischen Manifeste die Arbeiter aufforderte, gemeinsam mit der Bourgeoisie den Absolutismus zu stürzen. Verwarf es nun Liebknecht als eine unzulässige Taktik, die herrschenden Parteien gegeneinander auszuspielen, so blieb in der Tat nichts übrig, als der deutschen Arbeiterbewegung die Form einer sozialistischen Propagandagesellschaft zu geben, wie ein halbes Menschenalter früher im Bunde der Kommunisten. Denn die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation, Preß- und Vereinsfreiheit, Koalitions- und Wahlrecht, besaß das deutsche Proletariat entweder immer noch nicht oder doch nur erst auf dem Papiere.

---

2. Der Kampf der Meinungen.

Die Gegensätze, die nach Lassalles Tode in der jungen Arbeiterbewegung erwachten, explodierten zunächst in einem Zerwürfnisse zwischen Becker und der Gräfin Hatzfeldt. Beckers übertriebene Devotion vor der Gräfin schlug in einen ebenso übertriebenen Haß um, als die Spöttereien der Bourgeoispresse über den „Schürzenpräsidenten" und allerlei sonstige kleinliche Anlässe den armen Teufel aus den Träumen des Ehrgeizes erweckten, in denen sich sein enges Hirn eben zu berauschen begann. Becker suchte jetzt eine Stütze an Lassalles Mutter und bettelte auch von ihr 200 Taler für den Verein los, ein Schritt, der nach dem schnöden Benehmen der Familie Lassalle nicht nur die Gräfin Hatzfeldt, sondern alle erbitterte, die Lassalles Andenken in Ehren hielten. Becker hatte wohl noch eine weitere Absicht, als er die alte Frau Lassalle für sich zu gewinnen suchte. Sie focht das Testament ihres Sohnes an, und für Becker hatte ihre Gunst um so größeren Wert, als er für sich auf die Rente von 500 Talern spekulierte, die Lassalle dem Vereinssekretär Willms auf fünf Jahre zur Agitation für den Verein vermacht hatte.

Unter allen testamentarischen Bestimmungen Lassalles war diese, wenn nicht die unglücklichste, so doch die unbegreiflichste. Er wußte, daß Becker arm wie eine Kirchenmaus sei, und daß vom Verein ein Präsidentengehalt noch nicht aufgebracht werden könne; wenn er trotzdem nicht dem von ihm empfohlenen Präsidenten, sondern dem schon mit 400 Talern Jahresgehalt honorierten Vereinssekretär eine dauernde persönliche Rente von 150 Talern und dazu jenes Legat für Vereins-

zwecke vermachte, so mußte er sich sagen, daß er damit dem Vereinssekretär ein gefährliches Übergewicht über den Präsidenten gab. Vielleicht ging Lassalles Absicht dahin, daß der von ihm sehr geschätzte Willms tatsächlich den Verein leiten und Becker eine Art Ehrenstellung als Präsident erhalten sollte, gewissermaßen als Puffer, woran sich die Eifersüchteleien anderer Arbeiter gegen Willms brechen könnten. Aber selbst dann war der größten Verwirrung Tür und Tor geöffnet, und sie verfehlte nicht sich einzustellen, als die erste Generalversammlung des Vereins am 27. Dezember 1864 in Düsseldorf zusammentrat.

Auf dieser Generalversammlung waren 34 Orte durch 20 Delegierte vertreten, Berlin durch Metzner, Frankfurt durch Ellner, Elberfeld durch Hillmann, Düsseldorf durch Levy, Hamburg durch Perl, Harburg durch York, Dresden durch Försterling, Leipzig durch Fritzsche. Die Vereinskasse hatte einen Bestand von 39 Talern. Eine Reihe von Anträgen wurde ohne wesentliche Debatte angenommen. Sie gingen dahin, Lassalles Todestag in allen Gemeinden feierlich zu begehen, den Mitgliedern in den schlesischen Weberdistrikten wegen ihrer Armut die Hälfte der Beiträge zu erlassen, die Kassenorganisation Lassalles auf den ganzen Verein auszudehnen, mit gewissen Vereinfachungen für die kleineren Gemeinden. Der wichtigste Beschluß war, das Sekretariat mit dem Präsidium zu verschmelzen und dem Präsidenten ein Jahresgehalt von 500 Talern auszuwerfen. Er wurde auf Antrag Fritzsches gefaßt, nachdem ihn Metzner, York, Perl, Levy und Försterling als eine unabweisbare Notwendigkeit befürwortet hatten.

Eine solche Notwendigkeit war er ohne Zweifel. Es wäre völlig unerträglich gewesen, den Präsidenten auf die Gnade der Gräfin Hatzfeldt oder der Frau Lassalle anzuweisen. Vor diesem Gesichtspunkte mußten alle anderen Bedenken zurücktreten, so groß sie sein mochten. Es gab ihrer gewiß viele und wichtige. Der Beschluß war ein handgreiflicher Bruch der Statuten, die nach ihrem Wortlaut die Vereinigung des Sekretariats mit dem Präsidium nicht zuließen und vor drei Jahren nicht geändert werden durften. Die Macht des Präsidenten wurde noch erhöht, der Abstand zwischen Beckers Fähigkeiten und den Aufgaben, denen er genügen sollte, noch vergrößert. Die Gräfin Hatzfeldt gewann einen bequemen Vorwand, auf die schwere Verletzung der Organisation hin Becker als unrechtmäßigen Usurpator zu behandeln. Endlich zerrüttete der Beschluß die Solinger Gemeinde, eine der ältesten und festesten

Burgen des Vereins. Willms konnte sich zwar über kein formelles Unrecht beklagen; er war nach Ablauf seiner Amtszeit als Sekretär eben nicht wiedergewählt worden, unter ausdrücklicher Anerkennung, daß ihm damit kein Mißtrauensvotum erteilt, sondern nur einem unerbittlichen Zwange der Umstände nachgegeben werden sollte. Aber er besaß nicht die Selbstverleugnung, die Vahlteich in viel schwierigerer Lage bewährt hatte, und da sein Freund Klings auf seine Seite trat, so entwickelte sich in der Solinger Gemeinde eine heftige Opposition, die sich dann auch nach Hamburg, Leipzig und anderen Gemeinden verpflanzte.

Viel schärfer noch brachen die vorhandenen Gegensätze in dem neuen Vereinsblatt aus. Die erste Probenummer erschien am 15. Dezember 1864 unter dem Titel: Der Sozialdemokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Eigentümer und Redakteure waren Hofstetten und Schweitzer, als Mitarbeiter wurden Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Engels, Herwegh, Heß, Liebknecht, Marx, Rüstow und Wuttke genannt. Das Programm beschränkte sich auf drei große Gesichtspunkte: Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze zivilisierte Welt; das ganze gewaltige Deutschland Ein freier Volksstaat; Abschaffung der Kapitalherrschaft. Die zweite Probenummer wurde am 21., die dritte am 30. Dezember ausgegeben. Vom 4. Januar ab erschien dann das Blatt regelmäßig, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Der leitende Kopf der Redaktion war Schweitzer, und er ging in seinem Sinne vor. Der erste Leitartikel schilderte Lassalles Verdienste um die Arbeiterklasse, der zweite aber behandelte die schleswig-holsteinische Angelegenheit in dem Sinne, daß jede im Rahmen der bestehenden Zustände mögliche Lösung dieser Frage für die Nation gleich traurig sei, möchte nun Österreich oder Preußen das eroberte Land behalten oder möchte Schleswig-Holstein ein selbständiger Staat werden. In jenem Falle würde der Krebsschaden Deutschlands, der Dualismus der beiden Großmächte gestärkt, in diesem die kleinstaatliche Misere von neuem verbrieft werden. Annektiere Preußen das Land, so sei wenigstens ein Trost in all dem Elend: dem Bundestage, dem einzigen Organe der Gesamtnation, würde der letzte Lebensnerv getötet, und dann würden die Verhältnisse zur entscheidenden Umwälzung, zur endlichen Ermannung der Nation drängen.

In der inneren Politik betonte Schweitzer die völlige Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Partei. Zwar ständen der Bourgeoisie im Kampfe gegen den Absolutismus die Fäuste des Proletariats mit Recht zur Verfügung, aber wenn sich die liberale Bourgeosiepartei nicht freundlicher, ja vielleicht noch feindlicher zur Volkspartei stelle, als die monarchisch-absolutistische Partei, so bliebe der Volkspartei nur übrig, je nach den obwaltenden Umständen, zu einzelnen Zwecken und in bestimmten konkreten Fragen, mit der einen oder der anderen Partei zusammenzuwirken, immer vorausgesetzt, daß „die selbständige prinzipielle Stellung der Volkspartei durch ein derartiges Kooperieren zu einzelnen Zwecken niemals auch nur im geringsten" berührt werde. Das Geschrei der liberalen Presse über „Zusammenhang mit der Reaktion" wies Schweitzer mit den Worten zurück, daß dieses nichtsnutzige Gerede überhaupt nicht ernst gemeint sei, „indem diese zahmen Professoren und aufgedunsenen Geldsäcke zusamt ihren Lohnschreibern sehr gut wissen, was wir sind und was sie sind"; die deutsche Sozialdemokratie sei ihre eigene Partei, und ihre Grundsätze würden Fleisch und Blut im Leben der Nation sein, wenn der eherne Gang der Weltgeschichte längst in den Staub getreten habe, was sich jetzt aufblähe.

Das liberale Geschrei über „Zusammenhang mit der Reaktion" wurde am lebhaftesten erweckt durch fünf Leitartikel über das Ministerium Bismarck, die Schweitzer in der Zeit vom 27. Januar bis zum 1. März veröffentlichte. Tatsächlich bewiesen sie nur, daß Schweitzer an Klarheit des politischen Blicks turmhoch über der fortschrittlichen Presse stand. Liest man die Artikel heute, so erscheinen sie in gewissem Sinne als sehr trivial, in dem Sinne nämlich, daß die Ereignisse längst bestätigt haben, was Schweitzer zu einer Zeit voraussah, wo nur sehr wenige Köpfe in Deutschland sich zu einer gleich eindringenden Auffassung der politischen Lage emporschwingen konnten.

Schweitzer untersuchte in den Bismarckartikeln historisch, welche Faktoren in der deutschen Frage überhaupt aktionsfähig seien. Er fand deren nur zwei: preußische Bajonette und deutsche Proletarierfäuste. Er wies nach, daß der Bundestag, Österreich, die Mittel- und Kleinstaaten sich der deutschen Frage gegenüber schlechthin ohnmächtig erwiesen hätten — im Guten wie im Schlimmen. Zu lösen sei diese Frage nur noch auf zwei Wegen. Entweder dadurch, daß die deutsche Nation durch eine Revolution sich selbst helfe, und dies sei die für jeden Demokraten selbst-

verständliche Lösung der deutschen Frage im deutschen Sinne. Oder aber dadurch, daß der preußische Staat, getreu seinen historischen Überlieferungen, das übrige Deutschland verspeise, und an dieser Lösung der deutschen Frage arbeite Bismarck augenblicklich mit großem Erfolge. „Von diesem Streben ist fundamental unterschieden dasjenige, worauf die Gesamtnation hinarbeitet: einen deutschen, wesentlich auf modernen Ideen beruhenden Volksstaat herzustellen. Äußerlich haben beide Bestrebungen das Gemeinsame, daß bisher getrennte Teile der Nation einheitlich zusammengefaßt werden sollen; innerlich unterscheiden sie sich dadurch, daß in dem einen Falle die Vereinigung bloßes Mittel im Dienste dynastisch-partikularistischer Interessen, im anderen Falle höchster nationaler Selbstzweck sein würde.“ Aber wie das Preußentum der Feind des Deutschtums, so sei es auch der Feind der „bestehenden Gewalten“ in Deutschland.

Aus der preußischen Geschichte legte Schweitzer dar, daß der preußische Partikularismus der für die nationale Entwicklung gemeinschädlichste, weil mächtigste Partikularismus sei, daß er ganz etwas anderes bedeute, als der lichtensteinische und der lippe-detmoldische und selbst als der bayerische und schwäbische Partikularismus. Ein preußischer Minister, der einmal die alten Überlieferungen des preußischen Staats aufnehme, werde durch die Wucht der Dinge selbst vorwärts gerissen werden und könne auf diesem Wege nicht umkehren. Die deutsche Politik der Fortschrittspartei leide an dem Fehler, weder preußisch noch deutsch zu sein. Sie verlange die deutsche Einheit mit der preußischen Spitze, ohne zu begreifen, daß die deutsche Einheit nur durch die deutsche Revolution zu haben sei, und daß die preußische Spitze nur ein Großpreußen schaffen könne. Den Scharfsinn dieser historischen Untersuchung heute noch beweisen wollen, hieße Wasser in die Spree tragen.

Dennoch war an Schweitzers Bismarckartikeln etwas nicht in der Ordnung. So recht er darin hatte, daß der preußische Partikularismus ein besonderes Ding sei, das nach seinen historischen Ursprungs- und Daseinsbedingungen begriffen sein wolle, so schilderte er das eigentümliche Wesen dieser Bedingungen doch mit einer Lebendigkeit, die manchmal einer Verherrlichung zum Verwechseln ähnlich sah. Es war noch das Wenigste, daß Schweitzer von der „bedeutenden Politik“ Bismarcks sprach. Derselben Politik erkannte Albert Lange zur selben Zeit die „Grundzüge der Kühnheit und einer gewissen großartigen Einfachheit“ zu; diese Reaktion kluger Köpfe auf die einfältigen Kindereien, womit der Nationalverein

den preußischen Minister aus dem Sattel zu heben gedachte, war begreiflich genug. Aber die Art, wie Schweitzer den preußischen Staat zu einem Werke „tüchtiger Regenten“ machte, wie er das „mächtige Genie“ des alten Fritz pries, „eines in jeder Hinsicht bewundernswürdigen Mannes“, und anderes mehr war historisch ebenso anfechtbar wie politisch. Böswillige Gegner, und Schweitzer mußte wissen, daß er mit sehr böswilligen Gegnern zu kämpfen hatte, brauchten nur einzelne Sätze aus dem Zusammenhange zu reißen, um den Anschein zu erwecken, als ob die junge Arbeiterbewegung borussifiziert werden sollte. Namentlich in den beiden ersten Bismarckartikeln machte sich dieser Mißgriff Schweitzers sehr bemerkbar, viel weniger in den drei letzten. Zwischenein hatte er eine sehr empfindliche Lektion erhalten, seine Politik war öffentlich von Marx und Engels verleugnet worden.

Das Widerstreben dieser beiden Männer, am Sozialdemokraten mitzuarbeiten, hatte seine guten Gründe gehabt. Hegten sie schwere Bedenken gegen Lassalles Agitation und wollten sie nicht selbst die Leitung der deutschen Arbeiterbewegung übernehmen, so war es für sie am geratensten, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen, wie sie schon bei Lassalles Lebzeiten getan hatten. Die halbe Verantwortung einer bloßen Mitarbeit am Vereinsorgan mußte zu allerlei Reibereien führen. Daß Schweitzer die ehrliche Absicht hatte, die Agitation auf die breitere prinzipielle Grundlage zu stellen, die den Anschauungen des Kommunistischen Manifestes entsprach, hat er dadurch bewiesen, daß er diese Absicht ausführte, auch nachdem er von den Verfassern des Manifestes eine bittere Absage erhalten hatte. Marx und Engels trauten ihm aber nicht, und die Berichte Liebknechts verstärkten bald dies Mißtrauen. Hat Liebknecht ebenso, wie er gleich darauf sich öffentlich aussprach, nach England geschrieben, so haben Marx und Engels, bei aller subjektiven Wahrhaftigkeit des Berichterstatters, kein objektiv zutreffendes Bild von den damaligen Personen und Zuständen in Deutschland empfangen. Ohnehin haben sie in ihrer Auffassung ostelbischer Dinge die geborenen Rheinländer nie ganz verleugnet, was sich an ihrem Urteil über Lassalle und Lassalles Agitation ebenso spüren ließ, wie im Jahre 1848 an ihrem Urteil über Born und die damalige Arbeiterbewegung in Berlin und Leipzig.

Gleich den ersten Leitartikel des Sozialdemokraten über Lassalle verurteilte Marx als eine „servile Lobhudelei“, was ein unbillig hartes

Urteil war, mag man auch gern zugeben, daß nicht jedes Wort dieses Artikels auf die Goldwage gelegt werden durfte. Schweitzer bat um Geduld, es werde schon nach und nach besser werden. Auf seinen Wunsch schrieb Marx dann sofort einen Nachruf auf Proudhon, als dieser im Januar 1865 gestorben war; nicht jedoch, ohne in dem vortrefflichen Aufsatze „jeden Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt" als Verletzung des „einfachen sittlichen Taktes" zu kennzeichnen. Gleichzeitig sandte Engels die Übersetzung eines altdänischen Bauernliedes ein, um in einer Randglosse den deutschen Arbeitern die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Krautjunkertum ans Herz zu legen. Natürlich druckte Schweitzer diese Beiträge ohne jede Änderung ab. Dann aber hatte Marx wieder neue Ausstellungen zu machen: an einem Pariser Brief von Heß und an Schweitzers Stellung zur Koalitionsbewegung, die sich damals in Deutschland zu entwickeln begann. Schweitzer bat wiederholt um Geduld. Am 15. Februar schrieb er an Marx, jede theoretische Aufklärung werde er dankbar als Belehrung annehmen, aber um praktische Fragen momentaner Taktik zu beurteilen, müsse man im Mittelpunkte der Bewegung stehen. Er fügte hinzu: „Auch vergessen Sie nicht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein konsolidierter Körper ist und bis zu einem gewissen Grade an seine Traditionen gebunden bleibt. Die Dinge in concreto schleppen eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herum." Hierauf antworteten Marx und Engels mit einer öffentlichen, aus London und Manchester vom 23. Februar datierten Erklärung, daß die vom Sozialdemokraten befolgte Taktik ihre weitere Mitarbeit an dem Blatte ausschließe. Sie hätten keinen Augenblick seine schwierige Stellung verkannt und keine für den Meridian von Berlin unpassenden Ansprüche erhoben. Aber sie hätten wiederholt gefordert, daß dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei gegenüber eine mindestens ebenso kühne Sprache geführt werde, wie gegenüber der Fortschrittspartei. Ihre Ansicht vom königlich preußischen Regierungssozialismus und die richtige Stellung der Arbeiterpartei zu solchem Blendwerk hätten sie bereits 1847 in der Deutschen Brüsseler Zeitung entwickelt und unterschrieben heute noch jedes Wort ihrer damaligen Erklärung. Gleichzeitig trat Liebknecht aus der Redaktion aus, und einige Tage darauf sagten Herwegh, Rüstow und Johann Philipp Becker ab. Von den angekündigten Mitarbeitern blieben nur Heß und Wuttke dem Blatte treu.

Die Bourgeoisie jubelte über das Zerwürfnis, und Sonnemanns Preßorgan wies vom erhabenen Standpunkte seiner antiken Sittlichkeit die „demokratisch gesinnten Arbeiter" darauf hin, was sie von „solchen Chefs", wie Marx und Engels, halten müßten, die sich mit dem Sozialdemokraten überhaupt erst eingelassen hätten, obgleich doch schon Lassalle mit der Reaktion geliebäugelt habe. Schweitzer knüpfte an diesen geistreichen Ausfall die Bemerkung, daß die giftigsten Gegner der Lassalleschen Agitation das Verfahren von Marx und Engels dennoch für inkonsequent hielten, und mit dieser taktischen Deckung brauchte man es nicht genau zu nehmen. Sehr ungehörig war aber die verdächtigende Unterstellung Schweitzers, man habe sich zurückgezogen, weil man eingesehen habe, daß man nicht die erste Rolle in der Partei spielen könne. Marx antwortete darauf scharf und schlagend in der Berliner Reform, die Guido Weiß in jener Zeit leitete. Sonst bemühte sich Schweitzer, über „diese persönlichen Geschichten" möglichst schnell zur politischen Tagesordnung überzugehen. Leider aber war seine Rechnung ohne den unglückseligen Bernhard Becker gemacht, der den unmöglichen Versuch unternahm, sich als ebenbürtiger Nachfolger Lassalles zu bewähren und die Gegner des Vereins mit Keulenschlägen niederzuwerfen. Er hielt den Hamburger Arbeitern am 22. März eine lange Rede, die von persönlichen Ausfällen gegen die Gräfin Hatzfeldt, sowie gegen Marx, Engels und Liebknecht strotzte.

In der Berliner Gemeinde kam es darüber zu den heftigsten Auftritten. Liebknecht verteidigte die Gräfin, obgleich er prinzipiell bereits mit ihr gebrochen hatte, ritterlich gegen Beckers Angriffe und widerlegte die häßlichen Verleumdungen, die Becker aus Vogts Pamphlet und ähnlichen Quellen gegen ihn, Marx und Engels zusammengetragen hatte. Auf seinen Antrag beschloß die Berliner Gemeinde fast einstimmig, den Bernhard Becker „als Lügner, Verleumder und unheilbaren Idioten" aus dem Vereine zu stoßen. In der Hitze des Gefechts trug Liebknecht dann aber auch dazu bei, die Verwirrung zu steigern. Er veröffentlichte in der Rheinischen Zeitung, einer gehässigen Gegnerin der Arbeiterbewegung, eine Erklärung, worin er unter anderem sagte, daß die Lehre Lassalles nichts sei, als ein „abgeschwächter und verwischter Abklatsch" der von ihm und seinen Freunden seit Jahren vertretenen Prinzipien. Kurz vorher hatte Marx den Schaumschläger Blind, der gegenüber der Arbeiterklasse ganz am gleichen Strange zog, wie die Rheinische Zeitung,

mit den Worten abgefertigt: „Es liegt mir durchaus fern, einen Mann wie Lassalle und die wirkliche Tendenz seiner Agitation einem grotesken Klown, hinter dem nichts steht als sein eigener Schatten, verständlich machen zu wollen. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß Herr Karl Blind nur seinen von Natur und Äsop ihm auferlegten Beruf erfüllt, wenn er nach dem toten Löwen tritt." Damit war gewiß in musterhafter Weise die Grenze gezeichnet, die unter allen Umständen inne gehalten werden mußte, sobald es sich der Bourgeoisie gegenüber um Lassalles Person und Werk handelte.

Mitten in dem unerfreulichen Hader erschien eine kleine Schrift über die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, die Engels schon vor dem öffentlichen Zusammenstoße entworfen und auch wohl ausgeführt hatte. Jedenfalls ist sie ganz frei von Polemik, wenn auch in ihrem letzten Abschnitte unter fortlaufendem Hinblick auf Schweitzers Taktik verfaßt. In den beiden ersten Abschnitten beleuchtete Engels die preußische Militärfrage vom Standpunkte der Regierung und der Bourgeoisie aus, mit der historischen Unbefangenheit des wissenschaftlichen Forschers, die selbst für Männer wie Heß und Rüstow, geschweige denn für die liberalen Politiker unverständlich war. Der dritte Abschnitt untersuchte die Stellung des Proletariats zu dem Streite der Regierung und der Bourgeoisie um die Verfassung. Er mündete in den Sätzen: die Arbeiterpartei vor allem organisiert halten, soweit es die jetzigen Zustände zulassen; die Fortschrittspartei voran treiben zum wirklichen Fortschreiten, soweit das möglich, sie nötigen, ihr eigenes Programm radikaler zu machen und daran zu halten, jede ihrer Inkonsequenzen und Schwächen unnachsichtlich züchtigen und lächerlich machen; die eigentliche Militärfrage gehen lassen, wie sie geht, in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterpartei auch einmal ihre eigene deutsche „Armeereorganisation" machen wird; der Reaktion aber auf ihre heuchlerischen Lockungen mit den stolzen Worten des alten Hildebrandliedes antworten: Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze.

In diesem Programm lag genau genommen nichts, was der Auffassung Schweitzers widersprach. Schweitzer hätte sich sogar auf Engels berufen können gegen den lärmenden Vorwurf Herweghs, daß der Sozialdemokrat einen ihm von Rüstow eingesandten Aufsatz über die preußische Militärfrage nicht aufgenommen habe. Rüstow stand in dieser

Frage auf einem zwar radikaleren, aber doch wesensgleichen Standpunkte mit der Bourgeoisie. Herwegh schlug auch ganz konsequenterweise auf Engels nicht viel weniger heftig los, als auf Schweitzer. Will man die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer entdecken, so muß man etwas näher auf die Ausführungen eingehen, durch die Engels zu seinen Schlußsätzen gelangte.

Er schilderte die bonapartistischen Grimassen der preußischen Regierung und meinte, wenn sie das allgemeine Wahlrecht oktroyiere, so werde sie es so verklausulieren, daß es eben kein allgemeines Wahlrecht mehr sei. Er wies auf die französischen Erfahrungen hin, die sich in Deutschland noch verschlimmern würden. Das deutsche Proletariat sei nicht so konzentriert und habe nicht eine so lange Erfahrung im Kampfe wie das französische. Dann aber sei in Deutschland nicht der kleine Parzellenbauer, sondern der große Grundbesitz die Regel; wenn ein Drittel der deutschen Proletarier unter dem Kommando der Kapitalisten stände, so ständen ihrer zwei Drittel unter dem Kommando der Feudalherren. „Solange das Landproletariat nicht in die Bewegung mit hineingerissen wird, solange kann und wird das städtische Proletariat in Deutschland nicht das Geringste ausrichten, solange ist das allgemeine direkte Wahlrecht für das Proletariat keine Waffe, sondern ein Fallstrick." Hier lag die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer. Was Engels dann weiter ausführte darüber, daß die ganze Arbeiterbewegung in Deutschland erst geduldet sei, daß die Regierung ihr jeden Augenblick den Garaus machen könne, bestritt Schweitzer nicht nur nicht, sondern diese unanfechtbare Tatsache war gerade die Triebfeder seiner Taktik. Ebensowenig hatte er je etwas dagegen eingewandt, daß die Arbeiterklasse der Reaktion keinen Dank schulde, wenn diese aus Haß gegen die Bourgeoisie soziale Zugeständnisse mache, wie Koalitionsrecht, Fabrikaufsicht, Normalarbeitstag und so weiter, oder dagegen, daß wenn die bürgerliche Klasse die bürgerlichen Freiheiten verrate, die Arbeiter dennoch die Agitation für Preßfreiheit und Vereinsrecht trotz der Bürger fortführen müßten.

Schweitzer hatte sich aus der sehr verwickelten Lage, in die ihn Beckers ungewaschene Rede in Hamburg gebracht hatte, so gut er konnte herauszuhelfen gesucht. Er durfte Becker nicht verleugnen, wenn nicht alles, was noch zusammenhielt, aus Rand und Band gehen sollte, und so beeiferte er sich wieder, den persönlichen Streit so schnell als möglich

aus der Welt zu schaffen. Sobald der Verein die Krisis überstanden hatte, hielt er sich von allen persönlichen Angriffen fern, stellte Marx und Engels immer hoch als bedeutende Theoretiker und sprach ihnen nur das zutreffende Urteil über die praktischen Möglichkeiten der deutschen Agitation ab. Während der Krisis selbst hatte Heß, der den Abschnitt des Kommunistischen Manifestes über den deutschen Sozialismus nicht vergessen konnte, in einem Pariser Briefe einen beiläufigen Ausfall gegen die Schrift von Engels gemacht, den Schweitzer passieren ließ. Er selbst antwortete dann nach der Krisis in durchaus sachlicher und würdiger Weise, ohne Engels zu nennen, wie Engels ihn nicht genannt hatte.

Schweitzer sagte, gegen das allgemeine Wahlrecht würden zwei Einwendungen gemacht. Der erste gehe dahin, daß es selbst in ehrlicher und richtiger Handhabung bei dem tatsächlichen Bildungsgrade des Volkes, besonders der Landbevölkerung, eine Stütze der reaktionären Gewalten werden könne. Hierauf sei hauptsächlich zu erwidern, daß es vorerst weniger darauf ankomme, Majoritäten in die Volksvertretung zu schicken, als darauf, die Volksstimme überhaupt in den anerkannten und mit formeller Autorität ausgestatteten Staatskörperschaften geltend zu machen, was unter der Dreiklassenwahl nahezu unmöglich sei. Es wäre schon viel, sehr viel gewonnen, wenn die Arbeiterpartei im Parlamente vertreten wäre, sei es auch nur schwach an Zahl.

Der zweite Einwand, daß nämlich das allgemeine Wahlrecht ohne die entsprechende Ergänzung durch volle Preßfreiheit und volle Vereinsfreiheit nicht die Sache des Volkes, sondern die Sache seiner Unterdrücker fördere, sei in Wirklichkeit gar kein Einwand. Die Arbeiterpartei fordere das allgemeine Wahlrecht selbstverständlich nur als den konsequenten Ausbau der sämtlichen, im Begriff eines freien Staats liegenden Rechte; ein allgemeines Wahlrecht ohne diese Rechte würde das elende Danaergeschenk einer unter volkstümlichem Deckmantel verborgenen volksfeindlichen Despoten- und Willkürherrschaft sein. Allerdings wäre dann noch die Frage, ob nicht selbst ein solches Wahlrecht gegenüber dem bestehenden Wahlgesetze als ein vergleichungsweiser Fortschritt, als ein geringeres Übel zu begrüßen sei.

Man könne diese Frage mit Ja und mit Nein beantworten. Mit Ja, wenn man erwäge, daß in solchem Wahlrecht doch immer bei besonderer Beharrlichkeit der Massen eine wichtige Handhabe gewonnen

sei. Mit Nein, wenn man erwäge, daß der Besitz eines Rechtes, von dem größtenteils nur der Schein vorhanden sei, für die Entwicklung der Massen gefährlicher werden könne, als die unumwundene Vorenthaltung eines wichtigen Rechts. „Wir glauben auch wirklich, daß innerhalb unserer Partei die Meinungen über dieses Ja oder Nein geteilt sind. Darin aber — und dies ist hier die Hauptsache — sind wir jedenfalls alle einig, daß wenn irgendwo das allgemeine Stimmrecht von einer Regierung gegeben würde, ohne daß zugleich die entsprechenden sonstigen Volksrechte sicher gestellt wären: der erste, ja alleinige Gebrauch jenes Stimmrechts zunächst auf Erringung und Sicherstellung jener anderen Rechte gerichtet werden müßte. Denn die Freiheit — die Freiheit brauchen wir vor allem." Hatte Engels also gemeint, daß die Verleihung des allgemeinen Wahlrechts durch die preußische Regierung keine Waffe, sondern ein Fallstrick sein würde, so meinte Schweitzer, daß sie zwar ein Fallstrick sein solle, aber eine Waffe werden könne. Dies war der Kern der Meinungsverschiedenheit, die zwischen Engels und Marx auf der einen, und Schweitzer auf der anderen Seite bestand.

Vierthalb Jahre später, am 13. Oktober 1868, schrieb Marx an Schweitzer: „Ich erkenne unbedingt die Intelligenz und Energie an, womit Sie in der Arbeiterbewegung wirken. Ich habe diese meine Ansicht keinem meiner Freunde verhehlt." Und indem Marx hinzufügte: „Ich verkenne die Schwierigkeiten Ihrer Stellung nicht und vergesse nie, daß jeder von uns mehr von den Umständen als seinem Wollen abhängt", bekannte er sich mit anderen Worten zu demselben Gedanken, mit dem Schweitzer am 15. Februar 1865 seine Nachsicht erbeten hatte: zu dem Gedanken, daß die Dinge in concreto eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herumschleppen. In seiner überaus schwierigen Stellung hat Schweitzer nicht immer die richtigen Grenzen seiner Taktik innegehalten, wie zum Beispiel nicht in einzelnen Sätzen der Bismarckartikel, aber die Taktik selbst hat der historische Verlauf der Dinge als richtig bestätigt.

Ein letzter Meinungskampf über die Aufgaben der Arbeiterpartei spann sich zu derselben Zeit zwischen Albert Lange und Schweitzer ab. Die vermittelnde Haltung, die Lange auf dem Leipziger Vereinstage eingenommen hatte, in Verbindung mit seiner Wahl in den Ausschuß, war für ihn der Anstoß, sich im Zusammenhange über die Arbeiterfrage zu äußern, um nicht den Vorwurf einer zweideutigen Haltung

auf sich zu laden. Seine kleine Schrift war ungemein reich an feinen und treffenden Bemerkungen über die Arbeiterbewegung, litt aber an dem Grundfehler, daß Lange an dem Malthusschen Bevölkerungsgesetze festhielt, das durch die eben sich ausbreitende Theorie Darwins eine endgültige Bestätigung zu erhalten schien. Die naturwissenschaftliche Bildung Langes legte seinem sozialwissenschaftlichen Denken doch einen letzten Schlagbaum vor, so fern Lange den korrupten Schlußfolgerungen blieb, welche die Vulgärökonomen aus Malthus gezogen hatten und zogen.

In seinen praktischen Forderungen stand Lange viel näher an Lassalle, als an Schulze. Er verlangte die völlige Selbständigkeit der Arbeiterbewegung, die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse zuerst auf politischem, dann auf genossenschaftlichem Gebiete, die dienende Unterordnung der Bildungsbestrebungen unter diese dringenderen Zwecke, die Demokratisierung des Staats durch unumschränkte Assoziations- und Preßfreiheit, durch allgemeinen und unentgeltlichen Volksunterricht in allen für die Staatsbürger gemeinsamen und notwendigen Gegenständen, durch finanzielle und gesetzliche Beförderung von Produktivgenossenschaften, besonders auch für den Großbetrieb der Landwirtschaft. Über die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts dachte Lange skeptischer als Lassalle, aber er gab zu, daß es gewährt werden müsse, sobald die Massen es forderten, und erkannte auch an, daß es kein besseres, gerechteres und aussichtsreicheres Agitationsmittel für die Durchsetzung sozialer Ideen gebe. Mit diesem Programm war Lange für die Bourgeoisie unmöglich geworden, und um so bitterer empfand er die „totale Nichtbeachtung der Schrift in den Kreisen der Arbeiter und ihrer Stimmführer". In der Tat besprach Schweitzer die Schrift in einer ziemlich wegwerfenden Weise, die ihrer geistigen Bedeutung nicht entfernt gerecht wurde, und es scheint auch, daß Lange keine besonders freundliche Aufnahme gefunden hat, als er seine Ansichten der Duisburger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in einem Vortrage entwickelte.

Zum Teil mag dies unverdiente Schicksal Langes sich daraus erklären, daß seine Schrift gerade erschien, als die Gemüter durch die Krisis des Vereins tief aufgeregt waren. Zum anderen Teile lag es aber doch auch daran, daß Lange vermitteln wollte, wo nichts mehr zu vermitteln war, so sehr er in gutem Glauben versicherte, daß ihm alle vermittelnden Absichten fern lägen. Er hat damals von der „neupreußischen verfälschten Sozialdemokratie in Berlin" gesprochen, um

dann doch wieder in seiner gerecht abwägenden Weise zu einer Verständigung mit Schweitzer zu gelangen, soweit sie überhaupt möglich war.

Im Boten vom Niederrhein, einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte, das Lange vom Herbste 1865 bis zum Sommer 1866 in Duisburg herausgab, tadelte er es als einen Fehler, wenn auch als einen nach Lage der Umstände sehr entschuldbaren Fehler, daß Lassalle das Genossenschaftswesen zu einseitig unter Schulzes kleinbürgerlich-philiströsen Gesichtspunkten betrachtet und den echt sozialistischen Geist übersehen habe, der in englischen und französischen, teilweise auch schon in deutschen Arbeitergenossenschaften seine Wurzeln geschlagen habe. „Als die aus der Verbannung heimkehrenden Juden ihren Tempel bauten, führten sie in der einen Hand das Schwert, in der anderen die Mauerkelle. So müßten sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Genossenschaften zueinander verhalten. Ihre Aufgabe ist nicht dieselbe, aber sie ergänzen sich." Wie schon aus seiner Schrift über die Arbeiterfrage hervorging, war dies der eigentliche Stein des Anstoßes, den Lange an Lassalles Agitation nahm. Lange wollte durchaus keine charakterlose Verwischung der Gegensätze, sondern eine Vereinigung von Dingen, die sich sehr wohl vereinigen ließen. Aber er verkannte das Recht jener Einseitigkeit, ohne die kein großes praktisches Handeln zu haben ist.

Schweitzer gab bereitwillig zu, daß Lassalles angeblicher Fehler seine Nachteile gehabt habe. Aber deshalb sei er doch ein entschiedener Vorzug seines Agitationsprogramms. „Der entgegengesetzte Fehler wäre höchstens geeignet gewesen, eine doktrinäre Polemik einiger Fachleute, aber keine zündende Arbeiteragitation hervorzurufen." Der Übelstand, den Lange beklage, werde sich in der Praxis bald ausgleichen und beginne schon, sich auszugleichen. Jedoch dürfe dadurch in keiner Weise die noch lange nicht genug bekämpfte und beseitigte Illusion genährt werden, daß die auf sogenannter „Selbsthilfe" beruhenden Genossenschaften eine dauernde und gründliche Verbesserung der proletarischen Klassenlage herbeizuführen geeignet seien. Worauf Lange erwiderte, daran möge wohl etwas Wahres sein, nur sei zu beachten, daß die große Masse der Arbeiter nicht etwa an Überschätzung der Selbsthilfe leide, sondern an einfacher Teilnahmlosigkeit. Gerade die Arbeiter, die in das echte Genossenschaftswesen gezogen würden, ständen dadurch den Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schon näher als die teilnahmlose Masse.

Zugleich aber wandte sich Lange gegen einige vorlaute Bemerkungen, mit denen sich Sonnemann in die Diskussion gemischt hatte. Dieser kapitalistische Denker behauptete nämlich, der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine sei die wahre Sozialdemokratie, die mit den Sozialdemokraten Englands, Frankreichs und Amerikas völlig übereinstimme, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in der Luft schwebe mit seiner phantastischen Zukunftspolitik, die auf der einen Seite das allgemeine Stimmrecht, also die Herrschaft der Mehrheit fordere, und auf der anderen Seite dieser Mehrheit schon ein bestimmtes sozialistisches Programm vorschreiben wolle. Lange fertigte ihn damit ab, daß die Übereinstimmung der deutschen Arbeitervereine mit den amerikanischen, englischen und französischen Sozialdemokraten noch nicht weit gediehen sei, daß sie erst mit der Emanzipation von Schulzes ängstlicher und einseitiger Leitung anfange und insoweit dem indirekten Einflusse der Lassalleschen Agitation zu danken sei. Die Politik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sei nichts Unerhörtes. Die Anhänger Lassalles rechneten schwerlich auf einen totalen Sieg, wenn ein Parlament durch das allgemeine Wahlrecht gewählt würde. „Es läßt sich aber behaupten, daß der ganze Charakter der Versammlung sich ändern wird, wenn auch nur ein halbes Dutzend entschiedener Sozialdemokraten hineinkommt. Von Stund' an würde auch die ganze Behandlung der sozialen Frage in der Presse eine andere werden." Das sei aber doch schon etwas, zumal die Dreiklassenwahl keinen Mann dieser Richtung durchlassen würde, die Wahlen möchten sonst ausfallen wie sie wollten.

Diese Bemerkungen Langes konnte Schweitzer mit Genugtuung registrieren. Seine Diskussion mit Lange landete an demselben Punkte, an dem seine Diskussion mit Engels gelandet war, ein Beweis mehr, daß dieser Punkt der Schwerpunkt des ganzen Streits war, der nach Lassalles Tode entbrannte und von den Arbeitern längst praktisch entschieden worden war, ehe er theoretisch ausklang.

---

3. Die Entscheidung der Arbeiter.

Die Erklärung, worin Marx und Engels dem Sozialdemokraten absagten, erschien in der 29. Nummer des Blattes. Die kurze Zeit hatte genügt, das Bäumchen so fest wachsen zu lassen, daß es den heftigen Sturm bestand.

Die Triumphe, die der Schluß des Jahres 1864 der Arbeitersache gebracht hatte, setzten sich im Anfange des Jahres 1865 ununterbrochen fort. Bernhard Becker war kein geschickter Agitator, aber als er im Januar die schlesischen Weberbezirke besuchte, genügte sein Erscheinen, um mehr als tausend Mitglieder für den Verein zu gewinnen; es gab dort bald zehn Gemeinden, von denen eine 500, eine andere 400, die meisten über 200 Köpfe musterten. Das neue Komitee des Maingaues berief für den ersten Sonntag im Februar eine große Versammlung nach Mainz in den kurfürstlichen Marmorsaal, wo sich 2000 Arbeiter jubelnd für Lassalles Prinzipien erklärten. Vorher schon hatte Hillmann einen kecken Vorstoß nach Remscheid, Hagen, Iserlohn mit glänzendem Erfolge ausgeführt; unter den neu gewonnenen Mitgliedern befanden sich Hasenclever und Tölcke.

Die Entwicklung in Iserlohn fesselte einige Monate die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Vereinskreise hinaus. Sobald sich ein Bureaukrat entschied, die Polizeiwillkür auszudehnen, soweit ihm beliebte, zeigte sich auch, daß seinem Belieben keine Grenzen gesetzt waren. Der Bürgermeister Hülsmann war einfach entschlossen, die Arbeiterbewegung in Iserlohn nicht aufkommen zu lassen; wo er einen Schimmer von ihr zu sehen glaubte, verbot, verfolgte, verhaftete er darauf los. Unter anderem hatte er angeordnet, daß die überwachenden Polizeibeamten jede Versammlung aufzulösen hätten, in der von „Arbeitern" oder „Arbeitervereinen" gesprochen würde. Die Blicke der höheren Bureaukratie ruhten natürlich mit Wohlgefallen auf dem gesinnungstüchtigen Streber. Jedoch Tölcke verstand es, ihn zahm zu kriegen, mochte er mitunter auch dem verzweifelten Übel mit verzweifelten Heilmitteln auf den Leib rücken.

So ließ er am 22. März den „Arbeiterverein in Iserlohn" einen telegraphischen Glückwunsch zum Geburtstage des Königs Wilhelm absenden und berief für den Abend eine „fröhliche Zusammenkunft" der Mitglieder, um die königliche Antwort zu empfangen. Sie traf pünktlichst und huldvollst ein, aber die Polizeibeamten verboten ihre Verlesung, da sie an einen „Arbeiterverein" adressiert sei und dies Wort laut bürgermeisterlichen Befehls nicht öffentlich ausgesprochen werden dürfe. Nun mußte der Landrat heran, der die Verlesung nicht zu verbieten wagte und damit wider Willen dem getreuen Knechte Hülsmann einen derben Nasenstüber gab. Es ist unmöglich, alle Schachzüge auf-

zuzählen, durch die Tölcke den Bürgermeister in die Enge trieb; im September 1865 war dieser arme Tropf so weit, daß er völlig überschnappte und einen Ukas an die Gast- und Schankwirtschaften in Iserlohn erließ, der sie mit der Entziehung der Konzession zum Gewerbebetriebe bedrohte, „sobald in den Räumen des Gewerbetreibenden der frühere Privatschreiber, jetzige gewerblose Karl Wilhelm Tölcke geduldet oder demselben in irgendwelcher Art Speise oder Getränke verabreicht“ werde. Etwaige Entschuldigungen wegen der Unbekanntschaft mit der Person des p. Tölcke würden nicht berücksichtigt werden. Der Beschwerdeweg gegen diese Verfügung stände zwar offen, aber denjenigen, die sich beschwert fühlten, würde „als Persönlichkeiten, die nicht genügende Bürgschaft für einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb gewährten“, die Erlaubnis zum ferneren Gewerbebetrieb untersagt werden. An diesem Übermaße von Lächerlichkeit starb selbst die preußische Polizei. Tölcke konnte bald im Sozialdemokraten über den Empfang mächtiger westfälischer Würste und anderer Liebesgaben quittieren, die ihm von bürgerlichen Freunden des Humors zum Schutze gegen den Hungertod zugesandt worden waren.

Vor allem aber begann die Agitation sich jetzt in Berlin auszudehnen. Lassalle hatte schon in seiner Ronsdorfer Rede gesagt, daß der Berliner Arbeiterverein gegen die Fortschrittspartei schwierig zu werden beginne. Es war ihm als Prahlerei ausgelegt worden, aber nach seinem Tode zeigte sich, daß es keine Prahlerei war. Je mehr sich die große Industrie entwickelte, um so dringender machte sich für die Arbeiter das Bedürfnis der Koalitionsfreiheit geltend; wäre die Fortschrittspartei gut beraten gewesen, so wäre sie rechtzeitig für diese Konsequenz ihrer eigenen Freihandelslehre eingetreten. In gewohnter Halbheit wollte sie aber, wie jener Philister von 1848, die Republik mit dem Großherzoge. Der famose Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, den die Manchesterleute beherrschten, beschloß im Oktober 1864 eine Agitation für die Koalitionsfreiheit, jedoch für die Koalitionsfreiheit mit einem Maulkorbe: besondere Strafbestimmungen sollten gegen ihren Mißbrauch erlassen werden. Die zu den Beratungen zugezogenen Arbeiter merkten wohl die Absicht, aber ehe sie ihre Verstimmung ausdrücken konnten, überrumpelte sie der würdige Gneist durch einen Geschäftsordnungskniff, und der Zentralverein befürwortete eine Koalitionsfreiheit, die tatsächlich keine war. Der Verdruß darüber fraß in der

Arbeiterwelt weiter, und der Berliner Arbeiterverein berief zum 22. Januar 1865 eine Massenversammlung in die Tonhalle, um gegen die Beschlüsse des Zentralvereins und besonders gegen jede, nicht durch allgemeine Landesgesetze bestimmte, Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu protestieren.

An diese Bewegung knüpfte der Sozialdemokrat mit großem Geschick an. Ohne zu verhehlen, daß die Koalitionsfreiheit eine einfache Konsequenz der liberalen Wirtschaftsordnung sei und mit dem Sozialismus nichts zu tun habe, vertrat er sie als ein unveräußerliches Recht der Arbeiterklasse. Zu der Arbeiterversammlung am 22. Januar waren die fortschrittlichen Abgeordneten eingeladen worden, jedoch erschienen von ihnen nur etwa zwanzig, und unter diesen großen Volksmännern fand auch nicht einer auch nur ein Wort, das die Herzen der Arbeiter erwärmt hätte. Sie suchten die Macher des Zentralvereins als edle Menschenfreunde herauszuhauen, und meinten, die Arbeiter dürften sich nicht wundern, wenn von der Fortschrittspartei auch noch andere Interessen vertreten würden als Arbeiterinteressen. Die Arbeiter bekundeten in ihren Reden deutlich, daß sie der fortschrittlichen Führerschaft nachgerade satt würden. Der Berichterstatter Dittmann erklärte, der Kultus edler Volksfreunde sei Götzendienerei, die Arbeiter wollten nicht länger unter Ausnahmegesetzen stehen, das allgemeine Wahlrecht möge von Lassalle überschätzt worden sein, aber es sei doch das Recht der Arbeiterklasse, und Recht müsse Recht bleiben. So sprach derselbe Arbeiter, der nicht ganz zwei Jahre früher dem Femgericht über Lassalle präsidiert hatte. Die Versammlung nahm einstimmig den von Dittmann vorgeschlagenen Protest an, und Schulze samt Faucher ließen sich nun wirklich dazu herbei, im Abgeordnetenhause zu beantragen, daß die Paragraphen 181 und 182 der preußischen Gewerbeordnung von 1845 aufgehoben werden sollten, von denen der erste die Koalition der Unternehmer, der zweite die Koalition der Arbeiter verbot.

Nun aber erhob sich der Sozialdemokrat und deckte das frivole Spiel auf, das dieser Antrag mit den Arbeitern trieb. Schulze und Faucher unterschlugen die Paragraphen 183 und 184 der Gewerbeordnung, von denen jener die Verbindung von Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, dieser den zivilrechtlichen Kontraktbruch der Arbeiter, sowie ihren groben Ungehorsam und ihre beharrliche Widerspenstigkeit mit Geld- und Gefängnisstrafen bedrohte. Bernhard Becker wies die

Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an, überall große Arbeiterversammlungen zu berufen und sie beschließen zu lassen, daß der Antrag Schulze-Faucher die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse nicht befriedige, daß die Arbeiter die unbeschränkte Koalitionsfreiheit beanspruchen und die Beseitigung aller ausnahmerechtlichen Bestimmungen verlangen müßten, welche die Gewerbeordnung gegen sie enthalte.

Der Versuch der Antragsteller, ihren hinterhaltigen Streich zu rechtfertigen, goß neues Öl ins Feuer. Schulze sagte, Paragraph 183 sei schon durch die Verfassung aufgehoben worden, die alle Vereine zulasse, deren Tendenz nicht den Strafgesetzen zuwiderlaufe; ihn ausdrücklich aufheben, heiße die Rechtsbeständigkeit der Verfassung anzweifeln und die heiligsten Grundrechte des Volkes antasten. Die Ausrede war höchstens ein trauriger Beweis dafür, was diese Leute den Arbeitern zu bieten wagten. Nach der gleichviel wie verwerflichen, aber formell rechtsgültigen Rechtsprechung des Obertribunals wurden einschränkende Spezialgesetze durch die allgemeinen Grundsätze der Verfassung nicht aufgehoben. Die Beseitigung des Paragraphen 183 tastete kein „heiliges Grundrecht" an, sondern entfernte nur eine Fußangel, die das Vereinsrecht des Proletariats noch illusorischer machte, als das Vereinsrecht der Bourgeoisie. Ferner sagte Schulze, der Paragraph 184 möge ja gehässig sein, aber er lasse sich nicht gelegentlich aufheben, sondern nur zusammen mit denjenigen Beschränkungen, die sonst noch der persönlichen Freiheit entgegenständen. War Schulze wirklich beschränkt genug, diese Ausflucht ehrlich zu meinen, so war die Volkszeitung jedenfalls noch ehrlicher, indem sie erklärte, daß die Fortschrittspartei die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs beibehalten wolle, natürlich nur für die Arbeiter. Sie gab gnädig zu, daß der Paragraph 184 in seinen Strafbestimmungen gemildert werden könne, aber ein kontraktbrüchiger Arbeiter begehe Unrecht, und Unrecht müsse bestraft werden. Nur „unwissende Hetzer" könnten behaupten, daß die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs irgend etwas mit der Koalitionsfreiheit zu tun habe „und sehet, sehet, sehet, ihr Arbeiter; von solchen, solchen Leuten werdet ihr gehetzt gegen Männer, die kenntnisreich, besonnen und sorgsam eure Sachen vertreten".

Am selben Tage, wo sich diese sittliche Entrüstung entlud, beschlossen die „kenntnisreichen, besonnenen und sorgsamen Männer", das zu tun,

was die „unwissenden Hetzer“ verlangten: die Kommission des Abgeordnetenhauses, die den Antrag Schulze-Faucher zu beraten hatte, dehnte ihn auch auf die Paragraphen 183 und 184 aus. Die Peitsche des Sozialdemokraten knallte die fortschrittlichen Tribunen vom kapitalistischen Lotterbette auf; Faucher gestand seufzend, die „bedenkliche Ausdehnung der Bewegung“ lasse kein längeres Zögern zu. Mitte Februar kam es dann im Abgeordnetenhause zu der berühmten dreitägigen Koalitionsdebatte, die in dieser Geldsackvertretung den Sprachenwirrwarr des Turmbaus von Babel hervorrief. Schulze schrie: Entfesseln Sie die Bestie nicht, Faucher erklärte die Trade Unions für reaktionäre Überbleibsel der mittelalterlichen Zünfte, Leonor Reichenheim spielte sich als verfolgte Unschuld auf und feierte die schlesischen Textilfabrikanten als die liebreichsten Gönner der duldenden Menschheit. Ein vierter Fortschrittsheld verhieß, daß Schulzes Genossenschaften die Arbeiter Mann für Mann zu wohlhabenden Bürgersleuten machen würden, ein fünfter meinte umgekehrt, einzelnen Arbeitern könne geholfen werden, aber nicht der Arbeiterklasse, ein sechster erweckte schallende Heiterkeit durch den anmutigen Witz, Albert Lange verhalte sich zu Lassalle wie Knipperdolling zu Mohammed. Trunken von diesen rednerischen Triumphen, wollte die fortschrittliche Mehrheit dann den Antrag der Kommission annehmen, aber als sie ihr Werk näher besah, stellte es sich heraus, daß sie, die ganz klare Fragestellung des Präsidenten mißverstehend, nur die Aufhebung der Paragraphen 181 und 182 beschlossen hatte. Nichts natürlicher, als daß die Arbeiter in dem lächerlichen Unfall einen heimtückischen Umfall argwöhnten, indessen der Sozialdemokrat beruhigte sie. Er schrieb, in einer Arbeiterversammlung könne ein solcher Bock freilich nicht geschossen werden, aber der böse Wille sei den Fortschrittlern diesmal durch das energische Auftreten der Arbeiter gründlich ausgetrieben worden. Die großen Parlamentarier hätten nur zeigen wollen, daß, wo einmal ihr böser Wille aufhöre, ihre Unfähigkeit anfange.

Die konservative Partei und die Regierung schlossen in der Koalitionsdebatte nicht besser ab als die Fortschrittler. Wagener ritt sein klapperiges Steckenpferd des allgemeinen, aber ständisch verkrüppelten Wahlrechts und brachte den famosen Antrag ein, die Regierung zur Initiative in der Lösung der sozialen Frage aufzuforderu. Bismarck phantasierte von den Königen der Geusen, als die sich die Hohenzollern von Anbeginn erwiesen haben sollten. Der Handelsminister v. Itzenplitz aber gab die

offizielle Erklärung ab, die Regierung sei bereit, die Koalitionsfreiheit zu gewähren, doch damit sei noch lange nicht genug getan; unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitern solle eine Kommission niedergesetzt werden, um zu beraten, inwieweit durch Förderung des neuzeitlichen Genossenschaftswesens, der Konsum-, Vorschuß- und Produktivvereine, die „Lage der arbeitenden Klasse materiell in erheblichem Belange verbessert“ werden könne. Der Sozialdemokrat nahm diese Erklärung ernsthaft oder tat so, als ob er sie ernsthaft nehme, um sie gegen die Fortschrittler auszuspielen, und dies wird der Punkt gewesen sein, der für Marx an Schweitzers Stellung zur Koalitionsbewegung anstößig war. Sonst entsprach diese Stellung durchaus den Anschauungen, die Marx oft kundgegeben hatte.

Von irgend einer Sektentendenz ist in dem damaligen Sozialdemokraten nicht die Spur zu entdecken. Er knüpfte überall an die tatsächlichen Regungen der Arbeiterklasse an, um die proletarischen Interessen energisch zu vertreten. Den Tuchmachern in Burg, den Strumpfwirkern in Apolda, den Schriftsetzern in Leipzig, und wo immer der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erwachte, stand er mit Rat und Tat zur Seite. Namentlich der Leipziger Setzerstreik im Frühjahr 1865 machte großes Aufsehen; er war die erste Arbeitseinstellung in Deutschland, die sich einigermaßen entfalten konnte, da es im Königreiche Sachsen seit einigen Jahren ein gewisses Maß Koalitionsfreiheit gab. Die Setzer kämpften um eine Lohnerhöhung, die sie nach zehnwöchigem Ringen nur halb erreichten; ihre Kraft wurde dadurch gebrochen, daß es den Buchdruckereibesitzern gelang, Streikbrecher in genügender Zahl heranzuziehen. Der Sozialdemokrat war fast das einzige Blatt in Deutschland, das die streikenden Setzer nicht bekämpfte und beschimpfte, und schlechthin das einzige, das ihre Sache mit Ausdauer und Geschick vertrat. In beredtester Weise schärfte das Blatt den Arbeitern ein, wie verwerflich die Handlungsweise der Streikbrecher sei, und das wollte etwas bedeuten zu einer Zeit, wo Sonnemann und ähnliche Arbeiterfreunde das Streikbrechen als eine höchst verdienstliche Sache priesen, beispielsweise Frankfurter Hufschmiede belobten, die als Schwarzbeine einen Streik der Pariser Hufschmiede lahmgelegt hatten.

Diese Entwicklung der Dinge erklärt es in erschöpfender Weise, weshalb die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich für Schweitzers Taktik entschied. Irgend eine Vorliebe für seine Person

spielte dabei in keiner Weise mit. Schweitzer war nach wie vor bei den Arbeitern sehr wenig beliebt; von der Düsseldorfer Generalversammlung wurde er nicht wieder in den Vorstand gewählt, nachdem das Los ihn ausgeschieden hatte, und auch die Anerkennung des Sozialdemokraten als Vereinsorgan war nicht ohne Weitläufigkeiten erfolgt. Die Arbeitermassen wurden einzig von ihrem natürlichen Klasseninstinkt geleitet, indem sie Schweitzers Taktik als die den proletarischen Interessen förderlichste anerkannten. Das angebliche „Kokettieren mit der Reaktion" schreckte sie am wenigsten. Die Politik der liberalen Bourgeoisie hatte im Proletariat einen solchen Abscheu vor dieser Partei erzeugt, daß Schweitzer damals und später mit Recht den Vorwurf abweisen konnte, er verhetze die Arbeiter gegen die bürgerliche Opposition, daß er mit Recht sagen konnte, er schüre den Haß gegen die Fortschrittspartei so wenig, daß er ihn vielmehr oft genug aus politischen Vernunftgründen zügele.

Die erste Entscheidung zu gunsten seiner Taktik gab ein rheinisch-westfälischer Arbeitertag, der am 12. März in Barmen stattfand und von Düsseldorf, Elberfeld, Wermelskirchen, Solingen, Iserlohn, sowie von einigen kleineren Gemeinden beschickt worden war. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiter mit der Haltung des Sozialdemokraten wohl zufrieden sein könnten, da er die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei vollständig wahre: auch sei es zu billigen, die Vorschläge der Regierung in der Arbeiterfrage erst abzuwarten, ehe man darüber urteile; es sei keineswegs unmöglich, daß die Regierung die Dreiklassenwahl aufhebe und an ihre Stelle das allgemeine Wahlrecht setze. Von den drei Rednern, die diese Resolution befürworteten, gehörten zwei zu den alten Revolutionären aus den Tagen der Neuen Rheinischen Zeitung: Hillmann und dann Röser, der nicht wie Becker und Bürgers, mit denen er im Kommunistenprozesse verurteilt worden war, die kommunistische Sache preisgegeben hatte. Die Resolution des rheinisch-westfälischen Parteitags fand nach und nach die Billigung aller Gemeinden. Das zweite Stiftungsfest des Vereins, das am 23. Mai 1865 in Frankfurt gefeiert und von 32 Gemeinden durch Delegierte beschickt wurde, verlief in erhebender Weise; zu gleicher Zeit kündigte der Sozialdemokrat an, daß er vom 1. Juli ab täglich erscheinen werde.

Freilich gab es noch eine Opposition, aus der sich in Berlin, Altona, Köln, Solingen, Mainz und manchen anderen Orten besondere Oppo-

sitionsgemeinden entwickelten. Sie fanden ein gemeinsames Organ im Nordstern, der sich der Gräfin Hatzfeldt zur Verfügung gestellt hatte. Will man noch heute einen sozusagen körperlichen Beweis dafür haben, weshalb die Taktik Schweitzers siegen mußte, so braucht man nur den Sozialdemokraten und den Nordstern von 1865 nebeneinander zu legen. Aus jenem tritt alles, was in der damaligen Arbeiterwelt lebte und webte, voll sprudelnder Frische hervor, in diesem erkennt man davon nur einige düster verschwommene Schattenrisse. Es lag ein tiefer Sinn in Lassalles Worte, daß der Geist der Massen, ihrer Massenlage angemessen, immer auf objektive, auf sachliche Zwecke gerichtet sei, daß die Stimmen unruhiger, persönlichkeitssüchtiger einzelner in diesem Stimmenakkord verklängen, ohne nur gehört zur werden. Wieviele solcher Stimmen verhallten spurlos im Nordstern! Um nur die bekannteren Namen zu erwähnen, so fielen die Erklärungen Herweghs und Rüstows um so pompöser aus, je weniger dahinter steckte. Ob Martiny, der sich nie um den Verein gekümmert hatte, jetzt zum erstenmale die Feder eintauchte, um seinen Rücktritt zu erklären, konnte den Arbeitern gleichfalls sehr gleichgültig sein. Selbst das „Unumwundene Wort“, womit der brave Johann Philipp Becker eine Reihe von Nummern hindurch „das Bernhardchen“ zudeckte, mußte auf die Dauer ermüden. Dieser alte Kämpfer versuchte wenigstens, die Oppositionsgemeinden zu organisieren. Jedoch war der einzige Erfolg seines Bemühens, daß sie nun gänzlich zerfielen. Gegen seinen Plan, das Präsidium des Vereins in ein Direktorium von drei Mitgliedern zu verwandeln, das der Kontrolle eines Ausschusses von elf Mitgliedern unterworfen sein sollte, erhob sich die Gräfin Hatzfeldt mit äußerster Heftigkeit, und die Sache verlief im Sande, nach einer oder zwei Delegiertenversammlungen, die in Leipzig stattfanden, ohne etwas vor sich zu bringen. Die Trümmer der Opposition fanden sich dann meistens bald zum alten Stamme zurück.

Marx und Engels hatten mit alledem nichts zu schaffen. Liebknecht aber stieß in der Berliner Oppositionsgemeinde sehr bald mit den Anhängern der Gräfin Hatzfeldt zusammen, mit denen er sich natürlich in keiner Weise einigen konnte. Daneben hielt er im Buchdruckergehilfenvereine Vorträge über den Bauernkrieg, von denen der Sozialdemokrat anerkennende und sachliche Notiz nahm. Im Sommer 1865 wurde Liebknecht aus dem preußischen Staat ausgewiesen, mit ihm ziemlich

zu gleicher Zeit Bernhard Becker. Die feudale Reaktion verwendet immer eine mütterliche Sorgfalt darauf, der Arbeiterbewegung durch gleiche Brutalität gegen ihre verschiedenen Richtungen die Notwendigkeit festen Zusammenschlusses klar zu machen.

---

4. Taktik und Organisation.

Nicht allein in der Koalitionsdebatte bedeckte sich die bürgerliche Opposition des Abgeordnetenhauses mit eigentümlichen Lorbeeren. In der schleswig-holsteinischen Sache hatte sie überhaupt kein Programm mehr, und in dem Verfassungsstreit erst recht nicht. Selbst mit ihren überhitzten Worten kam sie nicht mehr vom Flecke. Als Gneist den Kriegsminister mit dem „Kainszeichen des Eidbruchs" regaliert und Roon trocken erwidert hatte, Gneist sei ein „unverschämter" Patron, da kroch der Übeltäter demütig zu Kreuze, und der gerade amtierende Vizepräsident v. Unruh begnügte sich, ein verdutztes Gesicht zu schneiden, wie ein Kater, der donnern hört.

In all dem Jammer überlief es den alten Ziegler, der sich dahinein hatte locken lassen, einmal siedend heiß, und in der erschütterndsten Rede, die je in diesen Räumen gehört worden ist, rief er der Fortschrittspartei das bittere Wort Armand Marrasts zu: „Euch ist die Perversität ins Gehirn gestiegen, ihr könnt nicht mehr gehörig denken." In der Berliner Reform schrieb Guido Weiß über die Rede: „Harmlos beginnend, behaglich sich ergehend, selbst abschweifend in den bunten Bildern des Erlebten, sprang sie plötzlich auf und über den lächelnden Hörer her und schlug ihm eine scharfe Klaue — wir wissen nicht, ob in die Brust oder nur in den Wanst." Ach, es war nur in den Wanst. Die Volkszeitung schwieg die Rede mit sieben unverständlichen Zeilen tot, und in der Elberfelder Zeitung ließ sich ein offiziös-parlamentarischer Korrespondent dahin vernehmen, Ziegler sei die lustige Person des Hauses; dabei komme zwar nicht viel heraus, aber es sei doch unterhaltend. Dieser Sumpf war nicht mehr zu bewegen, auch nicht, wenn man ihn mit Ruten peitschte.

Nachdem die Session des Landtags im Juni unter dem hergebrachten Hader geschlossen worden war, wollte die Fortschrittspartei, wie üblich, beim Gläserklingen die Taten feiern, die sie nicht getan hatte. Diesmal machte ihr aber Bismarck einen Strich durch die Rechnung, sei es weil

er die angeborene Gewalttätigkeit nicht bändigen konnte, was bei ihm immer vorausgesetzt werden durfte, oder sei es, wie damals manche Leute meinten, weil er selbst unter der Kläglichkeit dieser Opposition litt und sie etwas antreiben wollte, um seine Staatsretterei dem Könige unentbehrlicher zu machen. Am 11. Juli verbot der Polizeipräsident von Köln ein Abgeordnetenfest, das am 22. und 23. Juli in der rheinischen Hauptstadt gefeiert werden sollte. Das Verbot war die reine Polizeiwillkür, es entbehrte jedes rechtlichen Grundes oder auch nur Scheingrundes. Es schien nun so, als ob die Fortschrittspartei sich endlich einmal ermannen wollte. Das Kölner Festkomitee, an dessen Spitze der Stadtverordnete Classen-Kappelmann stand, erklärte öffentlich, das Fest werde unter allen Umständen stattfinden, und von 250 eingeladenen Abgeordneten sagten 160 ihr Erscheinen zu, zum Teil in sehr geharnischten Briefen.

Der Sozialdemokrat aber beeilte sich, die Arbeiter zur kräftigen Unterstützung der Fortschrittspartei aufzufordern, in einem Falle, wo diese Partei praktisch ein bürgerliches Recht vertreten wolle. Auf Anordnung Bernhard Beckers fanden am 23. Juli überall in Deutschland, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertreten war, große Arbeiterversammlungen statt, in denen die Arbeiter der Fortschrittspartei in der Wahrung des gesetzlich bestehenden Vereinsrechts ihre volle Sympathie und ihre tatkräftige Unterstützung versprachen. In der Berliner Versammlung wurde auf Schweitzers Antrag ein ständiges Komitee niedergesetzt, um weitere Schritte zu beraten, und dies Komitee, worin alle Berliner Arbeitervereine vertreten waren, berief auf den 30. Juli eine Massenversammlung nach der Alhambra. Zwischenein verfiel der Sozialdemokrat fast jeden Tag der polizeilichen Beschlagnahme, wurden die Gemeinden in Berlin und Magdeburg wegen angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz aufgelöst, und erhielt Bernhard Becker den Befehl, innerhalb 24 Stunden das preußische Gebiet zu verlassen. Um so stärkeren Zulauf hatte die Massenversammlung am 30. Juli; sie protestierte energisch gegen die Ausweisung Beckers und Liebknechts, sowie gegen jede Beeinträchtigung des Vereinsrechts.

Von einer ähnlichen Energie war die bürgerliche Opposition weit entfernt. Statt der 160 Abgeordneten, die ihr Kommen zugesagt hatten, erschienen in Köln nur 80. Namentlich fehlten die Präsidenten des Abgeordnetenhauses; als Ersatz hatte Grabow seine 45 Pfund schwere

Büste zum Anhochen und Antoastieren gesandt. Wie den Gästen, so fehlte den Gastgebern das Haupt: Classen-Kappelmann war für die beiden Festtage über die belgische Grenze gegangen, aus Angst vor der Möglichkeit einer Verhaftung. Öffentlich wurde das heldenmütige Ausreißen damit beschönigt, daß die Einsperrung des beliebten Volksmannes einen blutigen Krawall verursachen könne, der unter allen Umständen vermieden werden müsse; im geheimen waren sich die Auguren darüber einig, daß nach der Verhaftung Classen-Kappelmanns auch die paar Dutzend Abgeordneten verduften würden, die noch erschienen waren. Die Schmauserei in Köln wurde dann von Militär und Polizei gehindert. Am nächsten Tage dampften die Festteilnehmer nach Oberlahnstein, wo sie ihr Gelage abhielten, ungehindert von der nassauischen Kriegsmacht, die zu spät anrückte. Zu einem Proteste gegen die Polizeiwirtschaft langte es aber nicht, sondern nur zu einem Dankschreiben an Classen-Kappelmann, dessen Unterzeichnung auch nur 46 Abgeordnete wagten. Professor Eckhardt, ein süddeutscher Demokrat, der sich in Köln eingefunden hatte, um die verheißenen Heldentaten der Fortschrittler zu bewundern, schrieb halb belustigt, halb empört: „Bismarck, schlummere ruhig! Diese Herren machen keine Revolution, die wollen harmlos gefeiert sein, ruhig essen, schön reden, in den Zeitungen stehen, aber dir Widerstand leisten — nein, wenigstens nie mit Rüstung, eher mit Entrüstung.“ Und bitterer noch schrieb der liberale Historiker Baumgarten, der damals im Auslande lebte: „Ich wünschte, die Herren, welche dieses Fest arrangiert hatten, wären in den nächsten Wochen im Auslande Zeugen der Geringschätzung gewesen, mit der die Nationen Europas von Deutschland redeten.“ Von Deutschland, das heißt von der deutschen Bourgeoisie.

Denn die deutschen Arbeiter hatten in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan, unbekümmert um den Dank der Bourgeoisie, den sie so wenig beanspruchten wie erhielten. In Berlin nergelte die Volkszeitung daran herum, daß die Anhänger Schulzes unter den Arbeitern mit den Anhängern Lassalles in einem gemeinsamen Interesse auch gemeinsam handelten, in Köln rissen die biederen Bürger die Straßenplakate ab, die zur Protestversammlung der Arbeiter einluden, und in Frankfurt schrieb Sonnemann mit heller Schadenfreude: „Die Sozialdemokraten spielen va banque und werden das Spiel verlieren.“ Für die bürgerlichen Ängsterlinge, die um nichts mehr zitterten, als um das in ihren Zeitungen angelegte

Kapital, mochte es ein verlorenes Spiel sein, wenn der Sozialdemokrat zwölfmal kurz hintereinander polizeilich beschlagnahmt wurde und etwa ebenso viele Anklagen auf Grund aller möglichen Kautschukparagraphen erhielt, die dem verantwortlichen Redakteur Schweitzer sechzehn Monate Gefängnis und einjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte eintrugen. Politisch war das Spiel aber gewonnen, sehr gewonnen. Kein Blatt in Deutschland hatte das bedrohte Vereinsrecht auch nur entfernt mit gleicher Konsequenz und Courage verteidigt, wie der Sozialdemokrat; in diesem Kampfe, wie vordem schon im Kampfe um das Koalitionsrecht, hatten die Arbeiter im Sozialdemokraten einen Führer gefunden, auf den ganz anderer Verlaß war, als auf die gesamte Fortschrittspresse. Der Umschwung in ihren Anschauungen trat so scharf hervor, daß Schulze-Delitzsch, als ihn der Berliner Arbeiterverein aufforderte, am 1. Oktober einen öffentlichen Vortrag in der Alhambra zu halten, nur unter der Bedingung zusagte, daß sich keine Diskussion an seine Ausführungen knüpfen dürfe.

Gesichert vor jedem unbequemen Widerspruche, schloß Schulze seinen Vortrag mit dem feinen Worte, daß alle Sozialisten ins Narrenhaus gehörten. Hieran anknüpfend, berief Schweitzer die Berliner Arbeiter am 8. und 15. Oktober gleichfalls in die Alhambra, um ihnen, unter vollständiger Freiheit der Diskussion, das sozialistische Programm zu entwickeln, zum Beweise, daß es just nicht so närrisch sei, wie Schulze behaupte. Die Arbeiter kamen nun schon in hellen Haufen. Sie merkten bald, daß ihnen eine ganz andere geistige Kost vorgesetzt wurde, als Schulzes abgeleierte Phrasen, und ihr Interesse wuchs so schnell, daß jenes ständige Arbeiterkomitee, das in der Kölner Festangelegenheit niedergesetzt worden war, zum 6. November eine Massenversammlung in die Alhambra berief, um über „die beiden Hauptrichtungen in der sozialen Frage“ zu diskutieren. Das Komitee lud einerseits Schulze-Delitzsch, Faucher, Prince-Smith und Michaelis, andererseits Schweitzer und Wuttke ein. Schulze und Faucher waren verreist, Wuttke aber anderweitig verhindert, während Michaelis und Prince-Smith in hochfahrender Weise ablehnten zu kommen. Schweitzer fand in der überfüllten Versammlung gar keinen Gegner mehr, der ihm auch nur halbwegs gewachsen gewesen wäre. Er schätzte seinen Erfolg ganz richtig mit den Worten ein, daß es zwar gegenüber dem Wuste der von den herrschenden Klassen verbreiteten Vorurteile schwer sei, die sozialistischen

Prinzipien in geordneter Weise zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen, aber daß, sobald es einmal geschehen könne, diese Prinzipien mit unbesieglicher Gewalt zu immer entschiedener Herrschaft gelangten. Neben diesen allgemeinen Arbeiterversammlungen hielt Schweitzer als Ersatz für die von der Polizei aufgelöste Gemeinde freie Versammlungen sozialdemokratischer Arbeiter ab, zu denen 400 bis 500 Personen kamen. Leider wurde die aussichtsreiche Agitation bald durch Schweitzers Verhaftung abgeschnitten, die in den letzten Novembertagen gleich nach seiner ersten Verurteilung erfolgte.

Über alledem wurde der Fortschrittspartei nun doch angst und bange. Gleich nach Lassalles Tode hatten ihre Führer, wie Albert Lange bezeugt, die Parole ausgegeben, die Arbeiterbewegung todzuschweigen, aber damit waren sie nicht weit gekommen. Dann sollte der tiefe Eindruck, den die Verteidigung des Vereinsrechts durch die Arbeiterpartei in ganz Deutschland hervorgerufen hatte, durch das Gerücht ausgeglichen werden, in feudalen Kreisen werde eine Geldsammlung für Schweitzer und Hofstetten veranstaltet. Von anonymer Seite zweimal in fortschrittliche Blätter lanziert, fiel die elende Verleumdung zweimal platt zu Boden. Zum drittenmale nahm sie nach Schweitzers Verhaftung der brave Eugen Richter auf und braute sie mit abgerissenen Sätzen aus den persönlichen Erklärungen, die bei der Krisis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewechselt worden waren, zu einem wüsten Klatsche zusammen, den er als „Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferdinand Lassalles“ anonym herausgab. Das Pamphlet war so hämisch, wie der Charakter seines Urhebers, wurde aber von der Fortschrittspartei mit beträchtlichen Unkosten an alle ihr zugänglichen Arbeitervereine versandt. Friedrich Stephany, später ein würdiger Kumpan Eugen Richters im Beschimpfen der Arbeiterklasse, weigerte sich damals, als Vorsitzender des Vorstädtischen Handwerkervereins, den ihm gratis zugesandten Packen der Schmutzschrift unter die Mitglieder zu verteilen; neben anderen Schmeicheleien an den Verfasser sagte er in einer öffentlichen Erklärung: „Diese sogenannte Geschichte der sozialdemokratischen Partei charakterisiert sich als eine höchst unerquickliche, wenn nicht geradezu ekelerregende Schmähung gegen einzelne Personen der sozialdemokratischen Partei, insbesondere gegen den Redakteur v. Schweitzer, der jetzt im Gefängnisse sitzt und sich deshalb nicht einmal zu rechtfertigen vermag.“ Wenn so schon ein Talmifreund der Arbeiter sprach, so

begreift sich leicht, welches Schicksal dem Wische beschieden war, wo er in wirkliche Arbeiterhände geriet.

Es half nichts: der „König im sozialen Reiche" mußte mit einer „wissenschaftlichen" Widerlegung des Sozialismus heraus, wenn den Arbeitern noch imponiert werden sollte. Unter dem Titel: Die Abschaffung des geschäftlichen Risiko durch Herrn Lassalle, veröffentlichte Schulze-Delitzsch jetzt seine Antwort auf Lassalles Bastiat-Schulze, fast zwei Jahre nach dem Erscheinen dieser Schrift. Was lange gewährt hatte, wurde diesmal nicht gut. Zwar tiftelte Schulze den einen oder den anderen Widerspruch an den Produktivassoziationen mit Staatskredit heraus, soweit diese Forderung Lassalles noch mit einem letzten Reste des kleinbürgerlichen Sozialismus behaftet war, aber selbst einen so geringen Erfolg erreichte der Sparapostel nur durch die Fiktion, daß Lassalle seine Forderungen überhaupt für die kapitalistische Gesellschaft, für die Welt der auf Kapital und Spekulation gebauten Einzelwirtschaften berechnet habe. Sonst bedienten sich die beiden „Gedanken", auf denen Schulzes Schrift beruhte, wie zwei Klowns im Zirkus, mit schallenden Maulschellen. Um seine Selbsthilfe anzupreisen, erklärte Schulze, das ökonomische Schicksal des einzelnen hänge weit überwiegend von seiner persönlichen Fähigkeit und Tüchtigkeit ab; um den Unternehmergewinn zu retten, erklärte er umgekehrt, wer Arbeit und Vermögen an ein Geschäft wage, laufe stets Gefahr, beides zu verlieren, und müsse für dies niemals zu beseitigende Risiko durch den Kapitalprofit entschädigt werden. Natürlich quittierte die Bourgeoispresse das Geschreibsel als „glänzende Widerlegung" Lassalles, aber wo es eigentlich wirken sollte, da erfuhr es eine niederschmetternde Kritik.

Unter dem geistigen Einflusse der sozialdemokratischen Agitation waren die Arbeiterbildungsvereine immer schwieriger geworden. Sie hatten bereits auf ihrem dritten Vereinstage, der im August 1865 in Stuttgart zusammengetreten war, den Beschluß gefaßt, daß jeder Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht wirken müsse. Nun aber kam ihr Organ, die Koburger Arbeiterzeitung, die immer so tapfer auf Lassalle geschmäht hatte und auf Schulze immer so gut zu sprechen gewesen war, um dessen neueste Schrift als einen Wirrwarr von unverbesserlicher Beschränktheit und hinterhaltiger Täuschung zu zerzausen. Sie schloß ihre Besprechung: „Fürwahr, auch der nicht persönlich beteiligte Kritiker muß streng an sich halten, um nicht in ungemessenen Ausbrüchen des verdientesten

Unwillens, um nicht in dem Vorwurfe berechneter Treulosigkeit seinem beleidigten Gerechtigkeitsgefühle Luft zu machen. Aber wie kommt denn nur Herr Schulze zu solchen, tief ins menschliche Gewissen hinein reichenden Dingen? Wie erklärt es sich, daß ein bis dahin geachteter Mann so gewissenlos erscheint? Das muß ein Fehler im Kopfe sein, der sein Herz in Verwirrung bringt. Wir sehen nur eine Lösung des Rätsels: Herr Schulze steht blindlings auf dem Standpunkte der Unternehmer und kann sich gar keinen Zustand vorstellen, in welchem die heutige Wettbewerbung der Einzelkapitale, das Spekulieren von Geschäft zu Geschäft, der Krieg aller Millionen Taler unter sich, jemals aufhören sollte. Vom Arbeiter kann Herr Schulze nichts wissen, aber auch kein Sterbenswort, obgleich er merkwürdigerweise immer zu Arbeitern spricht. . . . Von der riesigen Frage des Großkapitals im Kampfe mit der Lohnarbeit weiß er nicht das erste Wort; er versteht von der ungeheueren Krise des 19. Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben. Er häkelt und tipfelt an der Nebenfrage herum: wie kann sich das Handwerk gegen die übergreifende Großindustrie halten? Das ist seine Spezialität, dort sollte man ihn gehen lassen, dort geniert er niemanden. Wenn Herr Schulze sich nur bei seinem Leisten hielte, wenn er nur nicht immer behauptete, von der ‚Arbeiterfrage' zu reden, oder gar die Arbeiterfrage zu lösen! Wir hoffen, ihm durch diese Beurteilung den Dienst zu erweisen, daß er sich endlich selbst kennen lernt und künftig nur bei staatspolizeilichen Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitsmaßregeln mitredet, aus der sozialen Frage aber vorsichtig seine Finger herausläßt. Denn wenn selbst Lassalle der größte Faselhans seines Jahrhunderts wäre, so würde dadurch Schulze-Delitzsch noch um kein Jota gescheiter." So begannen sich die getreuesten Vasallen gegen den „König im sozialen Reiche" zu empören.

Nach dieser Vorarbeit von bürgerlicher Seite ging Schweitzer selbst daran, zu dem Tänzlein aufzuspielen, das „der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle" gewagt hatte. Es geschah in einer Reihe glänzender Aufsätze, die Schweitzer im Gefängnisse schrieb, der einzigen, und leider der einzigen, seiner ökonomischen Abhandlungen, die heute noch durch einen besonderen Abdruck weiteren Kreisen bekannt ist. Er legte in dieser Arbeit das Hauptgewicht auf die praktische Durchführbarkeit, auf die ungeheuren Vorzüge der vergesellschafteten Produktion und behandelte die Produktivassoziationen mit Staatskredit als bloßes Übergangsmittel;

er fußte mit anderen Worten weit mehr auf dem Bastiat-Schulze, als auf dem Offenen Antwortschreiben Lassalles. So war er immer bestrebt, im Geiste Lassalles alles Anfechtbare und Mißverständliche auszuschließen, was die Worte Lassalles enthalten mochten. Die Ansicht, als ob Schweitzer ein Epigone Lassalles in dem Sinne gewesen sei, daß er über der Hülse den Kern verkannt habe, ist völlig hinfällig; man braucht nur die alten Jahrgänge des Sozialdemokraten zu durchblättern, um sie in ihr Nichts zusammenfallen zu sehen.

Nicht als ob Schweitzer theoretisch über Lassalle hinausgekommen wäre, als ob er schon Gesichtspunkte erfaßt gehabt hätte, die Marx erst später im Kapital entwickelt hat. In dieser Beziehung läßt sich nur sagen, daß Schweitzer aus den früheren Schriften von Marx manches richtiger zu erkennen wußte, als Lassalle. In einer längeren Polemik mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung druckte er einmal das klassische Programm des historischen Materialismus ab, das Marx in der Vorrede seiner Schrift von 1859 niedergelegt hatte, und wußte es vortrefflich zur historischen Kennzeichnung der großen französischen Revolution zu verwerten. So auch führte er im Sinne von Marx aus, daß der von Lassalle vielfach noch gebrauchte Ausdruck: Arbeiterstand ungenau sei, daß die alten historischen Stände in der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschwunden und an ihre Stelle Klassen getreten seien. In den Fragen aber, die Marx erst später in seinem Hauptwerke klar gestellt hat, in den Fragen des ehernen Lohngesetzes, der moralisch-rechtlichen Auffassung des Mehrwerts und ähnlichen, blieb Schweitzer auf den Pfaden Lassalles, nur daß er sie immer geradeaus auf ihr revolutionäres Endziel verfolgte, auf das Endziel, das schon im Kommunistischen Manifeste gesteckt worden war.

Die Produktivassoziationen mit Staatskredit behandelte Schweitzer als einen Keil, der die kapitalistische Gesellschaft sprengen, der sozialistischen Gesellschaft die Bahn brechen solle. Er beugte sorgfältig dem Mißverständnisse vor, als ob durch sie eine neue Klasse behäbiger Kleinbürger geschaffen werden solle, und betonte nachdrücklich, daß die Produktivassoziationen nach Lassalles und Schulzes Prinzipien sich nicht graduell, sondern prinzipiell unterschieden. Die Produktivassoziationen, die das Bürgertum für die Arbeiter wolle, seien gewöhnliche Erwerbsunternehmungen und Geldspekulationen ohne tiefere Bedeutung, die Produktivassoziationen aber, die das Proletariat für sich erstrebe, seien

soziale, den ganzen Menschen ergreifende Versuche zur Verwirklichung einer großen zivilisatorischen Idee.

In einer Polemik gegen ein konservatives Blatt schrieb Schweitzer über Lassalles Hundertmillionenplan: „Jeder Vernünftige und ehrlich Urteilende weiß, daß Lassalle damit nur nachgewiesen haben wollte, mit wie verhältnismäßig geringen Mitteln die neue Produktionsweise angebahnt werden könne. Niemals und an keinem Orte aber hat er ausgesprochen, daß er jetzt, wenn man ihm diese hundert Millionen zur Verfügung stellte, dieselben angenommen hätte und zu solchen Zwecken angewandt wissen wollte.“ Demgemäß hielt Schweitzer auch immer auf eine richtige Erklärung des allgemeinen Wahlrechts und der Staatshilfe, die Lassalle gefordert hatte. Er machte weder ein Hehl daraus, daß allgemeines Wahlrecht und allgemeines Wahlrecht, je nachdem es von der bürgerlichen oder der sozialen Demokratie gefordert werde, noch auch daraus, daß Staat und Staat, je nachdem es sich um den Staat der besitzenden oder den Staat der nichtbesitzenden Klasse handle, völlig verschiedene Dinge seien. Für die bürgerliche Demokratie, die Demokratie der besitzenden Klassen, sei das allgemeine Wahlrecht eine Forderung der Rechtsgleichheit, der freien Persönlichkeit, für die soziale Demokratie, die Demokratie der arbeitenden Klassen, sei es die unmittelbare Herrschaft über alle Organe der Staatsgewalt. Für die besitzenden Klassen sei der Staat ein Mittel, die nichtbesitzenden Klassen zu bändigen, für die nichtbesitzenden Klassen aber ein Mittel, alle sozialen Ungleichheiten aufzuheben. Deshalb hätten wohl die besitzenden Klassen ein großes Interesse an einer starken Staatsgewalt, aber keineswegs die arbeitenden Klassen. Deren Interesse ging dahin, keinen Präsidenten und am allerwenigsten einen unverantwortlichen Präsidenten an der Spitze der Staatsgewalt zu dulden, vielmehr selbst durch verantwortliche Organe die Staatsgeschäfte zu besorgen und den Staat sich vollkommen decken zu lassen mit der Gesellschaft. Das konstitutionelle Königtum und die bürgerliche Republik seien die mit den Interessen der besitzenden Klassen verträglichsten Staatsformen; im Interesse der nichtbesitzenden Klasse liege die soziale Republik, in der das Volk und nicht bloß eine einzelne bevorzugte Gesellschaftsklasse souverän sei, oder ein starkes selbstherrschendes Königtum, das, eifersüchtig auf die Übermacht des Besitzes, seine Stütze in den Massen suche. Freilich könne ein solches Königtum die Grundlage des Klassengegensatzes nicht auf-

heben und nicht politische Freiheit gewähren. Dies sei nur möglich durch die Herstellung des reinen sozialen Volksstaats, des Idealstaats, den die arbeitende Klasse erkämpfen müsse.

In einem einzigen Falle hat Schweitzer die geistige Erbschaft Lassalles nicht vor mißverständlichen Schlagworten behütet, sondern um ein mißverständliches Schlagwort vermehrt. Zur ersten Wiederkehr von Lassalles Todestage druckte er das Konzept einer Rede ab, die Lassalle vor Berliner Arbeitern gehalten hatte, worin es hieß: „Wie sehr ich gerade der Reaktion am feindlichsten gegenüberstehe, wie ich auch der Fortschrittspartei nur insofern feindlich gegenüberstehe, als sie selbst noch mit der Reaktion auf gemeinschaftlichem Boden steht, das mögen Sie am kürzesten aus der Erklärung entnehmen, die neulich ein reaktionärer Abgeordneter, der Graf Wartensleben, in der Kammer abgegeben hat. Herr Virchow hatte nämlich bis in die Räume der Kammer hinein die Verleumdung getragen, daß ich mit der Reaktion im Bunde stehe. Hierauf erklärte Graf Wartensleben wörtlich: ‚Lassalle ist ebensowenig unser Verbündeter, wie ich ihn für den Verbündeten der Fortschrittspartei halte. Er steht als unser gemeinsamer Feind vor dem Tore.‘ Gegen die Wahrheit dieser Erklärung läßt sich nichts einwenden. Ihren, der Reaktionäre und der Fortschrittspartei, gemeinsamen Feind, der bereits vor den Toren stehe, und den sie also gemeinsam abwehren müßten, nennt mich Graf Wartensleben. Vor mir also verschwinden die Unterschiede und Gegensätze, welche sonst die reaktionäre Partei und die Fortschrittspartei trennen. Vor mir also sinken sie trotz dieser Unterschiede zu Einer gemeinsamen reaktionären Partei zusammen.“ Auf diese Worte Lassalles bezog sich der Sozialdemokrat häufig in der nächsten Zeit, als ihm fast jeder neue Tag eine neue fortschrittliche Verleumdung und eine neue polizeiliche Plackerei ins Haus brachte. Daraus entwickelte sich dann allmählich das Schlagwort von der „reaktionären Masse“, die alle anderen Parteien gegenüber der Arbeiterpartei bilden sollten, ein Schlagwort, das später, als sein eigentlicher Ursprung vergessen war, sehr mit Unrecht als ein prinzipieller Teil der Lassalleschen Politik aufgefaßt worden ist, und in diesem Sinne mancherlei Mißverständnisse hervorgerufen hat. Freilich mehr in der Theorie als in der Praxis, denn der bürgerliche Liberalismus hat kaum jemals darauf verzichtet, der Arbeiterbewegung eine mindestens ebenso heftige Feindschaft zu zeigen, wie ihr die feudale Reaktion nur immer zeigen konnte.

Ohne dem sozialdemokratischen Prinzip irgend etwas zu vergeben, hatte Schweitzer mit seiner Taktik innerhalb eines Jahres bedeutende Erfolge erzielt. Das Proletariat des Maingaues wie des bergisch-märkischen Industriebezirks war ganz von sozialistischen Tendenzen erfüllt. Von Hamburg drang die Propaganda nach Schleswig-Holstein, von Dresden und Leipzig nach Chemnitz, Glauchau, ins Erzgebirge vor. In Braunschweig entwickelte sich eine kleine Gemeinde hoffnungsvoll unter der sorgsamen Pflege Wilhelm Brackes, eines jungen Kaufmanns, der, in reinstem Idealismus für die Sache der Armen und Enterbten erglühend, schwärmerische Begeisterung mit praktischer Rührigkeit zu verbinden verstand. In der preußischen Provinz Sachsen verzweigte sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nach Magdeburg, Naumburg, Erfurt, und von hier aus in die thüringischen Kleinstaaten, nach Apolda, Weimar, Jena. In Ostelbien wuchsen die schlesischen Gemeinden zu einer immer stärkeren Stütze des Vereins heran, in Stettin sammelten sich die ersten Anhänger, namentlich aber in Berlin eröffneten sich die erfreulichsten Aussichten. Und fast noch bedeutungsvoller als die unmittelbare Ausbreitung des Vereins war die Strömung, welche die proletarische Bewegung immer stärker auf die sozialistische Seite drängte.

Praktisch wurde den Arbeitermassen die Notwendigkeit des Klassenkampfes durch den hartnäckigen Widerstand eingepaukt, auf den jeder Anlauf zur Besserung ihrer Lebenshaltung bei der Bourgeoisie stieß, theoretisch wurden sie aufgeklärt durch den Kampf mit ihren sozialdemokratischen Kameraden, in den die Bourgeoisie sie zu jagen bemüht war. Die fortschrittliche Behauptung, daß nur der untüchtige Bodensatz des Proletariats nach dem Goldregen Lassallescher Staatsgelder schmachte, erwies sich immer mehr als eine Tendenzlüge. Was Albert Lange sofort erkannt hatte, das mußte jetzt auch schon dies oder jenes einsichtigere Bourgeoisblatt zugeben, daß nämlich gerade die intelligentesten und kräftigsten Proletarier in der sozialdemokratischen Bewegung tätig seien, daß in dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine eine ganz andere Macht heranwachse, als in Schulzes harmlosen Bildungs- und Konsumvereinen. Nicht zuletzt erwiesen sich die sozialdemokratischen Feste als kräftige Agitationsmittel; das klassenbewußte Proletariat wußte schon in seinen Anfängen der altersschwachen Bourgeoisie zu zeigen, wie politische Parteien ihre Feste feiern müßten. In den Festreden einfacher Arbeiter brach eine Fülle aufkeimender Geisteskraft hervor;

die Rede, die der Tuchscherergeselle Wahl, ein ganz junger Mann noch, der leider schon im nächsten Jahre am Magenkrebse starb, im Herbste 1865 bei einer Totenfeier Lassalles in Augsburg hielt, machte auch in bürgerlichen Kreisen bedeutendes Aufsehen.

Trotz aller dieser Fortschritte war aber die durch Lassalles Tod gestellte Aufgabe erst halb gelöst. Die Organisation der jungen Arbeiterpartei stand nicht auf gleicher Höhe mit ihrer Taktik. Zwar hatte die straffe Zentralisation des Vereins bei den politischen Aktionen für die Koalitionsfreiheit und für das Vereinsrecht so große Vorzüge gezeigt, daß niemand daran denken konnte, sie anzutasten. Sie hatte moralische Wirkungen hervorgebracht, die weit hinausgingen über das Gewicht, das der Verein schon tatsächlich in die Wagschale zu werfen vermochte. Aber moralische Wirkung, so groß sie sein mag, ist noch lange nicht politische Macht; neben dem Geiste, der aufzuklären und zu überzeugen wußte, bedurfte die Arbeiterbewegung eines Körpers, der handeln und schlagen konnte.

Hiermit sah es aber trübe aus. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stand als politischer Körper immer noch nicht auf festen Füßen; ihm fehlte namentlich nach wie vor der Rückgrat einer guten Finanzverwaltung. Der Sozialdemokrat wurde aus den privaten Mitteln Hofstettens unterhalten; er hatte nur erst einige hundert Abonnenten und deckte noch lange nicht seine Unkosten. Die persönliche Diktatur Lassalles war in Bernhard Beckers Händen zu einem Zerrbilde entartet. Die paar verständigen Anordnungen, die Becker verfügt hatte, waren ihm von Schweitzer vorgeschrieben worden; wo er selbständig zu handeln versuchte, richtete er fast immer nur Unheil an. Sein einziges Verdienst um den Verein blieb die Agitationsreise, die er im Januar 1865 in den schlesischen Weberbezirken unternommen hatte. Wie er den Streit zwischen Marx und Schweitzer durch sein persönliches Eingreifen vergiftete, so stellte er den Verein auch sonst bloß, sei es, daß er sich als „Präsident der Menschheit" aufspielte, sei es, daß er einen unerquicklichen Lokalskandal in Frankfurt dadurch hervorrief, daß er sich als ungebetener Gast bei einer fortschrittlichen Kneiperei einfand, sei es, daß er in Braunschweig, wie Bracke bezeugt, durch taktloses Auftreten die kaum gewonnenen Arbeiter wieder stutzig machte. So konnten die Dinge unmöglich fortgehen. Der mühsam eroberte Boden ließ sich nur sichern, wenn dem Verein alles Sektenhafte abgestreift, wenn er zu

einer wirklichen Arbeiterpartei erweitert wurde, die bei aller straffen Zentralisation doch so organisiert war, daß sie durch die zufällige Unfähigkeit des Präsidenten nicht lahmgelegt werden konnte. Das war die Ansicht Schweitzers, der eine Reihe der tüchtigsten Mitglieder, wie Audorf, Bracke, Fritzsche, York und andere mehr oder weniger zustimmten.

Der Gegensatz zwischen dem Präsidenten des Vereins und der Redaktion des Vereinsorgans kam zum öffentlichen Ausbruch, als Becker darauf bestand, die zweite Generalversammlung zum 25. November 1865 nach Frankfurt einzuberufen, wo er sich seit seiner Ausweisung aus Berlin aufhielt. Er war formell berechtigt, diese Anordnung zu treffen, aber tatsächlich war sie ein weiterer Schritt zur sektenhaften Verkrüppelung des Vereins. Die erste Generalversammlung hatte in Düsseldorf stattgefunden, dann war das Stiftungsfest, gewissermaßen eine formlose Generalversammlung, in Frankfurt gefeiert worden, nun sollte auch noch die zweite Generalversammlung im Südwesten beraten, während sich im Nordosten eine große politische Katastrophe vorbereitete und an ihrem Zentralpunkte Berlin zugleich die Arbeiterbewegung hohe Wellen zu schlagen begann. Das hieß den Verein gewissermaßen aus der Schußweite der politischen Entscheidungen bringen und zugleich die unfähige Diktatur Beckers mindestens auf ein Jahr verlängern. Gerade in Frankfurt hatte er aus seinen besseren Tagen einigen Anhang, und es war vorauszusehen, daß die Generalversammlung, wenn sie hier stattfand, von auswärts schwach besucht werden würde. Besonders den armen sächsischen und schlesischen Gemeinden konnte nicht zugemutet werden, ihre Delegierten znm drittenmale binnen Jahresfrist auf eine verhältnismäßig kostspielige und weite Reise zu schicken. Zur Reorganisation des Vereins war aber eine möglichst zahlreich beschickte Generalversammlung notwendig, und so verlangte Schweitzer, daß sie in Leipzig tagen sollte, einem Orte, der sich in jeder Beziehung besser empfahl als Frankfurt.

Jedoch hatten die brieflichen Vorstellungen, die er bei Becker erhob, keinen Erfolg. Becker antwortete erst mit leeren Ausflüchten und dann mit Drohungen. Nun ging der Sozialdemokrat öffentlich vor und verlangte am 19. November die Verlegung der Generalversammlung nach Leipzig, wobei er allein die Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit geltend machte, die für Leipzig sprachen. Seine Forderung fand in vielen Gemeinden lebhafte Zustimmung. Becker aber vertagte am

21. November die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit und legte das Präsidium nieder, indem er seine Befugnisse auf Fritzsche als Vizepräsidenten übertrug.

Ob Becker damit bezweckte, die Flinte ein- für allemal ins Korn zu werfen, oder eine Verwirrung zu schaffen, die ihm dennoch den Sieg verschaffen sollte, läßt sich um so weniger mit Bestimmtheit sagen, als er überhaupt nicht der Mann klarer Entschlüsse war. Jedenfalls richtete er eine große Verwirrung an, die noch dadurch gesteigert wurde, daß Schweitzer in diesen Tagen verhaftet wurde. Fritzsche, der mit Schweitzers Plänen übereinstimmte, ging am 26. November nach Frankfurt, um die Vereinsakten von Becker zu übernehmen, fand hier aber einige Delegierte vor, die zu der inzwischen vertagten Generalversammlung eingetroffen waren und nunmehr durchsetzten, daß Fritzsche eine neue Generalversammlung zum 30. November nach Frankfurt einberief. Das Verfahren war sehr tumultuarisch, denn der von Fritzsche einberufenen Generalversammlung fehlte selbst die formelle Rechtsgiltigkeit, welche die von Becker ursprünglich einberufene Generalversammlung immer noch hatte für sich beanspruchen können. Die Gründe, die das Vorgehen der in Frankfurt erschienenen Delegierten bestimmten, waren wohl verschieden: die einen, wie Hasenclever und Tölcke, meinten und sagten, daß die Sorge für die gefährdete Existenz des Vereins jeder anderen Forderung vorangehen müsse; andere, wie Hillmann, scheinen nach ihrem späteren Verhalten aus weniger anerkennenswerten Motiven gegen eine gründliche Reorganisation des Vereins und die damit verbundene Beseitigung der finanziellen Mißwirtschaft eingenommen gewesen zu sein. Mit seinen Andeutungen über eine notwendige Änderung der Statuten stieß Fritzsche auf taube Ohren, und als er am 30. November die von ihm einberufene Generalversammlung eröffnete, erhielt er sofort eine Art Mißtrauensvotum, indem ein Antrag auf Bestallung eines anderen Vorsitzenden einlief. Fritzsche verließ darauf die Generalversammlung, nachdem er seine Befugnisse als Vizepräsident auf Hillmann übertragen hatte, und reiste nach Leipzig zurück, um dort auch sein Amt als Bevollmächtigter niederzulegen. Er widmete sich jetzt vorwiegend der Gründung eines Gewerkvereins von Zigarrenarbeitern, zu dem die Vorbereitungen schon seit einiger Zeit im Gange waren.

Die Frankfurter Generalversammlung tagte am 30. November und 1. Dezember. Auf ihr waren 9421 Mitglieder in 58 Orten durch

20 Delegierte vertreten, die in ihrer Mehrheit aus dem Maingau und dem bergisch-märkischen Industriebezirke kamen. Nach stürmischen Debatten wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die zugleich ein Kompromiß und ein Provisorium darstellten. Die Generalversammlung sprach dem Sozialdemokraten ihre „entschiedene Mißbilligung" aus, weil er das durchaus berechtigte Verfahren Beckers in der Anordnung der Generalversammlung öffentlich kritisiert habe, wählte aber Tölcke an die Stelle Beckers zum Präsidenten, für die Dauer eines Jahres und vorbehaltlich der Bestätigung seiner Wahl durch die Urversammlungen der Vereinsmitglieder. Bis dahin sollten die Geschäfte des Vereins durch den Vizepräsidenten Hillmann besorgt werden. Zum Vereinskassierer wurde Försterling an Stelle Levys ernannt. Diese Beschlüsse führten noch zu heftigen Auseinandersetzungen in vielen Gemeinden, namentlich weil ihre rechtliche Giltigkeit sehr anfechtbar war. Jedoch siegte der Wunsch, zunächst einmal die Existenz des Vereins zu sichern, über alle Bedenken, und am 1. Januar 1866 konnte Tölcke die Leitung des Vereins übernehmen, da die Urversammlungen seine Wahl bestätigt hatten.

Auch der Sozialdemokrat räumte ein, daß die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung vorläufig anerkannt werden müßten, um den Verein vor jeder Zersplitterung zu bewahren. Aber er fügte hinzu, daß sobald als möglich eine neue Generalversammlung einzuberufen sei, um die Reorganisation des Vereins zu beraten, und er fuhr fort, diese Reorganisation im Sinne einer Sammlung aller sozialdemokratischen Elemente vorzubereiten. Albert Lange, der jetzt in freundlichstem Einvernehmen mit den Duisburger Vereinsmitgliedern stand, erläuterte die ganze Krisis im Boten vom Niederrhein zutreffend so, daß der Sozialdemokrat auf die Bildung einer sozialdemokratischen Partei und auf die Beseitigung derjenigen Einseitigkeiten hinarbeite, die diesem Streben im Wege ständen, während seine Gegner die sektenähnliche Abschließung des Vereins für nötig hielten. Deshalb von einem Solinger Sektierer als „Arbeiterfeind" denunziert, erhielt Lange von einer Versammlung rheinisch-westfälischer Vereinsmitglieder, die am 17. Dezember in Duisburg tagte, eine schöne Ehrenerklärung. In ähnlicher Weise, wie Lange, faßte Vahlteich die Sachlage auf und sandte dem Sozialdemokraten einige Zeilen zu, worin er sich bereit erklärte, sein Verhalten in dem Konflikte mit Lassalle vor der nächsten Generalversammlung oder auch im Vereinsorgane zu rechtfertigen. Die Aufnahme dieser kurzen und

durchaus würdig gehaltenen Erklärung glaubte Hillmann als eine „gemeine Beschimpfung unseres großen Meisters Lassalle“ gegen den Sozialdemokraten ausspielen zu können, erhielt aber eine so treffende Antwort über „Präsidialterrorismus und Sektenfanatismus“, daß er auf eine weitere Diskussion verzichtete. Dagegen entzog er kurzweg am vorletzten Tage seiner Vizepräsidentschaft dem Sozialdemokraten das Recht, sich Vereinsorgan zu nennen. Das kam dem Blatte aber durchaus gelegen; von seiner letzten Nummer des Jahres 1865 an nannte es sich „Organ der sozialdemokratischen Partei“.

Der Amtsantritt Tölckes versprach ein Ende dieser Wirren. Ein energischer und gescheiter Mann, war Tölcke aus anderem Holze geschnitzt als Becker; strammer Lassalleaner und ganz durchdrungen von dem Werte einer straffen Zentralisation, war er den weiteren Auffassungen Schweitzers doch nicht unzugänglich. Er versprach gleich in seiner ersten Kundgebung, außer in dringlichen Fällen stets die Zustimmung des Vorstandes zu wesentlichen Anordnungen einzuholen. Er ging auch willig auf den Plan der Statutenrevision ein und erkannte bis zur endgiltigen Entscheidung des Vorstandes den Sozialdemokraten als Vereinsorgan an. Es war nun doch alle Aussicht vorhanden, daß eine Organisation geschaffen wurde, welche die Früchte der Taktik in die Scheuern zu bringen gestattete. Nur schade, daß sehr viel zu tun war, um den Verein zu einer politischen Macht zu entwickeln; in der Vereinskasse befanden sich ganze sechs Taler, als Tölcke die Leitung übernahm. Viele Monate mußten vergehen, ehe ausgeglichen werden konnte, was unter Becker versäumt worden war, und das zu einer Zeit, wo jeder Tag kostbar zu werden begann.

Denn am politischen Horizonte hatten sich schwere Wetterwolken aufgetürmt, und ehe die jungen Saaten der Revolution von Unten durch feste Schranken gesichert werden konnten, brach die Revolution von Oben wie ein verschlammender Strom über sie herein.

Drittes Kapitel.

Die Revolution von Oben.

1. Der habsburgisch-hohenzollernsche Konflikt.

Sobald der Wiener Friede im Oktober 1864 die Elbherzogtümer in den gemeinsamen Besitz Österreichs und Preußens gebracht hatte, begann zwischen diesen Mächten der Hader um die Beute. In absolutistisch-staatsstreichlerischen Gelüsten und in gänzlichem Mangel an nationaler Gesinnung waren das Berliner und das Wiener Kabinett einander würdig; in der schleswig-holsteinischen Frage aber besaß Bismarck stärkere Trümpfe, als seine gleich reaktionären Nebenbuhler an der Donau.

Blind in ihrer Eifersucht, und daneben von eingebildeter Angst vor der „Revolution“ gepeinigt, war die Wiener Politik beim ersten Auftauchen der schleswig-holsteinischen Frage ins preußische Garn gegangen. Sie hatte dadurch den mittel- und kleinstaatlichen Partikularismus vor den Kopf gestoßen und die sicherste Stütze ihrer Vorherrschaft über den deutschen Bund gefährdet. Dafür konnte ihr der schleswig-holsteinische Mitbesitz um so weniger eine Entschädigung sein, als sie mit der unwillkommenen Bescherung überhaupt nichts anzufangen vermochte. So blieb ihr nichts übrig, als reumütig zu ihrer alten Politik zurückzukehren und sich dahin zu entschließen, daß die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestage übertragen und, was auf dasselbe hinauslief, die Elbherzogtümer dem augustenburgischen Prätendenten ausgeliefert werden sollten.

Das ging nun nicht an ohne die Zustimmung des preußischen Mitbesitzers, und Bismarck dachte nicht daran, den Großmütigen zugunsten des Augustenburgers zu spielen. Höchstens wollte er den hilflosen Prätendenten als preußischen Vasallen zulassen, richtete aber diese Suppe, die er in den Februarbedingungen von 1865 kredenzte, so mager an, daß sie für die österreichische Eifersucht, und würzte sie durch seine offiziösen Federn so mit Hohn und Spott, daß sie für den dynastischen

Dünkel des Augustenburger und der sonstigen Zaunkönige von Gottes Gnaden ungenießbar wurde. Die preußische Diplomatie arbeitete für die hohenzollernsche, wie die österreichische Diplomatie für die habsburgische Hausmacht; deutschnationale Gesichtspunkte waren der einen so fremd wie der anderen, und die Vorwürfe, mit denen sie sich gegenseitig wegen Förderung der „Revolution" bombardierten, durften auf beiden Seiten nur im pickwickischen Sinne verstanden werden. Der Vorteil Bismarcks war nur, daß die Erhaltung der bundestäglichen Wirtschaft und die Etablierung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den Elbherzogtümern mit allen ökonomischen Interessen Deutschlands in schreiendem Gegensatze stand, wodurch die preußische Annexions- und Gewaltpolitik mehr hinter sich bekam.

Im Sommer 1865 waren die Dinge schon zum völligen Bruche zwischen Österreich und Preußen gediehen. Aber einstweilen fühlten sich die beiden Gegner noch nicht stark genug zum entscheidenden Waffengange. Sie verkleisterten den Riß noch einmal notdürftig durch den Vertrag von Gastein, der unter Vorbehalt des gemeinsamen Besitzrechts das Herzogtum Holstein in österreichische, und das Herzogtum Schleswig in preußische Verwaltung gab. Jedermann wußte, daß damit nur eine Galgenfrist gewonnen sei, und niemand wußte es besser, als die hohen Vertragschließenden selbst. Beide suchten nach Bundesgenossen, wobei Bismarck wieder die stärkeren Trümpfe in der Hand hatte. Rußland war durch die am polnischen Aufstande geübten Schergendienste der preußischen Regierung gewonnen, und Bonaparte wurde durch arge Verlegenheiten seiner äußeren und inneren Politik dazu gedrängt, der italienischen Bewegung einen neuen Brocken in Gestalt Venetiens hinzuwerfen, auf das Österreich weder gegen Geld noch gegen gute Worte verzichten wollte. Im September 1865 reiste Bismarck an den Hof Bonapartes, um von diesem erhabenen „Beschützer der Nationalitäten" die gnädige Erlaubnis zur „deutschen Einigung" zu erhalten. Konspiration mit dem Auslande für dynastische Eroberungszwecke war altpreußische Politik, und Bismarck wurde den glorreichen Überlieferungen des alten Fritz durchaus nicht untreu, als er sich zum „nationalen Heros" aufzuschwingen gedachte durch ein preußisch-italienisches Angriffsbündnis gegen Österreich unter Bonapartes wohlwollendem Schutze. Die damals weit verbreitete Meinung, daß er bestimmte Verpflichtungen eingegangen sei, im Falle des Erfolges deutsches Gebiet an Frankreich abzutreten, mag

in dieser Form übertrieben gewesen sein; sicher ist, daß er Bonapartes Appetit auf deutsche Landfetzen hinhaltend nährte, was zur Kennzeichnung seines „deutschen Patriotismus" vollkommen genügt. Freilich darf nicht übersehen werden, daß alle anderen „deutschen Staatsmänner", mochten sie in Wien, München, Dresden oder sonstwo hausen, in gleichem Falle nicht anders gehandelt hätten. Nationale Interessen dynastischen Zwecken zu opfern, war ihr altgewohntes und gern geübtes Metier; höchstens hätte ihnen die Fähigkeit Bismarcks gefehlt, Bonaparte schließlich doch übers Ohr zu hauen. Moralisch waren sie alle von gleichem Kaliber; worin Bismarck ihnen und ebenso seinem guten Freunde an der Seine über war, das waren zwei Eigenschaften, die in der Politik gar viel bedeuten: er hatte erstens einen Willen und zweitens ein Ziel.

Mit dem bonapartistischen Protektorate und dem italienischen Bündnisse hing aufs engste der Bundesreformplan Bismarcks zusammen. Er sagte zum General Govone, der als italienischer Unterhändler nach Berlin kam, aus der schleswig-holsteinischen Frage lasse sich leicht ein Kriegsfall machen, aber für einen großen Krieg sei diese Frage ein zu kleiner Anlaß. Die allgemeine deutsche Frage müsse ins Spiel gezogen werden; handle es sich um ein großes nationales Interesse, so werde Europa um so ruhiger zusehen. Europa hieß in diesem Falle Bonaparte, und auf bonapartistischem Pferdefuße hinkte Bismarcks Bundesreform einher. Nachdem am 8. April 1866 das preußisch-italienische Angriffsbündnis gegen Österreich abgeschlossen worden war, richtete die preußische Regierung am 9. April den Antrag an den Bundestag: eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrechte der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag zu berufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, in der Zwischenzeit aber durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen herzustellen.

Die offizielle Begründung des Antrags enthielt den üblichen Redeschwall, womit aller Bonapartismus seine ideenlose, aber ränkevolle Politik zu verkleiden pflegt. Das allgemeine direkte Wahlrecht wurde als konservatives Prinzip empfohlen, das vom konservativen Standpunkt aus jedem anderen, auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus vorzuziehen sei. Die gegenwärtige Bundesverfassung überliefere Deutschland in großen europäischen Krisen entweder der Revolution

oder der Fremdherrschaft; um beides zu vermeiden, sei eine Bundesreform notwendig, die nach den Erfahrungen von 1848 weder durch das einseitige Vorgehen der Regierungen, noch durch das einseitige Vorgehen der Nation erreicht werden könne; nur durch das Zusammenwirken beider Faktoren könne auf dem Grunde und innerhalb des Rahmens des alten Bundes eine neue lebensfähige Schöpfung entstehen. Bismarck empfahl also das famose Prinzip der Vereinbarung, an dem die Parlamente des Revolutionsjahres gescheitert waren, als das unfehlbare Heilmittel der deutschen Wirren. Entweder unterlag er wirklich einem jener drolligen Mißverständnisse, denen sein interessierter Verstand bei der Analyse historischer Ereignisse zu unterliegen pflegte, oder es kam ihm, wofür sich gleichfalls zahlreiche Beispiele aus seiner Politik beibringen lassen, auf eine handvoll Phrasen mehr oder weniger nicht an, um seine wirklichen Zwecke zu verhüllen.

Diese wirklichen Zwecke gingen unzweideutig aus den Kundgebungen seiner offiziellen und offiziösen Presse hervor. Nach bonapartistischem Muster spielte Bismarck ein Doppelspiel, und zwar ein doppeltes Doppelspiel: einmal ein Doppelspiel zwischen den Dynastien und der Nation, und dann ein Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die Kreuzzeitung sagte den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen: Nehmt, was ihr noch bekommen könnt; was euch Bismarck bietet, wird euch niemals wieder geboten werden. Für euch allein werdet ihr niemals mit der bürgerlich-nationalen Bewegung fertig werden; wollt ihr den Parlamentarismus mit seinen eigenen Waffen schlagen, so braucht ihr ein deutsches Parlament. Freilich wird darin der parlamentarische Spektakel erst recht losgehen, aber „gegen alle derartigen Ausschreitungen gibt es ein sehr einfaches Rezept — man kehrt sich nicht daran. Daß dies möglich ist, dafür liefern die letzten sechs Jahre preußischer Geschichte den schlagendsten Beweis." Umgekehrt sagte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Preußen bedauert, die Wahrnehmung machen zu müssen, daß einstweilen der Anschein entstanden ist, als ob die deutschen Regierungen gegen die nationale Reform unter die Waffen treten. Daß Württemberg, Hannover, Sachsen, Hessen-Darmstadt und andere Bundesstaaten sich nicht aus Liebe zum Prinzen von Augustenburg in einen Existenzkampf stürzen wollen, liegt auf offener Hand. Man wird der Wahrheit sehr nahe stehen, wenn man behauptet, daß die Regierungen, welche sich rüsten, indem sie einen gewaltigen Kampf gegen Preußen

heraufbeschwören, zugleich gegen die Verwirklichung auch der bescheidensten nationalen Forderungen Truppen aufbieten." Und dann drohte das offiziöse Hauptblatt, kaum noch verblümt, mit der „Revolution", will sagen, mit der Depossedierung widerspenstiger Zwergdespoten durch preußische Gewalt.

Neben diesem Doppelspiele zwischen den Dynastien und der Nation lief das Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat einher. Die halbamtliche Provinzialkorrespondenz lockte die Fortschrittspartei mit der Illusion, die sogenannte Bundesreform werde durch die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Streitkräfte die preußischen Militärlasten auf ganz Deutschland abwälzen und dadurch den Verfassungsstreit beseitigen. Der ganz amtliche Staatsanzeiger aber tischte ein für die Bourgeoisie sehr leckeres Gericht auf, indem er als die Grundzüge der Bundesreform eine Reihe ökonomischer Reformen aufzählte, wie Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, einheitliches Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Schutz des deutschen Handels im Auslande, deutsche Konsulate und manches andere noch, das die hemmenden Schranken der kapitalistischen Produktionsweise ziemlich gründlich abzutragen versprach.

Versagte die Bourgeoisie dennoch, so sollte das Proletariat durch das allgemeine direkte Wahlrecht geködert werden. Bismarck glaubte, es jetzt mit diesem Trumpfe wagen zu können. Er rechnete mit den Massen der ostelbischen Landbevölkerung, in deren geistiger Nacht noch kein Morgenrot politischer Erkenntnis dämmerte; er hoffte, das passive Wahlrecht durch Versagung der Diäten ebenso einzuschränken, wie er das aktive Wahlrecht durch Beseitigung der Klassenwahl erweiterte, und dann lebte er noch immer in dem holden Traum von dem „Monarchisten" Lassalle. Es hatte zwar schon manche Weckeruhr geschlagen, die diesen angenehmen Schlummer stören konnte; das Berliner Polizeipräsidium gestand später in einem amtlichen Berichte mit dürren Worten, es habe anfangs den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein für eine „besonnene und gesetzliche Agitation" gehalten und ihn deshalb geduldet „trotz des Verstoßes gegen § 8 des Vereinsgesetzes" (Verbindung politischer Vereine), aber bei der Kölner Festangelegenheit seien ihm die Augen aufgegangen, und es habe sich beeilt, die Berliner Gemeinde zu schließen. Allein was der gemeine Polizeiverstand begriff, das begriff der geniale Staatsmann noch lange nicht. Einstweilen glaubte Bismarck, mit dem Feuer spielen zu können.

Die Kommission zur Beratung der Arbeiterfrage, deren Niedersetzung die Regierung bei der Koalitionsdebatte versprochen hatte, war im Sommer 1865 einberufen worden, aber nach einigem weitläufigen Debattieren wieder auseinandergegangen, ohne etwas anderes zu hinterlassen, als einen Haufen wertloser Makulatur oder, wie es in der preußischen Bureaukratensprache heißt, „schätzbaren Materials". Das rote Gespenst mußte härter beschworen werden. Im Oktober 1865 schrieb Bucher an Marx, um ihm die Mitarbeit am amtlichen Staatsanzeiger anzutragen. Als er damit bei Marx abblitzte, wandte er sich mit demselben Anliegen an den Privatdozenten Eugen Dühring, der damals gerade durch einige nationalökonomische Arbeiten bekannt geworden war. Dühring nahm die alte Idee Sismondis von der Unterkonsumtion der arbeitenden Klasse als dem Hauptgebrechen der kapitalistischen Produktionsweise wieder auf, wollte das Übel aber nicht, wie Rodbertus, durch einen staatlich eingeführten Normalwerkarbeitstag kurieren, sondern durch die selbständige Initiative der Arbeiter, die sich in freien Koalitionen bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen sollten. Dühring ging auf die Mitarbeit am Staatsanzeiger ein, um sich bald mit der Redaktion zu überwerfen. Trotzdem erschien im April 1866 Wagener bei ihm, und bestellte für den „intimen Gebrauch" des Staatsministeriums eine Denkschrift über die Frage, wie „etwas für die Arbeiter getan" werden könne. Dühring lieferte auch dies Pensum ab. Dann wurde Schweitzer am 9. Mai aus der Haft beurlaubt, nachdem alle ärztlichen Zeugnisse, die er im Laufe des Winters über seinen leidenden Gesundheitszustand beigebracht hatte, bis dahin ohne jede Wirkung geblieben waren. Und endlich nahm die Gräfin Hatzfeldt seit dem Anfange des Jahres 1866 ihre niemals völlig eingeschlafenen Wühlereien mit verzehnfachter Kraft wieder auf. In ihrer Verblendung faßte sie die preußische Bundesreform als die Erfüllung von Lassalles nationalem Programm auf und ihr demagogisches Treiben lief daraus hinaus, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu einem Werkzeuge Bismarcks zu machen, mochte sie nun mit dem „großen Minister" in näherer oder fernerer Verbindung stehen und die reichen Geldmittel, die sie aus dem Fenster warf, aus ihrem eigenen Vermögen oder aus anderen Fonds schöpfen.

So sah die Revolution von Oben aus. Gegen die Misere der Bundestagswirtschaft war sie ungemein stark gewaffnet. Sollte sie noch niedergeschlagen werden, so konnte es nur durch die Revolution von Unten

geschehen. Aber die Revolution von Unten war ein Ding der Unmöglichkeit. Die Arbeiterklasse, die sie machen wollte, konnte sie noch nicht machen, und die bürgerliche Klasse, die sie machen konnte, wollte sie längst nicht einmal mehr in Worten, geschweige denn in Taten machen. Sobald sich die Dinge auf die Spitze des Schwertes hinauszuspielen begannen, löste sich die bis über den Schellenbaus gepriesene Geschlossenheit der Fortschrittspartei in ein wildes Durcheinander auf. Bei den einen schlug der preußische Partikularismus durch alles Schaumgold nationaler Redensarten durch. Twesten erklärte, daß „jede Alternative der Niederlage der preußischen Politik vorzuziehen" sei, und Ziegler rief seinen Breslauer Wählern zu, das Herz der Demokratie sei stets bei den Fahnen des Landes. Die anderen wieder erschöpften sich in ohnmächtigen Klagen über die Gefährdung der materiellen Bourgeoisinteressen durch den drohenden Krieg und in ebenso ohnmächtigen Flüchen über den Bruch des Landfriedens. Darin tat sich besonders der Nationalverein hervor, der auch die Bismärckische Bundesreform feierlich verdammte. Die Kumpanei Bennigsen hatte so viel für die „preußische Spitze" getan, daß ihr zu tun fast nichts mehr übrig blieb, und nun schrie sie Zetermordio, da sich die „preußische Spitze" enthüllte, so wie sie war und wie sie nicht anders sein konnte.

Eine dritte Gruppe bildete die Deutsche Volkspartei, die sich, an den Erfolgen der fortschrittlichen und nationalvereinlichen Politik verzweifelnd, seit Jahr und Tag von ihr zu trennen begonnen hatte. Es waren manche ehrliche und tüchtige Demokraten darunter, wie Büchner, Eckardt, Ladendorf, Pfau, aber auch sehr zweifelhafte Elemente, Frankfurter Winkelrepublikaner vom Schlage Sonnemanns, augustenburgische und welfische Partikularisten, die über die gefährdeten Gerechtsame ihrer angestammten Fürsten ebenso blutige, wenn nicht noch blutigere Tränen vergossen, als über alle sonstigen Verruchtheiten Bismarcks. Als die Deutsche Volkspartei im September 1865 ihre konstituierende Zusammenkunft in Darmstadt hielt, stellte sich sofort heraus, daß über die beiden entscheidenden Probleme der Zeit, die nationale und soziale Frage, keine Einigung möglich sei. Die Partikularisten klammerten sich an ihr geliebtes Förderativprinzip, von dem es obendrein unentschieden blieb, ob es in monarchischem oder republikanischem Sinne gemeint sein sollte, und an der Forderung sozialer Reformen, durch die Büchner und Eckardt eine Annäherung an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anbahnen

wollten, stießen sich die Börsendemokraten. Das Deutsche Wochenblatt in Mannheim, das Organ der Deutschen Volkspartei, erklärte, die nationale wie die soziale Frage als offene Fragen behandeln zu wollen!

In der zunächst brennenden Frage kam es dann doch zu einer Art Verständigung, insofern als eine „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten" den Keim der deutschen Einheit und Freiheit bilden sollte. Ludwig Pfau erläuterte in einem besonderen Flugblatte, damit solle nicht die alte Triasidee aufgewärmt werden, die Aufteilung Deutschlands zwischen Österreich, Preußen und dem Bunde der Mittel- und Kleinstaaten; diese Triasidee sei „eine dreiköpfige Mißgeburt, von Professorendünkel und Fürstendienerei im geschändeten Bette der Revolution erzeugt". Die Koalition der Mittelstaaten, welche die Deutsche Volkspartei erstrebe, solle kein Ziel, sondern ein Anfang, kein Zweck, sondern ein Mittel sein, ein erster Kern, um den sich die übrigen Stämme gruppieren könnten. Eckardt aber führte im Deutschen Wochenblatte aus, man würfe der Deutschen Volkspartei vor, daß sie zugleich die legitimistische und die republikanische Fahne trüge. Das sei jedoch nur ein scheinbarer Widerspruch. Die Mitglieder der Partei seien Republikaner, aber trotzdem meinten sie es ehrlich mit der Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten, die das letzte Anerbieten des deutschen Volkes an seine Fürsten sei. Wollten die Fürsten den monarchischen Bundesstaat, so würde die Deutsche Volkspartei das Volk zu ihrer Unterstützung aufrufen; wollten sie ihn nicht, so müßten sie sich gefallen lassen, von Bismarck verspeist zu werden. Wenn schon die ehrlichsten und klarsten Köpfe der Deutschen Volkspartei sich in solchen gewiß ehrlich gemeinten, aber hoffnungslos unklaren Vorstellungen bewegten, so war sie nicht eben zur Lösung der deutschen Frage berufen.

In diesem wüsten Chaos widerstreitender Interessen und Meinungen mußte sich nun die junge Arbeiterpartei ihren Weg suchen.

---

2. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege.

Seit den Bismarckartikeln hatte der Sozialdemokrat konsequent dieselbe deutsche Politik verfolgt, nur daß er sich vor den mißverständlichen Arabesken hütete, womit die Bismarckartikel verziert gewesen waren. Hatte er in ihnen von Bismarcks „bedeutender" Politik gesprochen, so glossierte er Bismarcks Pilgerfahrt an den Hof Bonapartes mit einem

beißenden Stoßseufzer über das „arme Preußen", das „seiner großen Pläne voll, fürsichtiglich gen Paris" eile, um sich die Gunst Bonapartes durch den „Kaufpreis deutschen Landes" zu erwerben. Von der altpreußischen Demokratie der Waldeck und der Ziegler hielt sich der Sozialdemokrat völlig fern. Er sagte, die preußische Spitze sei nun einmal die preußische Spitze, und die herrschende Konfusion würde noch viel größer werden, wenn sie sich als verhüllte Reaktion, als Scheinliberalismus geberdete. Preußen sei seinem inneren Wesen nach ein absolutistischer Staat, ein liberales Preußen habe nie existiert und könne nie existieren. „Erwarten, daß dies sich je ändern könne, heißt etwas innerlich Unmögliches erwarten." Mit demselben Rechte könne man hoffen, daß jemals die Muftis und Ulemas der Türkei den christlichen Glauben predigen würden.

Ebenso scharf wie gegen den „preußischen Absolutismus" wandte sich der Sozialdemokrat gegen die „österreichische Konkordatswirtschaft". Österreich sei der Hort der deutschen Zerrissenheit, und deshalb ständen die reaktionären Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten auf seiner Seite. Sei aber die Verösterreichung und die Verpreußung Deutschlands gemeinschädlich und hassenswert, so sei die „Triäselei" in jeder Form lächerlich und verächtlich. Der Sozialdemokrat begrüßte die Deutsche Volkspartei als einen an sich anerkennenswerten Organisationsversuch der bürgerlich-demokratischen Elemente, die es noch in Deutschland gab, erklärte sich auch gern bereit, taktisch mit ihr zusammenzugehen, sobald es die Interessen der Arbeiterklasse erforderten, deckte aber rücksichtslos ihre Unklarheit in der nationalen und der sozialen Frage auf. Er hob hervor, daß die Beust und Dalwigk und die sonstigen mittel- und kleinstaatlichen Diplomaten, die sich jetzt als „rein deutsche Staatsmänner" aufspielen wollten, „Minister aus der Zeit der blutigsten und krassesten Reaktion, Fürstenknechte durch und durch" seien, und die „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten", welche die Deutsche Volkspartei erstrebte, tat er mit dem einfachen Satze ab, daß „wenn es ernst würde und irgend welche Fürsten zum Beispiel endgültig und unwiderruflich zu entscheiden hätten, ob sie zugunsten des Volkes oder zu gunsten eines großen Fürstenhauses auf ihre volle Souveränetät verzichten wollten, diese Fürsten sich lieber winselnd ihrem Kollegen zu Füßen werfen, als unter dem Jubel des Volkes durch die Straßen ihrer Hauptstadt ziehen" würden.

Den einzigen Weg zur deutschen Einheit und Freiheit erblickte der Sozialdemokrat in der deutschen Revolution. Da die letzte Aussicht auf eine solche Revolution in den Möglichkeiten gegeben war, die durch den gewaltsamen Zusammenstoß der deutschen Großmächte hervorgerufen werden konnten, so stimmte das Blatt nicht in das Friedensgeschrei der Bourgeoisie ein. Ebenso schrieb Albert Lange im Boten vom Niederrhein, wer aus tiefer liegenden Gründen wirklich wünsche, daß Bismarck durch den Versuch zur Ausführung seines Programms der republikanischen Partei Luft mache, der werde ihn jetzt am liebsten still gewähren lassen, bis er nicht mehr zurück könne. Und in einer Versammlung Leipziger Fortschrittler und Nationalvereinler, wo über den drohenden Krieg herzbrechend gejammert wurde, erklärte Bebel als einziger Opponent, man solle doch nicht so furchtsam sein; aus dem Kriege könne ganz etwas anderes hervorgehen, als die Kriegführenden dächten; das Volk werde sich zur rechten Zeit erheben und den Krieg in seinem Sinne beendigen. Schlagfertig auf der Lauer stehen, kampfgerüstet und tatbereit, jedem mißtrauend, sich selbst aber vertrauend: das war die Politik, die der Sozialdemokrat in der Krisis des Jahres 1866 der Arbeiterklasse empfahl.

Eine erste Möglichkeit praktischen Eingreifens sah er in Bismarcks Schachzuge mit dem allgemeinen Wahlrechte. Er täuschte sich natürlich nicht über Bismarcks Beweggründe und erwiderte auf die Lockungen der offiziösen Presse: „Was uns betrifft, so wissen wir, daß wir weder ein Großpreußen noch ein Großösterreich wollen, sondern ein freies und einiges Deutschland, frei und einig durch den Willen der Nation. Will Preußen dieses verwirklichen helfen — gut, so mag es den Versuch machen, das gerade Gegenteil von dem zu werden, was es bisher war. In diesem Sinne, wenn es seine Sache zu der unserigen gemacht hat, wollen wir bis auf weiteres zusammengehen, aber in keinem anderen. . . . So, nicht mehr und nicht weniger günstig für das Großpreußentum, scheint uns die Stimmung der Arbeiter beschaffen zu sein, um die Stellung zu bezeichnen, die ihnen der preußischen Regierung und ihren Machtgelüsten gegenüber geziemt. Alles übrige gehört ins Gebiet offiziöser Wünsche und Illusionen.“ Der Sozialdemokrat sprach offen aus, daß Bismarck zu seiner „halben und unkräftigen Parlamentsberufung“ „nicht aus freiem Willen, sondern gezwungen durch die Lage der Dinge“ geschritten sei; er sprach ebenso offen aus, daß es das

„Erbärmlichste von allem" sein würde, wenn sich die Arbeiter dadurch täuschen ließen. Aber er riet, die Verlegenheit des preußischen Ministers auszunützen. Durch den guten Willen der Machthaber sei noch nie ein historischer Fortschritt vollbracht worden, aber oft genug durch ihre klug benützte Verlegenheit. Die Arbeiterklasse müsse die dargebotene Waffe gebrauchen, „nicht wie jene wollen, sondern wie wir wollen" Darum gab der Sozialdemokrat die Parole aus: „Wir wählen! Wir wählen nicht, weil Bismarck dies Parlament berufen hat, wir wählen aber auch ebensowenig, obschon er es berufen hat. Wir wählen darum, weil wir die ohnmächtige Politik des tatenlosen Zusehens verwerfen, weil wir uns beteiligen wollen an allem, was in öffentlichen Angelegenheiten geschieht, und weil nur wir, die Arbeiterpartei, es zu hindern vermögen, daß der feige Bourgeoisliberalismus neuerdings die Sache des Volkes verrate." Zugleich empfahl der Sozialdemokrat die kräftigste Agitation für das allgemeine Wahlrecht, um Bismarck auf dem widerwillig betretenen Wege vorwärts zu treiben.

Diese hier kurz zusammengefaßte Taktik zieht sich wie ein roter Faden durch alle Artikel, die der Sozialdemokrat über die deutsche Frage veröffentlichte, vor und nach Schweitzers Haft. Mögen bei seiner Beurlaubung aus dem Gefängnisse gewisse Hintergedanken der Regierung mitgewirkt haben, so hat Schweitzer den gewünschten Preis sowenig gezahlt, wie sich Marx auf Buchers Werbung einließ. Aus all dieser Zeit ist auch nicht ein Satz des Sozialdemokraten aufzufinden, der mittel- oder unmittelbar auf eine Förderung der preußischen Gewaltpolitik abzielte. Die Politik, die Schweitzer der Arbeiterklasse empfahl, war zweifellos dieselbe Politik, die Lassalle, wenn er noch gelebt hätte, ihr empfohlen haben würde.

Nicht in der damaligen Taktik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lag der wunde Punkt, sondern in seiner damaligen Organisation. Er war noch kein so festgeschlossener Körper, daß ihn das hereinbrechende Kriegsgewitter nicht in allen Fugen erschüttert hätte. Die große Masse der deutschen Arbeiter war noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, und wo sie es schon war, noch nicht so klar über ihre Klasseninteressen, um nicht in den Strudel gerissen zu werden, worin die deutschen Dinge einer allgemeinen Katastrophe entgegentrieben. Eine alte Kerntruppedes Vereins hielt sich tapfer genug, aber sie war nicht stark genug, um den empörten Wogen gebieten zu können, welche die Revolution von Oben aufwarf.

Nirgends in Deutschland prallten auf gleich engem Raume die nationalen und die sozialen Gegensätze so schroff aufeinander, wie im Königreiche Sachsen. Bourgeoisie und Proletariat standen sich unvermittelt gegenüber in dem industriell hoch entwickelten Ländchen, das jetzt, eingekeilt zwischen Preußen- und Österreich, zum Schauplatze des Krieges zu werden drohte. Die sächsische Politik leitete der österreichische Parteigänger Beust, vielleicht der gewandteste und jedenfalls der ruchloseste jener Zwergdiplomaten, die, noch triefend von allem Blute und Schmutze des weißen Schreckens, mit deutsch-nationalen Schlagworten um sich warfen. Seine Kriegsrüstungen erregten den Unwillen der sächsischen Bourgeoisie, die um keinen Preis die Geschäfte gestört sehen wollte, teilweise auch, wie namentlich in den großen Handels- und Industrieplätzen des Landes, der kleinstaatlichen Verzopftheit müde war und von Preußen verspeist zu werden wünschte. Das sächsische Proletariat kam dadurch in eine sehr schwierige Lage. Es konnte sich weder für Bismarck noch für Beust begeistern; es konnte keine Revolution machen, aber es konnte auch nicht so leicht, wie etwa das rheinisch-westfälische Proletariat, eine abwartend-schlagfertige Stellung einnehmen, denn das Kriegsfeuer brannte ihm allzu dicht auf den Fingern.

An und für sich befand sich das sächsische Proletariat gerade zu dieser Zeit in einer sehr erfreulichen Entwicklung. Die sächsischen Arbeiterbildungsvereine bildeten den Kern und Stamm der deutschen Arbeiterbildungsvereine überhaupt; der Dresdener Verein blühte unter dem Schuhmacher Knöfel, den Leipziger Verein hielt Bebel auf alter Höhe, unter den Lehrern dieses Vereins war Liebknecht besonders tätig, der sich nach seiner Ausweisung aus Berlin in Leipzig niedergelassen hatte. Namentlich den Bemühungen Bebels war es zu danken, daß sich die sächsischen Arbeiterbildungsvereine zu einem Gauverbande zusammengeschlossen hatten, im ganzen 29 Vereine mit 4579 Mitgliedern, mit denen an genossenschaftlichen Instituten 5 Sparkassen, 2 Vorschußvereine, 5 Konsumvereine, 1 Konsumbäckerei, 4 Krankenkassen, 2 Invalidenkassen, 2 Begräbniskassen und 1 Weberassoziation verbunden waren. Zwischen diesen Vereinen und den sächsischen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bestand schon ein sehr freundliches Einvernehmen; beide Richtungen pflegten gemeinsam große Volksversammlungen abzuhalten, und eben jetzt hatte der Leipziger Arbeiterbildungsverein einen sehr entschiedenen Bruch mit der fortschrittlich-

manchesterlichen Agitation der Volkszeitung vollzogen. Zunächst gab auch die nationale Frage keinen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Am 28. April tagte in Dresden eine von 2500 Arbeitern besuchte Versammlung, die von Försterling und Knöfel einberufen worden war und unter ihrem gemeinsamen Vorsitze beriet. Sie forderte die Einberufung eines konstituierenden deutschen Parlaments, auf Grund des gleichen und direkten Wahlrechts, mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit, nicht allein zur Regelung der politischen Verhältnisse, sondern auch zur Inangriffnahme der sozialen Frage, und sie forderte ferner zur Unterstützung dieses Parlaments die allgemeine Volksbewaffnung. Prinzipiell stimmte dieser Beschluß durchaus mit der Haltung des Sozialdemokraten überein; er sprach unumwunden aus, daß nur die deutsche Revolution die deutsche Einheit und Freiheit retten könne. Aber freilich war damit noch nichts gesagt über die taktische Stellung des Proletariats zu den streitenden Mächten.

Diese Frage wurde brennend, als die Leipziger Bourgeoisie unter der Führung der städtischen Behörden vom sächsischen Ministerium die sofortige Abrüstung verlangte und damit eine preußenfreundliche Agitation eröffnete. Um ihr entgegenzuwirken, fand am 8. Mai eine von nahezu 6000 Personen besuchte Volksversammlung in Leipzig statt, an der ebenso wie an der Dresdener Versammlung beide Richtungen des sächsischen Proletariats gleichermaßen beteiligt waren. Fritzsche, Wuttke, Bebel und Liebknecht wohnten der Versammlung bei; den Vorsitz führte Steinert, der als Nachfolger Fritzsches die Leipziger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins leitete. In ihrem berechtigten Widerstande gegen die Bismärckischen Tendenzen der bürgerlichen Geldsäcke ging diese Versammlung über die Grenze hinaus, die der Sozialdemokrat inne zu halten trachtete. Alte Demokraten von 1848 meinten, gegen Beusts Vergangenheit lasse sich ja manches sagen, aber jetzt stehe er wie Österreich auf dem deutschen Standpunkte. Eine von Bebel eingebrachte Resolution hielt in ihrem Kerne noch an der Dresdener Resolution fest, erklärte sich aber auch schon einseitig gegen die preußische Eroberungspolitik und billigte die Rüstungen des Ministeriums Beust als „Verteidigungsmaßregeln“, während eine von Wuttke eingebrachte Resolution so gut wie vorbehaltlos die Politik Beusts ermunterte. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen, nachdem außer den Antragstellern und anderen auch Fritzsche und Liebknecht dafür gesprochen

hatten; damit vollzog sich eine erste bedeutende Abweichung von der Politik des Sozialdemokraten.

Ähnlich wie im Königreiche Sachsen lagen die Verhältnisse im Maingau, nur daß hier der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch lange nicht so entwickelt war. Der Sturm, der die deutschen Zustände bis auf den Grund aufwühlte, deckte im südwestlichen Deutschland einen noch kleinbürgerlichen Grund auf. Eine von 3000 Personen besuchte Volksversammlung, die am 20. Mai in Frankfurt stattfand, wurde von den Matadoren der Deutschen Volkspartei beherrscht, wenn auch Arbeiter daran teilnahmen, wie Bebel von den Arbeiterbildungsvereinen und Welcker vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die Beschlüsse dieser Versammlung unterschieden sich in sehr bezeichnender Weise von den Dresdener und auch den Leipziger Resolutionen. Sie erklärten sich ausschließlich gegen die friedensbrecherische Politik Bismarcks und nannten jede Neutralität Feigheit und Verrat. Indem sie die preußische Bundesreform unbedingt verwarfen, forderten sie die sofortige Konstituierung Schleswig-Holsteins als eines besonderen Staats, ferner ohne Erwähnung irgend eines Wahlrechts „ein konstituierendes, mit der nötigen Macht ausgestattetes Parlament“ und endlich als hölzernes Eisen „von den Regierungen die gesetzliche Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung“. Gegen diese Beschlüsse sprach sich Welcker bereits sehr entschieden aus, während Bebel sie noch billigte und in den volksparteilichen Ausschuß eintrat, der ein Programm des Widerstandes gegen die preußische Herrschsucht ausarbeiten sollte. Dies bald darauf veröffentlichte Programm hielt sich an die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung, lenkte aber insofern etwas ein, als es neben der preußischen auch ausdrücklich die österreichische Spitze verwarf. Es wollte die deutsche Einheit als föderative Verbindung der deutschen Staaten auf Grund der Selbstbestimmung herstellen und die Gefahr eines Krieges an der Seite Österreichs dadurch mildern, daß die Bundesgenossen im Kampfe keine dynastische, sondern eine nationale Politik verfolgen sollten. Eine Aufforderung, die an und für sich vortrefflich war, aber, an die Beust und Genossen gerichtet, praktisch keine andere Wirkung haben konnte, als die Aufforderung an Hyänen, nicht die Grüfte zu entweihen, sondern sich wie die Lämmlein auf der Weide zu nähren.

Ein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine fand in diesem Jahre wegen der unruhigen Zeitläufte nicht statt, doch trat der Ausschuß am

10. Juni in Mannheim zusammen, wo sich ergab, daß eine Minderheit dem preußenfreundlichen, die Mehrheit aber dem volksparteilichen Standpunkte zuneigte. Sonst wurden viele Klagen über die Teilnahmlosigkeit der Arbeiterbildungsvereine laut; die große Mehrheit von ihnen war mit ihren Kassenbeiträgen rückständig. Die Verwirrung in den Kreisen des deutschen Proletariats erschien so groß, daß Albert Lange die Hoffnung eines ersprießlichen Wirkens aufgab. Er ließ den Boten vom Niederrhein eingehen und sagte in der letzten Nummer vom 29. Juni, er habe stets darnach gestrebt, die Arbeiter zur Einigkeit, zum Nachdenken und zum geregelten Gebrauch ihrer Macht zu bewegen. Jetzt würden die Massen durch Agenten aufgeregt, die ganz andere Zwecke verfolgten und über reichliche Mittel zu gebieten schienen. Im Herbste siedelte Lange dann nach der Schweiz über, von wo er leider erst wieder als todkranker Mann nach Deutschland zurückkehren sollte.

Über die Agenten mit den reichen Mitteln erhob auch der Sozialdemokrat lebhafte Klage. Jedoch nannte er das Kind beim richtigen Namen und beschuldigte die Gräfin Hatzfeldt, hinter diesen Agenten zu stehen. Sie suche die Arbeiter durch die illusorische Hoffnung auf goldene Berge und mächtige Beschützer zu gewinnen, aber der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dürfe nie vergessen, daß er eine deutsch-demokratische Partei sei, der die Freiheit soviel gelte, wie die Gleichheit, die ohne die Freiheit nie zur Gleichheit gelangen könne. Da die Gräfin mit ihren wahren Absichten den Arbeitern nicht kommen durfte, so schlug sie ihre Haken an zwei äußerlichen Umständen ein. Einmal daran, daß die Polizeibehörde in Leipzig, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seinen Sitz hatte, die Wahl Tölckes zum Präsidenten nicht eher anerkennen wollte, als bis Tölcke nachgewiesen habe, daß er durch den Verlust der preußischen Nationalkokarde nicht um die bürgerlichen Ehrenrechte gekommen sei, und zweitens daran, daß die Statuten des Vereins durch die Verschmelzung des Präsidiums mit dem Sekretariat verletzt worden seien. Am 12. März hatte die Gräfin mit Tölcke in Vohwinkel bei Elberfeld eine Unterredung, worin sie ihn zu einem „rettenden Staatsstreich“ aufforderte. Tölcke sollte durch einen Machtspruch alles für null und nichtig erklären, was seit der Düsseldorfer Generalversammlung im Vereine geschehen sei, sich als unmittelbaren Nachfolger Lassalles und Willms als Sekretär des Vereins proklamieren. Dafür versprach die Gräfin, den Widerstand des Leipziger Polizeiamts gegen seine Wahl

zu beseitigen. Tölcke blieb fest, erließ aber, um der Gräfin möglichst jede Handhabe neuen Haders zu entziehen, am 29. März eine Verordnung, die das Sekretariat vom Präsidium wieder trennte und Hasenclaver zum Vereinssekretär ernannte. Am 1. Mai sollte Hasenclever an den Wohnort Tölckes, nach Iserlohn, übersiedeln; wegen der Besoldung war zwischen beiden eine „die Kassenverhältnisse nicht berührende Einigung“ getroffen worden. Ferner ernannte Tölcke, bis zur polizeilichen Anerkennung seiner Wahl, den Hamburger Bevollmächtigten Perl zum Vizepräsidenten.

Mit alledem war der Gräfin Hatzfeldt natürlich nicht gedient. Obgleich sie in ihren Verhandlungen mit Tölcke besonders Hillmann als einen Träger der finanziellen Mißwirtschaft im Verein angeklagt hatte, machte sie den so schwer Beschuldigten jetzt mit einer kühnen Schwenkung zu ihrem Mann, und Hillmann ging auf die nicht beneidenswerte Rolle ein. Solange Tölckes Wahl zum Präsidenten nicht die behördliche Anerkennung gefunden hatte, konnte Tölcke als Präsident auch keine rechtsgültigen Anordnungen treffen; der einzige berechtigte Vertreter des Vereins war dann immer noch Hillmann, den die Frankfurter Generalversammlung mit der Leitung der Urwahlen betraut hatte, aus denen Tölcke als Präsident hervorgegangen war; so zogen Hillmann, die Gräfin Hatzfeldt und das Leipziger Polizeiamt ihre Schlüsse.

Das Verhalten dieser Behörde war in hohem Grade zweideutig. Die parteiische Justiz des preußischen Novemberstaatsstreichs hatte manchem ehrlichen Manne die Nationalkokarde abgesprochen, so auch dem alten Ziegler, der gern über den Verlust dieses kostbaren Schmucks zu spaßen pflegte. Wenn ihn aber preußische Junker baten, sie doch nicht gar so oft mit der ollen Kamelle zu necken, an die sie ungern erinnert seien, so drehte eine bürgerlich-städtische Behörde, wie das Leipziger Polizeiamt, für Tölcke daraus einen moralischen Strick. Vergebens wies Tölcke durch gerichtliche Erkenntnisse nach, daß er längst wieder im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sei, falls er wirklich jemals nicht darin gewesen sein sollte: das Leipziger Polizeiamt verlangte eine Bescheinigung der Iserlohner Polizeibehörde, und die verweigerte Tölckes intimer Feind, der Bürgermeister Hülsmann. Damit aber nicht genug! Je eifriger die Leipziger Polizei nach dem Splitter in Tölckes Auge suchte, um so eifriger übersah sie den Balken in Hillmanns Auge. Seit etwa einem Jahre befand sich Hillmann im Konkurs und konnte nach dem sächsischen

Vereinsgesetze nicht einmal Mitglied, geschweige denn Vorsitzender eines politischen Vereins sein. Vermutlich erklärt sich das sonderbare Verhalten des Leipziger Polizeiamts aus demselben Umstande, der es auf den ersten Blick doppelt sonderbar erscheinen läßt; es war als städtische Behörde abhängig von dem Stadtrate und den Stadtverordneten, die zu eben dieser Zeit der Bismärckischen Politik ihr Wohlwollen zuwandten, just wie die Gräfin Hatzfeldt, die mit ihrem Einfluß auf die Leipziger Polizei nicht genug zu prahlen wußte.

Am 10. Mai machte Hillmann den Staatsstreich, den Tölcke abgelehnt hatte. Er beraumte für den 20. Mai die Wahl eines neuen Präsidenten durch Urabstimmung in den Gemeinden an, berief zum 3. Juni eine außerordentliche Generalversammlung nach Barmen und ernannte Willms zum Vereinssekretär, wobei er das nun endlich an Willms auszuzahlende Legat Lassalles in goldenen Lichtern spielen ließ. Tölcke antwortete auf den Staatsstreich mit der Berufung des Vorstands nach Hamburg zum 21. Mai. Nun brach ein heilloser Wirrwarr herein. Die alten Mitglieder hielten zwar treu zur Fahne, und die von Hillmann angeordnete Präsidentenwahl wurde am 20. Mai nur in einzelnen Gemeinden vollzogen. Aber es zeigte sich jetzt wieder, wie sehr die traurige Finanzwirtschaft die Aktionskraft des Vereins geschwächt hatte. Der Sozialdemokrat hatte schon zum 1. April sein tägliches Erscheinen einstellen müssen, und kam wieder nur dreimal wöchentlich heraus, weil die Klagen der Mitglieder über den zu hohen Abonnementspreis nicht aufhörten. In der Vereinskasse war völlige Ebbe, während die Gräfin Hatzfeldt das Gold mit vollen Händen ausschüttete; Tölcke konnte nicht einmal die Reisekosten aufbringen, um bei der von ihm einberufenen Vorstandssitzung in Hamburg zu erscheinen. Der Vorstand kam überhaupt nicht in beschlußfähiger Zahl zusammen; nur etwa sechs seiner Mitglieder waren zugegen, die meisten aus Hamburg selbst oder aus nahegelegenen Orten: neben Audorf und Perl noch York aus Harburg, Deckwitz aus Bremen, Bracke aus Braunschweig und Försterling aus Dresden.

Von Berlin fand sich Schweitzer als Vertreter des Vereinsorgans ein, zugleich aber auch die Gräfin Hatzfeldt. Sie rückte jetzt offen mit ihren Plänen heraus. Sie versprach, den Verein aus allen Nöten zu reißen und den Präsidenten wie den Sekretär aus ihrer Tasche zu besolden, vorausgesetzt, daß Hillmann zum Präsidenten gewählt würde.

Die Mehrzahl der anwesenden Vorstandsmitglieder antwortete ihr mit Lionel in der Jungfrau von Orleans: „Madame, geht nur nach Hause zurück! Wir wollen mit guten Waffen, nicht mit Weibern siegen.“ Aber die Gräfin gewann doch Deckwitz für sich und namentlich den Vereinskassierer Försterling, der sich sofort ins Rheinland zu Hillmann und Willms verfügte. Die Organisation des Vereins war nun insofern völlig aufgelöst, als er keinen einzigen Beamten von unangefochtenem Rechtstitel mehr besaß.

Unter diesen Umständen einigten sich Schweitzer und die treu gebliebenen Vorstandsmitglieder dahin, der Auffassung des Leipziger Polizeiamts nachzugeben. Sie rechneten darauf, daß die Mehrheit der Mitglieder sich unmöglich durch das durchsichtige Spiel der Gräfin Hatzfeldt betören lassen könne. Lehnte die Generalversammlung aber ab, eine Kreatur der Gräfin Hatzfeldt zum Präsidenten zu wählen, so war der eingerissenen Verwirrung am kürzesten gesteuert. Da Tölcke nicht in Hamburg erschienen war und also eine Verständigung mit ihm nicht erreicht werden konnte, so wurde beschlossen, durch den Sozialdemokraten öffentlich Perl als den Kandidaten vorzuschlagen, auf den sich die Stimmen aller Mitglieder vereinigen sollten, die den Verein nicht in die Hände der Gräfin Hatzfeldt und ihrer Hintermänner geraten lassen wollten. Indem der Sozialdemokrat diesen Auftrag erfüllte, führte er den Arbeitern eindringlich vor, daß sie endlich für eine vernünftige Finanzwirtschaft des Vereins sorgen müßten. Es sei ihrer nicht würdig, sich auf Geschenke und Legate zu verlassen. So begreiflich es sei, daß sie bei der „unerhörten Geldwirtschaft“, die bisher im Verein geherrscht habe, ihre Groschen und Pfennige nicht hätten opfern mögen, so notwendig sei es, daß sie eine gute Finanzorganisation schüfen und unterhielten. Die deutsche Arbeiterbewegung dürfe nicht an einem so elenden Hindernisse scheitern, an dem englische und französische Arbeitervereine noch nie gescheitert seien.

Das energische Eingreifen wirkte. Die Gräfin Hatzfeldt und ihre Strohmänner suchten nun noch neue Zeit zum Intriguieren zu gewinnen; sie verlegten die Generalversammlung vom 3. auf den 17. Juni, und dann auch noch, als sich die rheinisch-westfälischen Arbeiter in ihrer Masse von Hillmann lossagten, von Barmen nach Leipzig. Aber alle Kreuz- und Quersprünge halfen nichts: am 17. Juni trat die dritte Generalversammlung in Leipzig zusammen und wählte für den Rest des

Jahres Perl mit 6082 gegen Hillmann mit 3140 Stimmen zum Präsidenten. Vertreten waren 34 Orte durch 12 Delegierte. Die Mehrheit für Perl wäre noch viel größer gewesen, wenn nicht bereits die Eisenbahnverbindungen nach dem Westen unterbrochen gewesen wären, so daß von den rheinisch-westfälischen Gemeinden, die fast durchweg für ihn gestimmt hatten, nur Barmen auf der Generalversammlung vertreten war. Hillmann versprach, sich dem Beschlusse der Mehrheit zu fügen, und erhielt den Dank der Generalversammlung für seine Haltung, was ihn und seine Beschützerin freilich nicht hinderte, schon am nächsten Tage neue Wühlereien zu beginnen.

Der Streit um das Amt des Schriftführers hatte dadurch seine praktische Spitze verloren, daß sowohl Hasenclever wie Willms als Landwehrmänner eingezogen worden waren. Provisorisch wurde J. Levien in Hamburg zum Schriftführer und J. M. Hirsch in Erfurt zum Kassierer ernannt. Hirsch war Geschäftsführer in einer Weinhandlung, aber trotz seines Berufs ein echtes Proletarierkind, eines Leinewebers Sohn, der schon mit vier Jahren ans Spulrad gesetzt worden war, und alles Elend der durch den Maschinenbetrieb proletarisierten Weberklasse gründlich durchgekostet hatte, bis ihn ein Zufall, zuerst als Laufburschen, ins Weingeschäft verschlug.

So war vorläufig der Verein neu gefestigt und konnte wieder an politische Aktionen denken. Während der wochenlangen Wirren war auch der Sozialdemokrat politisch lahmgelegt gewesen; eine Artikelreihe über „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Sozialdemokratie" brach er mit der bitteren Bemerkung ab, es sei lächerlich, sozialdemokratische Politik zu treiben, so lange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein aus einem Spiel- und Zankvereine nicht wieder eine ernsthafte Aktionspartei geworden sei. Die Legende, daß Schweitzer nach seiner Beurlaubung aus dem Gefängnisse teils im Sozialdemokraten, teils auf Agitationsreisen durch ganz Deutschland verräterische Zettelungen für Bismarcks Politik betrieben habe, ist eben eine Legende. Aus dem Monat Juni liegen von ihm drei Kundgebungen vor, ein Aufsatz in den Nummern des Sozialdemokraten vom 6. und 8. Juni, ein Vortrag, den er am 11. Juni vor 1500 Arbeitern in Erfurt, und endlich ein Vortrag, den er am 16. Juni, am Vorabend der Generalversammlung, in Leipzig hielt. Alle drei zeugen sowohl für seine Ehrlichkeit, wie für sein Talent.

Der Aufsatz im Sozialdemokraten behandelte die Darlehenskassen, welche die preußische Regierung Mitte Mai eingerichtet hatte, zu dem

Zwecke, Scheine im Betrage von 25 Millionen Talern auszugeben, die bei allen öffentlichen Kassen zu ihrem vollen Nennwerte angenommen werden sollten, ohne daß im Privatverkehr ein Zwang zu ihrer Annahme bestand. Als Zweck der Kassen wurde „Abhilfe des Kreditbedürfnisses“ angegeben, das sich namentlich für die Kleinbürger um so drückender fühlbar machte, je mehr die politische Krisis eine wirtschaftliche Krisis nach sich zog. Insofern waren die Darlehenskassen unzweifelhaft ein Hilfsmittel der Bismärckischen Politik. Die konservative wie die liberale Presse übertrieben ihre Bedeutung aber nach zwei entgegengesetzten Richtungen. Die konservativen Blätter taten so, als ob die Errichtung der Darlehenskassen ein wunderbarer Geniestreich der Regierung sei, die damit den ökonomischen Leiden der Massen von Grund aus abhelfen wolle. Die liberalen Blätter aber warnten vor der Annahme des „falschen Geldes“, da das verfassungsmäßige Recht der Regierung zur Errichtung der Darlehenskassen mindestens sehr zweifelhaft sei und die unter allen Umständen notwendige nachträgliche Genehmigung des Abgeordnetenhauses niemals zu erhalten sein werde. Sie behaupteten außerdem, die Darlehenskassen sollten nur dem großen Kapital helfen, wovor sich die biederen Manchesterleute nun mit einemmale nicht genug entsetzen konnten.

Gegenüber dieser von rechts und links her betriebenen Demagogie erfüllte Schweitzer die erste Pflicht des Publizisten, Humbug aufzudecken und die Massen über die für sie äußerst wichtige Frage aufzuklären, was es mit dem neuen Gelde auf sich habe. Er untersuchte zunächst die finanztechnischen Bedingungen seiner Ausgabe und kam zu dem Ergebnisse, daß ein Fetzen Papier zwar niemals Geld sei, sondern nur die Stelle des Geldes vertreten könne, aber daß die Darlehenskassenscheine so sicher seien, wie preußisches Staatspapiergeld überhaupt. Ob das eine Papier verfassungsmäßig ausgegeben sei und das andere nicht, kümmere den Geldverkehr nicht, der mehr als irgend ein anderes Element in der menschlichen Gesellschaft die reale Sachlage ins Auge fasse, nicht aber ein doktrinär-theoretisches Gezänk, als zu welchem der preußische Verfassungsstreit längst entartet sei. Gingen die Dinge für Preußen gut, so sei keine Gefahr bei der Annahme der Darlehenskassenscheine, im umgekehrten Falle fehle freilich alle Garantie, denn in Zeiten der Not machten die Staatsregierungen kurzen Prozeß mit den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen.

Über die Darlehenskassen selbst sagte Schweitzer, sie seien nichts weniger als eine geniale Offenbarung, sondern ein schon öfters von den Regierungen angewandtes Mittel, um in großen Krisen eine geringe Linderung zu schaffen. An den ökonomischen Zuständen im ganzen und großen änderten sie gar nichts. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise verschuldeten diejenigen, die um dynastischer Zwecke willen die Kriegsgefahr beschworen hätten; durch die Darlehenskassen würde die Krisis nicht beseitigt, sondern nur ein wenig abgeschwächt. Dem großen Kapital kämen diese Kassen aber nur insoweit zu gute, als diesem Kapital in der kapitalistischen Gesellschaft schließlich alles zu gute komme; unter dieser allgemeinen Voraussetzung nützten sie vorzugsweise dem kleinen Kapital, „nur freilich in der unter den jetzigen Verhältnissen einzig möglichen, nicht sehr trostvollen Weise". Was die Arbeiter betreffe, so würden sie vom Kapital ausgebeutet, einerlei ob vom Groß- oder Kleinkapital; für sie hätten die Darlehenskassen den etwaigen Nutzen, daß die Möglichkeit fernerer Ausbeutung immer noch dem einfachen Verhungern vorzuziehen sei. Könnte durch die fortschrittliche Agitation gegen die Darlehenskassen das Budgetrecht der Volksvertretung gesichert werden, so müßten die Arbeiter gewiß in den ersten Reihen der Kämpfer stehen, aber dazu sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden, nachdem die Feigheit der liberalen Bourgeoisie die richtige Zeit für ein entscheidendes Auftreten längst verfehlt habe.

Der Vortrag, den Schweitzer am 11. Juni in Erfurt hielt, handelte über den Sozialismus und das Privateigentum am Grund und Boden. In der faßlichsten Weise erläuterte er das Wesen der Bodenrente und löste die chimärischen Einbildungen auf, worin sich die Bodenbesitzreformer heute noch bewegen. Er wies nach, daß nur die vergesellschaftete Produktion die furchtbaren Übel heilen könne, die das Privateigentum am Grund und Boden über die arbeitenden Klassen verhänge. Der Vortrag gehört nicht nur zu Schweitzers besten Leistungen, sondern auch zu dem Besten, was die sozialistische Literatur über die Grund- und Bodenfrage aufzuweisen hat; in gleich engem Rahmen ist diese Frage vielleicht niemals sonst mit gleich durchsichtiger Klarheit behandelt worden.

Endlich behandelte Schweitzers Vortrag in Leipzig die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Er rekapitulierte die im Sozialdemokraten entwickelte Auffassung der deutschen Frage. Das unendlich Traurige, der namenlose Fluch der Lage sei, daß es sich allein darum

handle, ob Preußen oder ob Österreich in Deutschland herrschen solle, daß ein Drittes in diesem Augenblick und für die absehbare Zukunft nicht mehr möglich sei. Die junge Arbeiterpartei, die erst seit etlichen Jahren bestehe, könne diese Lage nicht mit einem Zauberschlage umändern, sie könne in diesem verhängnisvollen Augenblicke nur feststellen, daß, wenn ein Aufschwung des Volkes gegen seine Dynastien unmöglich sei, die liberale, besonders die kleindeutsche Bourgeoisie, der Gothaismus, die Schuld daran trage. Weder für den preußischen Absolutismus, noch für die österreichische Verdummungswirtschaft könne die Arbeiterpartei sich begeistern, sie könne nur ihre Kraft daran setzen, die Konzession an die Arbeiterklasse, die der preußischen Regierung durch die Schwere der politischen Lage abgezwungen worden sei, zu einer wirklichen Errungenschaft zu machen. „Im ganzen preußischen Staat und in zweiter Reihe durch ganz Deutschland, soweit unser Einfluß reicht, müssen Massenversammlungen gehalten werden, die das allgemeine Stimmrecht als ein unveräußerliches, als ein selbstverständliches Recht des Volkes gebieterisch, ja drohend von der preußischen Regierung verlangen." Wenn man schließlich frage, ob die Arbeiter nicht doch noch in dem Streite zwischen Österreich und Preußen Partei ergreifen sollten, so sei die Antwort: „Noch nicht! Wenn es uns aber gelingt, die preußische Regierung weiter zu treiben auf dem Wege der Konzessionen an uns — wenn die Dinge sich so gestalten, daß in Preußen allein unsere Operationsbasis sein kann, während in Österreich uns wie bisher die Hände gebunden bleiben — dann, ja dann werden wir Partei ergreifen, nicht, wie Lügner und einfältige Schwätzer sagen, gegen das Recht und die Freiheit der Nation, wohl aber gegen die österreichische Regierung und die Bundeswirtschaft; dann werden wir hoffen und wünschen, dann werden wir, soviel wir können, das unsere tun, daß der Sieg nicht bei den Fahnen Österreichs, sondern bei den Fahnen Preußens, nicht bei den Fahnen Benedeks, sondern bei den Fahnen Bismarcks und Garibaldis sei." Gemäß dieser Auffassung beschloß den Tag darauf die Generalversammlung, ungesäumt mit allen Kräften die Agitation für das allgemeine Stimmrecht aufzunehmen, nach dem nicht nur das deutsche Parlament, sondern auch die einzelstaatlichen Landtage gewählt werden müßten.

Als dieser Beschluß gefaßt wurde, rollten bereits die eisernen Würfel über die Geschicke des deutschen Volkes.

---

3. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege.

Binnen weniger Wochen war eine völlig veränderte Sachlage geschaffen. In raschen Schlägen warf das preußische Heer die österreichische Kriegsmacht und die Truppen der Mittelstaaten nieder, die sich im entscheidenden Augenblick alle auf die habsburgische Seite geschlagen hatten. Die besiegten Regierungen, einschließlich des Wiener und ausschließlich des Karlsruher Hofes, bekundeten ihren deutschen Patriotismus dadurch, daß sie sich hilfesuchend in Bonapartes Arme warfen. Der französische Einspruch hielt den Siegeslauf der preußischen Waffen auf, und der Friede wurde nach den französischen Vorschlägen abgeschlossen. Die Revolution von Oben bewährte auch darin ihren Charakter, daß sie auf halbem Wege stillstehen mußte, aufgehalten durch den Machtspruch eines auswärtigen Despoten.

So blieben die Dinge in der Schwebe. Österreich verzichtete auf jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, aber damit waren auch seine deutschen Provinzen für Deutschland verloren. Die Staaten nördlich des Mains bildeten einen Bundesstaat, so zwar, daß die preußische Hausmacht, die sich durch Einverleibung Schleswig-Holsteins, Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts noch beträchtlich verstärkt hatte, mit erdrückendem Gewichte über einer Menge kleiner Vasallen stand. Die Staaten südlich des Mains aber, Bayern, Württemberg, Baden und ein Teil von Hessen-Darmstadt hingen in der Luft; es stand bei ihnen, einzeln oder gemeinsam, europäische Mächte zu spielen oder auch in eine „nationale Verbindung" mit dem norddeutschen Bunde zu treten, alles ganz wie es ihnen beliebte.

Von vornherein lag auf der Hand, daß dieser Zustand unmöglich dauern konnte, und tatsächlich glaubte auch niemand an seine Dauer. Zwar das ganze Deutschland, einschließlich der deutsch-österreichischen Provinzen, war nach wie vor nur durch eine Revolution von Unten zu haben, durch eine Revolution, die nach dem überwältigenden Erfolge der preußischen Waffen in weitere Ferne gerückt war, als jemals seit den Märztagen von 1848. Aber die Mainlinie, so sehr sie den Überlieferungen der preußischen Staatskunst entsprach und welche Rolle sie immer in den Unterhandlungen Bismarcks mit Bonaparte gespielt haben mochte, hatte ihren alten vaterlandsverräterischen Sinn verloren, seitdem Österreich aus Deutschland hinausgeworfen worden war. Nicht der

preußische Schulmeister hatte bei Königgrätz gesiegt, wie ein schönrednerisches Schlagwort die Siege der Zündnadel erklären wollte, sondern der Zollverein, der seit dreißig Jahren ein großes Wirtschaftsgebiet geschaffen hatte. Die ökonomischen Bedürfnisse dieses Wirtschaftsgebiets, von dem die kapitalistische Produktionsweise täglich neue Striche eroberte, waren der reale Boden, aus dem die nationalen Einheitsbestrebungen emporwuchsen. Die politischen Bande, die dieses Wirtschaftsgebiet mit Österreich verknüpften, konnten um so leichter zerrissen werden, je mehr sie zu drückenden Fesseln seiner ökonomischen Konsolidierung geworden waren, aber um so weniger ließen sich seine eigenen ökonomischen Zusammenhänge durch staatsrechtliche Tüfteleien lösen. Die süddeutschen Staaten konnten nicht europäische Macht spielen, sie konnten auch nicht zu französischen oder österreichischen Vasallen werden, es sei denn, daß ein großes, seit dreißig Jahren zusammengewachsenes Wirtschaftsgebiet, das sich im aufsteigenden Aste der kapitalistischen Entwicklung befand, in tausend Trümmern zerschlagen wurde, und dies gehörte zu den historischen Unmöglichkeiten.

Bismarck begriff die Lage und wußte ihr seine Politik mit unleugbarem Geschick anzupassen. Er war jetzt mitten in der Ausführung des Programms, das er im Jahre 1864 dem russischen Staatsrat Ewert entwickelt hatte oder entwickelt haben sollte: „Ich werde die einen erkaufen, die anderen einschüchtern, noch andere schlagen, und zuletzt alle für mich gewinnen, indem ich sie gegen Frankreich führe." Bismarck bändigte den Heißhunger des Königs, der mit aller Gewalt hatte in den Krieg getrieben werden müssen, aber jetzt mit seiner Abdankung drohte, wenn er nicht nach altpreußischer Manier soviel Land und Leute verschlucken konnte, als in seiner augenblicklichen Gewalt waren. Wie Österreich selbst, so erhielten die süddeutschen Staaten den Frieden zu sehr milden Bedingungen; die vorerst geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse, die Bismarck dafür von ihnen einhandelte, waren ihm mehr wert, als etwelche Geviertmeilen bayerischen oder schwäbischen Landes. Den biederen Bonaparte aber, der jetzt leise wegen etwaiger „Kompensationen" anklopfte, behandelte Bismarck nach der Losung: Auf einen Schelmen anderthalbe! Er spielte von nun an den strengen Hüter der deutschen Ehre, nicht aus deutscher Gesinnung, die ihm und seinem Könige so fremd war wie je, sondern aus dem wohlverstandenen Interesse der preußischen Politik. Er bekam es nach wie vor über sich, Bona-

partes Appetit auf deutsches Gebiet „dilatorisch" zu behandeln, aber diese Behandlung war ihm nur noch ein Köder, um den Fuchs ins Tellereisen zu locken.

In ihrer Art begriff auch die Bourgeoisie die Lage, aber eben auch nur in ihrer Art. Ehe der Krieg ausbrach, hatte Bismarck das Abgeordnetenhaus aufgelöst, und seine Spekulation auf den nationalen Nerv glückte diesmal besser, als im Jahre 1863. An demselben 3. Juli, wo die entscheidende Hauptschlacht des deutschen Kriegs geschlagen wurde, schmolz in den Urwahlen die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses dahin, und nun spaltete sich obendrein die bis dahin herrschende Partei. Wie sich aus der alten Feudalpartei eine freikonservative Fraktion absonderte, die endlich begriff, daß ohne gewisse Zugeständnisse an den Kapitalismus die Verpreußung Deutschlands nicht zu haben sei, so sonderte sich aus der Fortschrittspartei die nationalliberale Fraktion ab, die endlich ohne alles Brimborium auf die politischen Herrschaftsansprüche der Bourgeoisie verzichtete, vorausgesetzt, daß die materiellen Interessen dieser Klasse befriedigt würden. Sie war tief gerührt, als Bismarck um Indemnität für die budgetlose Finanzwirtschaft der letzten Jahre einkam; ohne zu begreifen oder begreifen zu wollen, wie notwendig die Regierung diese Indemnität brauche, ohne einen Versuch, den Artikel 99 der Verfassung so zu ändern, daß für die Zukunft das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses unzweideutig sicher gestellt wurde, bewilligte die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses das Indemnitätsgesetz, um sich dann vom Könige sagen zu lassen, daß er in gleicher Lage stets ebenso handeln würde, wie in den Jahren des Verfassungsstreits. Nicht mit Unrecht legte Wagener diese Sorte Indemnität dahin aus, daß sie nicht ein Unrecht der Regierung ausgleiche, sondern das Recht der Regierung besiegele.

Hätte sich nun wenigstens aus dem Reste der Fortschrittspartei, der an dem alten Namen und an dem alten Programm festhielt, eine kleinbürgerliche Demokratie entwickelt! Aber auch davon war keine Rede. In der zusammengeschmolzenen Fortschrittspartei befanden sich sehr verschiedene Elemente; neben kleinbürgerlichen Demokraten saßen konstitutionelle Hasen, wie Classen-Kappelmann, fanatische Preußen, wie Waldeck und Ziegler, gerissene Sykophanten des großen Kapitals, wie Eugen Richter, der zum Prokuristen bei Bleichröder geboren und in der Pein eines verfehlten Berufs auf den unglücklichen Gedanken verfallen war, den Parteiführer und Politiker zu spielen. Nur ein Mann aus der

alten Fortschrittspartei dachte ehrlich und tapfer genug, die bürgerlichen Ideale nach wie vor hochzuhalten, den siegreichen Machthabern zum Trotze; Johann Jacoby sagte mit dem römischen Zwölftafelgesetze: contra hostem aeterna auctoritas esto, gegen den Feind der Freiheit erlischt nie der Rechtsanspruch des Volkes.

Einer so traurigen Politik, wie die Bourgeoisie trieb, war das Proletariat unfähig. Seine großen Endziele wurden durch die deutsche Umwälzung überhaupt nicht berührt, es konnte sich nur fragen, ob der Weg zu diesen Zielen verändert sei. Und auch diese Frage fand insofern sofort ihre Erledigung, als der Sieg des Preußentums auch ein Sieg der Reaktion war, als der Kampf um die politische Freiheit, ohne die das Proletariat seine sozialen Ziele nicht zu erreichen vermag, um so schwieriger und also auch um so notwendiger geworden war. Es blieb dann nur noch das eine zu entscheiden übrig, wie sich der Emanzipationskampf des Proletariats am wirksamsten führen lasse: ob vom Boden der neu geschaffenen Zustände aus, oder außerhalb dieses Bodens. Es handelte sich um die richtige Würdigung der Frage, ob der Tag von Königgrätz eine historische Entscheidung oder der plumpe Glückszufall einer abenteuerlichen Politik gewesen sei, ob er der deutschen Entwicklung eine neue Bahn angewiesen oder sie in eine Sackgasse verrannt habe, aus der sie vor allen Dingen erst wieder herausgebracht werden müsse. Die verschiedene Beantwortung dieser Frage warf einen jahrelangen Zwist in die deutsche Arbeiterklasse, die damit dem Elend der deutschen Zerrissenheit einen letzten Tribut zahlte.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein entschied sich dafür, auf dem Boden der neuen Zustände zu kämpfen. Während des Krieges selbst hatte die auf der Leipziger Generalversammlung beschlossene Agitation für das allgemeine Wahlrecht einen stattlichen Umfang angenommen. Auf Anordnung des neuen Präsidenten Perl, der zeitweilig nach Berlin übergesiedelt war, gingen zuerst die schlesischen Mitglieder mit großen Versammlungen vor, die während der ersten Juliwoche in Ernsdorf, Dreißighuben, Langenbielau, Peterswaldau, Steinseifersdorf, Stollbergsdorf, Wüste-Giersdorf stattfanden und mit einem schlesischen Arbeitertage in Wüste-Waltersdorf schlossen. In der zweiten Juliwoche beriefen die norddeutschen Gemeinden in Hamburg, Altona, Kiel, Pinneberg, Elmshorn, Glückstadt, Itzehoe, Bremen, Harburg, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Stettin die Arbeiter ein; diese Reihe von Ver-

sammlungen gipfelte in einem norddeutschen Arbeitertage, der in Hamburg zusammentrat. In der zweiten Hälfte des Juli gingen in gleicher Weise die mittel- und süddeutschen Gemeinden vor: Leipzig, Thonberg, Stötteritz, Neustadt, Oberkändler, Grüna, Plauenscher Grund, Großenhain, Glauchau, Dresden, Leißnig, Böhlen, Naumburg, Apolda, Beerfelden, Erfurt, Mainz, Frankfurt a. M., Offenbach, Augsburg, Asch in Böhmen; ein mittel- und süddeutscher Arbeitertag in Leipzig machte den Beschluß. Endlich kamen die rheinisch-westfälischen Gemeinden an die Reihe: Köln, Barmen, Elberfeld, Ronsdorf, Remscheid, Solingen, Wald, Wermelskirchen, Düsseldorf, Gerresheim, Hilden, Derendorf, Duisburg, Meyderich, Dünnwald, Mühlheim, Altena, Hagen, Iserlohn, Hörde und manche andere noch; ein rheinisch-westfälischer Arbeitertag in Barmen beendete die ganze, in ihrer Weise großartige Kundgebung im Monat August.

Zu dieser Zeit hatte sich der Pulverdampf genugsam verzogen, um einen Überblick über die Ergebnisse des Krieges zu gestatten. Kein anderes Blatt in Deutschland übersah sie so klar und weit, wie der Sozialdemokrat. Er geißelte unbarmherzig das verächtliche Kriechen des österreichischen Kabinetts und des kleinen „Staatengesindels“ vor Bonaparte, aber er züchtigte nicht minder, in einer Nummer, die dreimal hintereinander von der Polizei beschlagnahmt wurde, die Agitation für die Mainlinie, die von der Kreuzzeitung und der Nationalzeitung in holder Eintracht betrieben wurde. „Wenn ihr Blut und Eisen nur gefordert habt, um aus einer schmachvollen Zersplitterung unseres Vaterlandes seine noch schmachvollere Zerreißung zu machen, so ist klar, daß ihr gewissenlos waret, für elende dynastische Interessen das Herzblut unseres Volkes zu vergießen.“ Am Vorabend des Friedensschlusses dämpfte der Sozialdemokrat sowohl das preußenfeindliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Mainlinie, als auch das preußenfreundliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Einheit Deutschlands. „Das neue Deutschland ist nicht das Deutschland der Mainlinie. . . . Der beabsichtigte süddeutsche Bund kann nach Lage der Dinge der konsolidierten norddeutschen Macht gegenüber nur ein so schattenhaftes Dasein führen, daß an eine ernstliche Gegenstellung gegen Preußen kaum zu denken ist, ja, daß mit innerer Notwendigkeit die nationalen Bestrebungen auch dort lediglich um Preußen gravitieren werden. Der ganze Süden wird ein Nebenland sein, das den beständigen Hang, sich mit dem Hauptlande zu ver-

einigen, in sich trägt." Aber wenn auch von einer Mainlinie in hergebrachtem Sinne nicht gesprochen werden könne, so verdiene die preußische Regierung nicht weniger schweren Tadel. Sie könne das verflossene Blut nicht verantworten, wenn nicht aus diesem Kriege eine wahrhaft nationale Schöpfung hervorgehe. Das offizielle Blatt der preußischen Regierung fordere die Einstellung der Agitation für eine das gesamte Vaterland umfassende Staatsschöpfung gleichsam als patriotische Pflicht. „Allein, nicht was der preußischen Regierung und ihrem Staatsanzeiger angenehm oder unangenehm ist, sondern das bleibende und unverjährbare Recht der Nation kommt hier in Betracht. Es ist wahr, daß wir keine Mainlinie bekommen, aber es ist ebenso wahr, daß wir auch kein einiges Deutschland errungen haben. Früher aber darf die nationale Agitation nicht ruhen, als bis das ganze und große Deutschland vollendet im Herzen Europas steht."

Am bezeichnendsten fast trat der Standpunkt des Sozialdemokraten in seiner Kritik der Rede hervor, durch die Johann Jacoby im preußischen Abgeordnetenhause gegen die neue Gestaltung der deutschen Zustände protestiert hatte. Der Sozialdemokrat druckte die Rede an der Spitze des Blattes ab, was ihm wieder eine polizeiliche Beschlagnahme eintrug, und fügte hinzu: „Wie sollte diese Rede nicht unsere Bewunderung erwecken! Inmitten eines Zustandes verzweifelnder Fahnenflucht und wirrer Auflösung hören wir die markige Stimme eines Mannes ertönen, der unbeirrt von dem wuchtigen Eindrucke des Stückes Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt hat, unbeirrt von Verrat und Abfall im eigenen Lager, den alten Ruf der Freiheit erhebt — den Kampfruf seines ganzen langen Lebens." Jedoch gegen Jacobys Bemerkung, er könne sich über die preußischen Siege nicht freuen, sie hätten das ersehnte Ziel deutscher Einheit und Freiheit weiter hinausgerückt, als selbst der frühere Bundestag und die vor dem Kriege vorhandenen Zustände, wandte der Sozialdemokrat ein, hier sei ein Mißverständnis abzuwehren. Gewiß seien die preußischen Siege beklagenswert, weil durch einen dynastischen Krieg, nicht durch die selbständige und volkstümliche Erhebung der Nation die Herstellung der deutschen Einheit begonnen worden sei. „Aber entscheidende Ereignisse haben stattgefunden, wir können die Weltgeschichte nicht rückgängig machen. Die beiden Großmächte Deutschlands haben um die Beherrschung unseres Vaterlandes gekämpft — der Sieg war bei Preußen — es gibt fortan

nur noch eine deutsche Großmacht. Dies ist nicht die Lösung, die wir wollten — aber es ist eine Lösung — und diese Lösung ist tatsächlich da. Wenn aber einmal die Sache so lag, daß die Frage nur noch zwischen Österreich und Preußen stand, nicht mehr zwischen der Nation und diesen, so müssen die liberalen Elemente Deutschlands, muß insbesondere die Arbeiterklasse sich freuen, daß die Preußen vor Wien und nicht die Österreicher vor Berlin standen. Man verstehe uns recht: daß die Frage nur zwischen Habsburg und Hohenzollern stand, dies war tief zu bedauern, und nicht uns, die neue, kaum gegründete Arbeiterpartei, trifft die Schuld. Aber nachdem einmal die Frage tatsächlich so lag, war es besser, daß Preußen siegte als Österreich. Was hätte ein Sieg Habsburgs uns gebracht? Die erneute Bundeswirtschaft mit der alten Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber, mit den lächerlich kleinlichen Zuständen im Innern, dazu Jesuitentum, eisernen Druck und entmannende Korruption. Wir wissen wohl, daß auch, was Preußen uns bringt, des Guten nicht allzuviel ist, aber hier ist doch Hoffnung zum Besseren, und darauf gerade, diese Hoffnung zu verwirklichen, muß die Agitation aller demokratischen Elemente in Deutschland sich jetzt richten. Nein, wir sind nicht weiter von der deutschen Einheit entfernt, als zur Zeit der Bundeswirtschaft."

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Auffassung den Anschauungen entsprach, die in den Arbeitermassen, namentlich in den norddeutschen, aber teilweise auch in den mittel- und süddeutschen, vorherrschten. Nach all dem Elend, das die bundestägliche Wirtschaft gerade über das Proletariat gebracht hatte, war es nur natürlich, daß diese Klasse eine Wendung der Dinge, die ihr wenigstens etwas freiere Luft zu verschaffen versprach, als ein geringeres Übel empfand, wenn nun einmal nichts Besseres zu haben war. Aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine wurde kein Laut des Protestes gegen die Stellung des Sozialdemokraten laut, wohl aber manche Kundgebung, die viel weiter nach der preußischen Seite ging, als der Sozialdemokrat gehen wollte. Hasenclever, der als Landwehrmann eingezogen worden war und auf dem Stammschlosse des Augustenburgers im Quartier lag, veröffentlichte in einer Flensburger Zeitung ein Gedicht an den Einheitsmacher Bismarck, und Tölcke entwickelte in einer langen Reihe von Artikeln ein Parteiprogramm, das auf eine „vollständige Einigung Deutschlands unter einem hohenzollernschen Kaiserreiche mit voller poli-

tischer und gewerblicher Freiheit" lossteuerte. Schweitzer griff auch hier, wie bei der Abneigung der Arbeiter gegen die Fortschrittspartei, nicht aufstachelnd, sondern zügelnd ein.

In einer Artikelreihe über „Unser Parteiprogramm" führte er gegen Tölcke aus, daß die soziale Forderung des Proletariats, die Emanzipation der Arbeit aus den Fesseln des Kapitals, über allem Wechsel der politischen Zustände stehe. Ebenso klar sei es, daß die deutsche Sozialdemokratie die Lösung der Arbeiterfrage nur von einem Volksstaate verlangen könne, daß die deutschen Arbeiter niemals zu Werkzeugen herrschsüchtiger Junker werden dürften. Der Sieg Preußens über Österreich habe die reaktionären Elemente in Preußen mächtiger als je gemacht, in Sachen der Freiheit bleibe es also ganz bei dem alten Kampfe. In Sachen der Einheit sei aber insofern eine Änderung eingetreten, als der deutsche Dualismus fortgefallen sei. „Preußens Regierung hat das Verdienst, daß sie einen Kern nationaler Kraft geschaffen hat, der die Grundlage der Macht und Größe zwar noch nicht ist, aber werden kann, werden soll, und, wenn die Nation das Ihre tut, auch werden wird." Man dürfe sich deshalb nicht darüber täuschen, daß die preußische Regierung im Interesse des spezifischen Preußentums handle, daß ihr angebliches Interesse an der deutschen Einheit nur eine leere Versicherung sei. Aber solche Vorspiegelungen seien in der Politik verhängnisvoll; etwas müsse doch geschehen, um sie glaubhaft zu machen. So habe die preußische Regierung ein deutsches Parlament nach dem allgemeinen Stimmrechte vorgeschlagen, von diesem Plane seien durch den Gang der Ereignisse nur Trümmer übrig geblieben, aber selbst das norddeutsche Parlament, ein so schwaches Mittel es gegenüber der so mächtig gewordenen preußischen Regierung sei, müsse von der Arbeiterklasse im Dienste der nationalen Sache benützt werden; unter Umständen könne es doch eine Macht werden. Nicht aber könne die nationale Aufgabe darin liegen, die Ereignisse des Jahres 1866 ungeschehen zu machen, den alten Dualismus wiederherzustellen oder an die Stelle der reaktionären preußischen Kreise die noch weit reaktionäreren österreichischen Kreise zu setzen.

In Berlin sei das Machtzentrum, auf das eingewirkt werden müsse, um die deutsche Einheit zu schaffen. „Nicht nur die süddeutschen Staaten müssen zu dem jetzt vorhandenen Kerne herangezogen werden — auch Deutschösterreich gehört zu uns und wird zu uns gehören, solange dort

deutsche Zunge klingt." Notwendig sei aber ein Einheits-, nicht ein Bundesstaat. Ein Bundesstaat, worin ein einzelner Staat mächtiger sei, als alle übrigen zusammengenommen, sei ein beständiger Widerspruch in sich selbst, eine offene Lüge, besonders für die Sache der Freiheit gefährlicher, als ein Einheitsstaat. Denn die Regierung des einen übermächtigen Staates habe tatsächlich alle Macht in der Hand, während die ihr gegenüberstehende Volkskraft unnatürlich zerteilt und zerklüftet sei. „Möglich freilich — und dies macht viele irre —, daß man in einem Winkelstaate vielleicht etwas lauter sprechen darf, als im Hauptstaate selbst, aber man bedenke, daß alles, was dort gesprochen und getrieben wird, überhaupt keine Bedeutung hat." Demgemäß habe die Arbeiterklasse die preußische Regierung zu unterstützen gegen partikularistische und habsburgisch-dualistische Bestrebungen, vor allem auch — und hier mit der vollen Liebe und Glut vaterländischen Gefühls — in etwaigen Konflikten mit dem einmischungssüchtigen Auslande. Aber sie müsse bei alledem stets festhalten, daß sie nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehe, und auf Schritt und Tritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, wach und rege erhalten jenes Palladium aller echten Volksparteien: das demokratische Mißtrauen.

Als Schweitzer dies Programm veröffentlichte, hatten sich die sächsischen Arbeiter unter dem Eindrucke des Krieges bereits auf ein anderes Programm geeinigt, das am 19. August 1866 auf einer „Landesversammlung der sächsischen Demokratie" in Chemnitz beraten und beschlossen wurde. Die Versammlung bestand ausschließlich oder doch ganz überwiegend aus Delegierten der sächsischen Arbeitervereine, von denen die Mehrheit, wie Roßmäßler, Bebel, Liebknecht, Knöfel, die Advokaten Schraps und Gebrüder Freytag von Arbeiterbildungsvereinen, die Minderheit aber von den Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Dresden, Leipzig, Glauchau, Limbach und Chemnitz abgeordnet worden war. Nach sechsstündiger Beratung wurde ein Programm angenommen, das zwar auch die Beteiligung an den Wahlen zum norddeutschen Parlament empfahl, aber nur zu dem Zwecke, die durch den Krieg geschaffenen Zustände unversöhnlich zu bekämpfen, die großdeutsch-demokratische Einheitstendenz ungeschmälert aufrecht zu erhalten und die Zusammenberufung eines konstituierenden Parlaments zu erstreben, das von allen deutschen Staaten, mit Einschluß Deutsch-Österreichs zu beschicken sei.

Die sonstigen Forderungen des Chemnitzer Programms liefen auf die völlige Demokratisierung des Staats hinaus, auf das allgemeine Stimmrecht für die Wahl zu allen öffentlichen Körperschaften, Volkswehr statt der stehenden Heere, freie Presse und freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Selbstverwaltung der Gemeinden, Unabhängigkeit der Gerichte, Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staate, Reform der Volksschulen und ähnliches. Für das Proletariat wurde verlangt Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatsrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde. Alle diese Forderungen entsprachen äußerlich dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, unterschieden sich von ihm aber wesentlich dadurch, daß sie in bürgerlich-demokratischem Sinne gestellt wurden. Weder verstanden sie unter dem allgemeinen Stimmrechte die Herrschaft der Arbeiterklasse über die Staatsgewalt, noch unter der staatlichen Förderung der Produktivgenossenschaften die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise. Unter dem Vorsitze desselben Roßmäßler, der dem Programm Lassalles einen so heftigen Widerstand entgegengesetzt hatte, wenn er jetzt freilich auch ehrlich genug war, das von ihm an Lassalle begangene Unrecht in gewissem Grade anzuerkennen, wurde das Chemnitzer Programm beraten, und die neue Partei nannte sich selbst Sächsische Volkspartei, betrachtete sich als einen Zweig der Deutschen Volkspartei.

Freilich konnte sie, da sie aus einem Stamme von Arbeitern bestand, von vornherein nicht in solche Konfusion verfallen, wie die Deutsche Volkspartei, die nach ihren verworrenen Anläufen in Darmstadt und Frankfurt noch immer nicht wußte, weder was sie in der nationalen, noch was sie in der sozialen Frage wollte. In Württemberg allein hatte sie sich einigermaßen organisiert, und hier trieb ihr schwäbischer Partikularismus gar wundersame Blüten. So benutzte der Stuttgarter Beobachter, ihr Hauptorgan, die beiläufige Tatsache, daß der Landtag in Weimar ein paar tausend Taler an der Zivilliste des Herzogs gestrichen hatte, um „seiner getreuen Eckartrolle gemäß" die süddeutschen Fürsten darauf hinzuweisen, was ihnen vom norddeutschen Bunde drohe; entschlössen sie sich, mit der Deutschen Volkspartei gemeinsame Sache zu

machen und einen parlamentarisch-militärischen Südbund zu gründen, so würde das Volk dadurch in einem Grade verpflichtet werden, daß „bei dessen ganzer Denkungsweise eine Erschütterung der ökonomischen Grundlage der Throne außer den Kreis aller Wahrscheinlichkeit fiele". Gegen solche „Triäseleien" war die Sächsische Volkspartei natürlich gefeit. Ihren Standpunkt in der deutschen Frage gaben vollkommen klar die Programmsätze wieder: „Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staaatsform. Keine erbliche Zentralgewalt — kein Kleindeutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen können, sind von der demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen." Im Prinzip war diese Auffassung dieselbe, die auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertrat. Der Unterschied lag nur in der Frage, ob die Umwälzungen des Jahres 1866 eine veränderte Taktik geböten. Das Chemnitzer Programm verneinte diese Frage, während der Sozialdemokrat sie bejahte.

Die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die an der Beratung des Chemnitzer Programms teilgenommen hatten, berichteten darüber an das Vereinsorgan, das in einigen redaktionellen Anmerkungen zu den Berichten „Vorsicht" anriet; wer es gut mit den Arbeitern meine, könne sich einfach der sozialdemokratischen Partei anschließen. Jedoch kam es zu keiner offenen Fehde. Auch konnten beide Organisationen sehr gut nebeneinander bestehen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte zwar im Königreiche Sachsen ihren Ursprung genommen, sich aber gerade hier nicht im Verhältnis zur industriellen Blüte des Landes und lange nicht so stark entwickelt, wie in Hamburg und Rheinland-Westfalen. Es stimmt nicht mit den Tatsachen, wenn man diese Erscheinung dadurch hat erklären wollen, daß die sächsischen Arbeiter zu aufgeklärt gewesen seien, um nicht durch den angeblich preußenfreundlichen und angeblich sektenhaften Charakter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückgestoßen zu werden; gerade die wirklich preußenfreundliche und wirklich sektenhafte Form der deutschen Arbeiterbewegung, der orthodoxe Lassalleanismus der Gräfin Hatzfeld, nistete sich um diese Zeit in Sachsen ein und fand hier ein fruchtbareres Rekrutierungsgebiet als irgendwo anders. Man wird der Wahrheit näher

kommen, wenn man annimmt, wofür auch manches andere spricht, daß einerseits der bürgerliche Radikalismus in Sachsen noch so gesund war, um die vorgeschritteneren Arbeiterschichten an seine Fahne zu fesseln, andererseits aber bedeutende Teile des sächsischen Proletariats, namentlich in der hausindustriellen Arbeiterbevölkerung, noch verhältnismäßig sehr unentwickelt waren.

Traf diese Annahme zu, so war es ein erfreulicher Fortschritt, daß sich die demokratischen Elemente des sächsischen Proletariats auf Grund eines Programms organisierten, das seinem Inhalte nach schon mit proletarischem Geiste erfüllt war und nur die bürgerliche Form abzustreifen brauchte, um mit dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammenzufallen. Die abweichende Taktik in der nationalen Frage mußte als ein notwendiges Übel hingenommen werden, da die Auffassung des Chemnitzer Programms unzweifelhaft den Anschauungen der sächsischen, wie überhaupt vieler mittel- und süddeutscher Arbeiterkreise entsprach. Wirklich bedenklich war jedoch, daß die Sächsische Volkspartei, wohl wissend, daß sie von sich aus keine großdeutsche Revolution machen konnte, ihren Anschluß an die Deutsche Volkspartei suchte, mit der sie im Grunde nichts gemein hatte, als die rein negative Eigenschaft des Preußenhasses. Eines Hasses, der obendrein hüben und drüben ganz verschiedenen Quellen entsprang: bei der Sächsischen Volkspartei überwiegend demokratisch-revolutionären Gesinnungen, bei der Deutschen Volkspartei überwiegend partikularistischer Krähwinkelei oder anderen Triebfedern, die das großdeutsche Programm als eine schimmernde Maske für sehr dunkle Zwecke mißbrauchten. Vor einer Fahne, unter der Sonnemann und ähnliche Feinde des klassenbewußten Proletariats sich sammelten, hatten die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine ebenso ausgesprochene, wie berechtigte Abneigung.

Zwei Wochen nach der Chemnitzer Versammlung hielt die Internationale ihren ersten Kongreß ab. Er tagte in Genf, wo Johann Philipp Becker für ihre deutschen Sektionen einen Mittelpunkt der Organisation geschaffen hatte und seit Anfang des Jahres 1866 den Vorboten, eine Monatsschrift, als Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache herausgab. In Deutschland bestanden erst kleine und vereinzelte Sektionen des Bundes, in Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, am Rhein. Im ganzen war der Kongreß, der während der

ersten Septemberwoche tagte, von 60 Delegierten besucht, 3 Deutschen, 7 Engländern, 7 Franzosen; die Mehrheit bildeten, wie es in der Natur der Sache lag, schweizerische Delegierte.

Der Generalrat wurde namentlich durch Odger, Eccarius und den Uhrmacher Jung vertreten; von ihnen leitete Jung die Verhandlungen des Kongresses. Das Programm und die Statuten der Internationalen fanden mit unwesentlichen Änderungen ihre endgültige Bestätigung, wobei ein Antrag der französischen Delegierten, nur Handarbeiter als Mitglieder der Assoziation zuzulassen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Doch gehört eine ausführliche Darstellung der Kongreßverhandlungen in die Geschichte der Internationalen; hier kann es sich nur um diejenigen Beschlüsse des Kongresses handeln, und in ihnen lag ohnehin sein Schwergewicht, die dem gemeinsamen Emanzipationskampfe des internationalen Proletariats gemeinsame Ziele steckten.

Der Beschluß, eine allgemeine Statistik über die Lage der modernen Arbeiterklasse zu veranstalten, konnte vorerst nicht mehr als den akademischen Wert einer fruchtbaren Anregung beanspruchen. Über die Kooperativgesellschaften beschloß der Kongreß im Sinne der Inauguraladresse: ihr großer Wert bestehe darin, zu zeigen, daß die Unterjochung der Arbeit durch das Kapital für die Zwecke der Produktion überflüssig sei, aber sie vermöchten nicht durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzuwälzen. Um ihrer Entartung in bürgerliche Handelsgeschäfte vorzubeugen, empfahl der Kongreß den Kooperativgesellschaften, einen Teil ihres Gesamteinkommens in einen Fond für die Propaganda zu verwandeln, und allen von ihnen beschäftigten Arbeitern, gleichviel ob sie Aktionäre seien oder nicht, den gleichen Anteil am Gewinne zu gewähren; als bloß zeitweiliges Mittel gab er den Aktionären eine niedrig bemessene Verzinsung ihrer Geschäftsanteile zu.

Am wichtigsten waren die Beschlüsse des Genfer Kongresses über die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Gewerkvereine, über diejenigen Waffen des proletarischen Emanzipationskampfes, welche die englischen Arbeiter zu über-, die französischen und die deutschen Arbeiter zu unterschätzen geneigt waren. Der Kongreß stellte den Grundsatz auf, daß die Arbeiterklasse sich Arbeiterschutzgesetze erkämpfen müsse. „Indem die Arbeiterklasse solche Gesetze durchsetzt, befestigt sie nicht die regierende Macht. Im Gegenteil wandelt sie jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihr eigenes Werkzeug um.“ Sie bewirke durch ein allgemeines Gesetz,

was durch isolierte individuelle Anstrengungen bewirken zu wollen, ein nutzloser Versuch sein würde. Der Kongreß empfahl die Beschränkung des Arbeitstags als eine Bedingung, ohne die alle anderen Bestrebungen des Proletariats um seine Emanzipation scheitern müßten. Sie sei nötig, um die körperliche Energie und Gesundheit der Arbeiterklasse wiederherzustellen, um ihr die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Umgangs, sozialer und politischer Tätigkeit zu gewähren. Als gesetzliche Grenze des Arbeitstags schlug der Kongreß acht Stunden vor, die in eine bestimmte Tagesperiode gelegt werden müßten, so zwar, daß diese Periode die acht Stunden Arbeit und die Unterbrechungen für Mahlzeiten umfasse. Der Achtstundentag solle gelten für alle volljährigen Leute, Männer wie Frauen, die Volljährigkeit vom Schlusse des achtzehnten Lebensjahres an gerechnet. Nachtarbeit sei grundsätzlich zu verwerfen, unerläßliche Ausnahmen müßten von der Gesetzgebung festgestellt werden. Frauen seien mit aller möglichen Strenge von der Nachtarbeit auszuschließen, sowie von aller anderen Arbeit, die für den weiblichen Körper gesundheitsgefährlich oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sei.

In der Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, sah der Kongreß einen heilsamen und rechtmäßigen Fortschritt, so abscheulich die Form sei, worin er sich unter der Herrschaft des Kapitals verwirkliche. In einem rationellen Zustande der Gesellschaft müßte jedes Kind ohne Unterschied vom neunten Lebensjahre an produktiver Arbeiter werden, ebenso wie keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Naturgesetze ausgenommen werden dürften: nämlich zu arbeiten, um essen zu können, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirne, sondern mit den Händen. In der gegenwärtigen Gesellschaft empfehle es sich, die Kinder und jugendlichen Personen in drei Klassen zu teilen und verschieden zu behandeln: in Kinder von 9 bis 12, in Kinder von 13 bis 15, in Jünglinge und Mädchen von 16 und 17 Jahren. Die Arbeitszeit der ersten Klasse in irgend einer Werkstätte oder häuslichen Arbeit solle sich auf 2, der zweiten auf 4, der dritten auf 6 Stunden beschränken, wobei der dritten Klasse eine Unterbrechung der Arbeitszeit auf wenigstens eine Stunde für Mahlzeiten und Erholung vorbehalten bleiben müsse. Jedoch dürfe die produktive Arbeit von Kindern und jugendlichen Personen nur gestattet werden,

wenn sie mit Bildung verbunden werde, worunter drei Dinge zu verstehen seien: geistige Bildung, körperliche Gymnastik und endlich technische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteile und zugleich das heranwachsende Geschlecht in den praktischen Gebrauch der elementarischen Werkzeuge aller Arbeitszweige einweihe.

Über die Gewerkvereine beschloß der Genfer Kongreß, daß ihre Tätigkeit nicht nur rechtmäßig, sondern auch notwendig sei. Sie seien das Mittel, die einzige soziale Gewalt, die das Proletariat besitze, nämlich seine Zahl, der konzentrierten sozialen Gewalt des Kapitals entgegenzusetzen. Solange die kapitalistische Produktionsweise bestehe, könnten die Gewerkvereine nicht entbehrt werden, sondern müßten vielmehr ihre Tätigkeit durch internationale Verbindung verallgemeinern. Indem sie sich bewußt den unaufhörlichen Übergriffen des Kapitals widersetzten, würden sie unbewußt Schwerpunkte der Organisation für die arbeitende Klasse, ähnlich wie die mittelalterlichen Kommunen zu solchen Schwerpunkten für die bürgerliche Klasse geworden seien. Unaufhörliche Guerillagefechte in dem täglichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit liefernd, würden die Gewerkvereine noch weit wichtiger als organisierte Hebel für die Aufhebung der Lohnarbeit. Bisher hätten die Gewerkvereine zu ausschließlich den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital ins Auge gefaßt, in Zukunft dürften sie sich nicht der allgemeinen politischen und sozialen Bewegung ihrer Klasse fern halten. Sie würden sich am stärksten ausbreiten, wenn die große Masse des Proletariats sich überzeuge, daß ihr Ziel, weit entfernt begrenzt und selbstsüchtig zu sein, sich vielmehr auf die allgemeine Befreiung der niedergetretenen Millionen richte.

So bereiteten die ersten internationalen Assisen der modernen Arbeiterklasse sicheren und weiten Blickes die Befreiung der Menschheit vor, während Europa noch widerhallte von dem Donner der Schlachten, die ein neues Zeitalter von „Blut und Eisen" heraufbeschworen.

---

4. Die erste Probe des allgemeinen Wahlrechts.

Bei aller Größe seiner Erfolge konnte Bismarck nicht daran denken, den Trumpf zurückzuziehen, den er vor dem Kriege mit dem allgemeinen Wahlrecht ausgespielt hatte. Er brauchte einen Tropfen demokratischen

Öls, um sich vor Europa als den Vollstrecker des nationalen Willens zu salben, um das mißtönende Knarren der Türen zu dämpfen, durch die das norddeutsche Mittel- und Kleinfürstentum in den Tempel der deutschen Einheit wallfahren sollte.

Auch rechnete er nicht ohne Grund darauf, daß ihm das allgemeine Wahlrecht unter dem Eindrucke des siegreichen Krieges ein noch willfährigeres Parlament beschaffen werde, als er jetzt in dem preußischen Abgeordnetenhause besaß. Diese würdige Volksvertretung war der gleichen Ansicht und suchte sich dadurch zu sichern, daß sie die Befugnisse des norddeutschen Reichstags noch mehr beschnitt, als Bismarck sie beschneiden wollte; sie nahm ihm das Recht der „Vereinbarung" und ließ ihm nur die Befugnis der Begutachtung, indem sie den einzelstaatlichen Landtagen das Recht vorbehielt, die Beschlüsse des Reichstags zu bestätigen oder zu verwerfen. Bismarck ging darauf mit doppeltem Vergnügen ein. Er war nun um so freier gegenüber dem norddeutschen Reichstage gestellt und wußte als gewitzter Politiker natürlich sehr gut, daß, wenn sich einmal die Regierungen mit einem durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Parlamente über die Verfassung des norddeutschen Bundes geeinigt hatten, die Zensusvertretungen der Einzelstaaten daran nichts mehr zu ändern vermochten.

Für die Arbeiterklasse konnte es sich nur um die Frage handeln, ob sich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, so wie es Bismarck gewährte, zu einer brauchbaren Waffe für ihre Zwecke schmieden lasse. Der Sozialdemokrat hob hervor, daß der norddeutsche Reichstag, wehrlos, ohne Aussicht, revolutionäre Volkskräfte um sich zu konzentrieren, einer Regierung gegenüberstehe, die, siegreich nach Innen und nach Außen, ein großes Heer und alle anderen Machtmittel eines großen Staates zu ihrer Verfügung habe. Es habe nicht leicht schon ein Parlament so ohne alle reale Macht gegeben. Dennoch müßten die Arbeiter wählen, einmal weil aus dem einfachen Nichtstun und bloßen Zusehen überhaupt nichts herauskomme, zweitens weil es von großer Wichtigkeit sei, daß die Arbeiter in einer regelmäßigen staatlichen Körperschaft ihre Forderungen begründen und so das Totschweigungs- oder Verleumdungssystem ihrer Gegner durchbrechen könnten, und drittens weil es zwar nicht wahrscheinlich, aber doch möglich sei, daß die Umstände, die das Parlament machtlos machten, sich änderten. Die Parole sei also Wählen und nicht nur Wählen, sondern auch Wählen nach tüchtiger Vorbereitung.

An dieser Vorbereitung ließ es Schweitzer nicht fehlen. Die Amnestie, die nach dem Kriege erlassen worden war, befreite ihn von dem Reste seiner Gefängnisstrafe und einer Masse neuer Anklagen. Er hatte die Arme wieder frei und gebrauchte sie rührig. Wo die Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins polizeilich aufgelöst worden waren, wie in Berlin, richtete er sozialdemokratische Arbeitervereine ein, und um der Vereinskasse etwas aufzuhelfen, hielt er gegen ein Eintrittsgeld von einem Taler in einem vornehmen Hotel Unter den Linden sechs Vorträge über Kapital und Arbeit, die von bürgerlichen Kreisen auch zahlreich besucht wurden. Indessen diese und andere Hilfsmittel waren doch nur Tropfen auf einen heißen Stein. Die verheerenden Folgen des Krieges lasteten am schwersten auf der Arbeiterklasse, und es war unmöglich, daß sie große Geldopfer für die Wahlen aufbringen konnte. Die Zeit war für eine Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins so ungünstig wie möglich, und dazu kam, daß die Gräfin Hatzfeldt ihre Wühlereien mit ungeschwächter Kraft fortsetzte. Sie erklärte die Wahl Perls zum Präsidenten für ungiltig, weil sie auf der Generalversammlung und nicht durch Urabstimmung der Mitglieder vorgenommen sei. Sie hatte dabei zwar den klaren und unzweideutigen Wortlaut der Statuten gegen sich, aber es kam ihr auf die künstlichsten Auslegungen nicht an, um diesen Sinn in sein gerades Gegenteil zu verkehren. Heute wäre jedes Wort über ihre Deuteleien und Tüfteleien verschwendet; worum es der Gräfin tatsächlich zu tun war, das war die Wahl einer ihrer Kreaturen zum Präsidenten des Vereins, und um diesen Zweck zu erreichen, besaß sie leider noch viel wirksamere Mittel, als Interpretationskünste, um die sie jeder orthodoxe Theologe hätte beneiden können.

Ihre Macht bestand in dem Ansehen, das sie als alte Freundin Lassalles und angeblich genaueste Kennerin seines Willens in den Augen vieler Arbeiter umgab, und in ihrer stets gefüllten Kriegskasse, wodurch sie einzelne einflußreiche Agitatoren in den Mittelpunkten der Bewegung für sich gewann: Hillmann am Rhein, Försterling in Sachsen, Florian Paul in Schlesien, auch einzelne Mitglieder in Hamburg. Mit deren Hilfe ließ sie ein Wahlprogramm in die Massen werfen und von Arbeiterversammlungen genehmigen, das in orthodoxer Anknüpfung an einzelne Worte Lassalles halb utopistisch-revolutionär und halb beschränkt-national war, in seiner praktischen Spitze: Durch Einheit zur Freiheit! aber dem

nationalliberalen Programm glich wie ein Ei dem anderen. Die Gräfin hoffte jetzt, auf der ordentlichen Generalversammlung, die von Perl auf den 27. Dezember nach Erfurt berufen worden war, endlich das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen und die Wahl Försterlings zum Präsidenten durchzusetzen.

Jedoch zeigte sich auf der vierten Generalversammlung, daß der alte Stamm des Vereins nicht zu erschüttern war; 12 Delegierte, die 26 Orte vertraten, darunter Audorf, Ellner, Tölcke, dachten nicht daran, nach der Pfeife der Gräfin zu tanzen. Von den gräflichen Schildträgern erschienen 6, darunter Försterling und Deckwitz. Sie sahen sofort, daß ihr Spiel verloren sei, und weigerten sich, ihre angeblich aus Bremen, Hamburg, Dresden und Chemnitz stammenden Mandate zur Prüfung einzureichen, indem sie behaupteten, Perl könne gar keine rechtsgiltige Generalversammlung einberufen. Die Gräfin Hatzfeldt war selbst in Erfurt erschienen, und Schweitzer hatte schon vor dem Zusammentritt der Generalversammlung mit ihr gütliche Verhandlungen angeknüpft, in denen er ihren Ansprüchen außerordentlich weit entgegenkam. Er gab zu, daß der Präsident fürderhin kein Gehalt beziehen und das Gehalt des Sekretärs wie zu Lassalles Zeit auf 400 Taler festgesetzt werden sollte; namentlich aber wurde das von der Gräfin in die Massen geworfene Programm auf Betreiben Schweitzers von der Generalversammlung angenommen, nur mit einigen unzweifelhaften, wenn auch nicht durchgreifenden Verbesserungen. Dann traten die 12 Delegierten mit den 6 Anhängern der Gräfin zu einer Beratung zusammen, und Audorf machte den Vorschlag, daß die Wahl des Präsidenten, an der die Opposition nach Einreichung und Prüfung ihrer Mandate teilnehmen sollte, noch der bestätigenden oder nicht bestätigenden Urabstimmung aller Vereinsmitglieder zu unterbreiten sei. Nach mehrstündiger Beratung gingen Försterling und seine Genossen mit diesem Vorschlage zur Gräfin, kamen aber bis Mitternacht nicht wieder, worauf die Generalversammlung Perl zum Präsidenten, Audorf zum Schriftführer und J. M. Hirsch zum Kassierer wählte. Da die Wahl Försterlings zum Präsidenten von vornherein aussichtslos war, so ließ sich die Gräfin Hatzfeldt auf nichts ein.

Die von Schweitzer empfohlene Taktik der Generalversammlung war zweifellos sehr gewagt. Sie kostete dem Sozialdemokraten die Mitarbeit des letzten der „alten Sozialisten“, der ihm bis dahin noch treu geblieben war; Moses Heß verwarf das Erfurter Wahl-

programm. In der Tat hatte dessen erster Satz, der jede Föderation, jeden Staatenbund beseitigen, alle deutschen Stämme durch eine innerlich und organisch durchaus verschmolzene Staatseinheit vereinigen und durch Einheit zur Freiheit marschieren wollte, eine bedenkliche Anziehungskraft für allerlei merkwürdige Arbeiterfreunde, die in „dieser Hauptsache" ein Herz und eine Seele mit dem Proletariat sein wollten. Sie meinten auch, die übrigen Punkte des Wahlprogramms — allgemeines Wahlrecht mit Diätenzahlung für alle deutschen Parlamente, Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte, beschließende und nicht blos beratende Befugnisse für den norddeutschen Reichstag, freie Arbeiterassoziationen nach den Prinzipien Lassalles, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen — „im wesentlichen" annehmen zu können; höchstens machten sie den Vorbehalt, daß es mit der Staatshilfe für die Arbeiterassoziationen wohl keine besondere Eile habe. Gewiß lag hier eine große Gefahr vor, wie es an sich schon unerfreulich war, daß die junge Arbeiterpartei mit einer fragwürdigen Fahne in ihre erste Wahlschlacht marschierte. Aber Schweitzer sah eine noch größere Gefahr darin, durch Aufstellung eines hieb- und stichfesten Wahlprogramms am Vorabend der Wahlschlacht den Bruderkrieg im Schoße des Proletariats zu entzünden, und er hielt es für noch unerfreulicher, mit aufgelösten Reihen den Kampfplatz zu betreten. War erst die Gräfin Hatzfeldt auf ihrem eigenen Programm festgenagelt, so ließ sich erwarten, daß die bürgerlichen Verführungskünste, die mit diesem Programm getrieben werden konnten, an der geschulten Kerntruppe des Vereins von selbst scheitern würden. Obendrein gab Schweitzer den Arbeitern den probaten Rat, bürgerliche Arbeiterfreunde erst in zweiter Reihe nach ihrer Stellung zu dem Erfurter Wahlprogramm, in erster Reihe aber darnach zu fragen, ob sie das Proletariat als Klasse vertreten wollten, und im Falle einer ausweichenden Antwort ihnen sofort den Rücken zu kehren.

Glücklicherweise bewährte sich Schweitzers Vertrauen auf den gesunden Sinn der Arbeiter. Irgendwelche praktische Mißgriffe verursachte das Erfurter Wahlprogramm nicht, dagegen legte es die Agitation der Gräfin Hatzfeldt für die Zeit der Wahlen vollständig lahm. Ihrem Groll darüber gab sie den unwürdigen Ausdruck, daß sie in den beiden Wahlkreisen, in denen Schweitzer mit einiger Aussicht auf Erfolg kandidierte, diese Aussicht zu zerstören suchte, zum Gaudium der fortschrittlichen und der reaktionären Gegner. In Elberfeld-Barmen hetzte sie Hillmann gegen

Schweitzer und überschwemmte den Wahlkreis mit einem in Genf gedruckten Pamphlet, das die grundlosesten Beschuldigungen gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein richtete; in Reichenbach-Neurode wirkten ihre Agenten sogar unverhohlen gegen Schweitzer für den Landrat Olearius. Schweitzer wurde dadurch kaum geschädigt, aber die Gräfin Hatzfeldt vernichtete selbst den Rest des Ansehens, das sie bisher noch bei den rheinischen und schlesischen Arbeitern genossen hatte.

Dank ihren ewigen Intriguen zog der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein fast ungerüstet in die Wahlschlacht, mit nackten Leibern sich den Spießen und Stangen der Regierungsgewalt, den tausend unsichtbaren, aber desto gefährlicheren Waffen der Geldmacht entgegenwerfend. Was ihnen an äußeren Mitteln fehlte, das suchten die Arbeiter durch einen wahren Feuereifer zu ersetzen. Der Wahltermin wurde erst sehr spät von der Regierung auf den 12. Februar 1867 anberaumt, und in wenige Wochen drängte sich das entscheidende Ringen zusammen. Den verhältnismäßig größten Erfolg hatte die Sozialdemokratie im bergisch-märkischen Industriebezirke, wo sie etwa 18000 Stimmen musterte. In Altena-Iserlohn fielen 1124 Stimmen auf Hasenclever, in Hagen 1589 Stimmen auf den Arzt Reincke, der sich durch opferbereites Wirken große Liebe bei den Arbeitern erworben hatte und seine humane Gesinnung für sozialistische Überzeugung versah. Rittinghausen, der noch etwas von dem utopistischen Hange des vormärzlichen Sozialismus bewahrt hatte und in der direkten Gesetzgebung durch das Volk den einzigen Hebel der sozialistischen Gesellschaft erblickte, erhielt in Köln 1095, Schweitzer in Düsseldorf 664, der Schneider Schob in Mülheim a. Rh. 1059, der Eisenarbeiter Böhm in Duisburg 1686, Martiny in Solingen 1437, Audorf in Lennep-Mettmann 4034 und Schweitzer in Elberfeld-Barmen 4668 Stimmen.

In Elberfeld-Barmen kämpfte Schweitzer mit Bismarck als konservativem, und mit Forckenbeck, dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, als liberalem Gegenkandidaten. 70 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an diesem Kampfe, der in ganz Deutschland großes Aufsehen erregte. Die Beschimpfungen, womit die konservativen und mehr noch die liberalen Blätter über Schweitzer herfielen, überstiegen alles Maß; nicht nur wurde ihm die geschlechtliche Verirrung seiner Jugendjahre bis zum Ekel vorgeritten, sondern er wurde auch als Betrüger und als Dieb denunziert. Und alle Gehässigkeit seiner

bürgerlichen Gegner wurde fast noch überboten durch die verleumderischen Angriffe der Gräfin Hatzfeldt und ihrer Werkzeuge. Die Arbeiter in Elberfeld-Barmen ließen sich aber keinen Augenblick verblüffen; sie erklärten einfach: wir wählen Schweitzer, und wenn er Mörder und Räuber wäre. Sie wußten recht gut, weshalb ihr Kandidat diese Angriffe erfuhr. Hillmann, der zwei Jahre lang der beliebteste Agitator des Rheinlands gewesen war, erhielt als sozialdemokratischer Gegenkandidat gerade 52 Stimmen. Den Sieg freilich konnten die Arbeiter noch nicht an ihre Fahne fesseln; Schweitzer kam nicht einmal zur Stichwahl, da Bismarck 6523 und Forckenbeck 6123 Stimmen erhalten hatte.

Nächst dem Rheinlande erzielte die sozialdemokratische Wahlagitation im nordwestlichen Deutschland ihre größten Erfolge. In den beiden Kreisen der Stadt Hamburg erhielt Perl zusammen 3223, in Harburg York 3660, in Braunschweig der sächsische Schriftsteller Walster 2267 Stimmen. Nach diesen 9000 Stimmen kam Schlesien mit deren 4000, von denen auf Schweitzer in Reichenbach-Neurode 3109, und auf den Weber Heinrich Schnabel, ein altes eifriges Mitglied des Vereins, in Waldenburg 891 fielen.

Im Königreiche Sachsen trugen Würkert als Kandidat der Stadt Leipzig und Fritzsche als Kandidat des Landkreises Leipzig jeder etwa 1000 Stimmen davon, Würkert etwas mehr, Fritzsche etwas weniger. Sonst wurden noch etwa 6000 sächsische Stimmen für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgegeben, davon 800 in Dresden, 1300 in Chemnitz und 3081 in Freiberg, aber sie vereinigten sich nahezu ausschließlich auf Anhänger der Gräfin Hatzfeldt. Von den Kandidaten der Sächsischen Volkspartei siegten Bebel in Glauchau-Meerane und Schraps in Zwickau-Crimmitschau, beide erst in der Stichwahl. Liebknecht unterlag für diesmal noch in Stollberg-Schneeberg, vermutlich deshalb, weil er an ausgiebiger Agitation dadurch gehindert wurde, daß er die erste Frucht der „deutschen Einheit“ bitter genug zu kosten bekommen hatte. Er hatte nach Erlaß der preußischen Amnestie einen Besuch in Berlin abgestattet und im Buchdruckergehilfenvereine gesprochen; deshalb wegen Bannbruchs verhaftet und angeklagt, wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die er bis auf den letzten Tag abbüßen mußte. Selbst die Richter schämten sich ein wenig des skandalösen Urteils und stotterten in der Begründung einige entschuldigende Redensarten, aber dadurch wurde der Wanzengeruch der Stadtvogtei für Lieb-

knecht nicht in die Morgenluft deutscher Freiheit umgewandelt. In den drei Wahlkreisen, wo Liebknecht, Bebel und Schraps kandidierten, rang die Hausindustrie ihren entsetzlichen Todeskampf mit der Maschinenarbeit; in der Glauchau-Meeraner Handweberei arbeiteten im Jahre 1863 30700, im Jahre 1880 nur noch 3194 Handwebstühle; mindestens 40000 Personen hatten die mechanischen Webstühle in diesem einen Kreise innerhalb eines halben Menschenalters „überflüssig" gemacht. Wieviele Stimmen überhaupt bei den Februarwahlen von 1867 auf die Sächsische Volkspartei fielen, läßt sich nicht mit annähernder Sicherheit sagen, da die Partei damals noch über kein eigenes Organ verfügte, das ihre Entwicklung genau registriert hätte; soweit verstreute Notizen ein Urteil zulassen, mögen 12000 bis 15000 Stimmen für sie abgegeben worden sein.

Sie besaß aber zwei Mandate, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit seinen 40000 Stimmen auch nicht einen Sitz erobert hatte. Zur Stichwahl stand nur Audorf in Lennep-Mettmann, während in einigen anderen Kreisen, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Reichenbach-Neurode, die sozialdemokratischen Wähler die Entscheidung zwischen den konservativen und den liberalen Kandidaten zu treffen hatten. Für die Wahlen hatte der Sozialdemokrat die Parole ausgegeben, unter keinen Umständen Wahlkompromisse abzuschließen, lieber in der kleinsten Minderheit und ohne alle Aussicht auf Erfolg nach den eigenen Prinzipien und für den eigenen Kandidaten zu stimmen, als auf Kosten der Prinzipien eine unnatürliche Verbindung einzugehen. Was er dagegen je nach den örtlichen Verhältnissen für erlaubt erklärte, waren Transaktionen mit anderen Parteien, so zwar, daß, unbeschadet der beiderseitigen Prinzipien, die Arbeiter in einem Wahlkreise für den Kandidaten einer bürgerlichen Partei eintreten könnten, vorausgesetzt, daß sich diese Partei verpflichtete, in einem anderen Wahlkreise den Sieg eines sozialdemokratischen Kandidaten zu sichern. Diese Möglichkeit kam bei den Hauptwahlen überhaupt nicht, wohl aber bei den Stichwahlen in ernsthaften Betracht. Im Februar 1867 lag die Sache sehr einfach. Unterstützten die Fortschrittler in Lennep-Mettmann den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Bismärcker Sybel, so konnten die Sozialdemokraten in Düsseldorf, Elberfeld-Barmen und Reichenbach-Neurode die fortschrittlichen gegen die konservativen Kandidaten heraushauen. Indessen die biederen Fortschrittler bekannten sich damals schon, wie seitdem fast immer, zu der kuriosen

Anschauung, daß ihre „unentwegten Mannesbrüste" durchaus nicht befleckt würden, wenn sie bei Stichwahlen lieber für den unvernünftigsten Reaktionär als für den vernünftigsten Sozialdemokraten stimmten, daß dagegen sozialdemokratische Wähler, die bei Stichwahlen nicht die fortschrittliche Schleppe trügen, sich als „Söldlinge der Reaktion" brandmarkten. Sie entschieden in Lennep-Mettmann gegen Audorf und für Sybel.

So mußten die sozialdemokratischen Wähler bei den Stichwahlen auf eigene Faust vorgehen. In Düsseldorf stimmten sie für den fortschrittlichen Kandidaten, da die politische Freiheit sowohl für das Volkswohl von höchster Wichtigkeit, als auch besonders die unerläßliche Grundlage für die Bestrebungen der Arbeiterklasse sei. Dagegen beschlossen sie in Elberfeld-Barmen, sich bei der Stichwahl der Abstimmung zu enthalten, da die Arbeiterpartei aus prinzipiellen Gründen nicht für den Kandidaten der konservativen Partei stimmen, aber wegen des beispiellos gehässigen Verhaltens der Fortschrittspartei für diesesmal auch mit ihr nicht zusammengehen könne. Beide Beschlüsse waren von Schweitzer vorgeschlagen und durchgesetzt worden, in Düsseldorf wie in Elberfeld gegen den heftigen Widerstand der Arbeiter, die unter den Streichen der Hungerpeitsche, womit die fortschrittlichen Fabrikanten sie traktierten, am liebsten für die konservativen Kandidaten gestimmt hätten. Übrigens war auch der Elberfelder Beschluß durchaus gerechtfertigt. Ob Bismarck oder sein „guter Freund" Forckenbeck, der ihm schließlich in allem zu Willen war, im norddeutschen Reichstag saß, das war verhältnismäßig gleichgültig; wohl aber war es für die Arbeiterpartei eine dringende Notwendigkeit, endlich einmal das Lügensystem zu zerbrechen, durch das die Fortschrittspartei noch immer einen großen Teil der Arbeiterklasse über die sozialdemokratische Agitation verblendete. Ähnlich wie in Elberfeld-Barmen lagen die Dinge in Reichenbach-Neurode, doch verliefen sie in beiden Kreisen insofern nicht gleich, als die schlesischen Arbeiter sich wirklich der Abstimmung enthielten oder vielleicht selbst dem liberalen Kandidaten Twesten eine Hilfsmannschaft stellten, so daß er über Olearius siegte, während die rheinischen Arbeiter für Bismarck und gegen Forckenbeck entschieden.

Neben der tiefen Erbitterung über die fortschrittlichen Wahlpraktiken wurde diese Entscheidung wohl durch die Erwägung beeinflußt, daß durch den Sieg Bismarcks, der bereits in einem altmärkischen Wahl-

kreise gewählt worden war, ein neuer Wahlkampf notwendig werden würde. Schweitzer nannte die Entscheidung der Arbeiter einen „verhängnisvollen Schritt", erklärte sie aber als „eindringliche Lehre" für die Fortschrittspartei, sei es als Quittung über die unflätigen Schmähungen und nichtswürdigen Verkümmerungen des Wahlrechts, welche die Bourgeoisie dem Proletariat zugefügt habe, sei es als eine Huldigung nicht zwar für den Kandidaten der konservativen Partei, wohl aber für den Minister, der aus eigenem Antriebe ein Volksrecht zurückgegeben habe, das die liberale Opposition zu fordern so hartnäckig vergessen hatte. Wirklich lehnte Bismarck das Mandat ab, und es kam zu einem zweiten Wahlkampfe, worin Schweitzer mit 4919 und der liberale Kandidat Gneist mit 4291 Stimmen zur Stichwahl gelangten. Die Konservativen dämpften jetzt selbst alle Illusionen über ihre etwaige Arbeiterfreundlichkeit, indem sie den Sieg Gneists entschieden. Damit schwand die letzte Aussicht auf eine Vertretung des klassenbewußten Proletariats im ersten norddeutschen Reichstage. Aber umsonst hatten die Arbeiter in Elberfeld-Barmen nicht acht Wochen lang alle Fibern angestrengt; sie hatten, wie Schweitzer in einem Abschiedswort an seine Wähler sagte, zweierlei gelernt, einmal daß die Fortschrittspartei mit äußerster Heftigkeit, unter Anwendung aller, selbst der verwerflichsten Mittel, die Arbeitersache niederzuhalten suchte, und dann, daß die konservative Partei trotz aller schönen Redensarten im entscheidenden Augenblick auch versagte.

Über den allgemeinen Ausfall der Wahlen schrieb der Sozialdemokrat: „Der lang erwartete, lang ersehnte zwölfte Februar ist vorüber — und wir sind geschlagen auf allen Punkten. Das haben wohl wenige der Unseren erwartet, und sicherlich steht mancher vor diesem Ergebnis wie vor einem unlösbaren Rätsel. Alle diese großen rauschenden Versammlungen mit ihrer Begeisterung und ihren Triumphen, diese stürmische Bewegung in den Massen — und doch unterlegen, an wenigen Orten ehrenvoll, an manchen Orten schmachvoll unterlegen." Dies Gefühl bitterer Enttäuschung war nur zu berechtigt. Entsprachen die Wahlerfolge selbst da, wo die Niederlage ehrenvoll war, nicht berechtigten Erwartungen, so gab es breite Strecken Deutschlands, wo die sozialdemokratische Agitation sich schon seit Jahren eingewurzelt hatte, wo noch gewaltige Wahlversammlungen den sicheren Sieg zu verbürgen schienen und wo der Partei doch am Wahltage selbst der Boden unter

den Füßen wich, wie loser Flugsand. So in den thüringischen Bezirken, so im Maingau, der Stätte so vieler Triumphe. In Frankfurt erhielt Welcker armselige 150 Stimmen, während sich eine vierzigfache Überzahl auf das goldene Kalb vereinigte, das ihm der bürgerliche Parteienmischmasch in der Person Rothschilds entgegengestellt hatte. Noch kläglicher war die Niederlage in Berlin, dessen Arbeiterbevölkerung sich doch schon vor zwei Jahren um die Fahne der Sozialdemokratie zu scharen begonnen hatte. Auf den Buchdruckergehilfen Feistel, den gemeinsamen Kandidaten aller Berliner Arbeiterkreise, die sich nicht mehr ins Schlepptau der Fortschrittspartei nehmen lassen wollten, fielen in allen sechs Wahlkreisen zusammen etwa 75 Stimmen.

Gewiß ließen sich viele Entschuldigungs- und Erklärungsgründe der Niederlage aufführen. In Berlin, unter dessen Philistern ein arger Chauvinismus grassierte, hatte die Reaktion als ihre Kandidaten die Minister und Generale aufgestellt, die wegen des Krieges von 1866 votiert worden waren; um wenigstens deren Sieg zu hindern, entschlossen sich viele Arbeiter im letzten Augenblick dazu, ihre Stimmen den fortschrittlichen Kandidaten zu geben. Am Rhein und auch anderwärts hatte eine schlaue Wahlkreisgeometrie das Ihre getan; Audorfs Sieg in Lennep-Mettmann war besonders deshalb gescheitert, weil die Weberdörfer des Wuppertals nicht, wie bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause, mit Solingen, sondern mit Remscheid zusammengelegt worden waren, wo das Handwerk noch einigermaßen festen Boden hatte. Dazu kamen die großen Lücken der Wahllisten, die Drangsalierungen der Polizei, die Aushungerungsmethoden der Fabrikanten und was sonst in das schmähliche Kapitel bureaukratischer und kapitalistischer Wahlpraktiken gehört. Aber umgekehrt wie die bürgerliche Opposition, die nach den Ursachen ihrer Wahlniederlagen überall zu spüren pflegt, nur nicht bei sich selbst, hat die proletarische Opposition stets den preiswürdigen Grundsatz befolgt, immer zuerst vor der eigenen Türe zu kehren, wenn sie nicht erreichte, was sie wollte. Sie wußte sich ehrliche Rechenschaft abzulegen über ihre Fehler, sich klar zu machen, daß sie vor einem Entweder Oder stände.

Die zahlreichen Erfolge, die sie seit vier Jahren errungen hatte, waren ihr immer wieder unter den Händen zerronnen, weil sie kein Gewölbe besaß, worin sie die gewonnenen Schätze bergen konnte. Die konservative Partei gebot über die alt und fest begründete Organisation

der Staatsmacht, die liberale Partei über die unsichtbare, aber überall gegenwärtige Wirksamkeit der sozialen Geldmacht; wollte die Arbeiterpartei mit so starken Gegnern erfolgreich kämpfen, so mußte sie sich auch ein festes Gefüge dauernder Kraft schaffen. Es ging so nicht weiter, daß ein einziger großer Geldbeutel, wie ihn die Gräfin Hatzfeldt besaß, die Arbeiterbewegung jahrelang zum Gespötte der Welt machte. Ohnehin drohte die Fahne zu sinken, um die sich die alte Garde noch immer wieder gesammelt hatte; die geringen Mittel des Sozialdemokraten waren nahezu erschöpft, und er mußte eingehen, wenn sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht endlich auf feste finanzielle Füße stellte. Es konnte sich nicht darum handeln, Lassalles Organisation zu zerstören, denn ihr verdankte der Verein mindestens noch seine moralische Macht, sondern vielmehr sie zu verwirklichen, um hinter die moralische Macht auch politische Macht zu setzen.

Aus dem Sachlichen ins Persönliche übersetzt, hieß das aber nichts anderes, als daß die moralische Diktatur, die Schweitzer seit dem Tode Lassalles besessen hatte, in eine politische Diktatur verwandelt werden mußte. Die Abneigung der Arbeiter gegen Schweitzer war allmählich geschwunden; in dieser Beziehung hatten die Verleumdungen, womit die bürgerliche Presse ihn überschüttete, das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung gehabt. Schweitzer war viel zu klug, um sich je einzubilden, daß eine proletarische Massenbewegung dauernd unter der Diktatur eines einzelnen stehen könne, aber die Vereinsmitglieder waren auch zu einsichtig, um nicht zu erkennen, daß eine zeitweilige Diktatur unter den damaligen, nach den verschiedensten Seiten hin kritischen Zuständen noch immer notwendig sei. Wie Tölcke bezeugt, hat sogar York, ein Demokrat durch und durch, dem schon Lassalles Diktatur wider den Strich gegangen war, die vorläufige Notwendigkeit der Diktatur auf noch längere Zeit bemessen, als selbst Schweitzer. Jede Diktatur ist das schlimmste Verhängnis für den Diktator selbst; diesem Verhängnis ist auch Schweitzer unterlegen, und er hat seine Schuld teuer genug mit seinem ehrlichen Namen gebüßt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß im Jahre 1867 die ältesten und treuesten Mitglieder des Vereins seine Diktatur für notwendig gehalten haben.

Er war schon der tatsächliche Leiter der Wahlbewegung gewesen und ließ nach ihrem Schlusse durch den Präsidenten Perl zum 19. Mai eine außerordentliche Generalversammlung nach Braunschweig einberufen.

Sie wurde von 18 Delegierten besucht, die 45 Orte mit 2508 Mitgliedern vertraten. Die Mitgliederziffer war äußerst gering; sie betrug kaum den vierten Teil der Mitglieder, die ein Jahr früher auf der Generalversammlung in Leipzig vertreten gewesen waren, doch hatten diese Zahlen, solange keine strenge Kontrolle über die Zahlung der Mitgliederbeiträge geübt wurde, überhaupt nur einen sehr problematischen Wert.

Die fünfte Generalversammlung beschloß zunächst ein Programm, das den Anhängern der Gräfin Hatzfeldt die Türe wies. Seine Hauptpunkte waren der einheitliche und freie Volksstaat, die gemeinsame gesellschaftliche Produktion und zur Anbahnung des neuen Gesellschaftszustandes Produktivassoziationen mit Staatskredit nach den Grundsätzen Ferdinand Lassalles, die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturvölkern, Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, mit direkter geheimer Abstimmung und Diätenzahlung, zur Beeinflussung der öffentlichen Gewalten. An der Hand dieses Programms sollten die Vereinslisten durchgesehen und alle Mitglieder ausgeschieden werden, die ihm nicht vorbehaltlos zustimmten. Dann sollte eine Neuwahl sämtlicher Bevollmächtigten stattfinden, deren Amtsdauer von einer ordentlichen Generalversammlung zur anderen beschränkt wurde. Die Bestätigung ihrer Wahl blieb dem Präsidenten vorbehalten, ja formell erhielt der Präsident das unbeschränkte Recht, die Bevollmächtigten zu ernennen, da die Polizei in ihrer Wahl ein Kennzeichen „selbständiger Vereine" entdeckt hatte. Doch wurde eine Kommission niedergesetzt, die etwaige Beschwerden über den Präsidenten entgegennehmen und der nächsten Generalversammlung übermitteln sollte. Um den polizeilichen Verfolgungen einen Riegel vorzuschieben, wurden auch sonst alle Ansätze zur „Zweigvereinsbildung" beseitigt, die Bezeichnung der örtlichen Mitgliedschaften als Gemeinden ausgemerzt, der einheitliche und geschlossene Charakter des Vereins in der Weise festgestellt, daß er in Leipzig seinen Sitz habe und dem sächsischen Vereinsgesetze unterliege, während an den einzelnen Orten nur Versammlungen der Mitglieder stattfinden dürften: Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin und anderen Orten einen augenblicklichen Erfolg hatten, aber bei der Dehnbarkeit und Lückenhaftigkeit der deutschen Vereinsgesetze keinen dauernden Schutz vor polizeilicher Willkür gewähren konnten. Zur Sicherung einer guten Finanzverwaltung wurde unter anderem angeordnet, daß mindestens die Hälfte der örtlichen Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden

müßte und der Kassierer alle Monate die Namen der mit ihren Beiträgen rückständigen Orte im Sozialdemokraten veröffentlichen sollte. Das Kassiereramt behielt J. M. Hirsch, doch da er bald darauf wegen Veröffentlichung des ersten sozialdemokratischen Liederbuchs verhaftet und zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt wurde, so ging es auf Bracke über. Zum Präsidenten wurde Schweitzer gewählt, und das Sekretariat an seinen Wohnort verlegt; an Stelle Audorfs, der im Jahre darauf nach Rußland ging, trat der Stenograph Roller.

Die erste Wirkung dieser Reorganisation bestand darin, mit der Gräfin Hatzfeldt reinen Tisch zu machen. Sie stiftete jetzt eine besondere Sekte unter dem Namen des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Es gelang ihr, etwa den sechsten Teil des alten Vereins abzusprengen, die Hauptmasse der Mitglieder im Königreiche Sachsen und einzelne Splitter in Kiel, Bremen und anderen Orten. Zum Präsidenten ließ sie Försterling wählen, neben ihm war ihre rechte Hand der junge Fritz Mende, dem die einfachsten intellektuellen und moralischen Eigenschaften für die Tätigkeit eines Arbeiterführers fehlten. Es gibt keine Entschuldigung für die Art, wie sich die Gräfin an dem Andenken ihres toten Freundes versündigte. Ihr Treiben war nicht mehr gefährlich, denn es ließ sich vorhersehen, was sich auch wirklich erfüllte, daß die paar tausend ehrliche Arbeiter, die sie mit Lassalles Namen verblendete, bald zu besserer Erkenntnis erwachen und dann zum alten Vereine zurückkehren oder sich der Sächsischen Volkspartei anschließen würden. Aber es war im höchsten Grade peinlich, daß die Bourgeoisie ein paar Jahre lang ihren stumpfen Witz an dem Unfuge schärfen konnte, den die Gräfin trieb.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte mit den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung wieder die Spitze der sozialistischen Bewegung in Europa genommen. Ein Prüfstein dafür war der zweite Kongreß der Internationalen, der einige Zeit darauf, während der ersten Septemberwoche, in Lausanne tagte. Er war von 64 Delegierten besucht, der Mehrzahl nach Schweizern, dann 6 Deutschen, 6 Engländern, 17 Franzosen, 2 Italienern und 2 Belgiern. Unter den deutschen Delegierten befanden sich Albert Lange, Ludwig Büchner und Ladendorf.

Der Kongreß beschloß, daß die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse unzertrennlich von ihrer politischen Emanzipation, daß die Er-

oberung der politischen Freiheit die erste und absolute Notwendigkeit sei. Das stimmte ganz mit dem Braunschweiger Programm überein. Aber dann zeigten sich auf dem Kongresse der Internationalen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über das Gemeineigentum am Grund und Boden, über das sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein längst klar war. Diese sozialistische Forderung stand nicht unmittelbar auf der Tagesordnung des Lausauner Kongresses, aber sie brach bei mehreren Anlässen durch, sowohl bei der nochmals aufgenommenen Frage der Kooperativgesellschaften, über die der Kongreß beschloß, daß sie, auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt, einen ganz elenden fünften Stand bilden würden, als auch bei der von dem Kongresse bejahten Frage, ob die Transport- und Verkehrsmittel verstaatlicht werden sollten. Namentlich die Franzosen traten leidenschaftlich für das individuelle Eigentum am Grund und Boden ein, während andere, die das Gemeineigentum befürworteten, wie Ladendorf, von der kommunistisch-revolutionären Auffassung des Gedankens weit entfernt waren. Fast nur Eccarius und Leßner, die alten Mitglieder des Kommunistenbundes, die jetzt im Generalrate der Internationalen saßen, behandelten die Frage so gründlich und klar, wie Schweitzer sie schon anderthalb Jahre früher in seiner Erfurter Rede behandelt hatte.

Einen Monat später trat in Gera der vierte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. In seinen Verhandlungen begannen sich jetzt die Geister immer schärfer zu scheiden. Uhlich brachte eine Reihe von Resolutionen ein, wonach die Volksschule den „ewigen Gesetzen der Menschenseele“ gemäß eingerichtet werden solle, und Sonnemann überraschte den Vereinstag durch die interessante Mitteilung, daß er nun endlich die soziale Frage gelöst und in der Frankfurter Sozietätsdruckerei eine Produktivgenossenschaft eingerichtet habe, worin er einfacher „Mitarbeiter“ der Setzer sei, die in brüderlicher Gemeinschaft mit ihm nach fünf Jahren das Geschäft besitzen würden. Wie sich von selbst versteht, handelte es sich um eine kapitalistische Treiberei; die Frankfurter Sozietätsdruckerei ist heute ein Millionenunternehmen, worin der „Arbeiterfreund“ Sonnemann „seine“ Setzer ganz so wie jeder beliebige Kapitalist ausbeutet. In wohltuendem Gegensatze gegen solche häßlichen Reklamen schilderte Bebel in seiner beredten Weise das furchtbare Unglück im Lugauer Steinkohlenbergwerke, wo über hundert Arbeiter der verbrecherischen Profitgier des Kapitals und der schuldvollen Pflicht-

vergessenheit der sächsischen Bergpolizei zum Opfer gefallen waren, während der Tuchmacher Motteler in einem ergreifenden Berichte das namenlose Elend der fabrikmäßigen Kinderarbeit entrollte. Beide verlangten das rücksichtslose Einschreiten der Staatsgewalt gegen die Ausbeutung des Kapitals. Die kräftigeren Elemente der Arbeitervereine drängte es unaufhaltsam zu engerem Zusammenschlusse, als er bisher durch den über ganz Deutschland zerstreuten Ausschuß hergestellt worden war. Die Schlingen der deutschen Vereinsgesetze mußten auch hier durch allerlei subtile Unterscheidungen umgangen werden. Einer der größeren Vereine wurde damit betraut, die allgemeinen Angelegenheiten des Vereinstags zu besorgen; der Sitz dieses Vereins wurde der Vorort des Vereinstags; seinen Ausschuß bildeten fortan sieben Mitglieder, von denen sechs Beisitzer von dem leitenden Verein aus seiner Mitte gewählt werden sollten, der Vorsitzende aber von dem Vereinstage selbst. Im Wesen der Sache handelte es sich um die Frage, ob der Vereinstag unter kapitalistischer Vormundschaft bleiben oder in proletarischer Selbständigkeit sich entwickeln wollte. Bei der Wahl des Vorsitzenden standen sich Bebel und Max Hirsch als Kandidaten gegenüber. Bebel siegte mit namhafter Mehrheit, ein großer Schritt vorwärts war getan.

Inzwischen ging die Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins rüstig voran. Am 22. November tagte in Berlin die sechste Generalversammlung, auf der 3408 Mitglieder durch 20 Delegierte vertreten wurden. Die Mitgliederzahl schwankte noch immer etwas im Ungewissen; die Generalversammlung stand für diesmal noch von der praktischen Ausführung des Braunschweiger Beschlusses ab, wonach nur die Delegierten solcher Orte zugelassen werden sollten, die ihren Verpflichtungen gegen die Vereinskasse nachgekommen seien. Aber die Kassenverhältnisse waren durch Bracke schon in musterhafte Ordnung gebracht worden; die Abonnenten des Sozialdemokraten hatten sich seit dem Anfange des Jahres nahezu verdreifacht. Sie waren von 450 auf 1200 gestiegen; bis zu 10 Exemplaren bezogen 83, bis zu 25 Exemplaren 25 Orte, voran marschierten Frankfurt mit etwa 50, Elberfeld-Barmen mit etwa 175 und namentlich Hamburg mit etwa 375 Exemplaren. Die einstimmige Wiederwahl Schweitzers zum Präsidenten war von selbst gegeben. Jedoch nahm die Generalversammlung eine tiefgreifende, schon in Braunschweig geplante, aber damals noch verschobene Änderung an

den Statuten vor: der Präsident sollte fortan durch Urabstimmung der Mitglieder mindestens sechs Wochen vor jeder ordentlichen Generalversammlung gewählt werden. Der Beschluß wurde mit 2264 gegen 838 Stimmen gefaßt, während 306 Stimmen, die Schweitzer führte, sich der Abstimmung enthielten. In der Opposition befanden sich besonders die Hamburger und die Iserlohner Mitglieder. Bestimmt, die tatsächliche Diktatur des Präsidenten möglichst zu demokratisieren, war der Beschluß doch sehr zweischneidig; er verstärkte die Macht des Präsidenten gegenüber den anderen Beamten und Behörden des Vereins.

Einstweilen trübte noch keine Wolke die wiederhergestellte Eintracht. Schweitzer, der immer darauf bedacht war, das selbständige Denken der Arbeiter zu befördern, veranstaltete bei dieser Generalversammlung zum erstenmal eine öffentliche Sitzung, in der eine Reihe von wichtigen Problemen debattiert wurde. Die Tagesordnung war etwas zu reichlich besetzt: über Preußen und die deutsche Frage, das allgemeine Wahlrecht, die Aufhebung der Wuchergesetze, die Frauenarbeit, die Zuchthausarbeit, die Verfälschung der Lebensmittel und die Reklame, den Normalarbeitstag und die englische Fabrikgesetzgebung sollte verhandelt werden. Es konnte nicht fehlen, daß dabei manches einseitige und oberflächliche Urteil laut wurde, aber die eiserne Ausdauer der Redner und Hörer imponierte deshalb nicht weniger den einsichtigeren Organen der bürgerlichen Presse. Sie schrieben: Allen Respekt vor diesen Sozialdemokraten! Wo haben bisher Männer aus dem Volke elf Stunden eines einzigen Tages in sehr mäßig erwärmten Räumen ausgeharrt, um Reformfragen zu diskutieren? Auf den großen Kongressen der verschiedenen Wissenschaften wissen sich's die Leute bequemer zu machen und die geistigen Anstrengungen durch zeitgemäße leibliche Erquickung zu mildern.

Zu der gehobenen Stimmung dieser Generalversammlung trug nicht wenig bei, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eben seinen ersten parlamentarischen Feldzug nicht ohne Verlust, aber doch mit Ehren bestanden hatte.

---

5. Die parlamentarischen Anfänge der Sozialdemokratie.

Die Verfassung, die der am 12. Februar gewählte Reichstag mit den verbündeten Regierungen des norddeutschen Bundes beraten hatte, war ganz nach Bismarcks Vorschriften ausgefallen. Die Hauptschuld

daran trug die Bourgeoisie der annektierten oder auch noch nicht annektierten Mittel- und Kleinstaaten, die alle Finger nach den Herrlichkeiten eines einheitlichen und großen Wirtschaftsgebiets schleckte; wie sie dem seligen Nationalvereine die vorlautesten Worthelden gestellt hatte, so stellte sie jetzt in denselben „Staatsmännern" dem preußischen Absolutismus die kleinlautesten Überläufer. Die Reste der alten Fortschrittler jammerten in einem offiziellen Aktenstücke mit berechtigtem Zorne, wenn auch konfus wie immer: „Die neue Verfassung hat der Regierung mehr Rechte gegeben, dem Volke mehr Rechte genommen, als sie besaßen." Aber das allgemeine Wahlrecht war wenigstens erhalten geblieben, mochte auch Bismarck die dauernde Versagung von Diäten zur Kabinettsfrage gemacht und durchgesetzt haben. Wir werden unsere Abgeordneten schon nicht verhungern lassen, sagten die Arbeiter und gingen frischen Mutes von neuem ans Werk, als am 31. August 1867 der norddeutsche Reichstag gewählt wurde, für den in der neuen Bundesverfassung eine dreijährige Gesetzgebungsperiode vorgesehen worden war.

Die ziffernmäßigen Wahlerfolge der Sozialdemokratie blieben diesmal noch ziemlich weit hinter dem zurück, was sie in den Februarwahlen erreicht hatte. Mit Ausnahme des Kreises Essen und der Stadt Hannover, die zum erstenmal mit je 1100 Stimmen auf den Kampfplatz traten, wurde kein neuer Boden erobert, und mit Ausnahme der Städte Elberfeld-Barmen, wo Schweitzer auf den ersten Schlag 6110 Stimmen gewann, wurde nirgends eine gleich hohe Stimmenzahl erreicht, wie sechs Monate vorher. Selbst die stets erprobte Veste Hamburg, wo der Buchhändler August Geib kandidierte, brachte nur wenig über 2000 Stimmen auf. Jedoch mitten in den frischen Hoffnungen seiner kräftig fortschreitenden Reorganisation empfand der Verein keine besondere Enttäuschung, und zwar um so weniger, als alle übrigen Parteien über eine noch weit größere Abspannung zu klagen hatten. Wie in Elberfeld-Barmen, so kam Schweitzer auch in Reichenbach-Neurode zur Stichwahl, obgleich er in diesem Kreise kaum halb so viele Stimmen erhalten hatte, wie im Februar. Ferner standen Hasenclever in Essen gegen den konservativen Landrat Devens und Reincke in Lennep-Mettmann gegen den alten Ludolf Camphausen zur engeren Wahl. Reincke, der während des Sommers mit dem Fortschrittler Harkort in westfälischen Blättern eine lange Fehde über die Berechtigung des Sozialismus ausgefochten und dadurch die dankbare Anerkennung der Arbeiter gewonnen hatte, war

in einer ganzen Reihe rheinisch-westfälischer Wahlkreise als sozial-demokratischer Kandidat aufgestellt worden, außer in Lennep-Mettmann auch in Düsseldorf, Mülheim, Duisburg, Solingen und Hagen. Vergebens machte Schweitzer, dem die Braunschweiger Generalversammlung die Leitung der Wahlen anvertraut hatte, die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie nicht so zimperlich vor Arbeiterkandidaturen zurückschrecken sollten; die Meinung, daß ein Arbeiter nicht genug Ansehen zum Parlamentskandidaten habe, sei ein „verfluchtes Vorurteil“, das mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müsse, da es die herrschenden Klassen nur in ihrem eigenen Interesse den Arbeitern eingeflößt hätten. Wie so oft, sollte sich auch in diesem Falle erst die praktische Erfahrung als wirksame Lehrmeisterin erweisen.

Für die Stichwahlen hatte Schweitzer die Parole ausgegeben, daß die Arbeiter sich an ihnen unter allen Umständen beteiligen sollten, wenn es sich auch nur um zwei bürgerliche Kandidaten handle: aus dem prinzipiellen Grunde, weil die Arbeiter bei dem unlöslichen Zusammenhange des Politischen und Sozialen doch immer irgend ein Interesse daran hätten, ob dieser oder jener Kandidat siege, aus dem praktischen Grunde, weil eine politische Partei sich bei jeder Gelegenheit geltend machen müsse. Für die Frage, welche der streitenden Parteien die Arbeiter unterstützen sollten, sei in erster Reihe maßgebend, wie sich diese Parteien, besonders während der Hauptwahl, gegen die Arbeiter verhalten hätten. Als junge Partei habe die Sozialdemokratie vor allem festen Fuß zu fassen und das Verleumdungssystem zu zerbrechen, durch das die alten Parteien sie niederhalten wollten. In Düsseldorf hätten bei den Februarwahlen die Arbeiter den Sieg der Fortschrittspartei entschieden; gleichwohl habe die in Düsseldorf erscheinende Rheinische Zeitung den ganzen Sommer hindurch nichts als hämische Schimpfartikel über die Arbeiterbewegung gebracht. Diese infame Kampfweise müsse den Liberalen abgewöhnt werden; wo sie sich ihrer schuldig machten, hätten die Arbeiter bei den Stichwahlen unbedingt für den gegnerischen Kandidaten zu stimmen; die Förderung der Parteisache gehe jeder anderen Rücksicht vor. Wo aber die Liberalen in ehrlicher und sachlicher Weise die Arbeiterpartei befehdeten, was selbstverständlich ihr Recht sei, da hätten die Arbeiter bei Stichwahlen für die liberalen Kandidaten zu stimmen, wobei jedoch die sogenannten Nationalliberalen nicht zu den Liberalen gerechnet werden dürften. Sie seien weiter nichts als schein-

heilige Reaktionäre im liberalen Schafspelze und noch gemeinschädlicher als offene Konservative.

Nach diesen Gesichtspunkten wurden die Stichwahlen im bergisch-märkischen Industriebezirke behandelt. In Düsseldorf halfen die Arbeiter dem Bismärcker Michaelis zum Siege über den fortschrittlichen Kandidaten Bürgers, während ein Teil der konservativen und nationalliberalen Wähler in Elberfeld-Barmen den Sieg Schweitzers gegen den fortschrittlichen Kandidaten Löwe-Kalbe durchsetzte. Diese von der sozialdemokratischen Partei beobachtete Taktik ist damals von verschiedenen Seiten heftig getadelt worden, und gewiß hatte sie ihre Bedenken. Nur war es falsch, zu sagen, daß sie auf irgend welchen heimlichen und verräterischen Abmachungen mit der konservativen Partei oder der Regierung beruhen sollte. Sie war vielmehr lange vor der Hauptwahl öffentlich im Sozialdemokraten proklamiert worden, nicht als eine grundsätzlich richtige, sondern im Gegenteil als eine grundsätzlich unrichtige, aber in bestimmten Notfällen durch die prinziplos unwürdige Politik der Fortschrittspartei erzwungene Taktik. Jedenfalls hatte sie den Vorzug, den Zweck zu erreichen, den sie erreichen sollte. Sobald die Fortschrittspartei sah, daß die Arbeiter sich nicht als willenloses Stimmvieh mit Fußtritten abspeisen ließen, bequemte sie sich zu anständigen Manieren. Nach gegenseitigem Übereinkommen stimmten die sozialdemokratischen Wähler in Hagen und Solingen für die fortschrittlichen, die fortschrittlichen Wähler aber in Essen und Lennep-Mettmann für den sozialdemokratischen Kandidaten. Das tatsächliche Ergebnis war, daß Harkort in Hagen und Reincke in Lennep-Mettmann siegten, während Hasenclever in Essen und Eugen Richter in Solingen durchfielen. In Reichenbach-Neurode unterlag Schweitzer dem liberalen Kandidaten Twesten.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte somit zwei Sitze im norddeutschen Reichstage erobert. Die Sächsische Volkspartei aber behauptete nicht nur die Wahlkreise Glauchau-Meerane und Zwickau-Crimmitschau, sondern gewann noch zwei neue Sitze dazu; Liebknecht siegte in Stollberg-Schneeberg und der Arzt Götz im Leipziger Landkreise. Unter nicht ganz zweifelsfreien Umständen gewann Försterling den Wahlkreis Chemnitz. Er kämpfte mit einem großdeutschen Demokraten in der Stichwahl, und es hieß damals, daß die 3500 Stimmen, die Försterling bei der engeren Wahl mehr erhielt, als bei der allgemeinen Wahl, zum Teil von arbeiterfeindlicher Seite herrührten, die durch das

voraussichtliche Auftreten Försterlings im Reichstage die sozialdemokratische Sache schädigen zu können hofften.

Ob dem nun so war oder nicht, jedenfalls machte sich Försterling, als der Reichstag am 10. September zu seiner ersten Session zusammentrat, gleich bei der Adreßdebatte durch ein gedankenloses Herplappern einzelner Brocken aus Lassalles Schriften parlamentarisch unmöglich. Aber auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verlor einen seiner Abgeordneten, indem Reincke die erste beste Gelegenheit benützte, um den proletarischen Klassenkampf zu verleugnen, um zu erklären, daß die Aufgabe des Sozialismus durchaus nicht sei, Bourgeoisie und Proletariat auseinander zu hetzen, sondern zu versöhnen. Es blieb dem Verein nichts übrig, als zwischen sich und diesem parlamentarischen Vertreter einfach das Tischtuch zu zerschneiden, was auf der Berliner Generalversammlung geschah. Götz und Schraps waren im wesentlichen bürgerliche Demokraten, die sich mit der schärferen Zuspitzung des proletarischen Klassenkampfes bald zu erbitterten Gegnern der Sozialdemokratie entwickelten, während Bebel sich noch in der Mauserung von bürgerlich-radikalen zu sozialdemokratischen Anschauungen befand. So lag die parlamentarische Vertretung des proletarisch-revolutionären Standpunkts vorwiegend in Liebknechts und Schweitzers Händen, und zwischen ihnen flammte sofort der alte Streit über die richtige Taktik auf.

Liebknecht sah in dem norddeutschen Bunde ein reaktionäres Werk der Gewalt und des Unrechts, das unter allen Umständen zertrümmert werden müsse; um es nicht noch zu stärken, verwarf er jede praktische Mitarbeit an den gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstags; die parlamentarische Tribüne war ihm nur eine Stätte, von wo er seinen Protest gegen die neue Gestaltung der deutschen Dinge in die Massen schleudern konnte. Schweitzer dagegen faßte den norddeutschen Bund als eine sehr unerfreuliche und sehr unwillkommene, aber dennoch unwiderrufliche Tatsache auf, mit der die Sozialdemokratie sich abzufinden, auf deren Boden sie sich als äußerste Opposition einzurichten habe, wenn sie eine politische Partei bleiben wolle. Während Liebknecht ihn als „Doppelgänger Wageners“ verspottete, sagte Schweitzer nicht, daß Liebknecht im Dienste oder im Interesse der depossedierten Fürsten und der österreichischen Regierung arbeite, wohl aber sagte er, daß er den Standpunkt Liebknechts nicht teilen könne, weil die Zertrümmerung des norddeutschen Bundes nach dem Überlaufen der Bourgeoisie ins Bismärckische

Lager nicht mehr möglich sei, es sei denn durch die Gewalt des Auslandes, was aus dem Regen unter die Traufe kommen heiße. Gegenüber den bonapartistischen Umtrieben und den Revanchegelüsten des zum österreichischen Premier avancierten Beust mußte nach Schweitzers Ansicht die Arbeiterklasse mit allen anderen Klassen der Nation zusammenstehen, während Liebknecht in der Bedrängung Bismarcks durch Bonaparte und Beust das logische Schicksal einer gewalttätigen Eroberungspolitik sah.

Dem entsprechend ergriff Liebknecht am 17. Oktober das Wort, bei der Beratung des neuen Bundesgesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, um auszuführen, daß die Geschichte hinwegschreiten werde über das Gewaltwerk des norddeutschen Bundes, das nichts anderes bedeute als die Teilung, Schwächung und Knechtung Deutschlands, daß sie hinwegschreiten werde über den norddeutschen Reichstag, der nichts sei als ein Feigenblatt des Absolutismus. Liebknecht protestierte gegen die stehenden Heere als die Werkzeuge solcher Gewaltpolitik, wie Bismarck sie betrieben habe; eine Resolution auf Einrichtung einer Volkswehr nach schweizerischem Muster brachte er nur deshalb nicht ein, weil er sich bei dem Versuche, sie einzubringen, in den Schlingen der Geschäftsordnung verfangen hatte. Die Rede Liebknechts traf mit unbarmherziger Geißel alle wunden Stellen der Revolution von Oben, und der furchtbare Lärm, womit die satten Patrioten der herrschenden Klassen um den Redner tobten, ehrte seinen Mut doppelt. Aber die Lauterkeit und Schärfe einer Kritik verbürgt noch nicht in jedem Punkte ihre Richtigkeit. Sah Liebknecht voraus, daß Bismarck sich mit Bonaparte zu messen haben und das Schicksal des norddeutschen Bundes dann in der Wage des Kriegsglückes ruhen werde, so sah Schweitzer noch etwas weiter voraus, daß sich diese Wage zugunsten Bismarcks senken müsse, nach dem ganzen Stande der historischen Entwicklung.

Schweitzer meldete sich nach Liebknechts Rede zum Worte, um das hervorzuheben, was ihn von Liebknechts Auffassung trennte. Damals bestand noch die Rednerliste, in die sich Schweitzer gegen die Vorlage einschrieben ließ. Als dann ein Schlußantrag einlief, wurde vor der Abstimmung darüber die Rednerliste verlesen, und es ergab sich, daß Schweitzer unter den gegen das Gesetz eingezeichneten Rednern an neunter Stelle stand, während für das Gesetz nur noch zwei Redner eingetragen waren. Schweitzer ließ sich nun, um überhaupt noch zum Worte zu kommen, auf die Seite der Redner übertragen, die für das Gesetz

sprechen wollten, eine parlamentarische Praxis, die, so lange die Rednerliste bestand, bei allen Parteien gang und gäbe war, wenn es sich um die Abgabe irgend einer kurzen Berichtigung oder Erklärung handelte, die den eigentlichen Gegenstand der Beratung nicht berührte. Die völlig gleichgültige Episode würde heute nicht mehr der geringsten Erwähnung wert sein, wenn sie nicht von jeher einen Hauptbeweis für Schweitzers angeblichen Verrat gebildet hätte. Er war „für" den preußischen Militarismus eingetreten; die amtliche Rednerliste des Reichstags lieferte ja den urkundlichen Beweis.

Tatsächlich hat Schweitzer für das Bundesgesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste weder gesprochen noch gestimmt. Er gab einfach eine kurze Erklärung ab, von der er mit Recht sagen durfte, daß er sie im Namen der Tausende von Arbeitern abgebe, die ihn zu ihrem Führer erwählt hätten: eine Erklärung des Sinnes, daß er mit Liebknecht zwar in der Opposition gegen die inneren Zustände des norddeutschen Bundes, aber nicht in dem Bestreben übereinstimme, diesen Bund selbst zu zertrümmern. Er betonte namentlich, daß er und die Arbeiter seiner Richtung dem Auslande gegenüber auf preußischer Seite ständen. Wenn er dabei den bedenklichen Ausdruck gebrauchte, er wolle nicht die Eigenschaften Preußens bemäkeln, die im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkannt habe, so war diese Übertreibung hervorgerufen durch Liebknechts Übertreibung, daß der norddeutsche Bund im Auslande noch verachteter sei, als der Bundestag seligen Angedenkens. Heute, wo diese Gegensätze längst der Geschichte angehören, wäre es unbillig, an den Worten des einen oder des anderen zu klauben. Jedoch Liebknechts Ansicht, daß jeder, der mit Schweitzer das Werk der Blut- und Eisenpolitik anerkenne, durch eine breite unübersteigliche Kluft von der Sozialdemokratie getrennt sei, stimmte nur so, daß damals eine breite, aber nicht unübersteigliche Kluft mitten durch das klassenbewußte Proletariat lief. Sie war eingeebnet, ehe noch ein Jahrzehnt ins Land ging.

Im Grunde lief der neue Zwist zwischen Liebknecht und Schweitzer auf ihre alte Meinungsverschiedenheit hinaus. Liebknechts Rede war eine rein propagandistische Kundgebung; als in der Konfliktszeit radikale Demokraten für eine schweizerische Volkswehr schwärmten, schrieb Engels achselzuckend: „Wie man sich die Sache vorstellt, ist sie heute für ein Land von 18 Millionen Einwohnern und sehr exponierten Grenzen unmöglich, und selbst für andere Verhältnisse nicht in dieser Weise

möglich." Gewiß wußte das auch Liebknecht sehr gut; ihm kam es eben nur auf die Propaganda demokratischer Ideale an. Dagegen vertrat Schweitzer die Ansicht, daß eine politische Arbeiterpartei eine praktische Politik treiben müsse, praktische Politik natürlich nicht im Sinne irgend einer bürgerlichen Rechnungsträgerei, sondern von prinzipiell-proletarischem Boden aus. Er stimmte gegen das Militärgesetz, aber er glaubte nicht an ihm, sondern an einer anderen Stelle den parlamentarischen Hebel ansetzen zu sollen, um etwas für die Arbeiterklasse zu erreichen.

Nicht auf militärischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete lag der Schwerpunkt des norddeutschen Reichstags. Dies schwache Parlament konnte nichts daran ändern, daß die militärischen Einrichtungen Preußens auf den Mittelstaat Sachsen und die paar Dutzend Kleinstaaten erstreckt wurden, die zum norddeutschen Bunde gehörten. Wohl aber konnte es einen Ton mitreden bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung, die einigermaßen mit dem feudal-zünftigen Schutt aufräumen sollte. Die Befriedigung ihrer materiellen Interessen war der Preis, um den die Bourgeoisie ihre politischen Ideale an Bismarck preisgegeben hatte, der Preis, den Bismarck zahlen mußte und auch zahlen wollte. Der Bourgeoisie, die den Boden ebnete, worauf sie das Proletariat um so gründlicher auszubeuten gedachte, sofort mit den unverjährbaren Ansprüchen der Arbeiterklasse in den Weg zu treten, das war nach Schweitzers Ansicht die praktische Politik, die von den sozialdemokratischen Abgeordneten im norddeutschen Reichstage getrieben werden mußte.

Bei der Aufhebung der Wuchergesetze brachte Schweitzer nach dem Muster der englischen Gesetzgebung den Antrag ein, daß der Wucher bei Darlehen unter hundert Talern verboten bleiben sollte, und begründete ihn in einer vortrefflichen Rede, die zum erstenmale in einem deutschen Parlamente einige Hauptgesichtspunkte des wissenschaftlichen Kommunismus entwickelte. Nicht minder gut verteidigte er einen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote. Seine parlamentarische Hauptarbeit in der kurzen Session war jedoch ein Gesetz zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital. Der Entwurf bestand aus 47 Paragraphen, die teilweise nur zusammenstellten, was die preußische Gesetzgebung bereits über das Verbot der Kinderarbeit und des Trucksystems verfügt hatte, darüber hinaus aber den zehnstündigen Arbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter, die Einsetzung von Fabrikinspektoren mit ausgiebig bemessenen Befugnissen und endlich auch ständige Parlaments-

kommissionen „zur Erhebung und Feststellung der im Gebiete des norddeutschen Bundes vorhandenen städtischen und ländlichen Arbeiterverhältnisse“ forderten. Das Gesetz sollte sich auf alle Unternehmungen erstrecken, die mindestens zehn Lohnarbeiter beschäftigten, und zwar nicht nur auf die Fabriken im engeren Sinne, sondern auch auf landwirtschaftliche Güter, Schiffswerften, Eisenbahnen, Dampfschiffe, endlich auch auf die Hausindustrie. Fußend auf den Erfahrungen der englischen Fabrikgesetzgebung, legte Schweitzer das Hauptgewicht auf die Einrichtung einer wirksamen Fabrikaufsicht, womit viel mehr erreicht war, als mit den weitgreifendsten Verboten und Strafandrohungen, die auf dem geduldigen Papiere der Gesetzsammlung ein beschauliches Dasein führten. Einzelne fortschrittliche Abgeordnete, denen Schweitzer seinen Entwurf vorlegte, meinten überlegen, das sei ja gar nichts, und sie würden verschärfende Amendements stellen. Worauf Schweitzer, der diese Pappenheimer kannte, trocken erwiderte: Soll mich freuen.

Zunächst suchte er die 15 Unterschriften, deren er zur Einbringung seines Entwurfs bedurfte, bei den Abgeordneten, die von Arbeitern gewählt worden waren. Jedoch lehnten Försterling und Reincke ab, während Liebknecht für sich und seine engeren Gesinnungsgenossen erklärte, sie könnten keinen Antrag unterschreiben, der den norddeutschen Bund durch wichtige Einrichtungen stützen wolle. Schweitzer wandte sich nun an die weisen Kritiker der Fortschrittspartei, die ihre Unterschriften auch zusagten, aber schon am nächsten Tage auf Grund eines Fraktionsbeschlusses ihre Zusagen zurücknahmen. Genau dasselbe Spiel wiederholte sich bei den Nationalliberalen: erst Zusage, dann Fraktionsbeschluß und endlich Ablehnung. Williger zeigten sich die Konservativen, aber nur unter der Bedingung, daß die ländlichen Arbeiter ausgeschieden würden, worauf Schweitzer natürlich nicht einging. Endlich nach unsäglicher Mühe setzte Schweitzer durch, daß die Fortschrittler, die Nationalliberalen und die Konservativen sich verpflichteten, je 5 Mann aufstehen zu lassen, wenn der Präsident die Unterstützungsfrage stelle. Aber der Präsident Simson, ein eingefleischter Bourgeois, der sich immer der ungeschminktesten Parteilichkeit gegen die parlamentarischen Vertreter des Proletariats befliß, erklärte nunmehr, das genüge ihm nicht, er wolle 15 Unterschriften sehen. Nun neue Versuche Schweitzers, neue Ausflüchte der Parteien und neue Halsstarrigkeit des Präsidenten, bis der Schluß der kurzen Session die angstschwitzenden Patrioten erlöste.

Von Liebknecht und anderen ist später der Vorwurf erhoben worden, Schweitzer habe durch diesen Entwurf die Arbeiterbewegung in Bismarcks Hände spielen wollen und dabei mit Wagener unter einer Decke gesteckt. Nun fußte der Entwurf durchaus auf der englischen Fabrikgesetzgebung und enthielt nichts, was nicht ganz ebenso in späteren sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwürfen wiedergekehrt wäre. Bismarck für seine Person gehörte damals wie immer zu den hartnäckigsten Gegnern jedes gesetzlichen Arbeiterschutzes, und der neue Bundesrat, die Vertretung der Regierungen, kümmerte sich nicht im mindesten um Schweitzers Entwurf, ja warf selbst den vom Reichstage angenommenen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote vorläufig in den Papierkorb. Daß Schweitzer wie mit den Fortschrittlern und Nationalliberalen, so auch mit den Konservativen über die Unterstützungsfrage verhandelt hat, ist richtig und von ihm selbst sofort mit aller Ausführlichkeit im Sozialdemokraten berichtet worden; auch ist es wahrscheinlich genug, daß er bei dieser Gelegenheit mit Wagener gesprochen hat. Aber er verzichtete lieber auf die konservative Unterstützung, als daß er sie durch ein prinzipwidriges Zugeständnis erkaufte, und so ist nicht abzusehen, welcher Vorwurf ihn treffen soll.

Schweitzer hatte einfach nach der Auffassung gehandelt, die der Genfer Kongreß der Internationalen im vorigen Jahre mit den Worten kundgegeben hatte, daß Arbeiterschutzgesetze nicht die regierende Macht stärkten, sondern sie vielmehr in ein Werkzeug der Arbeiterklasse verwandelten.

Viertes Kapitel.

Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus.

Das Jahr 1867 macht auch dadurch Epoche in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß es den ersten und auf lange hinaus einzigen Band des großen Werkes erscheinen sah, durch das Marx seine Kritik der politischen Ökonomie zu klassischer Vollendung brachte. Indem Marx den Produktionsprozeß des Kapitals schilderte, erklomm er die Höhe, von der aus das ganze Gebiet der modernen sozialen Verhältnisse klar und übersichtlich dalag, wie die niederen Berglandschaften vor dem Bergsteiger, der auf der höchsten Kuppe steht.

Im ersten Abschnitte seines neuen Werkes faßte Marx noch einmal zusammen, was er in der Schrift von 1859 über Ware und Geld dargelegt hatte. Er tat es in einer noch ungleich reicheren Darstellung, in einem weltenweit gespannten Rahmen und in einem Bilde voll haarscharfer Schattierungen. Weniges in der Weltliteratur läßt sich an literarischer Meisterschaft mit diesen Kapiteln vergleichen. Ihre vielberufene Schwerverständlichkeit gilt nur für den Leser, der noch nicht dialektisch geschult ist; bei ernsthafter Bemühung erschließt sich jedem gesunden Verstande diese Quelle der Erkenntnis, die aus der Tiefe des menschheitlichen Werdeprozesses sprudelt und dabei so klar und rein ist, daß man jedes Sandkorn auf ihrem Grunde zählen kann.

Marx ging dann zu der Untersuchung über, wie sich Geld in Kapital verwandelt. Tauschen sich in der Warenzirkulation gleiche Werte gegeneinander aus, wie kann der Geldbesitzer Waren zu ihrem Werte kaufen und zu ihrem Werte verkaufen, dennoch aber mehr Wert herausziehen, als er hineinwarf? Er kann es deshalb, weil er unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auf dem Warenmarkt eine Ware von so eigentümlicher Beschaffenheit vorfindet, daß ihr Verbrauch eine Quelle von neuem Wert ist. Diese Ware ist die — Arbeitskraft. Damit löste Marx das Rätsel, an dem die klassische Ökonomie ge=

scheitert war und der kleinbürgerliche Sozialismus sich vergebens abgequält hatte, damit erklärte er den Unterschied zwischen dem Arbeitslohn und dem Arbeitsprodukt, der dem kapitalistischen Wertgesetze so schreiend zu widersprechen schien.

Die Arbeitskraft existiert in der Gestalt des lebendigen Arbeiters, der zu seiner Existenz sowie zur Erhaltung seiner Familie, welche die Fortdauer der Arbeitskraft auch nach seinem Tode sichert, einer bestimmten Summe von Lebensmitteln bedarf. Die zur Hervorbringung dieser Lebensmittel nötige Arbeitszeit stellt den Wert der Arbeitskraft dar. Dieser im Lohne gezahlte Wert ist aber weit geringer, als der Wert, den der Käufer der Arbeitskraft aus ihr zu pumpen vermag. Die Mehrarbeit des Arbeiters über die zur Ersetzung seines Lohnes nötige Zeit hinaus ist die Quelle des Mehrwerts, der stets wachsenden Anschwellung des Kapitals. Die unbezahlte Arbeit des Arbeiters erhält alle nichtarbeitenden Mitglieder der Gesellschaft; aus ihr werden die Grundrenten der Grundbesitzer, die Profite der Kapitalisten, die Staats- und Gemeindesteuern bestritten; auf ihr beruht der ganze gesellschaftliche Zustand, worin wir leben.

Zwar ist die unbezahlte Arbeit an sich keine Eigentümlichkeit der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Solange es besitzende und besitzlose Klassen gibt, hat die besitzlose Klasse stets unbezahlte Arbeit liefern müssen. Solange ein Teil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nötigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für die Eigner der Produktionsmittel zu produzieren. Die Lohnarbeit ist nur eine besondere historische Form des seit der Klassenscheidung herrschenden Systems unbezahlter Arbeit, eine besondere historische Form, die als solche untersucht werden muß, um richtig verstanden zu werden.

Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer den freien Arbeiter auf dem Warenmarkte vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt und daß er andere Waren nicht zu verkaufen hat, daß er los und ledig ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen. Es ist kein naturgeschichtliches Verhältnis, denn die Natur produziert nicht auf der einen Seite Geld- oder Warenbesitzer und auf der anderen Seite bloße Besitzer der eigenen Arbeitskraft. Es ist aber

auch kein gesellschaftliches Verhältnis, das allen Geschichtsperioden gemeinsam wäre, sondern das Ergebnis einer langen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion.

Die Warenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. Warenproduktion, Warenzirkulation und entwickelte Warenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht. Von der Schöpfung des modernen Welthandels und Weltmarktes im sechzehnten Jahrhundert datiert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals. Die Illusion der Vulgärökonomen, als habe es einmal eine fleißige Elite gegeben, die Reichtum akkumulierte, und eine Masse faullenzender Lumpen, die schließlich nichts zu verkaufen hatten, als ihre eigene Haut, ist eine fade Kinderei: eine ebenso fade Kinderei, wie das Halbdunkel, worin die bürgerlichen Historiker die Auflösung der feudalen Produktionsweise ausschließlich darstellen als Emanzipation des Arbeiters statt zugleich als Verwandlung der feudalen in die kapitalistische Ausbeutungsweise. Indem die Arbeiter aufhörten, unmittelbar zu den Produktionsmitteln zu gehören, wie Sklaven und Leibeigene, hörten die Produktionsmittel auf, ihnen zu gehören, wie beim selbstwirtschaftenden Bauern und Handwerker. Durch eine Reihe gewaltsamer und grausamer Methoden, die Marx im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation an der englischen Geschichte ausführlich schildert, wurde die große Volksmasse vom Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitswerkzeugen expropriiert. So entstanden die freien Arbeiter, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf; vom Kopf bis zur Zehe, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend kam das Kapital zur Welt. Sobald es einmal auf eigenen Füßen stand, erhielt es nicht nur die Scheidung zwischen dem Arbeiter und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit, sondern reproduzierte sie auf stets wachsender Stufenleiter.

Von den früheren Arten unbezahlter Arbeit unterscheidet sich die Lohnarbeit dadurch, daß die Bewegung des Kapitals maßlos, sein Heißhunger nach Mehrarbeit unersättlich ist. In ökonomischen Gesellschaftsformationen, wo nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert des Produkts überwiegt, wird die Mehrarbeit durch einen engeren oder weiteren Kreis von Bedürfnissen beschränkt, aber aus dem Charakter der Produktion entspringt kein schrankenloses Bedürfnis nach Mehr-

arbeit. Anders wo der Tauschwert vorwiegt. Als Produzent fremder Arbeitsamkeit, als Auspumper von Mehrarbeit und Ausbeuter von Arbeitskraft übergipfelt das Kapital an Energie, Maßlosigkeit und Wirksamkeit alle früheren, auf direkter Zwangsarbeit beruhenden Produktionsprozesse. Es kommt ihm nicht auf den Arbeitsprozeß, die Erzeugung von Gebrauchswerten an, sondern auf den Verwertungsprozeß, die Erzeugung von Tauschwerten, aus denen es mehr Wert herausschlagen kann, als es hineingesteckt hat. Der Hunger nach Mehrwert kennt kein Gefühl der Sättigung; die Produktion von Tauschwerten besitzt die Schranke nicht, die der Produktion der Gebrauchswerte in der Befriedigung der Bedürfnisse gezogen ist.

Wie die Ware Einheit von Gebrauchs- und Tauschwert, so ist der Produktionsprozeß der Ware Einheit von Arbeits- und Wertbildungsprozeß. Der Wertbildungsprozeß dauert bis zu dem Punkte, wo der im Lohne gezahlte Wert der Arbeitskraft durch einen gleichen Wert ersetzt ist. Über diesen Punkt hinaus wird er zum Erzeugungsprozeß von Mehrwert, zum Verwertungsprozesse. Als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß wird er kapitalistischer Produktionsprozeß, kapitalistische Form der Warenproduktion. Im Arbeitsprozesse wirken Arbeitskraft und Produktionsmittel zusammen; im Verwertungsprozesse erscheinen dieselben Kapitalbestandteile als konstantes und variables Kapital. Das konstante Kapital setzt sich in Produktionsmittel um, in Rohmaterial, Hilfsstoffe, Arbeitsmittel, und verändert seine Wertgröße nicht im Produktionsprozesse. Das variable Kapital setzt sich in Arbeitskraft um und verändert im Produktionsprozesse seinen Wert; es reproduziert seinen eigenen Wert und einen Überschuß darüber, Mehrwert, der selbst wechseln, größer oder kleiner sein kann. So schafft sich Marx klare Bahn für die Untersuchung des Mehrwerts, von dem er zwei Formen findet, den absoluten und den relativen Mehrwert, die eine verschiedene, aber jeder eine entscheidende Rolle in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise gespielt haben.

Absoluter Mehrwert wird produziert, indem der Kapitalist den Arbeitstag über die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Zeit ausdehnt. Ginge es nach seinem Wunsche, so hätte der Arbeitstag 24 Stunden, denn je länger der Arbeitstag ist, desto größeren Mehrwert produziert er. Umgekehrt hat der Arbeiter das richtige Gefühl, daß jede Stunde Arbeit, die er über die Ersetzung des Arbeitslohnes hinaus arbeitet,

ihm unrechtmäßig entzogen wird; er hat an seinem eigenen Körper durchzumachen, was es heißt, überlange Zeit zu arbeiten. Der Kampf um die Länge des Arbeitstages dauert vom ersten geschichtlichen Auftreten freier Arbeiter bis auf den heutigen Tag. Der Kapitalist kämpft für seinen Profit, und die Konkurrenz zwingt ihn, mag er persönlich ein edler Mensch oder ein schlechter Kerl sein, den Arbeitstag bis zur äußersten Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit auszurecken. Der Arbeiter kämpft für seine Gesundheit, für ein paar Stunden täglicher Ruhe, um außer Arbeiten, Essen und Schlafen sich auch sonst noch als Mensch betätigen zu können. Marx schildert in eindrucksvollster Weise den halbhundertjährigen Bürgerkrieg, den die Kapitalisten- und die Arbeiterklasse in England um den Arbeitstag kämpfte, von der Geburt der großen Industrie, welche die Kapitalisten antrieb, jede Schranke zu zertrümmern, die Natur und Sitte, Alter und Geschlecht, Tag und Nacht der Ausbeutung des Proletariats setzten, bis zum Erlaß der Zehnstundenbill, welche die Arbeiterklasse erkämpfte, als ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.

Relativer Mehrwert wird produziert, indem die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit zugunsten der Mehrarbeit verkürzt wird. Der Wert der Arbeitskraft wird dadurch gesenkt, daß die Produktivkraft der Arbeit in denjenigen Industriezweigen gesteigert wird, deren Produkte den Wert der Arbeitskraft bestimmen. Dazu ist notwendig eine fortwährende Umwälzung der Produktionsweise, der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses. Die historischen, ökonomischen, technologischen und sozialpsychologischen Ausführungen, die Marx hierüber macht in einer Reihe von Kapiteln, welche die Kooperation, die Teilung der Arbeit und die Manufaktur, die Maschinerie und die große Industrie behandeln, gehören zu dem Bedeutendsten, was er je geschrieben hat. Selbst einer seiner bürgerlichen Biographen macht sich darüber lustig, daß die akademischen Leitfäden der politischen Ökonomie, statt aus dieser reichen Fundgrube der Wissenschaft zu schöpfen, noch immer oberflächlich nachbeten, was Adam Smith vor mehr als hundert Jahren über Arbeitsteilung geschrieben hat. Jedoch gereicht ihnen zur Entschuldigung, daß sich eher dem Herkules seine Keule entwinden läßt, als einem revolutionären Denker, wie Marx war,

ein Gedanke, der so ohne weiteres in der Krippe universitärer Stallfütterung aufgeschüttet werden könnte.

Marx zeigt nicht nur, daß die Maschinerie und große Industrie ein so furchtbares Elend geschaffen hat, wie keine andere Produktionsweise vor ihr, sondern er zeigt auch, daß sie in ihrer unausgesetzten Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaft eine höhere Gesellschaftsform vorbereitet. Die Fabrikgesetzgebung ist die erste, bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses. Indem sie die Arbeit in Fabriken und Manufakturen reguliert, erscheint sie zunächst nur als Einmischung in die Ausbeutungsrechte des Kapitals. Aber die Gewalt der Tatsachen zwingt sie alsbald, auch die Hausarbeit zu regulieren und in die elterliche Autorität einzugreifen, damit aber anzuerkennen, daß die große Industrie mit der ökonomischen Grundlage des alten Familienwesens und der ihr entsprechenden Familienarbeit auch die alten Familienverhältnisse selbst auflöst. „So furchtbar und ekelhaft die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter. Es ist natürlich ebenso albern, die christlich-germanische Form der Familie für absolut zu halten wie die altrömische Form, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß." Die Maschine, die den Arbeiter zu ihrem bloßen Anhängsel entwürdigt, schafft zugleich die Möglichkeit, die Produktivkräfte der Gesellschaft auf einen Höhegrad zu steigern, der eine gleich menschenwürdige Entwicklung für alle Glieder der Gesellschaft möglich machen wird, wozu alle früheren Gesellschaftsformen zu arm waren.

Nachdem Marx die Produktion des absoluten und des relativen Mehrwerts untersucht hat, gibt er die erste rationelle Theorie des Arbeitslohns, welche die Geschichte der politischen Ökonomie kennt. Der Preis einer Ware ist ihr in Geld ausgedrückter Wert, und der Arbeitslohn ist der Preis der Arbeitskraft. Nicht die Arbeit erscheint auf dem Warenmarkte, sondern der Arbeiter, der seine Arbeitskraft feilbietet, und Arbeit entsteht erst durch den Verbrauch der Ware Arbeitskraft. Die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert. Dennoch scheint im Arbeitslohne die Arbeit bezahlt zu werden, weil der Arbeiter erst nach getaner Arbeit seinen Lohn erhält. Die Form des Arbeitslohns löscht jede Spur der Teilung des Arbeitstags in bezahlte und nicht bezahlte Arbeit aus. Es ist umgekehrt wie beim Sklaven. Der Sklave scheint nur für seinen Herrn zu arbeiten, auch in dem Teile des Arbeitstages, worin er nur den Wert seiner eigenen Lebensmittel ersetzt; alle seine Arbeit erscheint als unbezahlte Arbeit. Bei der Lohnarbeit erscheint umgekehrt selbst die unbezahlte Arbeit als bezahlt. Dort verbirgt das Eigentumsverhältnis das Fürsichselbstarbeiten des Sklaven, hier das Geldverhältnis das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters. Man begreift daher, sagt Marx, die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.

Die beiden Grundformen des Arbeitslohns sind der Zeitlohn und der Stücklohn. An den Gesetzen des Zeitlohns weist Marx namentlich die interessierte Hohlheit der Redensarten nach, womit sich unersättliche Ausbeuter, allen voran der brave Bismarck, gegen die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags zu sträuben pflegen: der Redensarten nämlich, als ob durch eine solche Beschränkung der Lohn gesenkt werde. Genau das Gegenteil ist richtig. Vorübergehende Verkürzung des Arbeitstags senkt den Lohn, aber dauernde Verkürzung hebt ihn; je länger der Arbeitstag, desto niedriger der Lohn.

Der Stücklohn ist nichts als eine verwandelte Form des Zeitlohns, er ist die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des

Arbeitslohns. Er gewann größeren Spielraum während der eigentlichen Manufakturperiode und diente in der Sturm- und Drangperiode der englischen Großindustrie als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Arbeitslohns. Der Stücklohn ist sehr vorteilhaft für den Kapitalisten, da er großenteils die Arbeitsaufsicht überflüssig macht und obendrein die mannigfaltigste Gelegenheit zu Lohnabzügen und sonstigen Prellereien bietet. Für die Arbeiter bringt er dagegen große Nachteile mit sich: Abrackern durch Überarbeit, die den Lohn steigern soll, während sie ihn tatsächlich zu senken strebt, gesteigerte Konkurrenz unter den Arbeitern und Abschwächung ihres Solidaritätsbewußtseins, Dazwischenschiebung von Schmarotzerexistenzen zwischen Kapitalisten und Arbeitern, von Mittelspersonen, die dem gezahlten Lohne ein erkleckliches Stück abzwacken, und anderes mehr.

Das Verhältnis von Mehrwert und Arbeitslohn bedingt, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht nur dem Kapitalisten sein Kapital stets neu produziert, sondern daß sie auch immer wieder die Armut der Arbeiter produziert: auf der einen Seite die Kapitalisten, welche die Eigentümer aller Lebensmittel, aller Rohprodukte und aller Arbeitsinstrumente sind, und auf der anderen Seite die große Masse der Arbeiter, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft diesen Kapitalisten für ein Quantum Lebensmittel zu verkaufen, das im besten Falle eben hinreicht, sie in arbeitsfähigem Zustande zu erhalten und ein neues Geschlecht arbeitsfähiger Proletarier heranzuziehen. Aber das Kapital reproduziert sich nicht bloß, sondern es vergrößert und vermehrt sich beständig; diesem „Akkumulationsprozesse“ widmet Marx den letzten Abschnitt in der Darstellung, die er vom Produktionsprozesse des Kapitals gibt.

Mehrwert entspringt nicht nur aus Kapital, sondern Kapital auch aus Mehrwert. Ein Teil des jährlich produzierten Mehrwerts wird von den besitzenden Klassen, unter die er sich verteilt, als Revenue verzehrt, ein anderer Teil aber als Kapital akkumuliert. Die unbezahlte Arbeit, die der Arbeiterklasse ausgepumpt worden ist, dient jetzt als Mittel, ihr immer mehr unbezahlte Arbeit auszupumpen. Im Strome der Produktion wird überhaupt alles ursprünglich vorgeschossene Kapital eine verschwindende Größe, verglichen mit dem direkt akkumulierten Kapital, das heißt dem in Kapital rückverwandelten Mehrwert oder Mehrprodukt, ob nun funktionierend in der Hand, die akkumuliert hat,

oder in fremder Hand. Das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz des Privateigentums schlägt durch seine eigene, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegenteil um. Die Gesetze der Warenproduktion schienen das Eigentumsrecht auf eigene Arbeit zu gründen. Gleichberechtigte Warenbesitzer standen sich gegenüber, das Mittel zur Aneignung fremder Ware war nur die Veräußerung der eigenen Ware, und die eigene Ware konnte nur durch Arbeit hergestellt werden. Jetzt erscheint Eigentum, auf Seite des Kapitalisten, als das Recht, fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters, als Unmöglichkeit, sich sein eigenes Produkt anzueignen.

Als die modernen Proletarier hinter diesen Zusammenhang zu kommen begannen, als das städtische Proletariat in Lyon die Sturmglocke läutete, und das ländliche Proletariat in England den roten Hahn fliegen ließ, erfanden die Vulgärökonomen die „Abstinenztheorie", wonach das Kapital durch freiwillige „Enthaltung" der Kapitalisten besteht, eine Theorie, die Marx ebenso unbarmherzig geißelt, wie Lassalle sie schon im Bastiat-Schulze gegeißelt hatte. Was aber wirklich zur Akkumulation des Kapitals beiträgt, das ist die erzwungene „Enthaltung" der Arbeiter, die gewaltsame Herabdrückung des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft zu dem Zweck, den notwendigen Konsumtionsfonds der Arbeiter teilweise in einen Akkumulationsfonds von Kapital zu verwandeln. Hier haben die Jammerschreie über das „luxuriöse" Leben der Arbeiter, die endlosen Litaneien über jene Flasche Sekt, die Berliner Maurer einmal getrunken haben sollen, die wohlfeilen Kochrezepte christlicher Sozialreformer und was sonst in dies Gebiet kapitalistischer Klopffechterei gehört, ihren tatsächlichen Ursprung.

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ist nun dieses. Wachstum des Kapitals schließt Wachstum seines variablen oder in Arbeitskraft umgesetzten Bestandteils ein. Bleibt die Zusammensetzung des Kapitals unverändert, erheischt eine bestimmte Masse Produktionsmittel stets dieselbe Masse Arbeitskraft, um in Bewegung gesetzt zu werden, so wächst offenbar die Nachfrage nach Arbeit und der Subsistenzfonds der Arbeiter verhältnismäßig mit dem Kapital, und um so rascher, je rascher das Kapital wächst. Wie die einfache Reproduktion fortwährend das Kapitalverhältnis selbst reproduziert, so reproduziert die Akkumulation das Kapitalverhältnis auf erweiterter Stufenleiter: mehr Kapitalisten oder größere Kapitalisten auf diesem Pol, mehr Lohnarbeiter

auf jenem. Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats, und zwar erfolgt sie in dem vorausgesetzten Falle unter den für die Arbeiter günstigsten Bedingungen. Von ihrem eigenen anschwellenden und schwellend in neues Kapital verwandelten Mehrprodukt strömt ihnen ein größerer Teil in der Form von Zahlungsmitteln zurück, so daß sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihren Konsumtionsfonds von Kleidern, Möbeln usw. besser ausstatten können. Jedoch wird dadurch das Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis, worin sie stehen, so wenig berührt, wie ein gut gekleideter und genährter Sklave aufhört, Sklave zu sein. Immer müssen sie ein bestimmtes Quantum unbezahlter Arbeit liefern, das zwar abnehmen kann, aber nie bis zu dem Punkte, wo der kapitalistische Charakter des Produktionsprozesses ernsthaft gefährdet werden würde. Steigen die Löhne über diesen Punkt, so stumpft der Stachel des Gewinnes ab, und die Akkumulation des Kapitals erschlafft, bis die Löhne wieder auf ein seinen Verwertungsbedürfnissen entsprechendes Niveau gesunken sind.

Jedoch nur dann, wenn sich bei der Akkumulation des Kapitals das Verhältnis zwischen seinem konstanten und seinem variablen Bestandteile nicht verändert, spannt sich die goldene Kette, die der Lohnarbeiter sich selbst schmiedet, loser nach Umfang und Wucht. Tatsächlich tritt aber mit dem Fortgange der Akkumulation eine große Revolution in der, wie Marx sie nennt, organischen Zusammensetzung des Kapitals ein. Das konstante Kapital wächst auf Kosten des variablen Kapitals, die wachsende Produktivität der Arbeit bewirkt, daß die Masse der Produktionsmittel verhältnismäßig schneller wächst, als die Masse der ihnen einverleibten Arbeitskraft, die Nachfrage nach Arbeit steigt nicht gleichmäßig mit der Akkumulation des Kapitals, sondern sinkt verhältnismäßig. Dieselbe Wirkung hat in anderer Form die Konzentration des Kapitals, die sich, unabhängig von seiner Akkumulation, dadurch vollzieht, daß die Gesetze des kapitalistischen Konkurrenzkampfes zur Verschlingung des kleinen Kapitals durch das große Kapital führen. Während das im Fortgange der Akkumulation gebildete Zuschußkapital, im Verhältnis zu seiner Größe, weniger und weniger Arbeiter anzieht, stößt das in neuer Zusammensetzung reproduzierte alte Kapital mehr und mehr früher von ihm beschäftigte Arbeiter ab. So entsteht eine relative, das heißt für die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige Arbeiterbevölkerung, eine industrielle Reservearmee, die während

schlechter oder mittelmäßiger Geschäftszeiten **unter** dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt und unregelmäßig beschäftigt wird, oder der öffentlichen Armenpflege anheimfällt, unter allen Umständen aber dazu dient, die Widerstandskraft der beschäftigten Arbeiter zu lähmen und ihre Löhne niedrig zu halten.

Ist die industrielle Reservearmee notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage, so wird sie umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Akkumulation und der sie begleitenden Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wächst die plötzliche Expansionskraft des Kapitals, die großer Menschenmassen bedarf, um sie plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in anderen Sphären auf neue Märkte oder in neue Produktionszweige zu werfen. Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen, zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größeren oder geringeren Absorption, und Wiederbildung der industriellen Reservearmee. Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe der Arbeiterbevölkerung und die Produktivkraft ihrer Arbeit, desto größer die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee. Ihre verhältnismäßige Größe wächst mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber die industrielle Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die Arbeiterschichten, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.

Aus ihm ergiebt sich auch ihre geschichtliche Tendenz. Hand in Hand mit der Akkumulation und Konzentration des Kapitals entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, und die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame

Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, die alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt, die Enteigner werden enteignet. Das individuelle, auf eigener Arbeit gegründete Eigentum stellt sich wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: als Kooperation freier Arbeiter und als ihr Gemeineigentum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmitteln. Natürlich ist die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetriebe beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum bei weitem nicht so langwierig, hart und schwierig, wie die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Eigentums in kapitalistisches Eigentum war. Hier handelte es sich um die Enteignung der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, dort wird es sich um die Enteignung weniger Usurpatoren durch die Volksmasse handeln.

Es ist natürlich unmöglich, auf dem Umfange weniger Seiten einen annähernden Begriff von dem Reichtum der Gedanken und Tatsachen zu geben, den der erste Band des Kapitals enthält. Was in einer solchen Zusammenfassung doch mehr oder weniger nur als unbewiesene Behauptung auftritt, das baut sich in dem Buche selbst Stein um Stein auf, ungemörtelt und ungeputzt, fest gefugt durch die Schlagkraft der Logik, sicher ruhend in der Schwerkraft der Tatsachen. In der Fülle geistiger Schätze aber, die mit fast verschwenderischer Hand über das Werk ausgestreut sind, trägt es den echtesten Stempel des Genius: immer bleibt in dem Leser die Empfindung wach, daß der Meister größer ist, als sein Werk.

Indem Marx die politische Ökonomie kritisierte, vollendete er sie. Er baute auf dem Grunde, den Adam Smith und Ricardo gelegt

hatten; er setzte die Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise fort, wo jene selbständigen Denker sie abgebrochen hatten oder richtiger sie hatten abbrechen müssen, weil das Spiel ihrer immanenten Gesetze noch nicht so weit entwickelt war, um bis auf den Grund erkannt werden zu können. Die bürgerlichen Nachfolger der klassischen Ökonomen waren den umgekehrten Weg gegangen; je mehr die kapitalistische Produktionsweise ihr wahres und gewiß nicht schönes Gesicht enthüllte, um so mehr hatten sie aufs Erforschen und Erklären verzichtet, und sich aufs Beschönigen und Vertuschen geworfen, was sie dann „Fortbildung der Wissenschaft" nannten. Als das Buch von Marx erschien, versuchten sie es zunächst mit dem beliebten System des Totschweigens, und als es damit nicht mehr ging, erhoben sie ein gewaltiges Geschrei über unwissenschaftliche Tendenz. Höchst bezeichnend dafür ist eine Kritik, die der erste Band des Kapitals noch acht Jahre nach seinem Erscheinen in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erfuhr, und zwar nicht von einem beliebigen Manchestermanne, sondern, wie aus dem Inhalt hervorgeht, von irgend einem Mitgliede der historischen Schule.

Der treffliche Mann führte aus, wer dem Wesen des Kapitals auf den Grund kommen wolle, der solle sich daran machen, die wirkliche Geschichte des Kapitals wissenschaftlich zu erforschen. Dazu gehöre die Kraft eines Riesen und die Geduld eines Zwerges. Wer über die Ungerechtigkeit der heutigen Güterverteilung reden wolle, der solle die Tatsachen der heutigen Gewinne und Löhne, des Eigentums, seines Wachstums und seines Untergangs untersuchen. Damit allein könne er sachkundigen Lesern etwas beweisen. Nun sollte man die Schlußfolgerung erwarten, alle diese Forderungen habe Marx erfüllt. Aber nein! „Marx stellt sich bewußt und absichtlich, jede andere Fortentwicklung der Wissenschaft geringschätzig ignorirend oder vielmehr wirklich nicht kennend, auf den Standpunkt der englischen Nationalökonomie vor fünfzig Jahren. Er bemüht sich, den David Ricardo in dessen abstrakter Manier fortzuentwickeln und zu vervollständigen, gleichsam dessen letztes Wort, das unausgesprochen geblieben, zu ergänzen. Mit dem ganzen Stolze des Autodidakten stellt er sich auf Voraussetzungen, die er für selbstverständlich hält, die Andere längst für widerlegt halten. Ricardo und die älteren Autoren haben ihr Verdienst, das ihnen nicht bestritten werden darf, die ökonomische Logik geübt und verbessert zu haben, aber dies ist längst geschehen und hat

seine Zeit gehabt. Wer heutzutage die Wissenschaft zu fördern glaubt, indem er die brennenden Fragen, die sich an das Kapitaleigentum knüpfen, durch jene alte Logik zu erledigen unternimmt, der täuscht sich — und hat ein volles Menschenalter des Lebens der Wissenschaft verschlafen." Dies „volle Menschenalter," das Marx verschlafen haben sollte, war ausgefüllt einerseits durch die Sophismen, womit Bastiat und die Bastiatiden die Lehren der Adam Smith und Ricardo verfälschten, andererseits durch die Ängstesprünge, womit Roscher und die sonstigen Meister der „historischen Methode" über die unbequemen Konsequenzen der klassischen Ökonomie hinwegzuhüpfen versuchten.

Es mag genug sein an dieser einen Probe, die in all ihrem Unverstande klassisch war für das Maß von Verstand, womit die bürgerliche Ökonomie jahre- und jahrzehntelang das Werk von Marx zu besprechen wußte. Auf die Dauer konnte auch sie sich seinem Einflusse nicht entziehen. Die Entwicklung der Dinge selbst bestätigte die Schlußfolgerungen, die Marx gezogen hatte, viel zu schlagend, als daß sich diese Beweisführung nicht auch kurzsichtigen Augen hätte aufdrängen müssen. Kein bürgerlicher Ökonom wagt heute mehr, das fossile Zeug in den Mund zu nehmen, womit der erste Band des Kapitals vor zwanzig Jahren von dieser Seite her begrüßt wurde, und man mag selbst ohne Übertreibung sagen, daß alle reelle Arbeit, welche die bürgerliche Ökonomie noch leistet, mittelbar oder unmittelbar unter dem Einflusse dieses Buches steht. Soweit sie nicht bloß mit Strohhalmen, sondern mit halbwegs handfesten Waffen den wissenschaftlichen Kommunismus bekämpft, hat sie diese Waffen in seinem Feuer geschmiedet. Ihrem Schicksal entgeht sie deshalb doch nicht, so wenig wie Barbarenhorden ihrem Schicksal entgehen, selbst wenn sie schließlich mit den Waffen der Zivilisation ihre überlebten Gesellschaftszustände zu verteidigen suchen.

Jedoch bedurfte auch die Arbeiterklasse der Erziehung durch die ökonomische Entwicklung, ehe ihr das Werk von Marx in Fleisch und Blut überzugehen begann. Die Schuld daran trug jener Stand der Dinge, den Marx selbst in der Vorrede andeutete mit den Worten, Deutschland werde, wie das ganze übrige kontinentale Westeuropa, nicht nur durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch durch den Mangel ihrer Entwicklung gequält. Die lange Reihe ererbter Notstände, die aus der Fortvegetation altertümlicher überlebter

Produktionsweisen mit ihrem Gefolge von zeitwidrigen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprangen, verdunkelte den Arbeitern noch den inneren Zusammenhang der modernen Notstände, den das Werk von Marx enthüllte. Johann Philipp Becker taufte es als die Bibel der Arbeiterklasse, was theoretisch ein ungeschickter, aber historisch ein zutreffender Vergleich war. Es wurde zunächst mehr angestaunt als gelesen, mehr bewundert als verstanden, mehr mit orthodoxem Eifer als mit kritischer Einsicht ausgelegt. Damals hatte der Vorwurf des Dogmenfanatismus einen besseren Sinn als heute, wo der unaufhaltsame Fortschritt der deutschen Großindustrie jeden neuen Tag erläutert, wie richtig Marx das vorbildliche Wesen der englischen Großindustrie erkannt hat, wie sehr sein Werk kein dogmatisches, sondern ein historisches Werk ist.

Ein historisches Werk, das eine bestimmte Periode des menschheitlichen Entwicklungsprozesses schildert, kann kein unfehlbarer Weisheitsborn für alle Zukunft sein, und von solchem Anspruche war niemand weiter entfernt, als Marx. Seit dreißig Jahren hat die kapitalistische Produktionsweise manche Erscheinungen gezeitigt, die er so nicht gekannt und vorhergesehen hat; der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie besteht nicht mehr in der Form jenes zehnjährigen Zyklus, von dem Marx sprach. Jede Abweichung in den Tatsachen hat aber bisher nur die Richtigkeit der Tendenz verstärkt, die Marx in der kapitalistischen Produktionsweise historisch walten sah. Vergebens sucht man die Verelendung, welche die kapitalistische Produktionsweise für die Arbeiterklasse mit sich führt, dadurch zu widerlegen, daß man auf die Fortschritte hinweist, die diese Klasse am ehesten da macht, wo jene Produktionsweise am höchsten entwickelt ist. Eben das ist ja die von Marx nachgewiesene Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, daß die große Industrie mit ihrer Fron- und Hungerpeitsche je länger je mehr das Arbeiterheer drillt und schult, das ihre kapitalistischen Wurzeln ausrotten wird. Die famose Weisheit, die der Arbeiterklasse den ökonomischen und politischen Klassenkampf verleiden will, indem sie ihr als angebliche Früchte der großen Industrie aufreden möchte, was dieser Industrie in schwerem Ringen vom proletarischen Klassenkampfe abgezwungen worden ist, mag im günstigsten Fall als der Galgenhumor passieren, womit sich die kapitalistische Produktionsweise die Leidensstationen ihres unaufhaltsamen Niedergangs verkürzt.

Wenn gut Ding Weile haben wollte und der erste Band des Kapitals nur allmählich zum geistigen Eigentum des deutschen Proletariats wurde, so begann doch dieser erfreuliche Assimilationsprozeß sofort nach seinem Erscheinen. Zuerst besprach Schweitzer das Werk im Sozialdemokraten mit völligem Verständnis seines Inhalts, in einer langen Reihe von Aufsätzen, die Marx für sehr beachtenswert erklärte. Dann erschien im Demokratischen Wochenblatte, das Liebknecht seit dem Anfange des Jahres 1868 als Organ der Sächsischen Volkspartei herausgab, eine anonyme Anzeige, die sich durch zwei Nummern zog und zweifellos von Engels verfaßt ist. Der erste deutsche Arbeiter, dem die Ehre gebührt, das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus geistig bewältigt zu haben, war Josef Dietzgen, ein Lohgerber, der damals in Petersburg lebte und von hier aus dem Demokratischen Wochenblatte eine Kritik des Kapitals einsandte, die in jeder Zeile den Geist des gewaltigen Werkes atmete.

Daran hatte Marx die größte Freude; in den Zeichen des Verständnisses, das seine riesenhafte Arbeit in der Arbeiterklasse selbst fand, sah er ihren „besten Lohn“. Er pflegte Dietzgen, der ein Jahr darauf in einer Schrift über das Wesen der menschlichen Kopfarbeit die materialistische Geschichtsauffassung selbständig entwickelte, „unseren Philosophen“ zu nennen.

Fünftes Kapitel.

Deutsche Gewerkschaften.

Hatte die Krisis von 1857 den ersten, wenn auch zunächst nur mittelbaren Anstoß zum Wiedererwachen der europäischen Arbeiterbewegung gegeben, so übte die Krisis von 1866 schon weit stärker und unmittelbarer die gleiche Wirkung aus. Große Bankbrüche englischer Häuser führten zu einer völligen Lähmung der Spekulation. Während eine allgemeine Stockung des Verkehrs eintrat, zahlreiche Fabriken ihre Produktion einschränken oder ganz einstellen mußten, die Arbeitslöhne sanken und die Arbeitslosigkeit wuchs, schnellten die Preise der für die Arbeiterklasse notwendigen Lebensmittel durch die schlechten Ernten von 1866 und 1867 beträchtlich in die Höhe.

Unter diesem ökonomischen Drucke schwoll die europäische Arbeiterbewegung mächtig an. Je nach dem Stande, den sie in den einzelnen Ländern erreicht hatte, gab sich die menschliche Empörung des Proletariats gegen unmenschliche Zustände in verschiedenen Formen kund. In Irland herrschte der Fenierschrecken, und in Belgien erhoben sich die Grubenarbeiter gegen den fürchterlichsten Notstand in einem Hungeraufruhr, den der bürgerliche Musterstaat nur mit Pulver und Blei niederzuschlagen wußte. In Österreich, wo die Niederlage von 1866 die deutsche Bourgeoisie ans Ruder gebracht hatte, entfaltete sich sofort eine proletarische Opposition, deren innere Stärke freilich noch nicht in richtigem Verhältnisse zu dem imponierenden Schein ihres äußeren Auftretens stand.

In den Ländern, wo die Arbeiterbewegung bereits auf eine gewisse Höhe angelangt war, bekundete sich der Widerstand gegen die Geißelschläge der Krisis in zahlreichen Arbeitseinstellungen, womit ein engerer Anschluß an die Internationale Hand in Hand ging. Eine Delegiertenkonferenz der Trade Unions, die 1866 in Sheffield stattfand, ermahnte diese Verbände „aufs eindringlichste“, sich der Internationalen anzuschließen, deren Unterstützung sich bei Streiks der Londoner Maschinen-

bauer, Bronzearbeiter, Schneider, Korbmacher und anderer Gewerke von großem Nutzen erwies. Bei einer Aussperrung der Pariser Bronzearbeiter im Frühjahr von 1867 sicherte die Hilfe der Internationalen diesen Arbeitern die eben gewährte Koalitionsfreiheit, und ebenso verschaffte sie im Frühjahr 1868 den Genfer Bauarbeitern den Sieg, als sie in einem großen Streik um Erhöhung des Arbeitslohns und Verkürzung der Arbeitszeit kämpften.

In Deutschland wurden die Wirkungen der ökonomischen Krisis bis zu einem gewissen Grade durchkreuzt und verdeckt durch die Wirkungen der politischen Krisis, die dasselbe Jahr 1866 mit sich brachte. Die junge Freundschaft zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem preußischen Absolutismus bekam ihren ersten Stoß durch ein erbauliches Gezänk darüber, wer die Schuld an dem herrschenden Notstande trage, der sich in einzelnen Landesteilen, wie in der Provinz Ostpreußen, zu einer Hungersnot im schrecklichsten Sinne des Wortes steigerte. Die offiziöse Presse erklärte der unglückseligen ökonomischen Doktrin der liberalen Bourgeoisie den Krieg auf Leben und Tod, denn sie verschulde alles Unheil, während die liberalen Blätter nicht weniger emphatisch behaupteten, daß die Regierungen mit ihren ewigen Rüstungen und der dadurch stetig gesteigerten Kriegsgefahr die allgemeine Notlage schüfen, indem sie die Produktion und den Verkehr lahmlegten. Die Organe der Arbeiterklasse sagten den streitenden Brüdern, jeder von ihnen könne sich an seiner eigenen Nase zupfen, jedoch fanden sie, daß die nächste Ursache der Arbeitslosigkeit für diesesmal von den Regierungen verschuldet sei. Die bürgerliche Produktionsweise, so führte der Sozialdemokrat aus, ermöglicht überhaupt erst Produktionsstockungen, die zum Massenelend führen, aber die Regierung ist schuld daran, daß auf jener Grundlage diese heutige spezielle Stockung eingetreten ist, und ähnlich sagte das Demokratische Wochenblatt, die Saat der Blut- und Eisenpolitik reife in der Geschäftslosigkeit, Hungersnot und Volksverarmung.

---

1. Demokratisches Wochenblatt und Sozialdemokrat.

Trotz dieser gleichmäßigen Auffassung wurde der Gegensatz zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei seit dem Erscheinen des Demokratischen Wochenblattes nicht gemildert, sondern beträchtlich geschärft.

Nur lag der Grund nicht etwa in einer schlafferen politischen Haltung des Sozialdemokraten. Gerade in dieser Zeit ging Schweitzer gegen die preußische Regierung mit einer Schärfe vor, die ihn in ein Kreuzfeuer von Anklagen und Gefängnisstrafen, das Blatt selbst aber in ein Kreuzfeuer von polizeilichen Beschlagnahmen brachte, mit einer Schärfe, die sogar von der Volkszeitung rückhaltlos anerkannt wurde. Freilich mußte sich der Sozialdemokrat, um überhaupt mit einiger Regelmäßigkeit erscheinen zu können, in persönlichen Angriffen auf die Träger der Berliner Regierung eine Reserve auferlegen, die das Demokratische Wochenblatt in Leipzig nicht zu nehmen brauchte. Diese notgedrungene Vorsicht gereichte dem Sozialdemokraten aber durchaus nicht zur Unehre, und zwar um so weniger, als er die einzelnen Fragen, die auf der politischen Tagesordnung standen, weit eindringlicher und faßlicher behandelte, als das Demokratische Wochenblatt. Ohnehin hatte er nicht Unrecht, über die damalige sächsische Preßfreiheit ungefähr ebenso zu sprechen, wie Lessing hundert Jahre früher über die preußische Preßfreiheit unter dem alten Fritz gesprochen hatte. Wegen Beleidigung Bismarcks wurde das Demokratische Wochenblatt nicht angeklagt, sondern nur wegen Beleidigung Bonapartes. Im allgemeinen aber genoß es eine beneidenswerte Preßfreiheit, während der Sozialdemokrat das verfolgteste Preßorgan in Deutschland blieb, und so wenig das Leipziger Blatt einen Tadel verdiente, weil es seine günstige Lage ausnützte, so wenig verdiente das Berliner Blatt einen Tadel, weil es sich nicht den Kopf an der Mauer einrannte.

Die wirklichen Unterschiede zwischen den beiden Blättern bestanden erstens darin, daß der Sozialdemokrat seine Opposition vom Boden des norddeutschen Bundes aus führte, während das Demokratische Wochenblatt diesen Bund zertrümmern wollte, und zweitens darin, daß der Sozialdemokrat in sozialwissenschaftlicher Erkenntnis dem Demokratischen Wochenblatte bedeutend voraus war. Das Organ der Sächsischen Volkspartei rechnete mit der Möglichkeit, daß in nächster Zukunft schon das Werk von 1866 vernichtet werden würde. Gegen Bismarck spielte es den Beust aus, der con amore seine „Revanche für Königgrätz" nehme, indem er in Österreich das parlamentarische Regiment einführe, die Presse befreie, das Vereinsrecht herstelle, das Heer dem Reichstage unterordne, die Axt an das Konkordat anlege, und selbst für die berufene Welfenlegion hatte das Demokratische Wochenblatt entschuldigende

Worte. Dagegen fehlte ihm fast jedes Verständnis für den politischen und namentlich auch den sozialen Standpunkt, den der Sozialdemokrat einnahm. Das Blatt sagte, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein keine andere Grundlage habe, als „die paar ewig wiederholten Lassalle-schen Redensarten von Staatshilfe", eine Behauptung, deren Härte nur von ihrer Ungerechtigkeit übertroffen wurde. Der Fülle lehrreicher Aufsätze, die der Sozialdemokrat unausgesetzt über die Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus spendete, hatte das Demokratische Wochenblatt wenig mehr Gleichwertiges entgegenzusetzen, als die beiden Besprechungen, die es über den ersten Band des Kapitals veröffentlichte. Um der „gegenwärtigen Teuerung und Geschäftsstockung" abzuhelfen, brachte es sogar noch einmal das papierene Arbeitsgeld des kleinbürger-lichen Sozialismus aufs Tapet, und in einer Artikelreihe über „Staats-hilfe und Selbsthilfe" vertrat es zwar die grundsätzlich richtige Auf-fassung, schliff ihr aber eine sehr schiefe polemische Spitze an, indem es behauptete, Lassalle habe das Stichwort der Staatshilfe in die Massen geworfen, ohne sich klar zu machen, welcher Staat denn helfen könne und solle, und indem es hinzufügte, daß Lassalle „freilich nie ein Politiker" gewesen sei.

Günstiger als über Lassalle urteilte das Demokratische Wochenblatt über Johann Jacoby, von dessen eingreifender Tatkraft es eine Wieder-geburt der deutschen Demokratie erwartete. Im Januar 1868 hatte Johann Jacoby eine Ansprache an seine Berliner Wähler über das Ziel der deutschen Volkspartei gehalten und diese Rede bald darauf durch einen Brief an einen seiner Anhänger ergänzt. Beide Kund-gebungen zeigten ihn als das was er war, als einen edlen und reinen Charakter, aber auch als einen ideologischen Formalpolitiker, dem die Klassenkämpfe der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschlossen blieben. Seine allgemeinen Formeln konnten, angewandt auf die konkreten Tages-fragen, etwas sehr Revolutionäres, aber auch etwas sehr Reaktionäres bedeuten. Seine Forderung, daß jedes Volk, jeder einzelne Volksstamm den gleichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung habe, mochte mit einigem guten Willen als die nationale Revolution aufgefaßt werden; so wie Jacoby selbst sie auffaßte, als das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner und sonstiger Bruderstämme, war die Forderung entschieden reaktionär, lief sie auf eine Anschauung hinaus, die nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Märzrevolution zu verfahren, und

die von wirklichen Revolutionären, wie Marx, Engels und Lassalle, stets in der rücksichtslosesten Weise bekämpft worden war.

Ebenso zweideutig war Jacobys soziales Programm. Er forderte gerechte Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit, Schranken gegen den Machtmißbrauch des Großkapitals und Großgrundbesitzes, für den Arbeiter aber statt des kärglichen, zum Leben kaum ausreichenden Arbeitslohns den ihm gebührenden Anteil an dem Produktionsertrage, die volle Arbeitsrente. Das waren ideologische Redewendungen, die alles Mögliche bedeuten konnten, eben deshalb aber die größte Verwirrung anrichten mußten und auch wirklich anrichteten. Bracke, ein edler und reiner Charakter, wie Jacoby, legte sie dahin aus, daß die gerechte Verteilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit und der Anspruch des Arbeiters auf die volle Arbeitsrente nicht die gleichen Dinge seien; das Kapital habe keinen Anspruch auf die weitere Ausnützung der Arbeitskraft, sondern der Arbeit, die allein alle Werte schaffe, gebühre der volle Arbeitsertrag. Dagegen erläuterte Sonnemann das Programm Jacobys so, daß Lohn und Rente die gleichen Dinge seien, daß der Lohn ein Minimum der Arbeitsrente garantiere, und daß es darauf ankomme, dem Arbeiter außer dem Lohne einen Anteil an dem Überschusse des Ertrages zu sichern; das liege ebenso im Interesse des Fabrikanten wie des Arbeiters, denn die Produktion steige dadurch, daß der Arbeiter wisse, warum er arbeite. Es ging über Menschenwitz zu sagen, wer die Schlagworte Jacobys richtig auffaßte, der ehrliche Sozialrevolutionär Bracke oder der auf eine intensivere Ausbeutung der Arbeiter bedachte Kapitalist Sonnemann.

Das Demokratische Wochenblatt verkannte nun keineswegs, daß Johann Jaboby noch kein Sozialdemokrat sei. Aber es meinte, er komme der Sozialdemokratie weit entgegen, und seine Hand müsse ergriffen werden, um eine große demokratische Partei zu bilden und den politischen Vorkampf gegen den Bismärckischen Zäsarismus auf dessen eigenstem Gebiete einzuleiten. Abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Frage, irrte diese Auffassung schon darin, daß sie Jacobys politischen Einfluß weit überschätzte. Jacoby hatte nichts hinter sich, als eine handvoll bürgerlichen Ideologen, die in der neugegründeten Zukunft von Guido Weiß ein Organ besaßen, das ehrlichste und geistreichste, aber auch das am wenigsten gelesene Blatt der bürgerlichen Presse. Das Berliner Kleinbürgertum hielt sich entweder zur Volkszeitung, die im Fahrwasser der

Bourgeoisie segelte, oder soweit ihm die Augen über die kapitalistische Produktionsweise aufzugehen begannen, verbiß es sich in den quacksalberischen Köder, den ihm der wieder aufgetauchte Demagoge Held in der Staatsbürgerzeitung zuwarf. Vor einem ehrlichen Bündnis mit dem klassenbewußten Proletariat hegte es das alte Grauen.

Schweitzer, der mitten in diesen Verhältnissen lebte und Helds Wühlereien in geschickter Weise lahm zu legen wußte, indem er sich sogar zu öffentlichen Redekämpfen mit dem windigen Schwätzer herabließ, stand dem Programm Jacobys viel nüchterner, als das Demokratische Wochenblatt, jedoch keineswegs unfreundlich gegenüber. Er deckte seine Halbheit auf, stimmte aber der Äußerung Jacobys: „Volkspartei und Arbeitervereine müssen vereint Hand in Hand miteinander gehen; so nur ist das beiden gemeinsame Ziel, die Veredelung des Menschen zu erreichen", „aus vollstem Herzen" bei und fügte nur hinzu: „Ja, Hand in Hand wollen wir mit den entschiedeneren Elementen des Bürgertums gehen, aber als selbständige Arbeiterpartei mit eigenen Prinzipien." Erst als am 19. Juli 1868 eine zahlreich besuchte Volksversammlung in der Nähe von Wolfenbüttel auf Antrag Brackes und mit dessen Interpretation eine Resolution annahm, wonach in den Zielen kein prinzipieller Unterschied zwischen dem Programm Jacobys und dem Programm der Sozialdemokratie bestände, fuhr der Sozialdemokrat grobes Geschütz auf. Indem er, an und für sich vollkommen zutreffend, darlegte, daß die Annahme von Jacobys verschwimmenden Redewendungen den europäischen Sozialismus um Jahrzehnte zurückwerfen würde, nannte er sie „albernes, hohles Geschwätz eines wichtigtuenden Bourgeois", was dann das Kind mit dem Bade verschütten hieß. Alle Wichtigtuerei war einem Manne wie Jacoby völlig fremd. Gewiß meinte er es ehrlich mit seiner Arbeiterfreundlichkeit, wenn er auch nicht verstand, worauf es ankam; angesichts der diametral entgegengesetzten Auslegungen, die sein Programm erfuhr, hüllte er sich in tiefes Schweigen.

Es mag an diesen Ausführungen genug sein, um die Meinungsverschiedenheiten zu kennzeichnen, die zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten bestanden. Heute darüber von oben herab abzusprechen, wäre ebenso wohlfeil, wie es wohlfeil sein mag, auf der einen Seite lauter Verrat und auf der anderen Seite lauter Weisheit zu erblicken. Vielmehr handelte es sich um historische Gegensätze, die als solche durchgekämpft werden mußten, ehe sie ihre historische

Ausgleichung finden konnten. Einstweilen hätte die Masse der sächsischen und süddeutschen Arbeiter so wenig den Sozialdemokraten verstanden, wie die Masse der Berliner, Elberfelder, Hamburger und überhaupt der norddeutschen Arbeiter das Demokratische Wochenblatt.

---

2. Hamburger Generalversammlung und Nürnberger Vereinstag.

Das Anschwellen der Arbeiterbewegung förderte ebenso den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, wie die Sächsische Volkspartei. Wie weit immer das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat in ihren Ansichten auseinandergingen, so waren sie doch die beiden einzigen Organe, an denen die deutschen Arbeiter in ihrer harten Bedrängnis kräftige Stützen fanden. Nicht mit „demagogischen Redensarten" gewannen sie, wie die kapitalistischen und offiziösen Federhelden einträchtiglich meinten, ihren wachsenden Einfluß, sondern in der legitimsten Weise von der Welt, durch den treuen Beistand, den sie der Arbeiterklasse in allem und jedem leisteten.

Wie im Jahre 1867, so verdreifachte sich der Leserkreis des Sozialdemokraten nahezu im Jahre 1868; er stieg von 1200 auf mehr als 3400 zahlende Abonnenten, die sich über 215 Orte verbreiteten. Nach wie vor marschierte Hamburg weit voran mit 807, dann kam aber schon Berlin mit 224, darauf Elberfeld-Barmen mit 161, Hannover mit 154, Essen mit 107, Braunschweig mit 89, Harburg mit 61, Altona mit 60, Kassel mit 58, Frankfurt mit 53, Paris mit 50 Abonnenten. In Paris bestand seit Jahren ein fester und treuer Stamm von Anhängern Lassalles, unter denen Petersen, der alte Genosse Weitlings, und Leo Frankel, der spätere Arbeitsminister der Pariser Kommune, durch Eifer und Einsicht hervorragten.

Von jeder beschränkt-nationalen Tendenz hielt sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen frei. Er wußte sich nur auch hier zu sagen, was schon möglich und was noch nicht möglich war. Als die österreichische Arbeiterbewegung um die Jahreswende von 1867 auf 1868 einen gewaltigen Aufschwung nahm, richtete Schweitzer ein vortreffliches Manifest an die Arbeiter Wiens, worin er die Aufgaben und Ziele darlegte, die den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam seien. Er betonte die innere Einheit, welche die deutschen und die österreichischen Arbeiter verband. „Wir wissen, daß wir Eine Nation

sind und Eine Nation bleiben wollen. Niemals, niemals wird man uns einreden, wir seien im Auslande, wenn wir im Prater zu Wien oder auf den Bergen Tirols stehen. Soweit deutsche Zunge klingt, ist deutsches Vaterland." Aber Schweitzer verhehlte sich nicht, daß unter den obwaltenden Umständen jeder Versuch zur Herstellung einer äußeren Einheit die innere Einheit gefährden würde. Leider dachte Hofstetten darin phantastischer. Indem er nach Wien ging, um dort ein Arbeiterblatt zu gründen, richtete er eine Verwirrung an, die sowohl der deutschen wie der österreichischen Arbeiterbewegung geschadet hat. In der ganz richtigen Voraussicht, daß die Wiener Bourgeoisie gegen ihn als einen „Bismärcker" und „Preußen" hetzen würde, führte sich Hofstetten unter falschem Namen in den Wiener Arbeiterbildungsverein ein, ein Schritt, der natürlich, als die Maske fiel, nicht nur in verstärkter Weise das bewirkte, was er vermeiden sollte, sondern auch die Wiener Arbeiter mißtrauisch machte. Wenn Schweitzer dies Vorgehen Hofstettens tadelte, in der persönlich schonendsten Weise für seinen „treuesten und bewährtesten Freund" und unter voller Anerkennung der Verdienste Hofstettens um das Vereinsorgan, so erfüllte er eine unabweisbare Pflicht.

Die innere Organisation des Vereins war jetzt vollkommen hergestellt und funktionierte vortrefflich. Zwar die alte Hoffnung Lassalles, alle klassenbewußten Arbeiter in dem Vereine zusammenfassen zu können, zerrann mehr und mehr; selbst in Elberfeld-Barmen und in Hamburg, wo die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter nach Tausenden zählten, gab es nur etwa je 500 Vereinsmitglieder; einzig in Iserlohn gelang es der rastlosen Energie Tölckes, so ziemlich alle Arbeiter zu organisieren, die den sozialdemokratischen Grundsätzen anhingen; in der verhältnismäßig kleinen Stadt zählte der Verein 700 Mitglieder. Der Verein bildete nur den Kern der Partei, aber einen Kern, an den sich, sobald es darauf ankam, eine sechs-, zehn-, zwölfmal so starke Masse leicht angliederte. Als im März 1868 eine Nachwahl in Essen stattfand, wo es etwa 300 Vereinsmitglieder gab, erhielt Hasenclever im ersten Wahlgange 2065 Stimmen; er unterlag dann in der Stichwahl mit dem konservativen Kandidaten, da die fortschrittlichen Wähler den reaktionären Polizeipräsidenten von Köln für einen ihrer würdigeren Vertreter erachteten, als den alten Demokraten Hasenclever. Dagegen gelang es im Juli 1868, als Reincke sein Mandat niederlegte, den Wahlkreis

Lennep-Mettmann zu behaupten, wo Fritzsche im ersten Wahlgange 3223 Stimmen erhielt und in der Stichwahl über den konservativen Kandidaten siegte, den Schulze-Delitzsch empfahl und die Mehrheit der fortschrittlichen Wähler mittelbar durch Stimmenthaltung unterstützte.

Auch die Finanzen des Vereins waren unter Brackes umsichtiger Pflege gut geordnet. Die Beiträge der Mitglieder beliefen sich nach wie vor auf einen halben, in besonders armen Gegenden, wie den schlesischen und sächsischen Weberbezirken, auf einen viertel Silbergroschen wöchentlich, doch mußte überall die Hälfte der einlaufenden Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden. Die Verwaltung war äußerst sparsam; die Berliner Generalversammlung setzte das Gehalt des Sekretärs, des einzigen besoldeten Vereinsbeamten, auf 20 Taler monatlich fest, und bewilligte für das halbe Jahr, wo Roller das Amt seit der Braunschweiger Generalversammlung schon geführt hatte, nur eine summarische Entschädigung von 25 Talern. Konnte der Präsident Mitte 1867 über monatlich etwa 25 Taler für Vereinszwecke verfügen, so anderthalb Jahre später bereits über monatlich 300 bis 400 Taler.

Ein großer Teil der Einnahmen ging vorläufig darauf, den Fehlbetrag des Vereinsorgans zu decken, das sich mühsam auf eigene Füße emporarbeiten mußte, nachdem es durch die Erschöpfung von Hofstettens Geldmitteln mehrmals dicht an den Rand des Abgrunds gekommen war. Um es zu halten, mußte sich Schweitzer im Februar 1868 zu einem eindringlichen Aufruf um außerordentliche Geldsammlungen an die Vereinsmitglieder entschließen. Da er der Bourgeoisie nicht das Vergnügen machen durfte, öffentlich zu sagen, worum es sich handle, so gab er nur an, daß wichtige Vereinsinteressen auf dem Spiele ständen und daß er der nächsten Generalversammlung die nötige Rechenschaft über die Verwendung der einlaufenden Gelder ablegen werde. Trotzdem hatte der Aufruf guten Erfolg. Eine Besoldung bezog Schweitzer als Redakteur des Vereinsorgans so wenig wie als Präsident. Jedoch stellte er, als Hofstetten nach Wien gegangen war und die mit der Leitung des Vereins verbundenen Geschäfte immer mehr anwuchsen, Wilhelm Hasselmann als Hilfskraft in die Redaktion ein, einen jungen Studenten der Chemie, der, in Bremen geboren und früh verwaist, von Kindesbeinen an auf die Wohltätigkeit reicher Verwandten angewiesen gewesen war und reichlich alle Bitterkeit gekostet hatte, die von solchem Schicksal unzertrennlich zu sein pflegt. Aus diesen traurigen Erfahrungen seines

jungen Lebens rührte jener Ausdruck feindseliger Verschlossenheit her, der schon äußerlich Hasselmanns Auftreten kennzeichnete. Ein bitterer Hasser des Kapitalismus und dabei ein aufgeweckter Kopf, fand er sich bald auf sozialpolitischem Gebiete zurecht. An Schweitzers Fähigkeiten reichten die seinen nicht heran, aber er war ein tüchtiger Journalist, der eine kraftvolle, wenn auch mehr auf-, als anregende Feder führte.

Nach dreijährigem schweren Ringen war Schweitzer nun doch an das Ziel gelangt, das er sich nach Lassalles Tode gesteckt hatte. Indem er an Lassalles Organisation und Taktik festhielt, hatte er die deutsche Arbeiterbewegung in die breiteren und freieren Bahnen des Kommunistischen Manifestes zu leiten verstanden. Mit Marx stand er in freundlichen Beziehungen. Als im Sommer 1868 eine Herabsetzung der Eisenzölle geplant wurde, und die Eisenindustriellen durch agitatorische Redensarten die rheinisch-westfälischen Arbeiter dagegen aufzuwiegeln versuchten, wandte sich Schweitzer an Marx mit der Bitte um Rat. Er setzte dann den Arbeitern auseinander, daß die deutsche Eisenindustrie nach der Lage des Weltmarkts eine Herabsetzung der Eisenzölle wohl ertragen könne, aber durch deren Aufrechterhaltung auch nicht in ihrem Fortschritte behindert würde. Es handle sich um einen Konflikt innerhalb der Kapitalistenklasse, der so oder so entschieden werden könne, ohne daß die nationale Entwicklung dadurch beeinträchtigt würde. Somit hätten die Arbeiter einzig auf die Förderung ihrer Klasseninteressen zu sehen. Wenn die schutzzöllnerischen Eisenindustriellen ihre Unterstützung verlangten, so sollten sie einfach erwidern: Gut, wir sind dazu bereit, wir werden dafür eintreten, daß eine Enquete über die Lage der Eisenproduktion stattfinde, ehe die Eisenzölle herabgesetzt werden, wir stellen nur die Bedingung, daß sich diese Enquete nicht bloß auf die Interessen der Kapitalisten, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter, besonders auf den Lohn, die Arbeitszeit, die Lebensverhältnisse der in der Eisenproduktion beschäftigten Arbeiter erstrecke. Auf diese Fingerzeige Schweitzers hin berief Tölcke einen rheinisch-westfälischen Arbeitertag nach Hagen, zu dem die Eisenindustriellen eingeladen wurden. Aber keiner der falschen Brüder erschien, worauf der Arbeitertag beschloß, daß die Herabsetzung der Eisenzölle die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse in keiner Weise gefährde und somit kein Anlaß für die Arbeiter vorliege, den schutzzöllnerischen Eisenindustriellen die erbetene Hilfe zu gewähren.

Beiläufig war dieser Fall der einzige, wo Schweitzer aus seiner diktatorischen Vollmacht heraus die sozialpolitische Haltung des Vereins bestimmte. Er berief sich ausdrücklich darauf, daß die richtige Beurteilung der Eisenzollfrage spezielle fachwissenschaftliche Kenntnisse voraussetze und daß er die „bedeutendste wissenschaftliche Autorität unserer Richtung" um ihre Ansicht befragt habe. Eine Diktatur in irgend einem subjektiv willkürlichen Sinne hat er nie zu handhaben versucht; er wußte sehr gut, daß moderne Proletarier keine Hammelherde sind, die sich blindlings leiten läßt. Freilich arbeiteten die nicht abreißenden polizeilichen und staatsanwaltlichen Verfolgungen verwerflichen Diktaturgelüsten eifrig in die Hände, indem sie auf eine immer straffere Zentralisation drängten. Doch hat Schweitzer stets entscheidenden Wert darauf gelegt, wie mit der Generalversammlung und dem Vorstande, so auch mit der Masse der Mitglieder in einem vollkommenen Einverständnisse zu bleiben. Trotz seiner formellen Befugnis hat er niemals einen Bevollmächtigten ernannt, der ihm nicht von den Mitgliedern des betreffenden Orts vorgeschlagen worden wäre. Er verstand seine Diktatur nur im Sinn eines energischen, klaren und raschen Handelns, er faßte sie auf wie einen Hammer, der zwar in der einzelnen Faust am kräftigsten geschwungen werden könne, aber der von der Gesamtheit geschmiedet sein müsse.

Indessen auch einer so beschränkten Diktatur begannen die Dinge über den Kopf zu wachsen. Als sich im Jahre 1865 die ersten Anfänge der Streikbewegung in Deutschland kundgaben, hatte sich der Sozialdemokrat fördernd und wohlwollend zu ihr gestellt, doch noch ganz gemäß der Auffassung Lassalles, wonach die Koalitionsfreiheit ein gutes Recht der Arbeiterklasse sei, aber kein Mittel, ihren Beschwerden in nennenswertem Umfange abzuhelfen. Die zahlreichen Streiks, die 1867 in England und Frankreich ausbrachen, führten das Blatt dann schon zu einer tieferen Ergründung des Problems. Es sagte sich: überall, wo die moderne Industrie eine gewisse Höhe erreicht hat, brechen die Streiks mit Macht hervor, trotz aller Abmahnungen der bürgerlichen und der sozialistischen Ökonomen, trotz der bitteren Erfahrungen, welche die Arbeiter praktisch mit der Einstellung der Arbeit zu machen pflegen; unmöglich können die Arbeiter sich so hartnäckig und so völlig über ihre eigenen Interessen täuschen; die Streiks müssen eine innere Berechtigung haben. Diese Berechtigung fand der Sozial=

demokrat darin, daß sich das Proletariat zuerst am Lohnverhältnis als eine benachteiligte und unterdrückte Klasse erkennen lerne und hier zuerst den Hebel seiner Emanzipation ansetze, daß die Streiks somit die ausgezeichnete, nicht hoch genug zu veranschlagende Eigenschaft besäßen, eine Arbeiterbevölkerung, die bisher noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt sei, aus ihrem Schlummer aufzurütteln, ihr ihre Zurücksetzung in der Gesellschaft und zugleich die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zum Bewußtsein zu bringen. Aber da der Sozialdemokrat an der Ansicht festhielt, daß die Streiks ökonomisch notwendig erfolglos bleiben müßten, und eben nur ein Mittel seien, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu reifen, so folgerte er daraus, daß sie in der Regel nicht zu billigen seien, wo die Arbeiterklasse bereits offen für ihre letzten Ziele wirke.

Jedoch auch über diese Auffassung ging Schweitzer im Jahre 1868 einen Schritt hinaus. Theoretisch mag er aus dem Werke von Marx gelernt haben, daß es mit dem ehernen Lohngesetze seinen Haken habe, praktisch zeigte ihm die tägliche Erfahrung, daß auch die klassenbewußten Arbeiter keineswegs aufs Streiken verzichteten und daß die ökonomische Erfolglosigkeit der Streiks kein unanfechtbares Dogma sei. Fritzsche hatte schon Ende 1865 den Zigarrenarbeiterverein gegründet, dann war um die Mitte des nächsten Jahres der Verband der Buchdruckergehilfen entstanden, jetzt gründete auch Schob einen Gewerkverein der Schneider und Lübkert einen Gewerkverein der Zimmerleute. In alten sozialdemokratischen Sitzen, wie Elberfeld-Barmen, Essen, Hamburg, brachen zahlreiche Streiks aus, mit wechselnden, aber im allgemeinen wenigstens nicht ungünstigen Erfolgen. Die erkämpften Lohnerhöhungen glichen meistens wohl nur die gestiegenen Preise der Lebensmittel aus, und insofern bestätigten sie mehr das eherne Lohngesetz, als daß sie es widerlegten, aber auch dann zeigten sie eben doch, daß die Streiks je nachdem eine sehr notwendige Sache seien.

Besonders lehrreich waren die Vorgänge in Berlin, wo der herrschende Notstand die letzten Nebel des chauvinistisch-patriotischen Rausches zerstreute und die Arbeiterbewegung sich wieder mächtig zu regen begann, ähnlich wie zum erstenmale in Breslau, der Vaterstadt Lassalles, die sich ihr allzu lange versagt hatte. In Berlin erreichte die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker wie der Zigarrenarbeiter beträchtliche Erfolge: die Buchdrucker setzten die Beseitigung der regelmäßigen Sonn-

tagsarbeit durch, die Zigarrenarbeiter wehrten in mehrmonatigem, rühmlich geführtem Kampf eine entwürdigende Fabrikordnung ab, die ihnen von den Fabrikanten aufgehalst werden sollte. Die Bäcker, Maurer, Zimmerer begannen sich gegen jämmerliche Löhne und endlose Arbeitszeit aufzulehnen, und zum erstenmale lüftete sich ein wenig der Schleier von den entsetzlichen Geheimnissen der Konfektionsindustrie, die in Berlin einen großen Aufschwung genommen hatte und schon damit prahlte, hier die erste der Welt zu sein.

Die Ausbeutung in dieser Industrie hatte einen so hohen Grad erreicht, daß die übermütig gewordenen Kapitalisten nicht einmal mehr davor zurückscheuten, ihre gaunerischen Praktiken selbst ans Tageslicht zu ziehen. Sie pflegten ihren Hausarbeiterinnen feuchte Wolle zu liefern, die bei der Verarbeitung eintrocknete, und dann beim Abliefern der fertigen Ware das Gewichtsmanko zu Lohnabzügen oder Einbehaltung der gestellten Kautionen zu benützen. Eine Firma Schulz und Siebenmark ging so weit, eines ihrer Opfer, das sich nicht geduldig betrügen lassen wollte, wegen Unterschlagung beim Staatsanwalt zu denunzieren. Jedoch wurde die angeklagte Arbeiterin vom Gerichte glänzend freigesprochen, da die Beweisaufnahme ergab, daß die Firma Schulz und Siebenmark das Betrügen ihrer bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiterinnen systematisch betrieben hatte. Das Aufsehen, das diese Gerichtsverhandlung machte, lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Zustände in der Berliner Konfektionsindustrie, und es ergab sich, daß ihre Blüte einzig und allein auf dem moralischen und physischen Ruin beruhte, durch den sie Zehntausende und aber Zehntausende von jungen Arbeiterinnen hinschlachtete.

Vom ersten Morgengrauen bis tief in die sinkende Nacht hinein mußten die armen Geschöpfe tätig sein, wenn sie genug verdienen wollten, um nicht allzu rasch zu verhungern. Versagten ihre müden Augen endlich bei der trostlosesten Beleuchtung, wobei der verwöhnte Blick der Wohlhabenden keinen Faden mehr erkennen konnte, so waren einige Stunden unruhigen Schlafes ihre einzige Erquickung, der einzige Genuß, den sie vom Leben hatten. Mit all dieser Qual verdienten sie beim Düffel- und Tuchnähen höchstens zehn, beim Weißwarennähen etwa acht, bei Tapisseriearbeiten etwa drei, höchstens fünf Silbergroschen täglich. Aus diesem grauenvollen Elend gab es für die Arbeiterinnen nur den einen Ausweg in die Prostitution, der sie unter die polizeiliche

Kontrolle, ins Arbeitshaus, ins Gefängnis, in einen Tod der Schande führte.

Es ist anzuerkennen, daß durch die bürgerlichen Kreise ein Schauer des Entsetzens flog, als diese Zustände offenbar wurden. Sogar die unverfälschtesten Manchesterleute schwangen sich wenigstens zu einem Tadel der betrügerischen Praktiken auf, wodurch die Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie noch um die paar elenden Pfennige ihrer Hungerlöhne gebracht werden sollten. Nur die preußische Polizei stand ganz auf der Höhe der kapitalistisch-kriminalistischen Plünderungsmethoden. Sie löste die Arbeiterversammlungen auf, in denen die Lage der Konfektionsarbeiterinnen besprochen werden sollte, weil diese Arbeiterinnen selbst daran teilnahmen. Ein Recht dazu hatte sie nicht einmal nach dem preußischen Vereinsgesetze; ihre einzige Triebfeder war die reine Wollust am Weißbluten der „Ärmsten der Armen"; das „soziale Königtum" offenbarte sich so, wie es sich nicht anders offenbaren konnte.

Wieder trat der Sozialdemokrat, wie drei Jahre früher, mit äußerster Energie und unbekümmert um alle polizeilichen Beschlagnahmen, für das bedrohte Vereinsrecht ein. Die fortschrittlichen Weltweisen lahmten erst hinterher, ebenso wie sie dem energischen Betreiben Schweitzers, den vorjährigen Antrag auf Erlaß der Koalitionsfreiheit von neuem im Reichstag einzubringen, nur in schlaffer Weise nachkamen. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit des Reichstags wollte sich vorläufig auf nichts einlassen, doch stand fest, daß die Koalitionsfreiheit im nächsten Jahre beschlossen werden würde, sei es auch nur in verklausulierter Weise. Wie sehr immer die Polizei die streikenden Arbeiter mit allerlei Schikanen verfolgte, so erhob die Staatsanwaltschaft keine Anklagen mehr wegen Übertretung des Koalitionsverbots, seitdem die Gerichte 1865 bei dem Tuchmacherstreik in Burg 278 wegen verbotenen Koalierens angeklagte Arbeiter freigesprochen hatten. Es war vorherzusehen, daß die gesetzliche Anerkennung der Koalitionsfreiheit die Streikbewegung noch mächtig anschwellen, daß die nächste Zukunft der Arbeiterklasse dem gewerkschaftlichen Kampfe gehören würde.

Hierüber täuschte sich Schweitzer nicht. Er nannte es nach wie vor eine grobe, für jeden Sozialisten unmögliche Täuschung, anzunehmen, daß die kapitalistische Produktionsweise durch Arbeitseinstellungen gebrochen werden könne, aber er sah ein, daß die Masse der Arbeiterschaft nicht eher zum Klassenbewußtsein gelange, sich nicht eher von der

Bevormundung des Polizeistaats und der Geldmacht befreie, bis sie durch praktische Erfahrungen lerne, welcher Erbitterung, welchen unglaublichen Hasses die herrschenden Klassen fähig seien, sobald die Arbeiter auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lage verlangten. „Die Streiks — mit einem Worte — sind ein geschichtlich notwendiges Übergangsstadium zur vollen Herrschaft der sozialistischen und kommunistischen Bewegung." Daraus ergab sich von selbst die Schlußfolgerung, durch eine richtige Organisation der Streiks dies Übergangsstadium möglichst abzukürzen, die in der Arbeitermasse vorhandene Strömung vor Verzettelung und Zersplitterung zu schützen, sie wenigstens so stark als möglich gegen die kapitalistische Produktionsweise zu waffnen und ihren engen Zusammenhang mit der politischen Agitation zu wahren.

So weit ging Schweitzer, wenn auch nicht weiter. Als gleichberechtigt und selbständig neben der politischen Bewegung erkannte er die gewerkschaftliche Bewegung nicht an. Sie war ihm vielmehr nur ein Hebel, der politischen Bewegung einen desto stärkeren Nachdruck zu geben; er betrachtete sie gewissermaßen als Festung, hinter deren Wällen neue Rekruten einexerziert werden und im Notfalle auch die kämpfenden Heersäulen des Proletariats eine Zuflucht finden konnten. Wenn sich auch mehr und mehr herausstellte, daß die politische Organisation nur eine Elite der Arbeiterklasse umfasse, so wurde sie deshalb nicht weniger heftig von der Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt, die immer neue Handhaben suchten und fanden, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein etwas am Zeuge zu flicken. Ungefähr ein Drittel seiner örtlichen Mitgliedschaften wurde schon wieder wegen „Zweigvereinsbildung" angefochten; an einzelnen Orten, wie in Berlin selbst, hatte der Verein in erster Instanz zwar freisprechende Erkenntnisse erstritten, aber die Staatsanwälte gingen sofort an die höheren Instanzen, deren Entscheidung mindestens unberechenbar war. Als Schweitzer im Sommer 1868 die Generalversammlung des Vereins nach Hamburg berief, geschah es in der bösen Ahnung, daß diese siebente Generalversammlung wohl die letzte sein werde.

Sie tagte vom 22. bis zum 26. August. Schweitzer hatte sie nach Hamburg berufen, um die dortigen Mitglieder „für ihre sowohl durch strengste Ordnung, wie durch Prinzipientreue, Tatkraft und Opferwilligkeit ausgezeichnete und für den ganzen Verein mustergültige Haltung" zu ehren. Zum Danke für sein großes Werk war Karl Marx durch

ein offizielles Schreiben des Vorstandes als Ehrengast eingeladen worden. Dringende Geschäfte verhinderten ihn, zu kommen; er entschuldigte sich in einem Schreiben, worin er „mit Freude" feststellte, daß die Generalversammlung auf die Tagesordnung ihrer öffentlichen Sitzungen die Punkte gesetzt habe, von denen jede ernste Arbeiterbewegung ausgehen müsse: Agitation für volle politische Freiheit, Regelung des Arbeitstages und planmäßige internationale Kooperation der Arbeiterklasse in der großen weltgeschichtlichen Aufgabe, die sie für die ganze Gesellschaft zu lösen habe. Die Generalversammlung beschloß, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Erringung der politischen Freiheit zu kämpfen; sie erklärte die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für notwendig und verdammte die Sonntagsarbeit, die den Arbeitern den letzten Ruhetag und das letzte Familienglück raube, als den Gipfel der sozialen Tyrannei; endlich faßte sie den Beschluß, daß die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie einheitlich in allen Kulturländern zusammengingen, und daß es somit die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei sei, gemeinsam vorzugehen mit den Arbeiterparteien aller Kulturländer, die von gleichen Prinzipien geleitet würden.

Die drei öffentlichen Sitzungen der Generalversammlung waren imposante Kundgebungen. Die Hamburger Arbeiter erwiesen sich ihres alten Rufes würdig, sie stellten eine dankbare und intelligente Hörerschaft von sechstausend Köpfen. In den vier geschlossenen Sitzungen wurden die eigentlichen Geschäfte des Vereins erledigt. Vertreten waren 83 Orte mit 7274 regelmäßig zahlenden Mitgliedern durch 36 Delegierte, während 50 bis 60 Orte, die zumeist erst im Laufe des Jahres gewonnen worden waren, noch keine Vertreter gesandt hatten. Die Generalversammluug billigte, daß der Präsident die finanziellen Überschüsse zunächst auf die Erhaltung des Vereinsorgans verwandt habe, wofür Schweitzer als Eigentümer des Sozialdemokraten dem Vereine mit 1000 Talern haftbar blieb. Ferner beschloß die Generalversammlung, bis der Etat des Sozialdemokraten balanziere, von Vereinswegen die fehlenden Abonnements zu beziehen und diese Exemplare zur Agitation zu verwenden. Dagegen lehnte sie einen Antrag Wolfenbütteler Mitglieder, den Sozialdemokraten als Vereinseigentum zu übernehmen, und ebenso den Antrag eines Düsseldorfer Mitgliedes, die Redaktion von dem Präsidium zu trennen, als unzweckmäßig ab. Sobald der Sozialdemokrat seine Kosten decke, worauf man etwa in zwei Quartalen rechnete, sollten die finanziellen

Mittel des Vereins zur systematischen Propaganda durch Aussendung besoldeter Agitatoren, zunächst im Königreiche Sachsen und in Süddeutschland, verwandt werden. Zur Organisation dieser Propaganda erhielt der Präsident die nötigen Vollmachten. Das Gehalt des Sekretärs wurde auf 25 Taler monatlich erhöht.

Die wichtigste Verhandlung der geschlossenen Sitzungen bezog sich aber auf die Stellung des Vereins zur Streikbewegung. Braunschweiger Mitglieder hatten den Antrag gestellt, die Arbeitseinstellungen zu organisieren. Dazu beantragte Perl Übergang zur Tagesordnung, während Fritzsche zwei Anträge einbrachte, wonach die Generalversammlung erstens erklären sollte, daß die Streiks kein Mittel seien, die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise zu ändern, wohl aber ein Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne soziale Mißstände drückender Art, wie übermäßig lange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit, aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen, und wonach sie zweitens den Präsidenten beauftragen sollte, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen. Nach lebhaften Debatten wurde Perls Antrag mit 3417 gegen 2583 Stimmen verworfen, der erste Antrag Fritzsches mit gleicher Mehrheit angenommen, sein zweiter Antrag mit 3255 gegen 3044 Stimmen abgelehnt. Die Generalversammlung hatte also eine prinzipiell freundliche Stellung zu den Streiks eingenommen, aber ihre praktische Organisation von Vereins wegen für unnötig erklärt.

Nach diesem Ausfalle der Abstimmung erklärten Schweitzer und Fritzsche, daß sie nunmehr als Reichstagsabgeordnete einen Gewerkschaftskongreß einberufen würden. Ihre Erklärung rief wieder eine heftige Debatte hervor, worin darüber gestritten wurde, ob die Absicht Schweitzers und Fritzsches gegen die Parteidisziplin verstoße. Schweitzer selbst führte aus, daß die Generalversammlung ohne Zweifel das Recht besitze, dem Präsidenten alles zu untersagen, was sie für eine Schädigung des Vereins halte; wolle er sich nicht fügen, so habe er aus dem Verein auszutreten. Nun habe die Generalversammlung abgelehnt, die Organisation der Streiks von Vereins wegen in die Hand zu nehmen, woran sie vielleicht wohlgetan habe, aber prinzipiell habe sie die Streiks gebilligt. Daraus scheine ihm hervorzugehen, daß sie kein Verbot, sich daran zu beteiligen, habe aussprechen wollen, indem sie ablehnte, den Vereins=

präsidenten zur Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu verpflichten. Sie möge sich jetzt näher erklären, aber er verhehle nicht, daß er sofort sein Amt niederlegen und aus dem Vereine scheiden müsse, wenn ihm die Generalversammlung die Einberufung des Kongresses verbiete. Nach seiner Auffassung müsse die sozialdemokratische Partei, als das vorgeschrittenste Element unter den Arbeitern, die Streikbewegung organisieren; er dürfe die verantwortliche Leitung nicht weiter führen, wenn er das Bewußtsein habe, daß die Agitation durch ein wesentliches Versäumnis lebensunfähig werden könne. Daraufhin erklärte die Generalversammlung fast einstimmig, daß sie ein Verbot nicht habe aussprechen wollen; als Reichstagsabgeordnete könnten Schweitzer und Fritzsche den Kongreß berufen.

Leider ist über diese Verhandlungen kein ausführlicher Bericht erhalten, aus dem sich ersehen ließe, inwieweit die Opposition von praktischen Bedenken oder von orthodoxem Lassalleanismus geleitet gewesen ist. Mitgespielt hat beides: Perl hob in den kurzen Motiven, womit er seinen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung begründete, nur finanzielle und formelle Einwände hervor, während Schweitzer sich in einem Artikel des Sozialdemokraten sehr entschieden gegen den Vorwurf verteidigte, mit der Einberufung des Kongresses die Überlieferungen Lassalles verlassen zu haben. Als den entscheidenden Gesichtspunkt betonte er ganz richtig die Tatsache, daß eine Streikbewegung in den Massen vorhanden sei, die zu Lassalles Lebzeiten gefehlt habe. Eine solche Bewegung ins Leben zu rufen, sei so wenig Lassalles Sache gewesen, wie es jemals die Sache eines Sozialisten sein könne, aber wenn sie einmal da sei, müsse jeder Sozialist, und würde also auch Lassalle, wenn er noch lebte, darauf bedacht sein, ihr das richtige Ziel anzuweisen. Sofort nach Schluß der Generalversammlung, noch von Hamburg aus, richtete Schweitzer und Fritzsche einen Aufruf an die Arbeiter Deutschlands, worin sie einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zum 27. September nach Berlin einberiefen, zur Besprechung und Einrichtung alles dessen, was mit den Arbeitseinstellungen zusammenhänge, zur Begründung einer umfassenden Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands durch und in sich selbst, zum Zwecke gemeinsamen Vorschreitens vermittelst der Arbeitseinstellungen.

Zehn Tage darauf trat in Nürnberg der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. Seit dem Geraer Vereinstage

hatte Bebel mit energischer und geschickter Hand die Leitung des Verbandes geführt, um bald zu erkennen, daß eine reinliche Scheidung zwischen den vorwärtsdrängenden und den rückwärtsziehenden Elementen zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden sei. Lieber zehn sichere, als dreißig schwankende Vereine, schrieb er an Albert Lange. Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins vollzog sich innerhalb des Verbandes in durchaus ursprünglicher Weise, gefördert durch die zwingende Beredtsamkeit der ökonomischen Tatsachen, und nicht, wie die landläufige Erzählung wissen will, durch die angeblichen Überredungskünste Liebknechts, der ebenso wie das Demokratische Wochenblatt dem Verbande als solchem noch ferne stand. In der Arbeiterhalle, die in Mannheim erschien, hatte der Verband ein eigenes Organ. Je klarer sich aber die proletarischen Elemente der Arbeitervereine darüber wurden, daß der Verband, wenn er überhaupt noch etwas bedeuten wollte, eine bestimmte Stellung zu den brennenden Fragen auf politischem und sozialem Gebiete einnehmen müsse, um so eifriger rüsteten sich ihre bürgerlichen Elemente, die letzte Position zu verteidigen, welche die Bourgeoisie noch im Proletariat besaß. Sobald der Vorort Leipzig den Vereinstag zum 5. September nach Nürnberg einberufen und seine Absicht ausgesprochen hatte, als Programm des Verbandes die Hauptsätze aus den Statuten der Internationalen vorzuschlagen, wurde von beiden Seiten mit Macht für die eifrige Beschickung des Tages agitiert, wobei es die bürgerliche Seite nicht an allerlei Mitteln fehlen ließ, die Zahl der ihr noch anhänglichen Arbeiter und Arbeitervereine künstlich hinaufzuschrauben.

Jedoch hatten sie damit kein Glück gegenüber der elementaren Strömung, die durch die Arbeitermassen ging. Der Nürnberger Vereinstag entschied sich für die Annahme des Programms, das der Vorort Leipzig ihm vorgeschlagen hatte, und für die Begründung zentralisierter Gewerksgenossenschaften, unter Ablehnung eines von Sonnemann eingebrachten Antrags, der Altersversorgungskassen für Arbeiter, unter Vermittlung der Post und demnach als Anstalten, die unter staatlicher Aufsicht ständen, eingerichtet haben wollte. Bei der entscheidenden Programmfrage stimmten 72 Vereine mit 69 Stimmen gegen 37 Vereine mit 46 Stimmen. Die bürgerliche Minderheit machte noch einen Versuch, ihre Sache zu retten, indem sie behauptete, hinter der Mehrheit ständen kaum 1800, hinter der Minderheit aber 8800 Mitglieder der Arbeitervereine. Bebel deckte den Humbug sofort in einer bündigen Erklärung auf. Zwar

rechnete er auch noch 5876 Mitglieder für die Minderheit und nur 6480 Mitglieder für die Mehrheit heraus, aber es zeigte sich alsbald, daß die Minderheit, die sofort aus dem Verbande schied, überhaupt keine Aktionsfähigkeit mehr besaß. Sie versuchte einen Deutschen Arbeiterbund zu gründen, ohne über die ersten Ansätze hinaus zu kommen. Die Vereine der Minderheit schlossen sich entweder bald der Mehrheit an oder sie gingen ein; von ihnen allen besteht heute nur noch der Berliner Arbeiterverein, der sich damals übrigens auch in zwei Vereine spaltete, von denen der eine unter dem alten Namen an dem fortschrittlichen Programm festhielt, während der andere sich als Demokratischer Arbeiterverein auftat und dem Verbande der Arbeitervereine anschloß.

Wie der Geraer, so bedeutete auch der Nürnberger Vereinstag einen großen Schritt vorwärts, aber zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei führte er noch nicht. Formell wurde der Verband aufrecht erhalten, Bebel wieder zum Vorsitzenden und Leipzig zum Vorort gewählt. Der Vereinstag war von den österreichischen und schweizerischen Arbeitervereinen beschickt worden, der Generalrat der Internationalen wurde durch Eccarius vertreten, und einige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die eben der Hamburger Generalversammlung beigewohnt hatten, Kirchner aus Hildesheim und Karl Hirsch aus Berlin, sprachen kräftig im Sinne der Mehrheit. Trotzdem befanden sich in der Mehrheit noch mancherlei Elemente, die mit dem proletarischen Klassenkampfe so viel gemein hatten, wie das Wasser mit dem Feuer: ehrliche Kerle wie Ladendorf, unsichere Kantonisten wie Sonnemann, allerlei Schlauköpfe aus der Deutschen Volkspartei, die das internationale Programm zur Not annehmen mochten, weil es noch nichts über eine nationale Politik der Arbeiterklasse besagte. Die Deutsche Volkspartei hatte den Nürnberger Vereinstag offiziell beschickt, und so beschickte der Nürnberger Vereinstag offiziell eine Konferenz der Deutschen Volkspartei, die am 19. und 20. September in Stuttgart tagte und nach dreijährigen Wehen nun endlich mit einem Programm in der nationalen und der sozialen Frage niederkam.

Die Deutsche Volkspartei war zu einer süddeutschen Partei zusammengeschrumpft, abgesehen von einigen augustenburgischen und welfischen Anhängseln, die in Schleswig-Holstein und Hannover ein hinsterbendes Dasein führten, sowie von den paar Anhängern Jacobys und namentlich von der Sächsischen Volkspartei, die, überwiegend aus Arbeitern

bestehend, sich rüstig in sozialdemokratischem Sinne entwickelte. Gerade aber in ihrer örtlichen Beschränkung hätte die Deutsche Volkspartei in den Jahren zwischen Königgrätz und Sedan eine historische Bedeutung gewinnen können, wenn sie gegenüber der Ohnmacht und Unfähigkeit der süddeutschen Regierungen, unter dem Schutze der Eifersucht von ganz Europa, eine energische demokratische Propaganda entfaltet hätte, die zugleich das sicherste Mittel gewesen wäre, der Berliner Reaktion das Leben sauer zu machen. Allein der günstige Augenblick verrann nutzlos, weil, ähnlich wie in den Tagen der deutschen Revolution, der krähwinkelhafte Partikularismus über alle demokratischen und republikanischen Redensarten siegte, weil, wie Albert Lange bitter sagte, ein blinder, dem Feinde in die Hände arbeitender Haß gegen Preußen die einzige Triebfeder der Deutschen Volkspartei war.

Das nationale Programm, das sie im Herbste 1868 endlich aufs Papier brachte, war denn auch weiter nichts, als ein rückständiger, mit leeren Redensarten über Freiheit und Selbstbestimmung verkleisterter Partikularismus, und ihr soziales Programm war etwas noch Schlimmeres. Die Deutsche Volkspartei erklärte grundsätzlich ihren „Anschluß an das vom Nürnberger Vereinstage angenommene Programm“ und stellte eine Reihe sozialer Forderungen auf, die, wie Hebung der Volksschule, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, nirgends über den bürgerlichen Horizont hinausgingen, wenn sie auch in einzelnen Punkten, wie Abschaffung der stehenden Heere und Beteiligung der Arbeiter am Reingewinne, die kapitalistischen Konsequenzen etwas radikaler oder etwas verschmitzter zogen, als die norddeutschen Liberalen es taten. Mit dem Programm der Internationalen, dem sie sich „anschlossen“, standen diese Forderungen auf demselben friedlichen Fuße, wie das Kapital mit der Arbeit. Man begreift nach solchen Leistungen, daß Marx den Konflikt zwischen nationalliberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen eine „kleine Lumperei“ nannte. Ähnlich sagte Engels, die Geschichte der nächsten Jahre werde beweisen, daß Nationalliberale und Volksparteiler sich nur deshalb so heftig befehdeten, weil sie die entgegengesetzten Pole einer und derselben Borniertheit seien.

Während die Nürnberger Mehrheit noch mit der Deutschen Volkspartei zusammenhing, stimmten die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung weit mehr überein mit den Beschlüssen, die gleichzeitig der dritte Kongreß der Internationalen faßte. Er tagte vom 6. bis

zum 12. September in Brüssel und war von 97 Delegierten besucht, deren größere Hälfte aus Belgiern bestand; Frankreich wurde durch 18, England durch 11, die Schweiz durch 8 und Deutschland durch 4 Delegierte vertreten. Über die Notwendigkeit der politischen Aktion und die Bedeutung der Streiks für die Arbeiterklasse beschloß der Brüsseler Kongreß ganz ebenso, wie die Hamburger Generalversammlung darüber beschlossen hatte, und zum erstenmale erklärte sich der Kongreß der Internationalen für das Gemeineigentum am Grund und Boden, allerdings nur gegen eine starke Minderheit, deren Rückgrat die französischen Delegierten bildeten. Schweitzer hatte eine offizielle Einladung zu dem Brüsseler Kongresse erhalten, konnte aber nicht erscheinen, weil er, unaufhörlich von der Staatsanwaltschaft verfolgt, mehrere Gerichtstermine wahrzunehmen hatte. In seiner Antwort auf das Einladungsschreiben sagte er, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen auf dem Boden der Internationalen stehe und von seinem formellen Eintritt in den Bund nur durch die deutschen Vereinsgesetze zurückgehalten werde.

Diese Gesetze wurden eben jetzt wieder benützt, um den Verein auch als nationale Organisation zu zerstören. Das Kammergericht entschied in zweiter Instanz, daß die örtliche Mitgliedschaft in Berlin als selbständiger Zweigverein aufzulösen sei. Hiergegen war zwar noch die Berufung an das Obertribunal möglich, aber am 16. September verfügte das Leipziger Polizeiamt die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins überhaupt. Als Vorwand wurde diesmal die Bestimmung genommen, daß die Hälfte der von den Mitgliedern gezahlten Beiträge für Lokalzwecke in den einzelnen Orten verwandt werden dürfe, „solchem nach die Vereinsmitglieder der einzelnen Ortschaften nicht bloß als Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sondern als Mitglieder eines Lokalvereins mit eigener Kassenverwaltung" erschienen. Da es sich um einen bloßen Vorwand handelte, so legte Schweitzer kein Rechtsmittel gegen die Verfügung der Leipziger Polizei ein, sondern ordnete einfach an, daß sich der Verein sofort aufzulösen habe, nicht „aus Gehorsam gegen die Obrigkeit", wie er den Mitgliedern auseinandersetzte, sondern „weil es nach Lage der Dinge das Vernünftigste ist, was wir tun können". Schweitzer erkannte und sprach es auch offen aus, daß der in Leipzig geführte Schlag aus Berlin kam; er wollte vermeiden, daß ein rechtskräftiges und dann für alle preußischen Gerichte maßgebendes Urteil des Obertribunals in Sachen der „selb-

ständigen Zweigvereine“ erginge; mit der freiwilligen Auflösung des Vereins hielt er sich die Möglichkeit offen, ihn sofort wieder in neuen, alle denkbaren Einwände ausschließenden Formen zu eröffnen.

---

3. Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung.

Bei aller sonstigen Verschiedenheit hatten sich die Hamburger Generalversammlung und der Nürnberger Vereinstag doch in zwei Beschlüssen gefunden, die ein gemeinsames Aktionsfeld für das gesamte klassenbewußte Proletariat in Deutschland zu öffnen schienen: in dem Anschluß an die Internationale und in der Gründung der Gewerksgenossenschaften. So auch faßte das Demokratische Wochenblatt die Lage auf. In seiner Nummer vom 12. September schrieb es: „In Hamburg, Nürnberg und Brüssel dieselben Bestrebungen, dieselben Ziele: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals, Beseitigung der Klassenherrschaft und der Lohnsklaverei, Schaffung eines auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründeten Staats.“ Gleichzeitig erschien in der Zukunft eine Leipziger Korrespondenz, worin gesagt war, daß eine mehr oder minder vollständige Verschmelzung der demokratischen Arbeitervereine mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine nur eine Frage der Zeit sei.

Wie anerkennenswert diese Einheitsbestrebungen waren, so wurden sie doch auf Wegen verfolgt, die von dem erstrebten Ziele weitab führten. In der Leipziger Korrespondenz der Zukunft hieß es, „Dieser und Jener“ stemme sich aus persönlichen Gründen gegen die Einigung der deutschen Arbeiter. Noch deutlicher wurde das Demokratische Wochenblatt, indem es auf der zweiten Seite derselben Nummer, auf deren erster Seite die demokratischen Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung anerkannt worden waren, den „Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ kategorisch aufforderte, ein Hamburger Mitglied des Vereins zu maßregeln, den Schuhmacher Praast, der nach der Behauptung eines volksparteilich-welfischen Blattes bei einer Totenfeier Lassalles in Hannover die preußischen Annexionen gelobt haben sollte. Dabei stand nicht einmal fest, ob von Praast, der sich beiläufig ein Jahr später von Schweitzers auf Liebknechts Seite schlug, wirklich ein prinzipienwidriger Verstoß begangen worden war; die bloße Versicherung eines Blattes, das im Schatten der Welfenhofe für die deutsche Ein-

heit und Freiheit kämpfte, konnte unmöglich als überführender Beweis gelten. Auch dieser Artikel des Demokratischen Wochenblatts wurde sofort von der Zukunft übernommen.

Schweitzer hatte bis dahin alle Angriffe des Demokratischen Wochenblatts gegen seine persönliche und politische Integrität unbeachtet gelassen. Jetzt antwortete er dem Demokratischen Wochenblatte, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein könne unmöglich für irgend eine Äußerung eines einzelnen Mitglieds verantwortlich gemacht werden; auch stehe der Präsident nicht als Polizeibüttel und Zensor hinter jedem Redner; wolle man jedoch wissen, wie er selbst sich zu der angeblichen Ausführung des Hamburger Mitgliedes stelle, so sage er, „daß der von uns erstrebte Eine deutsche Volksstaat weder durch das preußische Annexions-, Militär- und Polizeigetriebe, noch durch den in den Mittel- und Kleinstaaten von der ‚Volkspartei' und den Werkzeugen der verjagten Fürsten geschürten, stupiden und widerlichen Preußenhaß näher gebracht" werde. Auf die Leipziger Korrespondenz der Zukunft aber erklärte Schweitzer, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein werde mit der Mehrheit der Nürnberger Vereine ebenso Hand in Hand gehen, wie mit allen ähnlich gesinnten und befreundeten Parteien. Allein von Verschmelzung könne keine Rede sein, es sei denn, daß die Nürnberger Vereine in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein träten, wo sie willkommen sein würden. Niemals aber könne die von Lassalle gegründete straffe Organisation geändert werden, um einem „verschwommenen Wischiwaschi" Platz zu machen.

Dieser Ausdruck war gewiß sehr unhöflich, obgleich nur eine winzige Grobheit, verglichen mit den bösen Dingen, die sich Schweitzer seit neun Monaten vom Demokratischen Wochenblatte hatte sagen lassen müssen. Jedenfalls war nicht gut mißzuverstehen, was Schweitzer unter dem „verschwommenen Wischiwaschi" verstand. Er meinte nicht das Programm der Internationalen, dem er sich eben selbst angeschlossen hatte, sondern die verschwommenen Beziehungen der Nürnberger Vereine zur Deutschen Volkspartei. Trotzdem verfiel das Demokratische Wochenblatt dem Mißverständnisse, daß Schweitzer mit dem unhöflichen Worte „nur" die Lehre von Marx gemeint haben könne, von der sich die Lehre Lassalles allein dadurch unterscheide, daß sie ihr die Spitze abbreche. So wurde Schweitzer abermals für einen „Verräter an der Sache des Sozialismus und der Demokratie" erklärt.

Danach blieb nur noch die Gewerkschaftsbewegung als ein Feld gemeinsamen Wirkens übrig. Indessen die Nürnberger Vereine beschickten den Arbeiterkongreß nicht, den Schweitzer und Fritzsche zum 27. September einberufen hatten. Und zwar, wie Liebknecht später angegeben hat, deshalb nicht, weil es ihrer Ehre zu nahe gegangen sei, nachdem Schweitzer erklärt habe, die Nürnberger Vereine würden zu dem Kongresse nicht zugelassen werden. Hiermit hatte es nun aber folgende Bewandtnis. Nachdem der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch das Leipziger Polizeiamt aufgelöst worden war, erklärte der Sozialdemokrat, daß mit Rücksicht auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes, wonach politische Vereine sich nicht miteinander verbinden dürften, „Arbeitervereine, die ein politisches Programm haben, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Nürnberger Majorität als solche", nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten. Bei der ganzen Anordnung handelte es sich einfach um eine Formfrage, die den Kongreß vor polizeilichen Übergriffen schützen sollte; einen Grund zur Beschwerde hätten höchstens die Vereine der Nürnberger Minderheit gehabt, die kein politisches Programm besaßen, gleichwohl aber, wie der Sozialdemokrat in einer Anmerkung hinzufügte, als solche auch nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten, da sonst tatsächlich eine politische Partei bevorzugt werden würde. Allen Vertretern bereits bestehender Gewerkschaften, allen Delegierten von Versammlungen der verschiedenen Gewerke, ja von Arbeiterversammlungen überhaupt, war der Kongreß ohne jede Einschränkung geöffnet.

Eher läßt sich der ebenfalls gegen Schweitzer und Fritzsche erhobene Vorwurf hören, daß sie die Einberufung des Kongresses überstürzt, daß sie nicht erst den Verlauf des Nürnberger Vereinstags abgewartet und dann gemeinsam mit dem Vororte der siegreichen Mehrheit die Organisation der gewerkschaftlichen Bewegung angegriffen hätten; besondere Eile habe die Sache nicht gehabt, da die Verleihung der Koalitionsfreiheit doch erst in Jahr und Tag zu erwarten gewesen sei. Jedoch hatten Schweitzer und Fritzsche triftige Gründe, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war. Sie wollten ihre Bataillone bereits organisiert und ihre Kriegskasse bereits gefüllt haben, ehe das Signal zum Kampfe erscholl; dann mußte ihnen auch viel daran liegen, gegenüber dem Widerstande in der eigenen Partei, der aus einer sehr problematischen Spekulation auf die Ergebnisse des Nürnberger Vereinstages nur neue

Nahrung gewonnen haben würde, möglichst bald eine vollendete Tatsache zu schaffen, und ganz besonders kam es darauf an, ein hinterhaltiges Spiel der Fortschrittspartei zu durchkreuzen, die eben daran ging, sich der proletarischen Streikbewegung zu bemeistern und sie in falsche Bahnen zu leiten.

Es ist eine reine Erfindung, zu sagen, daß Liebknecht und Schweitzer zur Gründung von Gewerksgenossenschaften geschritten seien, nachdem Max Hirsch eine Reise nach England unternommen habe, um die Trade Unions zu studieren und nach Deutschland zu verpflanzen. Liebknecht kannte die Trade Unions aus der Zeit seines englischen Exils sehr genau und hatte seit seiner Rückkehr nach Deutschland durch zahlreiche Vorträge die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter auf sie gelenkt, während Schweitzer sich mindestens schon seit Jahr und Tag im Sozialdemokraten mit den einschlägigen Fragen befaßt hatte, lange ehe Max Hirsch auf den sauberen Einfall verfiel, die noch fortschrittlich gesinnten Arbeiterkreise durch eine verpfuschte Nachahmung der Trade Unions über ihre wahren Interessen zu täuschen. Er ist erst in England selbst, wohin er sich begeben hatte, um die Kooperativgesellschaften kennen zu lernen, auf die Trade Unions aufmerksam gemacht worden und zwar durch Lujo Brentano, der die englischen Gewerkschaften wirklich studierte; von den „Studien", die Max Hirsch trieb, gibt es eine zutreffende Probe, daß er sich, nachdem er schon wochenlang den deutschen Arbeitern die Schieds- und Einigungsämter als die Allheilmittel der sozialen Frage angepriesen hatte, hilfeflehend an Brentano wandte, dieser möge ihm doch aus seinen Sammlungen aushelfen, da er selbst „leider gar kein Material" über die englischen Schieds- und Einigungsämter besäße. Schloß diese grandiose Unwissenheit aus, daß Liebknecht und Schweitzer etwas von Max Hirsch gelernt haben können, so machte es die frivole Eilfertigkeit, womit Max Hirsch dennoch an die Gründung von deutschen Gewerkvereinen zu gehen gedachte, um so wünschenswerter, sein Treiben so schnell wie möglich zu durchkreuzen.

Inzwischen hatte der Aufruf Schweitzers und Fritzsches in den deutschen Arbeiterkreisen gezündet. Zu dem Arbeiterkongresse, der am 26. September eröffnet wurde, erschienen 206 Delegierte, die 142008 Arbeiter in 110 Orten vertraten und zwar Arbeiter der verschiedensten Gewerke. Am stärksten beteiligten sich, wie es in der Natur der Sache lag, die Hauptsitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin

durch 27 und, das benachbarte Brandenburg eingerechnet, sogar durch 42, Hamburg-Altona durch 22, Elberfeld-Barmen durch 11, Braunschweig durch 7 Abgeordnete. Doch auch aus Süddeutschland fand sich eine nicht unbeträchtliche Zahl Delegierte ein, so aus Offenbach, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Speyer, Stuttgart, Augsburg, Würzburg, und ebensowenig fehlten Delegierte aus dem Königreiche Sachsen, aus Dresden, Freiberg, Glauchau und Leipzig.

Somit hatte die Fortschrittspartei das Nachsehen. Sie konnte nur noch zwei Tage vor der Eröffnung des Kongresses den letzten Rest der ihr noch anhänglichen Maschinenbauer zusammenberufen, etwa 400 bis 500 Mann, unter denen aber auch schon die Meinung laut wurde, man dürfe sich nicht deshalb von einer guten Sache ausschließen, weil sie von sozialdemokratischer Seite angeregt würde. Schulze-Delitzsch selbst mußte sich in die Bresche werfen mit einer Rede, worin er sich als den geborenen Arbeiterführer ausprahlte und über die „müßigen Schwätzereien unnützer Buben" lärmte. Die Versammlung wählte zwölf Delegierte, die unter Führung von Max Hirsch den Arbeiterkongreß besuchen und „gegen die Organisierung des sozialen Krieges" protestieren sollten. Natürlich scheiterte dieser Versuch, den Kongreß zu vereiteln; als Max Hirsch in der ersten Sitzung einige unnütze Weitläufigkeiten machte, wurde er samt seinem Anhange entfernt, während Schulze, durch einen Abgesandten Schweitzers gestellt, mehr vorsichtig als wahrheitsliebend ableugnete, mit „den müßigen Schwätzereien unnützer Buben" den Aufruf Schweitzers und Fritzsches gemeint zu haben. Dieses Gegenteil von Heldenmut trug ihm noch eine sehr derbe Resolution des Kongresses ein, der zugleich erklärte, daß er in den Berliner Maschinenbauern seine Brüder erkenne und daß die Entfernung ihrer Delegierten sich nur gegen absichtliche Störenfriede gerichtet habe. Leider beschwichtigte die gutgemeinte Erklärung den verletzten Korpsgeist der Berliner Maschinenbauer nicht, die sich nun wieder enger an die Fortschrittspartei anschlossen.

Sonst verlief der Arbeiterkongreß in voller Harmonie und führte nach viertägigen Verhandlungen zur Gründung von zehn Arbeiterschaften und eines Arbeiterschaftsverbandes. Man hatte sich für das Wort Arbeiterschaft entschieden, weil die Mehrheit der Delegierten fürchtete, das Wort Gewerkschaft könne bei vielen Arbeitern unliebsame Erinnerungen an zünftlerische Bestrebungen erwecken. Die zehn Arbeiterschaften,

die sich sofort bildeten, waren die Schuhmacher, die Schneider, die Maurer, die Bäcker, die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Hand- und Fabrikarbeiter, die Buchbinder, Sattler und Riemer, die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, endlich die Färber, Weber und Manufakturarbeiter. Für die einzelnen Gewerkschaften entwarf der Kongreß Musterstatuten, deren Annahme und Abänderung oder Ablehnung ganz in ihrem Belieben stand; verpflichtet waren sie nur als Mitglieder des Verbandes auf die Satzungen des Verbandes, in den sie eintreten konnten, sobald sie fünfhundert Mitglieder zählten. Der Verband selbst war nach dem Muster des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins organisiert als eine Kampfgenossenschaft für die siegreiche Durchführung von Arbeitseinstellungen. Das Präsidium, das aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern bestand, wurde durch allgemeines Stimmrecht aller Mitglieder erwählt; die Generalversammlung wurde von den einzelnen Arbeiterschaften durch örtliche Delegierte beschickt, deren jeder so viele Stimmen führte, als die Arbeiterschaft in den von ihm vertretenen Orte Mitglieder zählte; im Ausschuß endlich wurde jede Arbeiterschaft durch je einen Bevollmächtigten vertreten, der für jede volle Anzahl von fünfhundert Mitgliedern seiner Arbeiterschaft je eine Stimme zu führen hatte. Immerhin standen dem Ausschusse ungleich größer Befugnisse zu als dem Vorstande, der entsprechenden Behörde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Er hatte namentlich allein darüber zu entscheiden, ob ein Streik zur Verbandssache erklärt werden solle; er sollte die beschließende und das Präsidium nur die ausführende Behörde sein.

Von den bereits bestehenden Gewerkschaften traten die Schneider provisorisch in den Verband ein, unter dem Vorbehalte, daß ihre Generalversammlung zustimmen würde, während die Delegierten der Zigarrenarbeiter und Zimmerer erklärten, ihren Generalversammlungen dringend den Eintritt empfehlen zu wollen. Dagegen lehnte der Vertreter des Buchdruckerverbandes den Anschluß ab, da er nur für eine föderalistische, nicht aber für eine zentralistische Verbindung der einzelnen Gewerkschaften zu stimmen berechtigt sei. Ein Antrag, mit der Konstituierung des Verbandes zu warten, bis sich die einzelnen Arbeiterschaften organisiert hätten, und dann eine neue Generalversammlung einzuberufen, wurde mit dem Hinweis auf „andere sozialistische Elemente“ begründet, die man nicht vor den Kopf stoßen solle, aber nach eingehender Debatte abgelehnt, wobei die Redner der Mehrheit geltend

machten, daß alle Richtungen der deutschen Arbeiterklasse sich auf dem Kongresse hätten vertreten lassen können, daß eine neue Generalversammlung große Unkosten verursachen würde, und daß den bürgerlichen Gegnern der Arbeitersache jede Möglichkeit neuer Umtriebe abgeschnitten werden müsse. Der Kongreß tat sich als die erste Generalversammlung auf und setzte das erste Präsidium ein, das aus Schweitzer, Fritzsche und dem Fabrikarbeiter Klein in Elberfeld bestand. Ebenso konstituierte sich sofort der erste Ausschuß, indem die Delegierten der Gewerke, die sich in Arbeiterschaften organisieren wollten, je einen Bevollmächtigten wählten. Zum Verbandsorgane wurde der Sozialdemokrat erkoren.

Schweitzer hatte in Sachen des Kongresses am 15. September und am 8. Oktober an Marx geschrieben. Der Wortlaut seiner Briefe ist bisher nicht bekannt geworden, wohl aber der Wortlaut der Antwort, die Marx am 13. Oktober an Schweitzer richtete. Soweit sich daraus schließen läßt, hatte Schweitzer gewünscht, daß Marx seine Vorlagen an den Kongreß begutachten und in der gewerkschaftlichen Bewegung zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und den Nürnberger Vereinen vermitteln solle. Marx erklärte sich zu dieser Vermittlung bereit und versprach volle Unparteilichkeit; er fügte hinzu, daß er, als Sekretär der Internationalen für Deutschland, schon wiederholt zum Frieden gemahnt habe; auf die ihm gewordene Antwort, daß Schweitzer selbst den Krieg provoziere, wozu ihm Belegstellen aus dem Sozialdemokraten gesandt seien, habe er erklärt, daß er sich notwendig auf die Rolle des Unparteiischen beim Duell beschränken müsse. Man kann nicht loyaler sprechen, als Marx hier spricht, doch ist er auch diesmal über die Verhältnisse in Deutschland nicht zutreffend unterrichtet worden. Provoziert hat Schweitzer den Krieg nicht, und das mag Marx auch aus den ihm eingesandten „Belegstellen" ersehen haben, in denen Schweitzer nur Provokationen abwehrte; sonst hätte er schwerlich so freundlich an Schweitzer geschrieben. In eben diesem Briefe erkennt er „unbedingt die Energie und Intelligenz" an, womit Schweitzer in der deutschen Arbeiterbewegung wirke, sehr im Unterschiede von dem Demokratischen Wochenblatte, das ein paar Wochen vorher Schweitzer wegen Verrats an der Demokratie und am Sozialismus zum so und so vielten Male angeklagt hatte.

Indessen loyal wie Marx gegen Schweitzer war, so war er auch ehrlich gegen ihn. Er verhehlte nicht, daß die Statuten des Arbeiter-

schaftsverbandes prinzipiell verfehlt seien. So sehr die gewählte Organisation für geheime Gesellschaften und Sektenbewegungen tauge, so sehr widerspreche sie dem Wesen der Trade Unions. Er halte sie für unmöglich, aber selbst wenn sie möglich wäre, so wäre sie nicht wünschenswert, am wenigsten für Deutschland. Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bureaukratisch gemaßregelt werde und an die Autorität, die vorgesetzte Behörde glaube, gelte es vor allem, ihn selbständig gehen zu lehren. Auch seien die Statuten nicht geeignet, die „rasche Aktion" zu fördern, die Schweitzer beabsichtige; die Generalversammlung, der Ausschuß, das ganze überflüssige Präsidium, drei unabhängige Mächte verschiedenen Ursprungs, würden überall in Kollision geraten; bei den Trade Unions handle es sich großenteils um Geldfragen, und in denen höre alles Diktatorentum auf. Bei alledem gab Marx die Möglichkeit zu, daß die Fehler der Organisation vielleicht durch rationelle Praxis mehr oder minder ausgemerzt werden könnten.

Marx tadelte, daß Schweitzer an die Klassenbewegung die Forderung stelle, sich einer Sektenbewegung unterzuordnen. Dieser Tadel war vollkommen berechtigt, insofern als Schweitzer die gewerkschaftliche Bewegung als ein Hilfsmittel zweiter Ordnung der politischen Organisation einspannen wollte. Aber er war unberechtigt, insofern als Marx in diesem Briefe von Lassalle wie von einem Sektenstifter und vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wie von einer Sektenbewegung sprach, und er wäre doppelt unberechtigt gewesen, wenn Marx, was er nicht aussprach und vielleicht auch nicht meinte, aber was sich zwischen den Zeilen seines Briefes herauslesen ließ, unter den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei die ausschließliche Klassenbewegung des deutschen Proletariats verstanden hätte. So lagen die Dinge in Deutschland nicht. Sie lagen vielmehr so, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eine ungleich entwickeltere Form der Klassenbewegung war, als die Nürnberger Vereine und die Sächsische Volkspartei. An demselben 13. Oktober, an dem Marx seinen Brief in London schrieb, veröffentlichte der Sozialdemokrat in Berlin aus Schweitzers Feder einen Artikel, der Begriff und Wesen der Internationalen ganz im Sinne von Marx erläuterte. Es wurde darin gesagt, wer zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehöre, der gehöre auch zur Internationalen, etwa wie ein Bürger des Kantons Uri auch ein Bürger der Schweiz sei. Die nationalen Organisationen der Arbeiter seien notwendig, weil

und solange in den einzelnen Kulturnationen große Verschiedenheiten beständen, mit denen der proletarische Emanzipationskampf zu rechnen habe, aber die Entwicklung gehe dahin und müsse in dem Sinne gefördert werden, daß die Zentralleitung der Internationalen mehr und mehr die Wirksamkeit der nationalen Zentren der Arbeiterbewegung ersetzen könne. Das waren gewiß nicht die Ansichten eines Sektenhäuptlings, und Schweitzer mußte dadurch, daß Marx ihm Irrtümer vorhielt, von denen er sich frei wußte, unwillkürlich verleitet werden, das Gewicht des Tadels zu unterschätzen, den Marx ihm mit Recht aussprach. Blieb er aber einmal bei der Ansicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung ein untergeordnetes Hilfsmittel der politischen Bewegung sei, so waren seine Arbeiterschaften vollkommen konsequent und logisch gedacht, und auch deshalb wird er über die Mißbilligung von Marx leichter hinweggekommen sein, weil seine fortschrittlichen Gegner anerkannten, käme es auf den Krieg zwischen Kapital und Arbeit an, so sei sein Arbeiterschaftsverband vortrefflich organisiert.

Die Fortschrittler selbst gingen gleich nach dem Schlusse des Arbeiterkongresses daran, Gewerkvereine nach dem famosen Prinzip zu gründen, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Harmonie der Interessen bestände. Der Harmonieapostel Hirsch sollte den vollständig abgewirtschafteten Sparapostel Schulze ablösen. Unter Vertuschung der Tatsache, daß die in den Trade Unions organisierten Arbeiter es ihren jahrzehntelangen, mühevollen, mit den kolossalsten Opfern durchgeführten Kämpfen verdankten, wenn sie in den Schieds- und Einigungskammern von den Fabrikanten als gleichberechtigte Männer behandelt wurden, bildete Max Hirsch sich ein oder tat so, als ob er sich einbildete, daß der Krieg, dem die Trade Unions einzig und allein ihre Erfolge verdankten, ein kolossaler Irrtum gewesen sei, daß der leidliche Zustand sozialen Friedens, zu dem sich die englischen Fabrikanten aus Respekt vor der Macht der Trade Unions bequemten, der natürliche Zustand zwischen Kapital und Arbeit sei. Die Musterstatuten der fortschrittlichen Gewerkvereine ahmten die Statuten der großen Trade Unions nach, nur daß sie ihnen das Rückgrat ausbrachen; sie luden die Unternehmer ebenso zu freundlichem Beitritt ein, wie die Arbeiter, und Max Hirsch erklärte, daß „seine“ Gewerkvereine keineswegs „ausschließlich das Recht und die Interessen der Arbeiter“, sondern ebenso das Recht und die Interessen ihrer Ausbeuter sichern sollten. Die praktischen Aussichten dieser Gründung be-

ruhten auf der Annahme, daß die deutschen Unternehmer den „gutgesinnten" Gewerkvereinen freiwillig gewähren würden, was die Trade Unions den englischen Unternehmern abgetrotzt hatten. Der erste Fabrikant, mit dem die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, war Borsig. Er sollte auf Verlangen des fortschrittlichen Gewerkvereins der Maschinenbauer einen Werkmeister entlassen, der einen Arbeiter geohrfeigt hatte; aber als Schulze-Delitzsch und Max Hirsch den Lokomotivkönig deshalb antraten, beschränkte er sich darauf, sie mit moralischen Ohrfeigen hinauszuweisen.

Es war vorherzusehen, daß die fortschrittlichen Gewerkvereine bald auf den Sand gesetzt sein würden, und auch der Widerstand, den die Fraktion der Gräfin Hatzfeldt, in ihrer orthodoxen Weise an Lassalles Worten klebend, gegen die gewerkschaftliche Bewegung überhaupt richtete, hatte nicht viel zu bedeuten. Sollte die Zersplitterung dieser Bewegung vermieden werden, so kam es darauf an, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei einigen werde. Marx hatte sein Versprechen gehalten und vermittelnd eingegriffen; das Demokratische Wochenblatt besprach den Berliner Arbeiterkongreß in seiner Weise verhältnismäßig freundlich. In diesem Blatte veröffentlichte dann Bebel als Vorsitzender des Verbands deutscher Arbeitervereine von ihm entworfene Statuten für deutsche Gewerksgenossenschaften, welche die Mitte und zwar die richtige Mitte zwischen den Wegen hielten, die Schweitzer und Max Hirsch eingeschlagen hatten. Sie begannen den Bau nicht beim Giebel, sondern beim Fundament, und verzichteten auf jede diktatorische Zentralisation der Gewerkschaften, während sie die einzelnen Gewerkschaften als kräftige Verbände organisierten, um die Interessen und die Rechte ihrer Mitglieder gegenüber dem Kapital zu sichern. Sie machten durch ihre einfache Anspruchslosigkeit einen günstigeren Eindruck, als der kunstvoll getürmte Bau Schweitzers oder gar als das doktrinär verwaschene Gerede der fortschrittlichen Statuten; verglichen mit diesen, seien sie much more workmanlike, meinte ein englischer Kenner der Trade Unions.

Zugleich nahm eine Versammlung von Delegierten Leipziger Gewerke, die am 26. November unter Bebels Vorsitz tagte, einstimmig eine von Liebknecht beantragte Resolution an, wonach, unter Ausschluß jeder Gemeinschaft mit den fortschrittlichen Gewerkvereinen, die Arbeiterschaften Schweitzers und die Gewerksgenossenschaften der Nürnberger Vereine

nach gegenseitiger Verabredung eine gewerkschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung einberufen, bis dahin aber in ein Vertragsverhältnis zu einander treten, sich namentlich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen sollten. Auf dies Angebot, das ihnen wieder zuerst durch die Zukunft bekannt wurde, antworteten das Präsidium und der Ausschuß des Arbeiterschaftsverbandes am 29. November gleichfalls durch einstimmigen Beschluß schroff ablehnend. Die Einigkeit der Arbeiter sei das erste Erfordernis für das Gedeihen der Gewerkschaften. Die Gründung einer dritten Gruppe von Gewerkschaften fördere aber die Uneinigkeit; die Herren Bebel und Liebknecht könnten sich also sparen, durch das Angebot eines Vertragsverhältnisses die von ihnen gestörte Einigkeit wieder herzustellen. Wollten sie wirklich nicht die Einigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung stören, so sei es ihre Pflicht, in den Arbeiterschaftsverband einzutreten, innerhalb dieses Verbandes für die ihnen gut scheinenden Änderungen zu wirken und unter allen Umständen sich der Mehrheit zu fügen.

Damit war die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung entschieden. Eine ausschließliche Schuld fällt weder auf die eine, noch auf die andere Seite, was mit anderen Worten nur heißt, daß die Zersplitterung in all ihren beklagenswerten Wirkungen doch durch die Verhältnisse gegeben war. Wären die Einigungsversuche auch weiter gediehen, als sie tatsächlich gediehen sind, so wären sie doch früher oder später auf einen Punkt gestoßen, wo sie scheitern mußten. Der Riß, der durch die deutsche Arbeiterklasse ging, klaffte noch zu tief, als daß ihn ärztliche Kunst von heute auf morgen schließen konnte. Er mußte sich erst völlig ausbluten, ehe er gründlich von Innen heraus heilte.

Sechstes Kapitel.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Nach dem Schlusse des Berliner Arbeiterkongresses, am 10. Oktober 1868, hatte Schweitzer, gemeinsam mit einigen Parteifreunden, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wieder eröffnet, und zwar, um den Behörden möglichst alle formalen Handhaben zur Drangsalierung der Arbeiterbewegung zu entwinden, mit denjenigen Änderungen des Geschäftsreglements, die durch die verschiedenen gerichtlichen und polizeilichen Entscheidungen notwendig geworden waren. Zugleich verlegte Schweitzer den Sitz des Vereins nach Berlin. Auch das ist ihm zum schweren Vorwurfe, ja als „Schurkenstreich“, als Auslieferung der Arbeiterbewegung an Bismarck angerechnet worden, doch war es zweifellos die richtigste Taktik, die Schweitzer befolgen konnte. In Leipzig oder Hamburg war der Verein nicht sicherer als in Berlin; gerade in Leipzig begann jetzt die Polizei einen boshaften und kleinlichen Feldzug gegen die beginnende Gewerkschaftsbewegung, wohl aber konnte er sich, wenn er sich am Zentralpunkt der deutschen Politik in voller Öffentlichkeit unter peinlicher Beobachtung der Vereinsgesetze immer kräftiger entfaltete, besser gegen Angriffe schützen, als irgendwo anders.

Möglich, daß die preußische Regierung den Sitz des Vereins in Berlin haben wollte, um ihn je nach den Bedürfnissen ihrer Politik zu dulden oder zu unterdrücken; wenigstens läßt darauf schließen, daß sie bei allen sonstigen Schikanen den Verein als solchen einige Jahre hindurch nicht auflöste. Seitdem die Bourgeoisie seine ergebene Dienerin geworden war, hatte sich Bismarcks demagogisches Interesse an der Arbeiterbewegung bedeutend abgekühlt. Dührings Denkschrift war von einer staatsmännischen Aktion zu einer privaten Spekulation herabgesunken; Wagener hatte sie unter seinem eigenen Namen herausgegeben, ohne Genehmigung des Verfassers, der ihm deshalb jetzt einen ärgerlichen Prozeß machte. Immer aber wußte Bismarck, daß ihm die schwerste Prüfung seiner Politik noch bevorstand, und die systematische

Verfolgung der Arbeiterbewegung, wie sie seinen Herzensgelüsten entsprach, hat er am Ende der sechziger Jahre noch nicht betrieben. Es war ein Zwitterzustand, in den Schweitzer sich fügte, wie Liebknecht und Bebel sich in den Zwitterzustand der sächsischen Preßfreiheit fügten; sein Endziel blieb nach wie vor, durch die Gunst und Ungunst der Zeitumstände hindurch die Arbeiterbewegung zu einer Macht zu entwickeln, die mit aller Gewaltpolitik des reaktionären Polizeistaats auch nicht mehr zeitweise unterdrückt werden konnte.

Er durfte es wohl als einen schönen Erfolg betrachten, daß die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins keine Auflösung in den Reihen der Partei hervorgebracht hatte. Nach der dreiwöchigen Stockung floß ihr Blut desto heißer und schneller um. Als Schweitzer am 1. Dezember 1868 eine dreimonatige Strafhaft antrat, konnte er in einer Finanzansprache verkünden, daß mit dem Beginne des neuen Jahres die systematische Agitation durch besoldete Agitatoren eröffnet werden würde, womit endlich ein Ziel erreicht war, das sich Lassalle schon im Offenen Antwortschreiben gesteckt hatte. Während Schweitzers Haft übernahm Tölcke, der zu diesem Zwecke nach Berlin übersiedelte, die Leitung des Vereins, Fritzsche die Leitung des Verbandes, Hasselmann die Leitung des Sozialdemokraten. Im Anfange des neuen Jahres zeigten einige Nachwahlen die wachsende Kraft der Partei. In Duisburg erfocht sie zum erstenmal gleich im ersten Wahlgange einen Sieg; Hasenclever schlug mit 6792 Stimmen sowohl den konservativen wie den nationalliberalen Gegenkandidaten. In Celle fielen bei der Hauptwahl 2336 Stimmen auf York, während er in der Stichwahl mit 5259 Stimmen nur um ein Geringes unterlag.

Um die Jahreswende erhielt Schweitzer einen mehrwöchigen Urlaub aus dem Gefängnisse, zum Begräbnis seines Vaters und zur Ordnung von Erbschaftsangelegenheiten. Er benützte die wiedererlangte Freiheit, um die Präsidentenwahl anzuordnen und die Generalversammlung zum Osterfeste nach Elberfeld-Barmen einzuberufen, auch um die Agitation in Süddeutschland und im Königreiche Sachsen ins Werk zu setzen. Das Demokratische Wochenblatt machte darüber sehr böse Bemerkungen: Schweitzer habe in „Familienangelegenheiten" Urlaub erhalten, um Zwietracht in die Demokratie zu säen, jetzt wo sich Bismarcks Schöpfung vor einer schweren Krisis befinde. Einen tatsächlichen Grund hatten die argen Andeutungen nicht. Weder befand sich Bismarcks Werk vor einer

schweren Krisis, noch auch tat Schweitzer etwas anderes, als was die Interessen des Vereins geboten. Die Einberufung der Generalversammlung und die Anordnung der Präsidentenwahl sollten die Wiederherstellung der Organisation beglaubigen; sie waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Mit der Agitation in Süddeutschland und Sachsen aber führte Schweitzer einen Beschluß der Hamburger Generalversammlung aus.

Nicht einmal mit der praktischen Ausführung dieses Beschlusses ging er einseitig vor. Er benützte seinen Aufenthalt in Frankfurt, um die Agitation in Süddeutschland mit 25 Vorstandsmitgliedern und Bevollmächtigten zu beraten. Auf deren Vorschlag übertrug er sie an den Techniker v. Bonhorst in Wiesbaden, den Schuhmacher Kölsch in Mainz und den Metallarbeiter Haustein in Offenbach, ordnete ihre Dauer auf sechs Wochen an und warf 200 Taler aus der Vereinskasse für sie aus. In Berlin regelte er dann in ähnlicher Weise die Agitation im Königreiche Sachsen, die dem Schneider Liebisch in Hamburg und dem Schuhmacher Schumann in Berlin übertragen wurde.

I. Agitationen in Süddeutschland und Sachsen.

In Süddeutschland war die Arbeiterbewegung seit dem Tode Lassalles nur in sehr langsamem Flusse vorwärts gekommen. Der alte Preußenhaß, den die Ereignisse des Jahres 1866 neu aufgefrischt hatten, griff aus den kleinbürgerlichen in die proletarischen Kreise über und entfremdete sie dadurch dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Namentlich in Württemberg hatte die sozialdemokratische Agitation bis zum Jahre 1869 nirgends festen Fuß zu fassen vermocht. Wohl waren die Illusionen Schulzes in dem Verbande der württembergischen Arbeitervereine ausgestorben; die Geschwindigkeit, womit das große Kapital allerlei kleine Anstalten der Selbsthilfe, Weberassoziationen, Banken für Handwerker, Genossenschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen vom Erdboden fegte, öffnete den Arbeitern bald die Augen. Während des deutschen Krieges hatte der Verband eine Jahresversammlung in Biberach abgehalten, wo sich die entschiedenste Neigung zur Beschäftigung mit politischen Fragen kundgab, zum höchsten Verdruß der Eduard Pfeiffer, Kilian Steiner, Gustav Siegle und anderer Stuttgarter Börsen- und Fabrikmagnaten, die bisher das große Wort

in den Arbeiterbildungsvereinen geführt hatten. Ihr Groll bewirkte nur, daß der Sitz des Verbandes auf der Jahresversammlung von 1867 von Stuttgart nach Göppingen verlegt wurde, wo er fortan blieb und wo auch eine kleine Monatszeitung als sein Organ herauskam. Die Pfeiffer und Genossen behielten nur den Stuttgarter Arbeiterverein unter ihrer Herrschaft, den sie durch die Vorarbeiter und Werkmeister der Siegleschen Farbenfabriken beherrschten; daneben bestand in Stuttgart ein demokratischer Arbeiterverein. Wenn nun aber auch der Verband mit Schulze gebrochen hatte, so hielt er sich doch nur erst zur schwäbischen Volkspartei, aus deren Landeskasse auch die Kosten für seine Vertretung auf dem Nürnberger Vereinstage bestritten wurden. Im Anfange des Jahres 1869 zählte der Verband 21 Vereine mit 1564 Mitgliedern, die nächst den sächsischen Vereinen die stärkste Stütze der Nürnberger Mehrheit bildeten; in der Januarnummer des Verbandsorgans wurde den Agitatoren Schweitzers der Krieg erklärt, falls sie irgendwo auf schwäbischem Boden erscheinen sollten.

Ähnlich wie in Württemberg lagen die Dinge in dem größten Teile Süddeutschlands. Ja teilweise war selbst in hochentwickelten Industrieplätzen die proletarische Bewegung noch nicht einmal so weit gediehen. Die alten Arbeitervereine von Fürth und Nürnberg blieben auch nach dem Nürnberger Vereinstage im fortschrittlichen Fahrwasser, und erst die vorgeschrittensten Arbeiter standen hier auf dem volksparteilichen Standpunkte. In Fürth waren sie in dem Arbeiterverein Zukunft organisiert, der sich mehr mit politischen, als mit sozialen Fragen beschäftigte und sich feindlich zur Lassalleschen Bewegung stellte, weil er ihren Klassencharakter noch nicht begriff. Bürgerliche Demokraten hatten in ihm eine gewichtige Stimme, doch fand ihr Einfluß bald ein Gegengewicht an dem Bortenmacher Gabriel Löwenstein, dem Vorsitzenden des Vereins, der neben Bebel dem Nürnberger Vereinstage präsidiert hatte und, ein ungemein praktisches und rühriges Talent, an den nächstliegenden Fragen des Gemeindewesens, im Kampfe gegen den städtischen Klüngel, sich selbst und seine Kameraden über die proletarischen Klasseninteressen aufzuklären verstand. In Nürnberg splitterte sich nach dem Vereinstage ein kleiner Bruchteil von dem alten Arbeiterverein ab, um sich unter dem Namen der Pioniere und später unter dem Namen des Arbeiterbildungsvereins selbständig zu organisieren. Es war ein kleines Häuflein, das zunächst ein recht idyllisches Parteidasein führte, immer

voll guten Mutes und immer ohne Geld war. Aber allmählich setzten sie dem alten Arbeiterverein hart zu, der seinerseits dahinter kam, daß die fortschrittlichen Macher sich nur um ihn kümmerten, wenn sie ihn brauchten. Ohnehin gab ihm der Krach eines mit ihm eng verbundenen Konsumvereins einen unverwindlichen Stoß.

Ganz ohne Erfolg war indessen auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein jenseits des Mains nicht geblieben. Von Mainz aus drang seine Propaganda nach Worms, Heidelberg und namentlich nach Mannheim vor, wo sich bald 400 Mitglieder um seine Fahne sammelten. In Augsburg hielt sich ein kräftiger und zäher Stamm von Anhängern, an deren Spitze jetzt der Schriftsetzer Tauscher stand. Im Vereine mit dem Schriftsetzer Neff hatte Tauscher auch in München agitiert, wohin Neff bald übersiedelte, um gemeinsam mit dem Schriftsetzer Franz in dem Proletariat der bayerischen Hauptstadt zu wirken. Dem unermüdlichen Eifer dieser Männer gelang die Ausbreitung des Vereins nach Ansbach, Würzburg, Schweinfurt, Hof, Kaufbeuren und Kolbermoor, dagegen vermochten sie ihn in Fürth und Nürnberg nicht einzubürgern.

Derweil rannte die ökonomische Entwicklung die papierenen Wälle über den Haufen, hinter denen sich der grimmige Preußenhaß des süddeutschen Partikularismus verschanzt hatte. Der nüchterne Zollverein ließ sein nicht spotten. Seine Erneuerung lag so sehr im Interesse der Bourgeoisie und des Proletariats, daß diese großen Klassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, wo sie sich bereits klar herausgebildet hatten, rücksichtslos über alle Schmerzen der monarchischen und auch republikanischen Krähwinkelei hinwegschritten. Als die bayerische Reichsratskammer sich gegen die Erneuerung der Zollvereinsverträge sperrte, berief Tauscher am 29. Oktober 1867 in den Saal zu den drei Königen eine Versammlung, in der Tausende von Arbeitern unter der Ermunterung ihrer Unternehmer erschienen. Tauscher verlas mit mächtiger Stimme und unter stürmischem Beifall den Entwurf einer Adresse an die Reichsratskammer, worin kategorisch die Genehmigung der Zollvereinsverträge verlangt wurde. Obgleich er selbst schon die Frakturschrift gewählt hatte, die zur Erleuchtung von Junkerköpfen notwendig ist, so erschien einigen liberalen Redakteuren die Adresse doch noch als „zu solide“ abgefaßt, und sie beantragten die Einfügung eines Satzes, worin der Reichsratskammer verheißen wurde, daß sie bei längerem Sperren die Fäuste der Arbeiter an ihrer Türe hören solle. Mit dieser

gern genehmigten Verschönerung ging die Adresse nach München ab, und zwei Tage später sprangen die Junker über den Stock.

Auf Grund der Zollvereinsverträge fanden im Frühling 1868 in Süddeutschland die Wahlen zum Zollparlamente statt. Es fielen nur erst wenige hundert Stimmen auf Arbeiterkandidaten, auf Tauscher in Augsburg ihrer 152, aber der praktische Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung auf die süddeutschen Arbeiter. Ebensowenig wie die gewerkschaftliche Bewegung, die im nördlichen Deutschland begann. Der Zigarrenarbeiterverein breitete sich in Mannheim und selbst in Stuttgart aus, wo auch die Buchdrucker eine stramme, fast sämtliche Gehilfen umfassende Organisation hatten; in Augsburg gab es binnen kürzester Frist 1500 organisierte Arbeiter, darunter 800 Manufaktur- und 400 Metallarbeiter; auch in Nürnberg begannen sich die Metallarbeiter, die Schuster und Schneider zusammenzuschließen. An den verschiedensten Orten regte sich das süddeutsche Proletariat, und so waren die Vorzeichen günstig genug, unter denen Bonhorst, Kölsch und Haustein ihre Agitation begannen.

Indessen die süddeutsche Bourgeoisie wußte auch die Gefahr zu würdigen und bot alles auf, um die gefürchteten Eindringlinge zurückzuschlagen. Es gelang ihr in Karlsruhe und Pforzheim, aber dafür unterlag sie um so schmählicher in Freiburg, wo der alte Venedey sich den „Hetzaposteln“ mit seinen morschen Knochen entgegenstemmte, wobei ihn der junge und hoffnungsvolle Denker Adolf Wagner mit einer nach dem glaubwürdigen Zeugnis der kapitalistischen Presse „vernichtenden“ Beredsamkeit unterstützte. Auf der anderen Seite blieb dieser Sieg aber der einzige große Erfolg, den die Agitatoren auf noch jungfräulichem Boden errangen. Sonst gaben sie nur der Agitation da, wo sie schon bestand, einen neuen Anstoß: in Worms, Heidelberg, Mannheim, dann in Augsburg, München und Würzburg. In Fürth und Nürnberg, wohin Tauscher sie begleitete, mußten sie sowohl mit den Fortschrittlern, als auch mit den Volksparteilern pauken. Die Fürther Versammlung wurde polizeilich aufgelöst, in der Nürnberger Versammlung siegten die Volksparteiler. Das württembergische Gebiet umgingen die Agitatoren, mit Ausnahme eines kleinen Abstechers nach Ulm, doch wurde auch hier gleich darauf das Eis gebrochen. Um Pfingsten 1869 kehrte der Schreiner Leickhardt, ein geborener Stuttgarter, der zwei Jahre unter den Hamburger Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

gewirkt hatte, in seine Vaterstadt zurück und begann die sozialistische Agitation.

Für einen ersten Anlauf hatten die süddeutschen Agitatoren genug vor sich gebracht; der Lärm der bürgerlichen Presse verriet, wie bange ihren Patronen bei den paar Pyrrhussiegen war, die sie noch erfochten hatten. Ungünstiger verlief die Agitation im Königreiche Sachsen, obgleich Liebisch und Schumann bis zu völliger Erschöpfung ihrer körperlichen Kräfte ihrer Aufgabe gerecht zu werden suchten. Sie sollten die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung wiederherstellen, die „Sonderbestrebungen" der Gräfin Hatzfeldt, sowie der „Herren Bebel und Liebknecht" lahm legen, allein das war mehr als sie leisten konnten. Der Verein der Gräfin Hatzfeldt war freilich schon mitten in seiner inneren Auflösung, allein der Kampf gegen die Gewerkschaften entflammte gerade jetzt noch einmal den Fanatismus der Sekte, und im März 1869 wurde Mende bei einer Nachwahl in Freiberg gegen einen konservativ-partikularistischen Kandidaten in den Reichstag gewählt. Trotzdem wäre dieser Gegner leicht zu überwinden gewesen, wenn die sächsischen Agitatoren nur nicht ihre beste Kraft in dem Kampfe mit den Arbeiter- und Volksvereinen hätten aufreiben müssen, die sich um das Demokratische Wochenblatt scharten.

Politisch hielt dies Organ noch immer den preußenfeindlich-volksparteilichen Kurs inne; in seiner Neujahrsnummer von 1869 begrüßte es das „verjüngte" Österreich, das kriegsgerüstet dastehe, den treulosen Überfall von 1866 zu rächen. In schroffem Gegensatze hierzu schrieb der Sozialdemokrat gleichzeitig von dem „liberalen Bourgeoisschwindel" in Österreich, der rücksichtsloser, willkürlicher und gehässiger gegen die Arbeiter verfahre, als es in Preußen jemals geschehen sei. Nicht lange darauf sagte auch Marx, wenn irgendwo, so stelle in Österreich die liberale Mittelklasse ihre selbstsüchtigen Instinkte, ihre geistige Inferiorität und ihren kleinlichen Groll gegen die Arbeiterklasse zur Schau, während Albert Lange sich nicht bitter genug über die traurige Sorte von Liberalismus auslassen konnte, wodurch Beust die erbärmlichsten Reaktionsstreiche zu verheucheln suchte. Aber neben dem einseitigen Preußenhasse trat der proletarische Charakter des Demokratischen Wochenblattes viel schärfer hervor, seitdem der Verband der deutschen Arbeitervereine es im Dezember 1868 zu seinem Organe erkoren hatte. Geschwächt durch die Nürnberger Spaltung, hatte er die Arbeiterhalle in Mann-

heim eingehen lassen müssen; im Demokratischen Wochenblatte redigierte jetzt Bebel die „Vororts- und Arbeiterangelegenheiten“, wobei er sich wenig mit hoher Politik, aber um so eindringlicher und geschickter mit der strafferen Organisation des noch immer sehr lose zusammenhängenden Verbandes beschäftigte. Kräftig unterstützt wurde er dabei durch Motteler, der ihm an organisatorischer Begabung gleichkam, und in Crimmitschau gewerkschaftlich wie politisch eine sehr erfolgreiche Propaganda entwickelte, namentlich im Proletariat der Textilindustrie.

Von den 72 Vereinen der Nürnberger Mehrheit schieden nach und nach 5 aus verschiedenen Ursachen aus, dagegen kamen im Laufe eines Jahres 42 neue hinzu, so daß der Verband 109 Vereine mit 10000 Mitgliedern zählte. Trotzdem hatte er mit den größten und namentlich mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da jedes Mitglied nur einen Silbergroschen Jahresbeitrag an den Verband zu zahlen hatte, so beliefen sich die Jahreseinnahmen auf wenig über 300 Taler, wovon nicht nur die Agitations- und Organisationskosten, sondern auch die beträchtlichen Fehlbeträge des Demokratischen Wochenblattes gedeckt werden mußten. In einem Rundschreiben an die Verbandsmitglieder forderte Bebel im März 1869 zu außerordentlichen freiwilligen Beiträgen auf, indem er hervorhob, daß die Verbandskasse bisher noch auf die „Unterstützung anderer, außerhalb unseres engeren Kreises stehender Freunde“ angewiesen gewesen sei. Diese Freunde waren der Hofbaurat Demmler in Schwerin, ein so wackerer Demokrat, wie er ein namhafter Künstler war, und namentlich der Revolutionsfonds, den einst Kinkel und Willich in den Vereinigten Staaten gesammelt hatten, und den jetzt Ladendorf und andere Flüchtlinge in Zürich verwalteten. Aus diesem Fonds erhielt der Verband der deutschen Arbeitervereine nach und nach 3500 Francs, die zu einem bedeutenden Teile auf das Demokratische Wochenblatt verwandt wurden.

Mitten in diese schwere Reorganisationsarbeit brach nun die feindliche Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herein, und ihre Abwehr verschlang die an und für sich geringen Summen, die für nützlichere Zwecke hätten verwandt werden können. So erklärt sich die heftige Erbitterung, womit sich Bebel und Liebknecht gegen Schweitzer wandten und der Erfolg, den sie mit ihren Anklagen bei den sächsischen Arbeitern fanden. Sie betonten dabei selbst, daß sie mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf dem gleichen prinzipiellen Boden

ständen, und in der Tat endete am 11. Februar die erste Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Bebel und Liebknecht gegen Schumann kämpften, mit dem Beschlusse, zum 7. März im Anschluß an eine Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei einen sächsischen Arbeitertag nach Hohenstein-Ernstthal einzuberufen, um gegen die sächsische Reaktion zu agitieren, die jetzt ihre Krallen vorzustrecken begann. Zur Einberufung dieses Arbeitertags wurde ein Komitee niedergesetzt, worin neben einem Anhänger der Gräfin Hatzfeldt je drei Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sächsischen Volkspartei saßen. Auch drei Tage darauf endete eine zweite Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Liebisch sprach, mit einer Art Einigungsversuchs, mit der Einbringung des Antrags, daß Liebknecht und Schweitzer sich in einer öffentlichen Versammlung über ihre gegenseitigen Anschuldigungen auseinandersetzen sollten.

Freilich konnte niemals völlige Klarheit darüber geschaffen werden, ob der Antrag abgelehnt oder angenommen worden war. Jedoch machte sich Liebknecht, der so wenig wie Bebel der Versammlung selbst beigewohnt hatte, in einer öffentlichen Erklärung anheischig, allein oder mit Bebel, sei es in Leipzig oder Berlin oder in der nächsten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins oder in einem Schiedsverfahren vor dem Generalrat der Internationalen, zu beweisen, daß Schweitzer, für Geld oder aus Neigung, seit dem Ende des Jahres 1864 die Organisation der Arbeiterpartei systematisch hintertreibe, das Spiel des Bismärckischen Zäsarismus spiele und alle Bemühungen vereitele, die Einigung der Partei herzustellen. Diese Herausforderung nahm der Sozialdemokrat an und zwar in der Form, daß Bebel und Liebknecht eine offizielle Einladung zur Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erhielten, um dort ihre Anklagen gegen Schweitzer zu begründen.

---

2. Der Eisenacher Kongress.

Schweitzer saß wieder im Gefängnisse, als sich diese Vorgänge abspielten. Doch durfte Tölcke sicher sein, daß er durch die Annahme von Liebknechts Herausforderung in Schweitzers Sinne handelte. Diesem konnte nichts willkommener sein, als der Versuch Liebknechts, ihn vor der Generalversammlung anzuklagen. Er hatte eben durch seine so

gut wie einstimmige Wiederwahl zum Präsidenten ein Vertrauensvotum des Vereins erhalten, der Liebknechts bekannte Anklagen nicht bestätigen konnte, ohne seine sechsjährige Geschichte zu verleugnen. So erklärte Schweitzer denn, als er am 5. März wegen Zusammentritts des norddeutschen Reichstags wieder aus dem Gefängnisse entlassen wurde, er werde seinen Einfluß dafür einsetzen, daß Nichtmitglieder in der Generalversammlung erscheinen und ihn anklagen könnten. Aber er fügte hinzu, daß er nicht daran denke, sich mit jedem herumzuzanken, der es für gut befinde, ihn anzugreifen. Seine Haltung und seine Tätigkeit lägen so offen da, daß, wer von seinen Angängern eine Verteidigung für nötig halte, sie selbst führen könne.

Der hochmütige Ton, den Schweitzer damit anschlug, war keineswegs der Deckmantel eines bösen Gewissens. Schweitzer durfte sich bei einem Rückblick auf das letzte Jahrfünft sagen, daß er die deutsche Arbeiterbewegung kräftiger entwickelt und gefördert habe, als sonst irgend ein Einzelner, und es war begreiflich genug, wenn er dem ewigen Gerede von seiner Verräterei ein starkes Selbstbewußtsein entgegensetzte. Immerhin aber hätte er sich des hausbackenen Sprichworts erinnern sollen, daß Hochmut vor dem Falle kommt. Es ist der Fluch jeder Diktatur, daß der Diktator niemals zu erkennen vermag, wann seine Diktatur überflüssig zu werden beginnt. Nicht nur Schweitzer selbst, sondern ebenso die große Masse der Mitglieder hielt die diktatorische Leitung des Vereins noch für notwendig, und für diese Auffassung ließen sich einstweilen sehr triftige Gründe anführen. Gleichwohl entzog sich die Arbeiterbewegung, je mehr sie erstarkte und über je weitere Gebiete sie sich erstreckte, um so mehr der Leitung eines Einzelnen. Der Hochmut, den Schweitzer herauszuhängen begann, war tatsächlich der Anfang vom Ende, sowohl weil er unwillkürlich verriet, daß die Diktatur innerlich überlebt war, als auch weil Schweitzer damit auf eine schiefe Bahn geriet, worauf es unaufhaltsam bergab gehen sollte.

Eine gewisse Opposition gegen seine Diktatur war lange im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erwacht. Männer, wie Bracke und York, und ebenso Geib, der sich durch opferbereite und rastlose Tätigkeit für die Arbeiterklasse ein großes Ansehen bei den Hamburger Arbeitern erworben hatte, sahen an der Sächsischen Volkspartei und dem Verbande der deutschen Arbeitervereine weniger die volksparteilichen Eierschalen, als das muntere Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins,

und sie bewährten darin einen schärferen Blick, als Schweitzer. Noch entschiedener näherten sich die thüringischen Mitgliedschaften den sächsischen Arbeitern, deren preußenfeindlicher Pessimismus ihnen dadurch sehr verständlich gemacht wurde, daß sie zu dem gewohnten Elende der Kleinstaaterei noch den preußischen Exekutor und Feldwebel aufgehalst bekamen. In Berlin selbst führte Schweitzers Diktatur zu mancherlei persönlichem Hader in seiner nächsten Umgebung, namentlich mit dem Vereinssekretär Roller und noch mehr mit Hofstetten, der, nach seinem völligen Fiasko in Wien, wieder das Mitverfügungsrecht über den Sozialdemokraten beanspruchte, auf das er bei seinem Abgange nach Wien nur provisorisch verzichtet haben wollte, nicht aber, wie Schweitzer behauptete, definitiv.

In dem unerquicklichen Streite, der daraus entstand, läßt sich heute noch nicht klar sehen. Es war hinfällig, von einem Betruge Schweitzers in kriminalistischem Sinne zu reden, denn erstens ist der Sozialdemokrat niemals ein Vermögensobjekt gewesen, und zweitens erkannte Schweitzer den Anspruch Hofstettens auf die Hälfte eines etwaigen Reinertrages vollkommen an. Zudem war das Blatt als geistige Potenz nicht das Werk Hofstettens, sondern Schweitzers, und da Hofstetten offen erklärte, daß er jetzt ein Gegner von Schweitzers Politik sei, so wäre durch das Wiederaufleben seines Mitverfügungsrechtes das Vereinsorgan völlig lahm gelegt gewesen. Hat Schweitzer unkameradschaftlich gegen seinen alten Kameraden gehandelt, was sich heute so wenig wie damals entscheiden läßt, da die Verabredungen, um die es sich handelte, unter vier Augen getroffen worden waren, so hat er es nicht um des Geldes, sondern um seines politischen Einflusses willen getan, aber eben deshalb verstärkten Hofstettens Klagen das Mißtrauen gegen Schweitzers Diktatur bei allen, in denen es schon aus anderen Gründen erwacht war.

Nach einer anderen Seite sicherte Schweitzer sein Eigentumsrecht an dem Vereinsorgan, indem er seit der Neubegründung des Vereins auf jede Aushilfe der Vereinskasse verzichtete und den wieder gewachsenen Fehlbetrag des seit Gründung der Gewerkschaften beträchtlich vergrößerten Blattes aus eigener Tasche deckte, aus der Erbschaft, die ihm durch den Tod seines Vaters zugeflossen war. Damit lud er aber auch das Odium der Klagen über die Redaktion auf sich, die von vielen Seiten beschuldigt wurde, in der Aufnahme von Berichten parteiisch und rücksichtslos zu verfahren.

Durch alle diese Mißstimmungen war Schweitzers Stellung aber noch nicht ernstlich gefährdet, und er sah der Generalversammlung mit voller Zuversicht entgegen. Er hatte sie, wie im Vorjahre nach Hamburg, so diesmal nach Elberfeld-Barmen berufen, wo auf Schritt und Tritt der rauchende Schlot, das Wahrzeichen der großen Industrie, die brennende Frage des Jahrhunderts verkünde: um die dortigen Arbeiter zu ehren, die zuerst mit beispielloser Ausdauer, mit unbeugsamem Mute die Waffe des allgemeinen Wahlrechts zu führen verstanden hätten. Er selbst brachte nur einen Antrag an die Generalversammlung, auf engen Anschluß des Vereins an die Internationale, soweit es die deutschen Vereinsgesetze gestatteten; in der Begründung hob er den internationalen Zusammenhang der reaktionären und volksfeindlichen Elemente, des offenen und verhüllten Absolutismus, der Militär-, Adels- und Priesterherrschaft, der Kapitalmacht als den für die internationale Verbindung des Proletariats entscheidenden Gesichtspunkt hervor. Um so zahlreicher waren die Anträge, die aus der Mitte des Vereins angemeldet wurden. Die meisten beschäftigten sich mit Einzelfragen der Agitation und Propaganda, aber einige suchten die Diktatur des Präsidenten einzuschränken, sei es durch die Konzentrierung des Vorstandes an einem Orte, sei es durch die Einsetzung einer Preßkommission, sei es durch die Trennung des Präsidiums vom Vereinsorgane. Am weitesten ging der Apotheker Vogel und drei andere Mitglieder aus Berlin, welche die „Führerschaft bestimmter Personen" für entbehrlich erklärten und die Einberufung eines Kongresses beantragten, auf dem sich alle sozialdemokratischen Elemente in Deutschland über ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Organisation verständigen sollten.

Die achte Generalversammlung wurde am 28. März 1869 eröffnet; auf ihr waren 126 Orte durch 57 Delegierte vertreten, hinter denen 12053 regelmäßig zahlende Mitglieder standen. Liebknecht und Bebel, die gleich am ersten Tage gehört wurden, brachten gegen Schweitzer die aus dem Demokratischen Wochenblatte bekannten Anklagen vor: Schweitzer habe im Reichstage Verrat geübt, den norddeutschen Bund anerkannt, für das Militärgesetz das Wort ergriffen, das Nürnberger Programm ein Wischiwaschi genannt, die Nürnberger Vereine vom Arbeiterkongresse ausgeschlossen und so weiter. Ein Duisburger Delegierter beantragte sofort, dem Vereinspräsidenten das volle Vertrauen

der deutschen Arbeiter auszusprechen, da in Liebknechts und Bebels Ausführungen nichts Neues und Erhebliches enthalten gewesen sei, und dieser Antrag wäre einstimmig oder so gut wie einstimmig angenommen worden, wenn Schweitzer nicht durch sein unzeitiges Diktatorspielen die für ihn sehr günstige Lage verfahren hätte.

Er blieb auf seinem alten Standpunkte stehen: eine Verschmelzung mit anderen Parteien sei unmöglich, wer Sozialdemokrat sein wolle, habe sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzuschließen. Wohl aber sei ein friedliches und freundliches Verhältnis mit anderen Parteien möglich, die ähnliche Ziele verfolgten, und dazu sei er gern bereit, sobald Liebknecht und Bebel ihm als dem erwählten Vereinspräsidenten ihre Wünsche vortragen wollten, statt ihn beständig anzugreifen und an der Organisation des Vereins zu rütteln. Auf die gegen ihn erhobenen Anklagen ließ sich Schweitzer aber nicht sachlich ein, sondern beanspruchte einfach ein Vertrauensvotum, nicht für seine Verwaltung überhaupt, deren Prüfung die Generalversammlung noch erst vorzunehmen habe, sondern als Nichtigkeitserklärung der von Bebel und Liebknecht vorgebrachten Beschuldigungen. Dazu konnten sich nun manche Delegierte nicht entschließen, und zwar wieder nicht, weil sie das Vertrauensvotum überhaupt verweigern, sondern weil sie sich erst darüber schlüssig machen wollten, wenn der Gesamtzustand des Vereins geprüft worden sei. Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde das Vertrauensvotum von 42 Delegierten mit 7400 Stimmen bewilligt, während 14 Delegierte mit 4635 Stimmen sich der Abstimmung enthielten. In der Mehrheit befanden sich Bonhorst, Ellner, Fritzsche, Hasenclever, Tölcke, in der Minderheit Bracke, Geib, J. M. Hirsch, Perl, Vogel, York.

Die Abstimmung war für Schweitzer ein empfindlicher Schlag, aber keine warnende Lehre. Am zweiten Tage der Beratungen, denen Liebknecht und Bebel nun nicht mehr beiwohnten, erklärte er, die Minderheit der Delegierten habe ihn der Außenwelt gegenüber im Stiche gelassen, und so werde er die Mitglieder der Orte, von denen diese Delegierten abgesandt seien, zu einer Urabstimmung darüber veranlassen, ob sie ihm ferner ihr Vertrauen schenkten oder nicht. Die Delegierten der Minderheit erwiderten darauf, zum Teil unter heftigen Angriffen auf Liebknecht und Bebel, daß sie mit ihrer Stimmenthaltung durchaus kein Mißtrauensvotum beabsichtigt hätten; sie hätten nur

keiner Pression nachgeben wollen und hielten es überhaupt nicht für ihre Aufgabe, bei jeder Gelegenheit heranzuhüpfen und den Präsidenten zu schützen. Aus ihren Reden ging hervor, daß ein wirkliches Mißtrauen gegen Schweitzer höchstens bei einzelnen Delegierten bestand, so bei J. M. Hirsch, der die thüringischen Mitglieder vertrat, und bei Vogel, der trotzdem seine Anträge zurückzog, da sie keine Aussicht auf Annahme hatten. Wohl aber verrieten auch die Reden der Minderheit, daß Schweitzers diktatorisches Gebahren denjenigen Anträgen den Weg bereitet hatte, die das Präsidium unter schärfere Kontrolle zu nehmen bezweckten.

So beschloß denn die Generalversammlung, eine Redaktionskommission von drei Mitgliedern als Beschwerdeinstanz über den Sozialdemokraten zu stellen und dem Vorstande einen größeren Spielraum zu schaffen, als er bisher jemals in dem Vereinsleben gehabt hatte. Die Zahl seiner Mitglieder wurde von 25 auf 15 herabgesetzt, von denen 12, das heißt alle außer dem Präsidenten, dem Sekretär und dem Kassierer, an einem und demselben, aber jährlich wechselnden Orte wohnen und sich als eine Art Kontrollkommission über jenen drei eigentlichen Vereinsbeamten konstituieren sollten. Zu diesem Behufe wurde die Frist von drei Monaten, innerhalb deren der Präsident die Zustimmung des Vorstandes zu den von ihm selbständig getroffenen Anordnungen einzuholen hatte, auf acht Tage herabgesetzt; auch erhielt der Vorstand das Recht, „in Fällen einer politischen Unredlichkeit oder eines groben Kassenvergehens“ den Präsidenten, Sekretär und Kassierer vom Amte zu entheben. Doch unterlag ein solcher Beschluß der innerhalb vierzehn Tagen einzuholenden Bestätigung durch eine außerordentliche Generalversammlung oder durch Urabstimmung aller Mitglieder, der übrigens auch alle diese Bestimmungen, soweit sie Statutenänderungen enthielten, noch unterbreitet werden sollten. Schweitzer fügte sich darein, ja, der Vorschlag, dem Vorstande ein vorläufiges Absetzungsrecht der Beamten einzuräumen, ging sogar von ihm aus. Aber schwerlich war er dabei ohne Hintergedanken. Es sei schon recht, meinte er, der großen Macht des Präsidenten dadurch ein Gegengewicht zu geben, daß der Präsident im Falle eines Mißbrauchs statutenmäßig abgesetzt werden könne, aber so lange der Präsident im Amte sei, dürfe seine freie und kräftige Wirksamkeit nicht behindert werden. Dies war jedoch nicht eigentlich der Sinn, den die Generalversammlung mit den neuen Bestimmungen verband, die

vielmehr auch und in erster Reihe auf eine schärfere Kontrolle der laufenden Verwaltung abzielten.

Nach fünftägigen Verhandlungen ging die Generalversammlung in leidlichem Frieden auseinander. An Stelle Rollers wurde Tölcke zum Sekretär gewählt, und wie Tölcke, so zählten auch die Mitglieder der neuen Redaktionskommission, Fritzsche, Lübkert und Schumann, zu Schweitzers treuen Anhängern. Der neue Vorstand wurde fürs erste Jahr nach Hamburg verlegt, wo Geibs durch und durch loyaler Charakter nicht minder als der klare Blick und die sturmfeste Haltung der inzwischen auf 1300 Köpfe angewachsenen Vereinsmitglieder die sicherste Bürgschaft gegen jede unzeitige Schikanierung des Präsidenten boten. In dem Streite zwischen Hofstetten und Schweitzer erklärte die Generalversammlung sich für unzuständig, wie es in der Natur der Sache lag, doch wurde Vogel, der Hofstettens Aussagen durch einen scharfen, obwohl nicht einmal unparlamentarischen Angriff auf Schweitzer zu stützen suchte, durch einstimmigen Beschluß der Delegierten aus dem Vereine gestoßen. Ja, auch mit Liebknecht und Bebel fand eine gewisse Annäherung statt, die Generalversammlung nahm Schweitzers Antrag auf engen Anschluß an die Internationale an, und Schweitzer erklärte, Liebknecht und Bebel nicht angreifen zu wollen, vorausgesetzt, daß sie ihn nicht behelligen würden. Unter der entsprechenden Voraussetzung stellte auch das Demokratische Wochenblatt seine Angriffe auf Schweitzer ein, da nun gegründete Aussicht auf Einigung, wenn auch nicht Verschmelzung der sozialdemokratischen Richtungen sei.

Leider aber erschien gleichzeitig mit dieser Notiz des Demokratischen Wochenblattes in dem Frankfurter Journal, einem volksparteilichen Organe, eine Korrespondenz, die zwar von Bebel gemißbilligt, aber von der kapitalistischen Presse deshalb nicht weniger ausgebeutet wurde, um Schweitzer bloßzustellen. Es hieß darin, daß Schweitzer auf Liebknechts „durchaus objektiv gehaltene" Anklage sich nicht verteidigt, sondern viermal um ein Vertrauensvotum gebeten habe, das ihm von 6500 Stimmen bewilligt, von 4500 Stimmen aber versagt worden sei; äußerst betreten, habe Schweitzer sein Amt dennoch nicht niedergelegt, trotz seiner Erklärung, zurücktreten zu wollen, wenn ihm eine nennenswerte Minderheit ihr Vertrauen entzöge. Gereizt durch diese neue Attacke, deren tatsächliche Darstellung sich allerdings nur durch die in Kriegszeiten herkömmliche Einseitigkeit der Auffassung erklären ließ, kam Schweitzer

nun auf seine frühere Absicht zurück und verfügte für alle Orte, deren Delegierte sich in Elberfeld-Barmen der Abstimmung enthalten hatten, eine Urabstimmung der Mitglieder über die Vertrauensfrage. Er hatte die Genugtuung, daß ihm, mit Ausnahme von Braunschweig-Wolfenbüttel und Eisenach, die Mitglieder über die Köpfe ihrer Delegierten fort ihr Vertrauen aussprachen, doch war sein Erfolg etwas teuer erkauft durch die neuen Reibungen und Verstimmungen, die davon unzertrennlich waren. Immerhin ging dieser erste Windstoß vorüber, ohne großen Schaden anzurichten; in der Mitte des April erklärten das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat, daß eine Vereinbarung getroffen worden sei, wonach das Kriegsbeil zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei begraben sein solle.

Es war dringender Anlaß genug vorhanden, gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Feinde zu machen. Der norddeutsche Reichstag beriet in diesem Frühjahr die neue Gewerbeordnung, wobei die parlamentarischen Vertreter der Bourgeoisie in wahren Orgien schwelgten. Es war eine wunderliche Kohorte: der Witzbold Braun, der mit den Späßchen eines rheinischen Schoppenstechers die Arbeiterfrage aus der Welt schaffte, der Tugendbold Lasker, der in seinem fürchterlichen Deutsch den Moralprediger für alle Welt, aber besonders für das Proletariat spielte, der Profitbold Stumm, der die Sozialdemokratie zum Frühstück verspeiste, ohne zu ahnen, welch schmerzliches und unheilbares Magendrücken er sich dadurch für die nächsten dreißig Jahre holte, und wer sie sonst noch waren. Selbst Miquel, der gescheiteste Kopf dieser Gesellschaft, der sich vom kommunistischen Organisator von Bauernaufständen zum Kostgänger an den gründerischen Fleischtöpfen der Diskontogesellschaft abgewandelt hatte, wußte den angeblichen Arbeiterfreund Wagener nur dadurch totzuschlagen, daß er die Argumente des Kommunistischen Manifestes gegen den feudalen Sozialismus nachbetete, mit der vorsichtigen Randglosse, er habe die vortrefflichen Gedanken in einem „englischen Schriftsteller" gefunden.

Schweitzer hatte sich zeitig gerüstet, in diesen kapitalistischen Taumel dreinzufahren. Bereits in der Generaldebatte hielt er eine ausgezeichnete Rede über die allgemeinen Gesichtspunkte des modernen Arbeitsverhältnisses, an der Hand des Kapitals von Marx, wie er selbst hervorhob; in der Spezialdebatte brachte er eine große Zahl von Amendements ein,

die sich, wie sein früherer Arbeiterschutzgesetzentwurf, an die englische Fabrikgesetzgebung anlehnten, aber sich wiederum in durchaus bescheidenen Grenzen hielten. Er forderte in Sachen der Sonntags- und Nachtarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, des Normalarbeitstags nicht mehr, als die Bourgeoisie in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse bewilligen konnte. Lehnte sie dennoch in hergebrachter Verblendung ab, so trat die Ökonomie der Arbeiterklasse intellektuell und moralisch um so glänzender der Ökonomie der Bürgerklasse gegenüber. Schulter an Schulter mit Schweitzer führten diesen Kampf Fritzsche, Hasenclever und auch Bebel, dessen gewinnende Beredsamkeit die Stumm und Konsorten trefflich abzutrumpfen verstand.

Praktische Erfolge hatte die proletarische Opposition fast gar nicht; nur ein Antrag Bebels, die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern aufzuheben, wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Mit Mühe und Not gelang es, die kärglichen Bestimmungen der preußischen Gesetzgebung über Kinderarbeit und Truckwesen in die neue Gewerbeordnung zu retten, doch lehnte der Reichstag hartnäckig die Anstellung von Fabrikinspektoren ab, die aus so kümmerlichen Keimen vielleicht doch noch eine Spur gesetzlichen Arbeiterschutzes hätten entwickeln können. Schweitzer beantragte vergebens die Einführung von Fabrikinspektoren, die von der Regierung zu ernennen, aber vom Reichstage zu bestätigen seien. Nur bei den Konservativen fand sich ein sehr verdächtiges Interesse für dies erste Erfordernis einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung vor. Die Fortschrittspartei eiferte durch den Sparapostel Schulze und den Harmonieapostel Max Hirsch dagegen, und der nationalliberale Witzbold Braun meinte, er habe in seinem Leben auch oft mehr als fünfzehn Stunden täglich arbeiten müssen, ohne daran umzukommen; das Hausrecht müsse gegen polizeiliche Eingriffe nicht geschwächt, sondern gestärkt werden; niemand werde Nächtens in seinem Bette vor den Fabrikinspektoren sicher sein, denn sie brauchten bei ihrem Eindringen ja nur zu erklären, daß sie geglaubt hätten, hier sei ein industrielles Unternehmen; aus der amtlichen Fabrikaufsicht werde eine spanische Hermandad, eine Art Femgericht entstehen. Diesen entsetzlichen Gallimathias begrüßten die „Vertreter von Besitz und Bildung" mit lebhaftem Beifall, reichlich ein Menschenalter nach der Einführung der englischen Fabrikinspektoren, über deren Wirksamkeit längst eine reiche Literatur vorlag. Man glaubt manchmal zu träumen, wenn man in

den damaligen Verhandlungen liest, mit welcher nonchalanten, ihnen seitdem freilich gründlich abgewöhnten Hochnäsigkeit die Vertreter des Kapitalismus die bescheidensten Forderungen der Arbeiterklasse abzufertigen versuchten.

Von einem selbstverständlich ganz verschiedenen Standpunkt aus verwarf Liebknecht das „Parlamenteln" Schweitzers. Er sah darin eine Opferung des Prinzips, die Herabwürdigung des ernsten politischen Kampfes zu parlamentarischer Spiegelfechterei; in dem Antrage Schweitzers auf Anstellung von Fabrikinspektoren argwöhnte er die Absicht, die Arbeiterbewegung in die Hände Bismarcks zu spielen. Am 31. Mai sprach Liebknecht in einer öffentlichen Versammlung des Demokratischen Arbeitervereins über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Der Demokratische Arbeiterverein hatte unter den Berliner Arbeitern nur einen spärlichen Anhang, dagegen waren unter seinen Mitgliedern junge Literaten und Kaufleute, Adolf Hepner, Karl Hirsch, Paul Singer und andere, verhältnismäßig stark vertreten, und unter ihnen wog das jüdische Element vor; als „Intelligenzen" und „Mühlendammer" verspotteten die Anhänger Schweitzers diese nicht zahlreiche, aber rührige und unbequeme Opposition. Indem Liebknecht das „Parlamenteln" als einen Ausfluß von „Kurzsicht oder Verrat" verwarf, erklärte er den Sozialismus für eine Machtfrage, die in keinem Parlamente, sondern nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen sei. Er befürwortete engeren Anschluß der Sozialdemokratie an die bürgerliche Demokratie, wie sie Jacoby vertrat. Die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter verhalte sich deshalb gleichgültig zur Sozialdemokratie, weil diese nur erst den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, aber nicht den politischen Vorkampf führe, weil die Reaktion den „nationalliberalen Sozialismus" ausbeute, dessen Widersinn schon daraus hervorgehe, daß er politisch an demselben Strange ziehe, wie die nationalliberale Bourgeoisie, deren soziale Herrschaft er brechen wolle.

Liebknecht hat später über die „unverbesserlichen Kindsköpfe" gespottet, die diese Rede gegen ihn zu zitieren pflegten, weil sich mit veränderten Umständen auch seine Ansicht über die politische Stellung der Sozialdemokratie geändert habe. Sicherlich kommt es für das historische Urteil einzig und allein darauf an, ob Liebknechts Taktik den Umständen angemessen war, unter denen er sie empfahl. Allein diese Frage muß entschieden verneint werden. Das „Parlamenteln", so wie Schweitzer

und mit ihm Bebel es trieb, war vom Genfer Kongreß der Internationalen, ja, im Demokratischen Wochenblatte selbst von Engels empfohlen worden. Engels schrieb in seiner Anzeige des Kapitals: „Der nächste norddeutsche Reichstag wird auch eine Gewerbeordnung zu beraten haben und damit die Regelung der Fabrikarbeit. Wir erwarten, daß keiner der Abgeordneten, die von deutschen Arbeitern durchgesetzt worden sind, an die Beratung dieses Gesetzes geht, ohne sich vorher mit dem Buche von Marx vertraut gemacht zu haben. Es ist da vieles durchzusetzen.... Vier oder fünf Vertreter des Proletariats sind unter diesen Umständen schon eine Macht, wenn sie ihre Stellung zu benutzen wissen, wenn sie vor allen Dingen wissen, um was es sich handelt, was die Bürger nicht wissen." Genau so, mit dem ersten Bande des Kapitals in der Hand, hatte Schweitzer sein „Parlamenteln" betrieben.

Aber auch den „politischen Vorkampf" führte der Sozialdemokrat mindestens ebenso entschieden, wie die Zukunft. In Fragen der politischen Opposition bestand ein Unterschied zwischen beiden Blättern höchstens darin, daß Schweitzer die partikularistische Demokratie wegwerfender behandelte, als Guido Weiß. Aber selbst dieser Unterschied war nicht sehr groß, denn Guido Weiß kannte die deutschen Verhältnisse viel zu gut, um zu hoffen, daß die sieben Schwaben der Deutschen Volkspartei den norddeutschen Bund über den Haufen rennen würden. Hiervon abgesehen, führte Schweitzer den „politischen Vorkampf" sogar viel entschiedener, als Johann Jacoby. Als Liebknecht seine Rede im Demokratischen Wochenblatte abdruckte, richtete Leo Frankel aus Paris einen Offenen Brief an ihn, worin er gegen diese Angriffe die entschiedenste Partei für Schweitzer nahm. Es war gewiß ein schwerer Irrtum Schweitzers, in Liebknecht und Bebel die Dupes einer rein politischen Bourgeoispartei zu sehen, allein die Art, wie Liebknecht ihn immer wieder angriff, mußte ihn in seinem verhängnisvollen Irrtum bestärken.

Dies anzuerkennen gebietet die Gerechtigkeit, so wenig damit Schweitzers nunmehriges Vorgehen gerechtfertigt werden kann. Er empfand die Einschränkung seiner Diktatur als einen unleidlichen Zwang, und wie er in ihr das Ergebnis einer heimlichen Verschwörung sah, so scheute er nicht davor zurück, sie sich wieder vom Halse zu schaffen, sei es so oder so. Die Umstände gestalteten sich für ihn günstig genug. Die Urabstimmung über die Änderung der Statuten war auf eine starke

Gleichgültigkeit der Mitglieder gestoßen, kaum 50 Orte hatten es überhaupt der Mühe für wert gehalten, abzustimmen. Dabei hatten die Beschlüsse der Generalversammlung zwar eine überwiegende Mehrheit gefunden, doch nicht ohne energischen Widerspruch, den große Mitgliedschaften des Rheinlandes, wie Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, dagegen erhoben. Als Schweitzer nach Hamburg ging, um den neuen Vorstand einzurichten, empfingen ihn hier die alten Kerntruppen des Vereins mit lautem Jubel, und ebenso lebhaft wurde er in Hannover begrüßt, wo der Verein mächtig aufblühte und schon tausend zahlende Mitglieder musterte. In demselben Monat Mai, wo Liebknecht vor vielleicht sechzig Mitgliedern des Demokratischen Arbeitervereins das „Parlamenteln" Schweitzers verwarf, jauchzten sechstausend Berliner Arbeiter in der Alhambra eben diesem „Parlamenteln" zu; der Sozialdemokrat konnte den Bericht über die imposante Massenversammlung mit den stolzen Worten schließen: Berlin gehört uns! Große Streiks der Berliner Bauarbeiter, von Lübkert geschickt und kraftvoll geleitet, trugen den proletarischen Klassenkampf in die immer noch breiten Schichten der Berliner Arbeitermasse, die von der politischen Bewegung noch nicht berührt worden waren. Und zum 22. Mai berief Schweitzer die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes nach Kassel, um das Heer zu mustern, das nunmehr die Waffe des Koalitionsrechts schwingen konnte.

Freilich hatte die norddeutsche Gewerbeordnung absichtlich manche Scharte in diese Waffe geschliffen. Die Arbeiterfeindlichkeit des norddeutschen Reichstags ließ sich nicht einmal da bändigen, wo es sich um einfache Konsequenzen der Freihandelslehre handelte, die den Arbeitern nützen konnten. An und für sich war der deutsche Liberalismus schon so schwachherzig, daß er sogar die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nur in den der Bureaukratie wohlgefälligen Schranken zu beschließen wagte und die Hauptschikane, das bureaukratische Konzessionswesen, ruhig fortbestehen ließ. Um so mehr war er darauf bedacht, die Koalitionsfreiheit so zu verstümmeln, daß, wie Lasker sagte, eine „mächtige und durchgreifende" Polizei jede Streikbewegung in den Grenzen der Gesetzlichkeit, will sagen in den Grenzen halten konnte, die den herrschenden Klassen bequem waren. Nicht nur wurde den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten, sondern auch ein besonderer Strafparagraph eingefügt, der den sogenannten Terrorismus streikender Arbeiter bändigen sollte und kautschukartig genug abgefaßt war, um bei einem nur geringen

Aufwande des bösen Willens, über den die Polizei allemal verfügt, jede proletarische Lohnbewegung zu lähmen. Diesem gehässigen Vorrechte für klassenbewußte Arbeiter fügte der norddeutsche Reichstag ein günstiges Vorrecht für Schwarzbeine hinzu; gegen Verletzung von Verabredungen, die auf Grund des Koalitionsrechtes getroffen worden waren, sollte weder Klage noch Einrede stattfinden.

Trotz alledem war ein Stück Koalitionsfreiheit gerettet, und so beseelte eine kampffreudige und siegesfrohe Stimmung die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes in Kassel. Zugegen waren 100 Delegierte, die 220 Orte mit 35232 zahlenden Verbandsmitgliedern vertraten; für den ganzen Verband wurden mehr als 50000 steuerzahlende Mitglieder berechnet. Am stärksten waren in Kassel die Zigarrenarbeiter mit 10000, die Zimmerer mit 5585, die Maurer mit 3955, die Hand- und Fabrikarbeiter mit 3666, die Metallarbeiter mit 3281, die Holzarbeiter mit 2137, die Schuhmacher mit 1808, die Manufakturarbeiter mit 1742, die Berg- und Hüttenarbeiter mit 1558, die Schneider mit 671 Mitgliedern vertreten; andere Arbeiterschaften, wie die Bäcker, die Buchbinder, die Maler und Lackierer waren noch nicht aus den ersten Anfängen der Entwicklung heraus. Die Generalversammlung beschäftigte sich überwiegend mit Agitations- und Organisationsfragen. Ins Präsidium trat neben Schweitzer und Fritzsche an die Stelle Kleins, der nicht nach Berlin übersiedeln konnte, Lübkert ein. Die Mitglieder des Präsidiums erhielten als solche keine Besoldung, doch wurden um diese Zeit für Schweitzer als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 45 Taler Monatsgehalt ausgeworfen, von einer Kommission, die von der Generalversammlung in Elberfeld-Barmen für diesen Zweck eingesetzt worden war. Wie es scheint, war die Besoldung des Präsidenten auch als eine Beschränkung seiner Diktatur gedacht; jedenfalls sträubte sich Schweitzer dagegen, setzte die ihm ausgeworfenen 45 auf 25 Taler herab und erhob auch diese nicht. In Kassel machte sich übrigens kaum etwas von der Mißstimmung bemerkbar, die in Elberfeld-Barmen unter einem Teile der Delegierten geherrscht hatte; das Vertrauensvotum für Schweitzer wurde von einem thüringischen Delegierten beantragt und mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Im ganzen und großen gestalteten sich die fünftägigen Verhandlungen zu einem Triumphe für Schweitzer, der auf dem gewerkschaftlichen Gebiete ebenso glücklich organisieren zu können schien, wie auf dem politischen.

Zu alledem fügte sich, daß er die Anhänger der Gräfin Hatzfeldt für sich günstig zu stimmen wußte. Mende, der jetzt als Präsident des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fungierte, war in München-Gladbach verhaftet worden, als angeblicher Rädelsführer eines Tumults, den die Polizei durch die ungesetzliche Auflösung einer Arbeiterversammlung hervorgerufen hatte. Jedoch versagte der Reichstag auf Schweitzers sofort eingebrachten Antrag seine verfassungsmäßig notwendige Zustimmung zu Mendes Verhaftung, und damit waren freundliche Beziehungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen angebahnt, die sich auf Lassalle beriefen. Gleich darauf aber hielt Liebknecht jene Rede in dem Demokratischen Arbeitervereine, die in Schweitzer die Ansicht hervorrufen mußte, daß mit diesem Gegner kein dauerndes Einvernehmen möglich sei, und unternahm Bebel eine Agitationsreise in die thüringischen Bezirke, wo er in Gera, Pößneck, Apolda, Jena, Weimar, Gotha und Erfurt mit großem Erfolge sprach. Bebel hielt sich dabei von allen Angriffen auf Schweitzer frei und befürwortete nur die Einigung aller sozialdemokratischen Fraktionen, womit er auch bei den thüringischen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lebhaften Anklang fand. Entsprechende Resolutionen wurden in den meisten dieser Versammlungen angenommen, in einzelnen freilich nicht, ohne zugleich eine Einigung der sozialdemokratischen Fraktionen mit der bürgerlichen Demokratie zu befürworten. Jedenfalls hielt Schweitzer an seinem Anspruche fest, daß Einigungsversuche dieser Art nur mit ihm als dem erwählten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geführt werden dürfen. Er sah in Bebels thüringischer Agitation einen „Vertragsbruch“ und hielt den Augenblick für günstig genug, um loszuschlagen.

Am 18. Juni veröffentlichten der Sozialdemokrat in Berlin und die Freie Zeitung in Leipzig, das Organ der Gräfin Hatzfeldt, eine pomphafte Proklamation Mendes und Schweitzers, worin dem „souveränen Volke“ die „Wiederherstellung der Einheit der Lassalleschen Partei“ vorgeschlagen wurde, und zwar auf folgende Bedingungen hin. Die beiden bisher getrennten Vereine sollten am 24. Juni von den beiderseitigen Präsidenten aufgelöst und an demselben Tage ein neuer Gesamtverein mit dem alten Statut vom 23. Mai 1863 gegründet werden. Der Präsident dieses Vereins sollte dann sofort nach allgemeinem Stimmrechte in sämtlichen Mitgliedschaften gewählt und das Ergebnis

der Wahl am 3. Juli verkündet werden. Dann sollte auf gleiche Weise die Wahl eines neuen Vorstandes stattfinden, der bis zur nächsten Generalversammlung zu fungieren habe, und endlich sollte Mende in der Zeit vom 24. Juni bis zum 3. Juli provisorisch den neuen Gesamtverein leiten. Diese Vorschläge wurden von Mende und Schweitzer den Mitgliedern beider Vereine mit der Verfügung unterbreitet, daß über sie bis einschließlich des 22. Juni mit Ja oder Nein abgestimmt werden müßte.

Es war ein regelrechter Staatsstreich Schweitzers, dem von nun an seine Diktatur nicht mehr bloß Mittel zum Zwecke, sondern selbst Zweck war. Der Verein der Gräfin Hatzfeldt litt an unheilbarer Schwindsucht. Die Lebenszeichen, die er noch von sich gab, waren die krampfhaften Zuckungen einer absterbenden Sekte, wie sein verbissener Widerstand gegen die gewerkschaftliche Organisation und die gewalttätige Roheit, womit er im März die Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei in Hohenstein-Ernstthal gesprengt und damit auch den geplanten gemeinsamen Kongreß der sächsischen Arbeiter vereitelt hatte. Schweitzer, der ein Jahr vorher mit seinem Rücktritte gedroht hatte, wenn ihm die Hamburger Generalversammlung nicht die Organisation der Gewerkschaften gestatte, verbündete sich jetzt mit den geschworenen Gegnern dieser Organisation, und während er selbst auf jedes Zugeständnis an die höhere Entwicklung seines Vereins verzichtete, machte er dem sektenhaften Lassalleanismus des anderen Vereins das weittragende Zugeständnis, das alte Statut Lassalles wiederherzustellen. Worauf es ihm ankam, war danach freilich klar: auf die Erneuerung seiner uneingeschränkten Diktatur. Nicht zum wenigsten ging seine geheime Absicht aus seiner Forderung hervor, daß das „souveräne Volk" innerhalb dreier Tage die Gesamtheit seiner Vorschläge annehmen oder ablehnen solle. Allerdings berief er sich darauf, daß große Eile geboten sei, da die Polizei sonst beide Vereine auflösen könne, weil sie in Verbindung miteinander getreten seien, aber diese formelle Schwierigkeit hatte er selbst erst durch die Art seines Vorgehens geschaffen. Er rechnete darauf, daß der Überdruß aller tüchtigen Arbeiter an dem Fraktionsgezänk, ihr aufrichtiger und dringender Wunsch nach Einheit ihnen über alle Bedenken hinweghelfen würde, und diese Rechnung trog ihn im allgemeinen auch nicht.

Seine Vorschläge wurden in beiden Vereinen mit überwältigender Mehrheit durch Urabstimmung angenommen. Der neue Vorstand in

Hamburg stellte nur zwei Bedingungen: erstens sollte die Gräfin Hatzfeldt nicht in die Einigung aufgenommen werden, und zweitens sollte Schweitzer sich verpflichten, auf der ersten Generalversammlung des neuen Vereins für die Wiederherstellung der Beschlüsse einzutreten, die in Elberfeld-Barmen gefaßt worden waren. Als Tölcke, der persönlich nach Hamburg herübergekommen war, im Auftrage Schweitzers beide Bedingungen einräumte, gab der Vorstand seine Zustimmung und löste damit sich selbst auf. Offenen Widerspruch erhoben zunächst nur einige Mitglieder in Braunschweig, Celle, Harburg, Magdeburg, Erfurt, Gotha, Frankfurt, darunter Bracke, York, Vonhorst, Ellner. In einem Aufruf vom 22. Juni schlugen sie einen allgemeinen Kongreß der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands vor, um eine wirklich demokratische Organisation zu schaffen: Schweitzers Staatsstreich sei die reinste Überrumpelung; der Argwohn, daß Schweitzer den Verein zur Befriedigung seines Ehrgeizes mißbrauche, ihn zum Werkzeug einer arbeiterfeindlichen reaktionären Politik herabwürdigen wolle, sei nunmehr zur Gewißheit erhoben. Den Tag darauf erklärten Liebknecht und Bebel, denen Schweitzer nun auch öffentlich wegen der thüringischen Agitation „Vertragsbruch“ vorgeworfen hatte: sie seien zum Kampfe bereit, es werde sich zeigen, ob „die Korruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite, oder die Ehrlichkeit und Reinheit der Absichten auf unserer Seite“ den Sieg davontragen werde. Dann aber brach Schweitzer sein durch Tölcke verpfändetes Wort; er sagte im Sozialdemokraten, weder dürfe die Gräfin Hatzfeldt von der Einigung ausgeschlossen werden, noch sei eine Änderung des Statuts von 1863 wünschenswert, und nun sagten ihm auch zehn Mitglieder in Hamburg ab, an ihrer Spitze Geib und andere Mitglieder des ehemaligen Vorstandes.

Begleitet wurden diese Kundgebungen durch eine heftige Kanonade zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten. Wie immer in solchen Fällen, wurde dabei hüben und drüben gesündigt. Von der einen Seite wurde Schweitzer als Söldling Bismarcks und Tölcke als ein unheimlicher Verbrecher hingestellt, der nicht einmal die bürgerlichen Ehrenrechte besitze, von der anderen Seite wurde Liebknecht als ein heimlicher Verbündeter der Bourgeoisie und Bebel als ein Stipendiat des Exkönigs von Hannover angeklagt. An solchen gegenseitigen Beschuldigungen hatte die Bourgeoisie ihre helle Freude, wobei sie dann glücklich wieder den großen Fortschritt übersah, der

sich in dieser schweren Krisis der deutschen Arbeiterbewegung vollzog. Am 17. Juli veröffentlichte das Demokratische Wochenblatt einen Aufruf an die „deutschen Sozialdemokraten", worin ein „allgemeiner deutscher sozialdemokratischer Arbeiterkongreß" zum 7., 8. und 9. August nach Eisenach berufen wurde. Unterzeichnet war der Aufruf von 63 ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, 3 ehemaligen Anhängern der Gräfin Hatzfeldt, einem Ausschusse der österreichischen Arbeiter, dem Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, der deutschen Sektion der Internationalen in Genf, dem deutsch-republikanischen Verein in Zürich und endlich dem Verbande der deutschen Arbeitervereine, für den etwa 100 Mitglieder unterschrieben hatten, darunter Bebel, Liebknecht, Vahlteich, Metzner, Hugo Hillmann, Motteler, Stolle, Gabriel Löwenstein, Karl Hirsch, J. M. Hirsch, Hepner, Vogel und Wilhelm Eichhoff.

Als dieser Aufruf veröffentlicht wurde, stand schon fest, daß die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu ihrem neugewählten Präsidenten Schweitzer halten und der Eisenacher Kongreß somit die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie gewissermaßen unwiderruflich machen werde. Insofern mochte die Schadenfreude der Bourgeoisie einen gewissen Sinn haben. Aber in Wirklichkeit lagen die Dinge ganz anders. Solange die realen Ursachen fortdauerten, die das deutsche Proletariat zersplitterten, war eine getrennte Organisation beider Richtungen allen Einigungsversuchen vorzuziehen, die immer wieder an jenen Ursachen scheitern und immer neue Erbitterung hervorrufen mußten. Besser als dies schleichende und zerrüttende Fieber war ein offener Krieg, der neben allen Nachteilen doch auch große Vorteile hatte, der die wirklich vorhandenen Gegensätze klar hervortrieb, sie gewissermaßen auf ihre knappste und kürzeste Formel brachte, der die Propaganda mächtig anspornte und zwei kraftvolle Organisationen schuf, die, sobald die historische Entwicklung die wirklichen Hindernisse der Einigung beseitigt hatte, einen Frieden schließen konnten, bei dem es keine Sieger und keine Besiegten gab.

Der Krieg begann schon auf dem Eisenacher Kongresse. Schweitzer entschloß sich ihn zu beschicken, in der Hoffnung, die neue Organisation noch im Keime zu ersticken oder doch durch eine imposante Kraftentfaltung von vornherein in den Schatten zu stellen. Da er selbst noch eine zweimonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, so erschien

Tölcke an der Spitze von 110 Delegierten, die 102000 Arbeiter vertraten; die Kosten der Delegation wurden je zur Hälfte aus den Kassen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Arbeiterschaftsverbandes bestritten. Von der Gegenseite aber erschienen 262 Delegierte, hinter denen 140000 Arbeiter standen. Man begann damit, sich gegenseitig „Mandatsschwindel" vorzuwerfen, von beiden Seiten mit gleichem Unrecht oder in gewissem Sinne auch mit gleichem Rechte. Da die ganze Krisis eine lebhafte Bewegung in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen hatte, und die Mandate zum großen Teil von Massenversammlungen ausgestellt worden waren, so mochten die Ziffern an und für sich nicht unrichtig sein, aber wenn sie kein Schwindel waren, so waren sie doch auch kein sicherer Maßstab für die Kraft der streitenden Teile. Schweitzer hatte in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation noch lange nicht 102000 Köpfe zusammengebracht, und ebenso wenig traten 140000 Mitglieder in die neue Organisation ein, die in Eisenach gegründet wurde.

Zunächst waren die österreichischen und schweizerischen Hilfstruppen rein dekorativ. Schweitzer behielt darin recht, daß eine organisatorische Verbindung der deutschen und der österreichischen Arbeiter eine Illusion sei; sie war es höchstens nicht in der traurigen Wirkung, daß die Beteiligung der österreichischen Arbeiter an dem Eisenacher Kongreß von der österreichischen Reaktion zum Vorwande genommen wurde, um die junge Arbeiterbewegung an der Donau durch tückische Verfolgungen so schnell niederzuwerfen, wie sie schnell aufgeblüht war. Tatsächlich setzte sich die neue Organisation aus zwei Elementen zusammen: aus dem Verbande der deutschen Arbeitervereine und den abgefallenen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wie stark diese waren, läßt sich mit ziffernmäßiger Genauigkeit nicht angeben; Tölcke schätzte sie auf 300, Liebknecht aber auf 5000, wobei die Wahrheit nicht sowohl in der Mitte, als ziemlich nahe bei Tölckes, und recht weit von Liebknechts Schätzung liegen mochte. Es waren ihrer schwerlich auch nur tausend, aber es befanden sich darunter verhältnismäßig viele, im organisierten Klassenkampfe trefflich erprobte und geschulte Kräfte. Der Verband der deutschen Arbeitervereine aber zählte 10000 Mitglieder, die nach einer damaligen Aufstellung Bebels in 58 sächsischen, 25 württembergischen, sowie einigen badischen, hessischen und bayerischen Orten organisiert waren, wozu dann noch einzelne schwache Absenker in Berlin und am Rheine kamen.

Nach einer tumultuarischen Verhandlung, in der sich ein Zusammenarbeiten als unmöglich erwies, hielt jede der beiden Richtungen ihren besonderen Kongreß in Eisenach ab, der für die Delegierten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins natürlich nur eine demonstrative Kundgebung war. Dagegen konstituierte sich die Gegenseite als Sozialdemokratische Arbeiterpartei, im wesentlichen nach den Plänen, die Bebel schon von langer Hand für die Reorganisation des von ihm geleiteten Verbandes vorbereitet hatte. Dem prinzipiellen Teile des Eisenacher Programms wurden die Sätze des Nürnberger, seinen „nächsten Forderungen" die Sätze des Chemnitzer Programms zugrunde gelegt. Dabei zeigte sich sofort, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern, wie sie von nun an, unholderer Kriegsnamen zu geschweigen, die gegnerischen Fraktionen zu nennen pflegten, gar nicht bestanden. Wenn Liebknecht mit Recht sagte, daß in dem Eisenacher Programm die letzten Konsequenzen des Kommunismus enthalten seien, so sagte Tölcke mit gleichem Rechte, das Eisenacher Programm sei wesentlich das Lassallesche Programm. Es enthielt auch nicht einen Punkt, der seit fünf Jahren nicht vom Sozialdemokraten vertreten worden war. Ja, der wirklich anfechtbare Satz des Lassalleschen Programms gelangte in das Eisenacher Programm in noch anfechtbarerer Fassung. Indem auf Antrag von Karl Hirsch unter die „nächsten Forderungen", die alle schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden konnten, auch aufgenommen wurde: Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischer Garantie, wurde der revolutionäre Sinn der Lassalleschen Produktivassoziationen mit Staatskredit, den Schweitzer oft genug aufgedeckt hatte, wieder verschleiert.

Wesentlicher waren die Verschiedenheiten in der Organisation. Bebel war selbst ein viel zu guter Organisator, um nicht die Vorzüge der Lassalleschen Organisation zu würdigen, aber da sowohl die Diktatur vermieden, als auch der Polizei möglichst alle Schikanen abgeschnitten werden sollten, so hatte er eine gebundene Marschroute. Die Leitung der Partei wurde einem Ausschusse von fünf Mitgliedern übertragen, über dem eine Kontrollkommission von elf Mitgliedern stand; beide Behörden sollten von den Parteimitgliedern der Orte gewählt werden, an die der Parteikongreß ihren Sitz verlegen würde. Sie fungierten auch als obere Instanzen des Parteiorgans, unterstanden aber selbst

dem Parteikongreß, der mindestens einmal im Jahre zusammentreten sollte. Jeder Delegierte sollte auf dem Kongreß eine Stimme führen, doch durften die Parteimitglieder eines Ortes nicht mehr als fünf Delegierte absenden. Als Parteisteuer hatte jedes Parteimitglied einen Groschen monatlich an den Ausschuß zu entrichten oder auf das Parteiorgan zu abonnieren. Die Parteimitglieder jedes Ortes waren verpflichtet, auf Grund des Parteiprogramms sozialdemokratische Arbeitervereine zu gründen, die monatlich einen Groschen auf den Kopf jedes Mitgliedes für allgemeine Agitationszwecke zu zahlen hatten. Zum Parteiorgane wurde das Demokratische Wochenblatt ernannt, das vom 1. Oktober ab zweimal wöchentlich erscheinen, sich Volksstaat nennen und der Partei gehören sollte. Der Sitz der Partei wurde nach Eisenach, der Ausschuß nach Braunschweig-Wolfenbüttel, die Kontrollkommission nach Wien verlegt. Es ist klar, daß diese Organisation viel demokratischer, aber auch viel loser und zerbrechlicher war, als die Organisation Lassalles.

Über die Stellung zur Internationalen konnte der Eisenacher Kongreß auch nichts anderes beschließen, als schon die Generalversammlungen in Hamburg und Elberfeld-Barmen beschlossen hatten. Bebel sprach nun auch aus, was Schweitzer so oft betont hatte: „Unter allen Umständen muß zunächst die Sozialdemokratische Partei in Deutschland sich selbst konstituieren, da neben der internationalen auch die nationale Organisation unentbehrlich ist und jene ohne diese nur ein Schatten wäre." Allerdings empfahl der Eisenacher Kongreß den Parteimitgliedern den persönlichen Eintritt in die Internationale, aber dieser Beschluß mußte die ohnehin schwerfällige Organisation noch schwerfälliger machen, wenn er anders nicht bloß auf dem Papier stehen blieb. Auch den Gewerkschaften, die sich auf Grund von Bebels Statuten gebildet hatten, empfahl der Kongreß die internationale Organisation, und sie nannten sich von nun an Internationale Gewerksgenossenschaften. Es waren ihrer erst wenige: die Buchbinder hatten sich in Leipzig, die Berg- und Hüttenarbeiter in Zwickau, die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter in Crimmitschau organisiert; die Metallarbeiter schritten jetzt in Nürnberg, die Maurer und Zimmerer in Dresden, die Schuhmacher in Leipzig zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Vorerst waren diese Verbände noch schwach; die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, die zu Pfingsten ihren ersten Kongreß in Leipzig abgehalten hatten,

zählten etwa 3000 Mitglieder, und sie hatten sich unter Mottelers geschickter Leitung verhältnismäßig am stärksten entwickelt.

Als der Eisenacher Kongreß seine Sitzungen geschlossen hatte, trat der Verband der deutschen Arbeitervereine zu seinem letzten Vereinstage zusammen. Vor sechs Jahren gegründet als Bollwerk der Bourgeoisie gegen die eben erst anrollenden Wellen der proletarischen Bewegung, war jetzt schon von der steigenden Flut überschwemmt und unterwaschen. Er löste sich auf in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

---

3. Die ersten Fraktionskämpfe.

Hatte sich schon bei der Abfassung des Eisenacher Programms gezeigt, daß keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des klassenbewußten Proletariats in Deutschland bestanden, so begannen gleich die Kämpfe der nächsten Monate mit den praktischen Hindernissen der Einigkeit aufzuräumen. Sie zerrieben die Diktatur, welche die Lassalleaner beherrschte, und zerrissen die Bande, welche die Eisenacher mit der Deutschen Volkspartei verknüpften.

Zunächst nahmen die Dinge eine für Schweitzer günstige Wendung. Der vierte Kongreß der Internationalen, der vom 5. bis zum 12. September in Basel tagte, hatte sein Schwergewicht in der Beratung der Grund- und Bodenfrage. Zwar war die Frage schon ein Jahr vorher auf dem Brüsseler Kongresse im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus entschieden worden, aber gegen eine starke Minderheit der französischen Delegierten, und um völlige Klarheit zu schaffen, hatte sie der Generalrat auf die erste Stelle der Tagesordnung für den Baseler Kongreß gesetzt. Dieser Kongreß wurde von 78 Delegierten besucht, von denen gerade der dritte Teil aus Frankreich kam, darunter Varlin, der edle Märtyrer der Kommune. Der Generalrat hatte Applegarth, Lucraft, Cowell Stepney, Eccarius, Jung und Leßner gesandt, von Deutschen waren außer Liebknecht, der die Eisenacher vertrat, Moses Heß, Rittinghausen, der Lehrer Spier aus Wolfenbüttel und der Professor Jannasch aus Magdeburg, von Schweizern Johann Philipp Becker, Bürkli und Greulich zugegen, als Vertreter neapolitanischer Arbeiter kam Bakunin. Es war eine sehr stattliche Versammlung, und ihre Entscheidung fiel über die Hauptfrage der Verhandlungen wie in Brüssel. Der Kongreß erklärte mit 54 Stimmen, die Gesellschaft habe das Recht, den Grund

und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln, und mit 53 Stimmen, diese Verwandlung sei im Interesse der Gesellschaft notwendig. Die Minderheit enthielt sich überwiegend der Abstimmung; gegen den zweiten Beschluß stimmten nur 8, gegen den ersten nur 4 französische Delegierte. Aber wenn die Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus damit einen entschiedenen Erfolg über die kleinbürgerlichen Illusionen des Proudhonismus davongetragen hatte, so kam die Schlacht doch noch einmal zum Stehen bei der Frage des Erbrechts, die auf der zweiten Stelle der Tagesordnung stand. Eccarius vertrat die konsequente Auffassung des Generalrats, wonach das Erbrecht mit dem Privateigentum steht und fällt, während Bakunin den ideologischen Überbau mit der ökonomischen Unterlage verwechselte und das Erbrecht aus Gründen der Gerechtigkeit als selbständige Quelle der Ungleichheit beseitigen wollte. Keine der beiden Auffassungen gewann die Mehrheit, und die Frage blieb in der Schwebe.

Die Baseler Beschlüsse über das Grundeigentum riefen nun allgemeine Aufregung in dem deutschen Bürgertum hervor. Nicht nur patriotische „Männer der Wissenschaft", wie Adolf Wagner, verdammten sie als leichtfertig, nichtswürdig und wüst, sondern auch die tapferen Mannen der Deutschen Volkspartei zogen alle Schimpfregister über das „herrschsüchtige Knotentum" der Internationalen und denunzierten die Baseler Mehrheit als heimliche Helfershelferin der kranken Männer in Berlin und Paris. Der eben aus dem Gefängnisse entlassene Schweitzer hatte die Genugtuung, den Arbeitern sagen zu können: sowie die Internationale unzweideutig den sozialistischen Standpunkt vertritt, wird sie genau so von der bürgerlichen Opposition verleumdet, wie die Lassallesche Agitation. Über das Gemeineigentum am Grund und Boden brauchte Schweitzer nicht mehr viele Worte zu verlieren, da er diese Frage längst mit erschöpfender Klarheit im Sozialdemokraten behandelt hatte. Aber er schrieb nunmehr zwei ausgezeichnete Artikel über das Erbrecht, die in bemerkenswerter Weise zeigten, wie vollkommen er den wissenschaftlichen Kommunismus beherrschte. Seine Auffassung stimmte aufs Haar mit dem Berichte, den der Generalrat über das Erbrecht an den Baseler Kongreß gerichtet hatte, nur daß dieser Bericht erst im Oktoberhefte des Vorboten erschien, während Schweitzer seine Artikel auf die ersten flüchtigen Zeitungsberichte über die Baseler Verhandlungen in den Nummern des Sozialdemokraten vom 17. und 19. September veröffent-

lichte. Schweitzer führte darin eingehend aus, daß die Abschaffung des Erbrechts in der kapitalistischen Gesellschaft eine utopische und in der sozialistischen Gesellschaft eine überflüssige Forderung sei, aber daß sie für die Diktatur des Proletariats in der Übergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ihre große praktische Bedeutung habe.

Natürlich zögerte Schweitzer nicht, seinen Vorsprung auszunützen. Er konnte sich nunmehr darauf berufen, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht nur die organisatorisch geschlossenste, sondern auch die prinzipiell vorgeschrittenste Arbeiterpartei sei. Mit der Internationalen bemühte er sich in Frieden zu bleiben, und erkannte die Bedeutung der Baseler Beschlüsse an, wenn er auch meinte, daß die „Schule von Karl Marx" auf den internationalen Kongressen mit dem „Halbsozialismus" ihre „liebe Not" habe. Um so bitterer ließ er sich über die Sozialdemokratische Arbeiterpartei aus, die nicht für die Baseler Beschlüsse einzutreten wage; die ehemaligen Lassalleaner, die den Braunschweiger Ausschuß bildeten, seien die reinen Strohpuppen, sie dürften nicht gegen die Bourgeois der Volkspartei aufmucken.

In Wirklichkeit beabsichtigte der Braunschweiger Ausschuß, dem Bracke, Bonhorst und Spier angehörten, eine offizielle Kundgebung zugunsten der Baseler Beschlüsse. Aber er stieß damit auf den Widerstand Liebknechts. Bereits in Basel hatte Liebknecht praktische Bedenken dagegen geltend gemacht, das Gemeineigentum am Grund und Boden zum Gegenstand eines programmatischen Beschlusses zu machen, so entschieden er selbst sich zu dieser Konsequenz des wissenschaftlichen Kommunismus bekannte. Er wollte jetzt, wie er dem Braunschweiger Ausschusse schrieb, nicht vorzeitig mit der Deutschen Volkspartei in Krakeel geraten, und hielt es für genügend, wenn das Parteiorgan die Baseler Beschlüsse nicht verleugne. Auf die Frage, welche Stellung die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu diesen Beschlüssen nehme, antwortete das Demokratische Wochenblatt in seiner letzten Nummer: „Gar keine. Jedes einzelne Parteimitglied kann und soll Stellung nehmen; der Partei als solcher steht dies nicht zu, zumal sie nach keiner Seite hin durch die Beschlüsse gebunden ist, ebensowenig wie die Internationale Arbeiterassoziation selbst." Diese Auffassung ließ sich aber unter den verschiedensten Gesichtspunkten anfechten, und nicht zum wenigsten unter dem taktischen Gesichtspunkte, der für Liebknecht maßgebend war. Schweitzer sagte nunmehr,

die Eisenacher wagten sich nicht zu dem Kardinalsatze des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekennen, zu der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und die Deutsche Volkspartei verlangte eine ausdrückliche Verleugnung der Baseler Beschlüsse.

So kam es doch zu dem Bruche, den Liebknecht vorläufig vermeiden wollte. Einzelne Häupter der Volkspartei hatten noch in Eisenach mitgetagt, wie Sonnemann, der die Tatsache zwar vor einigen Jahren abzustreiten versuchte, aber nur mit dem Erfolge, daß seine Anwesenheit urkundlich festgestellt wurde. Daß so gute Kenner der kapitalistischen Produktionsweise, wie er und seinesgleichen, sich so ganz und gar über die prinzipielle Bedeutung des Nürnberger und des Eisenacher Programms getäuscht haben sollten, ist schwer anzunehmen; vermutlich haben sie eine Hand im Spiele behalten wollen, um bis in die zwölfte Stunde hinein zu versuchen, ob sich die Arbeiter nicht doch noch beherrschen ließen. Eher darf man zugunsten der schwäbischen Kleinbürger annehmen, daß sie einfach nicht verstanden haben, was in Nürnberg und Eisenach beschlossen worden war; nun da ihnen die Baseler Beschlüsse ein überraschendes Licht angezündet hatten, gebärdeten sie sich wie von der Tarantel gestochen. Besonders bemühten sie sich, die süddeutschen Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei abzusprengen; sie spekulierten auf die Reste des Kantönligeistes namentlich unter den schwäbischen Arbeitern, und auch nicht ganz ohne Erfolg. Der Landesverband der württembergischen Arbeitervereine löste sich trotz seines Anschlusses an die Eisenacher nicht auf, und sein Schriftführer Bronnenmeyer, der von je die Seele dieses Verbandes gewesen war, äußerte sich im Stuttgarter Beobachter sehr mißtrauisch gegen die Diktatur von Marx, die er in dem ganz unverfänglichen Beschlusse des Baseler Kongresses sah, wonach der Generalrat der Internationalen im Bedürfnisfalle die internationale Verbindung der Gewerksgenossenschaften vermitteln sollte.

Allein Bebel fuhr den volksparteilichen Machenschaften geschickt und schnell durch die Parade. Er unternahm vom 5. bis zum 30. November eine Agitationsreise nach Süddeutschland, die ihn über Koburg, Bamberg, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Regensburg, Augsburg und München in eine Reihe württembergischer Orte führte und die süddeutschen Arbeiter vollständig aufklärte. Der schwäbische Landesverband verzichtete auf eine fernere Sonderexistenz, und in Stuttgart, wo Bebel im großen

Saale der Liederhalle sprach, wäre es schon zum völligen Bruche mit der Volkspartei gekommen, wenn nicht noch der Redakteur des Stuttgarter Beobachters vermittelnd eingegriffen hätte. Aber gerade der Stuttgarter Beobachter brachte dann aus der Feder Julius Freeses, eines volksparteilichen Preußenfressers, der bald darauf habsburgisches Reptil wurde, gegen Bebels Rede drei lange Artikel, die an stupender Unwissenheit in sozialen Fragen womöglich noch unter der Weisheit von Schulze-Delitzsch standen. Bebel antwortete im Volksstaate mit einer Reihe von Aufsätzen, die er auch gesammelt unter dem Titel: Unsere Ziele herausgab. Es war seine Erstlingsschrift; frisch und kräftig geschrieben, bekundete sie an mehr als einer Stelle ein fleißiges Studium des Kapitals von Marx, fußte im wesentlichen aber noch auf den Agitationsschriften Lassalles. Liebknecht gab jetzt auch die Volkspartei auf; am 13. Januar 1870 schilderte er sie den Leipziger Arbeitern ungemein treffend mit den Worten: „Sie ist eine durch den Zufall entstandene Gelegenheitspartei; völlig machtlos, kann sie nimmermehr den Nordbund zerstören. Sie kann poltern, nichts weiter. In Norddeutschland, das ökonomisch entwickelter ist als Süddeutschland, besteht sie bloß aus ein paar Namen. Nur in Süddeutschland, und auch hier nur in Schwaben, hat sie Massen hinter sich, aber dort ist sie ein Mischmasch der verschiedenartigsten, augenblicklich durch den Kampf gegen die ‚Verpreußung‘ zusammengehaltenen Elemente.“ Ein paar Monate später hielt Liebknecht im Schützenhause zu Meerane einen Vortrag über die Grund- und Bodenfrage, der die Baseler Beschlüsse gegen die Angriffe der Volkspartei wirksam verteidigte und, später in erweiterter Form gedruckt, ebenso wie Bebels Streitschrift eine vortreffliche Agitationswaffe der Eisenacher wurde.

Ohne Frage aber hatte die anfängliche Zurückhaltung dieser Fraktion gegenüber den Baseler Beschlüssen dazu beigetragen, Schweitzers Stellung wieder zu befestigen. Das Abonnement auf den Sozialdemokraten nahm im Oktober zwar nicht zu, wie seit zwei Jahren in jedem neuen Quartal, aber doch auch nicht ab. In 16 Orten war es gesunken, aber in 12 Orten gestiegen; wie immer marschierte Hamburg voran mit 1214, dann kam Berlin mit 765, Elberfeld-Barmen mit 176, Hannover mit 130 Abonnenten. Im ganzen hielt sich der Sozialdemokrat mit 5000 Abonnenten, während der Volksstaat ihrer erst 2000 zählte. Indem der Sozialdemokrat eine genaue Abrechnung über das Abonnement

veröffentlichte, fügte er triumphierend hinzu, der ganze Ansturm der „bürgerlichen Demokratie“ habe also nicht mehr erreicht, als eine augenblickliche Stockung in dem Siegesmarsche der Arbeiterklasse. Gewiß war die Behauptung der Eisenacher, daß Schweitzer nur noch eine fanatisierte Herde hinter sich habe, vollkommen unrichtig.[1] Die geschulten Arbeitermassen in Hamburg und am Rhein wußten sehr wohl, weshalb sie an der alten Fahne festhielten, und die Ersatzmänner, die an die Stelle der Bracke, Geib und York traten, waren nicht minder rege und tüchtige Kräfte: der Weber Harm in Elberfeld, der Tischler Dreesbach in Düsseldorf, der Zigarrenarbeiter Reimer in Altona, der Maschinenbauer Frohme und der Zigarrenarbeiter Meister in Hannover, der Tischler Pfannkuch in Kassel, der Tischler Reinders in Breslau, die Zimmerer August und Otto Kapell in Berlin und viele andere noch. Schweitzer unternahm jetzt eine siebenwöchige Organisationsreise durch Deutschland, um die letzten Spuren der Verwirrung innerhalb des Vereins zu beseitigen. Er ging erst nach Stettin, von da nach Breslau und Peterswaldau, dann ins Königreich Sachsen nach Dresden, Limbach und Leipzig, darauf über Staßfurt, Egeln, Magdeburg nach Hamburg, Altona, Kiel, Neumünster, Harburg, Lüneburg, Hannover, Bremen, Kassel. Am Rhein besuchte er Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, Essen, Remscheid, Köln, und schließlich in Süddeutschland Frankfurt, Offenbach, Karlsruhe, Stuttgart, Augsburg, München und Würzburg. In allen diesen Orten hielt er geschlossene Mitgliederversammlungen ab und stellte jedem Mitglied frei, ihn über die persönlichen Vorwürfe zu interpellieren, die gegen ihn erhoben würden; an Honorar für die anstrengende Reise bezog er den für die Agitatoren des Vereins ausgeworfenen Satz: Fahrgeld dritter Klasse und anderthalb Taler täglicher Diäten.

Noch während seiner Abwesenheit eroberte Tölcke nun auch endlich Berlin. Die Fortschrittspartei verstand seit 1866 die Welt nicht mehr; sie wollte um keinen Preis an dem Tische der materiellen Vorteile fehlen, den Bismarck der Bourgeoisie deckte, aber sie wollte ihre politischen Ideale auch nicht so unbekümmert, wie die Nationalliberalen, unter diesen Tisch werfen, sondern sie etwa noch als harmlosen Tafelschmuck verwenden, was Bismarcks Nerven nun einmal nicht vertrugen. In diesem Dilemma schwand sie dahin; als sie im Sommer 1869 ein kleines Spektakelchen gegen die Gründung eines Klösterchens in der „Stadt der Intelligenz“ anzurichten versuchte, zeigte sich, wie alters-

schwach und lendenlahm sie geworden war; ein energischer Schlossermeister sammelte die paar ultramontanen Elemente, die es in Berlin gab, und schlug regelmäßig ein Loch in die Kulturpauke, auf der die Fortschrittler ihr Bumbum zu schlagen versuchten. Sie probierten es nun mit einem anderen Streiche; ihre Landtagsabgeordneten forderten die preußische Regierung durch einen feierlichen Antrag auf, für eine allgemeine Abrüstung der europäischen Großstaaten auf diplomatischem Wege tätig zu sein. Der Antrag war nicht Fisch und nicht Fleisch: am Vorabend des deutsch-französischen Krieges, den jeder denkfähige Europäer voraussah, hatte er nicht einmal einen Sinn von dem Standpunkt aus, den der zahme Bürgersmann „praktische Politik“ zu nennen pflegt, während er als prinzipieller Protest gegen den Militarismus eine schwächliche Halbheit war; obendrein wurde er im preußischen Abgeordnetenhause gestellt, wo die konservativ-nationalliberale Mehrheit den bequemen Vorwand der Unzuständigkeit hatte, da die diplomatischen und militärischen Angelegenheiten auf den norddeutschen Bund übergegangen waren. Aber eben weil ihr der Antrag keine ernsthafte politische Verantwortlichkeit auflud, war die Fortschrittspartei auf ihn verfallen als ein Agitationsmittel, um die unter dem wachsenden Drucke des Militarismus ächzenden Massen wieder an ihre Fahne zu fesseln.

Sie berief am 7. November, an einem Sonntagvormittage, eine Volksversammlung in den mächtigen Saal des Konzerthauses und setzte ihren Abrüstungsantrag auf die Tagesordnung. Nicht nur lautete die offizielle Bekanntmachung auf eine Volksversammlung, sondern die fortschrittlichen Blätter betonten noch ausdrücklich, es solle keine Partei-, sondern eine Volksversammlung sein, obgleich sie wußten, daß sich an einer Volksversammlung, die ohne Unterschied der Partei berufen wurde, auch die sozialdemokratischen Arbeiter beteiligen würden. Die Volkszeitung sagte siegesbewußt, das einladende Komitee, worin so ziemlich alle fortschrittlichen Größen saßen, habe die nötigen Vorkehrungen gegen „etwaige Störungsversuche“ der „großartigen Demonstration“ getroffen.

Es wurde eine „großartige Demonstration“, aber nicht zu Ehren der Fortschrittspartei. Nach Eröffnung der überfüllten Versammlung stellte sich bei der Wahl des Vorsitzenden sofort heraus, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Anwesenden aus sozialdemokratischen Arbeitern bestand. Tölcke wurde zum Vorsitzenden gewählt, worauf der fortschrittliche Stab, der sich schon behäbig auf dem Bureau eingerichtet

hatte, spurlos über eine Hintertreppe verschwand. Nun versuchte die fortschrittliche Minderheit im Saale selbst die Verhandlungen durch tobenden Lärm zu stören, aber sie wurde, sanfter und unsanfter, je nachdem sie es trieb, sofort entfernt, worauf die Verhandlungen unter Tölckes Vorsitz in völliger Ruhe verliefen. Nicht nur Lassalleaner, sondern auch Eisenacher und Anhänger Schulzes, die sich zum Worte meldeten, wurden aufmerksam angehört. Die Versammlung schloß mit einer Resolution, die den fortschrittlichen Antrag für eine unverzeihliche Halbheit erklärte; was die europäischen Völker brauchten, sei Beseitigung der stehenden Heere und Einrichtung von Volkswehren, die sich auf eine kriegerische Jugenderziehung gründeten; die fortschrittlichen Abgeordneten seien Vertreter der Bourgeoisie; den Arbeitern könnten nur Abgeordnete nützen, die der sozialdemokratischen Partei angehörten.

Die Fortschrittspartei erhob nun eine betäubende Klage über Vergewaltigung des Versammlungsrechts. Dieselben Leute, die Lassalles geschlossene Parteiversammlungen in der ungeniertesten Weise gesprengt oder zu sprengen versucht hatten, spielten jetzt die gekränkte Unschuld, weil die Kraftprobe, die sie selbst provoziert hatten, gegen sie ausgefallen war. Sie und sie allein hatten die Versammlungsfreiheit geschädigt, indem ihre Führer sich weigerten, die rechtmäßige Wahl Tölckes anzuerkennen, und indem ihr Troß die Fortsetzung der Verhandlungen unter Tölckes Vorsitz zu stören suchte. Der Standpunkt des Sozialdemokraten war ebenso einfach wie klar: „Wenn man allgemeine Volksversammlungen einberuft, zu denen jeder ohne Unterschied der Parteirichtung erscheinen kann, so hat man zu gewärtigen, daß in allen Fällen, wo es uns gut scheint, auch unsere Partei am Platze ist. Man hat in allen solchen Versammlungen nach allgemeinem und demokratischem Brauche den Vorsitzenden durch die Mehrheit wählen zu lassen. Will man keine Sozialdemokraten haben, so berufe man Versammlungen von bestimmter Parteifarbe ein. In Versammlungen der Fortschrittspartei und Volkspartei werden wir nicht kommen." Deshalb war es auch durchaus nicht angebracht, daß der Demokratische Arbeiterverein, der im Konzerthause durch mehrere seiner Mitglieder völlig unbehelligt zum Worte gekommen war, „sämtlichen Parteien" ein Bündnis zum Schutze der Versammlungsfreiheit anbot, obendrein noch unter ausdrücklicher Berufung auf seine Zugehörigkeit zur Internationalen. Die bürgerlichen Parteien sahen ihn deshalb nicht weniger über die Achsel an, während

Tölcke mit Recht fragte, was wohl der Generalrat der Internationalen zu einer solchen Taktik sagen werde. Eine häßliche Polemik zwischen den „Sprenggarden“ und den „Judenjüngelchen“ war die leider unausbleibliche Folge des sehr verfehlten Vorgehens. Der Volksstaat seinerseits sagte ehrlich, den Fortschrittlern sei nicht mehr als ihr Recht geschehen, wenn er auch bedauerte, daß die Früchte des Sieges zunächst dem „Hofsozialismus“ in den Schoß gefallen seien.

Jedoch wollte sich die racheschnaubende Bourgeoisie nicht bloß mit unwahren Verdächtigungen trösten. Sie stiftete die ihr noch anhänglichen Maschinenbauer auf, wieder auf einen Sonntagvormittag, am 28. November, eine allgemeine Arbeiterversammlung ins Universum zu berufen, wo „die Berliner Arbeiter in ihrer Majorität das wüste und skandalöse Treiben Schweitzers mit Entschiedenheit verdammen“ sollten. Eine eifrige Hetze in den fortschrittlichen Vereinen und Zeitungen leitete die hinterhaltige Aktion ein, die darauf hinauslief, einen kleinen Putsch unter den Berliner Arbeitern zu veranstalten. Der Beginn der Versammlung war auf elf Uhr angesetzt, aber schon um neun Uhr sollten sich die fortschrittlichen Arbeiter durch eine Hintertür ins Universum schleichen, so daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn sie um elf Uhr einträfen, den Saal bereits besetzt finden sollten. Die fortschrittlichen Macher hofften, dann werde Mord und Totschlag entstehen, und mit wie innigem Verständnis die Polizei diese Blüte bürgerlichen Gemütes würdigte, zeigte das Aufgebot der gesamten Polizeimannschaft, die an dem entscheidenden Morgen unter dem Befehle des Polizeipräsidenten selbst die Plätze und Straßen um das Universum besetzt hielt. Aber Tölcke war ein umsichtiger Feldherr. Als etwa tausend fortschrittliche Arbeiter um neun Uhr anrückten, fanden sie das Universum von viertausend sozialdemokratischen Arbeitern umstellt, die in aller Kälte des Wintermorgens schon seit sieben Uhr am Platze waren. Kaum war ein kleiner Vortrab der fortschrittlichen Truppen unter dem Schutze des Nebels durch die Hintertür geschlichen, als die sozialdemokratischen Arbeiter diese Tür entdeckten und sofort verrammelten. Als sich nun die feindlichen Scharen auf offener Straße gegenüberstanden, da erwachte in den fortschrittlichen Arbeitern mächtig das Klassenbewußtsein. Um keinen Preis eine Prügelei unter den Arbeitern zum Gaudium der Bourgeoisie und der Reaktion: in diesem Gedanken fanden sich die Herzen. Als sich um elf Uhr die Pforten des Uni=

versums öffneten, strömten die Massen ruhig hinein. Der fortschrittliche Maschinenbauer Andreack eröffnete die Verhandlungen mit einer herzlichen Mahnung zu Eintracht und Frieden unter den Arbeitern, dann wurden Tölcke und Lübkert zu Vorsitzenden erwählt, und nach bewegten, aber friedlichen Debatten beschloß die Versammlung, daß die Unruhen im Konzerthause durch die Fortschrittspartei veranlaßt worden seien, weil sie den Beschluß der Mehrheit nicht habe anerkennen wollen, und daß jeder, der durch Lärm oder unreelle Geschäftsführung eine Versammlung störe, dadurch ein ehrloses Attentat auf das Versammlungsrecht unternehme. Mit der Herrschaft der Fortschrittspartei über die Berliner Arbeiter war es für immer vorbei.

So schienen Schweitzers Sterne heller zu strahlen als je. Aber die moderne Arbeiterbewegung kann nie zum Fangball diktatorischer Gelüste werden; sie rächt unerbittlich jeden Versuch, mit ihr ein selbstsüchtiges Spiel zu treiben. Bereits auf seiner Rundreise, so erfolgreich sie im allgemeinen war, hatte Schweitzer einen empfindlichen Nackenschlag erhalten. Die bayerischen Mitglieder gehörten auch noch nach dem Eisenacher Kongresse zu seinen treuesten Anhängern; gegen einen Annäherungsversuch, den die Eisenacher auf einem Nürnberger Arbeitertage machten, verhielten sie sich ablehnend. Sie waren jetzt schon so weit, ein kleines Wochenblatt, den Proletarier, in München halten zu können. Aber hiermit war Schweitzer unzufrieden; als er nach Augsburg kam und die Mitglieder durch eine packende Rede elektrisiert hatte, forderte er das Eingehen des Proletariers, da es wie eine Organisation, so auch nur ein Blatt geben dürfe. Er wollte die Herausgeber des Proletariers dadurch entschädigen, daß Franz und Tauscher je 400 Exemplare des Sozialdemokraten zum Vertriebe für ihre Taschen erhalten sollten. Indessen die Bayern weigerten sich, obgleich Schweitzer drohte, lieber alle süddeutschen Mitgliedschaften daran geben zu wollen, als das fernere Erscheinen des Proletariers zu dulden. Er nahm sich dann noch Tauscher allein vor, um ihn heftig zu bearbeiten, jedoch Tauscher erklärte, daß er sich von seinen Genossen nicht trennen werde. Schweitzer wollte nun am nächsten Tage in einer Versammlung der Münchener Mitglieder das Eingehen des Proletariers beschließen lassen, aber er scheiterte auch damit. Das Gerücht von seiner Absicht verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Münchener Arbeitern, denen der Proletarier lieb geworden war. Als

Schweitzer kam wurde er unfreundlich empfangen. Er sprach kein Wort vom Eingehen des Proletariers und verschwand, um niemals wiederzukehren.

Die Folge dieser Vorgänge war die Lostrennung sämtlicher bayerischer Mitgliedschaften vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Sie beriefen für den 23. Januar 1870 einen allgemeinen Arbeiterkongreß nach Augsburg, um eine „Lassalleanische Arbeiterpartei" zu gründen, die sich einerseits aller „Führerschaften" entledigen, andererseits scharf von der Deutschen Volkspartei scheiden sollte. Der Kongreß wurde fast nur von bayerischen Arbeitern beschickt. Im Auftrage des Braunschweiger Ausschusses erschien Bebel, um für den Anschluß der Bayern an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu plaidieren. Seine Rede machte einen guten Eindruck und würde wahrscheinlich ihren Zweck erreicht haben, wenn Bonhorst nicht ein Pamphlet im Saale verbreitet hätte, worin Tauscher als eine durch Sektgelage trunken gemachte Kreatur Schweitzers verdächtigt wurde. Erbittert durch diese völlig erfundenen Behauptungen beschlossen die Bayern, vorläufig die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Sie konstituierten sich als vierte Fraktion.

Als vierte Fraktion, denn inzwischen hatte sich die Gräfin Hatzfeldt schon wieder mit Schweitzer überworfen. Sie beschuldigte Schweitzer des Vertragsbruches: er halte nicht die bei der Einigung eingegangene Verpflichtung, die gewerkschaftliche Bewegung mehr und mehr im Hintergrunde verschwinden zu lassen und organisierte Arbeitseinstellungen möglichst zu hindern. Schweitzer bestritt, jemals eine solche Verpflichtung eingegangen zu sein; er habe den Gewerkschaften und Arbeitseinstellungen im Vergleiche zur politischen Bewegung stets eine untergeordnete Stellung angewiesen, aber er habe nie versprochen, sie noch unter diese Stellung herabzudrücken. Es ist schwer anzunehmen, daß er sich so bloßgestellt haben sollte, wie die Gräfin Hatzfeldt behauptete, aber ebenso wenig hat er bewiesen oder auch nur zu beweisen gesucht, daß er die Anhänger der Gräfin je zu seiner Auffassung der gewerkschaftlichen Bewegung bekehrt habe. War er dennoch die Verschmelzung eingegangen, so hatte er eine Schuld auf sich geladen, die er jetzt schwer büßen mußte. Ein halbes Jahr nach der feierlich verkündigten Einigung der deutschen Arbeiterpartei war sie vierfach zersplittert, und dies klägliche Ergebnis einer diktatorischen Politik gab dem politischen Ansehen des

Diktators einen harten Stoß. Wohl sagte Schweitzer nicht mit Unrecht, daß der Gräfin Hatzfeldt bei dem neuen Abfalle nur ein kleiner Teil ihrer früheren Anhänger folge; wirklich verschwindet diese Sekte nun bis auf ein paar gespensterhafte Lebenszeichen aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Aber vorläufig hatte sie noch so viel Kraft, eine Art Generalversammlung nach Halle zu berufen, wo die heftigsten Anklagen gegen Schweitzer laut wurden, die ihn fast noch mehr kompromittierten, wenn sie unrichtig, als wenn sie richtig waren. Denn wie hatte er sich bei auch nur einigem Scharfblick über die Unzuverlässigkeit dieser Bundesgenossen täuschen können?

Was noch weit schlimmer war: die gewerkschaftliche Bewegung wurde wirklich durch Schweitzers Taktik schwer geschädigt. An und für sich befand sie sich in einem erfreulichen Aufschwunge. Eine ganze Reihe von Streiks wurde in großen Industrieplätzen immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg durchgefochten. In Berlin erkämpften sich die Maurer und Zimmerer eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit. In Hamburg wehrten die Holz- und Metallarbeiter der Lauensteinschen Wagenfabrik eine Herabsetzung ihrer Akkordsätze um 33⅓ Prozent, welche die Fabrikleitung mit der anmutigen Begründung angeordnet hatte, daß die Arbeiter keinen Speck aufs Brot brauchten, durch einen hartnäckigen Streik voll aufregender Zwischenfälle ab. In Augsburg richteten sich zwei große Streiks gegen die Entfernung despotischer Vorgesetzter; die Eisengießer in der Maschinenfabrik Augsburg siegten nach einer Woche durch das einmütige Zusammenhalten der Arbeiter, dagegen unterlagen die Arbeiter in der Weberei von Kraus nach zwei Wochen, da es dem Fabrikbesitzer gelang, 500 Weber in Böhmen anzuwerben und durch Extrazug nach Augsburg zu schaffen; mit welchem Opfermut diese Streiks durchgeführt wurden, beweist die Tatsache, daß allein in zwei Versammlungen, von denen die eine in Augsburg und die andere in München stattfand, 700 Gulden an Unterstützungsgeldern gesammelt wurden. Wenn aber die sozialdemokratischen Arbeiter immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg ihre gewerkschaftlichen Kämpfe durchfochten, so erhielten die fortschrittlichen Gewerkvereine durch den Waldenburger Streik den Todesstoß. Um der sozialdemokratischen Agitation ein Paroli zu bieten, hatte sich Max Hirsch mit seiner Agitation im Waldenburger Bezirke anzusiedeln versucht, allein die gequälten Bergarbeiter nahmen sein frivoles Spiel für bitteren Ernst und

legten, 6500 Köpfe stark, die Arbeit nieder, während die großenteils liberalen Grubenbesitzer den Harmonieapostel als einen böswilligen Unruhestifter behandelten und mit der Hungerpeitsche die Auflösung „seines“ Gewerkvereins diktierten. Der Streik endete mit einer vollständigen und, soweit es sich um Max Hirsch und dessen fortschrittliche Helfershelfer handelte, schimpflichen Niederlage. Die schlesischen Bergarbeiter mußten ihren Irrtum teuer bezahlen und gingen als verständige Leute zur Sozialdemokratie über, ähnlich wie die Forster Fabrikarbeiter, die bald darauf mit Max Hirsch ähnliche traurige Erfahrungen machten. Das Spiel der Fortschrittspartei war lahmgelegt, kaum daß es begonnen hatte.

Alle diese günstigen Aussichten der gewerkschaftlichen Bewegung wurden durch Schweitzers selbstsüchtige Diktatorpolitik schwer geschädigt. In fast alle Arbeiterschaften drang der politische Hader; nur die Maurer und Zimmerer hielten unter Lübkert geschlossen zu Schweitzer. Die anderen Arbeiterschaften spalteten sich, und zwar so, daß ihre Präsidenten einschließlich Fritzsches von Schweitzer abfielen, während ein mehr oder minder beträchtlicher Teil der Mitglieder ihm treu blieb. In der gewerkschaftlichen Organisation wirkte der Streit der Fraktionen weit vergiftender, als in der politischen, weil er ihrem Wesen nach ihr fremd war, die schon gewonnenen Kräfte nutzlos zersplitterte und die noch nicht gewonnenen Massen umsomehr abschreckte, als er den Verlust manches Streiks verschuldete, so namentlich eines Zigarrenarbeiterstreiks in Leipzig. Schweitzer war aber jetzt schon so verblendet, daß er erst recht auf dem Wege des Diktatorspielens vorwärts schritt; von seiner Organisationsreise zurückgekehrt, schlug er vor, sämtliche Arbeiterschaften in einen Allgemeinen Unterstützungsverband zu verschmelzen, was die Fehler der von ihm begründeten Gewerkschaftsorganisation einfach verdoppeln hieß.

Auf der neunten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die am 5. Januar 1870 in Berlin zusammentrat und von 8062 zahlenden Mitgliedern durch 39 Delegierte beschickt wurde, zeigte sich, daß die Opposition gegen Schweitzers Diktatur keineswegs erloschen war. Es kam zu manchen unerquicklichen Auseinandersetzungen. Schweitzer klagte über die „Aristokratie des Vereins“ und die „Intelligenzen“, die immer neue Verwirrung stifteten; er verstände nicht, wie sich Männer tagelang mit Altweibergeklatsch befassen könnten; er

habe es satt, sich in dieser Weise erst mit den Vereinsgegnern und dann mit den Vereinsmitgliedern herumzustreiten. Worauf Pfannkuch treffend erwiderte, Schweitzer habe durch sein Bündnis mit der Gräfin Hatzfeldt dem Vereine das Altweibergeklatsch aufgehalst. Im ganzen und großen freilich verliefen die sechstägigen Verhandlungen noch günstig genug für Schweitzer. Namentlich die immer wiederholte Behauptung der Eisenacher, daß Schweitzer die Agitation aus den geheimen Fonds der preußischen Regierung bestreite und dabei seinen persönlichen Vorteil nicht vergesse, wurde nach eingehendster Prüfung der Kassenverhältnisse für vollkommen unrichtig erklärt; auch vermochte Schweitzer seine Diktatur ziemlich unversehrt aufrecht zu erhalten. Der Präsident sollte nach wie vor durch die Urabstimmung der Mitglieder gewählt werden, nur nicht mehr vor, sondern nach jeder Generalversammlung; die Übernahme des Sozialdemokraten als Vereinseigentum wurde abgelehnt und die Preßkommission nicht wieder erneuert; nur der Vorstand erhielt etwas verstärkte Befugnisse. Es blieb bei seiner Zerstreuung über ganz Deutschland, aber er sollte in geregeltem Schriftenverkehr stehen und einigemale im Jahre zusammentreten. Er war befugt, gegen „jeden Machtmißbrauch“ des Präsidenten einzuschreiten, dem sonst jedoch die „volle Macht“ nicht verkürzt werden sollte. Zum Sekretär wurde Tölcke gewählt und zum Kassierer Hasenclever, der zugleich in die Redaktion des Sozialdemokraten eintrat.

Unmittelbar an diese Generalversammlung schloß sich die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes, auf der 20674 zahlende Mitglieder durch 89 Delegierte vertreten wurden. Sie endete nach dreitägigen Verhandlungen gleichfalls mit einem Erfolge Schweitzers. Die Kassenverhältnisse befanden sich in guter Ordnung, und Schweitzers Antrag auf Verschmelzung aller Arbeiterschaften in einen einzigen Verband wurde mit etwa 12000 gegen etwa 9000 Stimmen angenommen. Aus Rücksicht auf die starke Minderheit beschloß die Generalversammlung, die tatsächliche Ausführung des Beschlusses bis zum 1. Juli 1870 zu verschieben, doch lag darin kein Mißtrauen gegen Schweitzer. Wie aus den Verhandlungen hervorging, war die Minderheit dem Antrage Schweitzers keineswegs abgeneigt, sondern wollte ihn nur allmählich ausgeführt wissen, aus Rücksicht auf die „zünftigen“ Vorurteile vieler Arbeiter.

Gleich nach diesen Versammlungen erfocht Schweitzer noch einen Sieg über Johann Jacoby. Der Wahlvorstand des zweiten Landtagswahl-

bezirks von Berlin berief die Wähler zum 20. Januar ins Neue Gesellschaftshaus am Kottbuser Tor, um den Bericht ihrer Abgeordneten, des Stadtrats Runge und eben Johann Jacobys, entgegenzunehmen. Unter diesen Wählern befanden sich viele Sozialdemokraten. Sie erschienen unter Führung Schweitzers und Hasenclevers, die gleichfalls in dem Bezirke wohnten, und bei der Wahl des Vorsitzenden ergab sich, daß sie die große Mehrheit hatten. Die fortschrittlichen Führer spielten wieder die gekränkten Biedermänner und trabten mit Runge an der Spitze davon; Jacoby aber dachte logisch genug, das demokratische Prinzip nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit der Tat zu bekennen. Er blieb unter Schweitzers Vorsitze und sprach, trotz seiner leisen Stimme achtungsvoll von den Arbeitern angehört, über die Ziele der Arbeiterbewegung. Seine Rede enthielt das berühmt gewordene Wort: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von größerem Werte sein, als der Schlachttag von Sadowa"; sie näherte sich dem wissenschaftlichen Kommunismus so weit, wie es für einen bürgerlichen Ideologen möglich war, und jedenfalls weit genug, um die Berliner Fortschrittler und die Frankfurter Demokraten mit gleichem Entsetzen zu schlagen. Aber sie hütete sich, theoretisch wie praktisch, den letzten Schritt zu tun. Weder bekannte sie sich theoretisch zum Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, das jede Ausbeutung unmöglich macht, noch auch bekannte sie sich praktisch zum Klassenkampfe, im Einklange mit der Tatsache, daß Jacoby kurz vorher einen Aufruf der fortschrittlichen Manchesterleute für die Waldenburger unterzeichnet hatte, worin es hieß, daß in Deutschland kein Raum für einen Klassenkampf sei. Jacoby wollte die soziale Frage durch ein Handinhandgehen des Staates, der Unternehmer und der Arbeiter gelöst wissen, und so war es vollkommen zutreffend, wenn die Versammlung auf Hasenclevers Antrag beschloß, daß Jacoby manche sozialistische Wahrheit in sich aufgenommen habe, aber auf halbem Wege stehen geblieben sei.

Jedoch wenn Schweitzer damit einen großen Schlag gegen die Eisenacher geführt zu haben glaubte, so überschätzte er seinen Erfolg beträchtlich. Praktisch hatte Jacobys Rede keine besondere Bedeutung; der Volksstaat druckte sie zwar in ihrem Wortlaut ab und verteidigte sie auch gegen Schweitzers Angriffe, aber er war viel zu tief in allen Sturm und Drang des Klassenkampfes verwickelt, als daß er sich von Jacoby hätte beirren lassen. Sowohl die sächsische Regierung wie die sächsischen

Fabrikanten zerstörten durch ihre Verfolgungen die Utopie eines friedlichen Zusammenwirkens zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, und sie hätten es selbst dann getan, wenn diese Utopie irgendwo anders entstanden wäre, als in Jacobys gelehrter Stubenluft. Die Eisenacher hatten sehr schwer zu kämpfen, namentlich mit der Finanznot; der Revolutionsfonds, dessen bürgerlich-republikanische Verwalter nun auch schwierig zu werden begannen, half mit 3500 Francs noch einmal über die ersten Hindernisse fort, aber sie kämpften sich redlich durch und schufen sich namentlich im sächsischen Proletariat eine uneinnehmbare Festung. Im April 1870 wurde Plauen, die wichtigste Fabrikstadt des Vogtlandes, wo Max Hirsch 1869 in einer Nachwahl durchgeschlüpft war, durch Bebel erobert; wie Max Hirsch selbst verzweifelt klagte, verdankte er es nur der Großmut Bebels, daß er als erwählter Vertreter des Wahlkreises überhaupt noch zum Worte kam. Mit Ausnahme Zittaus und Frankenbergs hatte die fortschrittlich-manchesterliche Herrschaft über die Arbeiter jetzt überall in Sachsen ausgespielt. Die Abonnentenzahl des Volksstaats stieg bis zur Mitte des Jahres 1870 auf etwas über 3000 Abonnenten; er zählte deren in Leipzig 198, in Dresden 159, in Köln 128, in Crimmitschau 124, in Glauchau 119, in Mainz 96, in Zwickau 93, in Meerane 91, in Breslau 88, in Chemnitz 85, in Braunschweig 78, in Hamburg 75, in Stuttgart 71, in Berlin 63, in Werdau 61, in Pest 55, in Augsburg 40 und ebensoviel in Nürnberg.

Äußerlich spielten sich die Kämpfe der beiden Fraktionen in sehr unerfreulichen Formen ab. In der Presse warf man sich gegenseitig Verrat an der Arbeitersache vor, und in den Arbeiterversammlungen kam es oft zu tumultuarischen Auftritten. In jenem Punkte traf die Eisenacher, in diesem die Lassalleaner der größere Teil der Schuld. Aber trotz dieses Kampfes und in gewissem Sinne auch durch ihn vollzog sich eine wachsende Annäherung der Fraktionen. Typisch dafür war der Verlauf des zweiten Kongresses, den die Eisenacher zu Pfingsten 1870 in Stuttgart abhielten. Nach der Feststellung der Mandatsprüfungskommission beteiligten sich daran 74 Delegierte von 111 Orten; nicht vertreten waren 47 Orte, in denen die Partei Anhänger zählte. Die Gesamtzahl der in Stuttgart vertretenen Parteigenossen belief sich auf 15398, also nur auf den zehnten oder neunten Teil der Arbeiter, die in Eisenach vertreten gewesen waren, und selbst diese Ziffer war sehr anfechtbar, da sie sich nicht ausschließlich auf zahlende Mitglieder beschränkte und auch

noch mehrere tausend österreichische und schweizerische Arbeiter umfaßte. Der Volksstaat, dem sich keine pessimistische Auffassung der eigenen Parteierfolge vorwerfen ließ, schätzte die Zahl der aktiven Parteigenossen nach der Übersicht, die der Stuttgarter Kongreß gewährte, auf 10000 ein.

Die Lassalleaner versuchten nun den Kongreß zu stören. Durch Leickhardts eifrige Agitation hatten sie auf dem ungünstigen Boden der schwäbischen Hauptstadt dennoch festen Fuß gefaßt; ein paar Wochen vor der Eröffnung des Kongresses reisten noch einige Agitatoren von auswärts zu, und es gelang ihnen, etwa 250 Arbeiter in einer strammen Organisation zusammenzufassen, welche die Stuttgarter Organisation der Eisenacher in öffentlichen Versammlungen lahm zu legen wußte. Als dann der Kongreß der Eisenacher selbst zusammentrat, beschloß er in einer geschlossenen Vorberatung, für seine öffentlichen Versammlungen zwar Nichtmitglieder zuzulassen, aber von der Debatte auszuschließen, was in der ersten öffentlichen Versammlung zu stürmischen Szenen und zum vorzeitigen Abbruche der Verhandlungen führte. Der Kongreß konnte sein ungestörtes Forttagen nur dadurch sichern, daß er Nichtmitglieder auch von seinen öffentlichen Versammlungen ausschloß.

Trotz dieses unerfreulichen Anfangs trugen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses viel dazu bei, die Beziehungen zwischen den beiden Fraktionen zu klären: sowohl was die Organisation, als auch was die Prinzipien, als auch was die Taktik anbetraf. Es hatte sich bald herausgestellt, daß die in Eisenach beschlossene Organisation zu schwerfällig war. Man beließ den Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel, verlegte aber die Kontrollkommission von Wien nach Hamburg-Altona-Harburg. Ferner ließ sich nicht durchführen, daß jeder Eisenacher Parteigenosse zugleich Mitglied der Internationalen, der Partei und eines Lokalvereins sein sollte. Die Forderung, persönlich in die Internationale einzutreten, war nur von einer geringen Zahl der Mitglieder befolgt worden und blieb auf sich beruhen. Dagegen hob der Stuttgarter Kongreß die Verpflichtung der Mitglieder auf, Lokalvereine zu gründen. Er beschloß, daß die örtlichen Mitgliedschaften Vertrauensmänner und Revisoren wählen sollten, um durch sie mit dem Ausschusse zu verkehren, womit eine bedeutende Annäherung an die Organisation der Lassalleaner vollzogen wurde. In einer anderen Beziehung vertiefte sich der Unterschied zwischen der Organisation beider Fraktionen zwar noch, jedoch so, daß die richtigere Auffassung der Eisenacher klar hervortrat. Der Sozialdemokrat war an

folgerichtiger Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus dem Volksstaate noch immer sehr überlegen, aber der weite Raum, den das Organ der Eisenacher der Selbstverständigung der Parteigenossen einräumte, hatte doch auch eine gute Seite, indem er ihr geistiges Interesse wirksam anregte. In Stuttgart wurde die Gründung eines literarischen Aktienunternehmens zur Verbreitung der Parteiliteratur beschlossen und der bayerischen Fraktion, die sich nunmehr endgültig mit den Eisenachern verschmolz, die Fortführung des Proletariers gestattet. Gleich darauf gründete Karl Hirsch in Crimmitschau den Bürger- und Bauernfreund, das erste, täglich erscheinende Lokalblatt der Partei. Allerdings hatte auch Schweitzer, um den Proletarier zu erdrücken und die Massen namentlich in Süddeutschland besser zu packen, im Einverständnis mit dem Vorstande am 1. April 1870 den Agitator ins Leben gerufen, ein kleines Wochenblatt mit so billigem Abonnementspreise, daß es, wenn überhaupt, so doch nach der günstigsten Berechnung erst mit 50000 Abonnenten auf seine Kosten kommen konnte. Aber es gewann nicht mehr als 15000 Abonnenten und schädigte obendrein den Sozialdemokraten, von dem es bei aller geschickten Redaktion nur ein Ableger war, so sehr, daß dies Hauptorgan der Lassalleaner vom 1. Juli ab wieder in kleinerem Format erscheinen mußte. Die allzu straffe Zentralisation hatte eben auch ihre Schattenseiten.

Was die Prinzipienfragen anbetraf, so erklärte der Stuttgarter Kongreß auf einen Antrag Bebels, „daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen werde, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln". Damit war die Einigkeit beider Fraktionen in einer wichtigsten Frage des wissenschaftlichen Kommunismus festgestellt. Eine andere Übereinstimmung ergab sich in der Gewerkschaftsfrage, wenngleich zunächst mehr in der Unklarheit als in der Klarheit. Die Verschmelzung der Gewerkschaften in einen einzigen Verband wurde auch in Stuttgart lebhaft befürwortet und nur aus demselben Grunde abgelehnt, aus dem eine starke Minderheit auf der Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes sie bekämpft hatte: weil es sich empfehle, an die den Arbeitern aus früherer Zeit bekannten und vertrauten Einrichtungen, an die Innungen und Zünfte anzuknüpfen. So führte der Berichterstatter York aus, und auf seinen Antrag erklärte der Stuttgarter Kongreß die Bildung und Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte für die Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Nicht mit Unrecht sagt ein bürgerlicher Schriftsteller, es sei aus den Debatten nicht zu ersehen, wie der Stuttgarter Kongreß gerade zu diesem Beschlusse gekommen sei. Anscheinend spielten dabei zwei Triebfedern mit. Man war kopfscheu geworden durch die Streiks, die in der ersten Hälfte des Jahres 1870 etwas wild ins Kraut geschossen waren, im umgekehrten Verhältnis zu der stockenden Entwicklung der Gewerkschaften. Wie sich dies Verhältnis gestaltete, geht aus einer Abrechnung hervor, die Schweitzer im September 1870 veröffentlichte; danach belief sich in den ersten acht Monaten 1870 das Verwaltungskonto des Arbeiterschaftsverbandes auf 637, sein Agitationskonto auf 217 und sein Streikkonto auf nur 395 Taler, womit 11 Streiks in Hamburg, Kiel, Lüneburg, Ülzen, Magdeburg, Elberfeld, Solingen, Münster und München unterstützt worden waren. Allerdings berechnete Schweitzer die Beiträge, welche die Kassen der einzelnen Arbeiterschaften und die freiwilligen Sammlungen auswärtiger Parteigenossen, ungerechnet der örtlichen Sammlungen, für jene 11 Streiks aufgebracht hatten, auf etwa 22500 Taler, aber auch das wollte nicht allzu viel sagen, und dabei waren die Gewerkschaften der Lassalleaner unzweifelhaft die stärkeren. Wie das Präsidium des Arbeiterschaftsverbandes, so hatte auch der Volksstaat schon gegen das „unsinnige Streikmachen" protestiert, und York warnte in Stuttgart davor, die „unbedingte Aufgabe" der Gewerkschaften in den Streiks zu sehen, bei denen die „meiste Kraft erfolglos vergeudet" werde. Dann aber unterschied man noch nicht genügend zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften, die selbst ein so vorgeschrittener Proletarier wie York unterschiedslos durcheinander warf. In der Partei wurde nur vereinzelter Widerspruch gegen den Beschluß des Stuttgarter Kongresses in der Gewerkschaftsfrage laut; bezeichnenderweise erhoben ihn zwei ehemalige Lassalleaner, Hugo Hillmann und der Sattler Kräcker in Breslau. Sie führten im Volksstaat aus, daß der Beschluß die bedenklichsten Mißdeutungen zulasse und das historische Wesen der Gewerkschaften verkenne, wozu die Redaktion die nicht sowohl abwehrende als ausweichende Bemerkung machte, die von den Gewerkschaften zu gründenden Produktivgeschäfte sollten nur experimentalen Wert haben, wie die englischen Kooperativgesellschaften.

In den Fragen der Taktik beschloß der Stuttgarter Kongreß auf einen Bericht Liebknechts, sich an den im Herbst bevorstehenden Reichstags- und Zollparlamentswahlen „lediglich aus agitatorischen Gründen"

zu beteiligen. Die gewählten Vertreter der Partei sollten sich im ganzen und großen negierend verhalten und jede Gelegenheit benutzen, um die Verhandlungen beider Körperschaften als Komödienspiel zu entlarven, immerhin aber auch „soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klassen wirken", womit sich wieder eine starke Annäherung an den Standpunkt der Lassalleaner vollzog. Etwa zu gleicher Zeit präzisierte Schweitzer im Agitator die Aufgaben der sozialdemokratischen Abgeordneten dahin, daß für sie Reichstag und Zollparlament „im wesentlichen nichts weiter als Agitationsmittel" seien. Sie hätten bei guter Gelegenheit die sozialistischen Prinzipien zu verkündigen, das reaktionäre, nur scheinparlamentarische Treiben öffentlich zu entlarven und bei wichtigen Abstimmungen (zum Beispiel gegen alle Steuern) mitzuwirken. Tatsächlich gestaltete sich der Unterschied im Frühjahre 1870 so, daß Bebel und Liebknecht sich sehr wenig an den parlamentarischen Verhandlungen beteiligten und, wenn sie es taten, den bürgerlichen Parteien in scharf provozierender Weise den Fehdehandschuh vor die Füße warfen, während Schweitzer regelmäßiger an den Sitzungen teilnahm und in sachlicherer, wenn auch keineswegs weniger einschneidender Kritik der einzelnen Vorlagen die sozialdemokratische Auffassung vertrat.

Verfolgte Schweitzer hierin eine Taktik, die von der historischen Erfahrung der nächsten Jahrzehnte als die richtige bestätigt werden sollte, so gab er sich in einer anderen taktischen Frage eine Blöße, die klar vor aller Welt enthüllte, daß er mit seinem Diktatorspielen nun wirklich auf den beschränkten Sektenhäuptling herabkam. Der Stuttgarter Kongreß hatte beschlossen, bei den Wahlen mit keiner anderen Partei Allianzen oder Kompromisse einzugehen, aber da, wo die Partei keine anderen Kandidaten aufstelle, solchen Kandidaten, die wenigstens in politischer Hinsicht wesentlich ihren Standpunkt einnähmen, namentlich aber von anderen Parteien aufgestellten wirklichen Arbeiterkandidaten ihre Stimmen zu geben. Dagegen beschloß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Schweitzers Vorsitz einen Monat später in Hannover, überall da, wo sich Parteimitglieder befänden, eigene Kandidaten aufzustellen und bei engeren Wahlen für den fortgeschrittensten liberalen Kandidaten, niemals aber für einen Reaktionär oder einen Eisenacher zu stimmen; für Stichwahlen zwischen Reaktionären und Eisenachern wurde Stimmenthaltung, für Stichwahlen zwischen Eisenachern und Liberalen Abstimmung für den Liberalen angeordnet. Danach hatten

bei einer Stichwahl zwischen Bebel und Max Hirsch die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Max Hirsch zu stimmen. Begründet wurde dieser ausschweifende Beschluß mit der angeblichen Heuchelei der Eisenacher, die der Arbeitersache mehr schade, als ihr genützt werden könne, auch wenn die politischen Forderungen des Eisenacher Programms errungen werden würden. Allein treffend antwortete der Braunschweiger Ausschuß der Eisenacher auf die traurige Sophisterei, das heiße Arbeiter gegen Arbeiter, Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten hetzen, und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei werde daran festhalten, jedem Arbeiterkandidaten vor jedem bürgerlichen Kandidaten den Vorzug zu geben.

Auf den Wegen, auf die sich Schweitzers Diktatur mehr und mehr verirrte, mußte sie elend untergehen. Es war noch ein Glück für sie, daß sie vor ihrer völligen Abwirtschaftung in einem gewaltigen Gewitter zusammenbrach, und dies Gewitter schwemmte mit ihr zugleich den tiefsten Grund des Haders fort, der das klassenbewußte Proletariat in Deutschland spaltete. War das Schlachtfeld von Königgrätz die Geburtsstätte dieses Haders gewesen, so wurde das Schlachtfeld von Sedan seine Grabstätte.

Anmerkungen.

Die Zeit von 1863 bis 1878, die in der ersten Auflage als „die Jugendjahre der Sozialdemokratie" zusammengefaßt war, ist nunmehr in drei Abschnitte gegliedert, von denen der erste bis zum Tode Lassalles, der zweite bis zum deutsch-französischen Kriege und der dritte bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes reicht. Es geschah, um den inneren Zusammenhang der historischen Entwicklung schärfer herauszuarbeiten. Je länger ich mich mit diesen Dingen beschäftigt habe, um so klarer ist mir geworden, daß der innere Streit, der das erste Jahrzehnt der Parteigeschichte erfüllt, seine eigentliche Wurzel in der nationalen Frage hatte, daß alle sonstigen politischen und sozialen Differenzen in letzter Instanz auf das Problem zurückführten, wie sich die Arbeiterklasse nicht prinzipiell — denn im Prinzip war man darüber einig, daß die deutsche Einheit auf Grund von Bismarcks Blut- und Eisenprogramm alles andere eher, als die Erfüllung demokratischer Ideale sei —, sondern faktisch und taktisch zu stellen habe. Wenn dies Problem tatsächlich den Bruderzwist veranlaßte, so mag man heute bei einem Rückblick auf die nunmehr für immer verklungenen Kämpfe sich deß getrösten, daß es nur durch ihn zu lösen war. Denn die Frage hatte eben ihre zwei Seiten, deren jede in ihrer besonderen Art durchgekämpft sein wollte, ehe sie dauernd entschieden werden konnte.

Von den drei Büchern, in die ich nunmehr die fünfzehn Jahre von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes geteilt habe, enthält der vorliegende Band die beiden ersten, die Agitation Lassalles und den Streit der Fraktionen. Gegen die erste Auflage hat namentlich das Kapitel über die Anfänge der Partei eine, wie ich glaube, wesentliche und wertvolle Bereicherung erfahren, dank einem Bündel von 87 Briefen, Depeschen, Protokollen und sonstigem handschriftlichen Material, das Freund Motteler, der alte, getreue Archivar der Partei, mit unermüdlicher Sorgfalt gesammelt und mir zur Benutzung anvertraut hat, wofür ich ihm auch an dieser Stelle meinen aufrichtigsten Dank aussprechen will. Es läßt sich jetzt bis ins einzelne hinein klarstellen, einerseits ein wie naturwüchsiges Kind der deutschen Arbeiterklasse die deutsche Sozialdemokratie ist, andererseits wie unschätzbare und unsterbliche Dienste ihr Lassalle als Geburtshelfer geleistet hat.

An dem Buche über den Streit der Fraktionen habe ich keine durchgreifenden Verbesserungen vorzunehmen gehabt, am wenigsten an dem,

was ich über Schweitzer sage. Wenn ich in der ersten Auflage mit der Möglichkeit rechnete, daß andere denselben historischen Stoff nach den Quellen bearbeiten und zu anderen Ergebnissen gelangen würden, so hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Auch nicht in einem Punkte ist mein Urteil über Schweitzer selbst nur ernsthaft diskutiert, geschweige denn widerlegt worden. Daran ändert auch nichts, daß der Vorwärts in seiner Besprechung meiner ersten Auflage aus dem von mir beigebrachten Material allerlei gegen Schweitzer herauszuklügeln versucht hat, oder daß K. Eisner in seiner Broschüre über Liebknecht „durch die fernere geschichtliche Entwicklung unzweideutig bewiesen" sehen will, daß Schweitzer „kurzsichtigste Augenblickspolitik" betrieben habe. Das sind Redewendungen, aus denen nichts hervorgeht, als daß ihre Urheber sich nicht die Mühe gegeben haben, die Dinge selbst zu studieren.

Anders steht es natürlich mit der Polemik, die Bebel gegen meine Auffassung Schweitzers gerichtet hat. Bebel will in einer Gesamtdarstellung seiner und Liebknechts Kämpfe mit Schweitzer die Unrichtigkeit meiner Darstellung nachweisen, und es versteht sich, daß ich darüber nur meine Genugtuung aussprechen kann. Nichts hat mir ferner gelegen, als eine persönliche Vorliebe für Schweitzer, den ich nie gekannt habe und den ich, bis mich die Quellen eines Besseren belehrten, ebenfalls für einen sehr bedenklichen Politiker gehalten habe; mir ist es allein um die historische Wahrheit zu tun, der ich je nachdem Schweitzer so willig opfere, wie ich sie auch gegen die eingewurzeltste Parteilegende vertrete. Wird also meine Auffassung Schweitzers so urkundlich widerlegt, wie ich sie entwickelt habe, so gebe ich sie gerne preis, wie ich unbeirrt an ihr festhalte, so lange sie nicht urkundlich widerlegt ist.

Deshalb will ich mich gegen Bebel auch gar nicht darauf berufen, daß nicht nur alle alten Lassalleaner, sondern auch alle alten Eisenacher, die mir die Freude gemacht haben, sich zu mir mündlich oder schriftlich über meine Parteigeschichte zu äußern, ihre Genugtuung darüber ausgesprochen haben, daß ich, ohne die wirklichen Fehler Schweitzers irgendwie zu beschönigen oder den Kampf der Eisenacher gegen ihn irgendwie herabzusetzen, das Übermaß von Schuld beseitigt habe, das nach der herkömmlichen Parteitradition auf ihm lastet, höchstens mit dem Vorbehalt einzelner von ihnen, daß ich, um die verbogene Gerte gerade zu biegen, sie in dieser oder jener Einzelheit vielleicht zu sehr nach der entgegengesetzten Seite gebogen habe, worüber ich nicht lange streiten will. So sehr mich diese zustimmenden Äußerungen erfreut haben, so sehe ich in ihnen allerdings auch keinen durchschlagenden Beweis für mich oder gegen Bebel, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil sich solche streitigen Fragen auf dem Wege persönlicher Erinnerungen aus einer, um ein Menschenalter zurückliegenden Zeit überhaupt nicht entscheiden lassen. Als Engels seine biographische Skizze über Marx für das Handwörterbuch der Staatswissenschaften schrieb, hat er sicherlich seine per-

sönlichen Erinnerungen sorgfältig geprüft, und gleichwohl findet sich fast in jedem Satze ein Irrtum. Oder man vergleiche Liebknechts noch in seinen letzten Lebensjahren wiederholte Behauptung, daß Lassalle im Jahre 1859 ein Napoleonschwärmer gewesen sei und im Jahre 1864 aus Angst vor einer Konferenz mit Marx und Engels einen indirekten Selbstmord begangen habe, mit den nunmehr veröffentlichten Briefen Lassalles an Marx und Engels!

Entscheiden lassen sich derartige historische Fragen nur auf dem Wege historischer Kritik. Deshalb begrüße ich freudig die Darstellung, die Bebel angekündigt hat, lebe aber einstweilen der zuversichtlichen Hoffnung, daß wenn er das urkundliche Material über den Streit der Eisenacher und Lassalleaner durchnimmt, sein Urteil über Schweitzer sich wesentlich zu dessen Gunsten ändern wird, ohne daß er deshalb dem Rechte seiner Kämpfe gegen Schweitzer etwas zu vergeben braucht.

Hauptquellen für die Geschichte der Partei von 1863 bis 1878 sind ihre damaligen Zeitungen: Nordstern, Hamb. 63 bis 65, Sozialdemokrat, Berl. 64 bis 71, Demokr. Wochenbl., Leipz. 68 und 69, Volksstaat, Leipz. 69 bis 76, Neuer Sozialdemokrat, Berl. 71 bis 76, Vorwärts, Leipz. 76 bis 78. Sonst ist diese Periode verhältnismäßig häufig bearbeitet worden: Jörg, Gesch. d. sozialpol. Part., Freiburg 67, und Jäger, D. moderne Sozial., Berl. 73, beide vom ultramontanen, R. Meyer, Emanzipationsk. d. viert. Standes, Berl. 74, vom konservativ-sozialen, Mehring, D. deutsche Sozialdemokr., Bremen 77, vom bürgerlich-liberalen Standpunkt aus. Jörgs und Jägers Schriften, namentlich aber Meyers umfangreiches Werk waren für ihre Zeit sehr verdienstliche Arbeiten; was meine damalige Schrift angeht, so sei, wer sich etwa dafür interessieren sollte, auf Mehring, Kapital und Presse, Berl. 91, verwiesen. Laveleye, Le socialisme contemporain, Bruxelles 81, auch deutsch v. Eheberg, Tüb. 84, ist oberflächlich, namentlich nach Jäger und Meyer zusammengeschrieben; eine ungleich bessere Übersicht des sozialpolitischen Parteiwesens in den siebziger Jahren gibt Scheel, Uns. sozialpol. Part., Leipz. 78. Doch sind alle diese Schriften, soweit sie eine historische Würdigung der deutschen Sozialdemokratie versuchen, mehr oder weniger überholt.

Drittes Buch.

Lassalle und das Leipziger Zentralkomitee. Schmoller, Kleingewerbe. Kampffmeyer, Mod. Gesellschaftsklassen. J. S., Beiträge z. Entwicklungsgesch. d. deutschen Großindustrie NZ 11², 620. Huber, Handwerkerbund u. Handwerkernot, Nordh. 67. Thun, Industrie a. Niederrhein. Vahlteich, Weitling, Zukunft 78. Ellissen, Langes Biographie, Leipz. 94. Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie, Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903 (mit Beiträgen von Bebel, Vahlteich, Mehring und Jaeckh), Leipz. 03. Roßmäßler,

E. Wort a. d. deutschen Arbeiter, Berl. 63. Vahlteich, Der Parteikampf zwischen d. Sozialisten i. Deutschl., Chemnitz. Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, Koburg 63 bis 66. Schulze-Delitzsch, Arbeiterkatechismus, Leipz. 63. Lassalle, Off. Antwortschr. In den Einleitungen zu Lassalles Agitationsschriften gibt Bernstein viel historisches Material über Lassalles Agitation. Marx, Programmbrief NZ 9', 561. Marx, Kapital 1, 662. Bernstein, Z. Frage d. ehern. Lohngeſ. NZ 9', 294. Lassalle, Briefe a. Rodbertus (in dessen literarischem Nachlaß), Bucher a. Lassalle in der Biographie Buchers v. Poschinger. B. Becker, Gesch. d. Arbeiteragitation Lass., Braunschw. 74; bemerkenswert wegen urkundlicher Mitteilungen, die Auffassung Beckers ist fast durchweg verfehlt und oft sehr ungerecht gegen Lassalle. Rodbertus, Off. Brief, Leipz. 63, wieder abgedruckt bei Kozak a. a. O. Lassalle, Z. Arbeiterfrage, Leipziger Rede. L. Büchner, Herr Lassalle u. d. Arbeiter, Frankf. 63. L. Büchner, M. Begegn. m. Lass., Berl. 94. Oberwinder, Sozialism. u. Sozialð., Berl. 78, enthält einzelne interessante Mitteilungen über die damalige Lage in Frankfurt und Umgegend. Lassalle, Arbeiterlesebuch, Frankfurter Rede. Huber, D. Arbeiter u. ihre Ratgeber, Berl. 63. Schweitzer, D. Zeitgeist u. d. Christentum, Leipz. 61. Schweitzer, Luzinde, Frankf. 64.

Lassalles taktische Wendung. Die Volkszeitung i. ihr. Gesamthalt., a. Manuskr. gedr., Berl. 63. Lassalle, D. Feste, d. Presse u. d. Frankf. Abgeordnetent. Die Autorschaft A. Langes an dem Briefe der Süddeutschen Zeitung ist von Bernstein überzeugend nachgewiesen worden. Lassalle, An d. Arbeiter Berlins. Busch, Unser Reichskanzler, Leipz. 84. Lassalle, D. Wissensch. u. d. Arbeiter. Lassalle, Kriminalprozeß II und III. Lassalle, D. indir. Steuer u. d. Lage d. arbeit. Klasse. Der Hochverratsprozeß wider Lassalle. Lassalle, Bastiat-Schulze. Das Unvermögen der Universitätsgelehrsamkeit, Lassalles Wirksamkeit in ihrem Zusammenhange zu begreifen, ist heute so groß, wie vor dreißig Jahren: neben Sombart und auch Herkner siehe darüber G. Mayer, Lassalle als Sozialökonom, Berl. 94, und L. O. Brandt, Lassalles sozialökon. Anschauungen u. prakt. Vorschläge, Jena 95. Über den angeblich proudhonistischen Agitationsplan, der in Lassalles Nachlaß gefunden worden sein soll, schrieb Bucher am 15. Jan. 66 an die Gräfin Hatzfeldt: „Ich glaube den Willen Lassalles zu exekutieren, indem ich diese Skripta vernichte", sagte aber im Sommer 89 zu seinem Biographen Poschinger, wenigstens nach dessen Versicherung: „Ich sagte nicht, daß ich die Lassalleschen Skripta vernichtet hätte, habe sie auch nicht vernichtet, und mich absichtlich zweideutig ausgedrückt, um ferneren Forderungen der Gräfin zu entgehen, die nach dem Testamente auf diese Papiere kein Recht hatte." Danach müßte sich Lassalles Agitationsplan noch in Buchers Nachlaß vorfinden, und so wenig schön Buchers „Zweideutigkeit" an sich sein mag, so wäre er in diesem einen Punkte nicht so schuldig, das ihm von Lassalle geschenkte Vertrauen mißbraucht zu haben, wie in anderen Punkten.

Lassalles Ende. Lassalle, Ronsdorfer Rede. Ketteler, D. Arbeiterfrage u. d. Christentum, Mainz 64. Lassalle, Erwiderung auf Wageners Rezension des Bastiat-Schulze. Der Düsseldorfer Prozeß wider Lassalle. B. Becker, Lebensende Lassalles, neue Bearb., Nürnb. 92. Es ist schade, daß die „neue Bearbeitung" nicht gründlicher mit Beckers gehässigen Glossen aufgeräumt und sich nicht genügend vor der Gefahr gesichert hat, diesen oder jenen neuen Faden in die Legenden über Lassalles Tod zu spinnen. Helene v. Racowitza (Dönniges), M. Bezieh. z. Ferd. Lass., Bresl. 79, ist eine peinliche Sensationsschrift, ebenso Poschinger, Lassalles Leiden, Berl. 88, soweit sich diese Veröffentlichung des eilfertigen Vielschreibers nicht auf die Wiedergabe Lassallescher Briefe beschränkt.

Viertes Buch.

Die Internationale Arbeiterassoziation. Die beste Schrift über die Entstehung und die ersten Jahre der Internationalen ist immer noch Eichhoff, D. Intern. Arbeiterassoz., Berlin 68. Die Bücher Testuts, Villetards u. a. taugten von vornherein nicht viel und sind längst veraltet. M(oritz) B(usch), Z. Gesch. d. Intern., Leipz. 72, mischt in der plagiatorischen Weise der Bismärckischen Federhelden allerlei Bruchstücke aus anderen Schriften, die er zur besseren Reklame für sein eigenes Machwerk, aber sonst nicht unrichtig, als „seichte Produkte" verhöhnt, zu einem ungenießbaren Häringssalat zusammen. Die wichtigste Quelle für die Geschichte der Internationalen, namentlich in ihren deutschen Beziehungen, ist J. Ph. Beckers Vorbote, Genf 66 bis 71. Über den angeblich von Marx gefälschten Satz Gladstones in der Inauguraladresse siehe Brentano, M. Polem. m. Karl Marx, Berl. 90, und Engels, In Sachen Brentano kontra Marx, Hamb. 91.

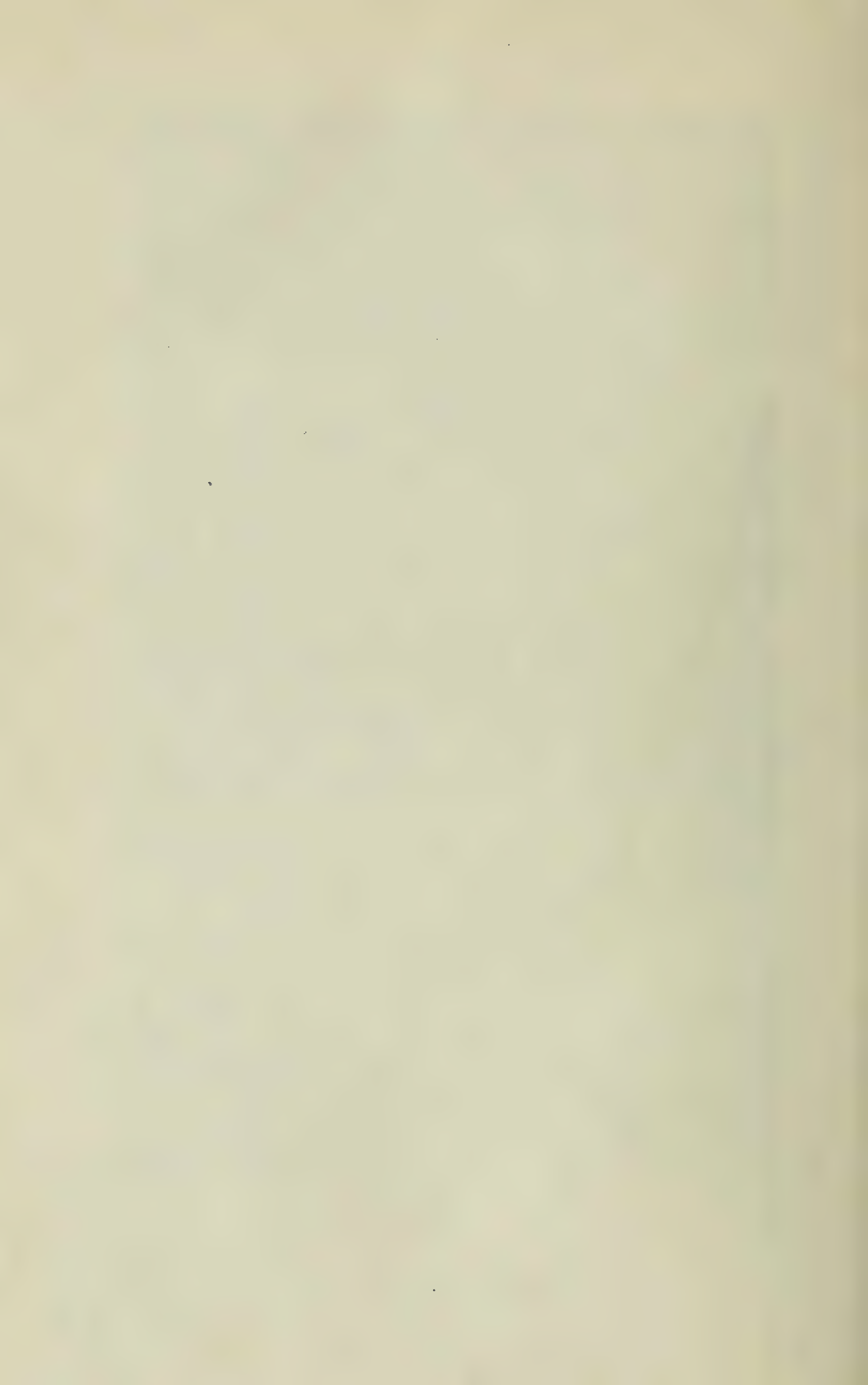
Lassalles Erben. Die Zeit von Lassalles Tode bis zum Ausbruch des deutschen Krieges muß überwiegend an der Hand des Nordsterns und des Sozialdemokraten geschrieben werden. K. Schilling, D. Ausstoß. B. Beckers, Berl. 65, gibt einen Bericht über die Kämpfe innerhalb der Berliner Gemeinde, als Partisan der Gräfin Hatzfeldt, so daß die Richtigkeit seiner Darstellung sowohl von Liebknecht als auch von Schweitzer angefochten worden ist. Engels, D. preuß. Militärfrage u. d. deutsche Arbeiterpartei, Hamb. 65. F. A. Lange, D. Arbeiterfrage, Duisb. 65. (Eugen Richter), Gesch. d. sozialdemokr. Partei i. Deutschl. seit d. Tode Lassalles, Berl. 65. Schulze-Delitzsch, D. Abschaff. d. geschäftl. Ris., Berl. 66. Schweitzer, Der tote Schulze geg. d. leb. Lassalle, Zür. 86. Tölcke, Zweck 2c. d. Allgem. Deutsch. Arbeitervereins, Berlin 73. Über die Koalitionsdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses siehe auch noch Schippel, Beitr. z. Gesch. d. Koalitionsrechts i. Deutschl., NZ 17², 81. Mehring, Z. Kritik d. Kritik, ebenda 818. Bebel, E. Amendirg. d. Zuchthausvorl., NZ 18¹, 180. Schippel, D. Fortschrittspartei u. d. Koalitionsrecht 252, und Bebel 253.

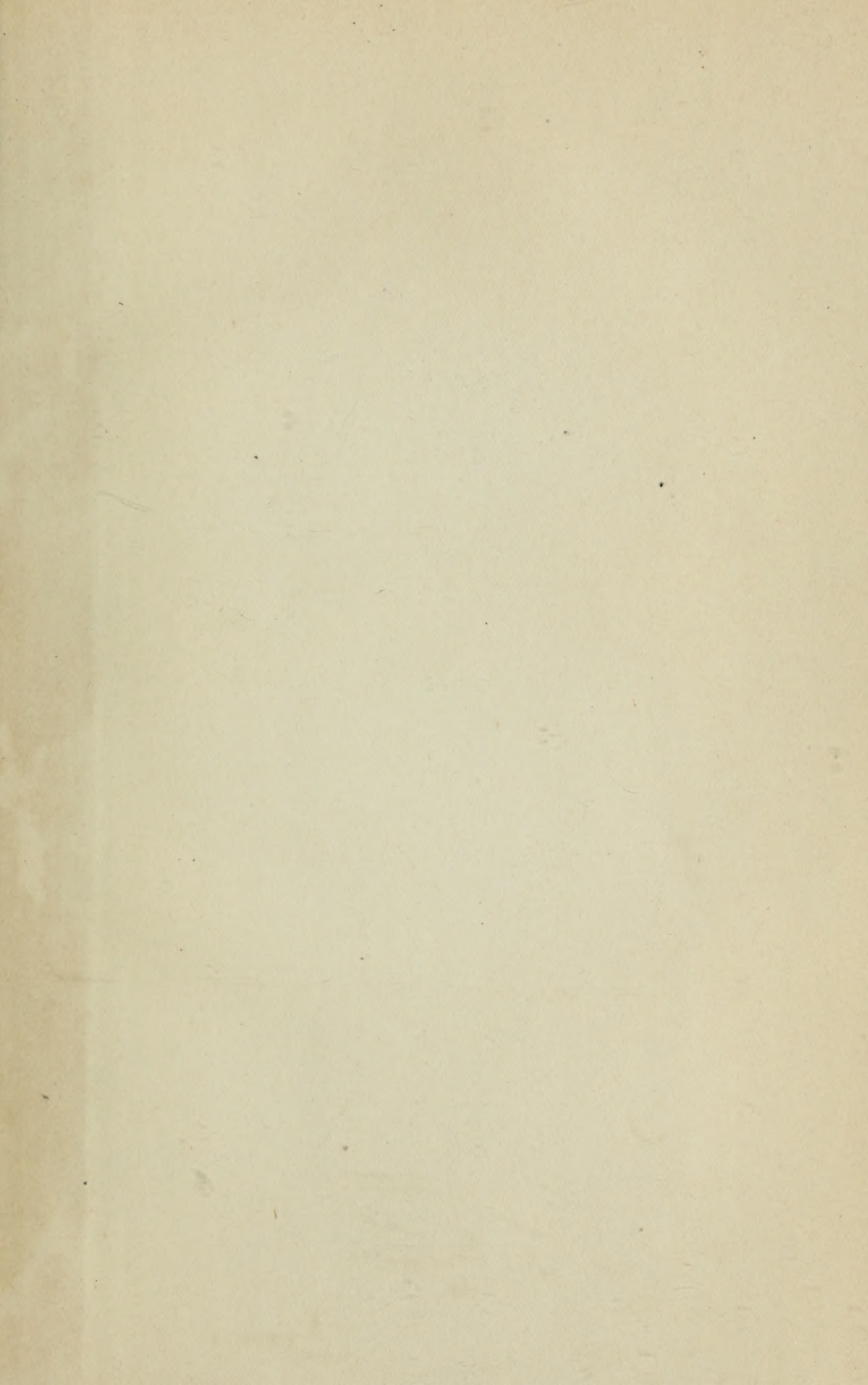
Die Revolution von Oben. In noch höherem Grade, als das vorige, beruht dies Kapitel auf der Zeitungsliteratur, namentlich auf dem Sozialdemokraten und dem Vorboten, die reichliche Berichte über alle damaligen Regungen des deutschen Proletariats enthalten. Die historischen Urkunden zur Geschichte des deutschen Krieges bei Hahn, Schultheß u. a. Verwaltungsbericht des Berliner Polizeipräsidiums f. d. Jahr 71 bis 80, Berl. 82. Dühring, Sache, Leben u. Feinde, Karlsruhe 82. Der Sozialdemokrat und seine Helfershelfer, Genf 67, das Pamphlet, womit die Gräfin Hatzfeldt die Wahl Schweitzers in Elberfeld-Barmen und Reichenbach-Neurode bekämpfte. Stenograph. Berichte des norddeutschen Reichstags.

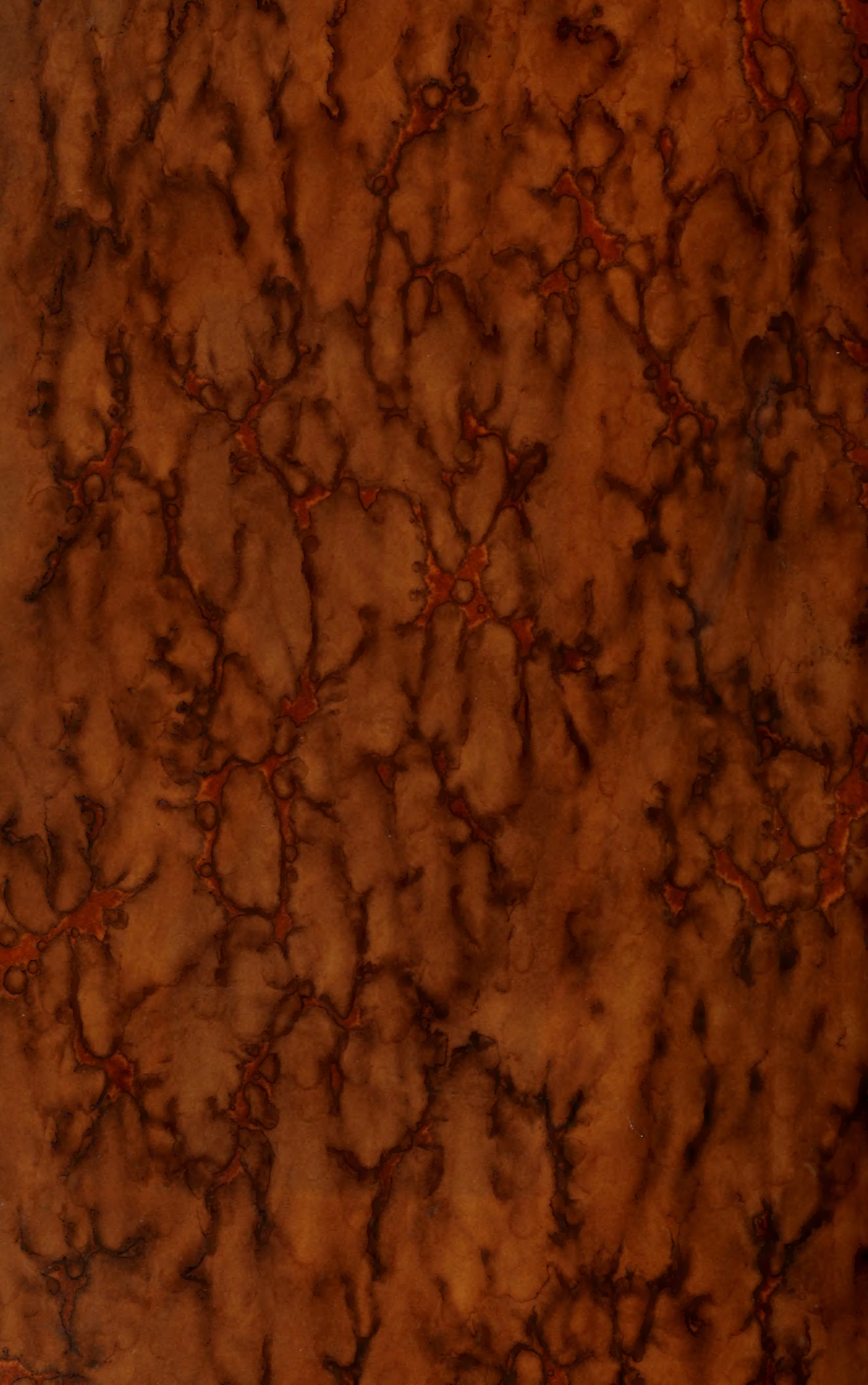
Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus. In das Verständnis des Kapitals führt vortrefflich ein Kautsky, Marx' Ökonom. Lehren, Stuttg. 87. Allgemeine Zeitung, Augsb. 75, Nrn. 49 u. 50.

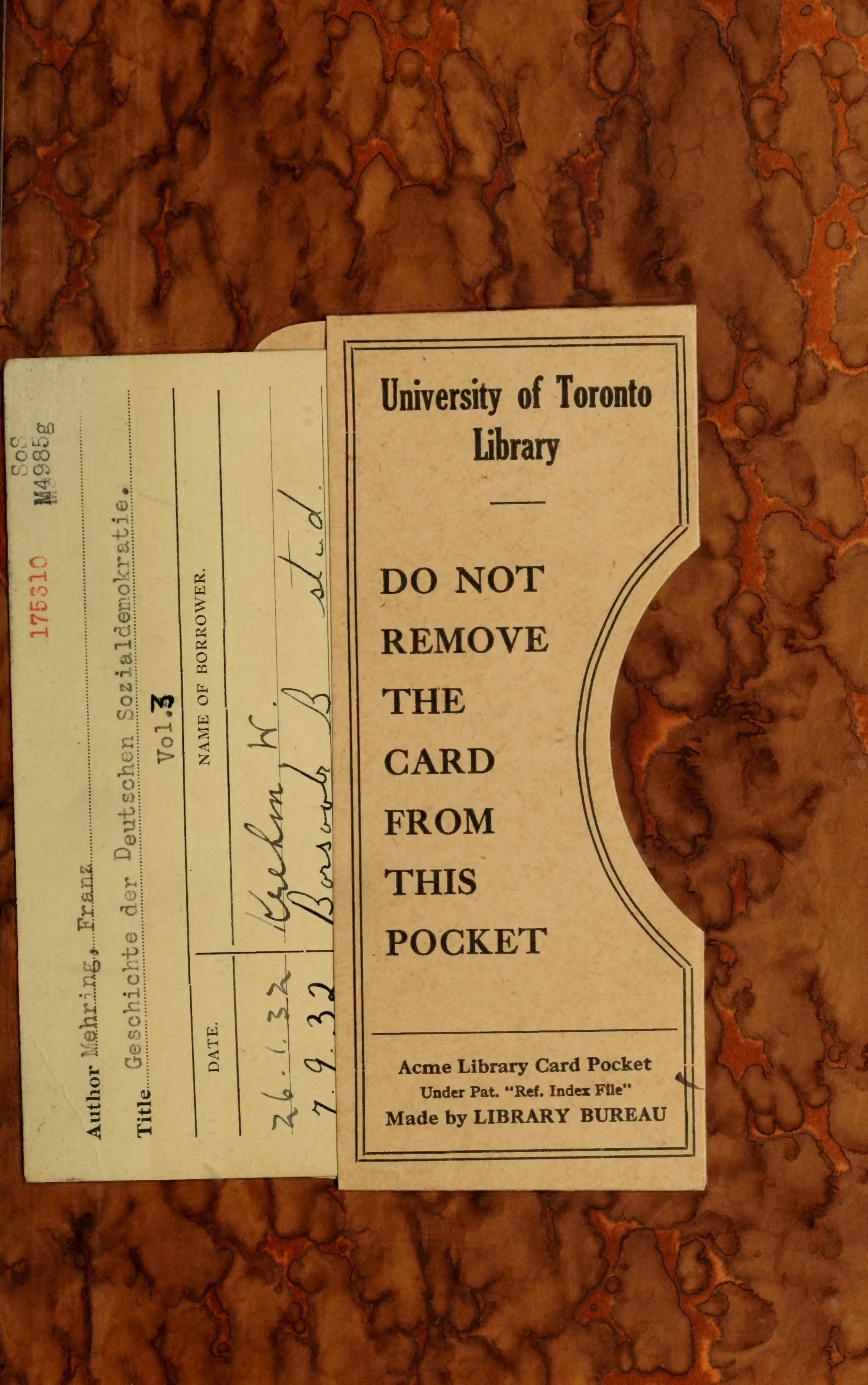
Deutsche Gewerkschaften. Demokr. Wochenblatt, Sozialdemokr., Vorbote. Jacoby, D. Ziele d. deutsch. Volkspartei u. Z. demokr. Progr. Über die Leichtfertigkeit, womit M. Hirsch die fortschrittlichen Gewerkvereine begründet hat, siehe Brentano, D. Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Jahrb. f. Gesetzgebung ꝛc., Leipz. 78. M. Hirsch, D. deutsch. Gewerkver. u. ihr neuest. Gegn., Berl. 79, hat die urkundlichen Nachweise Brentanos keineswegs zu entkräften vermocht.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Demokrat. Wochenblatt, Sozialdemokr., Vorbote. Hoffstetten, M. Verhältn. z. Schweitzer u. z. Sozialdemokr., Berl. 69. Stenograph. Berichte über d. Gewerbeordnungsdebatte d. nordd. Reichst. Liebknecht, Über d. polit. Stellung d. Sozialdemokr., insbes. m. Bezug a. d. Reichst., Leipz. 69. A. Wagner, D. Abschaff. d. privaten Grundeigent., Leipz. 70. Bebel, Unsere Ziele, Leipz. 70. Liebknecht, Z. Grund- u. Bodenfrage, Leipz. 74. Jacoby, D. Ziel d. Arbeiterbewegung.









Author Mehring, Franz
Title Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie.
Vol. 3
175310
M4985g
DATE.
NAME OF BORROWER.
University of Toronto Library
DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU


UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 20 08 07 008 1